C 21734 D

Wahldiskussion S. 43



Arbeiterkampf

Jg.6 Nr. 85 26.7.76
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

Terrorurteile gegen polnische Arbeiter

Mit drastisch hohen Urteilen endeten in Polen die ersten Prozesse (unter Ausschluß der Öffentlichkeit) gegen mehrere Arbeiter, die sich Ende Juni an Protestaktionen gegen Preiserhöhungen insbesondere für Lebensmittel beteiligt hatten.

In Warschau standen im ersten Prozeß fünf Arbeiter der Traktoren- und Landmaschinenfabrik „Ursus" (bei Warschau) und zwei weitere Männer vor Gericht. Die Arbeiter von „Ursus" waren in Streik getreten und hatten zum Zeichen des Protests den D-Zug Paris-Warschau gestoppt. Die Urteile: **Zwischen drei und fünf Jahren Gefängnis!**

Noch brutaler waren die Urteile gegen sechs Arbeiter, die sich an Demonstrationen in Radom beteiligt hatten: **zwischen vier und zehn Jahren Gefängnis!**

Dies sind Urteile, wie sie sonst nur in faschistischen Staaten gegen demonstrierende Arbeiter üblich sind! Zwar war die polnische Justiz und die Partei-Presse wie immer in derartigen Fällen bemüht, die Angeklagten als „Rowdies", „Gewohnheitsverbrecher" usw. hinzustellen. Zugleich wurden „Sympathie-Kundgebungen" für die Regierung in zahlreichen Städten organisiert. Hierzu wurden Parteimitglieder und Angehörige der Bürokratie, die Nutznießer des revisionistischen Regimes, zusammengetrommelt. Teilweise kam man nur mit Karten, Plaketten o.ä. zu den Jubel-Kundgebungen. Es sollte offenbar der Eindruck erweckt werden, als hätten nur ein paar „Rowdies", „Kriminelle", „betrunkene Jugendliche und hysterische Frauen" (so die offizielle Sprachregelung) gegen die Preiserhöhungen protestiert, während „das Volk" voll hinter der Regierung steht. Daß diese Version eine unverschämte Lüge ist, wird schon daran deutlich, daß die Regierung sich vorerst gezwungen sah, die Preiserhöhungen zurückzunehmen.

Kämpfende Arbeiter als „Kriminelle" zu diffamieren, ihre Kampfformen zu „kriminellen Handlungen" abzustempeln – ohne von dem berechtigten Anliegen ihres Kampfes zu reden! – ist eine Methode, die in kapitalistischen Ländern üblich ist. Daß dies heute in einem Land geschieht, das von seinen Machthabern als „sozialistisch" ausgegeben wird, ist bezeichnend! In den meisten kapitalistischen Ländern würde es allerdings kein Gericht wagen, demonstrierende Arbeiter mit derart hohen Strafen zu belegen, wie dies in Polen geschehen ist!



Umso schändlicher ist die Rolle der DKP, die uns Zustände wie in Polen als „realen Sozialismus" und erstrebenswertes Ziel anpreist! Diese Partei, die vorgibt, gegen politische Unterdrückung zu sein, billigt die Verurteilung kämpfender Arbeiter zu mehrjährigen Haftstrafen. Diese Partei, die hierzulande nimmermüde zum „Preisstop" auffordert, unterstützt es zugleich, wenn in Polen Demonstrationen gegen Preiserhöhungen von der Polizei auseinandergetrieben und „Rädelsführer" verknackt werden. Diese Partei erweist dem Sozialismus den denkbar schlechtesten Dienst. Denn welcher vernünftig denkende Mensch kann einen „Sozialismus" nach Art der DKP wollen?! Mit ihrer Unterstützung der Terrorurteile gegen polnische Arbeiter treibt die DKP Menschen, die mit den hier herrschenden Zuständen unzufrieden sind, zurück in die Arme des Kapitals. Diese Partei, die sich auch zu den kommenden Bundestagswahlen als „einzige Partei des arbeitenden Volkes" präsentieren will, kann in Wahrheit keine wirkliche Alternative zu den herrschenden bürgerlichen Parteien sein!

Schmidt-Drohungen gegen Italien: Oberlehrer und Feldwebel Europas!

Erneut hat sich SPD-Kanzler Schmidt mit der ihm eigenen kaltschnäuzigen Arroganz in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Nationen eingemischt. Diesmal in Italien. Schmidt erklärte, Italien solle im Fall einer Regierungsbeteiligung der revisionistischen PCI keinerlei Wirtschaftshilfe (Kredite u.ä.) mehr von den Imperialisten erhalten. De facto kommt dies der Drohung mit einem Wirtschaftsboykott gleich, der die ohnehin stark angeschlagene italienische Wirtschaft empfindlich treffen würde.

Diese freche Erpressung, die in vielen Ländern Westeuropas große Empörung hervorrief, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie sich heute die Imperialisten, allen voran die der BRD und USA, in die inneren Angelegenheiten anderer, selbst mittlerer imperialistischer Staaten einmischen und versuchen, sich diese durch wirtschaftliche Erpressung politisch gefügig zu machen.

Nicht zu verkennen ist dabei, daß sich der westdeutsche Imperialismus immer frecher und dreister zum Gendarm Westeuropas aufspielt und aufgrund seiner Vormachtstellung innerhalb dieser Region immer unverhohlener versucht, den westeuropäischen Regierungen seine politischen Vorstellungen erpresserisch aufzuzwingen (erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Warnungen vor einem „historischen Kompromiß" in Italien und vor „Volksfrontbündnissen" in Frankreich und anderen westeuropäischen Staaten). Es ist nackte imperialistische Arroganz und der Großmachtanspruch des BRD-Imperialismus, der aus dem Munde führender Sozialdemokraten und FDP-Politiker (z.B. Genscher) spricht.

Während seines USA-Aufenthaltes Mitte Juli bestätigte Schmidt in einem „vertraulichen Gespräch" mit amerikanischen Wirtschaftsjournalisten, daß die „italienische Frage" Hauptthema der Beratungen der Regierungschefs der führenden imperialistischen Staaten auf Puerto Rico gewesen sei.

Wie Schmidt nunmehr offen bekannte, wurde auf diesem Treffen, das den italiensichen Parlamentswahlen am 20./21. Juni unmittelbar vorausging, folgendes beschlossen: *„Die USA, Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik sind dabei übereingekommen, daß Italien keine Wirtschaftshilfe gewährt werden soll, wenn Vertreter der Kommunisten in die Regierung gelangen"* (nach „Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 19.7.).

Darüber hinaus wurden von den Imperialisten klare Bedingungen formuliert, ohne deren Erfüllung die italienische Regierung keine weiteren Kredite weder von Einzelstaaten noch von internationalen Organisationen(!) wie etwa dem Internationalen Währungsfond (IWF), der unter Kontrolle der USA und BRD steht, erhalten soll.

Wie die „New York Times" berichtete, wird neben einer Nichtbeteiligung der Revisionisten auf Regierungsebene eine weitere Verringerung der Staatsausgaben auf sozialem Sektor und die Verhinderung weiterer Lohnerhöhungen verlangt.

Diese Forderungen der Imperialisten, die alle einen wesentlichen Angriff auf die wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften der italienischen Arbeiterklasse beinhalten, tragen nur allzu deutlich die Handschrift des „Sparkanzlers" Schmidt.

Zweifellos waren Schmidts Drohungen, was sowohl den Inhalt als auch die Wahl des Zeitpunkts betrifft, zumindest mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger genauestens abgesprochen. Zufrieden äußerte ein Sprecher des Weißen Hauses in Washington, man *„würde dem, was der Kanzler sagte, nicht widersprechen wollen"* („Hamburger Abendblatt", 20.7.).

Die Absicht, unmittelbar auf die Regierungsbildung in Italien Einfluß zu nehmen, wird unverkennbar, wenn man bedenkt, daß Schmidt just zu d e m Zeitpunkt seine Äusserungen in die Öffentlichkeit lancierte, als der Christdemokrat Andreotti zu Koalitionsgesprächen für eine Regierungsbildung mit allen Parteiführern, u.a. auch dem KP-Chef Berlinguer, zusammentraf. Die DC ist zwar nicht bereit, die KP in die Regierung aufzunehmen, ist aber zugleich bereit, eine „konstruktive" Opposition der Revisionisten gegenüber einer DC-Regierung durch verschiedene Zugeständnisse an die KP auf parlamentarischer Ebene zu erkaufen. Schmidts Drohungen sollten die DC davor warnen, der PCI auf verschiedenen Ebenen entscheidende Positionen anzutragen.

Weniger froh als die USA, reagierten die englische und französische Regierung auf Schmidt, da mit ihnen offensichtlich nichts näher abgesprochen war. Nach einer Zeit des Schweigens kritisierte man vorsichtig die taktlose (!) Art des Kanzlers, diese Drohungen offen (!) auszusprechen. In der Sache jedoch war man sich einig: Die französische Regierung er-



Schmidt – einer der „häßlichsten Deutschen"

Fortsetzung Seite 2

Libanon

Eine verlorene Schlacht ist kein verlorener Krieg!

Das militärische Kräfteverhältnis hat sich weiter zuungusten der verbündeten fortschrittlichen libanesischen Linken und Palästinenser verschoben. Ihre Offensive von Tripolis im Norden aus, die zur Entlastung der mörderischen Belagerung des palästinensichen Flüchtlingslagers Tell Zaatar führen sollte, wurde bis Mitte Juli blutig in Chekka, 17 km südlich von Tripolis an der Küste, zurückgeschlagen.

An einem einzigen Tag, dem 7. Juli, verloren in Chekka 550 Kämpfer das Leben („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 14.7.).

Der Gegenangriff der faschistischen Verbände wurde durch massiven Artilleriebeschuß syrischer Truppen auf südliche Vororte von Tripolis vorbereitet („Frankfurter Rundschau" – „FR", 8.7.). Anschließend setzten die faschistischen Milizen *„fabrikneue Panzer und Geländewagen"* („NZZ", 14.7.) ein, mit denen sie über Chekka hinaus nach Norden vorstießen und die Orte Amioun in den Bergen und Batroumin und Enfe an der Küste eroberten. Ein Palästinensersprecher erklärte, daß dabei *„die Rechtskräfte en der Seite syrischer Elitetruppen kämpften"* („NZZ", 10.7.).

Inzwischen stehen die faschistischen und syrischen Verbände direkt vor Tripolis. Die nördlich von Tripolis gelegenen Flüchtlingslager Baddawi und Nahr El Bared sind eingekesselt und werden regelmäßig wie Tripolis von syrischer Artillerie bombardiert („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 12.7., und „Welt", 13.7.). Später griffen syrische Truppen Nahr El Bahred direkt an („SZ", 19.7.). Die Faschisten meldeten, sie hätten einen *„weiteren Palästinenser-Stützpunkt in der Kura-Hochebene überrannt und sich bis auf ‚Handgranatenwurf-Entfernung'"* an Tripolis herangekämpft („Welt", 13.7.).

Im Süden zerbombten die Syrer abermals die Raffinerie bei Sidon, die den fortschrittlichen Kräften als einzigster Treibstofflieferant zur Verfügung stand („FR", 12.7.).

Im Osten des Landes bauten die Syrer ihre Stellungen aus und nahmen die Städte Arsal mit 500 Mann und Panzern („FR", 12.7.) und Baalbek mit 1.000 Mann und massiver Artillerie- und Panzerunterstützung („FR", 14.7.) ein.

Wenige Tage später verstärkten die Syrer ihre Panzerverbände in Sofar, 20 km östlich Beiruts. Im Zusammenhang der angekündigten völligen Räumung der US-Botschaft stärkte sich der Verdacht, syrische Truppen bereiteten die Einnahme des von fortschrittlichen Kräften kontrollierten Teils von Beirut vor: *„. . . die USA könnten geheime Informationen über einen möglicherweise bevorstehenden Angriff der syrischen Truppen oder der christlichen Milizen auf den von Muslimen bewohnten Teil Beiruts haben, in dem sich die Botschaft befindet"* („NZZ", 21.7.).

Die Brutalität, mit der die faschistischen und syrischen Verbände vorgehen, zeigt, daß sie nicht nur den bewaffneten Widerstand der Palästinenser und libanesischen Linken schlagen, sondern auch die Bevölkerung völlig demoralisieren wollen. Vor der Einnahme Baalbeks z.B. beschossen die Syrer die ganze Nacht die Stadt und ein nahegelegenes Flüchtingslager mit schwerer Artillerie und Raketen. Viele Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht und zahllose Verletzte verbluteten, weil sie nicht medizinisch versorgt werden konnten („FR", 13.7.).

In einer Botschaft für die 3. Tagung der Arabischen Liga zum Li-

Fortsetzung auf Seite 3

Blick in die Welt

Weg mit den Terror-Urteilen in den HSB-Prozessen!

In Heidelberg wurden die ersten drei Urteile in den zahlreichen HSB (Heidelberger Stadtbahn) -Prozessen gefällt: Die KBW-Genossen Jochen Noth, Helga Rosenbaum und Volker Hurrle wurden zu einem Jahr und drei Monaten, einem Jahr und einem Monat und einem Jahr und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Alle Urteile wurden ohne Bewährung ausgesprochen. Der KBW-Genosse Jochen Noth, der gerade eine einjährige Gefängnisstrafe abgesessen hat, soll jetzt das zweite Mal für über ein Jahr hinter Gitter.

In Heidelberg hatten im Juni 75 Kämpfe gegen die beabsichtigten einschneidenden Erhöhungen der Fahrpreise stattgefunden, an denen sich insgesamt 15.000 Menschen beteiligt hatten. Mit Tränengas, Schlagstöcken und brutaler Gewalt war die Polizei damals gegen die Demonstranten vorgegangen. Zahlreiche Demonstranten wurden herausgegriffen und ihnen wird in diesen Wochen und Monaten der Prozeß gemacht.

Als „Rädelsführer" wurden von der Staatsanwaltschaft vor allem führende Genossen des KBW aufgebaut. Am 18.6.76 wurde Volker Hurrle, Sekretär der KHG (Kommunistische Hochschulgruppe) Heidelberg und presserechtlich Verantwortlicher der „Kommunistischen Hochschulzeitung" (KHZ) verurteilt, weil in zwei Artikeln der KHZ zu Demonstrationen und Blockaden des Straßenbahnverkehrs aufgerufen wurde.

Die Massenaktionen, zu denen in der KHZ aufgerufen worden war, haben nach Ansicht des Richters Wollentin bezweckt, den Gemeinderat „unter Druck zu setzen" und allein dieses Ansinnen ist für die Klassenjustiz schon eine „kriminelle Tat".

Staatsanwalt Johe begründete dann auch sehr deutlich, warum nach seiner Ansicht dieses Terrorurteil gefällt

Staatsanwalt Johe begründete dann auch sehr deutlich, warum nach seiner Ansicht dieses Terrorurteil gefällt

werden mußte: *„Wir müssen hier und heute scharfe und abschreckende Strafen gegen die Rädelsführer verhängen, in drei bis vier Jahren ist es zu spät. Die Frage steht so: Entweder Kapitulation dieses Staates oder er wehrt sich! Wir müssen heute die Stirn zeigen und dürfen den Schutz des Staates nicht nur den Polizeibeamten überlassen, sondern hier in den Gerichtssälen nachvollziehen und eigene Hand anlegen"*.

Dementsprechend wütete auch Richter Wollentin gegen jeden auch nur so schwachen Protest der in der Gerichtsverhandlung von der Öffentlichkeit geäußert wurde: Naseputzen im Gerichtssaal wurde mit zwei Tagen Ordnungsstrafe quittiert, ein Zuschauer erhielt ein Tag Ordnungsstrafe wegen einer Beifallsäußerung durch Klopfen und wegen Zischens wurde ein Ordnungsgeld von DM 200,– verhängt.

Zeugenaussagen, die den Bullenterror anläßlich der Aktionen beschreiben, wurden pauschal als „Lügen" abgetan, Beweisanträge der Verteidigung vom Tisch gewischt. Sie hätten nur, so Staatsanwalt Johe, die Funktion, *„Sand ins Getriebe der Justiz zu streuen"*.

Ein Jahr und zwei Monate erhielt Volker Hurrle von diesen „Rechtssprechern. Daß Volker Hurrle die Strafe absitzen muß, begründete Wollentin damit, daß sich Hurrle bis zum Schluß der Verhandlung nicht von seinen Ansichten, daß die Massenaktionen im Sommer '75 gerecht waren, hat abbringen lassen und daß er sich außerdem zum Programm des KBW bekannt hatte.

Stadträte müssen gegen „Druck der Straße" verteidigt werden

Im Prozeß gegen Jochen Noth und Helga Rosenbaum, beides Mitglieder des ZK des KBW, wurde diese als „Rädelsführer" der Fahrpreisaktionen bezichtigt. Es wurden mehrere Stadträte vernommen, die alle betonten, wie schrecklich der „Druck der Straße" gewesen war und was für eine Katastrophe es gewesen wäre, sich diesem „Druck" zu beugen.

Oberbürgermeister Zundel führte vor Gericht aus, daß Gemeinderäten nicht das Rathaus hatten verlassen können, weil sie durch Gewalt auf der Straße gefährdet waren. Zundel fügte gleich hinzu, dem Druck nachgeben, hätte die *„Entmündigung des Gemeinderates"* und die *„Abschaffung der Demokratie"* bedeutet.

Die Gewaltaktionen billigte Zundel natürlich voll und ganz, war er doch selbst dafür verantwortlich.

In seiner Urteilsbegründung betonte Richter Simon, daß das besonders Gefährliche der Aktionen ihre

In seiner Urteilsbegründung betonte Richter Simon, daß das besonders Gefährliche der Aktionen ihre

lange Dauer war und für ihn alamierend, wäre die führende Rolle, die Kommunisten darin gespielt haben. Wie schon im Prozeß gegen Volker Hurrle, wurden auch bei Noth und Rosenbaum die Strafen ohne Bewährung ausgesetzt, weil *„es sich um Revolutionäre handelt, die von ihrem Tun nicht ablassen werden"* (Simon).

In diesen beiden Gerichtsverhandlungen zeigen sowohl der Prozeßverlauf, als auch die Urteilsbegründungen, daß die Genossen aufgrund ihrer politischen Gesinnung von der Klassenjustiz verurteilt, zu Verbrechern abgestempelt und hinter Gitter gebracht werden.

Einstellung aller HSB-Prozesse !
Freiheit für Volker Hurrle,
Helga Rosenbaum und Jochen Noth!

IKAH („Arbeiterhilfe")

Der Polizeiterror geht weiter

Vom „Fall Strecker" zum „Fall Ickler"

Nach der erkämpften Freilassung des Genossen Gerhard Strecker, der unter willkürlichen Umständen beschuldigt worden war, einen Brandsatz gegen einen Polizisten geworfen zu haben (siehe AK 81), haben Polizei und Justiz jetzt in der gleichen Angelegenheit zu einem neuen Schlag ausgeholt: am 14. Juli wurde die Krankenschwesterschülerin Gisela Ickler verhaftet. Nach den Behauptungen der Polizei soll sie jetzt den betreffenden Brandsatz bei der Demonstration am 10. Mai geworfen haben.

Die Verhaftung von Gisela Ickler gründet sich auf die Aussage e i n e r „Belastungszeugin" (bei Strecker waren es „zwei anonyme Anrufe"), die die Krankenschwesterschülerin angeblich auf einem Polizeifoto als jene Person erkannt haben will, *„die aus einer Gruppe von Leuten an der Hauptwache einen Gegenstand schleuderte, der den Polizeiwagen in Brand setzte"* („Frankfurter Rundschau" - „FR", 16. 7.). Der Haftbefehl wurde einen Tag nach der Festnahme von Gisela Ickler (15. Juli) durch den Haftrichter Dimde erlassen, ohne daß dieser dazu nochmal eine d i r e k t e Gegenüberstellung der Verhafteten und der „Belastungszeugin" durchführte – was erst sechs Tage nach der Festnahme geschah. Ebenso weigerte sich Dimde, sofort drei von der Verteidigerin Barbara Schoen angebotene Entlastungszeugen anzuhören – dies geschah auch erst fünf Tage nach der Festnahme. Mit ziemlicher Arroganz – aber sicher durchaus „ehrlich", was die mittlerweile geltenden Justizpraktiken betrifft – erklärte Dimde, daß es *„nicht üblich"* sei, bei Verkündung eines Haftbefehls auch eine Beweisaufnahme durchzuführen, und daß es *„den Rahmen seiner richterlichen Handlung der Haftbefehlsverkündung gesprengt"* hätte, wenn er etwa eine Gegenüberstellung von angeblicher Zeugin und Beschuldigter durchgeführt hätte („FR", 17. 7.).

Dimde war auch weder bereit, Einzelheiten aus der Aussage der Belastungszeugin bekanntzugeben, noch z. B. deren genauen Standort zur „Tatzeit" mitzuteilen. Immerhin sind auch diese „Kleinigkeiten" ziemlich wichtig: Das vom Brandsatz getroffene Polizeiauto befand sich laut übereinstimmenden Presseangaben *„an der Einmündung Goetheplatz/Roßmarkt/Junghofstraße"* (z. B. „Frankfurter Neue Presse" - „FNP", 15. 5.). Die angebliche Zeugin will nun aber gesehen haben, daß der Brandsatz *„aus einer Gruppe von Leuten an der Hauptwache"* geworfen worden sei – wie das von diesem Ort aus aber möglich gewesen sein soll, ohne daß es sich dabei um einen olympia-trainierten Diskuswerfer gehandelt hätte, bleibt zunächst schleierhaft. Bislang sind jedenfalls auch in der Presse der Brandsatz am Roßmarkt bzw. Junghofstraße und sogenannte „Ausschreitungen" im „Hauptwachen-Bereich" immer als zwei verschiedene Dinge behandelt worden (vgl. z. B. „FNP", 15. 5. und 17. 5.). Die Polizei hat seinerzeit, als es um den Aufbau von Beschuldigungen gegen Gerhard Strecker ging, sogar *„zwei Fahrgäste der Straßenbahnlinie 9, die zur Tatzeit den Goetheplatz passierte"* als „Tat-

Aufbau von Beschuldigungen gegen Gerhard Strecker ging, sogar *„zwei Fahrgäste der Straßenbahnlinie 9, die zur Tatzeit den Goetheplatz passierte"* als

„Tatzeugen" angeführt („FNP", 20. 5.) – vom Goetheplatz wiederum ist der „Hauptwachen-Bereich", von wo aus nach den Angaben der neuesten Belastungszeugin nunmehr der Brandsatz geflogen sein soll, aber gar nicht zu überblicken. Ganz offensichtlich liegen hier also ziemliche Widersprüche in den „Zeugenaussagen" vor, die die Polizei damals und heute jeweils mit „beweiskräftiger Sicherheit" präsentiert. Vielleicht hat da wohl jemand die damaligen Presseberichte nur sehr ungenau gelesen und alles durcheinandergewürfelt, weil er nur die 50.000 DM „Belohnung" im Kopf hatte...?

Zum Haftrichter Dimde ist noch anzumerken, daß er bis vor wenigen Monaten als Staatsanwalt beim Frankfurter Landgericht tätig war und sich dort vor allem als Ankläger im seinerzeitigen „RAF-Prozeß" gegen Astrid Proll in Sachen „Terroristenjagd" profiliert hat . . .!

Insgesamt ist festzustellen, daß Polizei und Justiz diesmal aber so offensichtliche Rechtsbrüche und „Pannen" wie bei der Verhaftung von Gerhard Strecker vermieden haben. Sie haben sich stattdessen auch einen relativ günstigen Zeitpunkt für diesen neuen Schlag ausgewählt (mitten in der Urlaubs-Zeit, wobei Haftrichter Dimde gegenüber der Presse auch jede Erklärung darüber ablehnte, wieso die jetzige „Zeugenaussage" der Justiz *„erst Wochen nach dem Vorfall zur Verfügung stünde"*; („FR", 17. 7.(. Zusätzlich können Polizei und Justiz die im Zusammenhang mit der Flugzeugentführung nach Entebbe und dem Gefangenen-Ausbruch in Westberlin wieder hochgeschürte „Terrorismus-Hysterie" derzeit auch für diese neue Verhaftung propagandistisch ausnutzen. Das alles macht eine breitestmögliche Mobilisierung zur Freilassung von Gisela Ickler momentan um einiges schwieriger als im „Fall Strecker".

Erste Protestaktionen unmittelbar nach der Verhaftung von Gisela Ickler wurden vor allem von der Frauenbewegung durchgeführt, in der Gisela aktiv mitgearbeitet hat. Am 15. 5., zum Zeitpunkt als Gisela dem Haftrichter vorgeführt wurde, hatten sich einige Frauen aus dem Frauentreffpunkt Niedenau zu einer kleinen Protestversammlung vor dem Polizeipräsidium eingefunden. Unter fadenscheinigen Vorwänden wurden die Frauen dort sogleich von der Polizei zur Abgabe ihrer Personalien gezwungen. In einer anschließenden Presse-Erklärung der Frauen wurde dies zu Recht als ein Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuch gegen die Frauenbewegung insgesamt gewertet.

Protest gegen die Verhaftung von Gisela Ickler wurde auch von ihren Kolleginnen und Kollegen (darunter auch die Ärzte) in den Universitätskliniken erhoben.

Eine notwendige Auseinandersetzung

Am 20. 5. fand eine erste größere Veranstaltung mit gut 500 – 700 Teilnehmern statt, die ebenfalls von den Frauengruppen organisiert war. Dort, und vorher bereits auf einigen kleineren Treffen, ist auch eine Auseinandersetzung darüber entbrannt, mit welcher Stoßrichtung die Mobilisierung zur Freilassung von Gisela Ickler und überhaupt der weitere Kampf gegen den zunehmenden Polizei- und Justizterror geführt werden sollte.

Unschuld der verhafteten Genossin gegenüber den erhobenen Vorwürfen herbeizuschaffen, verbietet es bereits, eine Kampagne ausschließlich oder auch nur hauptsächlich um diesen Punkt herum zu führen. Desweiteren ist die bloße Frage der „Unschuld" gar nicht das entscheidende dafür, ob die Verhaftung und Verfolgung zurückgekämpft werden können. Im „Fall Strecker" sind die Beweise dafür, daß Gerhard den Brandsatz nicht geworfen hat, unwiderlegbar und geradezu erdrückend gegenüber den konstruierten und verlogenen Behauptungen von Polizei und Justiz. – D e n n o c h wird der Vorwurf der „versuchten Tötung" auch weiterhin gegen Gerhard aufrechterhalten und die Staatsanwaltschaft will eine Anklage gegen ihn eheben. Justizstaatssekretär Werner, Chef der sofort nach der Demonstration vom 10. Mai gebildeten *„Sonderkommission"*, hat darüberhinaus angekündigt, daß im Zusammenhang mit *„acht bis zehn geworfenen Molotow-Cocktails"* eine solche Anklage wegen *„versuchter Tötung"* erhoben werden soll – das heißt im Klartext: es stehen auch nach Gisela Ickler und Gerhard Strecker noch weitere Verhaftungen bevor.

Letztlich ist es auch so, daß bei der damaligen Demonstration ja tatsächlich Brandsätze geworfen wurden (wenngleich niemand die Absicht gehabt hatte, konkret einen Polizisten derart zu verletzen, wie es dann auf dem Roßmarkt geschah), und daß damit gerechnet werden m u ß, daß die Polizei möglicherweise i r g e n d w a n n auch jemanden „erwischt", dem sie eine Beteiligung daran auch tatsächlich nachweisen k a n n . Es versteht sich für uns aber von selbst, daß wir a u c h d a n n für die Freilassung des Betreffenden eintreten und kämpfen würden. Unser Maß-

Frankfurts Polizei – bundesweit bekannt für ihre „entschieden rechtsstaatliche" Dienstauffassung

Frankfurts Polizei – bundesweit bekannt für ihre „entschieden rechtsstaatliche" Dienstauffassung

stab dafür sind schließlich nicht die bürgerlichen Gesetze, die jemanden für „schuldig" erklären, weil er sich gegen die Brutalität der Polizei mit einem Brandsatz wehrt, und einen Polizisten für „unschuldig" erklären, der mit dem Wasserwerfen einen Demonstranten überfährt (Frankfurt, Sommer 1974), der einen Giftgas-Einsatz gegen Kinder befekligt (Frankfurt, Juli 1975), oder der – wie mittlerweile schon dutzendfach in unserem Land – auf der Straße den „gezielten Todesschuß" vollstreckt. Die Gewalt ist nicht von den Linken, von der Arbeiterklasse oder von den unterdrückten Völkern „erfunden" worden – sondern sie wird in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen v o r g e f u n d e n.

Die „Strecker-Kampagne" war seinerzeit weitgehend darauf aufgebaut, die zahlreichen offensichtlichen Rechtsbrüche, die von Polizei und Justiz begangen wurden, zu enthüllen, und die Beweise darüber, daß Gerhard den betreffenden Brandsatz nicht geworfen hatte, durch eine eigenständige Untersuchungsarbeit der Linken ans Licht zu befördern. Die Offensichtlichkeit der polizeilich-Juristischen Willkür einerseits und der Unschuld Gerhards gegenüber den erhobenen Vorwürfen andererseits hatte eine unmittelbare Betroffenheit in der gesamten Linken ausgelöst (in dieser Weise hätte es tatsächlich j e d e n a n d e r e n Genossen oder Genossin genauso gut treffen können), die entscheidend die Mobilisierung erleichterte. Es liegt aber auf der Hand, daß eine solche Mobilisierung, wesentlich entlang der Unschuldsbeweise, nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten und auch nicht ohne weiteres in einem neuen Fall gleichermaßen „wiederholbar" ist. Worauf es heute umso stärker ankommt, ist eine offensive Kampagne gegen die gesamte polizeistaatliche Entwicklung in unserem Land zu führen. Nur mit einer solchen verstärkten P o l i t i s i e r u n g über den Kreis der Linken hinaus, wird es möglich sein, erneut eine große Mobilisierung zur Freilassung der verhafteten Genossin zustandezubringen.

Allein der Umstand, daß es nach zwei Monaten bei dieser erneuten plötzlichen Verhaftung naturgemäß viel schwieriger ist, umfangreiches Beweismaterial über die

Das bedeutet nicht, daß wir jetzt im „Fall Ickler" und auch in möglichen weiteren Verhaftungen darauf verzichten werden, die Willkür von Polizei und Justiz, mit der diese selbst die b e s t e h e n d e n (bürgerlichen) Gesetze übergehen, zu enthüllen und auch auf juristischer Ebene die Gegenbeweise zu den fadenscheinigen Beschuldigungen zu verbreiten. Aber mehr noch wird es darauf ankommen, ein Bewußtsein über die gesamte polizeistaatliche Entwicklung zu schärfen, das sich ja auch in einer ständigen Anpassung des bürgerlichen „Rechts" an die p r a k t i z i e r t e W i l l k ü r vollzieht.

KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von Seite 1

klärte diplomatisch, *„daß die Gewährung einer Unterstützung niemals ein automatisches Recht darstellt"* (ebenda), und die englische Regierung ließ noch diplomatischer verlauten, ein Kreditersuchen Italiens im Falle einer Regierungsbeteiligung sei *„unverkennbar schwierig"*, was in der Diplomatensprache *„so gut wie unmöglich"* bedeutet („SZ", 20.7.).

In Italien verurteilte fast ausnahmslos die gesamte Presse Schmidts Drohungen als Erpressung und dreiste Einmischung. Auch die französischen „Sozialisten", die selbst immer wieder Zielscheibe sozialdemokratischer Drohungen und „Ermahnungen" aus der BRD waren, verurteilten Schmidt scharf: Ihr Führer, Mitterand, erklärte: *„Es gehört viel Dreistigkeit zu der Annahme, die Völker Westeuropas würden es sich noch lange bieten lassen, von einer neuen Heiligen Allianz der Großen an der Leine gehalten zu werden"* (nach „SZ", 20.7. – Die „Heilige Allianz" war im letzten Jahrhundert eine Verschwörung der reaktionärsten und finstersten Kräfte in Europa gegen den Fortschritt).

Klar fiel demgegenüber auch die Reaktion der Bundesregierung aus: Von einer „ *'Einmischung in inneritalienische Verhältnisse' könne überhaupt nicht die Rede sein."* Regierungssprecher Grünewald: *„Hier geht es darum, denjenigen, die eine neue Regierung in Italien bilden, im vorhinein größtmögliche Klarheit zu vermitteln"* („FR", 20.7.76).

Nun ja, so kann man's natürlich auch ausdrücken. Aber was ändert's an der Sache?!

Wirtschafts-Kommission
KB /Gruppe Hamburg

Entebbe
PFLP nicht für Flugzeugentführung verantwortlich

Die Flugzeugentführung, die mit dem zionistischen Überfall und Massaker von Entebbe/Uganda endete, war nach Angaben der Entführer von der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) organisiert worden.

Dieser Version trat Genosse Habasch, Generalsekretär der PFLP, entgegen. In einem Interview mit der libanesischen Wochenzeitung „Monday Morning" erklärte er, die Urheber der Entführung seien *„eine Gruppe Jugendlicher, die vor einiger Zeit mit der PFLP gebrochen haben". „Die Volksfront hat mehrmals betont, daß sie nicht für die Entführung des Air France-Flugzeugs verantwortlich war. Wir haben mit dieser Entführung nichts zu tun. Die Verwirrung ist entstanden durch die falsche Behauptung der Urheber dieser Operation". „Es kommt nicht darauf an, ob jemand behauptet, der PFLP anzugehören. Denn die Verantwortlichen wissen sehr wohl, daß die PFLP durch ihre zentralen Gremien repräsentiert wird, insbesondere das ZK, das Politbüro und das Oberkommando ... Jedes Kommunique, das nicht vom Zentralen Informationsbüro der PFLP herausgegeben ist, bringt nicht die Standpunkte und Meinungen dieser Bewegung zum Ausdruck"* (nach „El Mudschidad", 13.7.).

Libanon: Eine verlorene Schlacht ist kein verlorener Krieg!

Fortsetzung von Seite 1

banon klagte Arafat die Bombardierung palästinensischer Gesundheitseinrichtungen (!) durch Syrien an („El Moudjahid" – „EM", 13.7.). Gleichzeitig richtete die PLO an das Internationale Rote Kreuz und den Ökumenischen Rat der Kirchen die Forderung, die Hilfe für *„die von den syrischen Angriffen getroffenen Zivilen"* und in Syrien eingekerkerte Palästinenser zu verstärken. Der Ökumenische Rat solle eine Kommission entsenden, um die s y r i s c h e n M a s s a k e r a n d e r z i v i l e n palästinensischen und libanesischen Bevölkerung zu untersuchen („El Moudjahid", 13.7.). Bezeichnenderweise sind derartige Meldungen in der westdeutschen Presse n i c h t zu finden!

Die mehrmaligen Vereinbarungen Arafats mit Falangistenführern um eine Feuerpause bei Tell Zaatar, um nach Schätzungen des Internationalen Roten Kreuzes die ca. 1.000 Verwundeten („NZZ", 24.7.) und Tausende von Frauen und Kindern zu evakuieren („FR", und „NZZ", 21.7.), wurden immer wieder von den faschistischen Verbänden durchbrochen: *„Heckenschützen eröffneten am Mittwoch vom christlichen Teil Beiruts aus das Feuer, als eine Einheit der arabischen Friedenstruppe in Richtung auf das Lager vorrückte, um das Gebiet für eine nachrückende Rote-Kreuz-Kolonne zu sichern"* („FR", 22.7.).

Am Dienstag davor war dasselbe passiert, und die Sache wiederholte sich am Donnerstag, dem 22.7. („NZZ", 24.7.). Dieser Brutalität fielen am 24.7. weitere ca. 500 Palästinenser – vor allem Frauen und Kinder – zum Opfer, als nach heftigem Granatenbeschuß die Dekke eines Bunkers zusammenbrach (ARD-Tagesschau, 24.7.).

Immer wieder schlugen die palästinensischen Verteidiger die Angreifer zurück und verhinderten so ein ähnliches Blutbad wie im Armenviertel Quarantina in Beirut, das die Faschisten Anfang des Jahres überfielen. (In Quarantina lebten 15.000 Menschen. Nach dem Blutbad berichteten „Stern"-Reporter von „einigen hundert" Überlebenden – vergl. AK 73). Ein palästinensischer Sprecher berichtete am 12.7., daß die Verteidiger *„den 52. Angriff in drei Wochen abgeschlagen hätten"* („Frankfurter Allg. Zeitung" – „FAZ", 13.7.).

Zwischenzeitlich erhielten die Belagerer weitere Verstärkung („SZ", 19.7.), während syrische Truppen schon vorher ein von außen gegen den Belagerungsring vorrückendes Palästinenserkommando unter Artilleriefeuer nahmen („FR", 3.7.). Nach einem Bericht einer schwedischen Krankenschwester aus dem Lager heraus haben die 1.000 Verwundeten in den unterirdischen Hospitälern weder Medikamente noch Wasser. Nach ihrer Schätzung leben noch 30.000 bis 35.000 Menschen im Lager, hauptsächlich Zivilpersonen. Seit Beginn der Belagerung seien ca. 40.000 Granaten auf Tell Zaatar bombardiert worden („Le Monde", 17.7. u. 22.7.).

Das überhaupt noch jemand in dem durch Brandbomben, Phosphorgranaten und Flammenwerfern *„in eine gigantische Schutthalde"* („FAZ", 10.7.) verwandelten Lager lebt, das früher als größtes Palästinenserlager Beiruts 40.000 Menschen beherbergte („3.Welt-Maganzin", Nr. 1/2 76), liegt an der umsichtigen Verteidigungsplanung der Lagerleitung, hauptsächlich Genossen der PFLP. Seit dem Beginn der faschistischen Offensive im Frühjahr 1975 legten sie große unterirdische Schutz- und Verteidigungsstellen an, da das im Falangistenviertel Beiruts gelegene Lager nicht überirdisch zu verteidigen ist (ebenda).

Von der bürgerlichen Presse wurden die Verteidigungsanlagen ausgeschlachtet, um die Palästinenser-Lager als waffenstarrende Kriegsfestung zu charakterisieren. Ein besonders widerliches Beispiel an Hetze bietet dabei W. Stockklausner, Nahost-Korrespondent der „FR". In seinem Bericht über Tell Zaatar heißt es u.a.: *„Schon lange hatten sich Beobachter des Kriegsschauplatzes Libanon gewundert, daß die Christen in dem von ihnen beherrschten Teil Beiruts. . . von Palästinensern bewohnte Viertel duldeten. . . Die möglicherweise entscheidende Schlacht um Tell Zaatar mußte eines Tages kommen. Das wußten auch die Palästinenser. Sie bauten das Lager daher zu ihrer wichtigsten Festung aus. Es war durchzogen von Bunker- und Tunnelsystemen. In unterirdischen Lagerräumen stapelten sich die Vorräte für wochen- oder monatelange Belagerungen.*

Tausende erfahrener Kämpfer, meist Anhänger der marxistisch-leninistischen 'Volksfront zur Befreiung Palastinas" wurden nach Tell Zaatar geschleust. Ein Teil der einst 30.000 bis 50.000 Menschen zählenden Zivilbevölkerung, darunter Frauen und Kinder, blieb zurück. Ihre Anwesenheit sollte die Moral der Verteidiger stärken, der Anblick von getöteten Frauen und Kindern den Haß anstacheln" (13.7.).

Das ist die bürgerliche Presse, die zur selben Zeit seitenlang Mitgefühl mit „den armen Geiseln in Entebbe" heuchelte und die ermordeten Palästinenserfrauen und -kinder auch noch den sie verteidigenden Kämpfern anzulasten versucht!



Die militärische Gesamtlage

Durch die syrische Blockade der fortschrittlichen Kräfte ergibt sich folgendes: Die faschistischen Verbände können ein zusammenhängendes Stück Land vom Norden bis nach Beirut beherrschen, die fortschrittlichen Kräfte dagegen verfügen nur über *„verschiedene Taschen – Tripolis, West-Beirut bis Saida (Sidon), südliche Gebiete, östliche Enklaven –, die voneinander getrennt sind, so daß die Verbindungen zwischen ihnen zumindestens schwierig sein dürfte, wenn solche überhaupt möglich sind"* („NZZ", 14.7.).

Über den Hafen von Jounie erhalten die faschistischen Verbände massenhaft Nachschub – sicherlich nicht nur Kriegsmaterial, sondern auch Söldner. An den Lieferungen ist Israel beteiligt: *„Israel spielt anscheinend eine wichtige Rolle bei der Bewaffnung der christlichen Milizen im Libanon. Nach Angaben konservativer libanesischer Politiker liefert Israel sowjetisches Rüstungsmaterial, das während des letzten israelisch-arabischen Krieges erbeutet wurde. Frachterkapitäne bestätigen, daß von Christen kontrollierte Schiffe Waffen aus Israel nach Libanon transportieren. Manchmal lassen sie sogar Zypern aus diesen Fahrten aus, obgleich die Zwischenstationen in zyprischen Häfen bisher als Tarnung der Transporte diente"* („FR", 19.7.).

Natürlich soll der israelisch-falangistisch-syrische Komplott möglichst den arabischen Massen verborgen bleiben: *„Die neuen Waffen werden von den Christen im Libanon zumeist gegen isolierte Palästinenserstellungen eingesetzt, wo kaum ein Risiko besteht, daß sie in die Hände des Gegners fallen und näher identifiziert werden könnten. An den meisten Waffen sind außerdem alle Anzeichen ihrer ursprünglichen Herkunft beseitigt worden"* (ebenda).

Durch die Besetzung der Anhöhen oberhalb von Tripolis und Sidon verhindern die Syrer dagegen jeglichen Nachschub über die für die fortschrittlichen Kräfte derzeit einzigen Wege. Der syrische Außenminister Khaddam soll z.B. bei seinem Besuch in Moskau Anfang Juli erklärt haben, *„daß die in den Bergen über dem Hafen Saida* (Sidon) *postierten syrischen Artillerie ohne Zögern schiessen werde, wenn die Sowjetunion ihre Ankündigung wahrmachen sollte, in Saida einige Schiffsladungen mit Versorgungsgütern für die Palästinenser und die Linksgruppen zu löschen"* („SZ", 12.7.). Eine seltsame „Panne" ereignete sich mit einem ägyptischen Schiff, das Waffen in den Libanon transportieren sollte: Angeblich wegen eines Maschinenschadens geriet es in „Seenot" und wird seit dem 8/9.7. in einem israelischen Hafen (!) festgehalten. . . („SZ", 19.7.).

Trotz des syrischen Überfalls, der immer noch durch weitere Verbände aus Syrien verstärkt wird, z.B. 1.000 Mann mit Panzern nach einer Meldung der „FAZ" v. 15.7., ist es den Faschisten nicht gelungen, schnelle erfolgreiche Schläge gegen die fortschrittlichen Kräfte durchzusetzen: *„Das militärische Gesamtbild ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, daß die christlichen Milizen langsame Fortschritte machen und sich den Linkgsgruppen und Palästinensern überlegen erweisen, solange sie die mehr oder minder indirekte Hilfe der Syrer genießen, nämlich eine syrische Blockade zu See und Land, die Bindung mancher Einheiten der Linkskräfte durch die Gegenwart der syrischen Truppen, syrische Artillerieunterstützung und offenbar auch gelegentlich (?!) Aushilfe mit syrischem Kriegsmaterial"* („NZZ", 23.7.).

Der syrische Verrat

Der heldenhafte Widerstand der Linken hat Syrien immer mehr gezwungen, das ganze Ausmaß seines Verrats an der arabischen und besonders palästinensischen Sache zu offenbaren. Die Pläne Assads, mittels der von ihm kontrollierten Verbände der PLA (Palästinensische Befreiungsarmee) und Saika-Milizen den palästinensischen Widerstand zu kontrollieren und sich gleichzeitig noch dabei mit antiimperialistischen Federn zu schmücken, sind mißlungen. Nach dem Sinai-Abkommen zwischen Ägypten und Israel war Syrien nicht müde geworden, das Überlaufen Ägyptens ins Lager des Imperialismus zu brandmarken: *„Diese Politik Ägyptens dient den Interessen der USA und des Westens und steht im Widerspruch zu den gemeinsamen arabischen Interessen"*, äußerte z.B. der stellvertretende syrische Außenminister Schagra Anfang dieses Jahres in einem Interview mit dem revisionistischen „Antiimperialistischen Informationsbulletin" (Nr. 4/76). Den libanesischen Bürgerkrieg charakterisierte dieser Heuchler wie folgt: *„Wir glauben, daß fremde Interessen im Libanon im Spiel sind. Wir wissen, daß die Kräfte des Imperialismus versuchen, die Araber zu spalten, die PLO zu vernichten und Syrien zu schwächen, um imperialistische Lösungen hier durchzusetzen"* (ebenda).

Der prosyrische Saika-Chef Muhsen ging in einem Interview im März dieses Jahres unvorsichtigerweise noch weiter:

„Meiner Meinung nach ist aber die Hauptursache (für den Bürgerkrieg) darin zu sehen, daß bekannte internationale Kreise eine Verschwörung planen, deren Ziel der Kopf der palästinensischen Revolution ist, aber auch Syrien. Die Durchführung dieses Verbrechens wird von den USA (genau!!!) *und dem Regime des Anwar al Sadat vollzogen. Bis zum 21.1.76 versuchten die Faschisten und die Rechtsextremisten um Gemayel, Schamoun und Präsident Frangieh, die Pläne der USA und ihrer Verbündeten durchzuführen und den Libanon in einen christlichen und moslemischen Staat zu teilen, was immer ein Ziel Israels war. . . Die Rechtsextremisten aber haben den Krieg militärisch verloren"* (Zit. nach „Antiimp. Inf.Bulletin", 4/76).

Inzwischen hat sich die syrische Intervention zur *„Wiederherstellung des Friedens und zur Beendigung des Blutvergießens"* so offen als Abschlachten der antiimperialistischen Bewegung entlarvt, daß es den Zionisten und Faschisten im Libanon schwer fällt, ihre Genugtuung zu verbergen. Israel hätte früher jede syrische Truppenbewegung im Libanon als „Angriff auf seine Sicherheit" betrachtet und militärisch losgeschlagen, heute bemühen sich die israelischen Massenmedien laufend, selbst syrische Panzerverbände im südlichen Libanon als „bedeutungslos" etc. herunterzuspielen, um die aufgeputschten Zionisten im Lande ruhig zu halten, die die ganze Entwicklung noch nicht verstanden haben: *„Meldungen, denen zufolge die syrischen Einheiten dicht an der israelischen Grenze stehen sollen, seien übertrieben, wenn auch eine Reihe syrischer Einheiten in den südlichen Libanon eingedrungen seien. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfolgten diese jedoch die Absicht, Moslem-Kräfte einzukreisen, und es gebe keine Hinweise dafür, daß sie in Richtung Israel abschwenken. . . Israel sehe vorläufig keine Notwendigkeit, für eine Änderung seiner Nichteinmischungs-Linie* (?!). . ." (Haarez, 14.6., zit. nach „Monitor-Dienst", 18.6.).

Unverhohlen äußerten die libanesischen Faschisten ihre Befriedigung über Syrien: *„Im Gegensatz zu den Palästinensern zeigen sich die Christen mit den Syrern recht zufrieden. Gemayel hat erklärt, die arabischen Friedenstruppen, die offenbar noch immer untätig auf dem Flughafen von Beirut kampieren, blieben unwirksam, solange sie nicht 'im gleichen Sinne eingesetzt werden, wie die syrischen, nämlich zur Herstellung von Ruhe und Ordnung'"* („NZZ", 14.7.). Ungeachtet dessen bemühte sich Assad weiterhin, sein Vorgehen gegen die fortschrittlichen Kräfte zu leugnen.

Auf dem dritten Libanon-Treffen der Arabischen Liga verwahrte er sich dagegen, daß seine Truppen Seite an Seite mit den faschistischen Verbänden kämpfen („Welt", 14.7.). Auf einer Pressekonferenz der syrischen Botschaft in Bonn wurde frech behauptet, *„die syrischen Truppen im Libanon hätten nur das Ziel, die Kämpfe zwischen feindlichen Gruppen zu beenden und die Einheit des Volkes unter einer legitimen Staatsgewalt herzustellen"* (zit. nach „FAZ", 15.7.). In Syrien selbst ließ Assad immer wieder verbreiten, *„diese Deviationisten* (=Abweichler) *wollten Syrien für selbst erlittene Niederlagen verantwortlich machen. Deshalb behaupteten sie fälschlicherweise, die syrischen Truppen bekämpften sie"* („NZZ", 14.7.). Die „NZZ" kommentiert diese Lügen folgendermaßen: *„Solche Versionen sind wohl in erster Linie für die syrische Bevölkerung bestimmt, in Wirklichkeit besteht kein Zweifel, daß die gegenwärtig deutlich erkennbare Überlegenheit der christlich-konservativen Kämpfer ... auf direkte und indirekte syrische Hilfe zurückgeht"* („NZZ", 14.7.).


Tell-Zaatar: Über der Erde nur Trümmer

Tell-Zaatar: Über der Erde nur Trümmer

Jede Nachricht über den wirklichen Sachverhalt wird in Syrien brutal unterdrückt, um weitere Unruhen unter der syrischen Bevölkerung zu vermeiden, und mit Gegnern seiner Libanonpolitik macht Assad „kurzen Prozeß": Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen flüchtete sich ein syrischer Pilot mit einer MIG 21 in den Irak aus Empörung über den Libanon-Überfall. Er berichtete von *„Unruhen und Massenverhaftungen"* unter dem syrischen Militär und auch der Zivilbevölkerung („SZ", 19.7.). Am 6.7. berichtete die irakische Nachrichtenagentur von Hinrichtungen an neun syrischen Piloten, die sich geweigert hatten, Befehle gegen fortschrittliche Kräfte im Libanon auszuführen („SZ", 19.7.). Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA berichtete von der Verhaftung von 800 Menschen in Syrien, Palästinensern und Syrern, darunter viele Offiziere, Unteroffiziere, Lehrer und Studenten (nach „El Moudjahid", 4.7.). Weiter ließ Assad eine Reihe von Offizieren des in Damaskus gelegenen Hauptquartieres der PLA verhaften, woraufhin Arafat die Verlegung des PLA-Hauptquartiers nach Beirut anordnete („SZ", 8.7.). Am 11.7. wurde in Damaskus Ahmed Assawi durch ein Bombenattentat ermordet („FR", 12.7.). Assawi ist führendes irakisches Mitglied des interarabischen Vorstands der Baath-Partei (der im Irak herrschende „linke" Baath und in Syrien herrschende rechte Baath haben einen gemeinsamen Vorstand mit Sitz Damaskus) und stand daher in Opposition zu Assad.

Im Zusammenhang mit dem Mord an Assawi verbreitete AFP (franz.) eine Meldung über ein Gerücht, das sich leider als falsch erwies: Assad sei gestürzt worden. Die Palästinenser und verbündeten Libanesen veranstalteten „wilde Freudenfeuer" und sofort war die Nachricht überall herum. Der palästinensische Rundfunk mußte anschließend laufend dementieren und forderte dazu auf, die Munition zu sparen, man brauche sie noch ... („El Moudjahid", 11./12.7.).

Die arabische Liga verabschiedet eine „Resolution"

Riad, der Generalsekretär der Arabischen Liga, hatte nach dem syrischen Einmarsch mit großen Worten die Ersetzung der Syrer durch eine „Friedenstruppe" von 6.000 bis 10.000 gemischt-arabischen Streitkräften angekündigt. Um den Syrern bei der Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte viel Zeit zu geben, wurde die Entsendung der „Friedenstruppe" immer weiter verzögert.

Als dann die arabische Reaktion erkannte, daß der Widerstand nicht schnell zu schlagen war, wollte man das blutige Geschäft lieber weiter Syrien überlassen und begrenzte die „Friedenstruppe" auf ein lächerliches Kontingent von ca. 2.000 Mann, u.a. auch, um der Gefahr zu entgehen, Truppen der „unzuverlässigen" Staaten Libyen, Irak und Algerien entsenden zu müssen. (Unter den 2.000 befindet sich nur ein libysches Bataillon von ca. 400 Soldaten, die drei anderen Bataillone werden von Saudi-Arabien, dem Sudan und – Syrien (!) gestellt, vergl. AK 84.)

Das ganze Theater der arabischen „Friedenstruppe" findet also nur statt, um die arabischen Massen mit vorgetäuschter Aktivität zu blenden.

So kamen die Außenminister der Arabischen Liga z.B. am 12.7. erneut zusammen, um die Frage zu *„erörtern, warum die Friedensmission einer von der Liga nach Beirut entsandten Delegation gescheitert ist"* („SZ", 8.7.). Ägypten schlug vor, die „Friedenstruppe" mit Panzern zu bewaffnen und so in eine *„Abschrekkungstruppe"* umzuwandeln („Welt", 13.7.) – angesichts der mindestens 16.000 waffenstarrenden Syrer („FAZ", 15.7.) eine Lächerlichkeit. Aber selbst dazu kam es nicht, und so wird es dabei bleiben: *„Um einen Waffenstillstand aufzuzwingen, bedürften die Friedenstruppen der Hilfe der syrischen Armee ..."* („NZZ", 3.7.). Selbst ein teilweiser syrischer Rückzug wurde nicht gefordert und der syrische Außenminister erklärte zynisch, *„Syrien sei bereit, an jeder arabischen Anstrengung zur Verbesserung der Lage im Libanon teilzunehmen"* („FAZ", 13.7.). Im Gegenzug *„empfahl"* die Arabische Liga Syrern und Palästinensern, Gespräche zu beginnen, *„um ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern"* (!) (zitiert nach „NZZ", 18.7.) bzw. *„begrüßte* (!!) *den 'Wunsch' Syriens und der Palästinenser, 'sofort Maßnahmen zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zu treffen'"* (nach „FR", 15.7.).

PLO-Informationssekretär Abu Charara beschuldigte Syrien daraufhin, *„unter dem Deckmantel der arabischen Initiative seinen 'Ausrottungsplan' gegen die Linkskräfte im Libanon weiter zu verwirklichen'. 'Während wir im Rat den honigsüßen Worten des syrischen Vertreters Khaddam zuhörten, griff die syrische Armee Baalbek an', sagte Charara"* („FR", 15.7.).

Niederlage spaltet Widerstand erneut

Die lächerlichen Ergebnisse der Konferenz der Arabischen Liga zeigen, wie sehr sich im Nahen Osten das Kräfteverhältnis zugunsten des Imperialismus verschoben hat. Sadat verurteilte zunächst lauthals die syrische Intervention, um Syrien den Vorwurf der Imperialistenhörigkeit heimzuzahlen und sich so wieder etwas bei den Palästinensern anzubiedern nach seinem Separatfrieden mit Israel. Aber schon das Vierertreffen der arabischen Reaktion (Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien und Kuwait) in Riad (Saudi-Arabien) zum Libanon Ende Juni stimmte Sadat endgültig ruhig: der kuwaitische Außenminister betonte, die Konferenz habe ihr Ziel, die *„ägyptisch-syrische Normalisierung"* erreicht. Das Verhältnis sei jetzt so *„wie während des glorrei-*

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

chen Ramadan-Krieges" (zitiert nach „Monitor-Dienst", 28.6.).

Parallel dazu schloß Sadat das Abkommen mit dem Sudan und Saudi-Arabien, das sich gegen die fortschrittlichen Kräfte der Region (in Libyen, Eritrea, Dhofar ...) richtet. Mitte Juli vereinbarten Ägypten und der Iran eine *„enge Zusammenarbeit"* auf wirtschaftlichem Gebiet, verbunden mit einem 15-Mio.-Dollar-Kredit an Ägypten („Monitor-Dienst", 13.7.).

Weitgehend wirkungslos erwies sich der außenpolitische Druck auf Syrien durch die arabischen Staaten, die bisher solidarisch den palästinensischen Widerstand unterstützt haben:

Vom Irak wurde nur gemeldet, daß er Truppen an der syrischen Grenze konzentriere. Die algerische Berichterstattung kommentiert die Ereignisse nur vorsichtig und mehr zwischen den Zeilen, z. B. wenn der Reaktion der palästinensischen Bevölkerung auf die Falschmeldung des Sturzes von Assad viel Raum gewidmet wird. Der libysche Ministerpräsident Dschallud versuchte ständig, Verhandlungen zwischen Assad und der PLO anzubahnen. Während zunächst Arafat als Vorbedingung für Verhandlungen den Abzug der syrischen Verbände forderte, war bald nur noch vom Abzug aus dem Gebiet von Sofar (direkt östlich von Beirut) und den Anhöhen über Sidon als *„unabdingbare Voraussetzung"* die Rede („SZ", 19.7.). Inzwischen hat die PLO-Führung Verhandlungen aufgenommen, ohne daß Syrien sich aus dem Gebiet von Sofar zurückgezogen hat (über den Abzug von Sidon liegen widersprüchliche Meldungen vor). Die „Ablehnungsfront" hat gegen diesen Umfall scharf protestiert („FR", 24.7.).

Unter diesen Bedingungen bedeutet ein Waffenstillstand nichts weiter, als daß die faschistischen Verbände eine Atempause erhalten, um sich militärisch zu stärken, während die Linken vollständig vom Nachschub abgeschnitten unter syrischer Kontrolle verbleiben. Das Kräfteverhältnis wandelt sich dadurch weiter zuungunsten der fortschrittlichen Kräfte, ohne daß sich Syrien als Palästinenserschlächter so vor den Massen entlarvt wie durch die offenen Kämpfe.

Die Ankündigung der Reise der PLO-Delegation nach Damaskus erfolgte unmittelbar nach einer Rede Assads, in der er *„den Palästinensern kategorisch das Recht"* absprach, *„einen Abzug der syrischen Truppen aus Libanon zu verlangen"* („FR", 22.7.). Wörtlich erklärte Assad: *„Wir werden uns niemals irgendeiner Forderung irgendwelcher Palästinenser beugen, aus Libanon abzuziehen. Wir werden den Präsidenten Libanons, dessen Ministerpräsidenten oder den Präsidenten des Parlaments anhören, wenn sie uns sagen, wir sollten gehen ...*" (zitiert nach „FR", 22.7.).

Die Palästinenser hätten mehrmals ihr Wort gebrochen, während Präsident Franjie seine Versprechungen einhalte usw. usf. Bezeichnend kommentierte die „NZZ" die Rede Assads: „Die Argumente Assads gegen die Palästinenser gleichen aufs Haar jenen, die von den libanesischen Christen seit Jahren angeführt werden ..." (23.7.).

Angesichts dessen kann man die PLO-Reise nach Damaskus nur als völlige Kapitulation kennzeichnen! Die Niederlage der Linken scheint die im Frühjahr im Kampf gewonnene Einheit des Widerstandes zu zerbrechen und kompromißlerischen Strömungen Auftrieb zu geben: *„Wenn der Krieg im Libanon einmal beendet ist, wird es palästinensische und arabische Persönlichkeiten geben, die unter dem Eindruck der von allen arabischen Regimes dem palästinensischen Widerstand entgegengebrachte Feindseligkeit – einen Mini-Staat als letzte Zuflucht für das palästinensische Volk fordern werden"*, schätzte Dschallud in einem Interview mit der libanesischen Tageszeitung „Al Kifah Al Arabi" vom 10.7. (übersetzt nach „El Moudjahid", 11/12.7.) richtig ein.



50.000 Tote bisher im Libanon



Rund 100 Palästinenser demonstrierten vor der syrischen Botschaft in Bonn gegen die syrische militätische Intervention im Libanon.

Eine verlorene Schlacht ist kein verlorener Krieg!

Wenngleich eingeschätzt werden muß, daß die fortschrittlichen palästinensischen und libanesischen Kräfte die gegenwärtig tobende Schlacht im Libanon nicht siegreich werden bestehen können, so gilt doch namentlich auch für diesen Kampf, daß eine verlorene Schlacht noch kein verlorener Krieg ist.

Als im „Schwarzen September" 1970 das faschistische Hussein-Regime in Jordanien mit dem Einsatz modernster Kriegstechnik den palästinensischen Widerstand angriff und dabei rund 20.000 Menschen abschlachtete, frohlockten die Mörder selbst und ihre imperialistischen bzw. zionistischen Hintermänner, daß nunmehr das „Palästinenser-Problem" erledigt sei.

Aber die palästinensische Befreiungsfront hat sich von dieser verlorenen Schlacht nicht nur wieder erholt, sondern ist sogar noch gewachsen, politisch reifer und militärisch stärker geworden – sodaß sie heute (zusammen mit den fortschrittlichen Kräften des Libanon) in der Lage ist, den mörderischen Angriffen der Faschisten (Falangisten), syrischen Aggressoren und der Verschwörung von reaktionären arabischen Regimes, Zionisten und Imperilisten zu widerstehen.

Die ungeheuren Opfer, die die fortschrittlichen palästinensischen und libanesischen Kräfte heute im Kampf erbringen müssen, werden nicht zur Ausrottung des Widerstands und zu „Ruhe und Ordnung" in dieser Region führen, sondern werden den Niedergang der reaktionären arabischen Regimes (die sich in diesem Krieg total demaskiert haben) beschleunigen und damit die Voraussetzungen v e r b e s s e r n , die imperialistische Herrschaft (namentlich durch das zionistische Israel) im Nahen Osten endgültig zu beseitigen.

Solidarität – jetzt erst recht

Während die sogenannten „sozialistischen Länder" (namentlich die Sowjetunion) in diesem Krieg eine üble, verbrecherische Rolle spielen (es sind immerhin vornehmlich Waffen aus der Sowjetunion, mit deren Hilfe Syrien seinen Vernichtungsfeldzug gegen die Linke im Libanon durchführt!), die chinesischen Außenpolitiker nicht besseres zu tun haben, als mit absolut schwachsinnigen „Thesen" hausieren zu gehen und Verwirrung stiften (wollen) (siehe dazu Artikel in diesem AK!) – in dieser Situation müssen die revolutionäre Linke und alle anderen Antiimperialisten ihre Anstrengungen zur Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand und anderen fortschrittlichen arabischen Kräften wesentlich verstärken.

Während andere das große Wort vom proletarischen Internationalismus und vom „natürlichen Verbündeten der 3. Welt" nur im Munde führen, müssen wir durch einen Internationalismus der Tat beweisen, daß wir – auch und gerade in schweren Zeiten – an der Seite der Befreiungsbewegungen stehen.

Unsere Genossen im Libanon k ä m p f e n ! Unterstützen wir Sie! Politisch und materiell !

Nahost-Kommission

Solschenazi kriegt Gesellschaft: „Regimekritiker" Amalrik im Westen

Mit dem „Schriftsteller" Amalrik hat die sowjetische Regierung im Juli einen weiteren faschistischen Hetzer „in den Westen" abgeschoben. Amalrik, „Moskaus schärfster Kritiker" („Bild", 16.7.), gab sogleich einen zünftigen Einstand: *„Moskaus hat sein Ziel, die kommunistische Weltherrschaft, nie aus den Augen verloren. Der Westen ist müde geworden, Widerstand zu leisten. Moskaus Schlaftabletten wirken"*. Und auf die Frage nach der „neuen Ostpolitik" des BRD-Imperialismus: *„Sie ist redlich, aber kurzsichtig. In der Hoffnung auf kurzfristige Entspannungserfolge hat die Bundesrepublik ihr Hauptziel aus den Augen verloren: die deutsche Einheit. Es wundert mich, daß immer weniger Männer an die Wiedervereinigung erinnern"* (Zitate aus einem „Bild"-Interview, 16.7.).

Amalrik kann mit diesem Einstand dem Kriegshetzer Solschenizyn die Hand reichen. Solschenazi ist inzwischen zum antikommunistischen Parade-Esel der internationalen Reaktion geworden: Kriegshetze gegen die Sowjetunion; Bedauern, daß sich der Imperialismus aus Indochina „zurückzog"; Warnungen vor einer „Demokratisierung" im faschistischen Spanien – zu allem gibt dieser Hetzer seinen braunen Senf. So erst kürzlich wieder, als er jammerte über *„Freiheit für Streikende, ausgetragen bis zur Spitze der Freiheit"*, *„Freiheit für Terroristen, um der Bestrafung zu entkommen"*, *„Freiheit, um nicht einmal die eigene Freiheit zu verteidigen"* und *„Freiheit für Halbwüchsige. . ., sich in Nichtstun und Vergnügen zu stürzen, anstatt in kräftigende Aufgaben"* („Welt", 27.6.76).

Eine breite pseudo-„linke" Front behauptet allerdings, daß „Freiheit" in der Sowjetunion ihrer Vorstellung nach bedeuten müßte, daß Faschisten wie Solschenizyn oder Amalrik auch dort ungehindert ihre Hetze verbreiten dürfen. Dies unter dreister Berufung auf den Ausspruch von Rosa Luxemburg, die Demokratie sei **„immer Freiheit für Andersdenkende"**. Als ob Rosa Luxemburg damit vielleicht „Freiheit" für die Faschisten gemeint hätte, die sie und Karl Liebknecht kurz darauf barbarisch ermordeten!. . . Welcher **Unterschied besteht denn in Wahrheit zwischen den Faschisten**, die 1918/19 gegen Rosa und Karl auf Plakaten hetzten: „Schlagt sie tot!" und einem Solschenizyn, der heute am imperialistischen Völkermord in Indochina nur zu bedauern findet, daß er nicht lange genug gedauert hat?! „Freiheit" für solche Prediger des Massenmords zu fordern, unter Berufung auf Rosa Luxemburg, ist wahrlich eine Verhöhnung, die an Zynismus und Schamlosigkeit kaum noch zu überbieten ist! Getan hat das beispielsweise der trotzkistische Cheftheologe Mandel in Röhl's „das da".

Mit vernunftmäßigen Maßstäben ist es ebensowenig zu messen, wenn Rudi Dutschke (dem SB nahestehend) h e u t e noch Solschenizyn ausdrücklich für einen *„konservativen Idealisten"* erklärt, dessen *„literarische Schärfe und historische Nähe (?!). . . nur ein Schwachgeist ignorieren"* könne („das da", Juli '76).

Vor zwei Jahren war Dutschke sogar noch der Meinung, Solschenazi sei ein *„bürgerlicher Moralist"* (siehe AK vom März 74, S. 32). Zur selben Zeit huldigte Mandel dem Solschenizyn gar als *„Humanist"* und *„großen Geist, dem die ehrliche Gesinnung und die tapfere Leidenschaft nicht abzusprechen sind"* („Frankfurter Rundschau", 23.3.74).

Nach der Methode „Haltet den Dieb!", behauptet Dutschke, in der gebe es eine *„Front"* der *„Springer-Lakaien und UZ-Redakteure"* und eine *„sozial-kommunistische Front demokratischen Typus"* – der er sich selbst offenbar zurechnet („das da", Juli '76). Dabei kann jeder sehen, daß es Dutschke ist, der in dieser Frage mit den „Springer-Lakaien" in einer „Front" steht, wenn man überhaupt von einer „Front" reden will. Er schreibt voll Stolz: *„Vor dem dreckigen Blick der Springer-Lakaien und der CDU/CSU u.a. brauchen wir uns nicht zu fürchten"* („das da", Februar '76). Jedenfalls nicht, solange Dutschke „Freiheit" für proimperialistische Kriegshetzer, Aufpeitscher zum Völkermord und blutsüchtige Konterrevolutionäre in der Sowjetunion fordert. . .!

Das besonders Schmierige an den Polemiken der Dutschke, Mandel & Co. besteht in der Art und Weise, wie sie das Problem der „Freiheit" für Solschenizyn, Amalrik usw. vermengen mit der g e r e c h t e n Forderung nach politischer Freiheit für das werktätige Volk der Sowjetunion. Indem sie so handeln, beschmutzen sie das proletarische Ideal des Demokratismus und liefern selbst den Revisionisten die besten „Argumente" in die Hand, um mit Hinweis auf Solschenazi usw. die politische Unterdrückung überhaupt in der Sowjetunion zu rechtfertigen. Die Mandel, Dutschke & Co. haben die massive Geschichtsfälschung Solschenizyns über die Sowjetunion unter Führung Lenins und Stalins mit Begeisterung aufgenommen und als große historische Wahrheiten verkündet, die nun endlich, dank diesem „Humanisten", der Welt geschenkt worden seien. Dabei haftet Solschenizyns „Wahrheiten" noch der Gestank der Nazi-Kloaken an, aus denen sie geschöpft sind. Es ist zweifellos richtig, daß viele, allzuviele Revolutionäre und ehrliche Demokraten in der Sowjetunion insbesondere in den 30er Jahren zu Unrecht verfolgt, gequält, oft ermordert wurden. Aber d a s hat Faschisten wie Solschenizyn noch nie gekümmert. Er jammert stattdessen über die Unterdrückung der Konterrevolutionäre, vermengt politische und „kriminelle" Gefangene, erfindet phantastische Zahlen und rechnet unverfroren die millionenfachen Opfer des von der internationalen Konterrevolution entfachten Bürgerkriegs, der imperialistischen Hunger-Blockade gegen die junge Sowjetunion und des faschistischen Überfalls zu den „Opfern des Bolschewismus". Und die Mandel, Dutschke & Co. applaudieren ihm und meinen, er sei ein „Humanist", der allerdings wohl die Rolle Lenins nicht ganz richtig einschätze. . .

Dutschke treibt die politische Dummheit auf die Spitze, indem er einen „Altbolschewiken" zitiert:, der angeblich behauptet haben soll: **„In den 17 Jahren, die ich in Stalins Lagern und Gefängnissen verbrachte, ist mir kein einziger (!) Konterrevolutionär vor Augen gekommen"** Diesen Schwachsinn kommentiert Dutschke allen Ernstes mit den treuherzigen Worten: *„Ich habe keinen Grund, einem Altbolschewiken mit 17jähriger sinnlicher Erfahrung zu mißtrauen. . ."* („das da, Februar '76). – Demnächst wird er wohl behaupten, es habe in der Sowjetunion überhaupt nie einen einzigen Konterrevolutionär gegeben! Dutschkes Glaubensbekenntnis, es habe g a r k e i n e Konterrevolutionäre in den „stalinistischen" Gefängnissen gegeben, ist nichts anderes als das Spiegelbild zu der These einiger 150%iger „ML"er, a l l e politischen Gefangenen zur Zeit Stalins seinen Konterrevolutionäre gewesen.

Ebenso naiv oder verlogen – je nachdem, was man annehmen will – wie die Etikettierung eines Solschenazis oder Amalrik als „Humanisten" und „Idealisten", ist das Getue der Mandel, Dutschke & Co. um angebliche *„marxistische, revolutionär-sozialistische und kommunistische"* Oppositionelle in der Sowjetunion (Mandel, „das da",), die es anscheinend in großer Zahl gibt. Es stellt sich freilich heraus, daß auch hier nur mit falschen Etiketten gearbeitet wird. So ist die Person, an der sich Rudi Dutschke ständig festhält, ein gewisser Roy A. Medwedew, den Dutschke kühn als *„Leninisten"* ausgibt. Dieser Medwedew, der seine „leninistischen" Thesen offensichtlich recht ungehindert westlichen bürgerlichen Zeitungen mitteilen kann, hat beispielsweise kürzlich der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera" ein Interview gegeben; dabei ging es um die in einem anderen „CdS"-Interview gemachte Äußerung des italienischen „KP"-Chefs Berlinguer, er empfinde die Nato als einen Schutz vor der Sowjetunion für seine „historischen Kompromisse". Dutschke selbst hält dieses Bekenntnis Berlinguers zwar für *„äußerst problematisch"*, aber letztlich doch für „beschränkt" berechtigt („das da", Juli '76). Dutschkes Star-„Leninist" Medwedew ging freilich in dem erwähnten „CdS"-Interview noch etwas weiter als Dutschke: Er teile völlig die Ansichten Berlinguers zu dieser Frage. Sie seien jedenfalls logischer als die Ablehnung der Nato durch die französische „KP" (die sich im Übrigen inzwischen auch schon zur Nato-Mitgliedschaft Frankreichs bekannt hat). Die Erklärung der „KP"F zur Unabhängigkeit von der Sowjetunion seien – so Medweder – *nicht nur* „inkonsequent", sondern auch *„unehrlich"*, wenn sie die Nato ablehne. Auch unter einer „Links"regierung einschließlich der „KP"I könne und müsse Italien *„seinen Beitrag für die Nato leisten und ehrlich Europa vor einer eventuellen expansionistischen Neigung der Sowjetunion verteidigen"*. Medwedew lobte ganz besonders die portugiesischen „Sozialisten" (PS) die begriffen hätten, *„daß ihr Land nur im Rahmen des atlantischen Bündnisses bestehen kann"* („CdS". 18.6.76).

Abgesehen von diesem Muster-„Leninisten" scheint es doch nicht soviele „kommunistische Dissidenten" in der Sowjetunion zu geben, wie man eigentlich glauben müßte, wenn man das Gehudel der Mandel, Dutschke & Co. dazu liest. So wurde es sogar in der bürgerlichen Presse mit einiger Dankbarkeit registriert, als sich der im Februar dieses Jahres aus der Sowjetunion ausgewiesene „Regimekritiker" Leonid Pljuschtsch gleich auf der ersten Pressekonferenz als „Kommunist" vorstellte. So bekamen die Schauermärchen, die Pljuschtsch über die Behandlung politischer Gefangener in der Sowjetunion zu erzählen wußte, doch gleich ein ganz anderes Gewicht.

Abgesehen von der Frage, ob ein wirklicher Kommunist, bei aller Verbitterung gegen die sowjetische Führung, sich derart bereitwillig der bürgerlichen Presse als Lieferant für ihre antikommunistischen Denunziationen aufdrängen würde, stellte sich heraus, daß dem angeblichen „Kommunisten" Pljuschtsch gerade nur der „demokratische Sozialismus" des „Prager Frühlings" am Herzen lag (siehe Abdruck seines „Offenen Briefes an die Kommunisten in Ost und West" in „spartacus", 15.5.76).

So scheint es mit der „kommunistischen und sozialistischen Opposition" in der Sowjetunion nicht weit her zu sein, wenn Leute wie Medwedew oder Pljuschtsch schon als „Stars" anzusehen sind. Sie dienen nur als billiger Vorwand, um davon abzulenken, daß die „Freiheit", die die Mandel, Dutschke & Co. für die Sowjetunion fordern, in allererster Linie Freiheit für die konterrevolutionäre kriegstreiberische Propaganda und Agitation sein soll. Das ist die dieselbe „Freiheit", die die CDU/CSU mit ihrer Parole fordert: „Freiheit statt Sozialismus"!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der Lack ist längst herunter, es schimmert nur noch blanke Demagogie

Soares stellt Regierung vor

Wenige Tage, nachdem Putschgeneral Eanes in das Präsidentenamt eingeführt wurde, beauftragte er erwartungsgemäß PS-Führer Soares mit der Bildung der Regierung.

Inzwischen hat Soares seine Regierung vorgestellt. Obwohl die PS bei den Parlamentswahlen im April nur knapp 40% der Abgeordneten stellen konnte, ist sie formal keine Koalition eingegangen. Unter der demagogischen Parole „Keine Koaliton, keine Kompromisse" bildete Soares eine Minderheitenregierung, die auf die Tolerierung durch die Rechtsparteien PPD und CDS angewiesen ist.

Es besteht kein Zweifel, daß sie diese Unterstützung jederzeit erhalten wird; dafür bürgt die nach westdeutschem SPD-Muster gestrickte Politik von Soares.

Die Kabinettsliste umfaßt mit wenigen Ausnahmen bekannte Parteigänger von Soares. Allerdings wurde auf dem Posten des Agrarministers Lopes Cardoso als Zugeständnis an den linken Flügel der Partei belassen.

Auf den Posten des Kriegsministers berief Soares als sogenannten „Unabhängigen" den bekannten Faschisten Firmino Miguel, der diesen Posten bereits 1974 in Spinola's 2. Provisorischen Regierung innehatte, bis er als Vertrauter Spinolas wegen seiner Verwicklung in die rechten Putschversuche vom 28. September 74 und 11. März 75 das Land verlassen mußte.

Wenn auch die PS als Schutzbehauptung durchsickern ließ, diese Ernennung sei „auf Druck durch Eanes" erfolgt, so ließ Soares doch keinen Zweifel daran, daß nun die Rehabilitierung der Rechtsputschisten auch öffentlich und demonstrativ erfolgen soll. Wenige Tage vor der Regierungsbildung erklärte er in einem Interview, das er der Lissabonner Rechtszeitung „O Dia" gab, „man muß mit dem Schwamm über die ganze ärgerliche Vergangenheit in Portugal gehen".

Im selben Interview sprach er sich noch einmal dafür aus, daß man einer Rückkehr Spinolas nach Portugal nichts in den Weg legen werde!

Arbeiterfeindliche „Sparpolitik"

Pünktlich nach der Präsidentschaftswahl verabschiedeten (Konter-)Revolutionsrat und Regierung einen ganzen Katalog schärfster arbeiterfeindlicher „Sparmaßnahmen". Um der Regierung Soares einen etwas besseren Start zu geben, wurden diese Maßnahmen noch von der sechsten Provisorischen Regierung verabschiedet. Sie sehen unter anderem Preiserhöhungen bei Dieseltreibstoff und Petroleum von 20% , von Stadtgas um 50% und von Flaschengas um 28% vor. Damit werden die Haushalte besonders stark betroffen.
Außerdem wurde die Lohnsteuer drastisch erhöht. Diese Erhöhung preßt allein im laufenden Jahr 45 Millionen Mark zusätzlich aus den portugiesischen Werktätigen heraus.

Die übelste Maßnahme besteht jedoch in einer täglichen Stromabschaltung, die bereits seit Wochen in der Zeit von 15 Uhr bis 16 Uhr 30 stattfindet. In dieser Zeit wird von den Elektrizitätswerken weder für Haushalte noch für Betriebe Energie geliefert.

Dies bedeutet faktisch Kurzarbeit ohne jeden Lohnausgleich, da die meisten Kapitalisten sich bisher weigern, für die Ausfallzeiten zu zahlen. Die Betriebe, die genügend Aufträge haben, verlangen dann von den Arbeitern Überstunden, wenn der Strom wieder eingeschaltet wird.

Die Einheitsgewerkschaft Intersindical hat festgestellt, daß in sehr vielen Betrieben nicht einmal diese Überstunden bezahlt werden.

Die Stromabschaltung wird mit solcher Rücksichtslosigkeit durchgeführt, daß zum Beispiel ältere Provinzkrankenhäuser, die kein Notstromaggregat besitzen, ihre Patienten nicht versorgen können.

So sah z.B. die Belegschaft des Krankenhauses von Vila Franca de Xira keinen anderen Ausweg, als die sofortige Evakuierung ihrer Patienten zu fordern.

Tatsächlich ist die „Einsparung", die mit dieser Maßnahme erzielt wird äußerst gering. Es wäre auch völlig widersinnig für die Kapitalisten, Produktionseinbußen hinzunehmen, um Strom einzusparen. In Wirklichkeit handelt es sich in erster Linie um eine propagandistische Maßnahme, die die Arbeiterklasse auf neue Raubzüge der Bourgeoisie vorbereiten soll. Während die Bourgeoisie den Versuch unternimmt, die Krisenlasten völlig auf die Werktätigen abzuwälzen, hat der „Revolutionsrat" ein Gesetz verabschiedet, das die Entschädigung der Kapitalisten, deren Betriebe verstaatlicht wurden, regeln soll. Es ist also ganz klar, wofür die Staatskasse so dringend Geld braucht!

Widerstand gegen die Krisenpolitik formiert sich

Inzwischen haben bereits in vielen Betrieben und Branchen erste Kampfmaßnahmen gegen die Krisenpolitik der Bourgeoisie stattgefunden. In einer Erklärung der Intersindical heißt es: *„Die Intersindical warnt Regierung und Revolutionsrat vor den Konsequenzen der jüngsten Maßnahmen, die nur dazu beitragen können, die wirtschaftliche Lage im Land weiter zu verschärfen, und die zum Ziel haben, die gegenwärtige Krise grundsätzlich von den Werktätigen bezahlen zu lassen.*
Intersindical erklärt eindeutig, daß sich die Werktätigen einer Politik der Wiederherstellung des Kapitalismus widersetzen, wie sie von den jüngsten Maßnahmen bezweckt wird".

Auf einer Delegiertenversammlung der Intersindical, auf der über 100 Organisationen und Untergruppierungen der Intersindical teilnahmen, wurde ein Katalog von Gegenmaßnahmen einstimmig verabschiedet.

Neben der Ablehnung der „Sparmaßnahmen" und der Steuererhöhungen wurde darin die Heraufsetzung der Mindestlöhne auf 5000 Esc. (500 Mark) gefordert. Gleichzeitig wurde diese Forderung nicht nur für die Industriearbeiter, sondern auch für die Landarbeiter und die Hausangestellten aufgestellt.

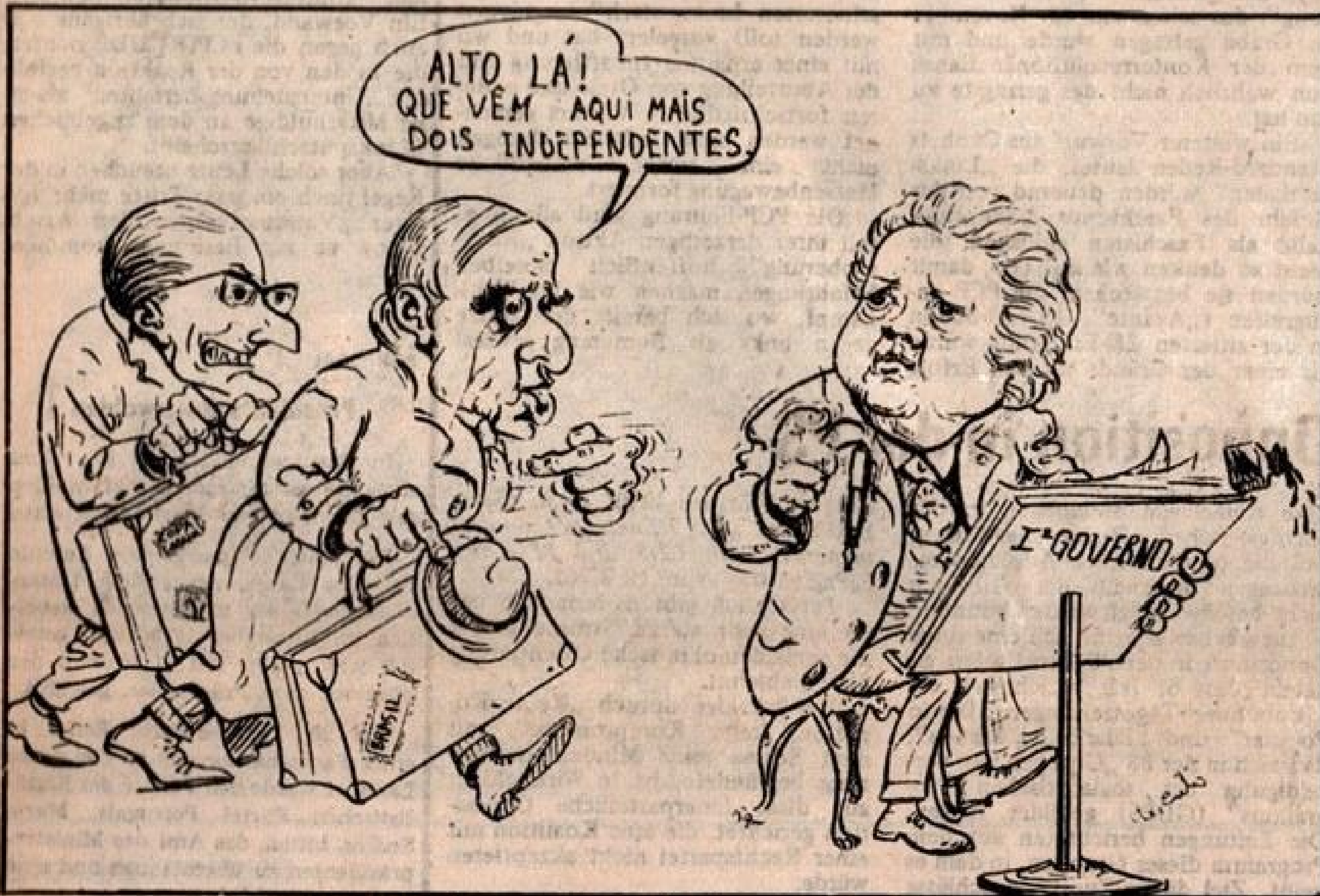
Außerdem wurde die Festsetzung einer Mindestrente gefordert.

Diese Forderungen werden gegenwärtig von den Werktätigen diskutiert und Kampfmaßnahmen zu ihrer Durchsetzung erörtert.

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Unentbehrliches Requisit sozialdemokratischer Regierungspolitik in Portugal: „Spezial-Kommandos" der Polizei!



„He, warte! Hier kommen noch zwei weitere Unabhängige!". Links der frühere Diktator Caetano, in der Mitte Spinola, rechts Soares. – Anspielung auf die Aufnahme des früheren Spinola-Ministers Firminio Miguel in die Regierung Soares als „Unabhängiger".

Schauprozeß gegen Otelo wird vorbereitet

Am 12. Juli legte der (Konter)-„Revolutionsrat" den dritten und letzten Teil seines „Untersuchungsberichts" über den 25. November vor, in dem der untaugliche und hundertfach widerlegte Versuch unternommen wird, den Rechtsputsch vom 25. November als „gescheiterten Linksputsch" hinzulügen.

Hatte der erste Teil hauptsächlich die PCP zur „Putschpartei" machen sollen, der zweite Teil der Einschüchterung und Diffamierung der Organisation der FUR (Zusammenschluß von MES, PRP, FSP und LUAR) dienen sollen, so setzt sich der nun vorgelegte dritte Teil auf 350 Seiten mit dem Problem auseinander, wie man die prominentesten Vertreter der fortschrittlichen Offiziere der Streitkräfte in einen Schauprozeß verwickeln kann.

Ein gutes Dutzend von Offizieren wird besonders belastet. So z.B. Varela Gomes, der ehemalige Leiter der fünften Division; der Fliegerhauptmann Costa Martins, der in der V. Regierung Goncalves Arbeitsminister war; der Hauptmann Dinis de Almeida, Kommandant des RALIS; und die drei ehemaligen Mitglieder des Revolutionsrats Admiral Rosa Coutinho, Hauptmann Martins Guerreiro und Hauptmann Miguel Judas.

Am heftigsten werden jedoch Hauptmann Almada Contreiras, der ehemalige Kommandant des militärischen Sicherheits- und Informationsdienstes SDCI, und natürlich Otelo de Carvalho, damals Brigadegeneral, Kommandant des COPCON und Kommandant der Militärregion Lissabon, auf's Korn genommen.

Otelo wird „beschuldigt", 7.000 Schnellfeuergewehre an Zivilisten verteilt zu haben, Zivilisten in Kasernen zur Ausbildung zugelassen zu haben, Mitglied der demokratischen Soldatenorganisation SUV gewesen zu sein und an „konspirativen Treffen" mit zivilen Revolutionären teilgenommen zu haben.

Ferner wird er „beschuldigt", das COPCON zur Unterstützung der Arbeiter bei Betriebsbesetzungen und Hausbesetzungen eingesetzt zu haben.

Dies alles und vieles mehr, was ihm vorgeworfen wird, sind revolutionäre Taten, die völlig im Einklang mit dem „Geist des 25. April" standen und die kein Revolutionär leugnen wird.

Es sind insbesondere die Aktivitäten, die die portugiesischen Arbeiter und Landarbeiter vom MFA erwartet haben.

Im weiteren wird den Genossen jedoch vorgeworfen und mit falschen Aussagen und frei erfundenen Behauptungen „belegt", sie hätten einen Militärputsch geplant.

Hierbei geht es den heutigen militärischen Machthabern einzig darum, die Genossen zu diffamieren, sie von der Arbeiterbewegung zu isolieren und mit der vorgeblichen Verurteilung „putschistischer Aktivitäten" in Wahrheit die demokratische und antifaschistische Bewegung unter den Soldaten und Offizieren zu treffen.

Dieser Versuch scheint jedoch bereits gescheitert zu sein. Der Bericht war von der Militärführung pünktlich vor der Präsidentenwahl fertiggestellt worden, um als Wahlpulver gegen Otelo verschossen zu werden. Scheinheilig ordnete Eanes an, er solle erst nach der Wahl veröffentlicht werden, um „die Wahl nicht zu beeinflussen". Gleichzeitig spielte man der Rechtspresse bereits Exemplare davon zu, die vor der Wahl ausführlich daraus berichteten.

Dieser Coup, Otelo während der Wahlkampagne als „Verbrecher" hinzustellen, ist nicht nur fehlgeschlagen; der Schuß ist seinen Urhebern nach hinten losgegangen.

Ebenso wird auch der nächste Versuch fehlschlagen, den Kandidaten der Volksbewegung, der fast 17% der Stimmen erhalten hat, per Militärprozeß zum „Konterrevolutionär" zu stempeln. Dasselbe gilt für die Mitangeklagten.

In einer Pressekonferenz am 22. Juli kündigten die Anwälte der angeklagten Militärs an, daß sie ihrerseits einen Untersuchungsbericht über den Rechtsputsch vom 25. November veröffentlichen werden.

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Aufmarsch reaktionärer Truppen beim Rechtsputsch vom 25. November

Portugal nach den Wahlen

PCP führt Hauptstoß gegen links!

Am 27. Juni fanden in Portugal Präsidentschaftswahlen statt. Der Hauptverlierer war die revisionistische Partei. Ihr Kandidat Pato endete abgebürstet mit 7,58%. Der Kandidat der revolutionären Linken, Otelo de Carvalho, bekam nahezu 17% der Stimmen. Das bedeutet, daß die Revisionisten gegenüber den Parlamentswahlen vom April rund 420.000 Stimmen, mehr als die Hälfte ihrer Stimmen, verloren haben! Da die PCP ihre eigene Mitgliedschaft mit mehr als 100.000 angibt, und da Pato bei den Wahlen rund 365.000 Stimmen bekam, läßt sich schlußfolgern, daß in erster Linie PCP-Mitglieder und deren Familienangehörige für Pato gestimmt haben.

Die PCP-Führung hat nach dieser kalten Dusche zur Aktion „Rückeroberung" geblasen: **„Der Boden, den die PCP verloren hat, wird zurückerobert werden, und zwar mit Zinsen"** („Avante", 8.7.). Zum einen richtet sich die Aktion „Rückeroberung" nach innen. Mitglieder und Sympathisanten der PCP, *„die nicht der von der Partei angegebenen Orientierung gefolgt sind"*, sollen jetzt bearbeitet werden. In immer neuen Variationen soll ihnen eingehämmert werden: **„Die Stimmen für den Major Otelo haben nicht im geringsten den Kampf für Demokratie und Sozialismus gestärkt. Sondern die dem Kandidaten der PCP verloren gegangenen Stimmen geben der Reaktion neue Trümpfe in die Hand und können unmittelbar die Bildung einer Rechtsregierung erleichtern".** Die PCP-Führung richtet jetzt alle Parteieinheiten darauf aus, gegenüber den „abtrünnig" gewordenen Genossen die *„unvermeidlichen Konsequenzen"* zu ziehen. Sie warnt allerdings davor, *„überstürzte, administrative Maßnahmen gegenüber diesen Genossen und Freunden zu ergreifen"*. Erst soll *„kameradschaftlich diskutiert"* werden, um vielleicht noch den einen oder anderen für die PCP zu „retten". Aber die ganze Orientierung läuft sehr klar auf Massenausschlüsse hinaus! (Zitate aus „Avante", Zentralorgan der PCP, vom 8.7.76).

Die „Rückeroberung" nach innen wird ergänzt durch eine zügellose antikommunistische Hetzkampagne nach außen. Derzeit schießt die PCP-Führung aus allen Rohren gegen Otelo und die revolutionäre Linke. Meist nach dem abgedroschenen Schema: Was der PCP schadet, nutzt der Reaktion! –

Namentlich beschränkt sich die PCP-Führung bei ihrer „Rückeroberungs"-Kampagne bisher – zumindest in ihrer zentralen Agitation – auf die UDP, während sie andere revolutionäre Organisationen (insbesondere MES) nur indirekt angreift. Die Hetze gegen die UDP hat inzwischen eine neue Qualität erhalten, indem die PCP-Führung die UDP offen mit den „links"faschistischen Gruppen „PCP/ML" und MRPP vergleicht.

Bemerkenswert sind die konkreten Angriffe der PCP-Führung gegen Otelo und die revolutionäre Linke. So wirft ihnen PCP-Chef Cunhal in seinen Hetzreden, die er jetzt überall im Land im Rahmen der Aktion „Rückeroberung" hält, vor, die *„linksradikalen Abenteurer"* hätten – schrecklicher Gedanke!! – die PCP dazu treiben wollen, offen gegen Mitglieder des „Revolutionsrats" (gemeint ist Eanes!) und gegen den zukünftigen Präsidenten Stellung zu nehmen, sie hätten die PCP in einen offenen Kampf gegen Eanes und damit gegen den „Revolutionsrat" und die Streitkräfte treiben wollen („Avante", 15.7., Rede Cunhals in Baixa da Banheira). Schon in einer Erklärung des ZK der PCP nach den Wahlen („Avante", 8.7.) hieß es, die PCP habe sich entschieden gehabt, die anderen Kandidaten weder zu unterstützen noch anzugreifen (mit Ausnahme Otelos, den die Revisionisten besonders zum Schluß der Wahlkampagne mit Schaum vor'm Maul angeiferten – muß man ergänzen!). Bereits in der ZK-Erklärung hieß es, diese Haltung der PCP habe der Verständigung und Zusammenarbeit in den Streitkräften gedient. Die PCP lasse sich nicht von den *„Linksradikalen"* zu Angriffen auf Eanes verleiten, denn das würde einen *„Konflikt und Bruch"* mit den Streitkräften bedeuten. Dabei beschwor die PCP dann makabererweise noch das **„Bündnis MFA/Volksbewegung"**, das schon am 25. November zu Grabe getragen wurde und mit dem der Konterrevolutionär Eanes nun wahrlich nicht das geringste zu tun hat.

Ein weiterer Vorwurf aus Cunhals Standard-Reden lautet, die „Linksradikalen" würden dauernd von der Gefahr des Faschismus reden, und **„alle als Faschisten anklagen, die nicht so denken wie sie"** (!!); damit würden sie bezwecken, die PCP anzugreifen („Avante", 15.7.). Schon in der zitierten ZK-Erklärung wurde als einer der Gründe für den Erfolg Otelos angegeben, daß die Vorstellung weit verbreitet sei, der Sieg von Eanes würde Faschismus oder zumindest Diktatur bedeuten („Avante", 8.7.). Ein Gedanke, der der PCP natürlich ganz fern liegt – sie will sich ja nicht zur Kritik an Eanes hinreißen oder treiben lassen, sondern hat diesem schon ihre Unterstützung zugesagt, „sofern er sich an die Verfassung hält".

Als besonders übel ist zu vermerken, daß die PCP-Führung jetzt *„Warnungen"* ausspricht, die *„Linksradikalen"* könnten jetzt *„provokatorische Aktionen"* und *„putschistische Aktivitäten"* unternehmen. **„Das Zentralkomitee warnt vor einem Wiederaufflackern linksradikaler Aktivitäten und putschistischer Tendenzen"** („Avante", 8.7.).

Diese nur von blindem Haß und politischer Frustration bestimmten „Warnungen" passen ausgezeichnet in eine Situation, wo die Reaktion gerade weitere Teile ihres zusammengeschmierten „Untersuchungsberichts" über den Rechtsputsch vom 25. November (der in einen „gescheiterten Linksputsch" umgelogen werden soll) vorgelegt hat und wo mit einer erneuten Inhaftierung und der Aburteilung von Otelo und anderen fortschrittlichen Militärs gerechnet werden muß, falls sich dagegen nicht eine starke, einheitliche Massenbewegung formiert.

Die PCP-Führung wird allerdings mit ihrer derzeitigen Aktion „Rückeroberung" hoffentlich dieselben Erfahrungen machen wie im Wahlkampf, wo sich bereits ihre Hetze gegen links als Bumerang erwies!

Immer auf der „rechten" Seite

Für sich selbst spricht der Bericht der „Peking Buntschau" über die Präsidentenwahlen in Portugal (13.7.76), den wir hier ungekürzt abdrucken.

Den Kandidaten der revolutionären Linken, Otelo de Carvalho, der fast 17% bekam, erwähnt der Bericht überhaupt nicht! Und das, obwohl sich unter den Organisationen, die Otelo unterstützten, solche total prinzipienlosen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik befinden wie die PCP(R)/UDP. Eine wohlverdiente Ohrfeige für diese Leute!

Lehrreich für sie müßte eigentlich auch sein, daß die „Peking Buntschau" sich das Märchen von der **„Unterdrückung einer militärischen Rebellion"** durch Eanes zu eigen macht, obwohl es sich bei dieser „Rebellion" um nichts weiter handelte, als den erfundenen Vorwand für einen konterrevolutionären Putsch! Ein Vorwand, der sich übrigens u.a. auch gegen die PCP(R)/UDP richtet, die in den von der Reaktion bestellten „Untersuchungsberichten" als eine Mitschuldige an dem angeblichen „Linksputsch" erscheint.

Aber solche Leute brauchen in der Regel noch ein paar Tritte mehr von ihrer „Vaterpartei" in den Arsch, bevor sie zur Besinnung kommen!

PORTUGAL

Präsidentschaftswahlen

In Portugal fanden am 27. Juni die ersten Präsidentschaftswahlen seit einem halben Jahrhundert statt.

Der Stabschef des Heeres, Antonio Ramalho Eanes, der an der Unterdrückung einer militärischen Rebellion im November 1975 aktiv beteiligt war, wurde mit 61 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Am 28. Juni erklärte Eanes in einer Fernsehansprache an das ganze Land, er werde den Führer der Sozialistischen Partei Portugals, **Mario** Soares, bitten, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen und eine Regierung zu bilden.

Pato, der Präsidentschaftskandidat der Kommunistischen Partei Portugals (Revisionisten), erhielt 7,6 Prozent der Stimmen. Über die Resultate der Präsidentschaftswahlen sagte Soares am 28. Juni, die „große Verliererin" sei die Kommunistische Partei (Revisionisten).

Kaum mehr zu überbieten!

Einen auch für hartgesottene Kenner der internationalen „ML"-Szene aufregenden Schocker produzierten Anfang Juli die chinesischen Außenpolitiker in Kooperation mit den portugiesischen Machthabern:

Am 12. Juli reiste auf Einladung der „Gesellschaft für die Freundschaft des chinesischen Volkes mit dem Ausland" eine Delegation der „Demokratischen Gesellschaft für die Freundschaft Portugal/China" für einen dreiwöchigen Besuch nach Peking.

Wie das so üblich ist, ist die portugiesische „Freundschaftsgesellschaft" ein kleiner Sektiererladen, der aus den Mitgliedern der „PCP-ml" besteht. Die „PCP-ml" ist derjenige Provokateurshaufen, der mit der „links"faschistischen MRPP darum wetteifert, wer am „korrektesten" den „Sozialimperialismus und seinen Statthalter" bekämpft.

Und wie das weiterhin so üblich ist, wird der schlimmste Provokateurshaufen mit Exklusivbeziehungen zur Regierung der VR China verwöhnt.

Der portugiesische Vorgang sprengt jedoch den Rahmen des „Normalen": Leiter der Delegation war der „PCP-ml"-Führer Dr. Ricardo in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der „Freundschaftsgesellschaft". Die übrigen Teilnehmern waren seine Frau, ein PS-Mitglied, zwei PPD-Mitglieder, ein CDS-Mitglied (die CDS entspricht der CDU/CSU) und je ein Oberstleutnant der Luftwaffe und des Heeres. Unter den Parteienvertretern befand sich auch der Präsident der portugiesischen Industrievereinigung!

„A Luta", das PS-Kampfblatt, schrieb am 12.7. begeistert: *„Beobachter messen dieser Reise eine besondere Bedeutung im Hinblick auf die künftigen Beziehungen der beiden Staaten und Völker zu.*

Die Persönlichkeiten, aus denen die Delegation besteht, sind für ihren Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus bekannt und können dazu beitragen, den chinesischen Autoritäten klar zu machen, daß der demokratische Prozeß in Portugal nicht rückgängig zu machen ist, und daß jeder Totalitarismus abgelehnt wird".

Das scheint diesen „Persönlichkeiten" gründlich gelungen zu sein! Am 20. Juli gab nämlich der Dr. Ricardo eine Pressekonferenz in Peking, auf der er erklärte, daß es bald zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Portugal kommen werde („Süddeutsche Zeitung" vom 22.7.). Kein Wunder, bei einer so ausgewogenen Mannschaft!

Die Frage der diplomatischen Beziehungen hat einen interessanten Hintergrund: Bereits im Jahre '74, ganz kurz nach dem Sturz des Faschismus, bemühte sich die portugiesische Regierung um diplomatische Beziehungen zur VR China. Sie erklärte in einem Brief an die chinesische Regierung, daß sie die VR China anerkennt und ihre Ansprüche auf die Insel Taiwan unterstützt. Ferner erklärte sie, daß sie jederzeit bereit ist, über die bedingungslose Rückgabe der Kolonie Macau (die auf dem chinesischen Festland liegt) zu sprechen. Auf dieses Schreiben erhielt die portugiesische Regierung nie eine Antwort!

Anfang '75 berichtete die „Neue Zürcher Zeitung" aus „gutinformierten diplomatischen Kreisen", ein chinesischer Diplomat habe auf die Frage, warum China auf das Angebot der portugiesischen Regierung nicht eingegangen sei, die (inoffizielle) Antwort gegeben: **„In Portugal sind schon so viele Sozialimperialisten, was sollen wir dort?"**.

Offensichtlich ist nach dem Rechtsputsch vom 25. November das chinesische Interesse an Beziehungen zu Portugal gewachsen!

Jeder portugiesische Werktätige wird sich angesichts dieser Reise die Frage stellen: Warum will die VR China bei sich Vertreter der reaktionären PPD und der rechtsradikalen CDS (beide arbeiten offen mit dem alten und neuen Faschismus zusammen!!) sehen, aber keine Vertreter der revisionistischen PCP und erst recht nicht der revolutionären Linken, die ihre Kraft erst kürzlich bei den Präsidentenwahlen gezeigt hat? Und er wird die Bedeutung der Redensart erkennen: „China hat Freunde überall in der Welt"!

Bedauerlich ist, daß eine kommunistische Organisation wie der MES derartige Gelegenheiten einfach verschläft, wo es möglich wäre, den Nachbetern der chinesischen Außenpolitik in den Reihen der revolutionären Linken (speziell PCP (R)/UDP!) peinliche Fragen zu stellen und ihnen die Widersprüche ihrer eigenen Politik kräftig um die Ohren zu schlagen! Denn wie will die PCP(R) ihren Anhängern erklären, warum zwar *„Faschisten"* (PPD, CDS) und *„Neo-Nazis"* („PCP/ML") in China empfangen werden, während die PCP(R) bisher vergeblich auf dieses zweifelhafte Vergnügen lauert?

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Opposition in der PS

Eine Reihe von Meldungen in der portugiesischen Presse bestätigen, daß die parteiinternen Auseinandersetzungen innerhalb der PS noch nicht beschwichtigt werden konnten.

Inzwischen scheint sich eine linke Opposition in der PS konstituiert zu haben. Am 6. Juli berichteten die Lissabonner Tageszeitungen „Diario Popular" und „Diario de Lisboa", daß sich in der PS „Gruppen zur Verteidigung des sozialistischen Programms" (GDPS) gebildet hätten. Die Zeitungen berichteten aus dem Programm dieser Gruppen, in dem es heißt, Ziel dieser Zusammenschlüsse sei es, den „Kampf gegen die sozialdemokratische Infiltration in die PS" zu organisieren.

Die Meldung, die vom PS-Vorstand mit großem Aufwand und wenig Überzeugungskraft dementiert wurde (*„Dem Parteivorstand ist die Existenz einer solchen Gruppierung nicht bekannt"*), wurde wenige Tage später durch eine Erklärung der PS-Organisation von Aveiro unterstrichen. Darin bekräftigt die örtliche PS noch einmal ihren Standpunkt, den sie schon anläßlich der Präsidentenwahl bezogen hatte, als sie sich weigerte, Eanes zu unterstützen. Wörtlich heißt es in dieser Erklärung: *„Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit CDS und PPD ab"* („Pagina Um" vom 12.7.76).

Tatsächlich gibt es innerhalb der PS eine sehr starke Strömung, die die sozialdemokratische Orientierung der PS ablehnt.

Der markige Spruch „Keine Koalition, keine Kompromisse", mit dem Soares seine Minderheitsregierung begründete, ist in Wirklichkeit auf diese innerparteiliche Opposition gerichtet, die eine Koalition mit einer Rechtspartei nicht akzeptieren würde.

Allerdings läßt sich diese Opposition bislang offenbar mit Kosmetik abspeisen, denn es ist offenkundig, daß die PS-Regierung in Wirklichkeit sehr wohl nur durch exakte Absprachen mit den Rechtsparteien regieren kann. Konsequent wird eine solche Opposition erst dann, wenn sie nicht nur die Zusammenarbeit mit PPD und CDS ablehnt, sondern auch und gerade mit Mario Soares und seinen sozialdemokratischen Kumpanen im In- und Ausland!

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



ausländische Arbeiter in der BRD

Zwei türkische Lokale geschlossen

In der Paul-Roosen-Straße in Hamburg-St.-Pauli hatten 80 deutsche Anwohner mit einer Unterschriftenliste die Schließung von drei türkischen Lokalen wegen angeblicher Belästigung von Passanten gefordert (siehe AK 84, S. 39). Die Aktion ging aus von einem Ladenbesitzer, der den Kundenrückgang in seinem Geschäft durch angebliche Belästigung von Passanten durch Gäste der türkischen Lokale verursacht sah.

In den letzten zwei Wochen sind nun zwei der drei türkischen Lokale unter für uns undurchsichtigen Umständen geschlossen worden. In der noch offenen Kneipe fand am Donnerstag, 22.7., ein deutsch-türkischer Abend statt, der laut zweisprachigem Einladungsschreiben das Ziel hatte, *„über die Probleme in unserer Straße* (zu) *sprechen – denn wir möchten diese Probleme offen diskutieren und in Frieden mit unseren Nachbarn leben!"*. Der Abend war gut besucht: es waren ca. 50 Personen anwesend, mehrheitlich Türken. In der sehr lebhaften Diskussion wurde von dem Urheber der Unterschriftenliste gesagt, daß nach Schließung der beiden Lokale Ruhe in der Paul-Roosen-Straße eingekehrt sei und er sich jetzt beim Bezirksamt dafür einsetzen würde, daß die dritte Kneipe nicht geschlossen wird, denn es gäbe jetzt keine Beanstandung mehr und sonst hätten die türkischen Nachbarn keinen Treffpunkt in der Straße mehr. Er verurteilte auch diejenigen Unterzeichner der Unterschriftenliste, die das „Maul am weitesten aufgemacht" hätten und jetzt das Angebot zum Gespräch ausschlagen würden. Türkische Kollegen wiesen darauf hin, wie die Türken auf St. Pauli geneppt und angeschissen werden. Weiterhin werden an Türken praktisch keine Konzessionen für Kneipen abgegeben so sind viele Lokale einem dauernden Wechsel in der Bewirtung unterzogen. Anschließend wurden Dias über die Türkei gezeigt, wobei sehr interessiert von den deutschen Kollegen Fragen gestellt wurden.

Obwohl an dem Abend viele Fragen offengeblieben sind, war diese Veranstaltung ein Ansatz dazu, Probleme im Gespräch ohne Polizei und Behörden zu regeln. In diese Richtung sollte auch durch Information der anderen Nachbarn weitergearbeitet werden.

Bezirksgruppe St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

Dammbruch am Elbe-Seitenkanal

Keine Naturkatastrophe!

Am Sonntag, dem 18.7., brach bei Lüneburg der Damm des erst vor vier Wochen eröffeten Elbe-Seitenkanals auf einer Länge von 200 Metern. Der Kanal war für die Großkapitalisten zur Verkürzung ihres Schiffahrtsweges Hamburg-Ruhrgebiet mit einem Kostenaufwand von 1,3 Mrd. DM gebaut worden.

Die ausströmenden Wassermassen überfluteten zehn qkm Land, von 200 überschwemmten Wohnhäusern wurden mindestens neun zerstört, 50 Menschen wurden obdachlos, zehn verletzt. Der Sachschaden beträgt zwischen 50 und 100 Mio. DM. Bei den „Rettungsmaßnahmen" kamen haarsträubende Dinge ans Tageslicht:

- Da es erst nach 13 (!) Stunden gelang, eine Notsperre im Kanal zu errichten, war bis dahin schon ein Großteil des Wassers abgeflossen!
- Das eingebaute Sperrwerk neben der Bruchstelle konnte eine Stunde lang nicht geschlossen werden, weil die Betriebsanleitung nicht aufzutreiben war!
- Ein Sandsacktransport erreichte die Stelle erst mit zwei Stunden Verspätung wegen widersprüchlicher Anordnungen der Behörden!

Der größte Hammer ist allerdings, daß für eine Überschwemmung gar kein Katastrophenplan existierte: Es *„liegen an keiner der Kanalüberführungen Sandsäcke oder andere Materialien für Notfälle bereit. Ein Bruch des Kanals war nicht einkalkuliert"* („Lüneburger Landeszeitung" - „LZ", 19.7.). Trotzdem behauptete ein Verantwortlicher mit unglaublichem Zynismus: *„Schuld ist nicht die Planung. Der Kanal war so angelegt, daß selbst ohne die Asphaltdekke ein Bruch undenkbar schien"* („Bild", 20.7.). Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, brauchte man natürlich auch erst gar keine Sicherheitsvorkehrungen!

So wurden im gesamten Kanal nur vier (!) Sicherheitstore eingebaut, die im Ernstfall den Kanal abschotten können. Dazu der Leiter der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Hamburg: *„Es wäre kein Fehler gewesen, vier Tore mehr einzubauen. Aber wir müssen wegen der Kosten immer Kompromisse eingehen"*. Die „Sparpolitik" fordert überall ihre Opfer. Was an Sicherheit für die Bevölkerung eingespart wurde, wurde den Kapitalisten nur so hinterhergeworfen: Allein der Lüneburger Hafen mit den „Vorleistungen" für spätere Industrieansiedlungen (Straßen, Schienen etc.) verschlang mehr als 50 Mio. DM – ein Sperrtor hätte drei Mio. gekostet.

Den „Schuldigen" für die Überschwemmung hatte man auch gleich ausfindig gemacht: Erst war es „die langanhaltende Trockenheit", dann ein Schiffer, der angeblich den Deich gerammt haben sollte. Doch diese offensichtlichen Zwecklügen mußten schnell fallengelassen werden. Selbst der Lüneburger Staatsanwalt Reifenberg *„sprach davon, daß sich an der Bruchstelle schon Tage (!) vorher Sickerwasser bemerkbar gemacht haben solle"* („FAZ", 20.7.).





Doch es kommt noch dicker! Ein Lüneburger Schiffer berichtete, *„daß es auf der 115 km langen Strecke weitere Lecks an den Deichen gibt, die ähnliche Katastrophen befürchten lassen müssen! Zwischen Wittingen und dem Mittellandkanal sollen an den gleichen Nahtstellen zwischen Damm und Brücke an mindestens zwei Stellen derartige Löcher mit Plastik notdürftig (!) abgedichtet sein"* („LZ", 20.7.). Sogar direkt neben der jetzigen Bruchstelle war im Februar bereits Wasser aus der Kanalböschung getreten. Das Leck war dann von den Behörden mit Schlacke wieder eingedichtet worden (nach „FAZ", 22.7.). Daran zeigt sich sehr deutlich, daß von den Behörden jetzt, wo der Bruch im Kanal nicht mehr zu verheimlichen ist, ein großes Verwirrspiel gestartet wird, um von ihrer katastrophalen Nachlässigkeit abzulenken. Zwar wird jetzt an einem Katastrophenplan gearbeitet, aber in alter Unverfrorenheit wird erklärt: *„Alle Gefahren sind gebannt"* („FAZ", 20.7.)!

Am härtesten betroffen sind von der Überschwemmung 14 Erbsdorfer Familien. Diese Menschen, die *„noch eben über die wirtschaftlichen Segnungen der Wasserstraße glücklich waren"* („LZ") werden kaum vollen Schadenersatz für die Häuser sehen, da es sich um „höhere Gewalt" handelte! *„Großzügigerweise hat die Gemeindekasse 18 besonders hart Betroffenen je 200 DM ausgezahlt"* („LZ", 18.7.). Natürlich verspricht die neue CDU-Landesregierung auch gleich schnelle, unbürokratische Hilfe. Die soll man sich aber bitte in Bonn abholen, da das Land nicht zuständig sei.

14 Familien haben auf diese Provokation reagiert und sich zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen, um gemeinsam besser die Forderungen durchsetzen zu können. Weiter so!

KB/Gruppe Lüneburg

Grundremmingen

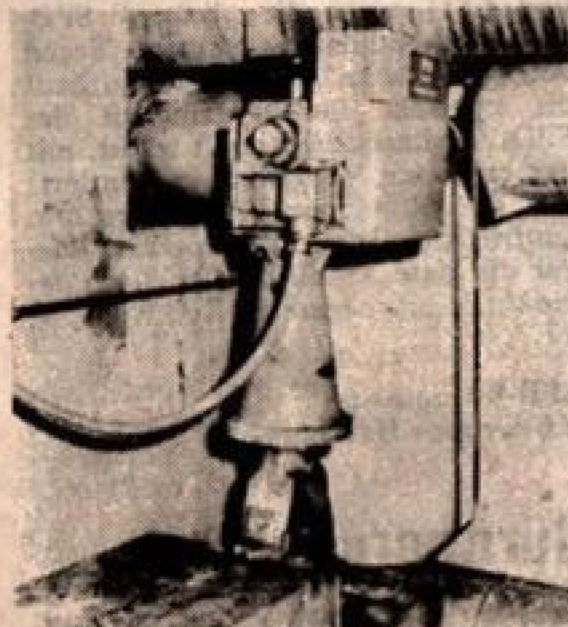
Unglaublicher Leichtsinn mit radioaktivem Material

Die bürgerlichen Politiker werden nicht müde zu behaupten, wie sicher sie die Kernkraftwerke im Griff hätten. Kernkraftwerksgegner werden immer wieder als rückständige, hysterische Elemente angepöbelt, die angeblich den Fortschritt nicht wollten, weil sie den „Schock" der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki nicht überwinden könnten.

Anläßlich des Prozesses um den tödlichen Unfall im Kernkraftwerk Grundremmingen ist wieder einmal zutage getreten, in welch schlampiger Weise die Kapitalisten mit radioaktiven Material und dem Leben von Menschen umgehen, weil Sicherheit eben Geld kostet. Durch das Gericht wurde diese Praxis ausdrücklich gutgeheißen, lediglich ein Techniker wurde auf Bewährung „bestraft".

Am 7.7. begann der Prozess um den tödlichen Reaktorunfall im Kernkraftwerk Grundremmingen. Der Unfall ereignete sich, als zwei Arbeiter im Sicherheitsbehälter bei einer „routinemäßigen Überholung" wie es anfangs hieß ein defektes Ventil an der Druckleitung im Primärkreislauf reparieren wollten. Das Wasser, das den Atomkern kühlt und die Turbine treibt, wird über diesen Kreislauf gefiltert und wieder gereinigt. Beim Lösen des Dichtungsdeckels schoß ihnen ein 270°C und unter 60 atü Druck stehendes, radioaktives Dampf-Wassergemisch (ca. 500 - 700 l) entgegen. Beide Arbeiter starben an den erlittenen Verbrennungen; ein dritter wurde verletzt.

Jetzt sind die leitenden Ingenieure wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Zu diesem Prozess wurden von Bremer Kernphysikern Untersuchungen angestellt, die einiges über die menschenverachtende Praxis in Kernkraftwerken ans Licht gebracht haben. Wurde zuerst in der bürgerlichen Presse und jetzt noch von den Verteidigern die Sache so hingedreht, als ob die beiden Arbeiter selbst schuld gehabt und leichtsinnig gehandelt hätten, stellt es sich nun so dar: *„Zur Praxis von Grundremmingen zählte, daß der unfallursächliche technische Defekt, eine Leckage am Absperrschieber eines Sicherungsventils im Reinigungskreislauf, schon zwölf (!) Wochen vor dem Unfall entdeckt, aber danach nur provisorisch durch immer festeres Anziehen der abdichtenden Stopfbuchse repariert worden war"* („Spiegel", 27/76). Hierzu muß man wissen, daß nur ein einziges Ventil die Unfallstelle vom Reaktordruckgefäß trennten, in dem etliche zehntausend Liter radioaktives Wasser kochten. Wäre es nach den Sicherheitsvorschriften gegangen, hätten bei der Reparatur die Primärwasseranlage und der Behälter ohne Druck sein und zusätzlich nicht nur der defekte Absperrschieber, sondern auch der erste und letzte am ganzen Strang zugefahren sein müssen.



Defektes Kraftwerk-Ventil

Die Reparatur wurde jedoch bei vollem Betrieb des Primärwasserkreislaufs angegangen („Spiegel", 27/76).

Hier zeigt sich, daß der eigentliche Grund für den Unfall die Profitgier der Kapitalisten und die daraus resultierende Arbeitshetze ist, die dazu führt, daß die ohnehin völlig unzureichenden Sicherheitsvorschriften noch nicht einmal eingehalten wurden.

Wäre das KKW ganz abgestellt worden, hätte das die REW-Bayernwerk pro Tag 100.000 DM gekostet („Was wir wollen", 16/75). Aufgrund der hohen Strahlenbelastung mußte die Arbeit innerhalb von 15 Minuten beendet sein. Da die Arbeitsverhältnisse in einem KKW sehr beengt sind, trugen die Arbeiter keine Hitzeschutzanzüge, da dies die Arbeit hinausgezögert hätte.

Der 1966 fertiggestellte Siedewasserreaktor in Grundremmingen gehört zu einem der ältesten in der BRD. Im Zeitraum von 1970–1974 gab es 638 durch Verschleiß bedingte Reparaturarbeiten. Mit der Betriebsdauer des KKW nimmt die Strahlenbelastung der Arbeiter ständig zu. So war von einer Fachtagung „Betriebserfahrungen mit Kernkraftwerken" zu hören: *„Langjährige Mitarbeiter, so wurde verschiedentlich erklärt, hätten mittlerweile eine Dosis aufgenommen, die die Grenzwerte für berufsmäßige 'Strahlenempfänger' bei weiterer Belastung bald überschreiten könne. Folge, ein Personalengpaß bei diesen qualifizierten Arbeitern steht bevor."* („FAZ", 5.11.75). Diesem „Engpaß" weichen die Kapitalisten oft dadurch aus, daß ausländische Arbeiter zu besonders strahlungsintensiven Reparaturen herangezogen werden; dabei bekommen sie eine so hohe Strahlungsdosis ab, wie sonst für ein ganzes Jahr zugelassen sind! Mit Ausländern ist man eben nicht zimperlich!

Für Arbeiter in einem KKW gibt es Strahlenschutzverordnungen, die teilweise um das 20fache über dem liegen, was für die übrige Bevölkerung zugelassen ist („Was wie wollen", 16/75).

Längst ist aber erwiesen, daß es keinen Grenzwert gibt, unter dem radioaktive Strahlung ungefährlich wäre. Die Grenzbelastung in einem KKW richten sich nach der Kosten-Nutzen-Analyse der Kapitalisten. Höhere Sicherheitsanforderungen, die diese Belastung heruntersetzen könnten, wären natürlich dem Profit abträglich. Andererseits dürfen die Sicherheitsvorschriften nicht so lasch sein, daß schwere Erkrankungen bei Arbeitern und Bevölkerung schon frühzeitig erkannt und ihre Ursache nachgewiesen werden könnten. Es *„... muß die Zielsetzung bei der Festlegung von Grenzwerten der Strahlenbelastung sein, das Risiko dieser Strahlenspätschäden auf ein akzeptables Maß (!) zu reduzieren. Aber wenn wir unsere Zukunft in vernünftiger Weise selbst gestalten wollen, dann müssen wir diese Risiken klar erkennen und ihre Grenzen durch einen konsequenten, objektiven Vergleich von Nutzen und Risiko abstecken"* (Prof. Jacobi, in „Die natürliche Strahlenexposition des Menschen, Grundlagen zur Beurteilung des Strahlenrisikos").

Ganz in diesem Sinne ging auch der Prozeß aus. Ein Ingenieur wurde zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Für die eigentlich auf die Anklagebank gehörenden RWE-Bayernwerk wurde von Praktikern und Sachverständigen festgestellt: *„Außerdem sei in einer hochtechnisierten Welt ein Risiko beim Betreiben gefährlicher Anlagen, zumal wenn diese Anlage rentabel arbeiten soll und, wie ein Reaktor nicht ständig abgeschaltet werden könne, nicht ganz auszuschalten"* („FAZ", 12.6. 76). Es kann also alles beim Alten bleiben!

Hier wird ganz deutlich: Solange die Entscheidung über die Nutzung der Kernenergie in den Händen der Kapitalisten liegt und sich Leute finden, die dies auch noch „wissenschaftlich" abzusichern versuchen, stellt diese eine Gefahr für die Arbeiter und die Bevölkerung dar.

Grundeinheit Biologie
SSB Hamburg

Stade

VAW verseucht die Gegend

In der letzten Woche ist in Stade der Damm der Rotschlamm-Deponie von VAW gebrochen.

„Metertiefe Risse und Krater wie nach einem Mini-Erdbeben" kennzeichneten das Bild nach dem Dammbruch.

(Rotschlamm ist ein Abfallprodukt der Aluminiumherstellung. Er ist säurehaltig.)

Mit welcher Leichtsinnigkeit und Menschenverachtung die VAW darangeht ihren Schmutz zu lagern, wird daran deutlich, daß sie die Rotschlammdeponie einfach in das Bützflether-Moor gelegt hat.

Selbst der VAW-Ingenieur stellt zu der Bodenbeschaffenheit fest: *„Sowas kann immer wieder vorkommen. Bei diesem Moorboden kann man nichts berechnen"*. Der Moorboden ist zwölf bis 16 Meter tief!

- Trotz dieses Risikos legte die VAW hier eine Deponie an. Es wurden keine Sicherungen getroffen. Nur ein „Damm", ein einfacher Erdwall, wurde errichtet, damit der Schlamm nicht gleich in die Gegend fließt.

Bei jeder kleineren Trockenheit bahnt sich daher der schwere Schlamm seinen Weg. Der Damm bricht zusammen, das Erdreich wird verschoben.

So wurde jetzt eine *„angrenzende Asphaltstraße, ein Schutzzaun, Bäume und ein Feldweg rund zehn Meter weit in den danebenliegenden Grundbesitz hineingeschoben"*.

Der betroffene Bauer: *„Dies ist bereits der dritte Dambruch der Deponie auf meinem Land"*!

Die Existenz dieses Bauern ist durch die VAW-Deponie *„nun ernsthaft gefährdet"*.

Ein Vertreter von VAW dazu: *„Ein Mittel gegen diese den Betrieb des Bauern beeinträchtigende Ausdehnung der Deponie ... kann ich nicht nennen"* (Zitate aus „Stader Tageblatt", 20.7.76).

Schon zu Beginn der Produktion von VAW gab es mit dem Rotschlamm Ärger. Damals hatten die Kapitalisten den Schmutz in die offene See kippen lassen. Das wurde verboten, da sofort ein großes Fischsterben einsetzte.

Daß jetzt ein „Bauernsterben" im Bützflether Moor einsetzt, scheint diese Herren nicht zu stören. Hauptsache die Kasse stimmt, das ist Kapitalistenmoral!

KB Gruppe Stade

„Es gibt keine Jungsozialisten mehr in Leverkusens SPD"!

Das behaupten jedenfalls die örtlichen SPD-Chefs, die jetzt dabei sind, die Vollversammlung der Jusos als höchstes Organ abzuschaffen und durch eine Delegiertenkonferenz zu ersetzen. Das Prinzip der Vollversammlung bei den Leverkusener Jusos geht auf das Jahr 1971 zurück. Jetzt ist es den SPD-Führern nicht mehr zupaß – Vollversammlungen vertragen sich nicht mit schwarz-rot-goldener Wahlwerbung für Helmut Schmidt und Parteiausschlüssen.

Davon gibt es in Leverkusen reichlich: 1974/75 wurde das Ruhen der Mitgliedschaft von fünf Jusos für mehrere Jahre angeordnet wegen *„angeblicher Zusammenarbeit mit der trotzkistischen GIM"* und *„wegen Herausgabe eines Flugblatts zum Verfassungstag, das nicht vom UB (Unterbezirks) -Vorstand genehmigt worden war"* („Extra-Dienst", 13.7. 76).

Im Sommer 1975 verhängten die SPD-Oberen Funktionsverbote und das Ruhen der Mitgliedschaft gegen zehn Jusos: Sie hätten Wahlvorschläge anderer Parteien unterschrieben. Das kann, sofern es überhaupt zutrifft, nur durch einen Bruch des Wahlgeheimnisses bekannt geworden sein.

Man sieht, das „Modell Deutschland" setzt bei der Verletzung von Grundrechten neue Maßstäbe! Schließlich wurde – wie wir auch berichteten – im Frühjahr dieses Jahres der gesamte Juso-Vorstand in Leverkusen seines Amtes enthoben, ein Juso aus der SPD ausgeschlossen und drei weitere auf drei Jahre begrenzt ausgeschlossen.

Gegen insgesamt mehr als zwanzig SPD'ler liefen und laufen nunmehr allein in Leverkusen Parteiordnungsverfahren.

Einige Jusos meinten, man könne *„wirklich davon reden, daß es keine Juso-Arbeit mehr gibt"* („ED", 13.7. 76). Fragt sich nur, was sie für Konsequenzen daraus ziehen ...

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

In der Marburger SPD haben die Massenausschlüsse begonnen!

Nachdem die SPD-Oberen (unter Führung des Bundespolitikers Jahn) gegen Willen und Widerstand vieler SPD-Mitglieder in Marburg eine große Koalition mit Dreggers CDU gebildet haben, versuchen sie nun, den Mitglieder-Protest durch drastische Disziplinarmaßnahmen abzuwürgen: **Die Bezirksschiedskommission schloß unter Vorsitz des Richters am Bundesarbeitsgericht Dr. Hermann Heußner vier SPD'ler aus und forderte dazu auf, über 150 weitere Sozialdemokraten aus der Partei auszuschließen!** Die Begründung dafür ist eine unheimliche Sauerei. Vorgeworfen werden den vier ein *„vorsätzlicher (!) Verstoß gegen den Grundsatz der Parteisolidarität und die Beeinträchtigung der inneren Geschlossenheit und Ordnung (!) der Partei"* („Extra-Dienst", 9. 7. 76).

Mit dieser Begründung können die SPD-Führer j e d e s SPD- und Juso-Mitglied, das in Opposition zur durchgedrückten Parteimeinung steht, ausschließen.

Die Parteiausschlüsse in der Marburger SPD – und nicht nur dort! – zeigen, daß die Führer dieser Partei des „demokratischen Sozialismus" wenig mit Demokratie und Sozialismus, aber sehr viel mit Reaktion und Unterdrückung gemein haben!

Jusos wollen Marburger SPD nicht im Wahlkampf unterstützen

Was auf den ersten Blick ganz gut anlief – die Ankündigung der Jusos, keine „aktive Wahlunterstützung" bei den kommenden Bundestagswahlen zu geben – entpuppte sich nach und nach als faules Ei. Wollen die Jusos doch nur der „hiesigen (also der Marburger) SPD" die Unterstützung im Wahlkampf nicht geben. Über die Verweigerung eines (schwarz-rot-goldenen) Wahlkampfes für Helmut Schmidt ist damit nichts gesagt. Das läßt Böses ahnen! Unterstützen wollen sie einen noch zu gründenden „Sozialistischen Arbeitskreis", der aus SPD-Mitgliedern, Ausgeschlossenen und aus Resignation über die Rechtsentwicklung Ausgetretenen bestehen und ihnen die Möglichkeit geben soll, auch *„weiterhin für sozialdemokratische Vorstellungen einzutreten"* („Extra-Dienst", 9.7.76). **Manche Leute wollen eben die Wirklichkeit nicht sehen und aus ihren Erfahrungen nicht lernen. Helmut Schmidt wird sich freuen! ......**

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



seine Meinung einzutrichtern!"

Prediger Schmidt (Schnauze), lt. „Die Welt", vom 4.6.76

Brandts dankeschön an die „Kanalarbeiter"

Die Jusos wollen ihre Wahlwerbung für die SPD mit dem Motto: *„Demokratischer Sozialismus – damit die Demokratie Zukunft hat"* bestreiten. Nur müssen sie erleben, daß es mit der Demokratie – besonders innerhalb der SPD! – nicht weit her ist.

Unmittelbar nach der „Fachkonferenz Jugend", die Mitte Juni kurz vor dem Dortmunder Wahlparteitag stattfand, bekamen die „Linken" einen gehörigen Dämpfer. Der Parteivorstand drohte, ihnen die finanziellen Mittel für ihren selbständigen Wahlkampfbeitrag zu entziehen, da sie auf ihrer „Fachkonferenz" Forderungen wie Meldepflicht für größere Investitionen und Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien aufgestellt hatten!

Während auf der einen Seite die Partei-„Linken" lange vor den Wahlen zur „Mäßigung" ihrer „überhöhten Forderungen" aufgefordert werden, schalten und walten die Juso-„Fresser" in der SPD ungehindert.

Wie dem parteieigenen Politisch-Parlamentarischen Pressedienst (PPP) zu entnehmen ist, forderte Parteivorsitzender Brandt *„bei einem Treffen der SPD-Parlamentariergruppe ‚Freunde sauberer Verhältnisse', besser bekannt unter der Bezeichung ‚Kanal - arbeiter', . . . die Mitglieder seiner Partei (auf), jetzt alle Kräfte für den Bundestagswahlkampf zu mobilisieren, um den Wahlsieg zu sichern. An die ‚Kanalarbeiter' gewandt sagte er: ‚Dies ist ein Kreis, den ich nicht zu bitten brauche, sondern in dem ich heute schon dankeschön sage' "* (zit. nach „Extra-Dienst", 4.6.76). Das ist mal ein offenes Wort, bedankt sich Brandt doch dafür, das diese „Freunde sauberer Verhältnisse" rechtzeitig vor der Wahl die Partei auf Schwung gebracht haben, d.h. einen Teil der „Linken" aus der Partei gefeuert und die übrigen zur fast vollständigen Anpassung an die Parteiführung gezwungen haben, so daß in der SPD nichts mehr geht außer schwarz-rot-goldener Wahlkampfführung für Helmut Schmidt!

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD immer hemmungsloser: Juso-Zeitung durfte nicht erscheinen!

Nachdem den westberliner Jungsozialisten der Abdruck eines Gedichtes gegen die Berufsverbote in ihrer Zeitung verboten worden war, ist nun den Jungsozialisten in Moers am Niederrhein eine ganze Ausgabe ihrer Zeitung „Politikum" verboten worden („Extra-Dienst", 23.7.76)! Sie hatten in ihrem Blatt gegen Berufsverbote und „politische Repression" in der BRD protestiert.

Was die SPD-Führer *(„Von Freiheit verstehen wir mehr"!)* sich an innerparteilicher Unterdrückung leisten, ist bislang trotz Gesinnungsschnüffelei und Berufsverboten im Öffentlichen Dienst noch ohne Beispiel!

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



SPD-München:

SPD-München:

Der Stadtrat ist auch künftig ohne „Linke"

Die Rechts-Ausrichtung in der SPD marschiert munter weiter – wie folgender Vorfall zeigt: Bei der erforderlichen Nachwahl zum engeren Fraktionsvorstand im Münchener Rathaus konnte die SPD-Rechte mühelos ihren Kandidaten durchbringen, während die SPD-„Linken" auch in Zukunft ohne Sitz bleiben. Ein „namhafter Vertreter" der Rechten erklärte dazu: *„Solange der Unterbezirks-Vorstand nicht ausgewogen ist, sehen wir keine Veranlassung, unsere Positionen im Rathaus zu schwächen."* („SZ", 29.7.76).

Abgesehen davon, daß diese Äußerung wieder einmal ein finsteres Licht auf das Demokratieverständnis innerhalb der SPD wirft, muß man sich doch fragen, wann bei diesen Leuten überhaupt eine Politik als „ausgewogen" gilt.

War es doch gerade der Unterbezirk München, der vor nicht allzu langer Zeit dem SPD-„Linken" und Münchner Stadtrat Geiselberger zwei Jahre Funktionsverbot erteilte, weil er das Privateigentum an Grund und Boden kritisiert hatte.

Offensichtlich gilt diese Entscheidung des Unterbezirks den Rechten jetzt schon als zu wenig ausgewogen. Wieviel ausgewogener dagegen muß ihnen ihr eigener Vorschlag erscheinen, CSU-Leute als städtische Referenten einzusetzen („SZ", 23.3. 76)!

Daß das Zusammengehen von SPD und CSU gegen die „linken" SPD-Stadtratskandidaten seinen Segen von „ganz oben" findet, verdeutlicht die zynische Selbstgefälligkeit des SPD-Vorsitzenden Brandt selbst, mit der er diesen Vorgang kommentiert: Mit der Münchner SPD sei er nun *„zufriedener, denn es habe sich wieder die gute Tradition der Sozialdemokratie durchgesetzt."* („Welt" v. 17.7.76).

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nach München jetzt Nürnberg: CSU und SPD gemeinsam gegen SPD-„Linke" !

Die „Abrüstungsdemonstration", zu der neben Hilda Heinemann, dem ehemaligen IGM-Bezirksvorsitzenden Bleicher u.a. SPD-Mitglieder und Revisionisten aufgerufen haben, hat ihr erstes Opfer gefordert: Getreu der Aufforderung der „sozial"faschistischen Fritz-Erler-Gesellschaft, *„die gebotenen Konsequenzen zu ziehen"* („Welt", 11.6.76), haben die Nürnberger SPD-Führer zugelangt und gegen ein Parteimitglied ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Gleichzeitig läuft gegen den Nürnberger SPD'ler ein von der bayerischen Landesregierung betriebenes Berufsverbot, da er auf einer SHB-Liste kandidiert hatte. Der SHB ist nach Ansicht der CSU eine „Volksfrontorganisation" und damit „verfassungsfeindlich"!

Aber damit noch nicht genug. Offen erpreßten die SPD-Führer den SPD'ler mit der Unterstützung der „Abrüstungsdemo" und seinem Parteiverfahren, indem sie erklärten, *„sein Verhalten könne im Zusammenhang mit seiner, von der SPD bisher (!) unterstützten Bewerbung im Öffentlichen Dienst, nachteilige Konsequenzen haben"* („Extra-Dienst", 13.7.76) !

Wie man sieht, sind Übereinstimmung und Zusammenarbeit gegen links bei SPD und CSU schon weit entwickelt.

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Cuxhaven: SPD-Stadtverwaltung verbietet Staeck-Ausstellung

In Cuxhaven wollten die Jusos am 26.6.76 in der Haupteinkaufsstraße eine Ausstellung mit Staeck-Plakaten durchführen.

Die SPD(!)-Stadtverwaltung wies den Juso-Antrag auf Durchführung mit der Begründung ab, „.... *daß die zur Ausstellung gelangenden Staeck-Plakate ... geeignet sind, andere Personen zu rechtswidrigem Handeln (z.B. Zerreißen der Bilder) zu veranlassen, so daß erhebliche Unruhe und aggressive Auseinandersetzungen befürchtet werden müssen"* (Schreiben vom 24.6.).

Rücksicht nehmen die besorgten SPD-Stadtväter offensichtlich auf CDU/CSU'ler, die sich erstmals vor einigen Monaten als Bilderstürmer gegen Staeck-Plakate hervorgetan hatten.

Das ist wohl eine der dreistesten bisherigen Verbotsbegründungen, die jemals geliefert wurde, um das Recht auf freie Meinungsäußerung zu beschränken.

Nach Berichten der Cuxhavener KB Genossen

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen lud zur Podiumsdiskussion ohne Frauen ein

Die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) hatte am 8. Juli in Moers zu einer Podiumsdiskussion eingeladen zum Thema „Innere Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat". Erschienen waren ca. 120 organisierte SPDler. Auf dem Podium saßen ein Staatssekretär aus Bonn, ein Richter vom Amtsgericht in Geldern und ein Hauptkommissar der Moerser Polizei – aber keine einzige Frau!

Der Staatssekretär lobte alle „Reformen" der SPD über den grünen Klee, vor allem die im Strafrecht, vom Verteidigerausschluß bis zu § 218: *„Die Entscheidung liegt jetzt bei der Frau (?); sie wird nicht mehr in die Kriminalität gedrückt"*. Der Richter war mit den Gesetzen zufrieden:

„Das Instrumentarium reicht aus, um einen Prozess gut durchzuführen" Die Bundesregierung habe niemals eine „Überreaktion" gezeigt, sondern einzelne Strafmaßfestsetzungen sind noch zu milde ausgefallen. Aber: *„Egal, welches Maß da ist, ich verhänge was nötig ist"*. Der Bulle konnte den reaktionären Schmus von der mangelhaften und technisch unzureichenden Ausrüstung der Polizei ablassen und „widerlegte" die Behauptungen von der Bespitzelung fortschrittlicher Menschen so: *„Dazu haben wir überhaupt keine Zeit"*.

Kritische Fragen wurden in der „Diskussion" nicht zugelassen, sondern mit Tricks aus der Geschäftsordnung abgeblockt. Natürlich wurde die Werbetrommel gerührt; ja die SPD zu wählen, denn *„die CDU/ CSU wird alles noch viel schlimmer machen"*.

Als ein Juso gegen politische Unterdrückung und Duckmäusertum sprach, hatte der Bonner Abgesandte zu sagen: *„Das ist ein ganz primitiver Vorwand, um sich nicht engagieren zu müssen. Das wird einfach vorgeschoben. Die SPD hat den Freiheitsbereich jedes Bürgers, in dem er arbeiten will, erheblich vergrößert"*.

Eine KB-Symphatisantin aus Moers

BRD-Imperialismus – Gläubiger der Welt

Der BRD-Imperialismus hat gegenwärtig in der sagenhaften Größe von achtzig Milliarden DM an andere Länder vergeben; diese Kredithöhe erreicht damit die Hälfte des Bundeshaushaltes von 1976, der bei 160 Milliarden liegt.

Rechnet man noch den Wert privaten und staatlichen Direktinvestitionen im Ausland hinzu, die mittlerweile bei weit über 50 Milliarden DM liegen, so kommt man auf runde 130 Milliarden, die der BRD-Imperialismus an Kapital im Ausland für sich „arbeiten" läßt (nicht mit aufgenommen in diese Rechnung sind die privaten Kredite, die diese Gesamtsumme um ein erhebliches erhöhen würden). Natürlich handelt es sich bei diesen „Außenständen" des BRD-Imperialismus keineswegs um sinnlos verschleudertes Geld, das die „reiche Bundesrepublik" den „armen Entwicklungsländern in den Rachen wirft", wie dies immer wieder in chauvinistischer Weise in der bürgerlichen Boulevard-Presse behauptet wird. Das Kreditgeschäft ist zum einen für die Imperialisten äußerst einträglich und verschafft ihnen zum anderen im Zusammenhang mit der Kreditvergabe einen erheblichen politischen Einfluß auf die Schuldner-Staaten.

Für viele der verschuldeten Staaten, insbesondere die „Entwicklungsländer", besteht heute keine Chance mehr, jemals diese Schulden wieder abbezahlen zu können – und dabei gleichzeitig eine eigene nationale industrielle Entwicklung einleiten zu können.

Denn der Imperialismus verhindert bis heute durch die Beherrschung des Welthandels und die Kontrolle über alle wichtigen Märkte, eine Entwicklung dieser Länder. Wohin dies führt zeigt das Beispiel Indiens, das seit Jahrzehnten ständig ein wichtiger Empfänger von Krediten war. Es steht heute mit ca. 5 Mrd. DM bei der BRD in der Kreide. Allein für die Tilgung der Zinsen benötigt es erneut Kredite. *„So mußte etwa Indien, das im letzten Jahr aus Bonn 365 Mio. DM Finanzhilfe bekam, davon 140 Mio. sofort wieder ausgeben – für Tilgung und Verzinsung alter Schulden"* (Stern, 30/76).

So drehen sich die meisten „Entwicklungsländer" unter der Kreditpresse im Kreis, während sie den Imperialisten hohe Profite aus den Kreditzinsen beschert und gleichzeitig diese Länder politisch abhängig macht.

Wieweit der politische Einfluß durch die Kreditvergabe reicht, belegen anschaulich die westdeutschen Kredite für Italien. Als im Jahre 1974 die westdeutsche Regierung unter Schmidt dem seit Jahren von Krisen heimgesuchten italienischen Kapitalismus einen 5,2 Mrd DM Kredit zukommen ließ, machte sie ihn von mehreren Bedingungen abhängig. Der italienischen Regierung wurde die Zusicherung abverlangt, ein Krisenprogramm auf Kosten der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Als Anfang dieses Jahres Italien erneut einen ca. 2 Mrd. DM Kredit von den anderen EG-Ländern erhielt, stellte wiederum die SPD/FDP Regierung politische Bedingungen. Auch dieser Kredit wurde nur unter der Auflage gegeben, daß die italienische Regierung ein schärferes Krisenprogramm gegen die Arbeiterklasse durchführt, um die „Wirtschaft wieder zu sanieren". Naturgemäß bleibt den um Kredite anstelligen Ländern kaum etwas anderes übrig, als solche Bedingungen anzunehmen und sich die Beschneidung ihrer nationalen Souverenität gefallen zu lassen.

Jüngst stellte SPD-Kanzler Schmidt erneut mit seinen dreisten Drohungen, im Falle einer revisionistischen Regierungsbeteiligung Italien keine Kredite mehr zu geben, die politische Seite der Kreditvergabe heraus (s. auch Artikel in diesem AK).

Um aus der Kreditpresse der Imperialisten herauszukommen, forderten einige Staaten der „Dritten Welt" auf der letzten UNCTAD-Konferenz (. AK 83) eine Schuldenstundung bzw. generellen Erlaß sämtlicher Schulden an die Imperialisten. Insbesondere von der BRD und den USA wurde jedoch jede Forderung in diese Richtung abgelehnt. Das System der Kreditvergabe ist so alt wie der Imperialismus selbst, ist mit ihm entstanden und eines seiner wesentlichen Bestandteile.

Lenin schrieb 1916 dazu:

„Die Welt ist in ein Häuflein Wucherstaaten und in eine ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten gespalten" (Der Imperialismus...).

Der Imperialismus – und das gilt heute ganz entscheidend für die BRD, die rund ein Fünftel aller Schulden der „Entwicklungsländer" auf sich vereinigt – wird dieses Instrument der wirtschaftlichen Ausplünderung und der politischen Erpressung nicht freiwillig aus der Hand geben.

Wirtschaftskommission/KB-Gruppe Hamburg

So steht das Ausland bei uns in der Kreide

Schuldner	Schulden bei der Bundesrepublik in Mark	Zahlungsmoral*
Europa		
Griechenland	1.763 Millionen	gut
Italien	5.200 Millionen	gut
Jugoslawien	3.578 Millionen	gut
Portugal	600 Millionen	gut
Spanien	1.336 Millionen	gut
Türkei	2.984 Millionen	gut
Zypern	36 Millionen	mäßig bis schlecht
Afrika		
Algerien	2.983 Millionen	gut
Äthiopien	130 Millionen	mäßig bis schlecht
Ägypten	1.657 Millionen	mäßig bis schlecht
Elfenbeinküste	207 Millionen	gut
Gabun	178 Millionen	gut
Ghana	433 Millionen	mäßig bis schlecht
Kenia	245 Millionen	gut
Liberia	453 Millionen	gut
Libyen	1.317 Millionen	gut
Marokko	903 Millionen	gut
Nigeria	972 Millionen	mäßig bis schlecht
Sambia	425 Millionen	gut
Senegal	167 Millionen	gut
Somalia	59 Millionen	mäßig bis schlecht
Sudan	260 Millionen	gut
Tansania	200 Millionen	mäßig bis schlecht
Tunesien	728 Millionen	gut
Zaire	729 Millionen	mäßig bis schlecht
Naher Osten		
Irak	474 Millionen	gut
Iran	1.888 Millionen	gut
Israel	2.018 Millionen	gut
Jordanien	368 Millionen	gut
Kuwait	426 Millionen	gut
Libanon	56 Millionen	mäßig bis schlecht
Saudi-Arabien	568 Millionen	gut
Syrien	166 Millionen	gut

Fortsetzung Tabelle 2

Schuldner	Schulden bei der Bundesrepublik in Mark	Zahlungsmoral*
Ferner Osten		
Afghanistan	268 Millionen	mäßig bis schlecht
Bangladesch	516 Millionen	mäßig bis schlecht
Birma	239 Millionen	gut
Indien	5.084 Millionen	mäßig bis schlecht
Indonesien	2.324 Millionen	mäßig bis schlecht
Laos	54 Millionen	mäßig bis schlecht
Malaysia	104 Millionen	gut
Pakistan	2.224 Millionen	gut
Sri Lanka	323 Millionen	mäßig bis schlecht
Südkorea	958 Millionen	gut
Thailand	312 Millionen	gut
Taiwan	589 Millionen	gut
Vietnam	83 Millionen	gut
Amerika		
Argentinien	1.923 Millionen	mäßig bis schlecht
Bolivien	167 Millionen	mäßig bis schlecht
Brasilien	2.580 Millionen	gut
Chile	707 Millionen	mäßig bis schlecht
Ecuador	89 Millionen	gut
Jamaika	48 Millionen	gut
Kolumbien	245 Millionen	gut
Kuba	34 Millionen	gut
Mexiko	710 Millionen	gut
Nicaragua	91 Millionen	gut
Paraguay	103 Millionen	mäßig bis schlecht
Peru	347 Millionen	gut
Uruguay	23 Millionen	mäßig bis schlecht
Staatshandelsländer		
Bulgarien	1.111 Millionen	gut
DDR	2.400 Millionen	gut
Polen	4.225 Millionen	gut
Rumänien	1.617 Millionen	gut
Sowjetunion	8.500 Millionen	gut
Tschechoslowakei	3.356 Millionen	gut
Ungarn	1.583 Millionen	gut

* Bewertung der Zahlungsmoral: gut / mäßig bis schlecht

Der „Wucherstaat" BRD macht seine Rechnung auf – diese chauvinistische Statistik entnahmen wir dem „Stern", 30/76

Verpraßte Steuermillionen

In einer Zeit, in der die hohen Herren der Bundesregierung wie Schmidt, Genscher, Friederichs und Apel, der Bevölkerung „Spar- und Genügsamkeit" auferlegen, sind diese Herren nicht gerade zimperlich, wenn es um ihre Spesen geht.

Allein an Reisekosten für Auslandstrips verbuchten Schmidt, Genscher und Friederichs in diesem Jahr über 3,4 Mio. DM – und das Jahr ist noch nicht einmal zu Ende...

Auslandsreisekosten (in Mark)

	Kanzler	Außenminister	Wirtschaftsminister
1972	292 000	1 231 000	1 035 000
1973	464 000	1 532 000	1 029 000
1974	275 000	1 576 000	1 158 000
1975	350 000	1 660 000	1 320 000
1976	350 000	1 740 000	1 350 000

Ohne Flugkosten, die von der Flugbereitschaft der Bundeswehr getragen und nicht ausgewiesen werden.
Quelle: Bundeshaushaltspläne

Darin enthalten sind nicht die Flugkosten, die extra von der Bundeswehr getragen werden (allerdings nicht öffentlich ausgewiesen werden). Diese Kosten beziehen sich also allein auf das, was diese Herren mitsamt Anhang verpraßt, versoffen und für sonstige „Repräsentation" – wie es in der Diplomatensprache heißt – verschleudert haben.

Wie man sieht, wollen der SPD-Kanzler und sein Minister nur ausgleichen, was sie der westdeutschen Bevölkerung bereits durch „Sparpolitik" genommen haben.



„...und vergiß nicht: Nach der Nilrundfahrt noch zu den Pyramiden..."

Wie man auch hört soll Schmidt für diese Bemühungen von seinen westeuropäischen „Kollegen" mit dem Titel „Reisekanzler" bedacht worden sein...

Wirtschaftskommission/KB-Gruppe Hamburg

Wohin die DM rollt...

Ungeachtet der schlechten Haushaltslage des Bundes (bei Sozialausgaben) hat sich zu den zahlreichen staatlich finanzierten Förderungsprogrammen für die westdeutschen Monopole ein weiteres gesellt: In diesen Tagen legte Bundesforschungsminister Matthöfer ein „Rohstoff-Forschungsprogramm" für die Jahre 1976 bis '79 vor, das zusammen 248 Mio. DM kosten wird; davon sollen allein in diesem Jahr noch 50 Mio. DM den Konzernen zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich zu diesem Programm sollen aus anderen Etatkosten des Forschungsministeriums jährlich 60 Millionen Mark für die Bergbau- und Metallkonzerne locker gemacht werden.

Durch diese neue Maßnahme der SPD/FDP-Regierung erhalten die Konzerne also zusätzlich zu den ohnehin laufenden Programmen (Subventionen, Steuererleichterungen usw.) in diesen vier Jahren eine halbe Milliarde DM geschenkt!

Schwerpunkt dieses Programms soll die Suche nach Erzen, Aluminium, Zink und Blei in größeren Tiefen unter der Erdoberfläche (1000 bis 2000 m) in Mitteleuropa sein, ungenutzte ärmere Rohstoffvorkommen sollen besser ausgebeutet werden und es sollen neue Förder- und Abbautechniken entwickelt werden (FAZ, 16. 7. 76).

Schon bisher wurden von der Bundesregierung 180 bis 200 Rohstoffprogramme bei westdeutschen Firmen finanziell gefördert. In den meisten aller Fälle werden dabei 50 bis 75%, in Einzelfällen sogar sämtliche entstehenden Kosten der Firmen vom Staat völlig übernommen (darunter fällt z. B. das Suchen und die Erschließung von Rohstoffvorkommen).

De facto bedeutet dies, daß die Konzerne alle unprofitablen Bereiche, wie Erschließungskosten, Entwicklung modernster Fördertechnik usw., dem Staat aufbürden und damit der werktätigen Bevölkerung. Eine außerordentlich hohe Profitrate dieser Konzerne ist Konsequenz und Ziel dieser Politik. Mit dem neuen Programm können diese Konzerne einen weiteren schweren Brocken für sich verbuchen.

Wirtschaftskommission/KB-Gruppe Hamburg

BRD/RSA

Rassisten in der BRD

Auf Initiative der Botschaft der RSA und mit Unterstützung des Informationsministers der RSA wurde vor etlichen Jahren die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (DSAG) in der BRD gegründet. Die Mitglieder der DSAG – Freunde des Rassismus und Faschismus in Afrika – rekrutieren sich hauptsächlich aus der Kleinbourgeoisie. So gibt es sehr enge Kontakte zwischen der DSAG und der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU.

Die DSAG hat es sich zur Aufgabe gemacht, die *„Politik der Apartheid in der BRD richtig darzustellen, um so das vom politischen Gegner verzerrte Bild über Südafrika richtigzustellen"* (aus: „Journal Südafrika").

Hierzu wird festgestellt, daß *„die gegenwärtige Lage im südlichen Afrika die Mitglieder zu verstärktem Engagement verpflichtet"*.

Im Hamburger Rundbrief 3/76 der DSAG heißt es dann auch:

– *„Der Vorstand der DSAG ruft alle Mitglieder zu einer Spende auf. Wir denken in etwa an die Höhe eines Jahresbeitrages ... Ihre Zuwendungen sind ... steuerbegünstigt"*. (Dieser Faschistenverein ist also auch noch vom Staat als förderungswürdig anerkannt!)

– Eine Gruppe (die extra neu gegründet wurde) wird *„Tagungen der kirchlichen und politischen Gegner Südafrikas besuchen und danach berichten. Wir werden durch diese Arbeit immer auf dem laufenden sein"*.

Der BRD-Verfassungsschutz und der RSA-Geheimdienst BOSS sicherlich auch. Die DSAG baut also hier einen privaten und zivilen Zuträgerdienst für den VS und Rassisten-Geheimdienst auf: Ein weiterer Beweis der engen Kooperation der Geheimdienste mit den Faschisten.

Damit die Rassisten dann ab und zu auch mal in ihr „geliebtes Land" fliegen können, hat die DSAG ihren eigenen Reisedienst „Nord" aufgebaut (*„Reisebüro Kühne und Nagel – Herr Christ, Frau Rhower und Herr Schlegel stehen Ihnen gern zur Verfügung"*).

Während die DSAG in der Vergangenheit mehr „im Verborgenen" gearbeitet hat, tritt sie in der letzten Zeit immer öfter provokatorisch an die Öffentlichkeit.

Im Mai veranstalteten sie einen Informationsabend über „Südwest" (Namibia) im Hamburger Congreß Centrum (CCH).

Auf einer Veranstaltung der DSAG in Niedersachsen sprach der CDU-Landtagspräsident Müller (*„Westeuropa soll endlich aufhören, sich in die Angelegenheiten Südafrikas einzumischen, das schließlich zum freien Westen gehört"*, („FR", 5.7.76).

Diesen Faschisten das Handwerk zu legen, wird ein Teil unserer Solidarität mit dem schwarzen Volk von Südafrika sein.

Afrika-Kommission

Neu im Völkerrecht:

„Verpflichtung" zur Aggression

In einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung" vom 16. 7. 76 „untersucht" E. Klingenberg, Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Tübingen, die „völkerrechtliche Seite" der israelischen Aggression gegen Uganda. Dieser Vogel kommt dabei zu bemerkenswerten Erkenntnissen.

Obwohl Klingenberg davon ausgeht, daß die Regierung Ugandas die Entführer unterstützt habe, muß er zu seinem Bedauern feststellen, daß *„die israelische Aktion vom 3. und 4. Juli 1976 nach dem Recht der UNO-Charta illegal sein (dürfte)"*.

Was kann man da machen als Völker„rechtler" des Imperialismus? Klingenberg schlägt nach der alles erklärenden Feststellung: *„Dieses Ergebnis ist unbefriedigend"* vor:

Erstens könnte man die (von ihm behauptete) Unterstüzung der Entführer durch Uganda einfach als einen Angriff auf den Staat Israel werten – dann wäre die israelitische Aggression in eine *„Verteidigung des Staates Israel"* umgelogen. Allerdings befürchtet Klingenberg, eine solche Theorie *„dürfte strittig bleiben... Sinnvoller scheint es dagegen angesichts der Ineffektivität der UNO-Bestimmungen zu sein, auf die* **ältere Lehre von der Intervention als einer erlaubten Selbsthilfe** *zurückzugreifen"*. Denn danach wäre die *„Anwendung von Gewalt gegen den fremden Staat selbst zur Durchsetzung eines behaupteten Anspruchs oder zur Abwehr eines drohenden Unrechts zulässig"*. (Hervorhebungen AK)

Das möchte diesem Völker„rechtler" und den Imperialisten, die er vertritt, wohl gefallen: einfach behaupten, einen Anspruch zu haben und dann gleich zulangen zu dürfen!

Aber die Sache hat noch einen Haken, es könnte ja schließlich jeder kommen, Klingenberg jedoch will diesen „Rechtsanspruch" auf den Imperialismus beschränkt wissen und bedient sich dazu rassistischer Argumente, wie sie die Nazis zur Legitimation ihrer Raubzüge gegen andere Völker entwickelt haben – alles in der als „liberal" gelobten „Süddeutschen Zeitung": *„Eine klarere Rechtfertigung des israelischen Verhaltens ergibt sich, wenn man der sehr frühen Doktrin folgt, wonach das Völkerrecht den Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft nur Verpflichtungen gegenüber z i v i l i s i e r t e n* (Hervorhebung AK) *Staaten auferlegt"*. Und damit gar keine Mißverständnisse aufkommen, fügt dieser Rassist gleich eine Liste dazu, wen das betreffe: Ob die Türkei und China zu den zivilisierten Staaten gehören, wäre noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts strittig gewesen. Unzivilisiert seien jedenfalls Uganda, Libyen, die Volksrepublik Jemen u.a.! Denn solche Staaten hätten durch *„Verstöße gegen elementare ethische Prinzipien das Lager der zivilisierten Staaten"* verlassen, z.B. durch Unterstützung von *„Piraterie"* (gemeint sind Flugzeugentführungen). Klingenberg weiter: *„Nach den völkerrechtlichen Grundsätzen über die Piraterie* (bei der Seeschiffahrt) *war Israel nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, als zivilisierter Staat gegen einen Staat wie Uganda vorzugehen"*.

Mit dieser faschistischen Logik läßt sich jedes imperialistische Verbrechen gegen Länder der „dritten Welt" rechtfertigen.

Nahost-Kommission

Niedersachsen

Landtagspräsident lobt Rassismus

Nachdem schon F.J. Strauß und mehrere CDU-Politiker offen gegen jede Kritik an dem Rassistenregime in Südafrika gewettert haben, hat sich nun auch der niedersächsische Landtagspräsident Heinz Müller (CDU) in diesen Chor eingereiht. *„Südafrika sei auf dem besten Wege, seine Probleme selbst zu lösen"* („Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 3./4.7.76). Damit rechtfertigt und unterstützt dieser saubere Herr solche Schlächtereien wie in Soweto, denn wie anders löst denn das Vorster-Regime „seine" Probleme. Wenn dann aufgrund der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen, die in Südafrika begangen werden, in aller Welt Protest dagegen erhoben wird, weiß Müller zu sagen, daß *„die Europäer sich nicht dauernd dabei* (beim Morden, Anm. AK) *einmischen sollten"*.

Die Hannoveraner „Gruppe offene Kirche" übte an diesen Äußerungen des Christ-Demokraten Müller Kritik: sie halte *„es nicht für richtig (...), daß ein Politiker, der dem höchsten Gremium unseres Landes vorsteht, derartige Eindrücke in dieser Gewichtung in unserem Land verbreitet"* (ebenda).

Selbst diese zahme Kritik am schwarz-braunen Müller wies dieser empört zurück: Da er die Lage vor Ort kenne (!), müsse er auch darüber sprechen – soll heißen die Rassisten loben – dürfen. Die Kirchengruppe spreche aus *„bemitleidenswerter Selbstgerechtigkeit und gleichzeitig durch nichts zu überbietender Arroganz"* (ebenda).

Arroganz und mehr noch – rücksichtslose Menschenverachtung – hat der Faschist Müller mit seinen Äußerungen gegenüber den Afrikanern gezeigt. Dieser Rassismus der CDU/CSU in Hannover darf im Wahlkampf nicht vergessen werden.

KB/Gruppe Hannover

aus Betrieb und Gewerkschaft



Konzertierte Aktion

„Harmonie" und „Partnerschaft"

Am 12. Juni tagten unter Vorsitz von Wirtschaftsminister Friderichs Kapitalistenverbände und Gewerkschaftsführer in der 38. Konzertierten Aktion.

Wirtschaftsminister Friderichs gab einen äußerst „optimistischen" Bericht über den derzeitigen Konjunkturverlauf. Der nur sehr zögernd verlaufende Konjunkturaufschwung und das geringe Expansionstempo stehen angeblich mit den Vorstellungen der Regierung im Einklang („FAZ", 13.7.76). Daß der „Aufschwung" bisher aussschließlich dem großen Kapital zugute gekommen ist, konnte den „Optimismus" des Wirtschaftsministers nicht trüben – im Gegenteil: Die von den Kapitalisten vorgenommenen ständigen Preiserhöhungen sind für ihn kein Grund zur „Preishysterie".

Aber nicht nur Konjunktur, sondern auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt habe sich „günstig" entwickelt. Was nach Bundesarbeitsminister Arendt die Folge der „konsequenten Arbeitsmarktpolitik" der Regierung sei. *„Entgegen früheren Erfahrungen habe sich der Aufschwung schon in einer relativ frühen Phase auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Die Regierung sei fest entschlossen, die nach dem Aufschwung verbleibende Restarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen"* („FAZ", 13.7.).

Bemerkenswert an diesen Sprüchen ist, mit welcher Frechheit die sozialliberalen Minister die Tatsache verdrehen, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt bisher nur geringfügig verbessert hat. Im Juni betrug die Zahl der Arbeitslosen immer noch weit über 900.000 („Restarbeitslosigkeit"?!).

Noch schlimmer ist allerdings, daß dieses Geschwätz ein hohes Maß an Übereinstimmung unter den Beteiligten – also einschließlich der Gewerkschaftsführer – fand.

Besonders die Gewerkschaftsführer hatten alles getan, um das „harmonische Klima" nicht zu stören. Zu diesem Zweck hatten sie die im Frühjahr anläßlich der erbärmlichen Tarifabschlüsse angekündigten Lohnnachschläge von vorn herein ausgeklammert.

Die Gewerkschaftsführer begnügten sich mit bekannten Apellen und Mahnungen an die Kapitalisten, keine *„ungerechtfertigten Preiserhöhungen"* vorzunehmen, sondern die Chancen der *„Mengenkonjunktur"* zu nutzen („Handelsblatt", 14.7.).

Den Beschluß, zwei Arbeitsgruppen zu bilden, wobei eine die Arbeitslosigkeit untersuchen und Maßnahmen zwecks Arbeitsbeschaffung erdenken soll, interpretierte DGB-Chef Vetter: *„Gezielte Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit"* („HB", 14.7.).

Fest steht natürlich jetzt schon, daß die Arbeitsgruppe alles mögliche zustande bringt, nur keine gezielten Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Vielmehr drückt die Bildung dieser gemeinsamen Arbeitsgruppe die Tatsache aus, daß die Gewerkschaftsführer gedenken, der Öffentlichkeit vorzusetzen, daß die Kapitalisten ja auch nicht allzuviel mit Arbeitslosigkeit zu tun haben und diese wohl auch gar nicht wünschen. Wie sonst käme man auf die Idee, sich in dieser Frage gemeinsam „Lösungsmöglichkeiten" auszudenken.

Angesichts der großen Übereinstimmung sah sich sogar die „Frankfurter Rundschau" veranlaßt, mahnende Worte an die Gewerkschaftsführer zu richten. *„Die Gewerkschaften wären sicher besser beraten gewesen, in die allseits gerühmte Harmonie der jüngsten Konzertierten Aktion einige Dissonanzen einzubringen"* („FR", 14.7.).

Aber den Gewerkschaftsführern steht der Sinn nicht nach „Uneinigkeit" und „Zwietracht". Schließlich erhielten sie sogar von Schleyer lobende Worte: *„Die Tarifabschlüsse dieses Jahres stellen – bis auf eine Ausnahme – zweifellos einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität dar"* („HB", 14.7.).

Dieses Lob haben die Gewerkschaftsführer auch verdient, denn immerhin ist es ihrer Politik zu verdanken, daß die Arbeiterklasse den Angriffen der Gewerkschaftsführer schutzlos ausgeliefert ist und es auch für die Zukunft bleiben soll.

In diesem Sinne sprach sich Vetter entschieden gegen Tarifnachforderungen aus. *„Die deutschen Gewerkschaften sollten mögliche Tarifnachforderungen in der Schublade lassen. Es möge uns erspart bleiben, einen Stabilitätsausgleich zu fordern. Solange sich die Preise verantwortlich entwickeln, und zwar nicht nach oben, sondern eher nach unten, stehen Nachforderungen nicht an"* („FR", 12.7.).

Bleibt nur zu hoffen, daß es die kämpferischen Teile der Arbeiterklasse im Herbst schaffen, Lohnnachschläge durchzusetzen und gleichzeitig dem Geschwätz der Gewerkschaftsführer eine deutliche Abfuhr zu erteilen.

Kampf der Lohnkürzung

Die Streichung übertariflicher Leistungen ist grundsätzlich zulässig.

In zahlreichen Betrieben nahmen die Kapitalisten die für die Arbeiter ungünstige Arbeitsmarktlage zum Anlaß, um „freiwillige" bzw. übertarifliche Leistungen anzurechnen. Hierdurch schafften sie sich eine zusätzliche Möglichkeit, die Löhne und Gehälter zu senken.

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat die Anrechenbarkeit übertariflicher Lohn- bzw. Gehaltsbestandteile auf Tariferhöhungen prinzipiell für zulässig erklärt (Urteile vom 13.11.63 und 28.10.64).

Damit wurde die von den Kapitalisten betriebene Willkür höchst richterlich abgesegnet. Eingeschränkt wird dieses Recht nur dadurch, daß für die Kürzung „sachliche Gründe" vorliegen müssen (BAG-Urteile 9.6.67 und 30.8.72). Diese Gründe lassen sich in der Praxis natürlich schnell finden.

Es wäre die Aufgabe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik gewesen, mit gezielten Lohnforderungen und der Durchsetzung von Vorweganhebungen für die Absicherung der übertariflichen Zulagen zu sorgen. Tatsächlich wurden durch die niedrigen Tarifabschlüsse die übertariflichen Lohnbestandteile immer größer, und die Möglichkeiten kapitalistischer Willkür nahmen entsprechend zu.

DGB-Westberlin baut vor:-
Aktion einige Dissonanzen einzubringen" („FR", 14.7.).
werkschaftsführer eine deutliche Abfuhr zu erteilen.
die Möglichkeiten kapitalistischer Willkür nahmen entsprechend zu.

DGB-Westberlin baut vor:-

1. Mai – 1977 schon am 30. April

Anfang Juli beschloß der DGB-Landesbezirksvorstand, daß der 1. Mai 1977 nicht am 1. Mai, sondern schon am 30. April stattfinden soll, und zwar in einem Saal! Der frühe Zeitpunkt für diesen Beschluß geht auf „Wünsche" einiger Vorsitzender von Einzelgewerkschaften ein, die mit Hilfe dieses DGB-Beschlusses von vornherein die aus Kollegenkreisen zu erwartende Forderung nach einer kämpferischen Mai-Demonstration abwürgen wollen. In diesem Jahr hatte der DGB in Westberlin die Masse der Kollegen, die zum Teil mit kämpferischen Parolen und Spruchbändern zur Kundgebung im Sommergarten kommen wollten, mit brutaler Polizeihilfe am Betreten des Platzes gehindert.

Aktionen für Erleichterungen aufgrund der Hitzewelle

Nachdem die Kollegen von AEG Kanis in Nürnberg am 7.7. ein zweites Mal für bezahlte Hitzepausen gestreikt hatten (nach dem ersten Streik sagte die Geschäftsleitung eine Bezahlung zu), gaben die AEG-Kapitalisten nach: die Kollegen erhalten eine Hitzesonderzulage von zweieinviertel Stunden. Ob und was die Kollegen kriegen, wenn die Hitze auch weiterhin anhält, ist allerdings nicht bekannt.

●●●

Während der Hitzewelle sind bei dem Bekleidungshaus Cramer & Meermann in Wuppertal zehn Verkäuferinnen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Andere mußten ihre Arbeit vorzeitig abbrechen. Die Innentemperaturen in den Arbeits- und Verkaufsräumen erreichten teilweise über 40 Grad.

Das staatliche Gewerbeaufsichtsamt sah sich diese unzumutbaren Arbeitsbedingungen an. Konsequenzen daraus sind heute noch nicht zu sehen! So wird der Kapitalist mit seinem Spruch: „Wir können nichts dagegen tun", mal wieder davon gekommen sein.

●●●

Im Hamburger Fernmeldeamt 1 wehrten sich die Kolleginnen gegen die unmenschlichen Bedingungen. Bei der Hitze richtete auch die, vor einem Jahr umgebaute, überalterte Klimaanlage nichts aus. Die Klimaanlage war so konstruiert, daß einige Kollegen völlig in der Kälte und andere wiederum in der totalen Hitze arbeiten mußten.

Ohrenreißen, Rückenmuskelverkrampfungen, Kopfschmerzen, Übelkeit und Erbrechen waren an der Tagesordnung.

Nach dem Urlaub arbeitslos

Ein dickes Ding erlebten die 500 Kollegen der Höpfner Bekleidungsbetriebe GmbH und Co. KG in Bielefeld, als sie am 5. Juli aus dem Betriebsurlaub zurückkamen! Auf Betriebsversammlungen in den Werken Halle, Enger und Altenbeken wurde ihnen der Konkurs der Firma mitgeteilt, obwohl die Auftragslage gut war und vorm Urlaub noch Überstunden gemacht wurden. Die Geschäftsleitung hatte bereits unter Umgehung des Betriebsrates Massenentlassungen beantragt und fristlose Kündigungen verschickt. Außerdem mußten die Kollegen feststellen, daß ihre vor dem Urlaub bei Banken und Sparkassen eingereichten Firmenschecks mit Löhnen und Gehältern nicht verbucht worden waren, da das Firmenkonto der Höpfners ungedeckt war!

So sind sie zusätzlich noch um zwei Monatslöhne beschissen worden!

Es haben sich bereits Kaufinteressenten für die Firma gemeldet, die Hosen und Röcke in Serienproduktion fertigen wollen, wodurch mit Wahrscheinlichkeit zumindest ein Teil der Kollegen auf der Strecke bleiben wird.

Textilkonkurs in Gießen

Ebenfalls Konkurs angemeldet hat die Firma Stachelhaus und Scholz mit 50 Kollegen, eine der letzten Textilfirmen im Raum Gießen. Angeblich ist der auf Mäntel und Kostüme spezialisierte Betrieb ein Opfer der Hitzewelle geworden, da der Absatz dieser Kleidungsstücke zurückging. Im Landkreis Gießen sind in den vergangenen Jahren über 1.000 Textilarbeiter auf die Straße geflogen!

METALL

Die Massenentlassungen in der Hamburger Metallindustrie gehen weiter!

Erst Heidenreich, jetzt MAN!

Die MAN-Konzernherren wollen mit einer Salami-Taktik ihr ganzes Hamburger Werk schließen. Zuerst soll der Bereich Kesselbau dichtgemacht werden, was eine unmittelbare Gefährdung von 312 Arbeitsplätzen bedeutet.

Diese Teilstillegung ist *„der Anfang vom Ende des Hamburger Betriebes"* („Hamburger Abendblatt", 23.7.76). Über 1.500 Kollegen säßen dann auf der Straße!

MAN begründet ihre Pläne mit den Folgen der „Energiekrise", seitdem seien die Aufträge ständig zurückgegangen. *„Das wirke sich jetzt auch auf den Kesselbau aus"* („Bild", 22.7.76). Tatsächlich haben die Kapitalisten mit überalterten Maschinen aus dem Werk herausgeholt, was drin war, und nun ist es eben nicht mehr profitabel genug.

Auch Hamburgs Bürgermeister Klose „griff ein", wie es in der Presse hieß. Nach einem Gespräch mit ihm erklärte der Betriebsratsvorsitzende, *„daß schließlich der gesamte Betrieb eingestellt wird"* („HA", 24./25.7.76).

Am Freitag, dem 23.7.76, *„unterbrachen rund 1000 Beschäftigte ihre Arbeit. Im Anschluß an die Frühstückspause diskutierten sie über die Zukunft ihres Werkes"* („Hamburger Morgenpost", 24.7.76). Die IGM gab sich, wie gehabt, kämpferisch. Auf der Versammlung erklärten Sprecher der IGM, *„die Gewerkschaft wolle sich nicht mit Sozialplänen ‚abspeisen' lassen, sondern um die Erhaltung der Arbeitsplätze kämpfen"* („HA", 23.7.76). Was man davon zu halten hat, haben die Gewerkschaftsführer vielfach in der Praxis bewiesen: Nichts. Sind sie doch in der Regel bei den bisherigen Massenentlassungen trotz „kämpferischer Töne" dann hinterher wieder „umgefallen".

Kampf den Massenentlassungen

Die geplanten Massenentlassungen bei MAN stehen nicht allein. Gleichzeitig kündigte die BP-Raffinerie an, daß sie die Schließung ihres Werkes plane. Dann werden noch einmal 600 Kollegen arbeitslos.

In den letzten fünf Jahren wurden allein in der Hamburger Metallindustrie 23.000 Arbeiter und Angestellte entlassen! Zur Erinnerung: Sparschwein Klose hat für den „Beginn der achtziger Jahre" eine *„Arbeitsplatzlücke"* für Hamburg angekündigt, die *„bei optimistischer bzw. pessimistischer Schätzung zwischen 50.000 und 120.000 fehlenden Arbeitsplätzen liegen"* wird („Frankfurter Rundschau", 25.7.76), d.h. möglicherweise 120.000 Arbeitslose bis 1980 in Hamburg!

Grundig, Nürnberg: 400 Kollegen gegen Buspreiserhöhung

Am 1. Juli erhöhte Grundig die Fahrpreise für die Werksbusse um 60 %! Die Fahrt zu Grundig soll nun statt DM 20,-, DM 35,- im Monat kosten!

Ca. 60 - 70 % der Grundig-Belegschaft kommen von außerhalb. Sie sind gegenüber den Kollegen, die in der Nähe des Betriebes wohnen, in mehrfacher Weise benachteiligt: Ihre Freizeit ist kürzer, die meisten von ihnen sind zwölf Stunden von zu Hause weg.

Außerdem sind sie besonders abhängig von Grundig, da sie in ihren Heimatorten nur schwer eine Beschäftigung finden. Jetzt sollen sie durch die Erhöhung der Buspreise zusätzlich belastet werden. Auch in anderen Nürnberger Betrieben arbeiten viele auswärtige Kollegen. Als Reserve billiger Arbeitskräfte sind sie besonders auf den Arbeitsplatz angewiesen.

Bei vielen dieser Kollegen stieß die massive Buspreiserhöhung auf Empörung: 400 Kollegen forderten durch ihre Unterschrift die Zurücknahme der Preiserhöhung.

Allerdings ließ sich die Geschäftsleitung durch diese Unterschriften nicht beeindrucken. Sie antwortete vielmehr in unverschämter Weise, daß auch bei der VAG (Nürnberger Verkehrsbetriebe) die Fahrpreise in ähnlicher Weise erhöht wurden. Um dem „Gleichheitsprinzip" nachzukommen, dürften die Kollegen, die eine Monatskarte zahlen müßten, nicht benachteiligt werden!

Als der KOMMUNISTISCHE BUND Nürnberg vor der letzten Betriebsversammlung zu der Preiserhöhung ein Flugblatt verteilte, rief der Werkschutz sogleich die Polizei (da hier Werksgelände ist), die sämtliche, noch nicht verteilte Flugblätter beschlagnahmte und beide Verteiler mit zur Wache nahm. Dort wurden beide eineinhalb Stunden verhört.

Zelle Betrieb und Gewerkschaft
KB/Gruppe Nürnberg

Sachen gibt's: Kapitalist in Haft

In der Klingenstadt Solingen wurde der Firmenchef Rudolf Jürgen Eickhorn verhaftet.

Es wurde festgestellt, daß er sich an Arbeitnehmergeldern vergriff:
- das Kindergeld wurde nicht an die Anspruchsberechtigten weitergeleitet;
- Beträge für die vermögenswirksamen Leistungen wurden ausgewiesen, aber nicht abgeführt;
- Krankenkassenbeiträge abgezogen, aber nicht bezahlt;
- die Berufsgenossenschaft erhielt kein Geld.

Weiterhin wurden noch 80 Kollegen entlassen.

Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft sind noch nicht abgeschlossen...

Volvo-Kollegen feiern ihren Erfolg

Am 7. Juli feierten die Volvo-Kollegen aus Dietzenbach zusammen mit Kollegen aus anderen Betrieben ihren Erfolg im Lohnkampf (vgl. Berichte im AK). Sie erreichten: die Rücknahme des Arbeitsgerichtsverfahrens gegen den Betriebsratsvorsitzenden, DM 200,- mehr für alle, DM 1.300,- Mindesteinkommen für alle und DM 65,- mehr fürs erste, DM 55,- mehr fürs zweite und DM 45,- mehr fürs dritte Lehrjahr. Auf dem Platz vor dem DGB-Haus wurde bei Bier und Gesang von Arbeiterliedern noch einmal Bilanz gezogen. In der Tat haben die Kollegen ihre Forderungen mit Ideenreichtum, Pfiff und Konsequenz durchgesetzt.

Am 25. Mai wurde unter Umgehung der Friedenspflicht eine „Urabstimmung" besonderer Art organisiert: Alle kampfbereiten Kollegen sollten unter Ausnutzung der gleitenden Arbeitszeit statt um 7 Uhr erst um 9 Uhr zur Arbeit erscheinen. Dem folgten alle Arbeiter und 90 % der Angestellten.

Die Dietzenbacher Kollegen wurden breit informiert: Am 1. Juni fuhren die Volvo-Kollegen in einem Auto-Korso zum Werk mit der Parole auf jedem Auto: „Gemeinsam sind wir stark – 200 Mark." Flugblätter wurden vor Betrieben und in Einkaufszentren verteilt.

Zwei Wochen später fand das Solidaritäts-Volksfest vor dem Werk statt, wo schon zur Frühstücks- und Mittagspause Kollegen aus den umliegenden Betrieben erschienen. Bis spät abends wurde noch gefeiert und Lieder gesungen, u.a. „Was kann das Volvo-Werk dafür, daß es so reich ist...". Grußadressen aus anderen westdeutschen Betrieben trafen ein, u.a. von Pierburg/Neuß, Opel/Bochum, Unilever/Hamburg, den Vertrauensleuten der Hamburger ÖTV und aus Frankfurter Postbetrieben. Die Stadtrats-Fraktionen der SPD und DKP stellten sich hinter (?) die Kollegen.

Zum ersten Verhandlungstag am 25.6.1976 erschien wiederum ein Autokorso mit 100 Kollegen am Verhandlungsort. Nachdem Volvo die Verhandlungen hatte scheitern lassen, drohte die IGM mit Urabstimmung, und am 30. Juni führten neue Verhandlungen zum Erfolg.

Hier haben die Kollegen mit Geschick und unter Ausnutzung des Aufschwungs in der Automobilindustrie einen guten Erfolg erreicht.

Stutzig machen muß es uns aber, wenn dieser Erfolg jetzt in der Gewerkschaftspresse als „kreativer Arbeitskampf" hochgejubelt wird. Denn die DM 200,- - Forderung wurde **entgegen** dem Beschluß der hessischen großen Tarifkommission erkämpft, die für das Kfz-Handwerk nur 8 % forderte und 6,1 % „erkämpfte", so daß die Volvo-Kollegen einen Haustarif erkämpfen mußten.

Zudem kann ein noch so kreativer Arbeitskampf, gerade in Zeiten sich verschärfender Klassenauseinandersetzungen, den Einsatz der vollen gewerkschaftlichen Kampfkraft im Interesse aller Kollegen niemals ersetzen.

Eisen und Stahl

Tarifverhandlungen

Für die rund 220.000 Beschäftigten der nordrehin-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie wurden am Freitag, dem 16.7., Tarifverhandlungen aufgenommen. Verhandelt wurde das zum 31.10. auslaufende Abkommen über die „stahltypischen" Schichtzuschläge. Ursprünglich war das Abkommen bereits zum 31.12.75 abgelaufen. Bei den Tarifverhandlungen im letzten Herbst akzeptierten die Gewerkschaftsführer jedoch neben dem miesen 5,8 %-Abschluß auch die Verlängerung des Abkommens bis zum 31.10.1976.

Die IG-Metall-Führer gingen in die Verhandlung, ohne bereits konkrete Forderungen aufgestellt zu haben. Welchen Sinn derartige Verhandlungen haben sollen, wissen die Gewerkschaftsführer wahrscheinlich selber nicht. Immerhin brauchte man zwei Stunden, um sich zu einigen, daß die nächsten Verhandlungen am 16. September (!) stattfinden.

Laut „UZ" vom 17.7. hat der Vertrauensleutekörper der Hoesch Hüttenwerke in Dortmund folgende Forderungen an die Große Tarifkommission der IG Metall gerichtet:

Absicherung der stahltypischen Zuschläge als Einkommen, d.h. Weiterzahlung für mindestens drei Monate bei Umsetzung oder Kurzarbeit.

Für die außergewöhnliche Belastung durch Schichtarbeit wird zusätzliche, bezahlte Freizeit gefordert.

Für die kommende Tarifrunde bezüglich Lohn- und Gehalts- sowie die Ausbildungsvergütungen wird in dem Antrag gefordert: Der Abschluß muß eine effektive Lohnerhöhung bringen und den Kaufkraftverlust voll ausgleichen. Außerdem: Tariflohn gleich Effektivlohn.

CHEMIE

Norddeutsche Affinerie/Hamburg

SPD-Betriebsrat im Kampf gegen linke Opposition

Im Kampf gegen die Gruppe linker Oppositioneller auf der Kupferhütte Norddeutsche Affinerie in Hamburg hat der sozialdemokratische Betriebsrat einen neuen arbeiterfeindlichen Erfolg für sich verbuchen können.

Nach einer langfristig angelegten Kampagne gegen das bekannteste Mitglied der „Argumente"-Gruppe, so genannt nach dem betrieblichen Organ der Linken, den Elektriker R. Horn, veröffentlichte der Betriebsrat ein Schweinsflugblatt, das in kaum noch zu überbietender Offenheit zur Kündigung des Kollegen aufrief: *„Uns ist unverständlich, daß es Horn immer wieder gelingt, sich während der Arbeitszeit im ganzen Werk zu bewegen, um Informationen zu sammeln, die er ganz bewußt falsch wiedergibt. Hat Horn Narrenfreiheit??? – Was sagen die Vorgesetzten dazu und wo bleibt die Aufsichtspflicht??? Auch ist uns bekannt, daß Horn oft zu spät zur Arbeit kommt und des öfteren früher die Arbeit verläßt. Trotz allem wurde er bei der ‚Persönlichen Bewertung'* (Prämiensystem auf der NA – Anm. Red.) *h ö h e r bewertet. – Was sind das für großzügige Vorgesetzte???".*

Nach einer derart massiven Aufforderung an den Kapitalisten, sprach dieser prompt am nächsten Tag die fristlose Kündigung aus, die in einer eilig zusammengerufenen Betriebsratssitzung mit großer Mehrheit abgesegnet wurde.

Kollege Horn hat inzwischen alle möglichen Rechtsmittel gegen diese

net wurde.
Kollege Horn hat inzwischen alle möglichen Rechtsmittel gegen diese

Entlassung eingelegt. Vorläufig jedoch hat die schweinische Zusammenarbeit zwischen dem SPD-Betriebsrat und der Firmenleitung die linke Oppositionsgruppe auf der „NA" weiter geschwächt. Die Kampagne zur Liquidierung der Opposition läuft schon seit mehreren Jahren.

Den besonderen Haß der Sozialdemokraten zogen sich die Linken Anfang '73 zu, als es dem Kollegen Horn gelang, im Vertrauenskörper einen Antrag durchzubringen, der alle Kandidaten verpflichtete, im Falle ihrer Wahl, *„die Bezüge aus ihrer Aufsichtsratstätigkeit der Belegschaft in der Weise zur Verfügung zu stellen, daß diese Gelder an einen Fond zu zahlen sind, der vom gewerkschaftlichen Vertrauenskörper (VK) verwaltet wird".*

Als nach der Wahl des BR-Vorsitzenden Oldach sowie zwei weiterer freigestellter Betriebsräte (Böhme, Krenning), diese jedoch nicht einmal mehr bereit waren, über die Höhe ihrer Bezüge zu sprechen, geschweige denn den VK-Beschluß einzuhalten, starteten die Linken eine Kampagne unter der Parole „Rüber mit den Schmiergeldern".

Der nach dieser Zeit zudem aufgenommene Kampf gegen die Einführung eines neuen Prämiensystems, bei dem der direkte Vorgesetzte durch eine Verhaltensbewertung, der sogenannten „Persönlichkeitsbewertung", über die Vergabe einer Prämie zu entscheiden hat, brachte die Linken noch stärker ins Schußfeld von Geschäftsleitung und Marionetten-Betriebsrat.

Parallel dazu setzten sich die Linken anläßlich der Neuwahlen zur Jugendvertretung mit großem Erfolg für die Belange der ca. 150 Auszubildenden ein. Prompt wurde vier Tage vor dem Wahltag, im Juni '74, der Kandidat Peter T. fristlos entlassen. Er wude dennoch gewählt und anschließend auch zum Vorsitzenden der neuen Jugendvertretung gemacht, nachdem er durch eine Einstweilige Verfügung weiter ausgebildet werden mußte.

Dieser Entlassung stimmte der Betriebsrat wie selbstverständlich zu, hatte er doch schon vorher durch übelste Denunziation den wichtigsten Kündigungsgrund geliefert:

Eine von Peter T. durchgeführte Unterschriftensammlung anläßlich der Tarifrunde landete nach Abgabe in der Tarifkommission der IG-Chemie auf dem Tisch des Personalbüros der „NA"! Unerlaubtes Sammeln von Unterschriften, diesen Kündigungsgrund lieferten die Sozialdemokraten; und der Kapitalist griff dankbar danach und entließ Peter T. fristlos!

Damit nicht genug. Die Kritik einiger Vertrauensleute am unsolidarischen Verhalten des Betriebsrates wegen seiner Zustimmung zur Entlassung, konterte der Betriebsrat mit einem Antrag auf Mandatsentzug gegen den Kollegen Horn. Die IG-Chemie-Verwaltungsstelle beantragte dann beim Hauptvorstand den Rausschmiß aus dem VK: da es *„unkollegial"* sei, die Zustimmung des Betriebsrates zur Kündigung des Jugendvertreters als „unsolidarisch" zu bezeichnen, da der Kollege Horn *„in Anwesenheit von Unorganisierten auf Betriebsversammlungen deutlich in Opposition zum Betriebsrat gegangen"* ist, da er *„immer wieder den Verdacht schürte, die Kollegen* (gemeint sind die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat – Anm. Red.) *könn-*

Verdacht schürte, die Kollegen (gemeint sind die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat – Anm. Red.) *könn-*

ten das Geld in ihre eigene Tasche stecken, weigern sich die Betriebsräte und Vertrauensleute, weiter mit Dir zusammenzuarbeiten", schrieb die IG-Chemie-Verwaltungsstelle in der Begründung für den Antrag.

Zwar wurde der Mandatsentzug später vom Beschwerdeausschuß als „nicht ausreichend" zurückgewiesen, jedoch sah die „NA"-Firmenleitung jetzt „grünes Licht" und kündigte den linken Magazinfahrer N. fristlos, gegen den auch ein Antrag auf VK-Ausschluß in der gleichen Sache lief. Wieder waren es Betriebsräte, die bezeugten, daß N. eine persönliche Stellungnahme zu diesen Vorgängen *„während der Arbeitszeit verteilt hatte"*. Auch den Hauptkündigungsgrund lieferten wieder einmal die Betriebsräte selbst: Diebstahl. Aus einer Sendung der Funktionärszeitschrift „Umschau" der IG-Chemie, die im Magazin für den Betriebsrat angeliefert wurde, entnahm sich N. ein Exemplar, das ihm als Vertrauensmann sowieso zustand. Obwohl der Betriebsrat genau wußte, daß N. sich ein Exemplar schon entnommen hatte, forderte er die Personalabteilung auf, wegen *„Diebstahls einer geheimen Verschlußsache"* Nachforschungen anzustellen.

Prompt wurde N. fristlos entlassen!

Ende '74 konnte N. seinen Kündigungsschutzprozeß in erster Instanz gewinnen und kandidierte dann mit der sich neu gebildeten „Argumente"-Gruppe zum Betriebsrat. Die Taktik der Linken, mit dem Druckmittel einer eigenen Liste, eine alphabetische Aufstellung der Kandidaten zu erreichen, ging auf. Der Betriebsrat nutzte den Wahlkampf erneut für eine widerliche Hetzkampagne gegen die „Argumente"-Kollegen. *„N. tarnt sich als Arbeiter, um auf diesem Wege das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen und die Kollegen als Stimmvieh zu benutzen"*, hieß es so über den kurz zuvor gekündigten Kollegen.

Auch die anderen Kandidaten wurden angepöbelt: *„Wer ist Horn und was will er? Putz machen und Unruhe schaffen um jeden Preis"*. Oder: Die Kandidaten der „Argumente"-Gruppe *„wollen zerstören, spalten und alles kaputt machen"*, *„ihre politische Weltanschauung läßt keine freien Wahlen zu (s. China, UdSSR und DDR)"*.

Die massive Hetze führte dazu, daß kein Linker in den Betriebsrat gelangen konnte. Jedoch konnten N. und Horn je 14% der Stimmen auf sich vereinigen, was einen guten Start unter diesen Bedingungen darstellte.

Nach der Betriebsratswahl verlor N. dann seinen Prozeß in der zweiten Instanz und war endgültig draußen. Auch der Jugendvertreter Peter T., der inzwischen zum zweiten Mal

Instanz und war endgültig draußen. Auch der Jugendvertreter Peter T., der inzwischen zum zweiten Mal

fristlos gekündigt worden war, natürlich wieder mit Zustimmung des Betriebsrates, mußte einen Vergleich vor Gericht annehmen, um seine Ausbildung in einem anderen Betrieb beenden zu können. Ende '7[illegible] nahm die IG-Chemie-Führung [illegible] Hamburger Betriebsräteveranstaltung zum Anlaß, den Kollegen Horn, der presserechtlich verantwortlich für das Aufrufflugblatt war, um den Gewerkschaftsausschluß durchzuziehen. Damit wurde er auch, trotz vorheriger Wahl zum Vertrauensmann, nicht mehr bestätigt.

Erneut starteten die SPD-Betriebsräte eine Hetzkampagne, mit dem Ziel, den Kollegen Horn endgültig aus dem Betrieb zu vertreiben, zumal einige Enthüllungen der „Argumente"-Gruppe das Image des BR-Vorsitzenden Oldach arg angekratzt hatten.

Die fristlose Entlassung des Kollegen Horn ist vorläufig der letzte Akt der durch und durch arbeiterfeindlichen sozialdemokratischen Betriebsräte auf der „Norddeutschen Affinerie".

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie
KB/Gruppe Hamburg

Stader Schiffswerft Otto GmbH & Co. KG

Ein typischer Konkurs

Am 19.7. wurden 100 Kollegen der Stader Schiffswerft Otte GmbH & Co. KG in einer Betriebsversammlung der Konkurs des Unternehmens mitgeteilt. Nach Angaben des Hamburger IG-Metall-Sekretärs Capell könnten ausstehende Löhne und Urlaubsgelder nicht mehr gezahlt werden, da das Unternehmen zahlungsunfähig sei.

Obwohl der Betriebsrat schon am vergangenen Freitag mitbekommen hatte, „um was es sich handelt", wurde am Sonnabend ganz normal gearbeitet. Daß der Konkursantrag eben nicht „wie aus heiterem Himmel" kam (IG-Metall-Sekretär), wird aus der Tatsache deutlich, daß schon am Freitagnachmittag der Gerichtsvollzieher den „Kuckuck" auf die Maschinen setzte.

Die Kollegen („die Stillegung kam für uns völlig unerwartet") wurden hier von Seiten der Geschäftsleitung und des Betriebsrates nicht nur über

den wahren Stand der Dinge ge- für uns völlig unerwartet") wurden hier von Seiten der Geschäftsleitung und des Betriebsrates nicht nur über

den wahren Stand der Dinge getäuscht, sondern auch bis zum letzten Zeitpunkt hingehalten.

Eine „Galgenfrist" von vier Wochen wird jetzt den Stader Kollegen durch die Husumer Schiffswerft eingeräumt. Die Stader Werft hatte im Unterauftrag den Rumpf eines Motorschiffes für die Husumer Werft zu erstellen. Nun will man den Neubau bis zum 20. August auf Stader Werftgelände fertigstellen lassen. Für die Weiterarbeit bis August wurde den Kollegen eine Prämie von DM 50,- zugesagt (wie spendabel!!!). Das Angebot, die sechs Lehrlinge in Husum weiter zu beschäftigen, wirkt geradezu lächerlich (Wohnmöglichkeiten bei Eltern verfällt, Einstieg in neue Berufsschulklasse, Wohn- und Finanzprobleme usw.).

Die Kapitalisten versuchen wiedermal, sich durch Prämiengeschenke, begrenzte Weiterarbeitsmöglichkeiten u.ä. einen „sozialen Anstrich" zu geben. Daß sie aber nur versuchen, einerseits den „dicken Fisch" (Dampfer) noch abzuliefern, andererseits die Empörung der Kollegen abzuschwächen und zu spalten, zeigt ihr wirkliches „soziales Gesicht".

Die ausländischen Kollegen sind sicherlich wiedermal am stärksten betroffen, da die Verlängerung ihrer Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen vom Arbeitsplatz abhängt.

Streik bei Mannesmann

Streik bei Mannesmann

Am Freitag, dem 16.7., streikten 300 Kollegen der Mannesmann-Werke in Hilden zweieinhalb Stunden lang. Ab 1. September ist zwischen den Mannesmann Röhrenwerken AG und der Bremshey AG Solingen eine „Zusammenarbeit" geplant. Deshalb zogen die Kollegen aus der Abteilung Rohrbearbeitung zum Verwaltungsgebäude und verlangten Auskunft über die Zukunft ihres Werks, Klarheit über ihre zukünftigen Arbeitsplätze und Absicherung der Löhne und Sozialleistungen beim Wechsel des Tarifbereiches.

Grundig-Werk 16

DM 6,05 Frauenlohn

Im Grundig-Werk 16 (Farbfernsehproduktion) arbeiten hauptsächlich Frauen am Band und im Einzelakkord. Der größte Teil der Frauen wird in Lohngruppe 2 bezahlt, das sind DM 6,05 (ohne Akkordzulage).

Obwohl Frauen die gleiche Arbeit machen und auch den gleichen Akkord, werden sie unterschiedlich bezahlt. Hier spekuliert Grundig hauptsächlich mit den Sprachschwierigkeiten der ausländischen Kolleginnen und mit der Unwissenheit der Kolleginnen über ihre Bewertungsgrundlage.

Bei der letzten Lohnauszahlung gingen drei Frauen gegen dieses Spaltungsmanöver vor.

Zu dritt gingen sie erst zu ihrem Vorarbeiter, der dann beteuerte, es handele sich um ein „Versehen". Eine der drei Frauen hätte „unbeabsichtigt" zu viel Geld bekommen. Bei 130 % Akkord haben die Frauen allerdings rund DM 900,- ausgezahlt bekommen. Wahrlich ein Vermögen! Da ihnen auch diese Erklärung nicht ausreichte, gingen alle drei sofort zum Betriebsrat und forderten, daß ihre Eingruppierung überprüft wird.

Dies ist deshalb recht mutig, weil sie es während der Arbeitszeit taten, und obwohl der Vorarbeiter sie davon abhalten wollte, zu dritt zu gehen! Unter anderem war die Empörung deshalb so groß, weil man die Frauen vor drei Monaten mit Versprechen ins Werk geholt hatte, sie bekämen DM 1.100,-.

Besonders übel mitgespielt wurde einer Kollegin, die ein Kind hat und von außerhalb kommt. Ihre Mutter wurde überredet, daß sie das Kind bis 17 Uhr behält, damit die junge Frau zwölf Stunden für Grundig auf den Beinen sein kann!

Einen direkten Erfolg erreichten die Frauen mit dieser Aktion zwar noch nicht. Vermutlich bleiben sie in Lohngruppe 2, da auch der Tarifvertrag nichts anderes vorsieht. Vielmehr werden sie noch eine ganze Reihe anderer Frauen mit dem gleichen Problem dazugewinnen müssen, um die Lohngruppe 2 zu Fall zu bringen.

Zelle Betrieb und Gewerkschaft
KB/Gruppe Nürnberg

Hoechst AG, Frankfurt

In der Frankfurter Hoechst AG haben die Stenokontoristinnen-Lehrlinge angefangen, sich gegen ihre schlechte Ausbildungssituation zur Wehr zu setzen. Für die 150 Stenokontoristinnen-Lehrlinge gibt es keinen Ausbildungsplan: Die „Ausbildung" besteht aus Karteikarten sortieren, Ablage, Kaffee kochen etc., so daß die Durchfallquote bei der Abschlußprüfung im Druchschnitt bei 40 % liegt. Dies ist der Firma Hoechst ganz lieb, denn Stenokontoristinnen ohne Abschluß werden dann entsprechend weniger bezahlt.

Eine Gruppe von Lehrlingen hat eine Unterschriftenaktion zur Verbesserung der Ausbildung gemacht, wobei 54 Unterschriften gesammelt wurden und eine Abordnung von zwölf Lehrlingen zur Geschäftsleitung geschickt. Als weder Geschäftsleitung noch Betriebsrat eine Abhilfe versprachen, formulierten die Stenokontoristinnen-Lehrlinge mit der Jugendvertretung den offiziellen Antrag: Grund- und Abschlußausbildung für alle Stenokontoristinnen! Mehr und qualifizierter Unterricht!

(„Kommunistische Volkszeitung", 15.7.76)

BV Aral – Rationalisierungen sondergleichen

Den Autofahrern in der BRD stehen weitere Preiserhöhungen für Benzin ins Haus. Die BV Aral in Bochum – mit 25 % Marktanteil der größte Anbieter von Markenbenzin – hatte angekündigt: *„Benzin muß teurer werden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ" – v. 9.7.76). Dabei argumentieren die Benzin-Kapitalisten nach folgendem Muster: Das Benzinangebot wird weiterhin knapp bleiben, weil die Raffinerien aufgrund der schlechten Nachfrage nach schwerem Heizöl nicht ausgefahren werden können („Handelsblatt" v. 9.7.).

Dabei verbergen sie nicht, daß gerade die Benzinpreisentwicklung BV Aral seit Anfang 1976 einen Schritt nach vorne gebracht hat („FAZ" v. 9.7.). Der Durchschnittsbenzinpreis wurde seit Ende 1975 von 89 auf 95 Pfg. pro Liter gesteigert und die Inlandsnachfrage im Jahre 1976 stieg bei Benzin *„um 7,4 %, bei Motorenbenzin sogar um 9,4 %"* („Handelsblatt" v. 9.7.).

Trotz dieser großen Umsatzsteigerung sind die Kapitalisten nicht zufrieden. Sie drohen ganz offen: *„Theoretisch wäre also eine Benzinpreiserhöhung um nochmals fünf bis sechs Pfennige ausreichend, um die Mineralölindustrie bei Konstanz der bisherigen Preise von schwerem und leichtem Heizöl die Gewinnschwelle erreichen zu lassen"* („Handelsblatt" v. 9.7.).

Monopolisierung mit Riesenschritten!!!

Aral mit derzeit noch 7800 Tankstellen in der BRD hat im Jahre 1975 = 700 Tankstellenpächter arbeitslos gemacht, dieses Jahr sollen weitere 500 Tankstellen geschlossen werden („Westdeutsche Allgemeine Zeitung" – „WAZ" – v. 9.7.). Von diesen sind 60 % im Besitz von Aral und somit nur verpachtet. Zynisch wird bemerkt, daß den Pächtern nichts anderes übrig bleiben wird *„als sich dem Spruch von Bochum zu beugen und allenfalls eine Abfindung zu kassieren"* („Süddeutsche Zeitung' –„SZ"– v. 9.7.).

Die Rationalisierungspolitik der Aral-Kapitalisten findet echte Anerkennung in der bürgerlichen Presse. Aral will sich zur *„Ertragsverbesserung nicht auf Preisentwicklung allein verlassen, sondern führt auch sein Rationalisierungsprogramm konsequent (!) fort"* („FAZ" v. 9.7.). Dazu gehört die Umstellung der Tankstellen auf das Selbsttanken *„das 1975 schon an 2000 Tankstellen möglich war und 1976 an weiteren 450 eingeführt werden soll"* („FAZ" s.o.). Hinter diesem Plan steckt die einfache Erkenntnis, daß SB-Tankstellen den dreifachen Umsatz an Benzin gegenüber einer herkömmlichen Tankstelle haben: *„Obwohl eine Selbstbedienungstankstelle zwei bis drei Jahre braucht, bis die Umstellungskosten, die zwischen 60 bis 80.000 DM schwanken, wieder hereingeholt werden, lohnt (!) sich das Geschäft. Für eine Bedienungstankstelle peilt man in Bochum 60.000 bis 80.000 Liter im Monat an, eine SB-Station muß aber 130.000 bis 180.000 Liter bringen und darin (!) liegen für Aral erhebliche finanzielle Vorteile"* („Handelsblatt" v. 9.7.). Ganz aus dem Häuschen geraten die Kapitalisten angesichts der Verkaufsmengen an Autobahntankstellen, die durchschnittlich 506.000 Liter im Monat verkaufen.

Wie sehr das Gerede der Benzin-Kapitalisten von der Kapitalkraft der Gesellschaft ablenken soll, zeigen ihre Investitionen. Für die Umstellung und Verkleinerung des Tankstellennetzes werden nicht weniger als 100 Millionen DM aufgewendet („FAZ" v. 9.7.).

Die Kollegen zahlen die Zeche!!

Die Niederlassungen in der BRD sollen von 14 auf 8 heruntergebracht werden. Damit verbunden sind weitere Entlassungen. 1975 wurden 330 Kollegen entlassen. Erfolgreich haben es die Kapitalisten geschafft, die Belegschaft in den vergangenen 16 Jahren von 6.784 auf 2.600 Beschäftigte zu verkleinern, gleichzeitig die Menge der erzeugten Produkte von 4,43 Millionen t (1960) auf 9,66 Mio. t (1976) hochzuschrauben („SZ" v. 9.7.).

Wie die Kapitalisten in diesem Zusammenhang erfreut zugeben, ist die Produktivität der Kollegen erheblich gestiegen. Bei einem Vergleich von 1975 auf 1976 *„ist der Absatz pro Mitarbeiter um 27 % gestiegen, die Gesamtkosten pro Liter Kraftstoff ... nur um 3 %. Der Durchschnittsabsatz je Tankstelle hat sich um 63 % auf 793 Kubikmeter erhöht ..."* („FAZ" v. 9.7.).

Aral war es auch, die beim Superbenzin als erste Gesellschaft den Preis von über 1,- DM verlangte. Zwar schränken die Kapitalisten ein, daß dieser Preis nur an ca. 1400 Tankstellen verlangt wird, sie müssen aber (erfreulicherweise) auch zugeben, daß dies *„auch erheblichen Ärger mit den betroffenen Pächtern verursacht"* hat („FAZ" v. 9.7.). Die Pächter befinden sich allerdings in einer ausweglosen Situation. Wie sie auch bei Schließung o.ä. den Kapitalisten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind, haben sie bei der Festsetzung der Preise kein Mitspracherecht, sondern müssen das Diktat der Kapitalisten akzeptieren. Die bürgerliche Presse lobt: *„Über die Preisgestaltung forcieren die Gesellschaften die Auslese"* („WAZ" v. 9.7.).

Verschärfte Konkurrenz

Da auch die Konkurrenz der Aral-Kapitalisten nicht geschlafen hat, wird die Preissteigerung mit Sicherheit kommen. Auch die Deutsche Shell hat in den vergangenen Jahren ihr Tankstellennetz auf 3720 „leistungskräftige" Tankstellen verringert. *„1980 soll es nur noch 2920 Shell-Tankstellen geben, von denen über 80% dann für die Selbstbedienung ausgerichtet sein werden"* („Welt" v. 12.7.).

Für die Bevölkerung wird dies einen weiteren Raubzug auf ihren Lebensstandard bedeuten. Schon heute liegen die Steigerungsraten der Autokosten höher als die der allgemeinen Lebenshaltungskosten. *„Die Hauptschuld an diesem Sprung haben die Benzinpreise, die im letzten Jahr um 9,5 % gestiegen sind"* („SZ" v. 14.7.).

KB/Gruppe Bochum

Kali + Salz AG:

Hoffnung auf Hungerkatastrophen

Der größte deutsche Kaliproduzent, die mehrheitlich zum BASF-Konzern gehörende Kali + Salz AG (K+S), Kassel, erwartet für die nächsten Monate erhebliche Absatzschwierigkeiten auf ihren Exportmärkten.

Deshalb soll über die Hälfte der 760 Kollegen des Kaliwerks Siegfried-Giesen bei Hildesheim, ein Werk der K+S AG, entlassen werden. Nach einem Jahr Kurzarbeit wurde inzwischen schon 285 Arbeitern gekündigt. Die Gesamtproduktion wird auf 45 % der bisherigen Kapazität gesenkt. Die Produktionsanlagen für sechziger Kaliumchlorid-Sorten, die nur für den Export bestimmt sind, sollen „eingemottet" werden. Abgebaut werden sie nicht, weil die K+S AG mit der Belebung des Marktes rechnet: Nach den Erfahrungen mit zurückgegangenen Ernteerträgen und Hungerkatastrophen, die die Entwicklungsländer noch machen werden, werden sie mehr Kali kaufen. Und dann soll auch in Giesen wieder produziert werden.

Wie stark die Arbeitsplätze in der Kaliindustrie abgebaut werden, zeigt auch die Schließung des Kaliwerks Ronnenberg bei Hannover durch die Kali-Chemie AG. Für das Werk Friedrichshall in Sehnde bei Hannover wurde jetzt bekannt, daß dort erstmals nicht investiert werden soll. Unter 800 Kollegen läuft das Gerücht, daß das Werk in absehbarer Zeit völlig oder teilweise stillgelegt werden soll. Die Stillegung soll im Zusammenhang mit Verkaufsabsichten für das Werk stehen. Als einziger möglicher Ankäufer kommt nur die Kali + Salz in frage, die damit eine hundertprozentige Beherrschung der Kaliproduktion in der BRD ansteuert.

KB Sympathisantengruppe Hildesheim



Das Kaliwerk Siegfried-Giesen entläßt oder pensioniert fast die Hälfte der Belegschaft

Merck AG

Wie nicht anders zu erwarten war, ist die im letzten Jahr vom Kartellamt verfügte Preissenkung für Vitaminpräparate der Firma Merck jetzt endgültig duch den Bundesgerichtshof aufgehoben worden. Das Kartellamt hatte zunächst verfügt, daß Merck die Preise für sein Vitaminpräparat um 60 bis 70 % senken sollte. Lautstark ist diese Verfügung damals von der bürgerlichen Presse als „verbraucherfreundlich" etc. bejubelt worden. Nun denn, Merck hat sich nicht damit zufriedengegeben und hat die Gerichte angerufen. Im ersten Urteil des Berliner Kammergerichts wurde die Preissenkung noch anerkannt, aber auf 13,9 bis 39 % zurückgenommen. Merck ging weiter zum Bundesgerichtshof, der jetzt entschied, daß Merck die Preise überhaupt nicht senken muß. Diese Meldung wurde nun von der bürgerlichen Presse, namentlich den „Massenzeitungen" wie „Bild" und „Hamburger Morgenpost" überhaupt nicht mehr wiedergegeben.

Es ist zu erwarten, daß der noch laufende Prozeß gegen Hoffmann La Roche, bei dem es um Preissenkungen der weit häufiger angewandten Medikamente Valium und Librium geht, nicht anders ausgeht.

Chemie-Komitee

ist diese Verfügung damals von der bürgerlichen Presse als „verbraucher- Merck die Preise überhaupt nicht sen- ken muß. Diese Meldung wurde nun geht, nicht anders ausgeht. Chemie-Komitee

Ölmühle Noblee & Thörl:

Ölmühle Noblee & Thörl:

Gewerkschaftsausschlüsse gegen drei Kollegen

Die Verwaltungsstelle Hamburg/Harburg der IG Chemie stellte in der vergangenen Woche Ausschlußanträge gegen drei Kollegen. Begründung: angeblich zu niedrige Gewerkschaftsbeiträge!

Was war vorgefallen? Im Bezirk Harburg ist es schon lange „usus", daß die Gewerkschaftsführung 1 % des Bruttolohnes als Gewerkschaftsbeitrag abkassiert. Die drei Kollegen durchbrachen nun dieses Gewohnheitsrecht, und teilten der Verwaltungsstelle mit, daß sie künftig korrekterweise nur noch 1 % des Nettolohnes als Beitrag abführen würden. Daraufhin wurde ihnen von einem Gewerkschaftsführer postwendend gesagt, daß sie doch „rausgehen" sollten. Am selben Tag versuchten die Kollegen telefonisch die Beitragsabbuchung zu stoppen, was von der Personalabteilung (!), die die Beiträge abbucht, abgelehnt wurde.

Bereits am nächsten Morgen flatterte den drei Kollegen ein Ausschlußschreiben ins Haus, da die Beiträge „nicht satzungsgemäß" seien.

Die Gewerkschaftsausschlüsse bei Noblee & Thörl sind der bisherige Höhepunkt einer üblen Kampagne der IG Chemie-Führer: Im letzten Jahr startete die dortige Gewerkschaftsführung eine Beitragserhöhungskampagne bei Beiersdorf, Hamburg, in deren Verlauf 200 Kollegen austraten. In diesem Jahr folgte eine ähnliche Kampagne bei der Norddeutschen Affinerie. Ziel der Gewerkschaftsführung bei dieser Kampagne ist es, unter dem demagogischen Motto der „Beitragsangleichung" ihre Kassen zu füllen, ohne daß sich die „Leistungen" der Gewerkschaftsführer etwa verbessert hätten – im Gegenteil: Zahlreiche Gewerkschaftsausschlüsse aus Hamburger Chemiebetrieben, der Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, die Lohnraubabschlüsse in den letzten Jahren sind Ausdruck einer weiteren Rechtsentwicklung auf der Ebene der Gewerkschaftsführung.

Daß es der Gewerkschaftsführung bei dieser Kampagne eher darauf ankommt, „zahlungsunwillige" Mitglieder, die dem Kurs der Gewerkschaftsführung auf Schritt und Tritt folgen sollen, in ihren Reihen zu behalten, als etwas für die Interessen der Kollegen zu tun, zeigt die scharfe Reaktion der Führer, daß sie Massenausschlüsse – wie bei Beiersdorf – bewußt in Kauf nimmt und somit zur zahlenmäßigen Schwächung der Gewerkschaften beitragen. Die rigorosen Ausschlußmethoden lassen böses ahnen.

In der letzten Woche beschloß die Delegiertenkonferenz der IG Chemie im Bezirk Nordmark (Hamburg, Westberlin und Niedersachsen), die Gewerkschaftbeiträge generell auf 1 % des Bruttolohnes festzusetzen. Die Gewerkschaftsführung wird diesen Beschluß mit ähnlich rigorosen Mitteln durchzusetzen versuchen.

Schon jetzt gilt es, diesen Angriffen eine breite gewerkschaftsoppositionelle Front entgegenzustellen, in deren Mittelpunkt die Einnahmen der Gewerkschaftsführung mit dem Verbleib unserer Gelder und der Politik der Gewerkschaftsführung gemessen werden sollten!

Gegen den Ausschlußterror der Gewerkschaftführung!

Gegen Beitragserhöhungen!

Für völlige Offenlegung der gewerkschaftlichen Finanzen!

Chemie-Komitee

GEW

GEW-Kiel

Putschpolitk des Vorstandes

In AK 84 hatten wir berichtet, daß vom GEW-Vorstand Schleswig-Holstein derzeit Vorbereitungen zur Übernahme der Bundessatzung vorgenommen werden (dies soll im November auf einer Deligiertenkonferenz geschehen). Dabei wird vom Vorstand schon jetzt versucht, die Mitgliederrechte, die unvereinbar sind mit der Bundessatzung, aufzuheben. So wurde in Flensburg in Putschmanier (nach halbstündiger „Diskussion") die Kreismitgliederversammlung abgeschafft und der Vorrang der Landessatzung vor den Satzungen, die sich die Kreisverbände geben, durchgepeitscht. Der gleiche Weg sollte auch im Kreisverband Kiel beschritten werden. Hier allerdings erlitt der Kreisvorstand Schiffbruch. Alle Anträge des Vorstandes, die auf die Beschneidung und Einengung der Mitgliederrechte hinausliefen, wurden auf einer Kreismitgliederversammlung abgelehnt. Mit welchen Mitteln der Vorstand seinen Kurs allerdings durchzusetzen gedenkt, wurde sofort daraufhin deutlich.

Nach der bestehenden Satzung wählt die Mitgliederversammlung den Vorstand. Der Vorstand hatte einen Antrag eingebracht, in Zukunft per Briefwahl zu wählen, womit erreicht werden soll, daß die Wahlen wesentlich von dem Teil der passiven Gewerkschaftsmitglieder, die den Mitgliederversammlungen fernbleiben und somit auch größtenteils nicht an der innergewerkschaftlichen Diskussion teilnehmen, entschieden werden. Dieser Antrag wurde auf der Mitgliederversammlung abgelehnt. Daraufhin entschloß der Vorstand zu einem Putsch: Er erklärte, daß die Wahlen nach den Richtlinien der Bundessatzung in Briefwahl durchgeführt werden! Und dies obwohl in Schleswig-Holstein die Bundessatzung noch nicht übernommen worden ist!

Aber damit noch nicht genug. Auf der Mitgliederversammlung hatte sich eine zweite Liste gebildet, die gegen den bestehenden Vorstand kandidieren wollte. Gleichzeitig mit den Wahlunterlagen forderte dann eine „Wählerinitiative gegen Radikale im Vorstand der GEW Kiel" die Mitglieder auf, nur Mitglieder des alten Vorstandes zu wählen: *„Uns ist bekannt geworden, daß der Kollege Tomczak, der für den Posten des 1. Vorsitzenden des Kreisverbandes kandidiert, als Direktkandidat des KBW für die Bundestagswahl ... aufgestellt wurde. Uns ist auf der Vollversammlung des Kreisverbandes aufgefallen, daß sich die in den einzelnen Positionen an zweiter Stelle aufgeführten Kandidaten weitgehend mit dem Kollegen Tomczak solidarisiert haben. Ziehen Sie daraus Ihre Schlüsse selbst!"* Diese antikommunistische Stimmungsmache des Vorstandes hatte allerdings immer noch nicht den gewünschten Erfolg. Tomczak erhielt bei einer Wahlbeteiligung von 60% (das sind 581 abgegebene Stimmen) 21% der Stimmen.

Der Vorstand hat daraus die Konsequenz gezogen, beim Landesvorstand den Ausschluß von Tomczak zu beantragen, da er durch seine Kandidatur für den KBW gegen Beschlüsse der GEW verstoße. Auch dieses Vorgehen mißachtet eindeutig noch bestehende Mitgliederrechte, da vom Landesverband Schleswig-Holstein bisher die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW-Bund nicht übernommen wurden. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß sich der Landesvorstand ebenso wie der Kreisvorstand über solche „Lapalien" wie noch bestehende Mitgliederrechte einfach hinwegsetzen wird, wie dies ihnen vom Bundesvorsitzenden Frister in „vorbildlicher" Manier vorexerziert wird. Das Vorgehen der Kreisverbandsvorstände Kiel und Flensburg gibt gleichzeitig einen Vorgeschmack dafür, wie die GEW-Führer im November die Bundessatzung durchzusetzen gedenken und was die Mitglieder nach dieser Verabschiedung zu erwarten haben. Es macht gleichzeitig deutlich, daß vor den linken Kräften die Aufgabe liegt, alles zu tun, um die Übernahme der Bundessatzung zu verhindern. Gespannt darf man darauf sein, wie sich der KBW nach den Erfahrungen in Kiel verhalten wird. Bisher hatte er die Unterordnung der Landesverbände unter die GEW-Bund begrüßt, da mit dieser Zentralisierung eine Stärkung der gewerkschaftlichen Arbeit verbunden sei. Ob er das nach den Vorfällen in Kiel den Mitgliedern wohl noch zu erzählen wagt? – Allerdings hat man schon Pferde kotzen sehen!

Bündniskommission, KB/Gruppe HH

HBV

Solidaritätswelle gegen Gewerkschaftsausschluß angelaufen

Die Solidarität mit dem vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Kollegen S. hat bereits einige gute Ergebnisse gebracht. Der Kollege S. soll, wie wir berichteten, wegen Unterstützung einer gewerkschaftlichen Frauenveranstaltung aus der HBV ausgeschlossen werden!

Eine kürzlich angelaufene Unterschriftenaktion in mehreren Hamburger Großbetrieben führte zu bisher 150 Solidaritätsbekundungen von Kolleginnen und Kollegen. Damit ist die Solidaritätsbewegung jetzt schon breiter als bei der damaligen Unterschriftensammlung für eine Frauenveranstaltung. Die Sammlung wird weitergeführt!

Auf seiner letzten Sitzung am 20.7.76 verabschiedetete der Fachgruppenvorstand Großhandel zwei Solidaritätsresolutionen gegen den Ausschluß ihres Vorsitzenden.

Die eine Resolution beinhaltet den Text der Protestresolution der HBV-Frauengruppe; die zweite Resolution wurde von der letzten HBV-Delegiertenversammlung übernommen. 21 Delegierte hatten sie seinerzeit unterschrieben.

Als scheinlinke Bremser haben sich in diesen Auseinandersetzungen einige Trotzkisten hervorgetan. Auf einer der letzten Versammlungen des oppositionellen gewerkschaftlichen Arbeitskreises „Kreis Konsequenter Gewerkschafter" (KKG) wollten sie alle politischen Aussagen aus den Solidaritätsadressen gestrichen wissen. Damit schrecke man „das einfache Gewerkschaftsmitglied" ab. Dieses Argument ist uns von der Gewerkschaftsführung allzu bekannt. Die Trotzkisten von der „Gruppe Internationaler Marxisten" haben sich überhaupt bei fortschrittlichen HBV-Mitgliedern sehr unbeliebt gemacht durch ihre Schrift „Wohin treibt der Kommunistische Bund", in der sie die gewerkschaftsoppositionellen Gruppen als „KB-Zirkel" denunzieren und damit der Gewerkschaftsführung weitere Munition in Sachen Antikommunismus liefern.

Ein erfreuliches Ergebnis hatte die Solidarität verschiedener Frauengruppen mit dem Kollegen S. gegen die frauenfeindliche Haltung der
die Solidarität verschiedener Frauengruppen mit dem Kollegen S. gegen die frauenfeindliche Haltung der
HBV-Führung:

Bereits im letzten AK konnten wir von einer Solidaritätsresolution von 200 Teilnehmern einer Frauenveranstaltung des KB in Hannover gegen den Ausschlußversuch des Kollegen S. berichten. Inzwischen liegen sieben weitere Solidaritätsbriefe von Frauengruppen aus der BRD vor. Die HBV-Frauengruppe hatte sämtliche ihnen bekannten „Autonomen Frauengruppen" angeschrieben und über den frauenfeindlichen Ausschlußantrag informiert.

Ein Beispiel für den sehr selbstbewußt vorgetragenen Protest einzelner Frauengruppen bietet das Schreiben des „Förderkreises zum Aufbau der Feministischen Partei" aus München. Die Kolleginnen fordern „die Männer der HBV" auf (gemeint dürfte die Gewerkschaftsführung sein), den Ausschluß sofort rückgängig zu machen; geschieht das nicht, wird man die *„reaktionären Zustände, die in der HBV herrschen, der breiten Öffentlichkeit bekannt machen". „Damit Ihr den Zeitgeist richtig erfaßt, empfehlen wir Euch, für Eure weiblichen und männlichen Mitglieder ein Sammel-Abonnement unserer Zeitschrift DER FEMINIST. Bitte informiert uns über die Früchte Eurer Selbstkritik, damit wir über Euch in der Nummer 2 des FEMINIST auch etwas Positives berichten können".*

Eine Durchschrift davon ging an Heinz Oskar Vetter.

Dieser „positive Bericht" wird wohl ausfallen, denn inzwischen gibt es neue Bestätigungen, daß die frauenfeindliche Ideologie in der HBV-Führung fest verankert ist.

Schlichtungsstelle bestätigt die Frauenfeindlichkeit der Gewerkschaft HBV

Laut und deutlich wurde auf der „Schlichtungssitzung" im Ausschlußverfahren gegen den Kollegen S. vom Vorsitzer (Ortsverwaltungsvorstandsmitglied Grebenstein) und dem Antragsteller Binz und Meier (Antragstellerin Bauch verzog sich resigniert sehr früh) herausposaunt, was die HBV-Führer bisher immer zu vermauscheln versuchten:

Es gibt keine unterschiedliche Bezahlung von Mann und Frau. Durch die Rationalisierung seien die Frauen nicht besonders betroffen. Wenn bei den Versicherungen mehr Frauen als Männer entlassen werden, liege das daran, daß dort eben mehr Frauen (!) arbeiteten.

Alle „Vertreter der Anklage" sprachen sich ausdrücklich g e g e n eine besondere Beachtung der Frauenprobleme und Durchführung von Frauenveranstaltungen aus. Und da es also keine Frauenprobleme gäbe, enthalte das damalige Aufrufflugblatt zur Frauenveranstaltung Lügen und richte sich gegen die HBV! Hirnverbrannter kann man schon gar nicht mehr argumentieren!

Sehr interessant wurde es auch, als versucht wurde, Gewerkschaftsfeindlichkeit im Zusammenhang mit dem oppositionellen Gewerkschaftskreis KKG/HBV nachzuweisen. Einziger Beweis: Eine KKG-Erklärung von 1974 zu den damaligen Polizeieinsätzen gegen HBV-Mitglieder.

Fleißig spioniert hatte HBV-Ortsführer Krause. Vom anwesenden Sekretär Claas wurde berichtet, daß Krause Fotos der Demonstration zum 1. Mai hätte, aus denen hervor-
Krause Fotos der Demonstration zum 1. Mai hätte, aus denen hervor-
geht, daß Kollege S. ein „gewerkschaftsfeindliches Transparent" getragen hätte; nämlich: „300 gestrichene Arbeitsplätze schaffen neue Arbeitshetze – Kollegengruppe Edeka". Vorgelegt wurden diese „Beweismittel" natürlich nicht. Man wird rechtlich prüfen müssen, ob solche Personenfotografiererei überhaupt statthaft ist. Weitere nicht bewiesene Behauptungen:

Kollege S. habe am 25.4.76 an einer kommunistischen Versammlung und am 1. Mai an der Demonstration der „Hamburger Aktionseinheit" teilgenommen.

Nun denn; die Schlichtungsstelle beschloß gegen die Stimmen der Beisitzer des Kollegen S., dem Hauptvorstand ein 12monatiges Funktionsverbot vorzuschlagen.

Ein etwas überraschendes Ergebnis, legt man die bisherigen Ausschlußverfahren zugrunde. Aber die Solidaritätswelle gegen den Ausschluß hat gewirkt. Und nicht zuletzt die Tatsache, daß im Betrieb des Kollegen S. alleine ca. 70 Kollegen gegen den Ausschluß schriftlich protestierten.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

DAG für Beschneidung der Rechte von Betriebsräten

Im Nachfeld der Kündigungen fortschrittlicher Betriebsräte und Kollegen (über die wir im AK ausführlich berichteten) hatten die Iduna-Kapitalisten eine „Denkschrift" über Rechte und Pflichten von Betriebsratsmitgliedern herausgebracht. Wir berichteten darüber, daß nach Meinung der Kapitalisten Kollegenbesuche im Betrieb durch den Betriebsrat etc. verboten sein sollen und eine arbeitsvertragliche Verletzung darstellen. Die rechte Betriebsratsmehrheit der Iduna schickte das Papier an die DAG und HBV zur Kommentierung. Was sie nicht daran hinderte, die Rechte schon abzubauen. Betriebsratsbesuche bei der Iduna-Abendschicht wurden per Beschluß auf den Vorsitzenden Fechner delegiert und dann ganz eingestellt.

Die DAG lieferte nun eine „Expertise". *„Die Frage, ob ein Betriebsrats-Mitglied ... unter Berufung auf sein Betriebsratsamt Betriebsbegehungen durchführen oder Gespräche am Arbeitsplatz führen darf, muß grundsätzlich verneint werden"* (!!).

„Ein eigenes Recht des einzelnen Betriebsrats-Mitgliedes, ohne Billigung (Beschluß) des Betriebsrates tätig zu werden, hat das einzelne Betriebsrats-Mitglied nicht."

Damit hat die Deutsche Angestellten „Gewerkschaft" in vollem Umfang die Unternehmer-„Denkschrift" bestätigt, die auf eine erhebliche Einschränkung der gesetzlichen Rechte von Betriebsratsmitgliedern zielt.

Gegen politische Entlassungen eine breite Solidarität aufbauen

Mit der Kündigung des HBV-Vertrauensmannes Ernst H. bei der Hamburg-Mannheimer (siehe AK 84) wird die Liste der Kollegen fortgesetzt, die aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit in Versicherungsbetrieben gemaßregelt wurden.

Es begann bei der Iduna-Versicherung, wo insgesamt zehn Kollegen gekündigt wurden. Desweiteren wurde einem HBV-Betriebsrat und zugleich SPD-Mitglied bei der Eisenbahner-Versicherung fristlos gekündigt. Bei der Gothaer-Versicherung wurden sogar fortschrittliche DAG-Betriebsräte durch Repressionen aus dem Betriebsrat gedrängt. Trotzdem ist es bisher nicht gelungen, eine einheitliche Solidarität aller betroffenen Kollegen zu erreichen.

Wesentlichen Anteil dabei hat das spalterische Vorgehen der HBV-Führung, die sich im Fall Iduna sogar noch von den betroffenen Kollegen distanzierte. Dieses Verhalten war auch der Maßstab für die Aktivitäten der SPD und DKP-ler. Nicht die Kapitalisten waren der Angriffspunkt, sondern die „chaotische" Politik der Kollegen. Nunmehr ist offensichtlich, daß es sich um eine insgesamt breit angelegte Säuberungsaktion der Kapitalisten handelt.

In diesem Zusammenhang fordern auch Kollegen der Iduna-Betriebsgruppe in einem Schreiben die HBV-Betriebsgruppe bei der Hamburg-Mannheimer zu gemeinsamen Aktionen auf. *„Die jüngsten Ereignisse bei Euch sind Beweis für die damalige Einschätzung und wir wollen nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß eine breite Solidarität notwendiger denn je ist und im Interesse des Kollegen H. und der Gewerkschaftsarbeit bei Euch sowie in vielen anderen Betrieben kein Raum mehr ist für einzelne und damit isolierte Gegenaktionen."*

... in diesem Sinne bekunden wir unsere Bereitschaft, alles in unseren Kräften stehende zu machen und zu organisieren, was dem gemeinsamen Vorgehen gegen Unternehmerwillkür dient ..."

Diese Forderung wurde auch noch von Kollegen der Edeka an die HM-Betriebsgruppe herangetragen, da im Edeka-Versicherungsdienst ebenfalls ein fortschrittlicher Kollege wegen des Kampfes gegen das Beurteilungswesen gekündigt wurde.

Statt kämpferischer Solidarität lieber mit der DAG

Die HM-Betriebsgruppe, die von rechten SPD-lern und Anhängern der DKP bestimmt wird, wich nach anfänglicher Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen immer mehr dem Druck der rechten Spezial„demokraten" und ließ die Solidaritätskampagne versanden.

So wurden interessierte Kollegen nicht an einer ursprünglich noch als offene Vertrauenskörper-Sitzung propagierten Versammlung zugelassen.

Bei der nächsten VLK-Sitzung wurden dann sogar nicht mehr alle Mitglieder benachrichtigt.

Weiterhin wurde eine öffentliche Protestveranstaltung immer wieder hinausgezögert. Sie soll jetzt am Dienstag, dem 27. Juli, stattfinden. Aufgerufen wird allerdings nur vor der HM.

„Solidaritäts„-Angebote wurden nur nach rechts gemacht: So machte man sich die Mühe, in einem Schreiben an „die Kolleginnen und Kollegen der DAG-Betriebsgruppe und deren Betriebsräte", die für manche Schweinerei bekannt sind, aufzufordern, an der Protestversammlung, die in dem Schreiben höflich als „öffentlicher Diskussionsabend" tituliert wird, teilzunehmen. Thema sind aber nicht die politischen Entlassungen im Hamburger Versicherungsbereich, sondern die Frage des rechtlichen Schutzes der Vertrauensleute. *„Vertrauensleutearbeit ist jedoch für Gewerkschaften und Belegschaft gleichermaßen notwendig und wichtig. Wird doch aus diesem Kreis der Nachwuchs zukünftiger Betriebsräte rekrutiert."* Teufel nochmal, ist das deutlich! Warum hat man nicht gleich den Personalchef Schilling eingeladen, der seinen Weg über die DAG-Betriebsgruppe und Betriebsratsvorsitzender gemacht hat.

Betriebszelle Hamburg-Mannheimer
KB/Gruppe Hamburg

Berufung abgelehnt

Die 2. Runde in den Kündigungsprozessen ist am 15. Juli 1976 eingeleitet worden. Der gekündigte Kollege P., der schon vor dem Arbeitsgericht in der ersten Instanz gegen die Iduna gewann und seitdem weiterarbeitet, hatte vor dem Landesarbeitsgericht seine von den Kapitalisten angestrengte Berufungsverhandlung unter Vorsitz des Richters Dr. Marcus.

Nochmals wurden die nun gut ein Jahr zurückliegenden Ereignisse durchgekaut, die Iduna bot wiederum eine nicht unansehnliche Geldsumme als Abfindung an, der Kollege lehnte ab.

Dr. Marcus entschied: Die Berufung der Iduna-Kapitalisten wird abgelehnt!

Gesinnungsschnüffelei beim Bildungsurlaub

Groß gepriesen wurde und wird in Hamburg das Recht auf Bildungsurlaub. Die Kapitalisten haben da ihre eigene Auffassung zu. Eine Kollegin wollte vor kurzem eine Bildungsurlaubsfahrt nach Ungarn bei ihrem Abteilungsleiter anmelden. Dieser nutzte die Chance und pöbelte sie an, was sie denn da wolle, sie solle anschließend bloß nicht die Kollegen aufhetzen. Wenn er zu bestimmen hätte, würde er sowas ablehnen, denn solche Fahrt in eine Volksrepublik käme ja noch nicht einmal der Iduna zugute. Das ganze gipfelte in der Frage, ob sie vielleicht etwa politisch organisiert sei.

Nun denn, der Fall wurde der Personalabteilung zur Entscheidung vorgelegt und diese lehnte den Bildungsurlaub glatt ab!!

Der Bildungsurlaub ist vom Senat anerkannt und der Veranstalter versprach, notfalls diese – wie er richtig sagte – „kriminelle Handlungsweise" vors Gericht zu bringen. Ein Spaß am Rande: Die Belohnungsfahrt der besten Außendienstkollegen der Iduna führte, begleitet von Abteilungsleitern, in die VR Ungarn ...

Hanns Martin Schleyer: „Wer ihm blinde Interessenvertretung vorwirft, ist borniert"

Anläßlich der Übernahme des Präsidentensessels des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) durch Hans Martin Schleyer, Boss der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) erschien im „Ausblick"; Zeitschrift der Gewerkschaft HBV, eine Würdigung dieses Kapitalisten mit aktiver Nazi-Vergangenheit.

So *„bewunderswert ist der Fleiß, mit dem der vielbeschäftigte Manager sich an der sozial-politischen Diskussion beteiligt"*, daß, wenn man *„ihm oder seiner Organisation einfallslose Untätigkeit oder ausschließlich blinde Interessenvertretung bei der Bewältigung aktueller sozialer Tagesfragen"* nachsagt, dies *„ein Zeichen von Borniertheit oder Unkenntnis – in jedem Falle aber unwahr"* ist. Desweiteren wird gelobt, daß Schleyer sich für eine Verringerung der Arbeitslosigkeit stark macht und an die Unternehmer appelliert, mehr Lehrlinge einzustellen und den Ursachen einer expandierenden Jugendarbeitslosigkeit entgegenzutreten.

So hat sich Schleyer dafür eingesetzt, *„ausländische Arbeitnehmer auf humane Weise und dennoch wirksam für eine befristete Zeit"* aus der BRD 'rauszuschmeißen. Im weiteren wird Schleyer bescheinigt, daß er *„die Tarifautonomie wacker verteidigt"* (alle Zitate aus „Ausblick" Nr. 6/7). Diese Sprüche der Gewerkschaftsführer über einen der schärfsten Antreiber des Rechtskurses in der BRD machen deutlich, daß sich diese Herren viel zu gut verstehen, als daß sie sich wegen Interessen der Kollegen in die Haare kriegen könnten. Schleyer kann sich bedanken, daß seine gesamte Nazi-Vergangenheit und die profitsüchtige Kapitalistenmentalität selbst in Gewerkschaftszeitungen nicht mehr aufgedeckt wird. In diesem Sinne ist ein Leserbrief der Hermes-Betriebsgruppe an den „Ausblick" zu unterstützen, in dem die Verantwortung des Vorsitzenden ... für die Angriffe auf den Reallohn und die Sozialleistungen, auf die Arbeitsplätze und Ausbildungsbedingungen sowie auf das politische Engagement Schleyers für den Nationalsozialismus in Abgrenzung zum Artikel des „Ausblicks" hervorgehoben wird.

Die Initiative der Hermes-Betriebsgruppe sollte aufgenommen werden, um auch die kleinen Schleyer mit Nazi-Vergangenheit und Gegenwart in den Betrieben stärker zu entlarven.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Co op Hamburg fordert 135 Mark

Bereits am 15. Juni beschloß die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Genossenschaften zur diesjährigen Tarifrunde (Haustarif) DM 135,–.

HBV-Komitee

Ausbildung der Rationalisierungs-etappe angepaßt

Bei der Iduna ist geplant, im nächsten Schub mehr Auszubildende aufzunehmen. Interessant ist, daß es sich hierbei aber nicht mehr um Ausbildungsplätze für die Lehre als Versicherungskaufmann handelt, sondern im wesentlichen sollen Bürokaufleute ausgebildet werden.

Als Versicherungskaufmann werden nur noch so viele ausgebildet, wie für Spitzenfunktionen benötigt werden.

Die Zahl der Abiturienten in der Ausbildung als Versicherungskaufmann wächst ständig. Für die Bürokaufmannslehre will die Iduna wieder „die Volksschüler von der Straße holen", so Fromme, Abteilungsleiter der Aus- und Weiterbildung.

Dahinter steckt allerdings nicht der soziale Anstrich, den sich die Iduna immer wieder bemüht ist zu geben, sondern kalte Berechnung. Durch die Rationalisierungen nehmen die „einfacheren" Arbeiten, also die monotonen, wiederkehrenden Fließbandarbeiten immer mehr Raum ein. Für diese Arbeiten will man sich „ausgebildete", aber billigere Arbeitskräfte heranziehen.

Arbeitsgerichtstermine

Arbeitsgericht/Max-Brauer-Allee

Stichnoth gegen Edeka

28.7.	13.00 Uhr	Zi. 138
4.8.	8.45 Uhr	Zi. 138

Landesarbeitsgericht/Bahnhof Altona

Berg u. a. gegen Iduna

24.8.	9.00 Uhr	Zi. 1605

Lohmann gegen Iduna

27.8.	10.30 Uhr	Zi. 1605

Für jede Denunziation von Kollegen hundert Mark

Im „Kampf" gegen den Ladendiebstahl arbeiten die Einzelhandelskapitalisten nicht nur mit den im „Wilden Westen" üblichen Steckbriefen, sondern erweitern ihre Maßnahmen auch immer stärker auf die Kopfprämie.

So sind die Kollegen in den Kaufhäusern nicht nur verpflichtet, Ladendiebe festzuhalten, wofür sie eine Prämie von fünfzig Mark erhalten, sondern diese Jagd soll jetzt auch noch auf die eigenen Kollegen ausgedehnt werden. Für jeden „ertappten" Kollegen ist das Kopfgeld jetzt auf hundert Mark erhöht worden. Für den ertappten Kollegen bedeutet diese Denunziation natürlich Kündigung.

Brutal wird hier die kriminelle Unterbezahlung der Verkäuferinnen und Verkäufer benutzt, um die Kollegen zu spalten.

Eine Schlappe haben die Kapitalisten bisher darin erlitten, ihre Selbstjustiz durchzusetzen, nämlich den „ertappten Dieben" eine Vertragsstrafe von fünfzig bis hundert Mark aufzubrummen. *„Zur Deckung der durch den Diebstahl verursachten Kosten wird eine Vertragsstrafe von DM 50,– erhoben. Dies gilt mit dem Betreten dieses Geschäftes als vertraglich vereinbart"*, so die Schilder der Pro-Verbraucher AG. Dieser kapitalistischen Selbstjustiz hat jetzt das Amtsgericht Hamburg widersprochen. Die Pro-Verbraucher AG mußte die Fangprämie zurückzahlen und zudem noch die Verfahrenskosten zahlen (laut „Lebensmittelzeitung" vom 16.7.76).

Während die Kapitalisten dieses Verfahren *„so lange als taugliches Mittel ansehen, als keine ausdrückliche negative höchstrichterliche Entscheidung vorliegt, sehen sie allerdings die Gefahr, durch Prozeßniederlagen die unangenehmen Folgen der Rückerstattung der Fangprämien und hohen Verfahrenskosten einstecken zu müssen"* („Lebensmittelzeitung" vom 16.7.76).

Branchenzelle Einzelhandel
und HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kollegen gegen Betriebsverlegung

An die 30 Kollegen eines selbständigen Bereiches des co op-eigenen Gebrauchsgüterzentrums Kamen (GZK) sollten nach Kamen verlegt werden. Bisher war der Arbeitsplatz in Hamburg.

Gerüchte über die Verlegung geisterten schon seit längerem herum, aber selbst dem Betriebsrat wurde auf ausdrückliches Befragen hin nichts mitgeteilt. Die Bombe kam zum Platzen, als jetzt der Umzug der co op in neue Räume geplant wurde und für die GZK gar keine Räume zur Verfügung standen bzw. eingeplant waren.

Nach offiziellem Bekanntwerden der Betriebsverlegung erklärten alle Kolleginnen und Kollegen einmütig, daß sie sich weigern würden, aus Hamburg wegzugehen. Die Weigerung führte vorerst zum Erfolg. Die co op-Kapitalisten ließen erklären, daß der Verlegungsbeschluß zunächst aufgehoben ist!

Betriebszelle co op
KB/Gruppe Hamburg

Quelle(t) Otto bald über

Nachdem Neckermann nun für Karstadt reitet (siehe AK 84), ist die Landschaft im Versandhandel noch übersichtlicher geworden. Neckermann gehörte bisher zu den drei noch selbständig bestehenden Versandgeschäften. Zwar will Karstadt den Kauf auch nutzen, um im Versandhandel Fuß zu fassen, da dieser, so Vorstandssprecher Deuss von Karstadt, die Lücken schließen wird, die durch die verstärkte Aufgabe kleiner Einzelhandelsläden entstanden ist („Handelsblatt" v. 7.7.76). Allerdings rechnen die beiden Großen, Quelle und Otto, nicht damit, daß damit durch Karstadt in den nächsten Jahren eine Konkurrenz geschaffen wird. Um welche Beträge es sich bei diesem Konkurrenzkamf handelt, wird aus folgenden Zahlen deutlich. Quelle, dessen Chef Schickedanz ein Imperium von insgesamt 7,1 Milliarden Umsatz beherrscht, rechnet 1976 mit einem Umsatz im Versandgeschäft von insgesamt 3,3 Milliarden Mark. Der zweite noch im Rennen befindliche Konzern ist der Otto-Versand, der mit einem Umsatz von insgesamt 2,8 Milliarden Mark für 1976 rechnet. Durch den Kauf des Hanauer Versandhauses Schwab AG konnte 1975 Otto seinen Umsatz mit einem Mal von 1,8 Milliarden auf 2,4 Milliarden Mark erhöhen („Spiegel" vom 19.7.).

MILLIARDEN-UMSATZ PER POST
Umsätze der zehn größten Versandhäuser Europas in Milliarden Mark (1975)

Quelle (mit Schöpflin)	2,98	
Otto (mit Schwab)	2,41	Bundesrepublik
Great Universal Stores	1,91	Großbritannien
Littlewoods	1,64	Großbritannien
La Redoute	1,22	Frankreich
Neckermann	1,08	Bundesrepublik
3 Suisses	0,84	Frankreich
Baur	0,79	Bundesrepublik
Freemans	0,75	Großbritannien
Grattan	0,71	Großbritannien

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hessische Landes-(und Schummel)bank

Mehrfach haben wir über Manipulationen und „undurchsichtige" Geldschiebereien bei der Helaba berichtet. SPD-Ministerpräsident Osswald war seinerzeit offiziell als Verwaltungsratsvorsitzender darin verwickelt. Vor Gericht kam er nicht, sein Posten im Landtag macht ihn „immun".

Die „Frankfurter Rundschau" vom 8.7.76 berichtete nun von einer neuen Schieberei der Helaba, diesmal mit ausländischen Banken in 10 Millionen-Höhe.

Transaktionen dieser Höhe sind anmeldepflichtig bei der Bundesbank, ferner wäre die Helaba bei Aufnahme von 10 Millionen DM als Kredit nach Aussagen der Landeszentralbank Stuttgart verpflichtet worden, einen Teil als sogenannte Mindestreserve zurückzulegen.

Mit Hilfe des Strohmannes Oscar Friz sollte jedoch alles im Geheimen bleiben. Erst als der ehrenwerte Strohmann von den ausländischen Banken (aus der Schweiz) verklagt wurde, weil er pleite ging und Zinsen in Höhe von mehreren 100.000,– DM nicht weiterleiten wollte, flog das Unternehmen auf.

Die sogenannte Strafe, die eine Bank in solchen Fällen treffen kann, liegt allerdings bei „nur" höchstens DM 50.000,–, was mehr einem Steueranteil am gemachten Schummelgewinn entspricht.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

„Start" in die Ära der Computer-Kassen

In der Verwaltung der Kaufhalle in Hamburg sind die Würfel gefallen, sie will Computer-Kassen von IBM und NCR einführen. In Backnang, Michelstadt und Geilenkirchen sind sie bereits schon eingeführt worden. Stufenweise soll das System verbessert werden. In der ersten Stufe werden Artikelgruppen und Preis eingetippt, die von einem Filialrechner gespeichert werden. In der zweiten Stufe wird „nur" die Artikelnummer in die Kasse getippt, die sich dann von einem Kleincomputer im Filialbüro den gültigen Tagespreis und die Artikelbezeichnung holt.

In der dritten Stufe wird nicht mehr durch das Eintippen der Artikelnummer, sondern durch maschinelles Lesen (mittels Laserstrahl) eines Artikel-Strich-Codes, der bereits schon vom Produzenten auf die Verpackung gedruckt ist, an der Kasse gearbeitet.

Die letzte Stufe wird bereits schon von einigen Kapitalisten durchgeführt, so zB. teilweise bei der „Pro". Was die Kapitalisten sich davon versprechen, ist:
- Zeitraubende, ständige wiederkehrende Routinearbeiten, wie die monatliche Bestandsaufnahme, sollen

monatliche Bestandsaufnahme, sollen

künftig wegfallen. Bessere Warenwirtschaftszahlen durch bessere Ausrichtung des Bestands nach dem Bedarf und durch Vermeidung von Über- und Fehlbeständen.
- Eine laufende Präsenzüberwachung
- Renner und Langsamläufer sollen rechtzeitig erkannt werden.
- Jederzeit abrufbare Analysen nach Artikelgruppen, Größen, Farben und Preisgruppen zur ständigen Verbesserung der Sortimentsgestaltung.

Und jetzt das Wichtigste:
- Weitgehende Einsparung der hausinternen Auszeichnung.
- Schnellere Arbeit an der Kasse und später einmal per Computer eine „permanente Inventur".

Was die Auswirkung einer solchen Einführung von Computer-Kassen ist, liegt ganz klar auf Hand – Wegrationalisierung von -zig Arbeitsplätzen!

Denn die meiste Arbeitszeit wird für die Bestandsaufnahme und das Auszeichnen verbraucht. Weiter entfällt eine ständige Warenkontrolle und beim Bestellen der Ware kann auch sehr viel Arbeitszeit gespart werden. Der Computer kann sofort berechnen, wann wieviel von welcher Ware verkauft wurde.

Ware verkauft wurde.



„Ein völlig neues Kassiergefühl ..." schreiben die Kaufhalle-Kapitalisten. Doch wie beschissen dieses Gefühl ist, schreiben sie nicht, denn durch die Einführung der Computer-Kassen müssen -zig Kollegen mit ihrer Entlassung rechnen.

Damit sind im gesamten Einzelhandel Tür und Tor für die Rationalisierung weit geöffnet. Die Kaufhalle ist und wird nicht das einzige Kaufhaus sein, in dem derartige Rationalsierungsmaßnahmen getroffen werden. Schon jetzt steht die Arbeitslosigkeit bei den Kollegen im Einzelhandel an der Spitze.

Die neuesten Investitionen erhalten nicht Arbeitsplätze, sondern bauen sie noch weiter ab.

Branchenzelle Einzelhandel
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg-Mannheimer:
Wie lange lutschen Sie an einem Bonbon?

Seit ca. 3 1/2 Wochen wird in der Antragsabteilung der HM mit der Stoppuhr gemessen. Jeder Kollege kommt für 1 – 2 Stunden unter die Uhr. Gestoppt wird die Arbeitszeit, die man für die Bearbeitung eines Vorganges benötigt. Um genauer feststellen zu können, ob die Abteilung „ausgelastet" ist und eventuell Versetzungen („natürlich" keine Rausschmisse) notwendig werden, wird

„ausgelastet" ist und eventuell Versetzungen („natürlich" keine Rausschmisse) notwendig werden, wird

die Stopperei ausgeweitet:
- Wie lange raucht man eine Zigarette?
- Wie lange benötigt man für einen Zug aus der Zigarette?
- Wie lange braucht man zum Bonbon-Naschen?
- Wieviel Zeit verbringt man auf der Toilette?
- Wieviel Minuten telefoniert man?

Da ja aber die HM „sozial" ist, müssen die Kollegen eigene Statistiken führen, in der die Arbeitsleistung notiert wird. Die Kapitalisten werden jedoch die Auswertung sich selbst vorbehalten und was dann kommt, wird sicher nicht der tatsächlichen Arbeits- und Streßsituation gerecht werden.

Denn inzwischen (vor ca. einer Woche) kam der Abteilungsdirektor und machte allen Kollegen ein tolles „Angebot". Trotz Zeitmessung wegen der „offenen Frage", ob die An-

„Angebot". Trotz Zeitmessung wegen der „offenen Frage", ob die An-

tragsabteilung ausgelastet ist, sollen Überstunden gekloppt werden! Diesmal mit einem rosaroten Schleifchen: Für jede 2 Stunden Mehrarbeit gibt es einen Gutschein mit Lotterienummer. Ausgelost werden dann Theaterkarten oder ähnliches. Die angesammelten Überstunden können im September abgebummelt werden.

Dieses sehr verdächtige Geschenk wurde in der Abstimmung von 30 Kolleginnen und Kollegen abgelehnt, nur ca. 12 waren dafür.

Betriebszelle HM/HBV-Komitee



Versicherungen: Profite-Profite-Profite

Die Jubelmeldungen der Versicherungen halten an. Hier die neuesten Zahlen:

Versicherungsgruppe Kölnische Leben
Die Gruppe konnte ihren Versicherungsbestand 1975 um 19,5 % erhöhen. 654 Mill. DM sind als Kapitalanlagen zinsgünstig verstreut.

Colonia-Gruppe Köln
Die Sachversicherung der Gruppe zahlt ihren Aktionären für 1975 10 % Dividende. Die Lebensversicherungsgesellschaft zahlt sogar 14 % bei einem Bestandszuwachs von 33,5 %!

Gerling Lebensversicherungsgruppe Köln
Gerling meldet, daß der Geschäftsrückgang durch die Herstatt-Pleite aufgehört hat. Im ersten Halbjahr 76 verzeichnet Gerling einen 30-%igen Bestandszuwachs und einen Gewinn von 3,1 Mill. DM.

Iduna-Gruppe Hamburg
Die Lebensversicherungsgesellschaft meldet für 1975 einen um 30 % erhöhten Jahresüberschuß. Allein 27 Mill. DM wurden über Aktienspekulationen verdient.

Im 1. Halbjahr 1976 erhöhten sich die Kapitalerträge um weitere 19 %. Die Sachversicherung konnte für das 1. Halbjahr 1976 ein Plus von 10 % an Beitragseinnahmen melden, die Bausparkasse gar einen Zugang im Neugeschäft im selben Zeitraum um 50 %.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Fristlose Kündigung vorerst vereitelt

Ende letzten Jahres wurden die zwei linken Jugendvertreter bei der HM als „Extremisten" aus der Gewerkschaft HBV geschmissen. Am Donnerstag, 22. Juli 1976, legte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat einen Antrag auf fristlose Kündigung gegen einen der beiden vor.

Aber man hatte sich verrechnet: Bereits am Freitag, dem 23.7.76, wurde in einer Extra-Ausgabe der ZUR SACHE (Zeitung des KB für die Kollegen des Handels, der Banken und Versicherungen) die ganze Geschichte entlarvt. Die hergesuchten Kündigungsbegründungen – Urlaub nicht angemeldet u. ä. – sind allzu offensichtlich. Sogar der mehrheitlich rechte Betriebsrat gab in seiner Sondersitzung am Freitag nicht die Einwilligung zur Kündigung. Die Kapitalisten müßten nun vor das Arbeitsgericht ziehen.

Betriebszelle Hamburg-Mannheimer
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN des KB

Redaktion und Verlag
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35
Tel: 040/45 38 91

Leitung des KB
ARBEITERKAMPF-Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2064 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertie

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente, Preetz)
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Hamburg

ARBEITERKAMPF
Literaturvertrieb und Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15
Mo. bis Fr.: 15 bis 20 Uhr
Sonnabend: 10 bis 13 Uhr

Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084

Emden
2970 Emden
Postlagerkarte 067452 A

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890

Stade
Jeden Sonnabend von 9 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 066 028

Duisburg
Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A

Hessen

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Kassel
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestr. 31

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Stuttgart
Jutta Blum
Filderstr. 53 B
7 Stuttgart 1

Bayern

Landshut
83 Landshut
Postlagerkarte A 041 181

Nürnberg/Erlangen
Thomas Gradl
85 Nürnberg
Postfach 16 03 63

Westberlin
A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Fr. von 16 bis 19 Uhr



Frauen



Frauenkonferenz der IG Metall:
Forderungen sind genug da!

222 Delegiert trafen sich am 10. und 11. Juni in Leverkusen, um auf der 9. Frauenkonferenz der IG Metall über 90 Anträge und 15 Entschliessungen zu beraten.

Die aus den einzelnen Bezirken vorgelegten Anträge spiegelten deutlich die schwierige Situation der in der Metallindustrie arbeitenden Frauen wieder:

Von den 1.050.902 in der Metallbranche beschäftigten Frauen sind ganze drei % Facharbeiterinnen. 59 % arbeiten als „Hilfsarbeiterinnen" in der Leistungsgruppe 3 – das heißt, sie stehen am Schluß der Lohnskala. *"Noch haben wir nicht alle aus den Frauenlohnabschlußklauseln hervorgegangenen Lohngruppen für körperlich leichte Arbeiten, die nachweisbar unter den Hilfsarbeitergruppen der Männer liegen, abgeschafft"*, sagte dazu Vorsitzende Anke Fuchs. So erhalten viele Frauen immer noch 82 % des Ecklohns. Deshalb forderten die Frauen in einem Antrag:

„Die Tarifkommissionen und Bezirksleitungen werden aufgefordert, unverzüglich den nächsten Schritt zu vollziehen und darauf zu dringen, daß alle Lohngruppen, die noch von 'körperlich leichten' Arbeiten bzw. von 'Arbeiten mit geringen körperlichen Belastungen' sprechen, gestrichen werden". Eine gute und notwendige Forderung,haben doch erst wieder kürzlich Arbeitsmediziner in einer Studie dargelegt, daß die sog. Frauenarbeitsplätze höchste physische und psychische Anforderungen an die Arbeiterinnen stellen und mitnichten als „leicht" einzustufen sind. Es wird Zeit, daß diese Untersuchungsergebnisse (die im übrigen im Auftrag des DGB stattfanden) Eingang finden in die gewerkschaftlichen Forderungen!

Frauen sind von Rationalisierungsmaßnahmen am stärksten betroffen

Frauen sind von Rationalisierungsmaßnahmen am stärksten betroffen

In der Metallindustrie schreitet die Rationalisierung mit Riesenschritten voran. Durch Einsatz von Industrierobotern oder durch die Mikroelektronik *„werden ganze Industriezweige mit einem Federstrich ausgewischt"* („Welt der Arbeit', 25.6.). Besonders die Frauen, von denen 63% keine Berufsausbildung haben, sind von der Arbeitslosigkeit betroffen. So schildert der Antrag zur „Rationalisierung im Angestelltenbereich" ausführlich die Situation: *„Durch Anpassung an die technische Entwicklung, die Veränderung der wirtschaftlichen Struktur und Anpassung an die Marktgegebenheiten wird im Angestellten- Arbeitsbereich in zunehmenden Maße rationalisiert. Das führt zu drastischen Veränderungen der Betriebsorganisation, des Arbeitsablaufes, der Arbeitsmethode und der Arbeitsplätze ... Die fortschreitende Automatisierung, Technisierung und Rationalisierung verändern mittlerweile nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern führen auch zu einem ständigen Zwang zur Leistungssteigerung. Dadurch werden Bedingungen geschaffen, wie wir sie in der Produktion vom Fließband her kennen; die Angestellten werden „verakkordisiert". Besonders betroffen sind die weiblichen Angestellten, denn das Schwergewicht der Rationalisierung konzentriert sich auf die Textverarbeitung, mit der die überwiegende Zahl der weiblichen Angestellten im Metallbereich beschäftigt ist. Hier meinen Unternehmensberater, daß 50% und mehr des angestellten Schreibpersonals eingespart werden könnte. Bei solchen Überlegungen steht nicht der Mensch im Vordergrund, sondern nur die vom Arbeitgeber erwartete Leistungsausbeute".*

So wird in der Entschließung zur „Beschäftigungslage weiblicher Arbeitnehmer" dargelegt, daß die Frauen zu den „von Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffenen Gruppen" gehören. Es wird für die Frauen



ein Recht auf Arbeit verlangt.

„Die Erwerbstätigkeit der Frau darf nicht vom Konjunkturverlauf abhängig gemacht werden. Sie ist nichts Vorübergehendes; vielmehr muß der Frau die Möglichkeit eingeräumt werden, ihr Leben durch Erwerbstätigkeit zu gestalten", heißt es.

Die Situation der arbeitenden

räumt werden, ihr Leben durch Erwerbstätigkeit zu gestalten", heißt es.

Die Situation der arbeitenden

Frauen und ihre allseitige Benachteiligung wird ausführlich geschildert. Es liegen Anträge zu berufstätigen Müttern, zur Absicherung der Altersversorgung, zur besseren Kinderbetreuung usw. vor. Man kann nicht sagen, daß die S c h i l d e r u n g der Mißstände, der Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen nicht ihren Platz gehabt hätte auf der Metall-Frauenkonferenz.

Was aber weiter?

Nachdem die Anträge verlesen waren und die „Gäste" wie Helmut Schmidt, Katharina Focke und Gerd Muhr (Stellvertretender Vorsitzender des DGB), ihren heuchlerischen Redetribut an die versammelten Frauen abgelassen hatten, ging es an „Aussprache" und „Beratung". Und jetzt wird endlich deutlich, wozu die Gewerkschaftsführung solche Tagungen wie die Frauenkonferenz einberuft. Mag der Situationsbericht über die arbeitenden Frauen zutreffen, so wird jetzt jeder Versuch, tatsächlich daran eine Änderung vornehmen zu wollen, zu Schanden geritten. Daß das regelmäßig so ist – beweist, daß sich selbst die Delegierten (und wer delegiert wird, hat in der Regel die Gewerkschaftsbürokratie in der Hand!) lautstark darüber beschweren, daß sie *„schon so lange immer dasselbe fordern müssen"* (Metall aktuell 13).

Sieht man sich „Lösungsversuche" an, die die Gewerkschaftsführung anbietet, muß man sich auch nicht wundern. Sie sind ganz klar eine Anbiederung an die Kapitalisten. So haben sie zur Rationalisierung, die die Frauen auf die Straße setzt und von ihnen immer größere Leistungen abverlangt, nichts besseres zu sagen, als daß *„Rationalisierung n i c h t e i n s e i t i g zu Lasten der Arbeitnehmer gehen darf"*. – Rationalisierungen im Kapitalismus gehen i m m e r auf Kosten der Arbeiter und Angestellten und die Antwort darauf kann nicht der fruchtlose Apell an die Menschlichkeit und Einsicht der Kapitalisten sein.

Ganz besonders leer sind die „Maßnahmen" (*„die Delegierten appellieren an alle Verantwortlichen ..."*), wenn man weiß, daß die gewerkschaftlichen Vertreter in den Tarifverhandlungen und in den Betrieben jeden akuten Fall, jede einzelne Rationalisierungsmaßnahme der Kapitalisten gutheißen. Mit einem Mäntelchen von Sozialplan behängt wird

verhandlungen und in den Betrieben jeden akuten Fall, jede einzelne Rationalisierungsmaßnahme der Kapitalisten gutheißen. Mit einem Mäntelchen von Sozialplan behängt, wird

dann „im Interesse der Arbeitsplatzsicherung" von den Kollegen Verständnis für die kapitalistische Politik verlangt.

So ist es bezeichnend, daß auf die massenhafte Arbeitslosigkeit, von der die Frauen betroffen sind, die Gewerkschaftsführung fordert, daß die Arbeitszeit für Frauen verkürzt wird. Anke Fuchs trug die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche und einem Stufenplan für die Verkürzung der Arbeitszeit vor (ohne Forderung nach Lohnausgleich).

Sollen die Frauen, die bei einer 40-Stunden-Woche schon knapp das Existenzminimum verdienen nun noch mit gewerkschaftlichem Segen gar nicht mehr längskommen? Statt der Forderung nach Recht und Schutz der Arbeit und ausreichender Bezahlung dafür – die Hinnahme der kapitalistischen Politik und Verschlechterung für noch mehr Frauen!

Bessere Vertretung der Frauen – eine Phrase

Daß auf der Frauenkonferenz der IG Metall nur schöne Worte gemacht werden, aber nichts konkretes herauskommen soll, zeigt die Diskussion um die innergewerkschaftliche Vertretung der Frauen.

„Leider hat die wachsende Zahl der weiblichen Mitglieder in der IG-Metall – sie stieg in drei Jahren um 26% auf 337.614 Frauen – bisher nicht ihren Niederschlag in den Entscheidungsgremien der Gewerkschaft gefunden"; gab Ursula Ibler von der Abteilung Frauen im Vorstand der IG Metall zu. Es gibt kein Frauengremium, dem nicht irgendeine vorgesetzte Stelle der Gewerkschaftsbürokratie vorstünde. – Die Gewerkschaftsführung will ja auch gar keine eigenständige Aktivität der Frauen.

„Es ist gute gewerkschaftliche Tradition, daß die Frauen zusammen mit den Männern um eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen. Es geht nicht um einen Kampf gegen die Männer, das beobachten und kritisieren wir zur Zeit bei bürgerlichen und akademischen Frauenbewegungen ...", ließ Eugen Loderer zu diesem Thema verlauten (Metall aktuell 13).

„Metallerinnen wollen Probleme gemeinsam mit ihren Kollegn lösen und nicht gegen sie" – das ist die üble Antwort der Gewerkschaftsführung auf die Forderung der Frauen nach mehr und konsequenter Vertretung in der eigenen Gewerkschaft. Und in diesem Sinne wurde ein Antrag aus Hamburg ganz brutal abgeschmettert, der eine zwingende Beteiligung der Frauen in allen Gremien der Organisation forderte. Die Mehrheit der Delegierten schloß sich diesem Antrag an, es kam zu einer Kampfabstimmung.

Erst mit massiver Abwiegelei der Vorsitzenden Frau Anke Fuchs (*„Arbeitnehmerinteressen lassen sich nicht in männliche und weibliche aufspalten"*) und verfahrenswidrigem Vorgehen konnte die Gewerkschaftsführung den Antrag abwimmeln. Er fiel ganz einfach unter den Tisch (Welt der Arbeit 25.6.).

Und damit geht die Frauenkonferenz auseinander wie eh und jeh. Die Metallerinnen durften zwei Tage ein bißchen ihre Situation bejammern – Schritte zur Änderung waren nicht vorgesehen!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Schulverweis gegen § 218-Plakette

Weil sie eine Plakette mit der Aufschrift „*Weg mit dem § 218*" im Schulgebäude getragen hatte, beschloß die Lehrerkonferenz der Ganztagsschule Osterburken in Mannheim, die Schülersprecherin Birgit D. für drei Wochen vom Unterricht auszuschließen.

In einem Eilverfahren hat der Verwaltungsgerichtshof vorerst entschieden, daß der Beschluß nicht durchgeführt werden darf: *„Das Tragen der Plakette mit dem von der Schulleitung beanstandeten Text sei eine Meinungsäußerung, die im Gegensatz etwa zu einem Unterrichtsboykott oder einem Schülerstreik nicht in den ordnungsgemässen Ablauf des Schulbetriebes eingreife"* (Aktenzeichen IX/803/76). Damit ist der Angriff dieser Frauenfeinde vorerst abgewiesen, das endgültige Urteil steht allerdings noch aus.

KB/Gruppe Hannover

Deutscher Schweinkram ist der Beste

Eine Würdigung der hervorragenden Leistungen deutscher Porno-Film-Hersteller fand – bereits am 23.5. dieses Jahres – in der „Bild am Sonntag" statt.

Endlich sind wir auch auf diesem Gebiet wer, denn: *„Galten wir im Automobil- und Stahlbau bisher als die größten, gilt jetzt in unseren Nachbarländern eine neue Devise: ‚Sex made in Germany' ist mal wieder das Beste vom Besten". „Heimlich, still und leise hat sich also deutsche Gründlichkeit auch auf diesem*

‚Sex made in Germany' ist mal wieder das Beste vom Besten". „Heimlich, still und leise hat sich also deutsche Gründlichkeit auch auf diesem

Gebiet durchgesetzt." In dieser chauvinistischen Tour geht es weiter: *„Was die Skandinavier mit ihrem hausgemachten Schmuddelkram nicht schafften – bundesdeutsche Filmer übernahmen die weltweite Führung mit ihren Lustspielen."*

Tja, ihr miesen Skandinavier, „Qualität geht vor Schmuddeligkeit" und wir deutschen Filmer und Schreiber bei „Bild" und „BamS" und ... sind eben doch die größten Säue.

(alle Zitate original aus „Bild am Sonntag", 23.6.).

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Das neue Namensrecht

Am 1 Juli trat das neue Namensrecht in Kraft, nach dem nun Mann und Frau bei der Hochzeit wählen können, welcher der neue Familienname wird. Mit der jahrhundertealten Tradition, daß der Name des Mannes automatisch Familienname wird, kann jetzt also gebrochen werden.

Nach einer Scheidung kann die Frau ohne weitere Formalitäten wieder ihren Mädchennamen annehmen.

Die SPD/FDP-Regierung bezeichnete diese Reform als „Verwirklichung des Verfassungsgrundsatzes

wieder ihren Mädchennamen annehmen.

Die SPD/FDP-Regierung bezeichnete diese Reform als „Verwirklichung des Verfassungsgrundsatzes

der Gleichberechtigung" und gibt sich stolz. Abgesehen davon, daß dies Gesetz eine formalrechtliche Spielerei ist, mit der die Abgeordneten sicherlich lange zugebracht haben, ist die Bezeichnung „Verwirklichung des Gleichberechtigungsgrundsatzes" wohl ein bißchen hochgegriffen. Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen in unserer Gesellschaft entscheiden sich nicht auf dem Standesamt und in den Papieren des Einwohnermeldeamtes – die Unterdrückung findet in den Betrieben und in der täglichen Behandlung der Frauen statt – mögen sie nun Müller-Niemann oder Niemann-Müller heißen!

Polizei gegen lesbische Frauen!

Eine weitere Schwelle beim Abbau demokratischer Rechte und bei der Faschisierung wurde – von der Öffentlichkeit kaum bemerkt – anläßlich der Flucht von vier weiblichen politischen Gefangenen aus einem Westberliner Gefängnis überschritten. Einer kleinen Meldung aus der „Bild-Zeitung" war zu entnehmen, daß nach der Flucht *„jetzt die Fahndung auch auf die mehr als 100 Clubs für Lesbierinnen ausgedehnt worden"* sei! Denn *„lesbische Liebesspiele"* seien in dem Frauengefängnis Westberlin *„nicht ungewöhnlich"*. Ein Psychologe mußte eigens bemüht werden, um die tiefschürfende Weisheit zum Besten zu geben, daß eingesperrte Frauen *„nun mal zu lesbischen Kontakten neigen"*. Welch eine Entdeckung! Da ihnen gar keine andere Möglichkeit (körperlicher) Kontakte bleibt – wegen des verbrecherischen, barbarischen Verbots „normaler" sexueller Kontakte in den Gefängnissen! – ist es in der Tat keine Sensation, wenn die Gefangenen lesbische Beziehungen zueinander unterhalten. Diese freilich groß als „Liebesspiele" mit geiler Voyeurs-Phantasie auszumalen, dürfte angesichts der Zustände im Knast ein ziemlicher Hohn sein.

Aber sei es wie es sei: Der Staat geht davon aus, daß er im Knast die Gefangenen zu homosexuellen Beziehungen treibt und unterstellt, daß daher ausgebrochene Gefangene halt auch in homosexuellen Kreisen Unterschlupf finden könnten. Hier zeigt sich wieder, wie der bürgerliche Staat die Zustände, die er zu bekämpfen vorgibt, permanent selbst produziert, um sie dann als Vorwand für den Ausbau des Polizei-Staates zu benutzen. Die Diskriminierung der Lesbierinnen als potentielle „Terroristen-Helferinnen" stellt dabei zweifellos eine neue Qualität dar.

Leider liegen uns keinerlei Informationen vor, wie sich die Einbeziehung der Lesbierinnen-Clubs in die Polizei-Fahndung konkret ausgewirkt hat, ob es Durchsuchungen, Verhör-Versuche, Bespitzelung etc. gegeben hat. Wir fordern die Ortsgruppen des KOMMUNISTISCHEN BUNDES, ebenso wie alle anderen Leser des AK, auf, uns gegebenenfalls entsprechende Informationen zukommen zu lassen, damit wir darüber berichten können.

Straßenaktion für ein Haus für mißhandelte Frauen in Frankfurt

Die Projektgruppe „Frauen helfen Frauen" des Frauenzentrums Frankfurt führte Anfang Juli in der Frankfurter Innenstadt einen Informationsstand durch, der die Öffentlichkeit über das Projekt „Frauenhaus" informieren sollte und gleichzeitig die Notwendigkeit eines Frauenhauses aufzeigen sollte.

Anstoß für diese Aktion war die Suche nach „Frau X", die laut „Frankfurter Rundschau" dem SPD-Magistrat eine Spende von 500.000 DM für ein staatliches Frauenhaus zur Verfügung stellen will. Die Projektgruppe „Frauen helfen Frauen" sieht völlig richtig nicht ein, warum das Geld statt ihnen dem Magistrat zufließen soll, da er ein Haus für lediglich 20 (!!!) Frauen zur Verfügung stellen will, während die Frauengruppe ein Haus einrichten will, in dem a l l e betroffenen Frauen Zuflucht finden. Außerdem soll die Bettenzahl nicht beschränkt sein und die Mütter sollen Gelegenheit haben, ihre Kinder mitzubringen. Anders als die SPD sehen die Frauen auch die Frage der Verwaltung. Während die SPD den Frauen jede Selbstverwaltung abspricht, verstehen die Frauen unter dem Haus ein Selbsthilfeobjekt, in dem es keine staatliche Leitung geben wird, sondern eine Selbstverwaltung der Frauen.

Kontaktadresse von „Frauen helfen Frauen" über Frauenzentrum Heckenheimer Landstraße, Ffm. Spendenkonto Frauen helfen Frauen, BfG Nr.1603358100 Ffm., Bankleitzahl 50010111.

Frauengruppe
KB/Gruppe Frankfurt



„Frauenhaus" Frankfurt

Für das Selbsbestimmungsrecht der Frau!
Für selbstverwaltete Frauenhäuser!

Sterilisation – eine empfehlenswerte Methode?

Nach einer Repräsentativumfrage eines Heidelberger Universitätsmediziners an 80 deutschen und schweizerischen Frauenkliniken stieg die Sterilisationsrate – bezogen auf die Zahl der Geburten von 1972 bis 1974 – von 6,4% auf 13,4% an. 41,8% davon ließen sich unmittelbar nach der Geburt eines Kindes sterilisieren.

Der Heidelberger Mediziner hob hervor, daß die sogenannte „laparoskopische Sterilisation" (Eingriff durch die untere Nabelgrube) zu den einfachsten und ungefährlichsten Eingriffen zählt. Bei 220.000 Geburten mit fast 22.000 darauffolgenden Sterilisationen sei es zu keinem Todesfall gekommen. Bereits nach drei Tagen könne die Frau die Klinik wieder verlassen, sagte er. Und als besonders „angenehm" hob er hervor, daß kaum Narbenbildung auftrete (Frauen, denkt an die Bikinifigur!). Und, nicht zu vergessen, der Eingriff wird von den Krankenkassen getragen.

Der Mediziner mag recht haben – vom medizinischen Gesichtspunkt aus mag die Sterilisation eine risikolose Sache sein. Sicherlich sind die körperlichen Schäden, die die Frau dabei erleidet, auch bekannt – im Gegensatz zur Pille z.B. Und doch weigern wir uns, diese Methode der Empfängnisverhütung anders zu betrachten als eine ausgesprochene Notlösung – da sie eine nicht rückgängig zu machende Entscheidung ist.

Wir wollen nicht immer zwischen zwei Übeln wählen müssen:
- Pille mit unbekannten Nebenwirkungen und Folgeschäden und
- Sterilisation, zwar für die Gesundheit der Frau zuträglicher, aber eben für immer.

WIR FORDERN DIE ENTWICKLUNG UNSCHÄDLICHER VERHÜTUNGSMITTEL FÜR MÄNNER UND FRAUEN!

Polizeieinsatz gegen Fraueninitiative Stuttgart

Mit einem massiven Einschüchterungsversuch wollten in Stuttgart ein Kinobesitzer und die Polizei verhindern, daß eine Gruppe Frauen Flugblätter zu dem Film „Geschichte der O." verteilt.

Der Kinobesitzer behauptete, ihm gehöre die gesamte Ladenstraße, in der die Frauen sich aufhielten, und verlangte wegen „Geschäftsschädigung", daß die Frauen verschwänden. Die Polizei war wenig später mit einem VW-Bus zur Stelle, um den Geschäftsmann zu unterstützen. Mit Lügen (die Verteilung von Flugblättern sei genehmigungspflichtig), unzulässigen Fragen (Auskunft über die Eltern) und Verweigerung des Dienstausweises nahmen die Bullen die Personalien auf.

Als Passanten in eindeutiger Weise ihre Solidarität mit den Frauen bekundeten, luden die Bullen sie recht unsanft in den Wagen und brachten sie zur Wache. Mit der Begründung, die Personalien müßten überprüft werden, und es könne ja noch eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch kommen, trieben die Polizisten ihr ungesetzliches Spiel weiter. Erst nach weiteren Auseinandersetzungen, übler Anmache und Fotografieren des Informationsmaterials wurden die Frauen freigelassen.

Abtreibung in den USA: Die Frau entscheidet nicht allein

Nach der letzten Entscheidung des Obersten Gerichtshofes dürfen der Ehemann oder - bei Minderjährigen - die Eltern eine Abtreibung nicht verbieten. Trotzdem haben die Frauen in den USA nicht das Recht, über ihren Körper selbst zu bestimmen (wie in dem Artikel „Die Frau entscheidet alleine über die Abtreibung", AK 84, angenommen).

Im Januar 1973 wurde das alte Abtreibungsverbot aufgehoben und durch eine Fristenlösung (die ersten drei Monate) ersetzt. 1974 wurden 900.000 legale Abtreibungen durchgeführt – 2/3 wären andernfalls nach offiziellen Angaben illegal durchgeführt worden. Zwar brachte das neue Gesetz eine Erleichterung für die Frauen, aber damit wurde natürlich nicht ihre Forderung nach „kostenloser, undschädlicher und legaler Abtreibung" erfüllt. Seit der Aufhebung des Abtreibungsverbots ist eine reaktionäre Kampagne der „Recht auf Leben-Gruppen" und der Kirche im Gange, um das Gesetz wieder aufzuheben.

Im Februar 1975 wurde in Boston ein schwarzer Arzt wegen versuchten Totschlags angeklagt, weil er in einem staatlichen Krankenhaus eine Abtreibung durchführte. Das diente den Reaktionären als Präzedenzfall. Seitdem weigern sich Ärzte und Krankenhausverwaltungen zunehmend, Abtreibungen durchzuführen. In einigen Staaten haben die Frauen kaum die Möglichkeit zu einer legalen Abtreibung. In elf Staaten gab es 1975 nach offiziellen Angaben keine Abtreibungen. So konnten 1975 30-50% der Frauen, die abtreiben wollten, keine legale Abtreibung durchführen lassen.

Besonders hart betroffen sind natürlich die Arbeiterfrauen, vor allem die Schwarzen, und Frauen in ländlichen Gegenden. Die hohen Kosten in den Privatkliniken (150 bis 500 Dollar) sind für sie gar nicht aufzubringen. Ihnen stehen also nur die staatlichen Krankenhäuser offen – dort wurden aber 1975 nur 15% der Abtreibungen durchgeführt.

Die „Kehrseite" davon ist die zunehmende Zwangssterilisierung in den USA. In einigen Staaten müssen sich „Wohlfahrtsempfängerinnen" nach dem zweiten Kind sterilisieren lassen, um weiter Unterstützung zu bekommen! Aufschlußreich sind die Ausgaben des Ministeriums für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt. Während von 1969 bis 1974 die Mittel für Kindertagesstätten, Gesundheitsprogramme usw. drastisch gekürzt wurden, wuchs das Budget für „Familienplanung" von 51 auf über 250 Millionen Dollar.

90% davon wurden eingesetzt für die Sterilisierung von armen Frauen, im wesentlichen bei den Schwarzen, Indianern und Puerto Ricanern. Heute sind 20% der verheirateten schwarzen Frauen sterilisiert.

(nach einer Stellungnahme der Frauen von „Youth against War and Fascism).

KB/Gruppe Flensburg

Bürgerliches Gesetzbuch – durch und durch frauenfeindlich

Wie wir alle in der Schule gelernt haben, sind Männer und Frauen nach dem Grundgesetz (GG) Artikel 3 gleichberechtigt. Sieht man sich aber die Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) speziell zum Familienrecht an, so stellt man fest, daß Frauen in unserer Gesellschaft auch gesetzlich immer noch diskriminiert und bevormundet werden.

Im §1357 des BGB heißt es nämlich zum Thema Schlüsselgewalt: *„1. Die Frau ist berechtigt, Geschäfte die innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises liegen, mit Wirkung für den Mann zu besorgen. Aus Rechtsgeschäften, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, wird der*

geschäften, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, wird der

Mann berechtigt und verpflichtet, es sei denn, daß sich aus den Umständen etwas anderes ergibt; ist der Mann nicht zahlungsfähig, so wird auch die Frau verpflichtet.

2. Der Mann kann die Berechtigung der Frau, Geschäfte mit Wirkung für ihn zu besorgen, beschränken oder ausschließen; besteht für die Beschränkung oder Ausschliessung kein ausreichender Grund, so hat das Vormundschaftsgericht sie auf Antrag der Frau aufzuheben."

Die „Nur-Hausfrauen" werden von dieser Gesetzgebung so eingeschränkt, daß sie wie Minderjährige nur eine beschränkte Geschäftsfähigkeit haben. Das heißt, daß die Hausfrauen, die durch Kinder gezwungen sind, zu Hause zu bleiben, nicht gleichermaßen berechtigt sind, über das der Familie zur Verfügung stehende Geld zu verfügen. Die Hausfrau darf nur Geschäfte abwickeln, die innerhalb des häuslichen Rahmens liegen, d.h., die Frau ist also „berechtigt", für Lebensmittel, Wohnungsmiete sowie für kleinere Anschaffungen z.B. Kleidung zu sorgen. Wickelt eine Frau Geschäfte ab, die die Höhe des normalen Haushaltsgeldes überschreiten, z.B. Kauf eines größeren Möbelstückes oder Anschaffung eines Küchengerätes, so kann der Mann ohne Einwilligung der Frau jederzeit Einspruch erheben und den Kauf rückgängig machen.

Umgekehrt ist dies jedoch nicht möglich!

Der Mann kann über sein Gehalt uneingeschränkt verfügen und kann ohne Einwilligung der Frau Geschäfte tätigen. Entstehen aus diesen grösseren Anschaffungen Schulden, so ist die Frau verpflichtet, die Schulden des Mannes mit zu bezahlen. In der Frauenzeitschrift „Für Sie" unter der Rubrik „Ihr gutes Recht" vom 11.5.76, Heft 11, erschien ein Artikel, in dem klar geschildert wird, was von der Geschäftsfähigkeit der Frau, die ein gemeinsames Konto mit dem Ehemann hat, zu halten ist. Sie wird erst durch den Zusatz z.B. auf einem Scheck „Als Vertreterin meines Ehemannes" legitimiert, Geschäfte abzuschließen. Umgekehrt ist dies nicht der Fall: Der Mann braucht nicht den Zusatz „Als Vertreter meiner Ehefrau" hinzuzufügen. Fehlt dieser besagte Zusatz, so wird sie kein Geld von der Bank erhalten und der Ehemann kann jederzeit Widerspruch zur Geschäftsabwicklung seiner Frau einlegen. Dies heißt ganz konkret, daß sie nur mit Genehmigung ihres

einlegen. Dies heißt ganz konkret, daß sie nur mit Genehmigung ihres

Ehemannes Geschäfte abwickeln darf (siehe BGB § 1357).

Owohl die volle Geschäftsfähigkeit eines jeden Menschen bereits im Alter von 18 Jahren erlangt wird, wird Frauen nach der Eheschließung die volle Geschäftsfähigkeit abgesprochen. Diese üblen Bevormundungsparagraphen, die in ihrer Anwendung wie Kaugummi gedehnt werden können, unterstreichen die volle Nichtachtung und Diskriminierung der Frau als Person.

Damit nicht genug: Nach § 1356 des BGB wird ihr auch das Recht auf Arbeit abgesprochen. Darin heißt es, daß die Frau nur erwerbstätig sein darf, wenn dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie zu vereinbaren ist. Die Frau benötigt die Zustimmung ihres Angetrauten, d.h. daß sie psychisch, moralisch, ökonomisch bewußt in Abhängigkeit gehalten wird. Dazu kommt noch die gesetzliche Verpflichtung im Falle der Berufstätigkeit, neben dem Beruf auch Hausarbeit, Kinder und Ehe zu übernehmen. Damit fällt sie in die Rolle der doppelt belasteten Frau, nämlich als Mutter, Arbeitskraft und als Ehefrau. Wenn die Frau dann z.B. den Haushalt oder auch die „ehelichen Pflichten" vernachlässigt bzw. verweigert, besteht für den Mann jederzeit das Recht, auf Scheidung zu klagen. Ihre persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb der Ehe werden nach der Bestimmung – zur Verpflichtung der ehelichen Lebensgemeinschaft (BGB §1353) – derart eingechränkt, daß man glauben kann, Frauen könnten wie Haustiere gehalten werden.

Frauengruppe der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie (HFSS) in Bremen

Tribunal gegen Frauenärzte in Bochum

Anfang Juli veranstaltete die Frauengruppe Bochum ein Frauenärztetribunal. Erfahrungen der Frauen selber sowie Ergebnisse von Befragungsaktionen in Wartezimmern bekannter Frauenärzte lagen dieser Veranstaltung zugrunde. Es wurde dargestellt, daß in Bochum kein Arzt eine legale Abtreibung durchführt. In Nordrhein-Westfalen gibt es kein einziges Krankenhaus, das den Eingriff ohne eigene Prüfung der Indikation durchführt. So zeichnet es sich ab, daß mit einer „großzügigen" Handhabung der „sozialen Indikation" nicht zu rechnen ist.

Dem steht auf der anderen Seite gegenüber, daß gewissenlose Ärzte weiterhin Profite scheffeln und die Wehrlosigkeit der Frauen ausnutzen. In Bochum nimmt ein Arzt für eine illegale Abtreibung 1.000 DM. Bei einem anderen müssen die Frauen nackt über den Flur ins Behandlungszimmer gehen. Die Vor- und Nachgespräche der untersuchenden Ärzte sind völlig ungenügend. Die ratsuchenden Frauen werden unzureichend oder gar nicht über Verhütungsmittel informiert. Bestehende Schwangerschaften werden bewußt verschwiegen oder auch nicht erkannt. Ausländische Frauen werden prinzipiell schlechter behandelt. Leider wurden die Namen der betreffenden Ärzte von der Frauengruppe Bochum nicht öffentlich bekanntgegeben, aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen. Allen Interessierten wurde angeboten, im Frauenladen die Ärztekartei einzusehen.

Wir meinen allerdings, daß solche Informationen durchaus vor der Praxis solcher Frauenschinder bekanntgemacht werden können und der Name des Arztes nicht zu fehlen braucht. Wir meinen auch (wie die Frauengruppe Bochum), daß es wichtig ist, unseren Körper besser zu kennen, um den Frauenärzten nicht ausgeliefert zu sein.

Dem schweinischen Treiben der meisten Frauenärzte können wir jedoch nur dadurch ein Ende setzen, indem wir mehr Frauen und Männer für unseren Kampf gewinnen.

Frauengruppe
KB/Gruppe Bochum

Es geht weiter: Frauen zur Wahl

Die Kampagne der Bourgeoisie, anläßlich der kommenden Bundestagswahl die Frauen mit Vorurteilen und Emotionen ansprechen zu wollen, fand ihren Niederschlag in einer „Bild am Sonntag"-Aktion. Unter der Überschrift *„Deutschlands Frauen über den neuen Kanzler"* wurden Leserbriefe veröffentlicht, die danach ausgewählt waren, daß sie sich nicht mit politischen Inhalten, sondern mit Erscheinungsformen und schwammigen Idealvorstellungen beschäftigen. Scheinbar wird dadurch das Bild „der Frau" bestätigt, die von Natur aus autoritätshörig, vom Mann abhängig, gefühlsbetont und vor allem konservativ ist.

„Ich wünsche mir als Kanzler einen wirklichen Mann. Einen deutschen Mann, der groß gewachsen und gut aussieht und der eine Persönlichkeit hat. Er soll unserem Volk ein Garant der Sicherheit sein." Und der Ruf nach einem „starken Mann" kehrt oft wieder: „ *... er soll eintreten für den größtmöglichen Schutz der Bevölkerung durch harte Strafbestimmungen für Gewaltverbrecher ...*".

Aus den angeblichen Forderungen der Frauen (*„gegen den Ausverkauf an den Osten"*) läßt sich klar ablesen, mit wessen Vokabular und in wessen Sinne hier der Wahlkampf um die Frauen geführt wird. Sind doch Sprüche wie „Als Frau konnte man früher noch sicher über die Straße gehen" bekanntermaßen eine „Werbung" von ultrarechts.

Wählt Frauen!?

Es müssen mehr Frauen in Bonn bei der hohen Politik „mitarbeiten". Marie Schlei, Staatssekretärin bei H.Schmidt hat dieser Forderung Nachdruck verliehen. *„Als Schleswig-Holsteins Oppositionsführer Klaus Matthiesen bei einer SPD-Tagung den Verlust eines Anzugknopfs bemerkte, griff Marie Schlei beherzt zu Nadel und Faden und half dem SPD Linken aus der Bedrängnis"*. („Stern" Nr.29, 8.7.76). Alles klar?

Frauengruppe
KB/Gruppe Bochum



Oldenburg

Arbeiter-„Wohl"fahrt schießt gegen fortschrittliche Kindererziehung

Der Vorstand der Oldenburger Arbeiter„wohl"fahrt erlaubte sich folgenden Hammer: Seit nunmehr fünf Jahren veranstaltet die Arbeiter„wohl"fahrt (AW) Kinderlager in den Sommerferien. Die Lager wurden – so auch dieses Jahr – von den ca. 40 Betreuerinnen und Betreuern 1/2 Jahr langfristig vorbereitet. Als wichtigen Bestandteil ihrer Erziehungskonzeption sahen die Betreuer seit fünf Jahren – in Übereinstimmung mit den Kindern und Eltern – das gemeinsame Duschen und Schlafen der Kinder an, um Schamgefühlen und Hemmungen entgegenzuwirken.

Doch der reaktionäre AW-Vorstand schmiß zwei Tage vor der Abreise einer Gruppe Ende Juni die geplante koedukative Feriengestaltung eigenmächtig – über die Köpfe der Betreuer, Eltern und Kinder hinweg! – über den Haufen!

„Gesinnungswandel" auch beim Geschäftsführer der AW, Horst Hahn (SPD (!)-Mitglied und Mitglied im Jugend„wohl"fahrtsausschuß), der bisher das Konzept des gemeinsamen Schlafens und Duschens immer als „wichtigen Bestandteil emanzipatorischer Erziehung" angesehen hatte? ! („NWZ", 7.7.)

Als daraufhin die 40 Betreuer demonstrativ die Arbeit niederlegten, wurden in aller Eile wahllos Jugendliche aus den Bekannten- und Verwandtenkreisen von AW-Mitarbeitern angeheuert; z.T. handelte es sich um völlig überforderte, unerfahrene und unvorbereitete 15-Jährige!

Leserbriefe reaktionärster Pinsel unterstützten diesen „Akt" in der örtlichen Presse: so seien z.B. „... *Tabu und Schamgefühl bei Kindern keine tierischen Reste (...), die man schleunigst abdressieren (!) müßte, sondern die gesunden Voraussetzungen für spätere Liebesfähigkeit*" (Barelmann, „NWZ" v. 2.7.)!

Die Vorsitzende des Kreisverbandes Oldenburg der AW, Friedel Oelrichs (SPD), schrieb von der „*Unhaltbarkeit der Forderung nach gemeinsamem nacktem Duschen und gemeinsamem Schlafen*" und behauptete trotz o.g. Äußerungen des AW-Geschäftsführers dann noch, die AW wäre erst „*vor einem Jahr mit dieser Frage konfrontiert worden*".

Eine betroffene Mutter allerdings stellte sich voll hinter die Betreuer und appellierte an die Eltern der nächsten Gruppe, den unverzüglichen Einsatz der ausgebildeten Betreuer von der AW zu fordern!

Die Stadt Oldenburg (SPD/FDP) bietet, als andere Seite der kinderfeindlichen „Moral", im Rahmen einer „Ferienspaß"-Aktion für Kinder fünf Besichtigungen des Oldenburger Fliegerhorstes (!) an; die Kinder werden – so die Bundeswehr – „*mit den Aufgaben der Bundeswehr vertraut gemacht*": „*Der Film ‚Unter uns die Sonne' zeigt Piloten-Ausbildung und fliegerischen Einsatz*"... („NWZ", 6.7.).

Genossin/KB Gruppe Oldenburg

30 Jahre nach Buchenwald:

SPD-Minister organisiert Menschenversuche an Säuglingen!

Im Institut für Ernährungswissenschaft in Dortmund-Brünninghausen wird augenblicklich an mindestens drei Säuglingen im Alter von null bis sechs Monaten ein barbarischer Menschenversuch ausgeführt. Die Kinder werden ständig in Rückenlage gehalten, ihnen werden alle möglichen künstlichen Säuglingsnahrungsmittel eingetrichtert. An ihren Penis ist eine Laborapparatur angeschlossen, die alle ihre Ausscheidung aufnehmen soll. Darüber hinaus sind sie mit anderen Apparaturen verbunden, die weitere Körperfunktionen aufzeichnen.

Mit diesen Foltermethoden will Prof. Droese „*die vielen marktgängigen Präparate der Säuglingsnahrung und deren Einfluß auf das Baby wissenschaftlich (!) erforschen*" („Ruhr-Nachrichten", 4.2.1976).

Dieser Menschenversuch an wehrlosen Säuglingen wird von Wissenschaftsminister Nordrhein-Westfalens Johannes Rau (SPD) inhaltlich unterstützt und finanziell gefördert. Bei der „Versorgung" des Instituts mit Versuchskaninchen mischte das Dortmunder Jugendamt mit.

Das Verhalten der SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen verstößt eindeutig gegen die entsprechende Menschenrechtserklärung der UNO, in der gefordert wird, daß einem Kind „*jede denkbare Gelegenheit und Erleichterung geboten werden, damit es sich physisch in gesunder Weise und in Freiheit und Würde entwickeln kann*". Und weiter wird kategorisch gefordert: „*Kein Kind soll im frühen Alter von seiner Mutter getrennt werden*". Ein deutliches Schlaglicht darauf, was die SPD von Menschenrechten hält!

Angesichts dieses Skandals schrieb die „Gesellschaft für Sozialwaisen e.V." („GESO"), die sich um die Enthüllung dieser verbrecherischen Praktiken verdient gemacht hat, sehr treffend an Minister Rau: „*Waren es früher politisch in Not geratene Menschen, die für Forschungszwecke mißbraucht und beeinträchtigt wurden, so sind es heute sozial in Not geratene Menschen, die für Experimente am Menschen im Rahmen einer vollstationären Unterbringung herhalten müssen. Damit dürfte der Beweis erbracht sein, daß sich die nationalsozialistischen Tendenzen unserer Tage in neuen Gestalten und salonfähigen Gewändern erneut zeigen und erstmals wieder sehr drastisch sichtbar werden*" (Brief der GESO an Minister Rau v. 7.7.1976).

Barbarei

Es braucht wohl keiner weiteren Begründung, wenn man behauptet, daß die anfangs beschriebene „Versuchsanordnung", die den Kindern jede Bewegungsfreiheit abschneidet, nur noch als verbrecherisch bezeichnet werden kann. Jeder Wissenschaftler weiß, daß es einem Kind unmöglich ist, ständig auf dem Rücken zu liegen.

Bei diesem Menschenexperiment sind die Kinder jedoch nicht nur diesen aktuellen Qualen ausgesetzt. Jede frühkindliche Trennung eines Kindes von der Mutter bzw. einer

Babys gesucht!
Ein halbes Jahr kostenlose Pflege im Institut
Es geht um die beste Säuglingskost

anderen festen Bezugsperson ruft nach einhelliger Ansicht der Fachwissenschaft Schäden der Persönlichkeitsentwicklung hervor.

So sagt der Freiburger Biologe Prof. Hassenstein:

„*Jedes Kind braucht so bald wie möglich nach der Geburt die liebevolle Betreuung durch die Eltern bzw. durch mindestens eine bleibende verantwortliche Bezugsperson. Sonst ist bereits nach wenigen Monaten ein Rückstand in der geistigen und körperlichen Entwicklung zu verzeichnen*" („Frankfurter Rundschau" vom 24.4.76).

Wie solche Schädigungen aussehen, zeigt ein Bericht aus einem westdeutschen Säuglingsheim. Das Verhalten von zwei- bis dreijährigen Kindern, die längere Zeit ohne feste Bezugsperson auskommen mußten, wird dort so beschrieben:

„*Eine seltene, aber sehr eindrückliche Geste bestand im Zusammenpressen und Ringen der Händchen, was wie der verzweifelte Ausdruck einer starken inneren Spannung anmutete. Nicht selten flüchteten sich Kinder bei Annäherung eines Erwachsenen in stereotype Bewegungen, wie um den Anforderungen einer Begegnung auszuweichen. Eine andere Art der Flucht bestand darin, sich gänzlich aus der Wirklichkeit auszuschalten. Das ergab ein charakteristisches Aussehen: ein verhängtes, gleichgültiges Gesicht, das einen blöden, abwesenden Ausdruck trägt, ein vager Blick ins Leere, schlaffe Haltung und fahrige Bewegungen. Man spürte, daß das Kind nicht da war*" (Seibert, „Rechtlose Kindheit", S. 23/24).

Die verheerenden Auswirkungen dieser, Deprivation genannten, Trennung eines Säuglings von der Mutter bzw. einer anderen festen Bezugsperson werden sogar durch die Erfahrungen der SS-„Ärzte", wie Prof. Droese, Spezialisten der Menschenexperimente, bestätigt. Kinder, die z.T. noch mit 17 Jahren Bettnässer; Stottern und Depressionen u.a. waren an der Tagesordnung (Seibert, „Rechtlose Kindheit", S. 19).

Darüber hinaus sind diese Menschenversuche auch wissenschaftlich völlig unbrauchbar. Prof. Biermann:

„*Wenn ein Kind von der Mutter getrennt wird, dann sind alle seine Beziehungen, auch seine inneren Beziehungen, bis hin zum Stoffwechsel gestört und es ist absurd zu glauben, daß man getrennt von der Mutter ein Kind wissenschaftlich beobachten kann und hier eventuell bezüglich seiner Ernährung Experimente machen kann*".

Nun, es wird Prof. Droese und Minister Rau nicht weiter verdriessen: Auch die Menschenexperimente in den deutschen KZs hatten keinen wissenschaftlichen Wert. Warum also heute so pingelig sein?

„Babys gesucht!" – „Babys beschlagnahmt!"

Um Opfer für sein Menschenexperiment zu gewinnen, ließ Prof. Droese am 4.2.1976 in den „Ruhr-Nachrichten" einen Aufruf veröffentlichen: „*Babys gesucht! Ein halbes Jahr kostenlose Pflege im Institut. Es geht um die beste Säuglingskost*". Unter Berufung auf die Unterstützung der Landesregierung und der „Deutschen Gesellschaft für Kinderheil(?)-kunde" fordert Droese auf, Versuchskaninchen zur Verfügung zu stellen: „*Gedacht ist vor allem an jene Säuglinge, deren Mütter in einem Krankenhaus sind oder zur gleichen Zeit in Kur fahren können*". Auch Ausländerkinder sind erwünscht.

Eine deutliche Verfeinerung der Methode gegenüber Droeses Vorläufern 1933-1945. Damals wurden die Patienten mit Waffengewalt zu Menschenexperimenten gezwungen, heute soll die Gewalt der sozialen Notlage dies bewirken.

Genauso wie bei dem Inhalt seiner „Menschenversuche" bemüht sich Droese auch um Verschleierung seiner Ziele und Auftraggeber. So wird es wohl ewig das Geheimnis dieses „Professors" bleiben, warum auf der einen Seite die den Kindern eingetrichterte Nahrung angeblich „harmlos" sein soll, wenn er auf der anderen Seite sich als Ziel setzt, gerade die Wirkung dieser Mittel auf die Säuglinge erst einmal zu untersuchen.

Während Droese selbst behauptet, „*unbeeinflußt von Firmen und Werbung*" zu arbeiten („Ruhr-Nachrichten", 4.2.76), spricht seine Sekretärin davon, daß „*e i n industriell hergestelltes Nährmittel getestet*" werden soll („Frankfurter Rundschau", 24.4.1976).

Motto für den ganzen Aufruf: „*Das Beste für gesunde Kinder*". Auch im Zynismus scheint sich Droese an seinen Vorläufern in den deutschen KZs zu orientieren – wo als Motto „*Arbeit macht frei*" dienen mußte!

Das ganze nützt jedoch nichts. Keine Mutter war freiwillig bereit, Droese ihr Kind zur Verfügung zu stellen! Daraufhin schritt das Jugendamt ein, daß Droese behilflich war, für sein widerliches Geschäft Säuglinge zu bekommen, die sowieso in ein Heim eingewiesen werden sollten.

Dieses Vorgehen zeigt die ganze Brutalität dieses Typen. Kinder, die schon am beschissensten dran sind, weil es für sie keine Mutter oder andere Bezugsperson gibt, werden jetzt auch noch der Folter „Menschenexperiment" unterworfen.

Um so vorgehen zu können, mußte sich das Jugendamt sogar über die einschlägige Rechtssprechung hinwegsetzen. Danach darf nämlich so lange ein Kind nicht in ein Heim eingewiesen werden, solange eine andere Pflegestelle offen ist. Und derer nannte die GESO für Dortmund 200.

Minister Rau (SPD): Eifriger Verfechter von Menschenexperimenten!

Die GESO wandte sich in dieser Angelegenheit zweimal an den NRW-Minister Rau.

In einer kackfrechen Antwort stellte sich Rau ganz hinter das Projekt Droeses. Gipfelpunkt seiner Stellungnahme: „*Es sollen nur solche Kinder aufgenommen werden, für die eine vorübergehende Fremdversorgung leider unumgänglich ist*" (Rau an GESO, 18.6.76). Im Klartext: Den Kindern geht es sowieso so beschissen, dann können wir sie ruhig als Versuchskaninchen mißbrauchen! Das ist die Praxis dessen, was uns die SPD als „Sorge um die sozial Schwachen" verkaufen will!

Auch wird von Rau nicht geleugnet, daß andere Landesbehörden an der Unterstützung der Dortmunder Menschenversuche beteiligt sind.

Genauso kaltschnäuzig wie Rau ließ auch die Klassenjustiz die GESO abblitzen. Ein Antrag auf Erlaß eines Verbotes der Menschenexperimente vom 18.3.76 wanderte erst einmal „zuständigkeitshalber" ans nächste Gericht und ist bis heute nicht behandelt worden.

Nie wieder Buchenwald!

30 Jahre, nachdem mit der Zerschlagung des deutschen Faschismus auch die barbarischen „medizinischen Experimente" in den Konzentrationslagern ein Ende finden sollten, werden auf deutschen Boden wieder Menschenversuche durchgeführt.

Opfer sind diesmal nicht aus politisch oder „rassischen" Gründen inhaftierte Menschen, sondern wehrlose Säuglinge.

Initiatoren und Förderer von Menschenversuchen sind heute nicht mehr Heinrich Himmler oder die Reichsärztekammer – die Herren heißen heute Rau (SPD) oder sind Mitglieder der „Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde". Die Ausführenden von Menschenversuchen stehen nicht mehr auf der Soldliste der SS, sondern werden als Professoren vom Staat bezahlt!

Und noch ein Unterschied: Vorerst werden die Opfer der Menschenversuche nicht getötet, sondern „nur" gequält und psychisch geschädigt.

Als nächste Opfer könnten „psychisch kranke" Menschen als Versuchskaninchen dran sein; schon heute wird an den Gehirnen von „Triebtätern" herumgschnibbelt. Und wenn ein westdeutscher Professor vor breiter Öffentlichkeit die Möglichkeit sieht, „Radikalen" ihre „Radikalität" durch Zerstörung von Gehirnteilen nehmen zu können („Spiegel", 22/76), dann wird klar, wohin der Zug gehen soll, bei dem augenblicklich (noch) Sozialdemokraten wie Rau den Lokführer spielen: zurück nach Buchenwald!

Nach den Berufsverboten eine weitere Erkenntnis der SPD-Führer, daß „bei Adolf doch nicht alles so schlecht war"?

Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg


WIR NEHMEN HÖCHSTENS BIS ZU VIER KINDERN AN, UM DIE FAMILIENATMOSPHÄRE ZU ERHALTEN....

Musterentwurf für ein bundeseinheitliches Polizeigesetz – Ein Riesenschritt auf dem Weg zum Polizeistaat

Im Juni haben die Innenminister der Länder auf ihrer Konferenz beschlossen, eine einheitliche Vorlage für neue Polizeigesetze in den einzelnen Bundesländern zu verabschieden.
Dieser „Musterentwurf" ist schon seit 1972 in Arbeit. Ein ihm entsprechendes Gesetz ist in Westberlin schon neu in Kraft getreten; in Baden-Württemberg ist ein in seiner reaktionären Ausrichtung noch weit schärferes neues Polizeigesetz verabschiedet worden.
Die Vorlagen orientieren sich an einem langfristigen Konzept der „Verteidigung der Inneren Sicherheit" bzw. der „Zivilen Verteidigung". (Der Musterentwurf und die zitierten Erläuterungen sind abgedruckt als Beilage zu Heft 3/76 von „Die Polizei" Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie).

Vereinheitlichung der Rechtsgrundlagen

Erklärtes Ziel des „Musterentwurfes" ist die Schaffung eines einheitlichen Polizeirechts für die gesamte BRD.

Da die Polizei nach dem Grundgesetz Aufgabe der einzelnen Bundesländer ist, hat es auf Grund der unterschiedlichen Entstehungsgeschichte der einzelnen Ländergesetze unterschiedliche Bestimmungen in den Ländern gegeben. Diese Unterschiede haben sich „hemmend" bei Polizeieinsätzen, die sich über mehrere Bundesländer erstreckten („Bundesfahndungstage" usw., Anm. AK), ausgewirkt.

Dies wird als Vorwand in der öffentlichen Propaganda genommen, um das Polizeirecht zu vereinheitlichen – und gleichzeitig wesentlich zu verschärfen.

Die äußere „rechtsstaatliche" Fassade „Polizei ist Ländersache" soll dabei erhalten bleiben – damit die Erinnerung an die Gestapo des Faschismus nicht allzu offen wird.

Aufrüstung der Bullen

Der am meisten diskutierte neue Abschnitt des „Musterentwurfes" ist § 41, durch den der Polizei-Todesschuß eingeführt und legalisiert werden soll.

Der gezielte Todesschuß soll zulässig sein, wenn er *„das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben"* ist.

Danach ist den Bullen z. B. erlaubt, gezielt zu töten, wenn der Schütze die Gesundheit einer Person gefährdet sieht!

Als Neuerung gegenüber der bisherigen Rechtslage wird in § 37 die Möglichkeit geschaffen, den Todesschuß zu befehlen (s. im einzelnen zu der Todesschußregelung die Broschüre „Polizei der BRD – keine staatlichen Mörder?").

Außer der Todesschuß-Legalisierung enthält der Musterentwurf noch eine ganze Reihe weiterer neuer Möglichkeiten staatlichen Terrors:

Als Waffen für die Bullen sind jetzt auch Maschinengewehre und Handgranaten zugelassen ! Und damit die Aufrüstung der Polizei gleich Hand und Fuß hat, sind die Bestimmungen über die Anwendung dieser Waffen gleich mit verabschiedet worden.

In § 44 des Musterentwurfes ist festgelegt, daß Maschinengewehre und Handgranaten auch gegen eine „Menschenmenge", z. B. also eine Demonstration, eingesetzt werden können, *„wenn diese Personen von Schußwaffen oder Handgranaten oder ähnlichen Explosivmitteln Gebrauch gemacht haben und der vorherige Gebrauch anderer Schußwaffen erfolglos geblieben ist."*

In einer Erläuterung zu diesen Bestimmungen heißt es: *„Es erscheint nicht sachgerecht (!), den Einsatz der besonderen Waffen* (MG und Handgranate, Anm. AK) *auf die Fälle zu beschränken, in denen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet ist. Abgesehen davon, daß dies ein recht unbestimmter Gesetzesbegriff ist, wird bei einer solchen Beschränkung keine ausreichende Vorsorge für die wirksame Bekämpfung von Terroristen getroffen, die selbst mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstet sein können. Die Polizei sollte gerade solchen besonders schweren Störungen der öffentlichen Sicherheit begegnen können."*

Totale Kontrolle

Neben diesen Vorschriften enthält der Musterentwurf einen Freibrief für die komplette Überwachung und Bespitzelung der Bevölkerung.

Nach der bisherigen Rechtslage konnten die Personalien einer Person nur aufgenommen werden, wenn gegen sie etwas konkretes vorlag.

Nach den neuen Bestimmungen ist es mit dieser Beschränkung zu Ende. Jetzt kann jeder kontrolliert werden, wenn er sich z. B. an einem „verdächtigen" Ort aufhält:

„Die Polizei kann die Identität einer Person feststellen, ... an Orten, an denen erfahrungsgemäß Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben, sich Personen ohne die erforderliche Aufenthaltserlaubnis treffen, ..." oder *„wenn sie sich in oder in unmittelbarer Nähe von Verkehrs- oder Versorgungsanlagen, ... oder an anderen besonders gefährdeten Objekten aufhält und die Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß in oder an Objekten dieser Art Straftaten begangen werden sollen"* (§ 10 des Entwurfes).

Nach dieser Wahnsinns-Formel kann z. B. jeder kontrolliert werden, der im Sommer an einer Straßenbahnhaltestelle steht, wenn eine Erhöhung der Fahrpreise geplant ist. Denn es könnte ja zu Widerstand gegen die Durchsetzung der Erhöhung kommen (= „Straftaten").

Unter ähnlich weiten Voraussetzungen darf die Polizei nach dem geplanten Musterentwurf Menschen durchsuchen (*„wenn die Person sich an einem der in § 10 genannten Orte aufhält"*).

Diese Schweinerei wird vordergründig mit einem „Sicherheitsinteresse" begründet: *„Die Notwendigkeit ergibt sich aus der Entwicklung der Sicherheitslage in letzter Zeit"*. Der Entwurf ist allerdings seit 1972 in Vorbereitung!

Schließlich werden den Bullen völlig neue Möglichkeiten zur Durchsuchung von Wohnungen an die Hand bzw. Knarre gegeben: Nach § 19 Abs. 3 des Entwurfes haben die Bullen folgendes „Recht":

„Wohnungen, in denen erfahrungsgemäß Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben, sich Personen ohne die erforderliche Aufenthaltserlaubnis treffen oder Straftäter sich verstecken, ... dürfen zum Zwecke der Gefahrenabwehr jederzeit betreten werden".

Damit ist die Unverletzlichkeit der Wohnung, ein elementares Grundrecht, praktisch aufgehoben. Der Musterentwurf spricht nämlich noch nicht einmal davon, daß für dieses „jederzeitige Betreten" eine Genehmigung des Richters notwendig ist !!!

Der Polizeiwillkür ist damit Tür und Tor geöffnet.

Schließlich wird für die Bullen noch nach Gestapo-Vorbild die Möglichkeit geschaffen werden, jeden x-beliebigen Bürger zu Spitzel-Diensten zu zwingen:

Die Polizei kann eine Person schriftlich oder mündlich vorladen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Person sachdienliche Angaben machen kann, die für die Erfüllung einer bestimmten polizeilichen Aufgabe erforderlich sind, oder dies zur Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen erforderlich ist."

Nach der ersten Möglichkeit kann also praktisch jeder Hausbewohner, der der Auffassung der Bullen nach etwas über eine „verdächtige Wohnung" oder was auch immer sagen könnte, vorgeladen werden. Zur Aussage kann er – noch – nicht gezwungen werden.

Aber wer sich einigermaßen mit den Bullenpraktiken auskennt, weiß auch so, daß für viele Leute von einer Vorladung zur Polizei eine enorme Einschüchterung ausgeht. Da erscheint eine formelle Festlegung des Aussagezwanges wirklich nur noch als „überflüssige Formalität".

Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Vorladung sogar mit Gewalt durchgesetzt werden!

Schließlich enthält der Entwurf noch das Recht für die Bullen, erkennungsdienstliche Maßnahmen durchzuführen, wenn sie das *„zur Verhütung von Straftaten für erforderlich"* halten (Plakatekleben!, Anm. AK).

Auch dies ist eine erhebliche Erweiterung des Polizeirechts. Übrigens kann diese Behandlung auch mit Gewalt durchgesetzt werden!

Dieses neue Gesetz muß erst noch verabschiedet werden; der Entwurf muß in den einzelnen Bundesländern noch die Gesetzgebungsmaschine durchlaufen. Es kommt darauf an, den faschistischen Charakter dieses Machwerks so breit wie möglich bekannt zu machen!

Baden-Württemberg: Ein noch reaktionäreres Gesetz gilt schon!

In Baden-Württemberg hat die CDU-Landesregierung ein weit über den eben beschriebenen Musterentwurf hinausgehendes Gesetz schon verabschieden lassen.

In Baden-Württemberg kann z. B. jeder durchsucht werden oder es können seine Personalien festgestellt werden, der in eine „Kontrollstelle" gerät.

Es sollen nämlich bei Großfahndungen alle Leute kontrolliert werden können, nicht nur diejenigen, nach denen konkret gefahndet wird.

In einer Begründung zu dem Gesetz heißt es denn auch ausdrücklich, daß man die Durchsuchung usw. von solchen Personen und Sachen (insbesondere Autos) ermöglichen wolle, bei denen keine konkreten Verdachtsmomente vorliegen!

Den dicksten Hammer enthält der § 25 des CDU-Gesetzes: Es wird die Durchsuchung der Wohnungen ganzer Stadtviertel legalisiert.

„Ist eine Person entführt worden und rechtfertigen Tatsachen die Annahme, daß sie innerhalb eines bestimmten Bezirks festgehalten wird, so kann die Polizei Wohnungen innerhalb dieses Bezirkes durchsuchen, wenn die Durchsuchungen das einzige Mittel sind, um eine Lebensgefahr oder Gesundheitsgefahr von der entführten Person oder einem Dritten abzuwehren."

In der Begründung der Vorschrift wird ausdrücklich davon gesprochen, daß, wenn man eben keine konkrete Wohnung kenne, eben ganze Wohnblöcke von 150 Wohnungen durchsucht werden müßten.

IKAH („Arbeiterhilfe") Hamburg



Internationaler staatlicher Terrorpakt geschlossen

Am 29.6. wurde auf einer „Europäischen Konferenz für Innere Sicherheit" das von den BRD-Scharfmachern seit langem geforderte Abkommen zum Ausbau des integrierten europäischen „Sicherheits"-Apparats geschlossen.

Unter dem Vorwand, auf die *„Zunahme des international organisierten Verbrechens – insbesondere des Terrorismus"* reagieren zu müssen, wurden im Kern folgende Maßnahmen beschlossen (Zitate nach „Pressedienst des Bundesinnenministeriums", 29.6.76):

- Aufstellung von internationalen Sonderkommandos nach Muster der Neuen GeStaPo der BRD (MEK), GSG 9 des BGS, Abteilung T des BKA) zum Zweck *„gegenseitiger Unterstützung in konkreten terroristischen Fällen"*. Was das bedeutet, zeigt die Piraten-Aktion des israelischen Sonder-Kommandos in Uganda vor wenigen Tagen.
- Vereinheitlichung der Polizei-Apparate *„im Bereich der Technologie und Polizei-Ausrüstung"*, d.h. im wesentlichen:
  1. Übernahme des in Europa „einzigartigen" Datenverbundsystems (INPOL) des BKA. –
  2. Übernahme der Bewaffnung der BRD-Polizei, d.h. Vereinheitlichung der militärischen Ausrichtung und damit verbundenen Todes-Schuß-Praktiken der BRD-Polizei als europäische „Sicherheits"-Norm. Schon schreit der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in Bonn, R. Stücklen, im Namen seiner CDU/CSU-Kumpane nach der Einführung der Todesstrafe für „Terroristen" in ganz Europa!
- *„Austausch von Polizisten zwischen den Mitgliedstaaten"*, d.h. Einsatz internationaler Polizei-Brigaden gegen „lokale Unruheherde". Hiermit wird einem bewährten faschistischen Prinzip offen zum Durchbruch verholfen, nämlich der Gefahr der „Fraternisierung" zwischen einheimischen „Störern" – etwa streikenden Arbeitern – und Polizeikräften dadurch vorzubeugen, daß ausländische Truppen gegen sie eingesetzt werden. Perspektive dabei ist, daß gegen den Kampf z.B. der italienischen Bevölkerung westdeutsche „Elite"-Bullen in der BRD hingegen italienische Carabinieri oder britische anti-IRA-Spezialisten eingesetzt werden könnten. Kriegsminister Leber propagierte dieselbe Mehode kürzlich auch schon für den Austausch von Soldaten im Rahmen der Nato.

Die Imperialisten Europas bereiten sich darauf vor, die noch national und erst recht international zersplitterten Arbeiterkämpfe durch konzentrierten Einsatz ihres gemeinsamen Unterdrückungspotentials niederzuschlagen.

Zur Durchführung dieses Programms sind *„geeignete Experten-Gruppen"* eingerichtet worden, von denen in absehbarer Zeit „Reform"-Vorschläge zu erwarten sind, die denen der „Reform der inneren Sicherheit" der BRD kaum nachstehen werden.

Angesichts dieser offenen Schritte zum Ausbau des internationalen staatlichen Terrors ist von der europäischen Linken die Auseinandersetzung um eine gemeinsame Perspektive der Klassenkämpfe mit allem Nachdruck zu führen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Faschisten überfallen KB-Buchladen und KBW-Büro

Innerhalb weniger Tage verübten Faschisten Anschläge auf das Lager und die Druckerei des Buchladens „Arbeiterbuch" und des KBW-Büro in Hannover!
– Am 7.7., nachts, hängten vier Männer (einer davon mit langen, blonden Haaren und poppig gekleidet – hochhackige Schuhe – und einer etwas dicker und dunkelhaarig) an die Tür des AB-Lagers eine Plastiktüte. Eine Frau, die den Vorgang beobachtet hatte, untersuchte die Tüte, da sie tickte – und fand eine Bombe! Eine Brand- und Sprengbombe, die, wie später die Polizei feststellte, schwerste Schäden hätte anrichten können. Mehrere Häuser wurden mitten in der Nacht evakuiert, bevor die Bombe entschärft wurde.
– In der Nacht vom 12. zum 13.7. zerstörten Faschisten mit mehreren Steinen die Fenster des KBW-Büros und stiegen ein. Sie beschmierten die Wände mit Parolen wie „Rote Schweine", „Nieder mit den Roten", „Vorster lebe hoch" und „NPD", umrahmt von zwei Hakenkreuzen. Einen vor dem Büro parkenden Wagen eines KBWlers beklebten sie mit NPD-Aufklebern mit dem Aufdruck „Für Recht und Ordnung".
Während sich hier an der neonazistischen Urheberschaft nicht mehr deuteln ließ, versuchte die Polizei im Falle der Bombe beim AB ihre „Ermittlungen" nach links zu richten. Die AB-Genossen sollten ausgequetscht werden über andere Genossen, Kunden usw., mit der Stoßrichtung, daß es sich wohl um eine „Auseinandersetzung zwischen linken Extremisten" handle.

Wir erinnern uns allerdings an den Zwischenfall, zu dem es vor drei Monaten während eines „Info-Stands" der NPD in Hannover kam, wobei einer der Neonazis sogar seine Pistole zog. Er hatte lange, blonde Haare und war poppig gekleidet. Ein anderer war ein etwas Dickerer mit dunklen Haaren!..

Die Polizei, die damals die Antifaschisten (!) mit zur Wache schleppte, hat auch die Personalien der Neonazis. Sie scheint ihnen aber in Verbindung mit dem jetzigen Bombenanschlag nicht weiter nachgehen zu wollen.
Wäre ja auch ein Wunder!...

Nach einem Bericht der Ortsgruppe Hannover

Polizeiaktion gegen Druckerei

Am 6. Juli wurde unter dem Vorwand, es bestehe Tatverdacht auf Nachdruck von Rezeptblocks u.ä. eine Polizeiaktion großen Stils gegen eine Bremerhavener Druckerei durchgeführt. Ein Aufgebot von etwa 25 Bullen unter Beteiligung der Politischen Polizei (!) durchsuchte koordiniert die zwei Betriebsstätten des Druckbetriebes, die Wohnungen des Inhabers und seines Teilhabers sowie dessen Büroräume. Nicht einmal die Fahrzeuge der Betroffenen ließ man undurchsucht.

Der Druckereibesitzer durfte geraume Zeit nicht telefonieren und hatte so keine Möglichkeit, einen Anwalt zu verständigen.

Der Drucker wies die Bullen darauf hin, daß seine Frau krank im Bett liege, folglich auch nicht besonders schnell die Tür öffnen würde, was die Bullen natürlich nicht kratze: Als die Frau die Tür zunächst nur einen Spalt breit öffnete, drangen die Bullen sofort rücksichtslos in die Wohnung ein, wobei sie der Frau brutal die Tür vor den Kopf schlugen. Nur notdürftig bekleidet, durfte sie sich in der Folge nicht einmal richtig anziehen!

Ein Bekannter des Firmenteilhabers, der leihweise mit dessen Auto fuhr, wurde in der Bremerhavener Innenstadt „gestellt". Wildwest-mäßig mußte er sich mit erhobenen Händen und gespreizten Beinen an den Wagen stellen und wurde nach Waffen durchsucht.

In der Druckerei wurde einem angestellten Drucker die Brieftasche aus der Hosentasche gezogen. Bei der Durchsuchung stellten die Bullen Material sicher. Zwar nichts, was den angeblichen „Verdacht" erhärten könnte. Dafür nahmen sie nun wohl eine Reihe von Druckplatten des KB (Vorlagen für Zeitungen) mit!

Von einem zufällig in der Druckerei anwesenden Linken wurden von den Bullen umgehend die Personalien aufgenommen. Prompt erhielt er wenige Tage später eine Vorladung zur Politischen Polizei – wegen des Klebers! Die Umstände der ganzen Aktion lassen den Schluß zu, daß sich die Bullenaktion in erster Linie gegen die Öffentlichkeitsarbeit des KB richtet, und zwar:

- erstens auf dem Weg der Einschüchterung des Druckers und der Behinderung seiner Arbeit;
- zweitens über die direkte Kriminalisierung linker Presseerzeugnisse wie hier dem SPD-Wahlkleber.

Die Aktion illustriert wieder einmal sehr deutlich, daß das „Modell Deutschland" der SPD nichts weiter als ein gewöhnlicher Polizeistaat ist.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Bremerhaven

Aachener CDU gegen Opfer des Nazi-Faschismus!

Die Adam-Kuckhoff-Buchhandlung, eine linke Buchhandlung in Aachen, wurde unter Androhung einer Anzeige kürzlich dazu gezwungen, den Namen zu überkleben. Begründung: Läden, die einer Einzelperson gehören, dürfen derartige Firmennamen nicht führen!

Diese Maßnahme der Aachener Stadtverwaltung (Aachen ist CDU-regiert) ist ein Schlag ins Gesicht aller Antifaschisten und Opfer des Nazi-Regimes. Adam Kuckhoff war Schriftsteller und Dramaturg und schloß sich unter der Nazi-Diktatur einer Widerstandsgruppe an. Im August 1942 wurde Kuckhoff von der Gestapo verhaftet, vom Volksgerichtshof verurteilt und im August 1943 in Plötzensee hingerichtet.

Der „Klenkes", die Zeitung der Aachener Bürgerinitiativen, aus dem wir diesen Vorfall entnehmen, schreibt weiter, daß auch in anderen Städten mit ähnlichen Begründungen gegen linke Buchläden vorgegangen würde.

Bezirkszelle KB/Gruppe Frankfurt

SPD/SHB-Mitglied = anarchistischer Gewalttäter?

In Westberlin sind in den frühen Morgenstunden des 29.7. etwa 15 Polizisten in „Katharina-Blum"-Art mit Maschinenpistolen und Visier in die Wohnung eines SPD- und SHB-Mitgliedes eingedrungen und haben drei Stunden lang die Wohnung durchsucht, unter anderem auch die SHB-Mitgliederkartei. Begründet wurde diese Polizeiaktion mit „Fahndungsmaßnahmen nach anarchistischen Gewalttätern".

Dies geht aus einer Erklärung des Westberliner Juso-Landesvorstandes hervor („FR", 3.7.76).

Diese Polizeimethoden sind nicht

Gewalttätern".

Dies geht aus einer Erklärung des Westberliner Juso-Landesvorstandes hervor („FR", 3.7.76).

Diese Polizeimethoden sind nicht

neu. Nur haben die Jusos und der SHB sich auf Grund der von der Parteiführung aufgezwungenen Abgrenzungsbeschlüsse bis heute jeden Protests über Polizeiterror enthalten, der gegen links von der SPD und DKP stehende politische Gruppen gerichtet war.

So sind die Jusos selbst mit dafür verantwortlich, daß die jüngste Polizeiaktion von der Polizei ohne nennenswerte Schwierigkeiten durchgeführt werden konnte.

Hoffentlich wird dem einen oder anderen Juso an diesem Beispiel deutlich, wie schädlich die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU jetzt schon gegen kirchliche Entwicklungshilfe

Am 17.7. führte der Dritte-Welt-Laden in Wanne-Eickel in der Fußgängerzone eine Abschiedsfeier durch. Diese kirchliche Organisation betreibt neben „Informationspolitik im Sinne der Völker der Dritten Welt" vor allem den Handel mit Gütern der sogenannten „Dritten Welt". Die dabei erzielten Preise werden den Herstellern – vor allem Landwirtschafts- und Handwerkskooperativen – ohne Abzüge zugeleitet; d.h. es ist vor allem eine karitative Organisation.

Dieser Meinung schien das CDU-Mitglied, Bürgerschaftsvertreter im Kulturausschuß und Reserveoffizier Heiko Möhring jedoch nicht zu sein. Das Abspielen einer von einer kirchlichen (!) Arbeitsgemeinschaft herausgegebenen Chile-Platte bei diesem Umzugsfest wurde von ihm als Anlaß für eine wüste Hetze benutzt.

Das sei ja alles „politisch", sie sollten gleich einen Rote-Front-Laden aufmachen, die Kirche sei von Kommunisten durchsetzt usw. Seinen Kommunismus hätte der Dritte-Welt-Laden dadurch bewiesen, daß er in einer sozialistischen (?) Schülerzeitung annonciert hätte.

Die beiden anwesenden Pastore wurden von ihm als Agenten einer kommunistischen Gruppe beschimpft, der Weltmarkt und der Beruf als Pastor seien doch nur Vorwand.

Da einer der anwesendenPastore als Beistand der Kriegsdienstverweigerer im Kirchenkreis bekannt wa wurde ihm auch gleich gedroht, da er sich ja endlich als Kommunist ent puppt hätte. Das werde für ihn Kon sequenzen haben, da er (der CDU-Faschist) Gutachter im Kriegsdienstverweigererausschuß sei. Nebenbei er-

wurde ihm auch gleich gedroht, da er sich ja endlich als Kommunist ent puppt hätte. Das werde für ihn Kon sequenzen haben, da er (der CDU-Faschist) Gutachter im Kriegsdienstverweigererausschuß sei. Nebenbei er-

klärte er, daß die Wehrdienstverweigerung ja sowieso verfassungsfeindlich sei!

Offene Hatz auf alle fortschrittlichen Kräfte, das ist es, was die CDU im Auge hat.

KB/Gruppe Bochum

Frankreich

SS-Offizier hingerichtet?



Peiper 1946 als Angeklagter

AM 14. Juli – dem französischen Nationalfeiertag – brannte das Haus des ehemaligen SS-Offiziers Joachim Peiper in Traves (Ostfrankreich) nieder; in den Überresten wurde eine verkohlte Leiche mit einem Brustschuß gefunden.

Für den Anschlag verantwortlich erklärte sich eine Gruppe „der Rächer", die schon am 18. April auf einer Pressekonferenz in Paris erklärt hatte, daß sie – angeblich ehemalige Widerstandskämpfer – nunmehr selbst etwas unternehmen wollte:

„*Wenn die entflohenen Nazis weiterhin der Justiz entkommen, dann werden sie früher, als sie glauben, vor die Justiz Gottes geführt werden*" („Spiegel", 30/76).

Nach dem 14. Juli erklärte ein sich als „antikommunistisch" bezeichnender Vertreter der „Rächer", in derselben Gegend seien ihm noch weitere 14 Fälle bekannt, „*und wir werden jeden einzelnen von ihnen töten*" („Observer", 18.7.76).

Vorausgegangen war dem ganzen eine Enthüllung über Peiper in der Zeitung der KPF, „Humanité", am 22. Juni.

Peiper wurde, nach dem Besuch der SS-Junkerschule in Braunschweig als persönlicher Adjutant des SS-Chefs Himmler ausgesucht; später tat er sich als Kommandeur einer Kampfgruppe der 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte SS Adolf Hitler" so sehr hervor, daß er das Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern erhielt. 1946 wurde er für die Erschießung von 71 amerikanischen Kriegsgefangenen (in den Ardennen 1944) zum Tode verurteilt, 1956 aber – das Urteil war in lebenslängliche Haft umgewandelt worden – freigelassen. Ein Blutbad seiner SS-Truppe 1943 in Italien, das 34 italienische Zivilisten das Leben kostete, wurde ihm von einem Stuttgarter Gericht 1968 schon überhaupt nicht mehr angelastet – „mangels Beweisen" („Spiegel", 30/76).

Angeblich wollte Peiper sich in Traves „zur Ruhe setzen" („Spiegel"). Bis zuletzt allerdings war er „Lektor" für den Stuttgarter „Motorbuch-Verlag", dessen gesamtes Verlagsprogramm aus Waffen-, Kriegs- und Nazi-Traditions-Büchern besteht. Sein Haus – genannt „Die Befestigung" („Spiegel") – war durch Hunde bewacht und mit Stacheldraht umzäunt; er selbst war „gut bewaffnet" (am 14. Juli fand man Pistolen und Gewehre) und nach Angaben der französischen KP soll der „unauffällige" Peiper Zentrum einer geheimen SS-Organisation gewesen sein („International Herald Tribune", 17./18.7.76).

Bis heute konnte die Leiche in Peipers Haus nicht identifiziert werden. Sollte tatsächlich Peiper von Antifaschisten hingerichtet worden sein, so können wir nur sagen: Bravo! Genausogut kann es aber sein, daß Peiper die ganze Sache selbst inszeniert hat, um unerkannt – nach Enthüllungen der „Humanité" – an einem anderen Ort seine Geschäfte weiter betreiben zu können.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz

Klassenjustiz

Faschist Hoffmann hat seinen Prozeß – aber was für einen?



Ausrüstung der Hoffmann-Bande als Beweismittel im Gerichtssaal

Vor 13 Monaten stand der Faschist Hoffmann, Führer der „Wehrsportgruppe Stahlhelm", schon einmal vor Gericht.

Damals wurde er von dem Vorwurf eines Verstoßes gegen das Uniformverbot freigesprochen. Zwar wies ihm das Gericht damals zweifelsfrei nach, daß er zusammen mit seinem faschistischen Terrorhaufen in den Wäldern bei Nürnberg paramilitärische Übungen in alten Reichswehr- und SS-Uniformen durchgeführt hatte, doch das Gericht konnte (wollte) ihm nicht nachweisen, daß „*die Uniformierten auch die zur Verurteilung erforderliche politische Gesinnung rechtsradikaler Art einte*". Ein wegbereitendes Urteil für den Faschismus!

Beim jetzigen Prozess geht es darum, Hoffmann (nicht) nachzuweisen, daß er mit seinen paramilitärischen Übungen gegen das Versammlungsgesetz verstoßen habe.

Seine faschistischen Gruppen, die nach Aussagen Hoffmanns in weiteren Städten Ortsgruppen gegründet haben, definiert er frech „*mit einem vielleicht übertriebenen Hang zur eigenen Sicherheit*" und einem „*Engagement für Menschen, die gerne Wehrsport treiben und dem Bestreben, junge Leute für diese Freizeitbeschäftigung zu begeistern*".

Das Gericht stellte in der ersten Verhandlung „*das äußere Erscheinungsbild der Formationen in bestimmten Situationen auch außerhalb der Wälder*" fest. Militärische Versammlungen hat Hoffmann also nachweislich wieder durchgeführt.

Die noch ausstehende Beweisaufnahme soll nun die „Kernfrage" beantworten, ob dahinter eine gemeinsame politische Gesinnung steht oder nicht.

Tja, und daß sich die Mitglieder der „Hoffmann-Wehrsportgruppe" alle selbst als „sehr rechtsstehend" und „faschistisch" bezeichnen und nicht nur zum Spaß SS-Uniformen tragen, konnten die Teilnehmer einer MPLA-Solidaritätsveranstaltung in Nürnberg spüren, auf der einige (sogar Hoffmann selbst) aufkreuzten, jedoch sehr fix entfernt werden konnten. Doch das Gericht wird sich die Zeugen sicher in anderen Kreisen suchen. Und es sollte nicht wundern, wenn auch noch in den nächsten Jahren Hoffmann in gepanzerten Fahrzeugen durch Nürnberg fahren darf und fortschrittliche Menschen tyrannisieren kann.

Denn: ein bürgerliches Gericht hackt einem Faschisten meist kein Auge aus – wäre ja nach dem jahrzehntelangen Training auch ein Wunder!

KB/Gruppe Nürnberg

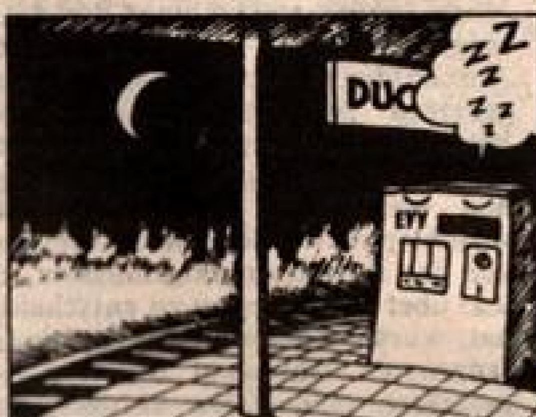
Walt Disney's Panzerknackerbande – eine kriminelle Vereinigung

Das berüchtigte Münchner "Blatt", schon mehrfach von der Justiz krimineller Vergehen angeklagt und überführt, hat in einem Comic seiner 57.Ausgabe erneut einen Rechtsbruch begangen : Hinter dem Deckmantel des allseits beliebten Donald Duck verbirgt sich eine Aufforderung zu Straftaten. Daher hat auch das Amtsgericht Anklage erhoben, wobei ihm wesentliche Unterlassungen vorgeworfen werden müssen :

– Unterstützung einer kriminellen Vereinigung; §129 StGB stellt unter Strafe, für eine kriminelle Vereinigung zu werben oder sie zu unterstützen. Nachdem sich die Panzerknackerbande allein zu diesem Zweck zusammengeschlossen hat, nämlich Vergehen und Verbrechen gegen achtbare Bürger zu begehen, sind sie zweifelsohne eine kriminelle Vereinigung im Sinne durch Veröffentlichung der Bildergeschichte augenscheinlich geworben hat !

– Verunglimpfung des Staates nach §90a auf Bild 2, 8 und 9 wird ein Schwein gezeigt, das ob der hergestellten Zusammenhängen mit dem Münchner Polizeipräsidenten identifiziert werden muß. In seiner Person wird gleichfalls die gesamte Polizei als Teil der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD so dargestellt, als ob sie auf das Kommando der Unternehmer hören würde. Dadurch wird die BRD selbst verächtlich gemacht, denn sie wird mit so einem nachhaltigen Mangel behaftet, daß sie, würde dise Unwahrheit zutreffen, der Achtung ihrer Bürger unwert erscheinen müßte. Diese Behauptung haben die Angeklagten wider besseres Wissen aufgestellt; sie haben bösartig gehandelt.

Wir hoffen, die sträflichen Nachlässigkeiten des Staatsanwalts offengelegt und den nötigen Abscheu beim Leser erzeugt zu haben.

























Röhl plant neue Schweinereien

Klaus Rainer Röhl, Ex-Ehemann von Ulrike Meinhof und Herausgeber des Polit-Sex-Magazins „das da" will jetzt seine schmutzigen Geschäfte noch mit Ulrike Meinhofs Tod machen.

Ulrike Meinhof hatte sich von Röhl getrennt, als dieser aus der linken Zeitung „Konkret", die innerhalb der Studentenbewegung ein gewisses Ansehen und einen gewissen Einfluß hatte, ein aufreißerisches Sex-Magazin machte und immer mehr gegen die Studentenbewegung und ihre Nachfolger hetzte.

Jetzt will Röhl, der schon zwei Bücher über Ulrike Meinhof herausgegeben hat, mit Ulrikes Tod das dicke Geschäft machen.

Er hat den Stuttgarter Rechtsanwalt Sedelmeier damit beauftragt, um Ulrike Meinhofs Erbe zu prozessieren. Ulrike hatte den Rechtsanwalt Klaus Croissant als Nachlaßverwalter bestimmt. Diese Entscheidung ficht Röhls Anwalt Sedelmeier mit der Begründung an, Croissant lasse sich *„von sachfremden Erwägungen leiten und komme durch die Vertretung von anderen Terroristen bei der Vollstreckung von Frau Meinhofs Testament in Interessenkonflikte"* („Frankfurter Rundschau", 23.7.76). Dies ist nichts anderes, als die verschleierte Formulierung dafür, daß Röhl über die umfangreichen Manuskripte von Ulrike Meinhof verfügen will, um mit deren Herausgabe und entsprechender Geschichten über Ulrike noch ordentlich von deren Tod zu profitieren.

IKAH („Arbeiterhilfe")

BDJ/RBJ-Prozeß

Revision zugelassen – Grundsatzurteil zu erwarten

Wir berichteten in AK 80 über das Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg (Aktenzeichen I VG 2579/74) in dem Prozeß des BDJ/RBJ Hamburg gegen den Senat (Landesregierung) wegen der im Herbst 1974 vorgenommenen „Aberkennung der Förderungswürdigkeit". Das Gericht hatte sich voll der Argumentation des Senats bzw. der Jugendbehörde angeschlossen, die besagte, daß der BDJ/RBJ durch seine Veröffentlichungen letztlich die Meinungsfreiheit behindert (!) habe, da seine Stellungnahmen gegen Berufsverbote, gegen das Treiben von Faschisten, gegen den Abbau demokratischer Rechte usw. dem Leser die *„innere Freiheit"* für ein *„abgewogenes Urteil"* rauben würden. Darum seien *„Zweifel an seiner verfassungsfreundlichen Einstellung"* berechtigt. Das Gericht ging sogar soweit, von allen (!) Bewohnern der BRD, besonders auch von allen Jugendverbänden zu verlangen, daß sie den sogenannten „Verfassungsschutz" unterstützen müßten, um „verfassungsfreundliche Einstellung" zu beweisen.

Daher erhält der BDJ/RBJ Hamburg seit Herbst 1974 keinerlei Unterstützung mehr vom Staat (Geld, Räume, verbilligte Reisemöglichkeiten, usw.), was sonst fast allen Jugendverbänden zur Verfügung steht.

Das Gericht hatte sich in seinem Urteil neben dem KPD-Verbots-Urteil von 1956 auch besonders auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gestützt, mit welchem 1969 endgültig die „Aberkennung der Förderungswürdigkeit" des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) bestätigt worden war. Darin hieß es u.a., daß derjenige, der sich auf das *„Grundrecht der freien Meinungsäußerung"* beruft, *„sich auf die Überzeugungskraft seiner Darlegungen beschränken"* müsse und nicht etwa *„seine Ziele mit Gewalt und durch Verübung strafbarer Handlungen durchsetzen"* dürfe. Nun, derlei Taten oder Absichten konnte die Behörde dem BDJ/RBJ trotz großer Bemühungen nicht nachweisen. Aber nach ihrer – und des Gerichts – Auffassung genügt stattdessen auch bereits eine klare („einseitige") Benennung der Tatsachen bürgerlich -reaktionärer Politik, um den „Rahmen der Meinungsfreiheit laut Grundgesetz" als überschritten anzusehen.

Gegen dieses Urteil hat der BDJ/RBJ die Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht beantragt. Dies wurde genehmigt mit der Begründung, daß die geschilderten Ansichten des Hamburger Verwaltungsgerichts grundsätzliche Bedeutung für die Auslegung des Artikels 5 des Grundgesetzes haben. Wenn das Bundesverwaltungsgericht die Verschärfung in der Weise bestätigt, wie der Hamburger Senat sie exemplarisch am BDJ/RBJ vorexerziert hat, wird dies ein großer Schritt weiter voran in der reaktionären Jugend- und Bildungspolitik sein.

Ein Genosse des BDJ/RBJ Hamburg

Meldungen/ Klassenjustiz

Dortmund: Der presserechtlich Verantwortliche der „Roten Hilfe" im Jahr 1974, Michael Banos, wurde am 8. Juli zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Die „Verbrechen", die ihm zur Last gelegt wurden, waren die Herausgabe von sechs Flugblättern, in denen die „Rote Hilfe" über den Polizeimord an Günter Routhier aufklärte, über die Isolationsfolter in den Gefängnissen informierte und zur Unterstützung des Hungerstreiks von politischen Gefangenen aufrief.

In erster Instanz war Michael Banos zu sieben Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden.

Nach dieser Berufungsverhandlung wurde die „Bewährung" fallengelassen und er muß jetzt für sieben Monate in den Knast. Und das, obwohl in der Berufungsverhandlung sogar drei der insgesamt acht Anklagepunkte inzwischen verjährt und zwei andere derart haltlos wurden, daß selbst der Staatsanwalt darauf verzichtete.

Wie in politischen Prozessen üblich, lehnte das Gericht jeglichen Beweisantrag der Verteidigung von Michael Banos ab, ließ Michael nicht einmal seine Beweise vortragen: Daß Routhier ermordert wurde, ist inzwischen von dem Gerichtsmediziner Dr. Krauland bestätigt worden, ebenso ist die Tatsache erwiesen, daß es in der BRD Isolationshaft gibt.

Wegen dieser Tatsachen, für die Michael presserechtlich verantwortlich zeichnete und der Charakterisierung eines Richters als „erbärmlichen Büttel der Kapitalistenklasse" wird M. Banos jetzt für sieben Monate in den Knast gesteckt.

* * *

Diepholz: Wegen „ Hausfriedensbruch" wurde der Soldat U.K. von dem Verdener Landgericht zu 1.000 DM Geldstrafe verurteilt.

Der Angeklagte hatte im August 1974 anläßlich einer Bundesgrenz-Schutzschau am Dümmersee Flugblätter verteilt, die die Überschrift trugen: „BGS-Bürgerkriegsarmee gegen die Arbeiterklasse und das Volk".

Die Polizei nahm U.K. wegen Hausfriedensbruch fest. Er wurde aber vom Amtsgericht Diepholz und dem Landgericht Verden freigesprochen. Aufgrund einer Revision der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Celle mußte der Fall jetzt neu verhandelt werden und die Verurteilung des Soldaten wurde jetzt „allerhöchstrichterlich" ausgesprochen (Nach „Rote -Fahne") („KPD") 7.7.76).

IKAH

Haftbefehl gegen Manager = Richter befangen

Ein Lehrstück deutscher (Klassen) -justiz trug sich jüngst in Niedersachsen zu: Der Manager der britischen Plattenfirma BSR/Sarstedt, Steinweg, hatte mit kriminellen Methoden monatelang die Wahl eines Betriebsrates verhindert. Mit Schikanen, Runterstufung, der Auflösung einer Abteilung und schließlich Kündigung von sieben Kollegen, die sich be - sonders für die Wahl engagiert hatten, verhinderte er die Wahl eines Betriebsrates.

Die IG-Metall erstattete Anzeige gegen Steinweg und als dieser auch nicht zu dem Prozeßtermin erschien, erließ der Arbeitsrichter Vultejus einen Haftbefehl. Dem Haftbefehl entzog sich Steinweg durch einen „krimireifen" Sprung über den Gartenzaun und anschließender „Flucht" nach Hamburg (nach „Metall" 13/76). Und jetzt begannen die Mühlen der Justiz und der bürgerlichen Presse in Windeseile zu mahlen. Nicht gegen die Entlassung der sieben Kollegen, die heute noch auf ihren Kündigungsschutzprozeß warten, sondern gegen die „Ungerechtigkeit", die dem „bemitleidenswerten" Manager widerfahren war.

„Wie weit ist ein Durchschnittsbürger (?) ohne kriminelle Neigungen (?) vom Gefängnis entfernt", fragt die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 11.6. besorgt und stellt Steinweg als einen harmlosen, vom Justizterror und blindwütigem Haß eines Arbeitsrichters verfolgten Menschen dar.

Auf Antrag des hannoverschen Rechtsanwaltes Josef Augstein, Bruder des „Spiegel"-Herausgebers, wurde Arbeitsrichter Vultejus wegen „Befangenheit" abgelehnt. „Befangen", weil er Gewerkschaftsmitglied und Vorsitzender der niedersächsischen Fachgruppe Richter und Staatsanwälte der ÖTV ist. *„Darauf sind die gesamten Absonderlichkeiten des Verfahrens zurückzuführen."* (aus Augsteins Antrag!).

Stattgegeben wurde diesem Antrag ausgerechnet vom Direktor des Hildesheimer Amtsgerichts, Hermann Freudenberg. Dieser Herr ist CDU-Mitglied, Mitglied im reaktionären „Richterbund" und Vorsitzender des „Bundes katholischer Akademiker" in Hildesheim.

Die IG Metall war zwar empört über diesen „unerhörten Vorfall" und sprach gar von „Klassenjustiz", aber auf Taten wird man vergebens warten.. Die Gewerkschaft muß sich in Zukunft mehr um die Justiz kümmern und einen „Umdenkungsprozeß" in Gang setzen, ist die kühne Schlußfolgerung der IG Metall aus diesen Vorfällen. Bis das geklappt hat, sollen sich die Kollegen erstmal auf die bestehenden Verhältnisse verlassen. Arbeitsrichter Vultejus: *„Deswegen, weil der Fall unmittelbar zeigt, daß nur mit richterlicher Hilfe letzten Endes die Wahl eines Betriebsrates gegen eine widerstrebende Betriebsleitung durchgesetzt werden kann."* Prost Mahlzeit!

KB/Gruppe Hamburg

Arbeitsgericht rechtfertigt Kapitalistenwillkür

Ein KBW-Genosse, der als Operator bei einem Rechenzentrum beschäftigt ist, wurde im Januar dieses Jahres aus „dringenden betrieblichen Erfordernissen" gekündigt. Diese waren: Der Kapitalist eines Großbetriebes (vor dem der KBW-Genosse schon mehrfach Flugblätter verteilt hatte), der dem Rechenzentrum 20 % aller Aufträge liefert, wollte – da er angeblich Angst um seine Daten hat – seine Aufträge zurückziehen, sofern der KBW-Genosse weiterbeschäftigt wird. Das Arbeitsgericht sah darin keine politische Entlassung. In der Urteilsbegründung heißt es: *„Da der Entzug von Aufträgen geeignet ist, Arbeitsplätze zu gefährden bzw. zu vernichten, muß auch eine Entlassung, die zur Abwendung (!) derartiger Nachteile für die Arbeitsplätze des Betriebes führt, als betriebsbedingte Kündigung anerkannt werden"* („FR", 29.6.76). Zynischer geht es kaum mehr: Der eine Kapitalist „gefährdet" durch seine Erpressung Arbeitsplätze, der andere darf diese dann „retten", indem er das „störende Objekt" (den politisch unliebsamen Kollegen) rausschmeißt!

Daß die Kündigung letztlich doch als ungerechtfertigt zurückgewiesen wurde, da der KBW-Genosse keinen direkten Zugang zu den Daten des betreffenden Kapitalisten hatte, widerlegt nicht die kapitalhörige „Logik" der Arbeitsrichter, sondern darf wohl mehr als konkreter Ratschlag an die Adresse der beiden Kapitalisten für die nächste Instanz gewertet werden.

KB/Gruppe Frankfurt



7 Monate ohne Bewährung wegen 4 Bierflaschen!

Ein 24jähriger Ausländer wurde am 29. April 76 wegen „Widerstands" von der Strafkammer des Landgerichts Heidelberg unter Vorsitz des Richters Weidner zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Der Kollege hatte in der Nacht zum 26. Juni 75 vier Bierflaschen auf die Heidelberger Hauptstraße geworfen, weil er es vor Tränengas in seinem Zimmer nicht mehr aushalten konnte. Er hatte keinen Polizisten getroffen und das auch gar nicht versucht.

Dennoch wurde er verurteilt und muß auch in den Knast. Weidner begründete das u.a. so:

„Gewaltsamkeiten bei Aktionen zur Durchsetzung politischer Ziele haben gerade in Heidelberg an Intensität erheblich zugenommen. Naturgemäß besteht bei solchen Delikten, an denen eine große Zahl gerade junger, verführbarer, sich engagierender und an sich sozial angepaßter Menschen teilhat, die Gefahr, daß auf Strafaussetzung spekuliert und dazu ermutigt wird, ähnliche Taten zu begehen, zumal Strategie und Taktik der Drahtzieher dieser Aktionen sich erklärtermaßen an der Praxis der Gerichte ausrichtet..."

IKAH

Nachrichten aus dem Knast

Hamburg-Fuhlsbüttel

Noch immer steckt einer der 4 Gefangenen, die im Frühjahr unter der Anschuldigung Unruhe im Knast angezettelt zu haben in die Fuhlsbütteler Übergangsanstalt I verlegt wurden, in Isolation. Die 4 Gefangenen waren mit offener Brutalität verschleppt worden. Rechtsbeistand vor der Einweisungskommission, die u.a. über Verlegungen zu entscheiden hat, wurde ihnen verweigert. Die Gefangenen traten in der Isolation mehrfach in den Hungerstreik (s. AK 81).

Inzwischen haben sich die Vorwürfe durch die Behörde nicht erhärten lassen und die Einweisungskommission mußte die Rückverlegung der vier beschließen. Die Anstaltsleitung von Fuhlsbüttel II, der sich sehr liberal und human gebende Dr. Stark, verweigerte jedoch die Aufnahme eines der vier Gefangenen. Er hatte sich in der Vergangenheit immer klar gegen die verlogene Politik Starks und die betrügerische Politik der kleinen Zugeständnisse gewandt. Da Stark für die Verweigerung der Verlegung keine Gründe angeben konnte, erklärte er die Angelegenheit gegenüber den Rechtsanwälten des Gefangenen Sch. zur „Geheimsache" und hielt gleichfalls die Besuchsverbote aufrecht, die gegenüber einer Hamburger Knastgruppe und der Verlobten des Gefangenen Sch. ausgesprochen worden waren.

* * *

Schwäbisch Gemünd

Am 7.7. wurden den beiden im Hungerstreik befindlichen Gefangenen (s. AK 84) endgültig verweigert, einen Arzt ihres Vertrauens hinzuzuziehen. Das Recht auf freie Arztwahl, so das Justizministerium in seinem Schreiben, muß aus „grundsätzlichen Erwägungen" im Knast außer Kraft sein.

In einem Brief vom 1o.7. unterstützen zwölf Mitgefangene nochmals die Forderung nach freier Arztwahl und protestieren gegenüber dem Justizministerium.

Inzwischen, nach sechs Wochen Hungerstreik, wurden beide Gefangene nach Stuttgart-Stammheim auf die Intensivstation gebracht, wo sie zwangsweise ernährt werden. Was an den politischen Gefangenen erprobt und weiterentwickelt wurde, kommt jetzt bei „normalen" Gefangenen, die sich dem täglichen Knast-Terror nicht beugen wollen, voll zur Anwendung!

* * *

Belgien

14 Gefangene einer Anstalt in Brüssel hatten einen Tag lang das Dach der Anstalt besetzt. Sie erreichten Zusagen des Justizministeriums für bessere Kost, verschiedene Hafterleichterungen und die Zurückverlegung von 15 Gefangenen, die aus einem Gefängnis der belgischen Stadt Loewen verschleppt worden waren als sogen. „Anführer" eines dort immer noch laufenden Streiks für mehr Urlaub („Frankfurter Rundschau",16.7.76).

* * *

Aichach

In der Frauenstrafanstalt Aichach sind, wie in jedem anderen Knast auch, lesbische Frauen besonderer Diskriminierung ausgesetzt. Sie bekommen ein rotes „L" in ihre Akten und werden wegen ihrer Neigung noch zusätzlich mit allen möglichen Schikanen, bis zur Isolationshaft, bestraft.

Bereits im April 75 hatten einige Frauen der Strafanstalt in Aichach eine Petition gegen diese Diskriminierung geschrieben und die Mißstände im Knast angeprangert. Sie forderten ein Gremium, das aus Gefangenensprecherinnen und dem Personal gebildet werden soll, um besser den Problemen der Gefangenen gerecht zu werden. Zwei Frauen, die daraufhin mit Einzelhaft bestraft wurden, traten in den Hungerstreik.

Als diese Aktion vom Münchner Frauenzentrum mit Flugblättern usw. unterstützt wurden, wurde die Isolationshaft der beiden Frauen aufgehoben und der Anstaltsleiter als „vorläufig nicht arbeitsfähig" seines Amtes enthoben.

* * *

Ebrach

Seit vier Jahren ist Willy Piroch aus Neumarkt/Oberpfalz wegen angeblicher Kontakte zu Anarchisten in der berüchtigten Jugendvollzugsanstalt (JVA) Ebrach inhaftiert. Weil er im Knast Gefangenengruppen aufbaute, Streiks organisierte und eine Knastzeitung ins Leben rief, wird er zusammen mit Walter Sattes und Klaus Zehelein seit dem 28.4.76 in strengster Isolationshaft gefangengehalten. (Ein in seiner Zelle gefundener kleiner Metallbehälter lieferte für die JVA-Leitung den Vorwand, Willy „Planung und Vorbereitung einer Gefangenenrevolte" vorzuwerfen!)

- Willy 'lebt' in einer 6 qm großen Zelle mit Pritsche und Decke.
- Seine Geige wurde ihm weggenommen (Kommentar eines Wächters: 'jeder hört im Leben mal auf mit was, was er gern gehabt hat!')
- Sämtliche Bücher wurden beschlagnahmt (Willy bereitet sich auf die Hochschulreife vor)
- Seine Manuskripte zur Situation in den Jugendstrafanstalten und Forderungen zur Strafvollzugsreform wurden eingezogen.
- Es wurde eine Einkaufssperre verhängt.

Fortsetzung Seite 21

Fortsetzung von Seite 20

– Die meisten Briefe von und an Willy kommen nicht an (Zensiert wird sowieso alles!).
– Besuchserlaubnisse werden ohne Begründung abgelehnt.
– Der erste Rechtsanwaltsbesuch am 1.6.76 wurde trotz Vollmacht drei Stunden hinausgezögert und dann überwacht. Zwei Beschwerden des Rechtsanwalts vom 2.6.76 wurden nicht beantwortet.

Als Indizien für die angebliche Revolte hat die JVA-Leitung nur die Denunziation einiger Mitgefangener.

Willy soll im November entlassen werden, was der Staatsapparat durch ein neues Verfahren, das gegen ihn eingeleitet wurde, zu verhindern versucht. Durch die Isolationshaft hat sich Willys gesundheitlicher Zustand bereits erheblich verschlechtert: Er klagt über erhebliche Sehstörungen und Konzentrationsschwächen.

Aufhebung der Isolationshaft von Willy Piroch, Walter Sattes und Klaus Zehelein!

(Nach dem Bericht von Genossen des KB/Gruppe Nürnberg)

IKAH
Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Sparmaßnahmen im Justizbereich

Die Verurteilung zweier Kieler Staatsanwälte – Harald Boeckmann und Egbert Godow – hat den Blick auf die katastrophalen Bedingungen im westdeutschen Justizbereich gelenkt. In beiden Fällen hatten die Staatsanwälte nicht zu bewältigende Aktenberge liegengelassen, was zu Einstellungen von Verfahren wegen Verjährung (!) führte.

Inzwischen sind Fristen an den westdeutschen Gerichten von einem Jahr und länger keine Seltenheit, was sogar ein Mann wie Walter Stiebeler, OLG-Präsident in Hamburg, als „temporäre Rechtsverweigerung" bezeichnete. Beim Bundesgerichtshof z.B. lagern die Akten durchschnittlich (!) zwei Jahre, bevor sie verhandelt werden. Da gibt sogar BGH-Präsident Robert Fischer zu, daß die überlange Prozeßdauer „einkommensschwache Schichten besonders hart trifft", weil sie die langen Terminfristen finanziell kaum durchstehen können. Ähnlich die Situation beim Bundesverfassungsgericht, wo rund 90 Verfahren aus der Zeit vor 1972 stammen!

Ganz besonders krass ist die Arbeitsgerichtsbarkeit betroffen, wo die Fristen immer länger werden. Die Folge mag dies Beispiel verdeutlichen: In Westberlin wurde der Anstellungsvertrag des Lehrers Rainer Koepp wegen dessen Homosexualität (!) nicht verlängert. Nach der Entscheidung der Berufungsverhandlung darf der Lehrer bis zur endgültigen Entscheidung nicht unterrichten! Ein Termin vor dem Bundesarbeitsgericht ist bis heute nicht bekannt – Koepp ist seit über anderthalb Jahren arbeitslos!

Günstig ist diese Situation für die Wirtschaftskriminellen: Gegen den Kölner Altbau-König Günter Kaußen (Spekulant und Besitzer von über 50.000 Wohnungen) ist ein Verfahren wegen Millionenbetrugs seit 1969 anhängig, ein Prozeßtermin ist indessen bis heute nicht anberaumt. Gute Aussichten also für solche Gangster: Die vielleicht später verhängte Geldstrafe ist in der Zwischenzeit zehnmal wieder „reingewirtschaftet" ...

Einige Zahlen machen die Unterbesetzung der Justiz deutlich: Es fehlen mindestens 4.000 Richter, das sind 30% der gesamten Richterschaft. Während sich die Zahl der Prozesse und Aktenrückstände – am Beispiel des LG Hamburg – 1975 um etwa 54% erhöht hat, nahm die Zahl der Richter nur um 8,8% zu. In Nordrhein-Westfalen haben z.B. die Strafsachen zwischen 1970 und 1974 um 54% zugenommen, bei den Verwaltungsgerichten betrug die Steigerung sogar 75%, bei den Finanzgerichten über 80%. Die Zahl der Richter nahm dagegen nur um 10% zu.

Ähnlich ist die Lage auch bei den Arbeitsgerichten, was den „kleinen Mann" sicherlich am härtesten trifft.

Aufgrund dieser Mißstände gab am Arbeitsgericht Lörrach der Richter Bernd Klees seinen Beruf auf, weil er *„nicht bereit ist, weiterhin zu Lasten der Schwachen für den Rechtsstaat mit seinem Namen zu unterzeichnen und damit grobe Mißstände zu decken."*

Zu diesen „groben Mißständen" gehört als Kehrseite der Medaille der laufend wachsende „Juristenberg". Schon heute gibt es in der BRD über 1.000 arbeitslose Juristen.

Im Zuge verstärkter Selektion wird ferner versucht, die Zahl fertiger Juristen zu drücken, durch Numerus Clausus, Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation an den Universitäten.

IKAH Kiel



SPD entdeckt Berufsverbote – im Ausland

Nachdem die SPD die wachsende Besorgnis und Kritik an der Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik mit der frechen Lüge begegnete, es gebe überhaupt keine Berufsverbote, um anschließend den „Schuldlosen" zu spielen, nachdem die Kritiker dif-

gebe überhaupt keine Berufsverbote, um anschließend den „Schuldlosen"

zu spielen, nachdem die Kritiker diffamiert wurden, sie sollten sich erst einmal über die „wahren Zustände" in der BRD informieren und es gefälligst unterlassen, aus reinem „Neid" über den „fleißigen Deutschen" alte „Vorurteile" wieder wachzurütteln, gibt es nunmehr wieder eine neue Variante der SPD. Sie fordert mit dem Hinweis auf eine angeblich vergleichbare Praxis in diesen Ländern dazu auf: *„Im übrigen sollten unsere ausländischen Kritiker den Mund nicht so voll nehmen, denn sie haben selbst genug zu verbergen"* („Vorwärts", 1.7.).

Besonders herausgeputzt wurde dann die Stellungnahme des reaktionären schwedischen Juristen Sven Rydenfelt in der Tageszeitung „Dagens Nyheter", in der er seine „Empörung" darüber auftischte, warum die schwedischen Journalisten sich nur über den „Radikalenerlaß" aufregten, nicht aber mit *„ebenso großer Abscheu über ähnliche Dinge bei uns in Schweden"* sprechen. Der Jurist berichtet darüber, daß es in Schweden eine Sicherheitspolizei gibt, die Daten über politische Aktivitäten von Personen sammelt, die sich für eine der 40 größeren Behörden bewerben. Diese soll die Bewerber auf ihre „nationale Sicherheit" hin überprüfen. Die Schulbehörde beispielsweise ist hier nicht mit einbezogen.

Die „Frankfurter Rundschau" versucht in zwei Artikeln dazu den Eindruck zu erwecken, als sei dies etwas ganz besonderes und im Grunde genommen wegen der Geheimhaltung des Verfahrens noch undemokratischer als die Berufsverbote in der BRD. Die „Welt" sah in diesem Bericht die Möglichkeit, der internationalen Kritik eine „ganz andere Gewichtung" zu geben.

Diese scheinheiligen „Enthüllungen" über undemokratische Praktiken in anderen Ländern können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es grundsätzliche Unterschiede zu der Berufsverbotepraxis in der BRD gibt. Überprüfungen durch Geheimdienste, Sicherheitspolizei usw., politische Entlassungen oder Nichteinstellungen aus politischen Gründen sind

ste, Sicherheitspolizei usw., politische Entlassungen oder Nichteinstellungen aus politischen Gründen sind

in jedem kapitalistischen Staat an der Tagesordnung.

Das besondere an der Berufsverbotepraxis liegt nicht darin, daß Menschen aus politischen Gründen nicht eingestellt oder entlassen werden – das gab es übrigens auch vor den „Radikalenerlassen" – sondern darin, daß mit ihr eine breite antikommunistische Hetzkampagne verbunden ist, die ein Klima der Unsicherheit und Angst bis hinein ins liberale Lager schafft. Deshalb werden neben Kommunisten aus exemplarischen Gründen auch Sozialdemokraten und Liberale, die – bei allem Wohlwollen – absolut kein „Sicherheitsrisiko" für den Staatsapparat darstellen, entlassen. Dies wird deutlich am Berufsverbot für den Lehrer Josef Riedler, Mitglied im VVN/Bund der Antifaschisten, der in einem Anhörungsverfahren die DKP als legale Partei bezeichnete. Dies reichte aus, da er sich als Beamter aktiv gegen die DKP stellen müsse.

Durch diesen ständigen ideologischen Druck soll der Opportunismus und die Spaltung zwischen Liberalen, Demokraten und Kommunisten vervielfältigt und verstärkt werden. In dieser Hinsicht ist die Berufsverbotepraxis in der BRD in der Tat „einmalig".

Der demagogische „Vergleich" mit einer angeblich gleichen Praxis im Ausland, der natürlich aus der selben Ecke stammt, von der Mitterand „nahegelegt" wurde, doch lieber ein Komitee gegen die Unterdrückung in der DDR zu gründen, zielt einzig darauf ab, die internationalen Kritiker einzuschüchtern und ihr berechtigtes Anliegen herunterzuspielen. Der BRD-Imperialismus bleibt für uns gerade auch in dieser Frage der Hauptfeind in Westeuropa.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Noch kein Berufsverbot gegen NPD-Mitglied

Weiter in Amt und Würden

Mit Genugtuung verkündete NPD-Vorsitzender Mußgnug, daß alle 100 gegen NPD-Mitglieder eingeleitete Berufsverboteverfahren *„im Sinne der NPD positiv erledigt"* wurden, bzw. noch nicht entschieden sind („Extradienst", 22.6.).

Es erweist sich erneut das Gerede vom Kampf „gleichermaßen gegen den Links- und Rechtsextremismus" als dummes Geschwätz. Es ist kennzeichnend für die derzeitige politische Landschaft, daß die Bundesregierung nicht einmal ein rechtsradikales „Opfer" benötigt, um den Schein der „Pluralität" zu wahren. Während die Zahl der vom Berufsverbot Betroffenen nach Angaben des „Komitees gegen die Berufsverbote" mittlerweile bei über 3.000 Linken liegt, tummeln sich die Faschisten im Staatsdienst:

– Herbert Steiner, Kandidat bei den Bundestagswahlen '72 für die NPD. Die Düsseldorfer Landesregierung sieht sich durch einen Faschistenführer nicht gestört.
– Otto Führer, NPD-Chef in Schleswig-Holstein, Amtsrat und Leiter des Itzehoer Bauverwaltungsamtes, nebenamtlich Fachlehrer für Verwaltungs- und Rechtskunde an der Berufsschule;
– Günther Deckert, Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" seit 1966 Mitglied der NPD, Oberstudienrat und Beamter auf Lebenszeit in Mannheim;
– Uwe Reingans, NPD, 1970 Kandidatur für den Landtagsvorsitz in Schleswig-Holstein (Neustadt). Beförderung zum Oberstudienrat, 74 (durch KuMi Braun) zum Studiendirektor. Reingans wird als Chef-Ideologe seiner Partei bezeichnet. Bei der Kandidator 72 unterlegen, da er selbst *„den NPD-Delegierten zu radikal"* gewesen sei (NDR 12.6.76).

Dazu das Bundesverwaltungsgericht in Karlsruhe: Die „Verfassungswidrigkeit" der NPD sei „nicht so offenkundig". Karl Schiess, Aktivist der NSDAP, heute baden-württembergischer Innenminister erklärt in seinem berüchtigten „Schiess-Erlaß", daß *„nur diejenigen, die aktive Linkstätigkeit ausüben,"* belastet werden. (Inf. nach „Stern", Nov. 75)

KAMPF DEN BERUFSVERBOTEN! FASCHISTEN RAUS AUS DEM STAATSDIENST!!

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD protestiert gegen Berufsverbot für NPD-Mann

Das baden-württembergische Innenministerium hat die Entlassung des 23-jährigen Polizeimeisters Jürgen Schützinger aus dem Landesdienst zum 1. September 76 verfügt. Schützinger ist Vorsitzender im NPD-Kreisverband Rottweil, Mitglied im NPD-Landesvorstand sowie im Bundesvorstand und dem Präsidium der NPD. Die CDU-Regierung sieht das Berufsverbot in der Ausübung hoher Parteifunktionen Schützingers begründet.

Nicht so SPD und FDP. Sie haben *„bereits angekündigt, sie wollten sich für Schützinger einsetzen (!!), wenn seine Entlassung ausschließlich mit Parteiämtern begründet werde"* („Süddeutsche Zeitung", 15.7.).

Dieses Beispiel zeigt, wie skrupellos diese SPD heute schon vorgeht. Während in SPD-regierten Ländern massenweise Berufsverbote gegen Linke, selbst SPD-Mitglieder, mit den fadenscheinigsten Begründungen ausgesprochen werden, will diese SPD ihre „Rechtsstaatlichkeit" ausgerechnet im Schutz eines Faschisten demonstrieren! Daß die SPD in diesem Fall die CDU noch von rechtsaußen überholt, scheint sie dabei kaum zu stören, was charakteristisch für die politische Landschaft der BRD ist.

Berufsverbotekommission,
KB/Gruppe Hamburg

Schweden

Schweden

Von den Nazis als Jude gejagt – heute vom Verfassungsschutz verfolgt!

Deutsche Botschaften haben im Ausland den Auftrag, Aktenmaterial gegen Antifaschisten aus diesen Ländern zu sammeln! Das wurde jetzt in der dänischen Zeitung „Information" am 29.6.76 enthüllt!

Der Zeitung war ein Bericht zugespielt worden, den die deutsche Botschaft in Stockholm über den schwedischen Journalisten Frank Hirschfeld angefertigt hatte. Hirschfeld hatte in seiner Eigenschaft als Mitarbeiter des zweiten schwedischen Fernsehens und der Tageszeitung „Dagens Nyheter" Beiträge über die Rechtsentwicklung in der BRD und speziell über Praktiken bei der Verfolgung der RAF gebracht.

Die Zeitung „Information" schreibt: *„Die deutschen Diplomaten berichteten gründlich über die Artikel von Frank Hirschfeld in „Dagens Nyheter" vom 22. und 23.4.75, die sich um den Verfall des Rechtsstaats in Westdeutschland, sowie die Langzeitwirkung des Berufsverbots für die persönliche Freiheit des Einzelnen drehten. Sie berichteten weiter über das Interview Hirschfelds im Zweiten Schwedischen Fernsehen am 5. Mai desselben Jahres mit einem Verteidiger der Baader-Meinhof-Gruppe, Hans-Christian Ströbele, in welchem dem deutschen Rechtsanwalt ausgiebig die Gelegenheit gegeben wurde, die politische Ideologie der Gruppe zu erklären und die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung dieser Ideologie zu verteidigen. Die deutschen Diplomaten bemerkten, daß dieses Interview Anlaß zu einschläfernden Reaktionen* (gemeint gegenüber dem „Terrorismus" – Anm. Redaktion) *in der schwedischen Öffentlichkeit gegeben hätten und beschuldigten Hirschfeld, daß er die Anwendung von Gewalt verteidige!"* (nach „Information" vom 29.6.76.)

In einem Leserbrief an das „Sydsvenska Dagblad", der ebenfalls in dem Dossier der westdeutschen Botschaft enthalten ist, verteidigte Hirschfeld seine Ansichten, *„daß der westdeutsche Rechtsstaat sich in Auflösung befindet und führte als Zeuge hierfür den westdeutschen Professor für Geschichte und Staatswissenschaften Ossip K. Flechtheim an."* Die Botschaft kommt in der Manier der Faschisten zu dem Ergebnis, daß solche Angriffe auf den Staat der BRD die „ethischen Prinzipien" verletzte.

Hier der Schlußteil des Dossiers im Wortlaut: *„Die Botschaft hat bis jetzt* (?– nach längerer Bespitzelung! – Anm. der Redaktion) *Herrn Hirschfeld zugute gehalten, daß er in Berlin geboren ist und zusammen mit seinen Eltern Deutschland während der Judenverfolgungen des 3. Reiches verlassen mußte. Seine Einsichten sind sicherlich unter dem Einfluß dieser persönlichen Erfahrungen zustande gekommen. Aber in Verbindung mit dem Interview im schwedischen Fernsehen mit dem Verteidiger Ströbele erhebt sich die Frage, ob dieses Interview mit der journalistischen Ethik vereinbar war. Da nicht angenommen werden kann, daß Hirschfeld mit der Baader-Meinhof-Gruppe sympathisiert, muß die Botschaft davon ausgehen, daß er bewußt die journalistische Sensation gesucht hat. Dabei hat Hirschfeld übersehen, wo die Grenzen des seriösen Journalismus liegen"* (nach „Information", s.o.).

Zu „gut deutsch", wer über die Ziele der RAF berichtet, ist entweder selbst ein Terrorist oder verstößt ansonsten eben auch gegen die „Ethik". Die Botschaft fordert direkt dazu auf, keine Rücksicht zu nehmen, daß der Journalist schon einmal als Jude von den Faschisten verfolgt wurde.

Man kann davon ausgehen, daß diese Enthüllungen nur die Spitze eines Eisberges sind, daß systematisch solche Berichte erstellt werden, um antifaschistische Journalisten im Ausland mundtot zu machen. Dabei wollen wir nur daran erinnern, daß CDU-Biedenkopf anläßlich des internationalen Berufsverbote-Kongresses Ende Mai dieses Jahres öffentlich die Frage aufwarf, *„ob dieser Kongreß nicht hätte verboten und die Ausländer ausgewiesen werden sollen"!!!* (aus „Frankfurter Rundschau", 31.5.76.)

Berufsverbote-Kommission

„Liebesgrüße" vom Verfassungsschutz

Sonntag, den 30. Mai 1976 reisten Estrid Balslev aus Viborg/Dänemark und Prof. Jens Glebe-Möller von Karlsruhe über Hamburg nach Viborg bzw. Kopenhagen. Estrid Balslev ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des dänischen Gymnasiallehrerverbandes, der bereits im Mai 1975 gegen die Berufsverbote in der BRD protestierte; Jens Glebe-Möller ist Sekretär des dänischen Komitees gegen Berufsverbote in Westdeutschland.

Sowohl Frau Balslev als auch Prof. Möller hatten als Vertreter des dänischen Berufsverbote-Komitees an der „Internationalen Konferenz gegen Berufsverbote in der BRD" am 29. und 30.5.76 in Karlsruhe teilgenommen. Während Prof. Möller in Hamburg einen direkten Anschlußzug nach Kopenhagen hatte, mußte Frau Balslev 1 1/2 Stunden auf ihren Anschluß warten und setzte sich daher in die Bahnhofsgaststätte, nachdem Möllers Zug abgefahren war. Kurze Zeit später wird durch Lautsprecher ausgerufen, Frau Balslev möchte zum Ausgang des Restaurants kommen. Sie folgt dem Aufruf, findet jedoch am Ausgang niemand vor, den sie kennt oder der sie sprechen möchte. Daraufhin sucht sie alle Bahnhofsstellen auf, die derlei Durchsagen vornehmen und stellt zu ihrer Verwunderung fest, daß ihr Name dort nicht bekannt ist. Seltsam, seltsam! Kaum hat sie sich wieder im Restaurant an ihren Tisch gesetzt, erfolgt wiederum eine Durchsage, daß sie zum Ausgang kommen möchte. Wieder geht sie hin und stellt fest, daß sie niemand erwartet. So geschieht es schließlich noch ein drittes Mal. Wiederum befragt sie alle Lautsprecheransagestellen und erfährt dabei, daß die Ansage des „Unbekannten" nur durch die Bahnhofsgaststätte, nicht durch den gesamten Hauptbahnhof gekommen war.

Man wußte also genau, wo sie war, wer sie war und ganz offensichtlich auch, warum sie sich in der BRD aufgehalten hatte. Dazu Frau Balslev: „Das kann lediglich der Verfassungsschutz gewesen sein, dem meine Teilnahme an der Konferenz nicht paßte, denn sonst kennt mich niemand hier!" Womit sie zweifellos recht hat (siehe Artikel in diesem AK).

Münster

Solidaritätsdemonstration für Professor Sigrist

Am 14.7.76 fand eine Solidaritätsdemonstration für den vom Berufsverbot bedrohten Münsteraner Professor Sigrist statt, an der sich ca. 300 Menschen beteiligten.

Sigrist war vor kurzem in Zweiter Instanz zu einer Geldstrafe von 3.000 DM verurteilt worden, weil er 1974 ein Flugblatt mitverteilt hatte, in dem die Hintergründe des Polizeimordes an Günter Routhier aufgezeigt wurden. Wegen derselben Sache und einem Gutachten, das Sigrist in einem Prozeß machte und in dem der Bochumer Soziologie-Professor Papalekas als Faschist bezeichnet wurde, wurde gleichzeitig ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Während der Semesterferien will das Wissenschaftsministerium das Disziplinarverfahren jetzt über die Bühne bringen. Hinweis dafür ist das Nachschieben einer Rede, die Sigrist anläßlich des Todes von Holger Meins gehalten hat und was als weitere Begründung für seine Entlassung dienen soll.

Gegen das drohende Berufsverbot hat sich sowohl im demokratischen Ausland (v.a. Schweden, Frankreich, England und Griechenland), als auch in Münster eine Solidaritätsbewegung gebildet. Aufgrund des Abwirtschaftens der Gruppen, die bislang v.a. die Sigrist-Aktionen getragen haben, „KPD", „KPD/ML" und KBW ist in Münster die Solidaritätsbewegung im Abflauen. (Im Dezember 1975 kamen zu einer Solidaritätsdemonstration noch 500 Demonstranten, diesmal waren es nur noch 300.) Besonders schändlich haben sich die Revisionisten verhalten, die nach wie vor ein gemeinsames Vorgehen abblokken.

Es ist jetzt Aufgabe des „Anti-Repressions-Bündnisses", das auf der Demonstration einen Block von 100 Leuten stellte, die Solidarität mit Sigrist auch in den Semesterferien zu verstärken.

Ein KB-Genosse aus Münster

SPD unterstützt Berufsverbot durch Parteiausschlußverfahren!

Gegen Peter Weiß ist ein Berufsverboteverfahren durch die bayrische Landesregierung eingeleitet worden, weil er auf einer SHB-Liste kandidierte und der SHB in den Augen der CSU eine „Volksfrontorganisation", also „verfassungsfeindlich", ist.

Aufgrund seiner Unterschrift unter den Aufruf zur „Friedensdemonstration" in Bonn ist jetzt darüberhinaus ein Ausschlußverfahren seiner „Parteigenossen" gegen ihn eingeleitet worden, da das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" von „Kommunisten gesteuert" werde.

Dieses Beispiel macht auch deutlich, was vom Kampf gegen die Berufsverbote innerhalb der SPD zu halten ist. Statt Solidarität ein Parteiausschlußverfahren. Die „Klärung" von Differenzen in der „Partei der Freiheit des Geistes" ist wohl nur noch mit Mafia-Methoden zu vergleichen: „Verräter" werden ans Messer geliefert!

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Noch einmal:

Vetters Besuch bei der Bundeswehr



„Der Kommißgeist ist raus", schrieb die „Welt der Arbeit" des DGB zum Besuch des DGB-Vorsitzenden Vetter bei der Bundeswehr (siehe AK 84). Zum Abschluß seines Besuchs hielt Vetter noch eine Grundsatzrede zum Verhältnis der Gewerkschaften zur Bundeswehr, die wir wegen seiner Aussagen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers dem Leser nicht vorenthalten wollen. In seiner Rede räumte Vetter erst mal *„einige Mißverständnisse"* beiseite und bezeichnete es als *„von weitreichender Bedeutung, daß sich zwei Organisationen in dieser Form begegnen"*. Vetter gab dann zu, daß *„durch unsere Geschichte das Verhältnis der organisierten Arbeiterschaft zur bewaffneten Macht belastet* (!) *ist."* So ging Vetter auf den faschistischen Kapp-Putsch 1920 so ein, daß *„die Reichswehr die verfassungsmäßige Regierung nicht gegen die Putschisten verteidigt"* hätte. *„Die Verteidigung der Verfassung, die eigentlich* (!) *in den Bereich von Polizei und Militär gehört* (!!!) *hätte, wurde von den Gewerkschaften wahrgenommen... Die Reichsregierung konnte wieder ... nach Berlin zurückkehren."*

Zur Wiederbewaffnung der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg, die von der Arbeiterklasse mit Massendemonstrationen beantwortet wurde, sagte Vetter, daß *„die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1945 die Wiederbewaffnung nicht aus kurzsichtigem* (!) *Oppositionsdenken anlehnte, sondern aufgrund der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Situation."*

Mit anderen Worten heißt das nichts anderes, als daß die Gewerkschaftsführer bereits damals dem Gedanken an eine Wiederaufrüstung des westdeutschen Militarismus positiv gegenüberstanden, allerdings den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hielten.

Fast entschuldigend klingt es, wenn DGB-Vetter vor den Militaristen heute erklärt: *„Wen nimmt es Wunder, wenn die Gewerkschaften erst die Sozialreform verlangten, bevor sie bereit waren, über die Wehrfrage* (!) *zu sprechen."* Vetter versicherte den Militaristen, daß es den Gewerkschaftsführern schon damals nie in den Sinn gekommen wäre, *„das Recht der verfassungsmäßigen Organe, über die Wiederbewaffnung zu entscheiden, ... anzuzweifeln."*

Nun, inzwischen ist viel Zeit verflossen und Vetter kann sich mittlerweile offen zur Bundeswehr bekennen. Das nimmt dann sogar folgende geradezu perverse Formen an: Es *„ist gut, daß heute die Soldaten dieselben* (!) *Rechte haben, wie alle anderen Staatsbürger... Gehorsam ohne Mitdenken wird zunehmend problematisch. Ohne ... Selbständigkeit des Soldaten funktioniert nichts mehr. Soweit ich sehe, wird in der Bundeswehr alles getan, diese Prozesse ... nicht zu behindern."* Würde man diesen Demagogen nicht von ähnlichen, rhetorischen Spitzenleistungen bereits kennen, könnte man meinen, der Gute hätte eine blühende Phantasie: Angesichts der zunehmenden Entrechtung der Soldaten in der Bundeswehr von angeblich existierenden staatsbürgerlichen Rechten zu schwafeln – das ist geradezu absurd!

Völlig pervers wird es allerdings erst, wenn DGB-Vetter sich vor den Militaristen über die Linken ergießt: *„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung war und ist in der BRD das stärkste* (!) *Bollwerk gegenüber dem politischen Extremismus. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Gewerkschaften des DGB* (jetzt kommt's – d.Red.), *die in ihren Beschlußorganen, so auch bei den Gewerkschaftstagen, Extremisten ausschließen. Der gerade ablaufende Gewerkschaftstag der ÖTV hat dies wiederum gezeigt."* Hipp-hipp-hurra! mögen da die Militaristen gegrölt haben!!!

Spätestens jetzt dürften alle Zweifel beseitigt sein. Vetter und seinesgleichen stehen in derselben Tradition, in der auch die Bundeswehr steht: In der Tradition der Reichswehr und der Wehrmacht des „Tausendjährigen Reiches". General Wagemann, Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und Vorgesetzter des Putschisten-Majors Kraushaar aus Chile, meinte denn auch: *„In der Bundeswehr wird es gegenüber den Gewerkschaften nicht nur offene Kasernentore geben, sondern auch offene Herzen."* —— Wen wundert's noch?! (Zitate aus „FR", 19.7.76)

Antimilitarismus-Kommission KB / Gruppe Hamburg

Frankreich

Militärische Expansion

Der französische Imperialismus hat weitere Maßnahmen beschlossen, sowohl nach innen als auch nach außen seinen Einfluß zu erhöhen und die Aufrüstung weiter voranzutreiben:

– So stieg der Verteidigungsetat auf die Rekordsumme von 50 Mrd. Franc; 1977 soll er 58 Mrd. Franc (+ 16%) betragen. Weiterhin beschloß die Regierung, den Rüstungsetat bis 1982 um jeweils 20% zu steigern.

– Am 24.1.76 rüstete der französische Imperialismus seine drei atomgetriebenen U-Boote mit neuen Sprengköpfen um; die Reichweite wurde von 2500 auf 3000 km und die atomare Sprengkraft von 0,4 Megatonnen auf 1 Megatonne erhöht. (Das ist die Sprengkraft von 50 Hiroshima-Atombomben!) Nach 1980 sollen die U-Boote – nach den USA und der Sowjetunion – mit Mehrfachsprengköpfen umgerüstet werden.

Der französische Imerialismus startete aber vor allem eine Offensive seiner Marineverbände in Gebiete des Indischen Ozeans und leistete dem US-Imperialismus wichtige Schützenhilfe. Zwei U-Boote, mit Schiff-Schiff-Raketen ausgerüstet, sind seit Januar ständig dort vertreten.

Ferner baut der französische Imperialismus fünf Militärstützpunkte im Indischen Ozean aus. Es sind dies die Stützpunkte auf den Inseln Juan de Nova, Bassa de India, Europe, Tromelin und Les Glorieuses. Auf der Insel Tromelin werden Abschußrampen für Raketen errichtet.

(Angaben nach „Wehrkunde" 6/76)

Schmidt bei Ford

Neue US-Brigaden in Norddeutschland und keine Devisenausgleichszahlungen mehr

Daß zwei neue Kampfbrigaden nach Norddeutschland verlegt werden, wurde im Prinzip schon Ende 1974 zwischen den Kriegsministern Schlesinger und Leber vereinbart, wobei noch ungeklärt blieb, wer das bezahlt. Für die Brigade 75, die bei Bremen (Garlstedter Heide) stationiert sein wird, wo die Kasernen erst noch gebaut werden, zahlt die BRD. Die Brigade 76 kommt nach Wiesbaden.

Als zweites wurden bei diesem Besuch die sogenannten Devisenausgleichszahlungen gestopt. Sie betrugen insgesamt über 40 Mrd. DM und allein für die letzte Periode (Mitte 73-75) fast sechs Milliarden. Diese Devisenausgleichzahlungen zahlte die BRD auf Druck der USA, als diese vor allem durch den Vietnamkrieg und durch ihre gesamte Politik, in allen Teilen der Welt Stützpunkte aufzubauen und Soldaten dorthin zu schicken, nicht mehr in der Lage waren, die daraus entstehenden Folgen für die US-Zahlungsbilanz (riesige Defizite) selber zu tragen und der Dollar in arge Schwierigkeiten geriet. In dieser Zeit wurde der größte Teil der Devisenausgleichszahlungen bestritten, die letzten Endes es den USA erleichterten, diese aggressive Politik durchzuführen. Verwendet wurden die Zahlungen, um Kriegsmaterial von den US-Rüstungskonzernen zu erhöhten Preisen zu kaufen.



Ein Brief und eine Antwort

Liebe Genossen vom KB!

Obwohl die Parole: „Wir sagen nee zur Bürgerkriegsarmee" von uns – der ASG – stammte, hieltet ihr es nicht für nötig, uns in Eurer Berichterstattung zur Beteiligung von Soldaten an 1. Mai-Demos zu erwähnen. Dies kurz, nicht aus gekränkter Eitelkeit, sondern weil es uns erstaunt, dieselben Argumente zur Frage des Uniformtragens wiederzufinden, die wir in Gesprächen mit Soldatengenossen von Euch schon entkräftet hatten.

Denn erstens, die Teilnahme an gewerkschaftlichen Demos ist n o c h ein demokratisches Recht, das der Soldat besitzt, wenn auch mit Einschränkungen und zweitens, die Teilnahme an Veranstaltungen, Demos etc., die gegen die FDGO (freiheitlich demokratische Grundordnung – d.Red.) *gerichtet sind – und als solche darf man ja wohl den „Sozialistenmarsch" bezeichnen – i s t a u c h i n Z i v i l verboten (Information für die Truppe 1/76).*

Wenn man also meint, sich durch Ziviltragen einer Disziplinierung entziehen zu können, ist das falsch. Viel wichtiger ist aber u.E. die Frage: Was für einen politischen Nutzen das Uniformtragen hat. Aus zwei Gründen gingen wir in Uniform zu der DGB-Demo: 1. als eine direkte Verteidigung eines demokratischen Rechts, 2. weil wir meinen, daß man so die Öffentlichkeit am besten für die Forderungen der Soldaten aufmerksam machen kann. Diese Meinung hat sich am 1. Mai bestätigt; einmal gab es Beifall auf der Straße für Leute in Uniform, zum anderen die Berichterstattung auf NDR II, wo uniformierte Soldaten interviewt wurden.

Wären jetzt tatsächlich Kameraden diszipliniert worden (es ist bislang nicht geschehen), so wäre das noch lange kein „Verheizen" von Leuten, wie man in Eurem Artikel den Eindruck hat, sondern es wäre dem politischen Klärungsprozeß förderlich. Wenn nämlich hohe BW-Offiziere in Uniform mit Franco den Sieg des Faschismus feiern, am Grabe von SS-„Größen" Kränze niederlegen oder der HIAG – wie in Sonthofen – ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, während ein Kamerad, weil er für seine Rechte kämpft diszipliniert wird, wird vielen Kameraden klar, wessen Freiheit wir verteidigen sollen.

Um das noch einmal klarzustellen, wir sind nicht der Meinung, wie z.B. der ADS, daß man seine Treffen öffentlich macht, womöglich noch Offze einlädt, weil man ja nichts Böses tut, aber wir halten es auch für falsch, von Rechten, die man n o c h hat, nicht Gebrauch zu machen, weil man dafür diszipliniert werden könnte oder weil das Recht noch nicht ausreichend bei den Kameraden verankert ist. Wie verankere ich denn ein Recht, doch nicht dadurch, daß ich erzähle, wie schön es wäre, wenn..., sondern dadurch, daß ich aktiv davon Gebrauch mache und zeige, was es bringt.

Wir bitten um Veröffentlichung dieses Diskussionsbeitrages im ARBEITERKAMPF und würden es für gut und politisch notwendig halten, wenn Ihr diese Frage noch einmal unter Euren Genossen diskutiert, weil wir den Eindruck hatten, daß diese Frage nicht so klar war, wie Euer Artikel den Anschein erweckt.

Mit solidarischen Grüßen

Die ASG Hamburg
(Antimilitaristische Soldatengruppe)

Liebe Genossen der Antimilitaristischen Soldatengruppe Hamburg!

Wir halten es durchaus für richtig, die Rolle Eurer Gruppe bei den am 1. Mai in Hamburg demonstrierenden Soldatengenossen in unserer Berichterstattung ausdrücklich zu erwähnen und holen es mit dem Abdruck Eures Briefes nach.

Noch einmal zum Uniformtragen auf Demonstrationen

Anhand Eures Briefes wollen wir noch einmal unsere Vorstellungen zum öffentlichen Uniformtragen auf Demonstrationen bei den derzeitigen nur schwachen Ansätzen von Soldatenarbeit erläutern.

Wir sind mit Euch der Meinung, daß Ziviltragen keineswegs Disziplinierungen als Folge ausschließt. Es geht den Militaristen bei den Disziplinierungen ja auch keineswegs in erster Linie darum, ihr „Ehrenkleid" „sauber" zu halten, sondern darum, offenes politisches Engagement von Soldaten exemplarisch zu bestrafen (siehe dazu auch zahlreiche Enthüllungen im ARBEITERKAMPF).

Ihr werdet auch sicher nicht bestreiten, daß die Furcht vor Repressalien ein wesentlicher Grund ist, weshalb sich viele Kameraden scheuen, z.B. offen auf Maidemonstrationen mitzumarschieren. Da nützt Euer Hinweis, daß es sich dabei um die „Verteidigung eines demokratischen Rechts" handele, herzlich wenig.

Es nützt keineswegs der Einbeziehung von Kameraden in den Kampf um ihre demokratischen Rechte, sondern schadet, wenn Ihr erklärt, daß Ihr bewußt beim Demonstrieren Disziplinierungen wegen Uniformtragens in Kauf nehmt, weil das angeblich „dem politischen Klärungsprozeß förderlich" sein soll, und das noch unter dem Motto, daß Ihr damit zeigen wollt, „was es bringt", sich ein Recht zu nehmen, wobei Ihr offen zugebt, daß dieses Recht nicht ausreichend bei den Kameraden verankert ist. Etwas ganz anderes ist es, wenn Ihr eine Disziplinierung in Kauf nehmt für etwas, was breiter unter den Kameraden Zustimmung gefunden hat.

Um zu enthüllen, daß es in der Bundeswehr gang und gebe ist, faschistische „Größen" zu feiern, während fortschrittliche Ansätze schärfstens verfolgt werden, ist es nun wirklich nicht nötig, daß Ihr noch weitere Beweise dafür liefert.

Mit solidarischen Grüßen

Antimilitarismus-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Deutsch-brasilianische Gesellschaft gegründet

CSU –

Kapital –

Freundschaft –

Folter

Auf Initiative des Erlanger Bundestagsabgeordneten Hans Roser (CSU) wurde in Erlangen am 10.7.76 eine Zweigstelle der Deutsch-brasilianischen Gesellschaft gegründet. Vorsitzender dieses Haufens ist der „konservative" Professor Görgen.

Sinn und Zweck dieser Gesellschaft, in der vor allem Vertreter der bundesdeutschen Industrie und CSU-Prominenz vertreten sind, schildert CSU MdB Roser:

„Die Pflege aktiver freundschaftlicher Beziehungen zu Brasilien halte ich aus historischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen für dringend geboten" („Nürnberger Nachrichten" 12.7.). *„Brasilien ist ein bedeutender Markt für die Bundesrepublik. Dies gilt vor allem für die stark exportorientierte Wirtschaft im Raum Nürnberg, Erlangen-Lauff".* Außerdem wies dieser Faschist darauf hin, daß

...für die Bundesrepublik. Dies gilt vor allem für die stark exportorientierte Wirtschaft im Raum Nürnberg, Erlangen-Lauff". Außerdem wies dieser Faschist darauf hin, daß

die Förderung deutscher Investitionen in Brasilien – im vergangenen Jahr waren es über vier Milliarden Mark – nicht nur wesentlich zur Entwicklung Brasiliens, sondern auch zur Sicherung der deutschen Arbeitsplätze beigetragen habe. In höchsten Tönen schwelgte er dann über die „wirtschaftlichen Erfolge" Brasiliens. Die Politik der brasilianischen Regierung sei darauf ausgerichtet, die schwierigen sozialen Probleme zu lösen. Dieses Ziel verdiene die Unterstützung all derer, die „für mehr Freiheit und mehr soziale Gerechtigkeit" eintreten.

Soziale Demagogie war noch nie die Schwäche der Faschisten. Geschäftsträger de Andrada, Mitglied der brasilianischen Botschaft in der BRD, forderte die anwesenden „Spitzenvertreter" der nordbayrischen Wirtschaft zu enger Kooperation mit Brasilien auf.

Als Anreiz für weitere Investitionen westdeutscher Kapitalisten wies er stolz auf die *„seit 1964 anhaltende Phase des Erfolgs"* hin, die durch die *„innere politische Stabilität"* möglich geworden sei.

Mit dem Datum 1964 verbindet sich für das brasilianische Volk die Erinnerung an den faschistischen Militärputsch, mit dem die damalige gewählte Regierung niedergeputscht wurde. Anerkennende Worte für die faschistische Militärjunta Brasiliens fanden dann schließlich noch alle anwesenden Vertreter westdeutscher Firmen – und natürlich die anwesenden CSU'ler.

Die demokratische Öffentlichkeit protestiert

Mit einem Schweigemarsch protestierte „amnesty international" vor dem Tagungsort der Gesellschaftsgründung. Die Demonstranten forderten die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Brasilien und die Ächtung der in Brasiliens Gefängnissen ständig praktizierten Folter.

Einige Demonstranten entfernten die Fahne Brasiliens vor dem Tagungsort. CSU-MdB Roser entschuldigte sich und bedauerte diese „Form der Behandlung von nationalen Symbolen".

Propagierung von faschistischen Regimes, Freundschaft mit Folterknechten, wirtschaftliche Unterstützung faschistischer Länder und Betonung der faschistischen Souveränität: das und nichts anderes meint die CSU mit „Freiheit".

Na, denn schon lieber Sozialismus!

KB/Gruppe Nürnberg

Bundeswehroffiziere beklatschen Hetzrede von chilenischem Oberst

Bundeswehroffiziere beklatschen Hetzrede von chilenischem Oberst

Zum Abschluß des einjährigen Lehrgangs an der Bundeswehrakademie in Hamburg konnte der chilenische Faschist Oberstleutnant Kraushaar einen Informationstag zur Situation in Chile veranstalten. Außer einem Vortrag mit Dias und Filmen bot Kraushaar einen Empfang, auf dem *„Spezialitäten der chilenischen Küche serviert wurden"* („Die Tat", 25.6.76). Seinen Vortrag benutzte Oberst Kraushaar, um *„förmlich eine Propagandaorgie für die Militärjunta zu zelebrieren"* („Frankfurter Rundschau", 16.7.).

Er entwickelte das berühmte Horrorbild von der Regierungszeit Allendes, wo *„Raub, Diebstahl und Mord an der Tagesordnung"* gewesen seien, wo die Regierung einen *„Massenmord von Offizieren und Oppositionellen"* geplant habe.

Heute dagegen betrachte die Regierung *„Enthaltsamkeit und Sittenstrenge"* als oberstes Gebot, die Chilenen seien *„wieder geistig vereint. Kein törichter Haß treibt sie in feindliche Lager ... Niemand hat Angst um sein Leben oder um seine Habe"* („FR", 16.7.).

Diese faschistische Tirade wurde von den anwesenden Offizieren – überwiegend Mitglieder der Bundeswehr – mit Beifall beklatscht!!

Die Bundeswehrführung versucht jetzt, nachdem die Billigung und Unterstützung der Bundeswehr für Faschisten wie Kraushaar in peinlicher Weise bekannt wurde, den Vorgang herunterzuspielen und sich davon zu distanzieren. Man spricht von *„skandalösen Vorkommnissen"*, eine *„strenge Untersuchung"* wurde angeordnet, man habe Kraushaar vorher zu *„strikter politischer Zurückhaltung bei seinem Vortrag"* aufgefordert, und er habe in eklatanter Weise sein Gastrecht mißbraucht („FR", 17.7.).

Das Verteidigungsministerium äußerte besorgt, daß *„der Verzicht auf Widerspruch ... und die Beifallsäußerungen den Eindruck entstehen lassen, als habe die Propagandarede des chilenischen Oberstleutnant die Billigung der Anwesenden gefunden"* („Süddeutsche Zeitung", 13.7.).

Diesen „Eindruck" – oder vielmehr diese erneute Bestätigung für die zunehmend faschistische Ausrichtung der Bundeswehr – kann die Bundeswehrführung auch nicht mit ihrer angeblichen „Sorge" und lahmen Distanzierungen vom Tisch wischen.

– Allein die Tatsache, daß ein Vertreter der chilenischen Mörderbande die Gelegenheit erhält, einen Informationstag zu veranstalten, spricht für sich. Ein Sprecher der Bundeswehrakademie erläuterte darüber hinaus, daß solche Informationstage in Hamburg *„üblich"* seien. Damit bestätigte er indirekt, daß auch die zahlreichen anderen Faschisten aus Brasilien, Südkorea, Iran, Indonesien, die in Hamburg ausgebildet werden, für ihre faschistischen Regimes vor der Bundeswehr werben können.

– Tatsache ist außerdem, daß schon im September 1975 zahlreiche Proteste gegen die Zulassung des Chilenen Kraushaar an die Bundeswehrakademie gerichtet wurden. Damals hatte sich Kriegsminister Leber persönlich für den faschistischen „Gast" stark gemacht, mit dem Argument, es könne für die demokratische Entwicklung in Chile nur nützlich sein, wenn ein chilenischer Offizier *„die demokratische Armee in einem demokratischen Land"* kennenlerne („SZ", 13.7. und „Die Tat", 16.7.). Der chilenische Oberst Kraushaar war offensichtlich für den „Nachhilfeunterricht in Demokratie" wenig empfänglich, umso gelehriger erwiesen sich dagegen die westdeutschen Offiziere in Sachen faschistischer Junta in Chile.



Der Vertreter der chilenischen Junta, Kraushaar (Mitte) servierte den Besuchern der Bundeswehrakademie „Spezialitäten der chilenischen Küche". Es hat allen geschmeckt!

Antifaschistischer Soldat bestraft

Daß dies auch genau den Zielen der Bundeswehrführung entspricht, beweist folgender Fall:

Gerade zur Zeit der „skandalösen Vorkommnisse" in Hamburg erhielt der Oberfeldwebel Martin Müller aus Hildesheim einen *„strengen Verweis wegen schuldhafter Dienstpflichtverletzung"*. Was hatte Müller getan? Er hat im Herbst 1975 einen Aufruf zahlreicher Hildesheimer Bürger mitunterschrieben, der gegen die Zulassung von chilenischen Faschisten an Bundeswehreinrichtungen protestierte. In dem Aufruf hieß es: Es müsse *„Schluß gemacht werden mit der Ausbildung von Eliteoffizieren der faschistischen chilenischen Militärdiktatur"*, die eine *„direkte Unterstützung des chilenischen Terrorregimes"* darstelle („FR", 15.7.). Eine Beschwerde Müllers gegen den Verweis hat das Truppendienstgericht in Hannover jetzt zurückgewiesen. Der Kommandeur der Hildesheimer Kaserne und Vorgesetzte Müllers ist gar der Meinung, *„daß der Oberfeldwebel Müller allen Grund gehabt hätte, mit einer solchen milden Maßregelung für ein so gravierendes Dienstvergehen zufrieden zu sein, für das ich eine sehr viel strengere Ahndung für angebrachter hielte"* („FR", 15.7.).

Deutlicher kann die ganze künstliche Besorgnis der Bundeswehrführung über den Fall Kraushaar nicht entlarvt werden: Der chilenische Faschist erhält neben 'zig anderen Vertretern aus faschistischen Ländern Gelegenheit, seine Hetze in der Bundeswehr offen zu verbreiten. Der Feldwebel, der gegen die Verbreitung faschistischer Ideologie protestiert, wird bestraft.

Lateinamerika-Kommission

Jugoslawien plant wieder Waffenkäufe in den USA

Nach einer Meldung von „AFP" und der „Welt" vom 19.1.76 strebt Jugoslawien wieder Waffenkäufe in den USA an. Die USA-Imperialisten lieferten bereits 1951 bis 1961 Waffen im Wert von 750 Mio. Dollar, ehe die Revisionisten zu den sogenannten „Blockfreien" wechselten. Jugoslawien ist an *„komplizierten Systemen wie der Panzerabwehr, Boden-Luft-Raketen, Radaranlagen... und Marineausrüstung interessiert"*. Dazu kommentierte ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums vielsagend: *„Es gibt kein Land in Europa, in dem die Szenerie für eine Veränderung des Gleichgewichts der Kräfte besser geeignet wäre als Jugoslawien"* („Europäische Wehrkunde", 7/76).

Man sieht, die Imperialisten rüsten sich, das Gleichgewicht in Europa erneut zu ihren Gunsten zu verändern. Derart versumpfte Staaten wie Jugoslawien, die sich selbst auf dem Gebiet der Verteidigung in eine immer stärkere Rüstungsabhängigkeit von den USA begeben, kommen diesem strategischen Ziel der Imperialisten nur entgegen.

Schon wieder Strafen nach Teilnahme an 1. Mai-Demo

Der Gefreite P.H., der in diesem Jahr an einer 1. Mai-Kundgebung des DGB in Uniform teilgenommen hatte, wurde mit einer Disziplinarbuße von DM 50,- bestraft. Konkret wird ihm dabei vorgeworfen, daß er seine Uniform durch eine rote Nelke verändert hat und daß er zu lange Haare hatte. Bei der Gelegenheit wollte man ihm gleich noch eine 'reinhängen, weil er angeblich Soldatenzeitungen in der Kaserne verteilt haben soll, was er aber bestritt und ihm dieses nicht nachgewiesen werden konnte.
(Nach „die tat", 16.7.76)

Den zionistischen Besatzern keine Atempause!

Nach sechswöchiger relativer Ruhe in den besetzten Gebieten, die allerdings seit den Aufständen im Mai eher einem Polizei- und Militärlager gleichen, kam es am 1. Juli und den beiden folgenden Tagen zu neuen Streiks und Demonstrationen gegen die zionistischen Besatzer. Wieder gab es einen Toten.

Die Zionisten werden durch diese Aufstände, die die Weltöffentlichkeit zunehmend auf die unmenschliche Besatzerpolitik Israels aufmerksam machen, in gewisse Bedrängnis gebracht. Folge der Aufstände ist zunächst ein gesteigerter Terror Israels in den besetzten Gebieten. Gleichzeitig wird von angeblich „liberalen" Zionisten versucht, durch die Diskussion „friedlicher Lösungen" des Palästinenserproblems das Ansehen Israels aufzupolieren.

Streiks und Demonstrationen im Westjordanland

Anlaß für die erneuten Streiks der Kaufleute im Westjordanland war der Versuch der israelischen Regierung, ab 1. Juli 76 eine achtprozen-



Ein alltägliches Bild in den besetzten Gebieten: hier eine schwerbewaffnete Patrouille in Nablus

tige Mehrwertsteuer einzuführen, was zu erheblichen Preissteigerungen geführt und die Ladeninhaber gezwungen hätte, Geschäftsbücher zu

tige Mehrwertsteuer einzuführen, was zu erheblichen Preissteigerungen geführt und die Ladeninhaber gezwungen hätte, Geschäftsbücher zu

führen. Trotz des Kompromißvorschlages der israelischen Regierung, die Besteuerung um einen Monat aufzuschieben, protestierten am 1. Juli die arabischen Kaufleute mit dem Schließen ihrer Läden in nahezu totalem Streik. Selbst diese nun wirklich friedliche Aktion ist nach geltendem israelischen (Un)recht verboten.

Am selben und darauffolgenden Tag unterstützte die Bevölkerung durch Demonstrationen diesen Streik. Die Demonstrationen, die sich zunächst nur gegen die geplante Steuergesetzgebung gerichtet hatten, wurden sehr bald zu Protesten gegen die zionistische Besatzerpolitik sowie gegen den Überfall christlicher Milizen und syrischer Truppen auf das Palästinenserlager Tel Zataar in Beirut.

In Nablus eröffneten die israelischen Truppen das Feuer auf die Demonstranten. Die Demonstranten hatten sich gegen das Militär mit Steinen zur Wehr gesetzt und das israelische Finanzamt sowie die Niederlassung der israelischen Staatsbank in Brand gesetzt. Dabei wurde der 18-jährige Dschamal Shamir erschossen – das elfte Opfer, das auf antizionistischen Demonstrationen seit Mai d.J. erschossen wurde – rund 30 Demonstranten wurden schwer verletzt („Welt", 5.7.76).

Bewaffnete Aktionen

Neben den Streiks und Demonstrationen werden vom palästinensischen Widerstand laufend bewaffnete Aktionen durchgeführt.

Nach Angaben des israelischen Polizeiministers Hille waren es 1975 rund 170, davon 72 in Jerusalem. Dabei wurden 24 israelische Zivilisten, sieben Touristen und 14 Soldaten getötet. Unter den Widerstandskämpfern soll es 40 Tote gegeben haben und eine Vielzahl von Verhaftungen („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 20.5.76, „Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 21.5.76).

Die Zionisten gehen mit äußerster Brutalität gegen jeden verdächtigen Araber vor.

– Am 18.5. wurden an der Grenze zu Jordanien drei Araber erschossen, die die Grenze überquerten. Bei ihnen sollen mehrere Waffen gefunden worden sein (vor oder nach der Erschießung??) („Neue Hannoversche Presse", „NHP", 19.5.76).
– Mitte Juni erschossen israelische Soldaten einen arabischen Lastwagenfahrer. Angeblich wollte sich der 27-jährige Araber einer Verkehrskontrolle entziehen („Neues Deutschland", 19./20.6.76).
– Anfang Juli sind im Westjordanland mehr als 50 Araber festgenommen worden, unter dem Verdacht, Zellen der PFLP und Al Fatah anzugehören („NZZ", 14.7.76). Selbst die „NZZ" gibt zu, daß die politischen Gefangenen in der Regel in Administrativhaft genommen werden und jahrelang auf einen Prozeß warten müssen.
– Im Gaza-Streifen wurden im Juli ebenfalls 46 verdächtige Araber festgenommen. Die israelische Armee

hatte laut „Welt" vom 16.7.76 *„zwei Terroristenorganisationen"* entdeckt.

hatte laut „Welt" vom 16.7.76 *„zwei Terroristenorganisationen"* entdeckt.

Die palästinensischen Studenten rebellieren

Seit dem letzten Winter gibt es an den sechs Universitäten Israels offene Konflikte. Insgesamt gibt es etwa 1.600 arabische Studenten.

Die arabischen Studenten werden fast ebenso diskriminiert, wie die restliche arabische Bevölkerung:

– Sie können zwar Mitglied des Allgemeinen Studentenverbandes werden, dürfen aber keine eigene Studentenvereinigung bilden.
– Sie finden kaum eine Unterkunft; Juden vermieten nicht an arabische Studenten.
– Noch schwieriger ist die Suche eines Arbeitsplatzes. Bei zwei Bewerbern wird immer der jüdische – unabhängig von der Qualifikation – bevorzugt.

Im vergangenen Winter brach der erste Konflikt aus, als von den arabischen Studenten, die in Studentenheimen wohnten, ebenfalls der nächtliche „Wachtdienst" verlangt wurde. Damals erschienen Plakate wie: *„Wir sind ein integraler Teil der palästinensischen Nation. Wir können angesichts der sozialen und politischen Probleme dieser Nation nicht ruhig bleiben"*. (Zit. nach „FR", 3.7.76)

Die Proteste der arabischen Studenten werden zunehmend militanter. Ein Beispiel sind die Zusammenstöße zwischen arabischen und israelischen Studenten an der Hebräischen Universität Jerusalem im Mai. Damals protestierten die arabischen Studenten gegen die israelische Politik in den besetzten Gebieten („NZZ", 21.5.76).

Inzwischen setzt sich ein Teil der Studenten für einen „demokratisch-weltlichen Staat in ganz Palästina" ein, und nicht mehr für einen palästinensischen Staat Seite an Seite mit Israel.

Israel wollte sich mit den arabischen Studenten Kollaborateure heranziehen. In einem Artikel der Studenten heißt es:

„Wenn jemand geglaubt hat, daß die arabischen Bürger Israels als Sendeboten guten Willens zur Bevölkerung der besetzten Gebiete gehen werden, hat er sich gründlich geirrt. Wir fühlen uns unseren palästinensischen Brüdern draußen näher als den Juden in unserer Mitte". (zit. nach „Frankfurter Rundschau", 3.7.76).

Den sich für ihre Rechte einsetzenden palästinensischen Studenten wird von den Zionisten – ebenso wie hier von der bürgerlichen Presse („FR", 3.7.76) – glatt U n d a n k b a r k e i t vorgeworfen, schließlich hätte doch die zionistische Bewegung diese Universitäten ins Leben gerufen und würde sie finanzieren!

Ganz deutlich sprach dies der rechtsradikale Rabbiner Meir Kahane nach den Unruhen an der hebräischen Universität aus, während derer er die jüdischen Studenten anführte (!) (sonst leitet er in den USA den jüdischen Selbstschutzbund!!): *„Was Sie hier gesehen haben, zeigt offen und deutlich, wie die Araber in Wirklichkeit über diesen Staat denken"*. Die einzige Lösung für dieses Problem könne darin bestehen, alle Araber *„aus diesem Land und den befreiten arabischen Gebieten"* auszuweisen und in andere arabische Staaten zu schicken (zit. nach „NZZ", 21.5.76).

„Ein ungewöhnlich selbstkritischer israelischer Kommentar"

Unter dieser Vorbemerkung druckte die „Frankfurter Rundschau" vom 15.7.76 einen Artikel der israelischen Tageszeitung „Haaretz" ab, der sich mit der „Zukunft" des von Israel besetzten Westjordanlands befaßt.

Worum geht es in diesem „selbstkritischen" Artikel?

Zunächst wird festgestellt, daß die Unruhen im Westjordanland nicht mehr als organisierte Aktionen einiger Terroristen hingestellt werden könnten, sondern daß sie *„mit vollem Recht als Volksbewegung bezeichnet werden"* müßten. Selbst das schärfste Vorgehen der israelischen Besatzer werde auf Dauer erfolglos bleiben. Schon jetzt stehe man vor einer Beinahe-Kriegssituation, ...was, wenn das Volk zu den Waffen greifen würde?

de?



Im Mai machten die Israelis aus der Altstadt von Nablus ein Gitter-Getto, um die Palästinenser besser kontrollieren zu können. Trotz Einspruches des arabischen Bürgermeisters wurden die Gitter nicht entfernt.

Der so „liberale" Verfasser des Artikels stellt also zunächt einmal die politischen Realitäten fest, und diskutiert auf diesem Hintergrund, ob die Unterdrückung der Palästinenser auf kurze oder lange Sicht eine gute oder eine schlechte Sache für den zionistischen Staat sei.

Es werden Fragen aufgeworfen wie:

Schaden eine zu brutale Unterdrückung und zuviele palästinensische Tote dem zionistischen Ansehen in der Welt?

Sind Methoden, wie Moshe Dayan sie vorschlägt, wirklich erfolgversprechend, nämlich die arabischen Massen dadurch „positiv zu beeinflussen", daß man ihnen Wasser, Gas und Elektrizität entzieht?

Sind mit den Besiedlungsplänen des Außenministers Allon (vergl. AK 82) die besetzten Gebiete wirklich zu halten?

Der Verfasser meint, der Happen wäre zu groß, und zwar deshalb, weil für die *„haschemitische Lösung"* der *„jordanische Partner"* fehlt!

Hieran kann man sehen, daß ein selbstkritischer, „liberaler" Zionist von einem rechtsradikalen Zionisten wie dem Rabbiner Meir Kahane gar

wie dem Rabbiner Meir Kahane gar

nicht so weit entfernt ist. Unter *„haschemitischer Lösung"* wird nämlich verstanden, a l l e Araber aus den besetzten Gebieten zu vertreiben, und um das zu ermöglichen, ist bekanntlich der brutalste Terror gegen die palästinensche Bevölkerung notwendig.

Allerdings fehlt seit August 68 hierfür der *„jordanische Partner"*. Damals schloß König Hussein, der sich im September 70 als Palästinenser-Schlächter einen traurigen Namen machte, die Brücken über den Jordan, aus Angst, mit den Palästinensern nicht mehr fertig zu werden. (Noch heute wird allerdings von der Ausweisung einzelner Araber oder Arabergruppen reichlich Gebrauch gemacht. Sie werden mit Waffengewalt über den Jordan getrieben.)

Bei welcher Lösung rechnet sich der „selbstkritische" Zionist nun die meisten Vorteile für die Zionisten aus? Er möchte T e i l e des Westjordanlands (*„die wir aufzugeben beabsichtigen"*) an die gewählten Bürgermeister übergeben. Schließlich könnte es sein, daß die Bürgermeister zu *„Wächtern der Unabhängigkeit gegenüber den Terrororganisationen werden"* und, falls sie einen zu PLO-freundlichen Kurs steuerten, wäre es möglich, daß *„König Hussein nicht zögern wird, einer Einladung der Bürgermeister nachzukommen (und die*

werden" und, falls sie einen zu PLO-freundlichen Kurs steuerten, wäre es möglich, daß *„König Hussein nicht zögern wird, einer Einladung der Bürgermeister nachzukommen (und die*

jordanische Armee zu schicken) und auf diese Weise seine Herrschaft sicherzustellen" (alle Zitate nach „FR" v. 15.7.76).



Schüler in der von den israelischen Zionisten besetzten Stadt Bethlehem hissen die palästinensische Flagge

Der von der „Frankfurter Rundschau" als *„ungewöhnlich selbstkritisch"* gelobte „liberale" Zionist entpuppt sich als geschickterer Palästinenserschlächter als seine rechtsradikalen Kumpanen wie Allon. Wenn schon keine „haschemitische Lösung" östlich des Jordan durch die Vertreibung aller Palästinenser aus dem besetzten Westjordanland möglich war, damit der Haschemiten-König jenseits des Jordans das Geschäft der Unterdrückung der Palästinenser den Zionisten' abnimmt, dann soll Hussein dieses blutige Geschäft in einem T e i l Westjordaniens vornehmen. Israel könnte sich die Hände in Unschuld waschen, nachdem man in diesen Gebieten die Palästinenser aus dem gesamten besetzten Westjordanien zusammengetrieben hätte!

Mit keinem Wort erwähnt der „liberale" Zionist bezeichnenderweise die übrigen besetzten Gebiete, wie z.B. den Gaza-Streifen. Das wundert nicht, denn dort hat Israel z.Zt. die palästinensischen Massen durch bestialischen Terror noch unter Kontrolle.

Der Jude Israel Shahak, Vorsitzender der israelischen „Liga für Menschenrechte", einer in Israel starken Repressionen ausgesetzten antizionistischen Menschenrechtsorganisation, beschreibt die Besatzerpolitik im Gaza-Streifen so:

„So wurde der Gaza-Streifen zum Konzentrationslager (das wie Konzentrationslager durch elektrischen Stacheldraht umzäunt ist), das ‚bewacht' wird von jüdischen Siedlungen im Rafahgebiet und von ‚jüdischen Fingern'; diese sind die Kibbutzim, die von Moshe Dayan und Arik Scharon im Streifen ‚eingepflanzt' wurden." (zit. nach „3. Welt-Magazin", 5/6, 1975)

Nahost-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

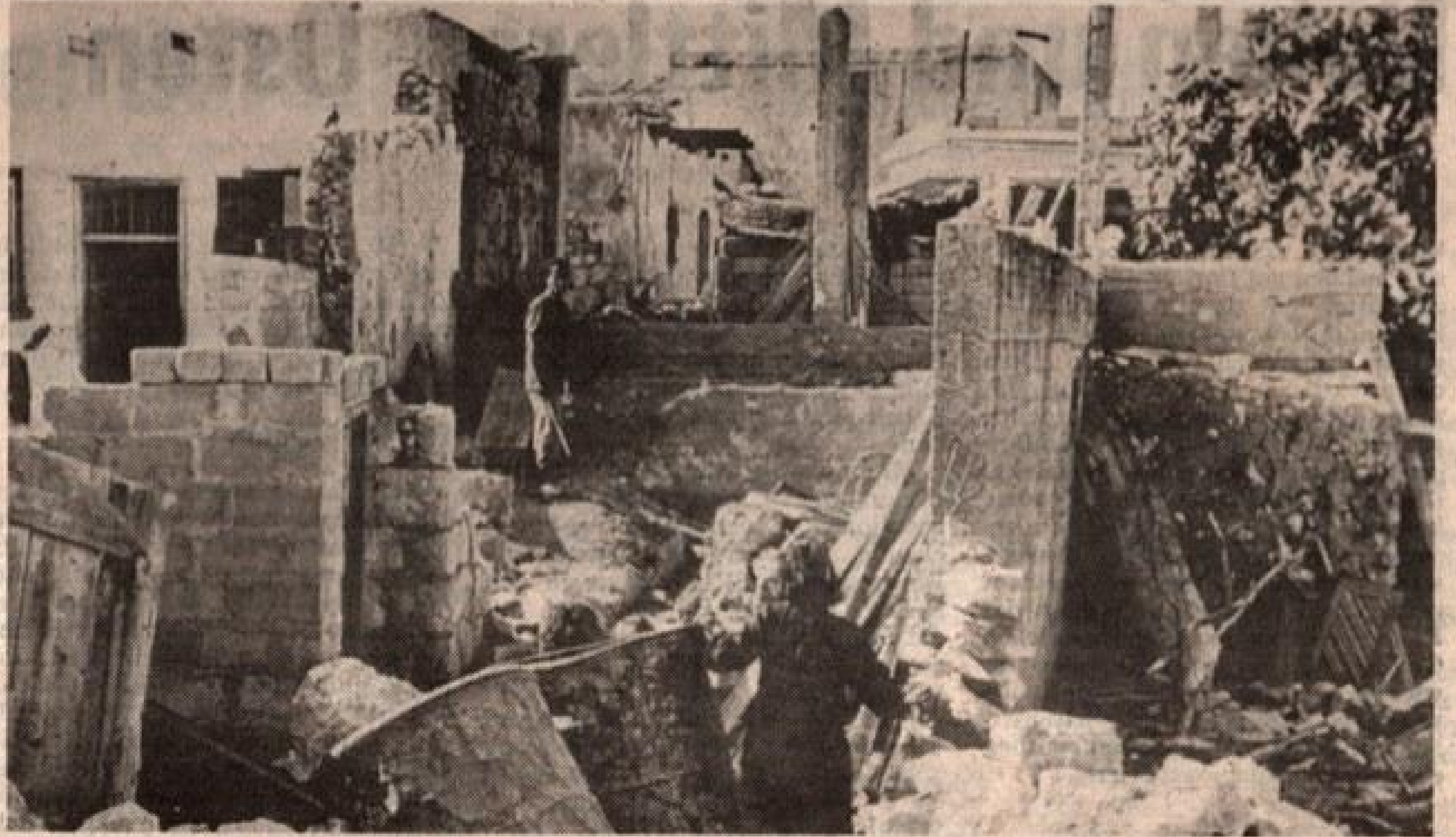
Israel verletzt ständig Genfer Konvention

Während Israels Gangstercoup in Entebbe in der bürgerlichen Presse seitenlang bejubelt wird, werden dem jahrelangen Terror Israels in den besetzten Gebieten nur hin und wieder winzige Artikel gewidmet.

In dem am 1. Juli veröffentlichten Jahresbericht des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) wird darauf hingewiesen, daß die Genfer Konvention von Israel auch in den besetzten Gebieten angewendet werden müsse und nicht einseitig von Israel außer Kraft gesetzt werden könne („Frankfurter Rundschau", (FR), 2.7.76).

In dem Bericht wird moniert, daß die israelischen Sicherheitskräfte auch 1975 die Zerstörung von Häusern weitergeführt hätten, und zwar seien 57 Häuser zerstört und elf zugemauert worden, wovon insgesamt 300 Menschen betroffen wurden. Dahinter verbirgt sich folgendes: Die Zerstörung von Häusern wird in den besetzten Gebieten als *eine* Form der Kollektivstrafe angewandt. Verhaften die Besatzungsbehörden einen „Verdächtigen", so wird in der Regel die Order erteilt, das Haus zu zerstören, in dem der „Verdächtige" wohnte, dies vor der Anklageerhebung und unabhängig davon, ob das Haus dem „Verdächtigen", seinen Eltern oder sonstwem gehört.

1970 legte die „Israelische Liga für Menschenrechte" (siehe Artikel in diesem AK) dem *„Sonderkomitee der UNO zur Untersuchung der israelischen Praktiken, welche die Menschenrechte berühren, in den von Israel okkupierten Gebieten"*, das bis heute keine Einreiseerlaubnis nach Israel bekommen hat, einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen vor, der auf *verstreuten Zeitungsmeldungen in der zionistischen Presse beruhte* und von Augenzeugen bestätigt worden war.



Kollektivstrafe: Häuserzerstörung in den besetzten Gebieten — zur Einschüchterung der palästinensischen Bevölkerung



Räumung arabischer Geschäfte

Hieraus einige Angaben, die sich auf Häusersprengungen beziehen: *„Verteidigungsminister Moshe Dayan ist für die israelischen Praktiken in den besetzten Gebieten persönlich verantwortlich. Seine Antwort auf die Anfrage des Parlamentsmitgliedes Uri Avneri bezüglich der Sprengung eines Hauses, in dem Aida Isa Saad wohnte, das aber weder ihr noch ihren Eltern gehörte, in dem sie zur Miete wohnten: Das Haus wurde am 20.3.1969 gesprengt. („Zot Ha Derech", 14.5.1969). M. Dayan bestätigte, daß die Militärbehörden das Haus tatsächlich sprengten. Als er von Avneri gefragt wurde: ‚Handelt das Verteidigungsministerium in solchen Fällen nach dem Grundsatz der kollektiven Verantwortlichkeit der ganzen Familie für eines seiner Mitglieder?', antwortete Dayan ‚Ja'!"* („3. Welt Magazin" 5/6 76, S. 34).

Nach diesem Bericht sind in den besetzten Gebieten in der Zeit von Juni '67 bis zum 15.11.69 in 18 Orten insgesamt 7.554 Häuser zerstört worden, auf den Golanhöhen zusätzlich 17 Dörfer!

„Neben dieser Art von Bestrafung gibt es eine ganze Reihe kollektiver Bestrafungen. Möchte jemand die ganze Gegend von Hebron bestrafen? Der Transport von Weintrauben wird für die Erntezeit auf den Straßen verboten bis schließlich die ‚Notablen' vor dem Militärgouverneur auf die Knie fallen." (Israel Shahak, „3. Welt Magazin", 5/6 76, S. 8).

Die israelischen Behörden zeigen bei den kollektiven Bestrafungen einen großen Einfallsreichtum. An der Tagesordnung sind außer Häusersprengungen Schikanen gegen ganze Dörfer: Geiselnahmen, Ausweisungen palästinensischer Führer und „Verdächtiger", — und zwar bei Nacht und Nebel, ohne Gerichtsverfahren und mit Waffengewalt —, Ausgangssperren usw.

Das Schweigen über den tagtäglichen Terror Israels gegen die palästinensische Bevölkerung muß gebrochen werden!

Nahost-Kommission

Die „Israelische Liga für Menschenrechte"

Die „Liga" wurde 1935 gegründet mit dem Ziel, für die Menschenrechte der Juden u n d Araber zu kämpfen, die in Palästina unter britischem Mandat lebten.

Mit der Staatsgründung Israels änderte sich das Ziel der „Liga". Sie setzte sich nun vorwiegend für die Araber ein, die im Staat Israel seit jeher schärfstens diskriminiert wurden. Nach 1967, als der rassistische und faschistische Charakter des Zionismus an dem offen terroristischen Vorgehen gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten immer deutlicher wurde, verstärkte die „Liga" ihre kritischen Aufklärungskampagnen über die ständigen Menschenrechtsverletzungen durch den zionistischen Staat, sowohl innerhalb Israels wie auch im Ausland.

Die „Liga" ist ein Zusammenschluß auf rein humanistischer Ebene; sie hält sich bewußt aus der „Politik fern" und sieht ihre Aufgabe darin, beweisbares Material über die Unterdrückung der Araber zur Verfügung zu stellen, wie z.B. den Bericht an die Sonderkommission der UNO.

In Israel hat die „Liga" zu verschiedenen Anlässen Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. Der größere Teil der rund 900 Mitglieder sind Araber, im geschäftsführenden Ausschuß sitzen fünf Palästinenser neben neun Juden.

Seit 1972 versucht die israelische Regierung verstärkt, die Arbeit der „Liga" zu verhindern. Zunächst plante sie, durch einen Handstreich die Führung der „Liga" an sich zu reißen. Zur öffentlichen Jahresversammlung der „Liga" wurden 500 Mitglieder der „Arbeiterpartei" geschickt, die auf der Stelle aufgenommen und Stimmrecht erhalten wollten. Dies wurde von der Versammlung abgelehnt, ein Gerichtsstreit ist noch anhängig. Anschließend drangen zahlreiche Mitglieder der Jugendorganisation der „Arbeiterpartei" verdeckt in die „Liga" ein und kandidierten Anfang des Jahres gegen den bisherigen Vorsitzenden Dr. Israel Shahak. Auch dieser Anschlag wurde abgewehrt: Shahak erhielt fast 2/3 aller Stimmen.

Die Mitglieder der „Liga" werden des „Pro-Arabismus" — in Israel d a s Kapitalverbrechen überhaupt — beschuldigt. Sie laufen ständig Gefahr, verhaftet zu werden. In der Presse hagelt es Angriffe, vor allem gegen den Vorsitzenden Dr. Shahak.

Shahak bekennt sich als gläubiger Jude vorbehaltlos zum Judentum und vertritt die Meinung, der Zionismus schade dem wahren Judentum als eine Spielart des Rassismus genauso wie der Antisemitismus. Dabei grenzt sich Shahak gegen jede Form des „Terrors" — ob von Seiten Israels oder arabischer Seite — entschieden ab und stellt damit demagogisch den gerechten Befreiungskampf der Palästinenser auf eine Stufe mit der imperialistischen Eroberungspolitik des Zionismus. Shahak geht dabei sogar soweit, palästinensische Forderungen nach einem demokratischen Staat in ganz Palästina (in dem Araber und Juden gleichberechtigt nebeneinander leben) als *„Zumutung"* abzulehnen, da diese Forderung *„einseitig"* von Palästinensern erhoben würde.

Das alles schützt Shahak allerdings keineswegs vor zionistischer Hetze. So veröffentlichte die israelische Zeitung Ha'aretz z.B. unter der Überschrift *„Die Shahak Affaire"* Ende 1974 einen Artikel Rubinsteins, in dem es u.a. über Shahak hieß:

„Viele von uns betrachten seine Aktivitäten ... als eine geistige Perversion, als etwas so abscheuliches, daß überhaupt keinen Kommentar verdient ... Sein Stil ist primitiv, aber dieser Stil wird heute als der aufrichtige Ausdruck sozialen und nationalen Entsetzens akzeptiert. Deshalb dürfen meiner Meinung nach die proterroristischen Kampagnen Shahaks nicht unterschätzt werden... Staatsbürgerschaft impliziert eine gegenseitige Beziehung zwischen der Pflicht des Bürgers, loyal zu sein, und der Pflicht des Staates, seinen Bürgern Schutz zu gewähren... Nach einer gut bekannten Regel steht (Shahak) die israelische Staatsbürgerschaft nicht zu ..."

Ersetzt man *„israelisch"* durch *„deutsch"*, der Text könnte aus „Mein Kampf" abgeschrieben sein.

Anzumerken bleibt noch, daß Rubinstein Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Tel Aviv ist, als *„radikalliberal"* gilt und die israelische „Bürgerrechtsbewegung" mit gegründet hat!

(Angaben und Zitate nach „3.Welt-Magazin", 5/6 1975 und 1/2 1976)

Nahost-Kommission

Zionismus und Hitler-Faschismus

Daß der Rassismus in der Politik des Zionismus einen ähnlich hohen Stellenwert besitzt wie der Antisemitismus ehemals in der Politik des Hitler-Faschismus, wird an den beiden unten abgedruckten Karrikaturen deutlich.

Beide stammen von einem gewissen Hicks. Die erste entstand 1941 im Solde des Hitler-Faschismus, die zweite im Zusammenhang mit der rassistischen Hetze gegen die Araber während der Ölkrise für Springers „Welt". Nachgedruckt wurde die zweite Karrikatur in einer rassistischen Propagandabroschüre des israelischen Informationszentrums, die u.a. kostenlos auf Flughäfen verteilt wird.

Die Broschüre enthält im übrigen v o r w i e g e n d Karrikaturen aus Zeitungen der BRD — auch hier ist der Rassismus längst ein Mittel der imperialistischen Politik geworden (bzw. geblieben!). (Karrikaturen aus „3. Welt-Magazin", 1/2, 1976).

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Hicks-Karikatur aus „Hamburger Illustrierte" aus dem Jahr 1941 mit dem Titel „Jüdische Emigranten"...



Hicks-Karikatur aus „Die Welt" vom 1.12.73, nachgedruckt in Caricatures from the World Press, Oil, Arab Terror, Detente, 1, Israel Information Centre

BRD-Imperialismus verstärkt Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen und Mittleren Osten

Während der BRD-Imperialismus sich aus den gut florierenden Waffengeschäften mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens noch weitgehend heraushält bzw. ein allzu offensichtliches Engagement hier im Augenblick nicht opportun erscheint, wächst der wirtschaftliche Einfluß gerade in den letzten Jahren ständig. Direktinvestitionen und Exporte konnten schon 1974 erheblich gesteigert werden. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die jetzt bekannt gewordenen „ersten" Ergebnisse der Reise Wischnewskis an den Persischen Golf im Mai vergangenen Jahres sowie die Lieferung zweier Kernkraftwerke an den Iran. Die wirtschaftlichen Beziehungen zum Irak wurden ebenfalls erheblich verbessert.

Kräftige Stützen für die BRD-Wirtschaft

„Die Öl-Milliarden und ein wachsender Markt von 240 Millionen Menschen in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens bilden bis in die achtziger Jahre kräftige Stützen für ein überproportionales Wachstum von Exporten aus der Bundesrepublik und für gemeinschaftliche große Industrievorhaben", stellte die „Welt" (10. 5. 75) zur Vorlage des Jahresberichtes 1974 des Nah- und Mittelostvereins fest.

Schon 1974 erreichten die Direktinvestitionen einen Gesamtbetrag von 442 Mio. DM, der größte Teil davon in den reaktionärsten Regimes, die eine ungezügelte Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte gewährleisten. So entfällt die Hälfte aller Investitionen allein auf das faschistische Schahregime. Länder wie z. B. Tunesien, in denen die Arbeiterklasse über keinerlei Rechte verfügt, werden als „Billiglohnländer" genutzt. Dort errichteten allein in den letzten drei Jahren 42 westdeutsche Firmen – vor allem aus der Bekleidungs-, Schuh- und Lederverarbeitungsindustrie – Produktionsstätten. („Frankfurter Rundschau" - „FR", 14.7.). Weitere Projekte befinden sich im Bau, während in Westdeutschland gerade in diesen Industrien massenhaft Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden.

Besonders erwünscht von Seiten der arabischen Bourgeoisien sind Investitionen in den Bereichen Petrochemie, Bau und Stahlherstellung. Die gesamten BRD-Exporte in den Nahen Osten stiegen 1974 von 5,2 auf 9,5 Mrd. DM an, was einer Steigerung von über 80 % entspricht („Welt", 10. 5. 75). Im ersten Vierteljahr 76 lag der Gesamtexport schon bei 3,8 Mrd. DM („Süddeutsche Zeitung"; „SZ", 29/30.5.76).

Irak

Das wichtigste Abnehmerland westdeutscher Exporte ist der I r a k, und daß, obwohl der Irak noch vor wenigen Jahren offiziell ein Boykott des westdeutschen Imperialismus wegen seiner prozionistischen Haltung propagierte.

Die irakische Zusammenarbeit mit dem (und damit teilweise Abhängigkeit vom) westdeutschen Imperialismus sagt einiges über den Charakter der „irakischen Revolution" aus, wenn auch der Irak bisher konsequent die palästinensischen Freiheitskämpfer unterstützt hat.

Schon 1975 führte der Irak aus der BRD Waren im Wert von 2,5 Mrd. DM ein, das entspricht etwa einem Viertel (!) der bundesdeutschen Exporte in den Nahen und Mittleren Osten. U. a. wurden 10.000 Mercedes LKW geliefert, von BBC bzw. KWU/AEG wurden zwei Kraftwerke gebaut. Mannesmann ist am Bau einer Erdölpipeline beteiligt und baut eine Erdölentschwefelungsanlage („Welt", 1. 4. 76).

Im ersten Vierteljahr 76 machten die Exporte in den Irak immerhin schon 560 Mill. DM aus („SZ", 29./30. 5. 76). Ein Großauftrag zur Errichtung einer schlüsselfertigen Zellstoff- und Papierfabrik ist für rund 502 Mill. DMeinem deutsch-schweizerischen Firmenkonsortium übertragen worden („SZ", 5. 4. 76).

Die Golfstaaten

Im Mai 75 reiste Staatsminister Wischnewski durch drei reaktionäre Feudalstaaten am Persischen Golf: die Vereinigten Emirate, Quatar und Oman. Dabei ging es um eine Verbesserung der diplomatischen Beziehungen, um einen Ausgleich der Bonner Zahlungsbilanz (die BRD bezieht aus diesen Staaten rund 9 % ihres Erdöls, ihre Handelsbilanz ist mit 1,3 Mrd. DM negativ) und – nicht zuletzt – um eine stärkere Einflußnahme in der militärisch und politisch wichtigen Zone am Persischen Golf. („Welt", 10. 5. 75).

Konkrete Abmachungen brachte der Besuch Wischnewskys nicht unmittelbar. Interesse an einer Zusammenarbeit bestand vor allem in Oman. In Oman waren zu diesem Zeitpunkt bereits m e h r als 350 Westdeutsche tätig, und zwar bei Projekten des Straßenbaus, bei Fernseh-Anlagen und Hafen-Erweiterungen („Welt", 21. 5. 75). In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Iran, der seit Jahren von der BRD durch militärische Ausbildungshilfe und Beratungsdienste beim Ausbau seiner Rüstungsindustrie unterstützt wird, in Oman seit 1973 eine 3.000 Mann starke Invasionstruppe eingesetzt hat, die Sultan Quabus bei der Niederschlagung der „Volksfront für die Befreiung Omans" („PFLO") unterstützt.

Mitte Juli wurde bekannt, daß sich nun – mehr als ein Jahr nach dem Besuch Wischnewskys – eine engere Zusammenarbeit gerade mit Oman anbahnt.

Am Wochenende sind Sultan Quabus und Bundeswirtschaftsminister Friderichs in Bonn zusammengetroffen. In den „vertraulichen" Gesprächen ging es um einen G e n e r a l e n t w i c k l u n g s p l a n für Oman, den westdeutsche Firmen für das Land am Persischen Golf aufstellen sollten. („FR", 19. 7. 76). Die BRD will zunächst einen Infrastrukturplan entwerfen, nach dem dann das Land industrialisiert werden soll, eine langfristige Angelegenheit also.

Daß die Bundesrepublik dabei eine Befreiungsfront nicht gebrauchen kann, liegt auf der Hand, und es ist zu vermuten, daß es nicht bei rein wirtschaftlichen Beziehungen bleibt.

Aber, eine Hand wäscht die andere, die guten wirtschaftlichen und politischen und die versteckten militärischen Beziehungen der BRD zum faschistischen Schah-Regime sollen dies Probelm lösen. Fürs erste hat der Schah die militärische Dreckarbeit gegen das Volk von Oman übernommen!

Kernkraftwerke für den Iran

Die westdeutsche Kernkraftindustrie hat – nach Verträgen mit Südafrika und Brasilien – mit einem dritten „Außenposten der westlichen Zivilsation", mit dem faschistischen Schah-Regime, einen Vertrag über die Lieferung zweier Kernkraftwerke abgeschlossen. Das B a r geschäft hat ein Volumen von 11 Mrd. DM („Welt", 3./4. 7. 76).

Den Bau der beiden 1.300 Megawatt (MW)-Kernkraftwerke führt die Kraftwerk Union AG (KWU) aus. Die Leistung beider Kraftwerke ist mit der das Kernkraftwerkes Biblis zu vergleichen (Block A: 1.200 MW, Block B: 1.300 MW), Reaktoren mit einer Leistung über 1.300 MW sind bisher in der BRD noch nicht gebaut worden.

Die Bauarbeiten einschließlich der gigantischen Infrastrukturprogramme und der Kühlwasserwerke werden von einer bundesdeutschen Arbeitsgemeinschaft unter Federführung der Hochtief AG übernommen.

Schon seit 1967 ist der Iran im Besitz eines Forschungsreaktors seit dieser Zeit bestehen Verträge mit der US-Atomenergiebehörde über die Lieferung von Reaktorbrennstoff für zwei 1.200 Megawatt-Reaktoren.

Der Schah betonte 1973, *„daß Erdöl auf längere Sicht als Energieträger zu kostbar sei und als Rohstoff für die chemische Industrie konserviert werden müsse. Auch sein Land würde so schnell wie möglich in erheblichem Umfang Kernenergie produzieren"* („Newsweek", 21. 5. 73, zit. nach „3. Welt Magazin", 1/2 76, S. 56).

Tatsache ist jedoch, daß der Iran sich in absehbarer Zeit mit den Kernkraftwerken in die Lage versetzen will, K e r n w a f f e n s e l b s t herzustellen, denn:

1. Auch wenn betont wird, daß der Bau der Reaktoren „friedlichen" Zwecken diene, ist dies schon deshalb unglaubwürdig, weil in der Kerntechnik „zivile, friedliche" von „militärischen" Programmen gar nicht getrennt werden können.
2. In der bürgerlichen Presse wird gern hervorgehoben, daß der Schah gar nicht den gesamten Brennstoffzyklus geliefert bekomme. Die beiden „sensitiven" Technologien, die Anreicherungsanlage für Natururan – Voraussetzung für die Herstellung der Brennstäbe u n d für das für Nuklearwaffen notwendige Plutonium – und die Wiederaufbereitungsanlage für Brennstäbe würden gar nicht mitgeliefert („FR", 3. 7. 76)!

Mindestens seit 1973/74 besitzt der Iran jedoch Anteile an der Urananreicherungsanlage „Eurodif", (Standort Frankreich), von der er zukünftig 20 %der Produktion abnehmen muß.

Der Bau von regionalen Aufarbeitungszentren – möglicherweise unter Beteiligung von der Bundesrepublik und möglicherweise mit Standpunkt im Iran (!!) – sind im Gespräch („Welt", 3./4. 7. 76).

Um eventuellen Kritiken in der Bundesrepublik vorzubeugen, wurde der Vertragsabschluß erst jetzt breiter in der Presse bekannt gemacht. Unter Dach und Fach ist er mindestens schon seit 1974, denn schon im November 74 berichteten iranische Quellen über den Kauf von Reaktoren in der Bundesrepublik („3. Welt Magazin", 1/2, 76, S. 56), beim Besuch des Bundeswirtschaftsministers Friderichs im Juli 1975 befanden sich die Bauarbeiten sogar schon in vollem Gange („SZ", 29. 7. 75, zit. nach „3. Welt Magazin").

Falls aber immer noch einige Gruppen – wie z. B. die Jungsozialisten („FR", 7. 7. 76) – meinen, daß es eine bedenkliche Entwicklung sei, „reaktionären Diktaturen" auf der Erde durch die Lieferung von Reaktoren in den Stand zu setzen, Atomwaffen herzustellen, so wird von der Bundesregierung eine andere Karte aus der Tasche gezogen:

Der iranische Großauftrag sichere 12.000 Arbeitsplätze auf sechs Jahre („Welt", 3./4. 7. 76), schon das etwas zu schleppende Genehmigungsverfahren hätte die Gefahr von Kurzarbeit heraufbeschworen („FR", 3. 7. 76). Diesen Leuten ist kein Argument zu schade, wenn es um die Rechtfertigung ihrer Verbrechen gegen die Völker der 3. Welt geht.

Nahost-Kommission

„Mittlerweile hat sich eine gewisse Routine eingespielt"

Seit einigen Jahren (!) finden jährlich zweimal (!) Gespräche zwischen der Bundesrepublik und Israel „auf hoher Ebene" statt. Vor gut einem halben Jahr besuchte Genscher Israel, am 23./24.6.1976 kam sein Amtskollege Allon nach Bonn. *„Mittlerweile* (habe) *sich eine gewisse Routine eingespielt"*, kommentierte der Israelische Rundfunk (24.6.76) den Besuch (zit. nach „Monitor-Dienst", Juni/Juli 1976).

Worum ging es bei diesen Gesprächen unter „alten Freunden"? – Isreal, das zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät, will vor allem seine negative Zahlungsbilanz durch Finanzspritzen aus der BRD ausgleichen.

Hauptzweck der Reise war, zu versuchen, *„eine Anleihe in Höhe von mehr als 650 Millionen Dollar* (!) *von einem Konsortium europäischer Banken zu erhalten. Es ist offensichtlich, daß die deutschen Banken den Mittelpunkt eines solchen Konsortiums bilden"* (Israelischer Rundfunk, 24.6.76, zitiert nach „MD", („Monitor-Dienst") Juni/Juli 76.).

Zusätzlich möchte Israel seinen j ä h r l i c h e n „Kredit" aus Bonn, der inzwischen 140 Millionen DM pro Jahr beträgt, auf 250 Millionen DM (!) erhöht wissen („Neues Deutschland", „ND", 24.6.76).

Noch am 24.6. wurde zwischen Israel und der BRD ein Investitionsförderungsabkommen geschlossen, ein Kapitalhilfeabkommen soll im Juli folgen. Sicher wird dem zionistischen „Bollwerk des Westens im Vorderen Orient" von seinen Freunden hier in der BRD eine kräftige Finanzsspritze nicht verwehrt werden, denn ohne laufende Milliardenzahlungen aus dem Ausland wäre der zionistische Staat überhaupt nicht lebensfähig.

Nahost-Kommission

Israelische Waffenexporte im letzten Jahr erheblich gestiegen

Israel legt großen Wert auf den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie. Inzwischen konnten die Rüstungs-e x p o r t e erheblich gesteigert werden. *„Sie waren 1975 doppelt so hoch, wie 1974 und machten 30 % der gesamten isrealischen Rüstungsproduktion aus"* (Israelischer Rundfunk, 15.6.1976, zitiert nach „Monitor-Dienst", Juni/Juli 1976).

Der Waffensystemhersteller der israelischen Luftwaffenindustrie, das Mabat-Unternehmen – es stellt u.a. Gabriel-Raketen und Flugabwehrraketen her – hat in diesem Jahr bisher seine Exporte im Vergleich zu 1975 *verdreifachen* können. Die diesjährigen Exporte werden 100 Mio israelische Pfund ausmachen (Israelischer Rundfunk, 24.3.76, s.o.).

Die Lieferungen gehen u.a. nach Südafrika und in den Iran (vergl. Artikel dazu im Afrika-Komplex).

Nahost-Kommission

Briten räumen Luftstützpunkt in Oman

Bis April 1977 will die britische Luftwaffe ihren Stützpunkt auf der Insel Masira und den Militärflughafen Sallalah in Oman räumen. Ein entsprechendes Abkommen schloß Sultan Quabus – feudaler Tyrann über Oman und Dhofar – im Juni mit der englischen, Regierung bei seinem Besuch in London.

In einer Erklärung wies das Außenministerium in Oman darauf hin, daß die Räumung der Stützpunkte n i c h t den Abzug britischer Techniker und Piloten bei der omanischen Luftwaffe bedeute und *„in keiner Weise die freundschaftlichen Beziehungen"* mit England beeinträchtige („Neue Zürcher Zeitung", 21.7.76).

Britische Piloten werden also weiter ihre Bombenangriffe auf die Bevölkerung, vor allem in Dhofar, fliegen.

Die Räumung der Stützpunkte soll Quabus anscheinend von dem Geruch befreien, als eine der widerlichsten Marionetten des Imperialismus völlig abhängig zu sein von äußerer Unterstützung: Neben britischen Verbänden stehen Tausende iranischer Soldaten im Land, um Quabus vor „seinem" Volk zu schützen. In den Augen wahrer arabischer Nationalisten wird dieser Schachzug Quabus nichts nützen, aber für Leute vom Schlage eines Sadat macht ihn das „salonfähig".

Nahost-Kommission

Makabres Amnestieangebot

Angeblich erklärte der Schah eine Amnestie für alle bisher nicht erkannten „Terroristen" („Süddeutsche Zeitung", 6. 7.). Wer hinfort den Kampf sein lasse, dem solle durch die Amnestie die Rückkehr in ein „normales Leben" ermöglicht werden.

Unter allen fantastischen Märchen, die die „Weiße Revolution" bereits produzieren sollte, ist dieses „Angebot" sicher eines der scheinheiligsten. Im Iran selbst gehen die Mörder der Savak, der dem Schah direkt unterstellten Geheimpolizei, immer mehr dazu über, Oppositionelle auf der Straße und in ihren Häusern direkt zu erschießen, weil die Militärgerichtsprozesse hinter verschlossenen Türen weltweites Aufsehen erregen könnten. Andererseits sind in der letzten Zeit bewaffnete Kämpfe revolutionärer Organisationen angewachsen, und es wurden z. B. eine Reihe von führenden Savak-Schergen und andere für Mord und Terror verantwortliche Polizeiführer hingerichtet, darunter:

- Major Niktab, Savak-Folterer, Ende 1974 durch die „Feddayan des Volkes",
- Hauptmann Nourouzi, Kommandeur der Wachen der Technischen Universität Teheran und verantwortlich für die Bespitzelung der Studenten, im März 1975 durch die „Feddayan des Volkes",
- Abbas Shahriari, einer der wichtigsten Savak-Agenten, ebenfalls im März 1975 durch die „Feddayan des Volkes". Shahriari hatte sich als Savak-Agent ins ZK der revisionistischen Tudeh-Partei geschlichen und zahlreiche Genossen dieser Partei und andere revolutionärer Organisationen den Mördern des Schahs ausgeliefert,
- General Zandipour, Direktor eines Gefängnisses, im März 1975 durch die „Modjaheddin Khalgh",
- zwei amerikanische Militärberater im Mai 1975 durch die „Feddayan des Volkes" aus Protest gegen die Erschießung von neun politischen Gefangenen im Iran. (Zusammenstellung nach „Iran-Report", Dezember 1975, Herausgeber CISNU, 6 Frankfurt/M. 16, Postfach 16 247).

Unter diesen Vorzeichen – dem ungezügelten Mordterror des Schahs gegen jede oppositionelle Regung, aber auch dem erfolgreichen Anwachsen des bewaffneten Widerstandes – wird der Schah selbst nicht glauben, daß sein „Amnestieangebot" Unsicherheit in die Reihen der Linken trägt, wohl auch kaum bei den Reformisten, die immer gern bereit sind, Zeichen der Besserung zu sehen. Das ganze „Amnestieangebot" zielt auf die internationale bürgerliche Presse, die es im Sinne der Image-Pflege des Schah-Regimes breit treten soll, nachdem in der letzten Zeit sogar in der bürgerlichen Presse immer mehr zu lesen war, daß sich hinter der Fassade der „Weißen Revolution" nackter Terror verbirgt.

Nahost-Kommission



afrika aktuell

Südafrika und Israel Zwei Seiten einer Medaille

Seit der offenen Aggression der israelischen Zionisten in Uganda ist in der Weltöffentlichkeit erstmals die grenzenlose Feindschaft der Israelis gegen das schwarze Afrika offen zum Ausdruck gekommen.

Gerade in diesem Zusammenhang lohnt es sich, einmal die seit langem bestehende enge Freundschaft der Zionisten mit den Rassisten der RSA (sog. „Republik Südafrika") zu beleuchten. So gehörte die RSA zu den ersten Staaten, die Israel nach seiner Gründung 1948 anerkannte. Es wurden sofort enge wirtschaftliche und kulturelle Kontakte geknüpft.

Diese Zusammenarbeit war und ist im wesentlichen auf die gleiche Ideologie der beiden Staaten – den Rassismus – zurückzuführen. In Israel gegenüber den Palästinensern. In Südafrika gegenüber der farbigen Bevölkerung.

Auf der anderen Seite war es gerade Israel, das im Namen des Imperialismus seit 1950 bis 1973 versuchte, die Staaten des schwarzen Afrika zu infiltrieren („Der Flughafen von Entebbe war den Israelis bekannt wie die eigene Westentasche").



BRD-Lizenz an Israel; israelische Lizenz an die RSA. Raketenboot Reshet.

BRD-Lizenz an Israel; israelische Lizenz an die RSA. Raketenboot Reshet.

Israel – Agent des Imperialismus in Afrika

Seit Anfang und Mitte der fünfziger Jahre versuchen die Zionisten, ihre Beziehungen zu den unabhängigen Staaten Afrikas zu intensivieren. Dabei ist ihre Position eindeutig: „... *das Ziel unserer Beziehungen zu den neuen Staaten ist die Bestätigung und Stärkung unserer Position in der neuen Welt*".

Hierbei wurde offen ausgesprochen, daß die afrikanischen Staaten „*nicht stark seien, ihre Stimmabgabe in den internationalen Organisationen aber den gleichen Wert habe, wie die der Großmächte.*" Ihren „Einstieg" in Schwarzafrika erleichterten sich die Zionisten, indem sie Israel als Staat darstellten, der sich „*weder am kapitalistischen Westen, noch am kommunistischen Osten orientierte; das auf die eigenen Kräfte bauend als Modell für schnelle Entwicklung, Fortschritt und als Beispiel für wahre Demokratie und Sozialismus*" gelte. Als Modell wurde hier von den Zionisten immer wieder der Kibbuz angeboten (Wehrdörfer, in denen – beruhend auf der Vertreibung der Palästinenser – die Siedler „selbst" darüber bestimmen konnten, was sie mit dem geraubten Land anfangen würden und das sie in „eigeger Regie" bestellten).

Gleichzeitig kam den Israelis zugute, daß sie damals noch kaum als imperialistische Macht erkannt wurden. Zahlreiche afrikanische Staaten akzeptierten Israel als „dritte Kraft". Was jedoch diese „dritte Kraft" bedeutete, wird klar, wenn man sich vor Augen hält, daß gerade dort die besten Beziehungen aufgebaut wurden, wo die afrikanischen Staaten „*am engsten mit den westlichen kapitalistischen Interessen verbunden waren: Südafrika, Liberia, Äthiopien, die Zentralafrikanische Republik, Kenia und Uganda*".

Bis 1966 hatte Isarel im Rahmen der „Entwicklungshilfe" in 42 afrikanischen Staaten mehr als 200 Gesellschaften mit einem Kapital von weit mehr als 500 Mio. Dollar gegründet.

- Bis 1971 gab es bereits 24 Abkommen über technische Hilfe. D.h. israelische Ausbilder unterrichteten die Afrikaner im technischen know-how, damit diese dann in den israelischen Unternehmen als Statthalter arbeiten konnten.

Am wichtigsten im Sinne der Imperialisten war jedoch die politische Rolle, die die Zionisten in Afrika übernahmen.

- So arbeiteten israelische „Experten" sehr oft am Aufbau von Jugendorganisationen mit. Hier lag das Schwergewicht auf der Schaffung „von paramilitärischen Institutionen nach Art der israelischen Jugendbataillone."
- In 15 afrikanischen Ländern übernahen die Israelis die Ausbildung der Militär- und Polizeioffiziere.



Gegenseitige militärische Hilfe. Hier ein RSA-Panzer bei einer israelischen Militärparade



Rassisten unter sich. RSA-Chef Vorster mit Israels Rabin

Hierzu gehörten Ghana, Uganda, Zaire, Sierra Leone, Tschad, Äthiopien u.a.

- In Staaten wie Liberia, Niger, Ruanda, Gabun, Lesotho u.a. übernahmen die Israelis den Auf- und Ausbau des Bildungswesens.

Schon Anfang der sechziger Jahre wurde in einer Studie festgestellt, daß die Afrika-Politik Israels „*in die größeren Operationen des CIA und der westlichen Geheimdienste eingebettet*" ist!!

In diesem Sinne lag auch die militärische Ausbildung der Afrikaner „*in der Bekämpfung von Guerilla und Aufständischen*".

In diesem Sinne lag ebenso die Ausbildung von Gewerkschaftsführern und der Aufbau von gewerkschaftlichen Organisationen in mehr als 20 afrikanischen Ländern. Diese Programme wurden in hohem Maße von den amerikanischen CIA-Gewerkschaften AFL/CIO finanziert (in den Jahren 1960 bis 62 allein mit mehr als 300.000 Dollar für afrikanische „Stipendiaten" in Israel).

Auch die wirtschaftlichen Projekte der Zionisten wurden weitgehend von den USA und Ländern der EWG getragen.

- „*Israels Geschick, mehr als die Hälfte seiner Leistungen aus nichtisraelischen Quellen finanzieren zu lassen, ist wahrscheinlich einzigartig ...*".
- „*Das israelische Modell könnte sich als eine Art ‚dritte Kraft' erweisen – als Alternative, die sich vom westlichen Muster unterscheidet, die aber sicherlich weitaus eher den Interessen der freien Welt zu vereinbaren ist, als irgendein kommunistisches Modell.*"

So die imperialistische Presse in den USA und der EWG.

Israels Rolle, als Brückenkopf des Imperialismus in Schwarzafrika zu agieren, erlitt erst Ende der sechziger Jahre nennenswerte Rückschläge. Während des Juni-Krieges 1967 brach als erster Staat Guinea-Conakry sämtliche Beziehungen zu Israel ab. In den Jahren 1972/73 folgten alle anderen afrikanischen Staaten diesem Schritt.

Die Gründe hierfür waren im wesentlichen:

- Die Erstarkung der afrikanischen Befreiungsbewegungen, vor allem in den ehemaligen portugiesischen Kolonien;
- die damit verbundene Stärkung antiimperialistischer Positionen fortschrittlicher Staaten in der OAU. Hier vor allem Guinea-Conakry, Somalia und Tansania.
- Die zunehmend o f f e n imperialistische und rassistische Politik Israels in der Zeit zwischen dem Juni-Krieg '67 und dem Oktober-krieg '73;
- Die immer unverhülltere Zusammenarbeit der Zionisten mit den Rassisten der RSA.

Dennoch wäre es eine Illusion, anzunehmen, daß es heute – trotz Abbruch diplomatischer Beziehungen – keine Zusammenarbeit der Zionisten mit einigen Staaten Afrikas gäbe.

So arbeiten auch heute noch „Berater" in Äthiopien (Militär und Polizei–, Elfenbeinküste (Wirtschaft), Zaire, Botswana u.a.

Israel und Südafrika – schon immer Komplizen

Die Zusammenarbeit der RSA mit den Zionisten hat im wesentlichen seine Grundlage auch in der ideologischen Verwandtschaft der Apartheid mit dem Zionismus.

- Beide haben „ihr" Land den Einheimischen geraubt. Beide betrachten die anderen Menschen als minderwertig – die Israelis die Palästinenser, die RSA-Faschisten die Farbigen – und behandeln sie auch dementsprechend.

Grundlage hierfür ist die „Herrenvolkideologie" als die tragende Staatsideologie!

Es kann daher nicht verwundern, daß die Zusammenarbeit der Rassisten blendend funktioniert!

- Die RSA zählte nicht nur zu den ersten Staaten, die Israel anerkannten, sondern es wurde auch sofort militärische Hilfe geleistet. Südafrikanische Offiziere – die Zionisten waren – wurden für den Militärdienst nach Israel abgestellt. So übernahmen die weißen Faschisten sozusagen die Ausbildung der zionistischen Armee der ersten Stunde.
- Die Regierung Südafrikas erlaubte es den Zionisten, der RSA große Geldsummen – in Milliardenhöhe – nach Israel zu transverieren.
- Selbst in der Zeit, wo Israel der Form nach die Apartheid-Politk der RSA-Faschisten verurteilte (UNO 1961), um sich bei den schwarzafrikanischen Staaten einzuschleichen, steigerte sich gleichzeitig das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern!

Enge wirtschaftliche und militärische Kooperation

Aufgrund des Juni Krieges 1967 verfügte Israel über ein wesentlich größeres Arbeitskräftereservoir (Gaza und Westbanks), bessere Verkehrsverbindungen und z.T. auch über eine neue Rohstoffbasis (u.a. Sinai-Öl).

Gleichzeitig begann in Isarel eine Politik des verstärkten Warenexports und des Hereinholens ausländischen Kapitals. In dieser Politik spielte gerade Südafrika eine hervorragende Rolle.

Waren bisher fast alle Geschäfte ausschließlich über zionistische Vereinigungen der RSA gelaufen, so wurden jetzt offzielle Regierungskontakte zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen aufgenommen.

- Im Mai 1969 reiste Ben Gurion nach Südafrika, im Mai 1973 kam Rabin in die RSA, der südafrikanische Innenminister flog im September 1973 nach Israel, Dayan traf im August 1974 in der RSA ein usw. usf.
- 1968 wurden hintereinander gegründet: der israelisch-südafrikanische „Millionärsclub"; die israelisch-südafrikanische Freundschaftsgesellschaft und die südafrikanisch-israelische Handelskammer!

Diese Beipiele ließen sich fortsetzen. Das Ergebnis dieser Politik wurde sehr bald sichtbar. Von 1969 bis heute wurde eine ganze Reihe gemeinmer Unternehmen gegründet

- Gemeinsamer Bau und Vertrieb von Flugzeugen (Israel Aircraft Industries);
- Bau von Stahlröhrenwerken und Aufbau einer gemeinsamen Stahlindustrie (Iscor/Koor-Konzern);

von Flugzeugen (Israel Aircraft Industries);
- Bau von Stahlröhrenwerken und Aufbau einer gemeinsamen Stahlindustrie (Iscor/Koor-Konzern);

- Aufbau einer südafrikanischen Baumwollstoffabrik in Israel;
- Aufbau einer israelischen Pflanzenschutzmittelfabrik in Südafrika;
- Errichtung einer Meerwasserentsalzungsanlage in der RSA durch die Israelis;
- 50 % Beteiligung der RSA am gesamten Raffineriekomplex der Israelis in Haifa etc.

All diese und andere Projekte werden von den Regierungen finanziell voll abgesichert. Hierzu wurden wiederum eigens Banken, Im- und Exportgesellschaften gegründet!

Allein in den Jahren 1973 bis 1974 verdoppelte sich der Handel zwischen der RSA und Israel.

Noch deutlicher aber wurde die Komplizenschaft an der militärischen Zusammenarbeit:

- 1962 liefert Israel an die RSA 32 Panzer;
- 1967 befinden sich im Juni-Krieg RSA Offiziere in Israel, „*um Strategie und Waffeneinsatz zu beobachten*";
- 1971 „*liefert Israel Konstruktionspläne des französischen Mirage-Kampfflugzeuges, die es durch Spionage erwarb, an die RSA*";
- 1975 wurde bekannt, daß israelische Offiziere regelmäßig Vorträge über moderne Kriegsführung und Anti-Guerilla-Taktik in der RSA halten;
- 1976 bekommt die RSA die Lizenz von Israel für Reshef-Patroillenboote (diese Lizenz an Israel wiederum kommt von der Lürssen-Werft in Bremen!!).

Auch diese Liste ist nicht vollständig.

Eine tragende Rolle bei der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit spielen in Israel die gewerkschaftseigenen Unternehmen der Histadruth. Hierzu gehört auch der Koor-Konzern, er ist der größte Exporteur Israels. („Der Generaldirektor des Koor-Konzern war früher Chef des israelischen Geheimdienstes"!!) An diesem Koor-Konzern sind auch die westdeutschen Gewerkschaften über die BfG (die DGB-eigene Bank für Gemeinwirtschaft) beteiligt.

- „*So hat der Koor-Konzern gemeinsam mit der BfG eine Tochergesellschaft in Israel, die hauptsächlich der Exportfinanzierung dient... Daß Exporte nach Südafrika davon ausgenommen wären, ist nicht bekannt.*"

Während also hier die Gewerkschaftsführer scheinheilig gegen die Apartheid wettern, mischen sie über die BfG kräftig im RSA-Geschäft mit!

Dieses Beispiel zeigt gleichzeitig, daß der RSA über Israel direkt „die Tore" zum Handel mit der EG und den USA – unter Umgehung aller „Boykottmaßnahmen" – weit geöffnet sind.

- So treten im Juli 1977 zahlreiche „Kooperationsverträge" zwischen Israel und der EG/USA in Kraft. Hauptsächlicher Nutznießer wird der Koor-Konzern sein. Er ist gleichzeitig der größte Handelspartner – auch auf militärischem Gebiet – der RSA in Israel!

Neben der direkten und offenen Zusammenarbeit der Imperialisten mit der RSA wird hier ein „zweites Bein"

Gebiet – der RSA in Israel!
Neben der direkten und offenen Zusammenarbeit der Imperialisten mit der RSA wird hier ein „zweites Bein"

zur weiteren Kooperation mit den weißen Faschisten geschaffen. Gleichzeitig scheffeln auch die Zionisten reichlich mit.

Nirgendwo kann offener die Zusammenarbeit von Imperialismus, Rassismus und Zionismus zu Tage treten. Nirgendwo kann aber auch klarer werden, daß der Kampf gegen den Zionismus und den Rassismus ein und dieselbe Sache ist!

(Als Grundlage für diesen Artikel diente das 3. Welt Magazin „Israel-Südafrika" aus dem Verlag „progress dritte welt". Alle Zitate sind hieraus entnommen)

Afrika-Kommission

Zimbabwe

Siedler wandern aus und werden durch Söldner ersetzt

Anscheinend haben die Weißen in Zimbabwe – die „*nur Gott fürchten und sonst nichts*" (Rassistenchef Smith) – doch etwas Angst.

In England haben jedenfalls in den letzten Monaten mehrere hundert junge Weiße „Zuflucht" gesucht, „*weil sie den Militärdienst in ihrer Heimat nicht absolvieren wollen!*" Das britische Innenministerium will die „*Anträge auf Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis wohlwollend prüfen*", während man z.B. bei Chile Flüchtlingen durchaus pingeliger ist! Anscheinend ist diese „Zuflucht" keine Ausnahme.

So liegt im ersten Halbjahr '76 die Zahl der Auswanderer um 2.200 über der Einwanderungsquote. Letztes Jahr war das Verhältnis noch fast umgekehrt! Dies steht im krassen Widerspruch zu den Tönen der Regierung, „von Krieg ist nichts zu merken".

Das diese durchaus erfreuliche Fluchtbewegung jedoch nicht erwarten läßt, daß die Schwarzen relativ „problemlos" die Macht übernehmen könnten, macht folgende Meldung klar:

„*Fast 80 Prozent der neu von der rhodesischen Armee rekrutierten Soldaten sind ausländischer Nationalität. Rhodesien baute in den nichtkommunistischen weißen Ländern ein bedeutendes Netz zur Anwerbung von Freiwilligen auf. Die meisten der angeworbenen Ausländer sollen aus den USA, Großbritannien, Westdeutschland und Südafrika stammen.*"

Hieran wird deutlich, daß die weißen Faschisten alles daran setzen, ihre Herrschaft mit gekauften Mördern aufrechtzuerhalten.

Ein Grund mehr, jeden Plan eines „friedlichen Übergangs" abzulehnen und zu kämpfen, bis alle Rassisten aus Zimbabwe vertrieben sind!

(nach „Süddeutsche Zeitung" 19.7. und „Neue Zürcher Zeitung 22.7.76)

Afrika-Kommission

Kenia: Ausbau zum Stützpunkt des Imperialismus

Kenia wird gegenwärtig verstärkt zu einer strategischen Position des Imperialismus in Ostafrika ausgebaut. Kernpunkt ist die massive Aufrüstung, um die Schlagkraft des reaktionären Regimes zu stärken.
Für 75 Mio. Dollar hat die USA bisher 12 Kampfflugzeuge geliefert. Damit hat Kenia in diesem Jahr nach Äthiopien (200 Mio US-Dollar) und noch vor Zaire (50 Mio US-Dollar), den zweitgrößte Posten US-Waffen in Afrika erhalten. Inzwischen sind auch Waffenlieferungen aus England gemeldet worden („Süddeutsche Zeitung" - „SZ", 18. 5.).
Noch größere Bedeutung als diese Waffenlieferungen ist jedoch einem Abkommen beizumessen, das US-Kriegsminister Rumsfeld während seines Kenia-Besuchs im Juni mit Kenias Kriegsminister, Gichuru, unterzeichnete: *„Es wurde als Ergebnis der Gespräche ein Abkommen unterzeichnet, das Besuche von Kriegsschiffen der USA vorsieht."* („Monitor-Dienst", 28. 6.).
Damit wurde der Grundstein gelegt für einen weiteren US-Flottenstützpunkt in dieser Region. Inzwischen sind sechs Kriegsschiffe der 7. US-Flotte im Hafen von Mambasa in Kenia eingetroffen: Der Flugzeugträger „Ranger" mit vier Begleitschiffen, sowie die Fregatte „Beary" („Neue Zürcher Zeitung" - „NZZ", „SZ", 15. 7.). Außerdem landete in Nairobi ein Aufklärer vom Typ P-3 Orion, der direkt von Diego Garcia kam.Gerade die Entwicklung in Ostafrika (das Voranschreiten der Antiimperialisten Somalias, das vor der Unabhängigkeit stehende Djibouti, die großen Erfolge der eriträischen und äthiopischen Revolutionäre), haben die Aufrüstung Kenias für die imperialistische Sicherung dieses Gebietes notwendig gemacht.
Bemäntelung und „Rechtfertigung" erhalten diese Pläne durch die aktuellen Ereignisse:


Junge Frau auf dem Weg zum Markt

Nach dem zionistischen Anschlag auf Uganda der ohne die logistische Unterstützung Kenias nicht denkbar war, begann Kenia noch schärfer in den Chor der pro-imperialistischen Greulmärchen gegen Idi Amin einzufallen. *„Hunderte von unschuldigen Bürgern Kenias, die legal in Uganda leben, sind ermordet worden. Kenia kann solche Provokationen nicht mehr tatenlos hinnehmen"*, erklärte der kenianische Außenminister Munyua („Welt", 15.7.). Trotz aller Dementis aus Uganda, wurden die Schreckens„meldungen" in der Presse Kenias immer häufiger, so daß schließlich viele Kenianer tatsächlich Uganda fluchtartig verließen. Zweck der Greulpropaganda Kenias ist zweierlei: Zum einen soll von der Zusammenarbeit mit den Zionisten beim Entebbe-Massaker abgelenkt werden, zum andern soll die massive Aufrüstung Kenias – als Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen in Ostafrika – hierdurch gerechtfertigt werden. Als drittes besteht durchaus die Möglichkeit, daß Amin gestürzt werden soll, da er für die Imperialisten ein zu unberechenbarer Faktor geworden ist. Kernpunkt bleibt jedoch die enorme Aufrüstung Kenias, um die Schlagkraft des reaktionären Regimes zu stärken. Bezeichnenderweise wird die massive Aufrüstung auch mit dem erfundenen Hinweis auf Somalias „Aufrüstung durch die Sowjetunion" begründet. Somalia betreibt eine konsequent anti-imperialistische Politik. Kenia dagegen, erste Station während der Kissinger-Rundreise, gehört zu dem Block der MPLA-Gegner Afrikas und ist durch seine innenpolitische Entwicklung seit der Unabhängigkeit denkbar gut geeignet zur Speerspitze des Imperialismus und der Reaktion in Ostafrika zu werden.

Als Großbritannien, u.a. unter dem Druck des militanten Befrei-



ungskampfes der sogenannten Mau-Mau-Bewegung, bereit war die direkte koloniale Kontrolle über Kenia aufzugeben und die Regierung in die Hände afrikanischer Politiker legte, hatte diese „Siedlerkolonie" eine entwickelte, typisch koloniale Wirtschaftsstruktur: Plantagen-, Milch- und Viehwirtschaft, sowie die dazugehörenden Vermarktungsorganisationen, waren exportorientiert und ausschließlich in den Händen ausländischer Besitzer. Daneben existierte eine Leichtindustrie, die ebenso wesentlich von britischen Tochterkonzernen geführt wurden. Das Programm der neuen afrikanischen Herren, im wesentlichen um den jetzigen Präsidenten Kenyatta, bestand darin, dieses Erbe der Kolonialherren, dessen Schattenseite die Massenarbeitslosigkeit, Hunger, Prostitution und Analphabetismus ist, im Zuge einer „Wachstumsstrategie" auszubauen.

Ausländischem Kapital wurden alle denkbaren Erleichterungen verschafft und eine rasche kapitalistische Entwicklung setzte ein. Die völlige Unterlassung, das koloniale System umzustrukturieren, und die Beschränkung darauf, lediglich persönlich stärker an der Ausbeutung der kenianischen Massen beteiligt zu werden, machte ein nationales Entwicklungsprogramm und die politische Mobilisierung der Bevölkerung im ganzen Land überflüssig. Die KANU (Kenyan African National Union) hat als politische Partei nie eine Rolle gespielt, lediglich als Sprungbrett für einträgliche Posten hat sie ihre Bedeutung. Die KANU ist seit dem Verbot der KPU (Kenyan People's Union) im Jahre 1969 die einzig zugelassenen Partei. Die KPU war der Versuch die totale Abhängigkeit Kenias von den imperialistischen Monopolen durch die Entwicklung eines eigenständigen Kapitalismus zu durchbrechen, wobei freie und allgemeine Schulausbildung, kostenfreie Gesundheitsversorgung etc. zugleich angestrebt wurden.

Mit dieser Oppositionspartei wurde kurzer Prozeß gemacht: Ihr Führer Odinge wurde verhaftet, die KPU selbst verboten.

Die Folgen für die Bevölkerung Kenias durch die neokoloniale Entwicklung war verheerend.

„Niemand ahnt, daß in dem wirtschaftlich sich am dynamischten entwickelnden Land Ostafrikas jährlich viele Menschen verhungern", schrieb die „Frankfurter Rundschau" vom 20.5.71) und fährt fort: *„Hauptnahrung der Bevölkerung in der nördlichen Region Turkana, ist eine Mischung aus Milch und aus Kamel- oder Rinderblut, das man durch einschneiden der Halsschlagader abzapft, die mit etwas Kot wieder verschlossen wird. Die Folge dieser einseitigen Ernährung (?) sind aufgeblähte Bäuche, Ruhr, starke Anfälligkeit für Malaria und Augenkrankheiten, die z.T. die Substanz der Pupille auffressen und unheimliche, halbleere Augenhöhlen hinterlassen."*

Auf Kosten der ländlichen Gebiete haben sich einige städische Zentren gebildet in denen es sich die einheimische Schmarotzer-Clique um Präsident Kenyatta gut gehen läßt. So gut wie jeder führende Politiker ist Aktionär eines ausländischen Konzerns, einige auch Besitzer großer Plantagen. *„Es verwundert nicht, daß z.B. in der Hauptstadt Nairobi mit einem Prozent der Gesamtbevölkerung über 50% der Krankenhäuser und 50% aller Ärzte sich befinden, ebenso mehr als 50% aller Industrieniederlassungen und mehr als 40% der besten Schulen und Lehrer, die beiden einzigen staatlichen Universitäten sind in Nairobi."*(„African Red Family", Vol. 2 Nr. 4).

Offiziellle Angaben über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit gibt es nicht. Jedoch ist weniger als die Hälfte der Bevölkerung voll beschäftigt. Die Analphabetenzahl liegt bei 99% auf dem Lande und erreicht ansonsten 80 und 90% der über 25 jährigen. Die Frauen gehören zu den am meisten unterdrückten Teilen der Bevölkerung. Wer überhaupt Arbeit hat als Prostituierte, Barmädchen, Maschinenschreiberin oder als Hausmädchen, erhält lediglich Hungerlöhne gezahlt.

Die reaktionäre Innenpolitik basiert vor allem auf Korruption und Unterdrückung jeglicher oppositioneller Stimmen. Im Zuge einer als „Afrikanisierung" deklarierten Politik gelang es bisher der Kenyatta-Clique, die Abhängikeit vom Imperialismus aufrechtzuerhalten, indem es durch Vergabe von einträglichen Posten die bisherige Entwicklung personell abgesichert hat. So wurde als Wichtigstes der gesamte Groß- und Zwischenhandel auf Kenianer übertragen, wobei hier Angehörige des Kikuyu-Stammes immer bevorzugt waren und heute in Regierung und Verwaltung dominieren.

Die Ermordung oppositioneller Parlamentarier ist ein weiteres Mittel der Herrschaftssicherung. Als das Parlamentsmitglied Kariuki wegen seiner Kritik an den Ausbeutungsverhältnissen, einem Mordanschlag zum Opfer fiel, führten Demonstrationen dazu, daß ein Untersuchungsausschluß eingesetzt werden mußte. Und als zwei der Mitglieder dieses Ausschusses in aller Öffentlichkeit Kritik an der Korruption, der sozialen Ungerechtigkeit und der Vetterwirtschaft der Kenyatta-Clique vorbrachten, wurden sie kurzerhand inhaftiert („Informations Zentrum 3. Welt", Nr. 43 und 50/75). Hinzu kommt, daß die kenianische Reaktion schon häufiger mit Massenentlassungen und Polizeieinsätzen die Kämpfe der Arbeiter und Arbeitslosen erstickt hat.

Zu den Ländern, die am meisten von der Ausbeutung der kenianischen Massen profitieren gehört die BRD, die an zweiter Stelle bei den Importen und an vierter bei den Exporten aus Kenia. Der kenianische Finanzminister Mwai Kibaki hob anläßlich seines Besuchs im März dieses Jahres sein Interesse an einer Erhöhung der westdeutschen Privatinvestitionen hervor („Welt", 15.4. 76) und Genscher fand lobende Wort für das reaktionäre Kenyatta-Regime:

„Wir in der BRD haben mit besonderer Aufmerksamkeit die wirtschaftliche Entwicklung Kenias verfolgt, weil der unter Führung von Präsident Kenyatta eingeschlagenen Weg bei allen Unterschieden grundsätzliche Parallelen zu unserer eigenen Ordnungsvorstellung der sozialen Marktwirtschaft hat. Wir sehen mit großer Genugtuung, wie der demokratische und marktwirtschaftliche Weg Kenia zu einem der am weitesten fortgeschrittenen Staaten Afrikas gemacht hat" („regierungsamtliches Bulletin der BRD" Nr. 30).

Afrika-Kommission

Republik Sahara
Erfolge in der Sommeroffensive


El Quali, der im Kampf gefallene Generalsekretär der Frente POLISARIO

Seit dem Angriff der Frente POLISARIO auf die Hauptstadt Mauretaniens, Nouakchott, (AK 82) ist deutlich geworden, daß die militärische Schlagkraft der Kämpfer der F. POLISARIO enorm gewachsen ist und daß die Agressoren kein ruhiges Hinterland mehr haben. Die Parole der POLISARIO, *„das Kampffeld erstreckt sich von Tanger bis an die Grenze von Südmauretanien"*, ist Wirklichkeit geworden. In der Südmarokkanischen Stadt Tinghirt konnten die saharuischen Guerillas zwei Kompanien marokkanischer Truppen aufreiben sowie bei einem weiteren Angriff am 4. 7. 56 Soldaten töten und 23 Gefangene machen (El Moudjagid 11/12. 7.).

In der besetzten Republik Sahara gelang es den Polisario-Genossen, den Flughaben der Hauptstadt El-Aioun anzugreifen und zwei Flugzeuge zu zerstören. Während eines Angriffs der marokkanischen Luftwaffe auf einen Stützpunkt der POLISARIO 300 km nördlich von Nouakchott fielen neun saharuische Kämpfer, darunter der Generalsekretär der Frente POLISARIO, der Genosse El-Ouali. Anläßlich seines Todes wurde in den befreiten Gebieten der Republik Sahara eine 40-tägige Trauer angesetzt.

Zum Nachfolger ist vorläufig der bisherige Stellvertreter El-Oualis, Mahfoud Laroussi, ernannt worden („Extra-Dienst", 20.7.).

Die militärischen Erfolge der Frente POLISARIO sind auch nach dem Tod des Führers des saharuischen Befreiungskampfes zahlreicher geworden.

Auf diplomatischer Ebene hat die 27. Sitzung der OAU-Außenministerkonferenz einen Durchbruch für die POLISARIO in Afrika gebracht. Zwar ist es richtig, wie in AK 84 berichtet, daß der OAU Gipfel auf Mauritius, die Sahara-Frage vertagt hat, jedoch die Abstimmung der Außenminister über eine Resolution der VR Benin, die u. a. *„den vollständigen Rückzug aller Besatzungstruppen aus dem Gebiet der West-Sahara"* forderte, endete mit einem klaren Erfolg für die POLISARIO.

30 Staaten nahmen diese Resolution an, zwei stimmten dagegen, zehn enthielten sich der Stimme und sechs Staaten nahmen nicht an der Abstimmung teil:

Dafür waren: Algerien, VR Angola, VR Benin, Botswana, Burundi, Kapverden, Tschad, Komoren, VR Kongo, Äthiopien, Ghana, Guinea-Bissao, Guinea, Kenia, Libyen, VR Madagaskar, Mali, VR Mosambique, Niger, Nigeria, Rwanda, Sao Thome, Sambia, Obervolta, Togo, Tansania, Swaziland, Somalia, Sierra-Leone, Äquatorial-Guinea.

Dagegen: Senegal und Gabun.

Enthaltungen: Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Ägypten, Gambia, Lesotho, Liberia, Malawi, Mauritius, Zaire, Tunesien.

Unter den sechs Staaten, die nicht an der Abstimmung teilnahmen, waren Marokka und Mauretanien. („El Moudjahid", 4. 7. 76).

Damit ist die Position des saharuischen Volkes in Afrika enorm gestärkt worden. Die algerische Zeitung „El Moudjahid" schrieb dazu: *„Diese Resolution ist ein stichhaltiges juristisches und diplomatisches Argument, weil zum ersten Mal eine internationale Organisation die Westsahara anerkennt als ein Land, das von ausländischen Truppen besetzt ist, als ein Volk, das für seine nationale Unabhängigkeit kämpft"* („El Moudjahid", 4. 7.).

Der Sieg ist gewiß!

Afrika Kommission



Rhodesien: Öl auf Schleichwegen


Der streng bewachte „Schleichweg" zwischen der RSA und Rhodesien. Hierüber verläuft derzeit die Versorgung der Rassisten.

Obwohl das Rassistenregime Rhodesiens einem UN-„Boykott" unterliegt, fließen *„mehr als 600.000 t Öl auf Schleichwegen ins Land"*.

Hierfür ein Beispiel, das für viele Geschäfte der Imperialisten mit den Faschisten steht:

– Die Faschisten bestellen bei der rhodesischen Mobil-Oil Produkte.

Diese gibt die Bestellung unter der Tarnbezeichnung „Ananas" an die RSA Mobil-Oil weiter. Die gibt sie wiederum an den RSA-Staatskonzern Sasol weiter. Über diverse Postfächer landet die Bestellung dann bei einem Handelsmaklerbüro, das den bezeichnenden Namen „Caritas" trägt.

Ziel dieser „caritativen Wege" ist es, *„eine bewußt falsche Spur zu legen"* (so ein Mobil Chef).

Geliefert wurde der Sprit dann von der englischen und amerikanischen Mobil an die RSA, welche ihn sofort *„in neutralen Waggons"* nach Rhodesien weiterbrachte.

So ein Handel ist an sich nichts Neues, neu ist nur, daß er so konkret entlarvt wurde. (Ein Buchhalter der Mobil hatte den Fehler gemacht, alle Rechnungen mit der gleichen Kundennummer zu versehen.)

So ganz reibungslos läuft allerdings der Handel nun doch nicht mehr. Allein in den letzten Monaten wurde die einzige Bahnlinie Rhodesiens zur RSA von den Freiheitskämpfern fünf mal gesprengt! (nach „Spiegel" Nr. 29).

Afrika Kommission

Namibia/Angola
Grenzüberfälle der Faschisten häufen sich

Unter dem Vorwand der „Verfolgung von SWAPO-Terroristen" überfielen die weißen Faschisten wieder ein Grenzdorf in Angola.

„Dabei seien 101 Einwohner ermordet worden."

Ebenfalls gab die Regierung Sambias bekannt, daß von Namibia aus ständige Grenzverletzungen durch die Rassisten vorkommen.

Erst vor kurzer Zeit wurde ein Grenzdorf überfallen. *„Bei dem Feuerüberfall durch einen Hubschrauber und einen Düsenjäger seien 22 Menschen getötet und weitere 45 verwundet worden."*

Diese erneuten Provokationen der Rassisten machen auf anschauliche Weise klar, was für diese *„Verständigung mit dem Nachbarn"* (Vorster) heißt! (nach „SZ", 19.7.76)

Afrika-Kommission

Marokko

Hassan läßt Einmarsch feiern

Durch den Einmarsch in die Westsahara ist es König Hassan II. von Marokko zunächst gelungen, von inneren Auseinandersetzungen abzulenken und seinen Thron über die nächste Zeit zu retten. Erreicht hat er tatsächlich eine festere Bindung der legalen „Opposition", die sich in der Saharafrage deutlich entlarvt hat. Die legalen „Oppositions"parteien, nämlich die nationalistisch-konservative Istiqlal, die „Partei des Fortschritts und des Sozialismus" (PPS), die „Volksbewegung" (MP), Revisionistenführer Ali Yata und die stärkste legale „Oppositions"partei, die sozialdemokratische „Sozialistische Union der Volkskräfte" (USFP, aus dem „Rabat-Flügel" der inzwischen kaum noch existierendenUNFP hervorgegangen), b e g r ü ß t e n einstimmig Hassans „Grünen Marsch" zur „Wiedererlangung" der „territorialen Integrität" und Rettung der „nationalen Würde", also den brutalen militärischen Überfall auf das Volk von Westsahara. Istqlal und PPS waren nicht einmal damit einverstanden, die Sahara mit Mauretanien zu teilen. Eifrig mobilisierte die „Opposition" ihre Anhänger für den von 20.000 Soldaten begleiteten Marsch der 350.000 „Freiwilligen". Dabei tat sich vor allem die sozialdemokratische USFP hervor: *„In der Tat war der von breiten Schichten Marokkos getragene Einmarsch in die Sahara nur durch die teilweise peinlich martialische Unterstützung der USFP möglich, welche die ‚nationale Aktion' seit jeher als Bestandteil ihres ideologischen Kampfes gegen das Feudalsystem (!) ansah. Genau diese Ideologie nutzte Hassan für die Durchsetzung seiner Phosphatinteressen aus."* („Frankfurter Rundschau" - „FR", 16. 7.).

Inzwischen ist der erste Eroberungsrausch vergangen, ohne daß sich die erwarteten Erfolge eingestellt haben: Zwar halten Hassans Truppen die größeren Orte in der Sahara besetzt, in denen sie die Bevölkerung ausgerottet oder vertrieben haben, abseits ihrer militärischen Festungen kontrolliert die POLISARIO das Land. An eine Ausbeutung der Phosphate ist nicht zu denken, u. a. deshalb, weil das 100 km lange Transportband zur Küste an zahlreichen Stellen von der POLISARIO zerstört und durch Hassans Truppen militärisch nicht zu sichern ist.

Hassan steht so vor der Notwendigkeit, den chauvinistischen Stimmungen weitere Nahrung zu geben. In diesem Sinne veranstaltete er im Juli im Königspalast von Casablanca (über einen solchen Palast verfügt Hassan in jeder größeren Stadt) *„eine Feier, die mehr als nur seinem 47. Geburtstag galt. . . 15.000 Freiwillige aus dem Sahara-Wüstenmarsch vom vergangenen Herbst defilierten nochmals mit dem Koran in der Hand vor dem Königspalast . . . In allen Provinzen wurde dekoriert und an die neue Einheit erinnert, welche die Idee ‚Sahara' den Marokkanern wieder verliehen hat. Gleichzeitig war Hassans Geburtstag der ‚Tag der Jugend'* („FR", 16. 7.). 3.500 der Marschierer wurden von Hassan mit einer Medaille ausgezeichnet. Seine gleichzeitige Fernsehansprache schäumte über vor nationalistisch-chauvinistischen Tönen. Hassan kündigte die Aktion „Sahara-Anleihe" an: *„100 Milliarden Centimes 7 % - Anleihen"* soll das Volk zeichnen, das hörte sich viel gewaltiger an, als 1 Mrd. Dirham (= 600 Mio. DM) (zit. nach „FR", 16. 7.). Sofort lief die gesteuerte Begeisterung für die Anleihe an: 1.300 Angestellte einer Versicherungsgesellschaft mußten z. B.Hassan zu seinem Fest beglückwünschen und sich verpflichten, einen Monatslohn zu zeichnen. Nachdem viele der verführten Saharamarschierer eine Verbesserung ihrer elenden Lebenslage durch die Einverleibung der besetzten Gebiete erhofft hatten, soll Hassans demagogische Anleihe-Aktion diese Erwartungen zunächst bremsen, die Bevölkerung zu neuen Opfern aufrufen, Kämpfe um eine Verbesserung der Lebenslage als „nationale Schandtat" brandmarken und ganz nebenbei seine Staatskassen auffüllen.

Massenprozesse und Folterungen

Derzeit laufen sieben politische Prozesse gegen insgesamt 370 Menschen, überwiegend Mitglieder der sozialdemokratischen USFP. Anklagepunkte sind die Ereignisse im März 1973. Damals war nach Bombenattentaten und Anschlägen auf Behördenposten in kleineren Orten des Mittleren und Hohen Atlas eine Gruppe von Revolutionären festgenommen worden, die nach offizieller Darstellung einen bewaffneten Umsturz geplant hätten. Die Gruppe sei von ehemaligen UNFP-Mitgliedern aus Lybien gesteuert worden, hieß es offiziell. In der folgenden Verhaftungswelle (ca. 600 Menschen!) wurden vor allem Funktionäre und Mitglieder des „Rabat-Flügels" der UNFP (heute USFP) festgenommen. Im April 1973 wurde der „Rabat-Flügel" zweimal nacheinander für jeweils vier Monate verboten.

Im August 1973 fand der erste Prozeß gegen die angeklagten Revolutionäre des „März-Komplotts" statt: 16 Todesurteile, ab November '73 vollstreckt; 15 mal lebenslänglich und 56 weitere Haftstrafen.

Die mitangeklagten UNFP-Mitglieder wurden zwar freigesprochen, aber zum Teil nicht haftentlassen wegen angeblicher Verwicklung in eine andere „Staatssicherheitsaffaire". Einer der im August '73 zum Tode verurteilten trat in einem zweiten Prozeß im Januar '74 als „Kronzeuge" der Anklage auf, mit dem Ergebnis, daß er trotzdem hingerichtet und sechs weitere Todesurteile gefällt und vollstreckt wurden. 71 im August '73 Freigelassene wurden anschließend ebenfalls wieder verhaftet und gehören zu den jetzt Angeklagten 370.

Der erste Prozeß der angelaufenen dritten Prozeßrunde vor dem Rabater Militärgericht endete mit einem Todesurteil und sechs Freisprüchen. Die zivile Strafkammer in Casablanca sprach von 42 Angeklagten 36 frei und verurteilte die übrigen sechs zu Freiheitsstrafen von ein bis vier Jahren. In Settat wurden – ebenfalls vor einem Zivilgericht – 16 freigesprochen und 15 zu Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren, z. T. auf „Bewährung", verurteilt. („FR" v. 16.7., 22. 7. und „Neue Züricher Zeitung" - „NZZ", 18./19.7.)

Die Urteile der übrigen Prozesse – Meknes, 123 Angeklagte; Fes, 47 Angeklagte; Rabat, 73 Angeklagte; Casablanca, 35 Angeklagte – stehen noch aus (Aufstellung nach „FR", 16. 7.).

Die für marokkanische Verhältnisse *„außergewöhnlich milden Urteile"* („NZZ", 18./19. 7.)der bisherigen Prozesse – immerhin „nur" ein Todesurteil – weisen darauf hin, daß sich Hassan auch weiterhin die bedingungslose Unterstützung der sozialdemokratischen USFP für seinen Sahara-Raubzug sichern will. Andererseits zeigt sich, daß die skrupellose Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit Hassan noch nicht einmal die Erfüllung der von ihr und der Istiqlal mehrfach erhobenen Forderung nach Amnestierung aller politischen Gefangenen gebracht hat, und die Tatsache, daß Hassan diese Prozesse derzeit überhaupt durchführen läßt, beweist, daß er keinen Millimeter von seiner Polizeiherrschaft abweichen wird:

„Es wird gegen Personen in einer Sache verhandelt, in der sie bereits früher freigesprochen waren; es werden Personen angeklagt, die früher schon in Abwesenheit verurteilt worden waren – zum einen waren sie damals garnicht ‚abwesend', sondern in Polizeigewahrsam und aufgrund der dort üblichen Folter verhandlungsunfähig . . . ; es werden Anklagen wegen Tatbestände erhoben, die überhaupt nicht strafbar sind . . ." („FR", 16. 7.).

In den letzten beiden Jahren wurden in der südmarokkanischen Provinz Tarfaya bei Anti-POLISARIO-Razzien mindestens 120 Menschen als „Frontistes", Sympathisanten der POLISARIO, verhaftet. Weitere ca. 160 marokkanische Revolutionäre, die gegen Hassans Sahararaubzug protestiert hatten, wurden ebenfalls verhaftet. Ihnen gegenüber zeigt Hassan nicht die „außergewöhnliche Milde" wie gegenüber den Sozialdemokraten der USFP:

Sie sitzen *„unter schlechtesten Bedingungen in Untersuchungshaft . Sie wurden gefoltert, teilweise auch ihre Familienangehörigen"* („FR", 16. 7.).

Nach „amnesty international" überleben zahlreiche Gefangene die bestialischen Folterungen – Elektroschocks, Schläge, die „Papageienschaukel", das Eintauchen des Kopfes in Säure usw. – nicht. Bezeichnend ist das Schicksal des als „Frontistes" verhafteten Lehrers Zeroual: 1973 wurde er in einem politischen Prozeß in Abwesenheit zum Tode verurteilt, am 5. November '74 verhaftet und in Polizeigewahrsam genommen. Kurze Zeit später wurde er an seinem vermutlichen Todestag gesehen: er wurde – körperlich völlig zerstört – auf einem Schaffell weggetragen. Die amtliche Nachricht über seinen Tod erschien erst Anfang dieses Jahres. Auf Anfragen von „amnesty" bezüglich des Zustandes von Zeroual erklärten die marokkanischen Behörden zynisch:

„Herr Zerual ist im Laufe des Prozesses in den Genuß sämtlicher Persönlichkeits- und Verteidigungsrechte schützender Vorschriften der Strafprozeßordnung gelangt" (Inform. und Zitat nach „FR", 16.7.).

Nahost-Kommission

Sambia/Tansania

TANSAM-Eisenbahn eingeweiht

Am 14. 7. 76 wurde in Sambia und Tansania eines der größten Entwicklungshilfe-Projekte der Welt den Regierungen übergeben. Mit Hilfe der VR-China wurde das 1859 km lange Eisenbahnnetz innerhalb von sechs Jahren erbaut.

Bereits nach der formellen Unabhängigkeit bestand für Sambia die Notwendigkeit einen Verbindungsweg zum Meer zu schaffen. (Sambia war umgeben von den ehemaligen portugiesischen Kolonien und den Rassisten-Staaten Rhodesien und Südafrika. Als einziger „Ausweg" blieb Tansania.)

Als die sambische Regierung mit diesem Plan an einige kapitalistische Staaten herantrat, winkten diese ab. („Unmöglich", „lohnt nicht", „unrentabel" etc.)

Anders die Genossen der VR China. Auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution 1967 sagten sie Hilfe zu, um die „Unabhängigkeit Tansanias und Sambias zu stärken".

– Im Gegensatz zu anderen „Entwicklungshilfeprojekten" wurden die Schwarzen als gleichberechtigte Partner behandelt. Sie wurden sofort in die Planung mit einbezogen. Neben der Bahn wurden gleich einige andere Projekte geplant (E-Werke, Wasserstationen, Telefonnetz usw.). Damals pöbelten die Amerikaner noch, *„wenn der erste Zug 1980 fährt, haben die Chinesen Glück gehabt . . . Für Afrikaner ist Arbeit ein Fremdwort."*

– Nachdem der Bau der Bahn begonnen hatte, wurden die Afrikaner von den chinesischen Genossen nicht nur als Hilfskräfte eingesetzt, sondern sie wurden zu Technikern und Facharbeitern ausgebildet. 200 Afrikaner waren in dieser Zeit in der VR China, um Eisenbahntechnik zu studieren.

Neben der Eisenbahn wurde ein umfangreiches Reparaturarsenal für die Zukunft aufgebaut. Ergebnis: jetzt können ca. 5.000 Afrikaner die Bahn bedienen. Fast alle Ersatzteile können selber hergestellt werden!

Während der Bauzeit haben die Chinesen auch wichtige andere Arbeiten geleistet. Am Rande der gesamten Eisenbahnstrecke bauten sie Obst- und Gemüsegärten, um sich selber zu versorgen. Sie unterrichteten aber auch die Einheimischen im Ackerbau, so daß diese Gärten jetzt von ihnen genutzt werden können. Nach dem Prinzip der „Barfußärzte" bauten chinesische Genossen auch ein Gesundheitswesen am Rande des Bahnbaus auf!

Für den Bau der Eisenbahn stellte die VR China einen zinslosen Kredit von mehr als 1 Mrd. DM zur Verfügung. Als jetzt das Projekt um 100 Mio. DM teurer wurde als geplant, übernahm die VR China diese Kosten.

Aufgrund der vorbildlichen Hilfeleistung der chinesischen Genossen konnte die Bahn schon jetzt – zwei Jahre früher als geplant – in Betrieb genommen werden!

Auch wenn die Afrika-Politik der VR China heute z. T. äußerst reaktionäre Züge trägt (nicht nur Angola), so bleibt doch festzustellen, daß das Tansam-Projekt einzigartig im Rahmen des proletarischen Internationalismus ist.

Das war die tatsächliche chinesische Außenpolitik vor und während der Kulturrevolution im Rahmen der „Mao Tse Tung Ideen". Es bleibt zu hoffen, daß diese Außenpolitik recht bald wiederkehrt.

Afrika-Kommission

Äthiopische Faschisten liquidieren sich gegenseitig

Zerfallserscheinungen im „DERG"

Am 10.7. wurde in Adis Abeba ein Teil der faschistischen äthiopischen Führung hingerichtet, darunter der bisherige Befehlshaber der in Eritrea stationierten äthiopischen Truppen und weitere einflußreiche Miglieder des DERG (Revolutionsrat der Militärjunta Äthiopiens).

Der DERG lieferte für diese Hinrichtungen so allgemeine und nichtssagende Begründungen wie „Hochverrat", „Machtmißbrauch" und „Korruption" („Neue Züricher Zeitung", „NZZ", 15.5.76).

Die Revisionisten übernahmen – entsprechend ihrer bisherigen Lobgesänge auf die äthiopische Junta – die Darstellung des DERG und sprechen von einem erfolgreich abgewehrten *„konterrevolutionären Komplott"*. Dabei haben sie noch bis vor kurzem dieselben Machthaber, die jetzt liquidiert wurden, bejubelt („Neues Deutschland", 14.7.).

Für uns ergibt sich aus den bisher nur spärlichen Informationen, noch kein klares Bild darüber, ob eine Fraktion der Junta liquidiert wurde, oder ob der Vorwurf der „Korruption" in dem Sinne zutrifft, daß einige führende Faschisten angesichts des Abwirtschaftens des DERG wenigstens noch ihre persönlichen Pfründe ins Trockene bringen wollten, während der Rest-DERG lieber auf „Endsieg" setzt.

Die Militärjunta kam 1974 an die Regierung, um die starke Massenbewegung gegen das Haile-Selassi-Regime zu kanalisieren und gleichzeitig eine Modernisierung der überkommenen feudalen Strukturen des Landes einzuleiten. Diese Konzeption nähert sich nun immer mehr ihrem Ende, sowohl auf Grund der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, als auch auf Grund der erfreulichen Tatsache, daß es dem DERG trotz immer härterer Repression nicht gelungen ist, die Massenkämpfe niederzuschlagen (vergl. AK 84).

Auch gegen die Widerstandskämpfe des Volkes in Eritrea und der Befreiungsbewegung EPLF konnte der DERG erfreulicherweise trotz verschiedener Taktiken keine Erfolge erzielen. Erst vor wenigen Wochen mußte der geplante „Feldzug" nach Eritrea, zu dem die äthiopischen Bauern mit Versprechungen von Land und Eigentum aufgerufen wurden, abgesagt werden. Die meisten Bauern hatten die Teilnahme an diesem „Feldzug" verweigert und aktiven Widerstand dagegen geleistet (AK 84).

Aufschwung der Revolutionäre

Die EPRP, die Revolutionäre äthiopische Volkspartei, hat in der letzten Zeit im ganzen Land an Einfluß gewonnen. Dazu haben offensichtlich die wachsende Wirtschaftskri se, vor allem Preissteigerungen, und die Repressionsmaßnahmen des DERG wesentlich beigetragen. Die EPRP, die den DERG als faschistisches Regime bezeichnet und gegen jegliche Illusionen in seine angeblichen Reformmaßnahmen ankämpft, konnte in verschiedenen Gebieten Massenaktionen organisieren. So wurden im Mai in Debre-Zeit und Nazareth der Handel und einige andere Dienstleistungsbereiche enteignet. Vertreter der Bourgeoisie wurden vom Volk gefangengenommen. In Harraz unterstütze die EPRP einen „wilden" Streik der Kulis. Bei all diesen Aktionen kam es zu Konfrontationen mit Polizei und Armee („Le Monde", 14.7.). Laut „Le Monde" hat die EPRP in Adis Abeba und in den Städten des Südens den stärksten Einfluß, während die Anhänger des DERG lediglich in einigen ländlichen Gebieten wie Wollo und Wolega noch über einige Stärke verfügen („Le Monde", 14.7.).

Offensichtlich gelingt es der EPRP, die Hoffnungen, die Teile des äthiopischen Volkes zunächst in den DERG setzten und die jetzt mehr und mehr enttäuscht werden, in revolutionäres Massenbewußtsein umzusetzen.

Die Erfahrungen eines Studenten aus Adis Abeba, die auch „Le Monde" als typisch für die Erfahrungen tausender junger Menschen bezeichnet, verdeutlichen diese Entwicklung: *„Die Geschichte von Wolde, einem jungen Studenten, der enttäuscht und desillusioniert von Zematcha (Alphabetisierungskampagne auf dem Lande) zurückgekehrt ist, lehrt einiges über die ‚Revolution' in Äthiopien"* („Le Monde", 15.7.).

Wolde ist 1973 ein ganz *„unpolitischer"* und *„wohlerzogener"* Student. Die große Hungersnot in Wollo von 1974 versetzt ihm den ersten *„politischen Schock"*, er beteiligt sich an humanitären Aktionen usw. Nach der Machtübernahme des DERG wird an der Universität immer intensiver über den Charakter der neuen Regierung diskutiert, über die Frage, ob der DERG tatsächlich den Aufbau des Sozialismus anstrebt. Im November 74 ruft die Regierung zur „Zematcha" auf, 40.000 Studenten und Schüler werden aufs Land geschickt, um die Bauern zu alphabetisieren. Wolde kommt nach Enango, einem Ort im Südwesten, in der Provinz Wolega. Die Studenten organisier en Bauernversammlungen und unterrichten die Bauern in ihrer Sprache, dem Oromos, und nicht in der offiziellen Amhara-Sprache. Sie wollen damit einen Schritt zur Abschaffung der jahrhundertelangen kulturellen Unterdrückung der Bauern leisten. Mitte 75 kommt ein Vertreter des DERG nach Enango und verbietet den Unterricht in Oromos als *„subversives Experiment"*.

Ein Teil der Studenten gibt daraufhin resigniert die Arbeit auf, einige fliehen in den Sudan oder nach Kenia.

Im März 75 hatte die Regierung die Landreform verkündet. Die Studenten der Zematcha erhalten aber keinerlei Anweisungen und konkrete Mittel um das „Reformgesetz" in die Praxis umzusetzen. In Enango teilen die meisten Bauern nach wie vor ihre Ernte mit den Großgrundbesitzern, die zum großen Teil in der Stadt leben, die die örtlichen Polizeikräfte korrumpiert haben, ihr Land nicht freiwillig hergeben und meistens über eine Anzahl Waffen verfügen.

In Enango gelingt es, die Bauern zu organisieren und durch gemeinsame Aktionen einzelne Großgrundbesitzer zu entwaffnen. Die Waffen wurden an die Bauern verteilt, Fahrzeuge, Mühlen und einige Häuser nationalisiert. Im September verhaften Bauern und Zematcha-Studenten einen Großgrundbesitzer, der als besonders angesehener Bürger galt. Daraufhin greift die Polizei von Enango ein und befreit ihn. Studenten und Bauern besetzen aus Protest das Zentrum des Ortes, entwaffnen die 6 Polizisten und richten bewaffnete Patroullien ein. In Verhandlungen mit dem Polizeichef der Provinz, die am nächsten Tag beginnen, wird beschlossen, daß die Polizeiwaffen zurückgegeben, die Polizisten von Enango aber an einen anderen Ort versetzt werden.

Auf Grund dieser Ereignisse, die sich in ähnlicher Form in vielen Orten des Südens abgespielt haben, kommt erneut ein Vertreter des DERG nach Enango. Er verurteilt die *„Extremisten"* und *„falschen Revolutionäre"* und versucht, die Bauern gegen die Studenten aufzubringen. Gleichzeitig beginnt in der gesamten Presse eine Kampagne gegen die Zematcha und die „studentischen Kleinbürger", die der „Revolution" nur Schaden zufügen.

Die politschen Widersprüche innerhalb der Zematcha-Teilnehmer spitzen sich zu, die Mehrzahl der dem DERG – inzwischen – feindlich gegenüberstehenden Studenten kehren illegal nach Adis Abeba zurück. Wolde bleibt zunächst in Enango, wird aber als *„Radikaler"* und *„Kleinbürger"* mit Repressalien bedroht und völlig isoliert.

Im Mai 76 wird Zematcha offiziell beendet, Wolde kommt zurück nach Adis Abeba. *„Er glaubt nicht mehr an den DERG und unterstützt – zumindest von seinen Auffassungen her – die EPRP. Zwei Drittel aller Studenten – über 40.000 – haben ähnliche Erfahrungen gemacht wie Wolde. Es dürfte schwer sein, sie zurück zu erobern"* („Le Monde", 15.7.).

Im Augenblick scheint die Hauptgefahr für die Militärjunta von der linken Seite auszugehen – auch wenn die Feudalisten, unterstützt vom Imperialismus – den Kampf um ihre alte Gesellschaftsordnung noch nicht aufgegeben haben (vergl. dazu AK 84).

Die zunehmende Entlarvung des DERG und der wachsende Einfluß der EPRP lassen einen weiteren Aufschwung der Massenkämpfe und das weitere Abwirtschaften des DERG erwarten.

Afrika-Kommission

Sudan – reaktionärer Pakt mit Ägypten

Numeiri – fester Bestandteil der arabischen Reaktion



Die politischen Ziele des mißlungenen Putschversuchs im Sudan, der mindestens 700 Menschenleben kostete, liegen immer noch nicht offen. Während einige bürgerliche Zeitungen („Neue Zürcher Zeitung", 7.7.76) der mächtigen Feudalclique des Landes den Putsch anlastet, hält der sudanesische Reaktionär Numeiri die Version der „2.000 aus Lybien eingeschleusten Agenten" aufrecht. Der ägyptische Imperialisten-Freund Sadat vermutet gar das Terroristen-Phantom „Carlos" (!) hinter dem Putschversuch gegen Numeiri („Welt", 12.7.76), was aber immerhin Ausdruck seines Geisteszustandes sein mag.

Die zunächst groß von Numeiri angekündigten Beweise, daß die Putschisten über keinerlei Unterstützung im Lande verfügten und lediglich von Lybien aus gesteuert wurden, sind (wie zu erwarten) ausgeblieben. Numeiri hat auch von sich aus und klammheimlich die Beschwerde vorm Weltsicherheitsrat über die „lybische Aggression" zurückgezogen – ein Eingeständnis der Unhaltbarkeit seiner Vorwürfe.

Immer deutlicher wird jedenfalls, daß die bombastischen Vorwürfe **gegen Libyen nur Deckmantel und Legitimation für eine noch engere politische und militärische Eingliederung des Sudan in das System der arabischen Reaktion ist.**

Bereits elf Tage nach dem Putsch ist Numeiri nach Kairo gefahren, um mit Sadat über ein Militärhilfeabkommen zu verhandeln. Inzwischen ist bekannt geworden, daß ein gemeinsamer Verteidigungsrat gebildet wurde, in dessen Zusammenhang die Regierungschefs Ägyptens und des Sudans zweimal im Jahr zusammentreffen wollen, und die Armeeführungen alle drei Monate. Verbunden damit ist natürlich auch ein Abkommen über gegenseitige militärische Hilfe, d. h. von Truppen-Entsendung in das jeweilige andere Land zur innenpolitischen Absicherung des reaktionären Regimes („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 22.7.76).

Dieses Militärhilfeabkommen ist bei dem jüngsten Putsch inoffiziell schon vorweggenommen worden: 1.500 sudanesische Elitesoldaten, die unter ägyptischem Kommando am Suez-Kanal stationiert sind, sind nach Bekanntwerden des Putsches auf Befehl von Sadat sofort in den Sudan geflogen worden und haben wesentlich den „Putsch" mit niedergeschlagen.

Nach dem neuesten Abkommen kann Sadat künftig seine Armee direkt in den Sudan einmarschieren lassen, um das ihm zunehmend höriger werdende Numeiri-Regime gegen dessen antiimperialistische Opposition abzusichern.

Ein ähnliches Abkommen streben gegenwärtig Ägypten und der Sudan auch mit dem finanzkräftigsten und reaktionärsten Regimes in der Region – Saudi Arabien – an.

Wir wollen die jüngsten Ereignisse im Sudan zum Anlaß nehmen, den Weg des Sudan an die Seite des Imperialismus und der arabischen Reaktion grob zu skizzieren.

„Linker" Numeiri??

Numeiri kam 1969 durch einen Militärputsch an die Macht, bei dem er die Vertreter des seit 1955 (Unabhängigkeit von Großbritannien) herrschenden feudal-reaktionären Systems ablöste. Die Feudalschicht des Nordsudan war in erster Linie von der Kolonialmacht Großbritannien in den Sattel gehoben worden, um einer möglichen Vereinigung mit dem damals noch antiimperialistischen Ägypten unter Nasser einen Riegel vorzuschieben. Die Feudalkreise ermöglichten allerdings keine moderne Entwicklung der Wirtschaft und standen mit ihrem mittelalterlich-religiösen System größeren Ausbeutungsraten im Wege.

Um die absolute Macht der Feudalisten brechen zu können, mußte sich Numeiri taktisch mit den Linkskräften und Kommunisten verbünden, mußte selbst als Linker erscheinen und sich vorübergehend auf die sich rasch entwickelnde Massenbewegung stützten. So bezeichnete er den künftigen Kurs des Landes als „sozialistisch", führte direkt nach Regierungsantritt Preissenkungen durch, gab der unterdrückten Gewerkschaftsbewegung weitgehende Freiheiten und bot sogar der revisionistischen KP Ministersessel in seinem Kabinett an. Außenpolitisch war eine seiner ersten Maßnahmen die diplomatische Anerkennung der DDR, sowie eine kaum zu überbietende wortradikale Unterstützung des palästinensischen Widerstandes.

Die so geschaffene breite soziale Basis ermöglichte den Sieg gegen Putschversuche seitens der Feudalisten. Die militärische und politische Unterstützung des Putschversuchs der Feudalisten durch den US-Imperialismus und seinen Geheimdienst CIA (1970) zeigte, daß der US-Imperialismus zu diesem Zeitpunkt durchaus mißtrauisch gegen Numeiri und insbesondere seine Bündnispartner war. Tatsächlich war auch die Volksbewegung immer weiter über Numeiris Vorstellungen hinausgewachsen: So fanden während und nach dem reaktionären Gegenputsch 1970 in der Hauptstadt Khartum mehrere Demonstrationen, die bis zu 80.000 Teilnehmer hatten, statt. Die Massen demonstrierten unter roten (!) Fahnen und forderten u.a. die Bildung von Arbeitermilizen, allgemeine Volksbewaffnung und die Enteignung der Feudalisten („Neues Deutschland", 17.1.70 und 31.3.70).

Die KP entwickelte sich immer mehr zu einem bestimmenden Faktor der innenpolitischen Entwicklung. Die Zahl ihrer Kader wurde in dieser Zeit schwankend zwischen 6.000 und 20.000 angegeben („Frankfurter Rundschau" – „FR", 27.7.71); sie hatte in der Massenarbeit offensichtlich außerordentliche Erfolge zu verzeichnen: *„Bei den Wahlen zu den Gewerkschaftsräten, Bauernvereinigungen und Frauenverbänden siegte die KP überall mit beträchtlichem Vorsprung"* (Hans Henle, „Der neue Nahe Osten").

Für Numeiri und sein nationalistisches Regime stand alternativ, entweder im Bündnis mit den Linkskräften und gestützt auf die Massenmobilisierung die antiimperialistische Politik zu verschärfen oder den Versuch zu unternehmen, sie zu liquidieren und sich mit dem US-Imperialismus wieder auszusöhnen, der mit seiner Putschunterstützung vorerst nur Zähne gezeigt hatte.

Die Linke wird zerschlagen ...

Nach dem Sieg über die Feudalisten ging Numeiri sehr schnell dazu über, den Kampf zur Liquidierung seiner bisherigen linken Bündnispartner aufzunehmen. Direkt nach dem reaktionären Gegenputsch entließ Numeiri die linken Minister aus seinem Kabinett, die Armee wurde teilweise von radikalen linken Offizieren gesäubert und der KP Chef wurde vorübergehend verhaftet („Süddeutsche Zeitung" – „SZ". 18.11.70). Die demokratischen Massenorganisationen (Gewerkschaften etc.) wurden Anfang 1971 verboten („SZ", 21.7.71) und Numeiri erklärte: *„die Kommunisten müssen zerstört und vernichtet werden"* („Times", 13.2.71).

Im Juni 71 kam es unter Führung linker Offiziere zum Aufstand gegen den pro-imperialistischen Kurs des Numeiri-Regimes. Die Linkskräfte, geführt von Haschen el-Atta, setzten sich zunächst rasch durch und konnten Numeiri sogar einbuchten. Erst das Einfliegen Numeiri-treuer Truppen, die, am Suez-Kanal stationiert waren, und vom ägyptischen Reaktionär Sadat in den Sudan beordert wurden, brachte die Wende zu gunsten der Reaktion. (Eine erstaunliche Parallele zu den jüngsten Ereignissen. Es scheint, daß sich Ägypten mit den am Suez-Kanal stationierten Einheiten eine permanente reaktionäre Eingreifreserve für den Sudan geschaffen hat.). Eine üble Rolle spielte damals auch Lybiens Staatschef Ghaddafi, der ein britisches Linienflugzeug, mit wichtigen linken sudanesischen Exilpolitikern an Bord, über Lybien abfangen ließ und die Linken später Numeiri für den Galgen übergab.

Nachdem sich die Numeiri-Reaktionäre durchgesetzt haben, kam es im Sudan zu riesigen Verhaftungswellen gegen die Linke und regelrechten Massenmorden an den Mitgliedern der KP; binnen nur knapp drei Wochen sprachen die militärischen „Sondergerichte" 400 Todesstrafen aus, die sofort vollstreckt wurden.

Die KP wurde bei diesen Aktionen vernichtend – ohne größere militärische Gegenwehr – zerschlagen; dies ist zugleich auch ein Hinweis auf die revisionistische Entartung dieser Partei, die auf den von der KPdSU vorgeschriebenen „friedlichen Weg" festgelegt war.

... um den Imperialisten die Tore zu öffnen

Die Liquidierung der Linksopposition bescherte Numeiri nunmehr auch das vollste Vertrauen des Imperialismus.

Deutlichster Ausdruck hiervon war die Beendigung des Sezessions-„Krieges" einiger Völker des Südsudan gegen die Zentralregierung und deren „Wiederversöhnung" mit Numeiri.

Dieser Sezessions-„Krieg" hatte bereits 1955 begonnen und hatte seinen Ausgangspunkt in der groben Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung des Südens durch die „arabische Regierungselite" des Nordens.

Durch massive politische Wühlarbeit (hauptsächlich getragen von den „christlichen Missionsstätten"), Waffenlieferungen an die südsudanesischen Rebellen und schließlich den Einsatz starker Söldnerkontingente hatte der Imperialismus spätestens Anfang der sechsziger Jahre die politische Kontrolle über die Führer der Aufstände erlangt.

Der später festgenommene westdeutsche Söldnerführer Steiner enthüllte die Finanzierung und waffenmäßige Ausrüstung der „Südrebellen" durch den CIA, den israelischen (!) und britischen Geheimdienst.

Weiter gab Steiner an, daß der Imperialismus diese Aufstände zunächst unterstützt hatte, um reaktionäre Vasallen an der Grenze zum damals umkämpften Kongo zu haben. Niemals sei wirklich geplant gewesen, den Süden vom Sudan abzutrennen, man habe lediglich ein Instrument gegen etwaige antiimperialistische Entwicklungen zur Verfügung haben wollen, dessen Aktivitäten man beliebig steigern konnte (Hans Henle, „Der neue Nahe Osten").

Der Sezessionskrieg erscheint so als Musterbeispiel für die Fähigkeit des Imperialismus, Widersprüche in der Dritten Welt auszunutzen. Im März '72 war dieses Mittel überflüssig geworden, die Führer der Aufständischen „versöhnten"-sich mit Numeiri und unterstellten ihre Einheiten seinem Befehl!

Die Eingliederung des Sudan in das System der arabischen Reaktion konnte in ruhigen Bahnen verlaufen. Inwieweit die jüngsten Ereignisse Vorboten einer inzwischen wieder stärker gewordenen Kraft der Linken sind, bleibt abzuwarten.

Afrika-Kommission

Einer der ersten reaktionären Tiefpunkte der jüngeren chinesischen Außenpolitik war der Jubel über die Niederschlagung der sudanesischen Arbeiterbewegung und die Massen-Exekutionen an den Mitgliedern der KP durch das reaktionäre Numeiri-Regime.

Den Terror gegen die sudanesische Arbeiterbewegung beschönigte Tschu En-lai seinerzeit als Vereitelung eines „subversiven ausländischen Komplotts" und griff Numeiri u.a. mit Waffen unter die Arme.

Die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Linken wurden damals – wie inzwischen bei zahllosen Beispielen auch – von der chinesischen Staatsführung in eine angebliche *„Subversion"* der Sowjetunion *„gegen die rechtmäßige Regierung eines afrikanischen Landes"* umgelogen (Huang Hua, Rede vorm UN-Sicherheitsrat, 4.12.71).

Damals schlug solch widerliche Hetze und bodenlose Lüge der chinesischen verantwortlichen Politiker noch fast allen linken Organisationen in der BRD auf den Magen. Die „KPD" distanzierte sich ausdrücklich von Tschu En-lai und solidarisierte (!!) sich mit den Opfern des Numeiri-Terrors. Der Heidelberger KBW-Vorläufer, „Neues Rotes Forum", gab damals zu bedenken, daß die chinesischen Politiker möglicherweise falsch informiert waren und deswegen zu *„Fehlurteilen über den Charakter solcher Regimes wie des Numeiriregimes"* gekommen seien (NRF, 1/72). – Tscha, das waren noch Zeiten!

Afrika-Kommission

Nachlese

RSA-Presse zum Treffen Kissinger/Vorster

Die Presse der Republik Südafrika bringt auf den Punkt, wie stark die reale Interessenidentität und die politische Übereinstimmung zwischen US-Außenminister Kissinger und dem RSA-Faschisten Vorster ist:

Die RSA-Presse stellt sehr beruhigt fest, daß durch die „Unruhen in Südafrika" der Erfolg des Treffens zwischen Kissinger und Vorster nicht vermindert werden kann:

Es ist *„Tatsache, daß Dr. Kissinger aus Amerikas eigener Erfahrung weiß, was Gewalt in den Städten von dieser Art bedeutet. . . . Trotz des Erfolges der Bürgerrechtsbewegung und des gesetzlichen Verbotes der Rassendiskriminierung lodert die Flamme der schwarzen Frustation in den Mittsechzigern in einer amerikanischen Stadt nach der anderen auf. Darüberhinaus ist bekannt, daß die USA, wie der Polizeipräsident von Chicago zu jener Zeit angab, keinen Ersatz für die Anwendung von Gewalt bei der Unterdrückung von Bürgerunruhen hatten. Ja, und an Gewalt fehlte es bei den amerikanischen Aufständen wirklich nicht. Im August 1965 wurden bei. . . Los Angeles 1.600 Polizisten von 14.000 Soldaten verstärkt. Bei jenen Unruhen kamen 34 Menschen ums Leben und über 1.000 zu körperlichen Schaden. . . In mindestens fünf anderen amerikanischen Städten mußte die Polizei von Regierungstruppen unterstützt werden, bevor die Ordnung wiederhergestellt werden konnte.*

Wenn Dr. Kissinger mit Premierminister Vorster zusammentrifft, wird er sich sehr wohl der beklemmenden Entscheidungen entsinnen, denen sich die meisten Regierungen unter Bedingungen dieser Art gegenübergestellt sehen. Darüberhinaus wird sein Ziel dasselbe sein wie vor Beginn der Unruhen: Die Sicherung der amerikanischen Interessen. Dazu gehören u.a. die Spannungsverminderung auf dem südafrikanischen Subkontinent, die globale Konsequenzen haben könnte, die Eindämmung der kommunistischen Expansion in Afrika, die Sicherung der lebenswichtigen Rohstoffe Südafrikas für den Westen und schließlich der Schutz der südlichen Seerouten. Dies sind ebenfalls Südafrikas Interessen und die der gesamten freien Welt.

In der . . . heiteren Ruhe des Konferenzzimmers, außerhalb der Reichweite emotionaler Agitation und öffentlichen Wortgefechts, stehen Fragen zur Debatte, die mit Vorrangigkeit behandelt werden. Es liegt jedoch auf der Hand, daß, auf lange Sicht gesehen, das Vermögen Südafrikas, als stabilisierende Kraft und als Vermittler zwischen Schwarz und Weiß in Afrika sowie als kräftiger Partner innerhalb der wird, eine harmonierende und fortschrittliche Gesellschaft innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu schaffen." („Monitor-Dienst", 22.6.).

Wie hieß es noch in hiesigen Presseberichten und in Stellungnahmen der Regierung anläßlich des Vorster-Besuchs in der BRD? Da wurde in ernsten Worten ausgemahlt, wie hart und energisch Kissinger sich für einen Kurswechsel in der **Apartheidspolitik einsetzen und wie scharf er Vorster wegen seiner rassistischen Politik zurechtweisen werde!**

In Südafrika schmunzelt man darüber.

Afrika-Kommission

Zentralafrikanische Republik

Auf politischen Unterricht steht lebenslange Haft

Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik, ZAR, unter dem faschistischen Präsidenten Bokassa gehört zu den erbittertsten Feinden der Völker und Befreiungsbewegungen Afrikas. Enger Handelspartner der ZAR ist die faschistische Republik Südafrika.

Ein „Busenfreund" von Bokassa ist Zaires Präsident Mobuto, der bekanntlich mit allen Mitteln die FNLA gegen den Befreiungskampf des Volkes von Angola unterstützt hat.

Ebenso wie Mobuto zeigt sich Bokassa besonders „wachsam" gegen das „Vordringen der Sowjetunion in Afrika" und ist erbitterter Feind der Anerkennung der MPLA-Regierung in Angola. Hier ein neues Beispiel seiner faschistischen, diesmal nach innen gerichteten, Politik: Rundfunk und Fernsehen der ZAR meldeten am 10.7.: *„Politischer Unterricht wird an den Schulen der ZAR künftig mit lebenslänglicher Haft bestraft. Dem Rundfunk zufolge werden alle Einwohner der ZAR . . ., die für den Unterricht in allen Stufen verantwortlich sind, die Politik unterrichten oder die Regierungsbeschlüsse kritisieren oder in einer Weise handeln, die für das Land Probleme aufwirft oder den Unterricht oder die Entwicklung der zentralafrikanischen Jugend hemmt, zu Strafen zwischen mindestens einem Jahr Gefängnis und einer Höchststrafe von lebenslanger Haft und Schwerarbeit verurteilt"* („Monitor Dienst", 13.7.76).

Kann die Angst der Kompradoren vor j e d e r Art von Meinungsäußerung deutlicher zum Ausdruck gebracht werden?

Afrika-Kommission

Malawi – Dialog mit der RSA

Eine Würdigung besonderer Art erhielt Dr. Kamuzu Banda, Staatschef von Malawi, anläßlich des 12. Jahrestages der Unabhängigkeit ausgerechnet durch das faschistische Regime Süd-Afrikas. Radio Johannesburg lobte peinlicherweise Malawi in aller Öffentlichkeit, daß *„zwischen Sambia, Mosambique und Tansania eingekeilt ist"* vor allem weil Dr. Banda, Präsident auf Lebenszeit, *„nicht wie viele andere afrikanische Staatschefs daran interessiert ist, auf internationaler Ebene Anerkennung zu bekommen."* Gelobt wird hier das gute Einvernehmen zwischen beiden Staaten, das Dr. Kamuzu Banda so beschrieb: *„Die auswärtige Politik Malawis basiert auf dem Dialog als Mittel zur Lösung der Probleme im südlichen Afrika. Die Beziehungen Malawis zu Südafrika waren aufrichtig schon seit 1967."*

Derart offen bekennen sich heute erst wenige reaktionäre Regimes Afrikas zur „Dialog-Politik", wie sie erst jüngst durch US-Kissinger verkündet wurde. Erstaunlich auch das offene Bekenntnis schon seit fast 10 Jahren „aufrichtige" Beziehungen zu den weißen Faschisten zu unterhalten.

(Zitate nach „Monitor Dienst", 9.7.76).

Afrika-Kommission

S. Machel: „Wir akzeptieren die Herausforderung Smith's"


Samora Machel bei seiner Rede


Die mosambikanische Ortschaft Mapai nach dem Angriff der Rassisten-Armee

Anfang Juli demonstrierten in Mosambik Hunderttausende gegen die ständig eskalierenden Überfälle der faschistischen rhodesischen Armee auf mosambikanische Städte und Dörfer.

Allein in der Hauptstadt Maputo folgten am 3. Juli 150.000 Menschen dem Aufruf der FRELIMO; tags darauf demonstrierten überall in den Provinzstädten Zehntausende ihre Übereinstimmung mit der vom FRELIMO-Präsidenten Samora Machel gehaltenen Rede, die im ganzen Land übertragen worden war.

Konkreter Anlaß der Demonstrationen war der bisher schwerste Überfall rhodesischer Einheiten auf Mosambik, bei dem die 90 km im Landesinnern gelegene Ortschaft Mapai durch eingeschleuste Einheiten des faschistischen Heeres, Kampfflugzeuge und Hubschrauber angegriffen wurde. 16 Bewohner Mapais – in der Mehrzahl Kinder und Jugendliche – sowie drei Angehörige der FRELIMO-Streitkräfte fanden bei diesem Angriff den Tod. Das Massaker in Mapai war der 37. Einfall rhodesischer Truppen nach Mosambik seit der Grenzschließung im März des Jahres.

In seiner mehrstündigen Rede faßte S. Machel die fünf Hauptinhalte der Demonstrationen folgendermaßen zusammen:

„Wir meinen, daß diese Demonstrationen in erster Linie der Ausdruck der Volksempörung gegen die vom Feind begangenen Verbrechen sind. In zweiter Linie kommen wir zu der Schlußfolgerung, daß diese Versammlung der Ausdruck der Solidarität des ganzen mosambikanischen Volkes mit den Opfern des Massakers von Ian Smith ist. Drittens erklärt hier unser Volk, daß Ian Smith eine Blutschuld gegenüber dem mosambikanischen Volk zu bezahlen hat. Und sie muß bezahlt werden. Das mosambikanische Volk, von Rovuma bis Maputo fordert, daß diese Schuld bezahlt wird.

Viertens ist das hier die Bestätigung, daß das mosambikanische Volk überzeugt ist, daß nur ein freies Zimbabwe die Konsolidierung unserer Unabhängigkeit und den friedlichen Aufbau unseres Landes erlaubt. Fünftens ist das hier die Bestätigung, daß unser Volk entschlossen ist, alle Schwierigkeiten zu ertragen und alle Opfer zu bringen, um seine internationalistische Pflicht gegenüber dem Volk von Zimbabwe zu erfüllen".

Das Hauptanliegen S. Machels war es offensichtlich, die Massen auf einen möglichen regulären Krieg gegen das rhodesische Regime politisch vorzubereiten. Die mögliche Notwendigkeit und Bedeutung eines solchen Krieges charakterisierte der FRELIMO-Präsident u.a. mit den Worten:

„... Wir müssen hier klar definieren, wen wir verteidigen sollen. Unsere Kampferfahrung, unsere Erfahrung von zehn Jahren Volksbefreiungskrieg zeigt uns, daß Ian Smith unser Volk als Hauptziel gewählt hat. Der Feind von Ian Smith ist das mosambikanische Volk, also das gesamte Volk und daher muß an erster Stelle das Volk verteidigt werden ..."

„... Ian Smith greift nicht nur die Bevölkerung an der Grenze an, sondern das ganze mosambikanische Volk. Und dafür ist es notwendig, wie wir hier schon sagten, aus den Einheiten der FRELIMO die Kader zu stellen, die trainiert und bewaffnet werden sollen. Unsere Waffen waren in der Lage, den Kolonialismus zu zerschlagen, so werden sie auch für den Gangster Smith reichen ... Das Verteidigungsministerium ist im Moment in der Lage, 150.000 Männer zu mobilisieren, um sie unserem Feind, Ian Smith, entgegenzustellen. Der Smith will den bewaffneten Konflikt auf andere Länder übertragen. Unsere Aufgabe ist es, dies zu verhindern. Unsere Aufgabe ist es, ihn zu umzingeln und zu zerstören. Wir wollen hier heute sagen, daß wir die Herausforderung Smiths akzeptieren. Wir sahen wie Kinder – Jungen wie Mädchen – diese Herausforderung bereits in ihrem Leibe tragen. Auch sahen wir, wie die Volkskräfte durch ihre Verletzungen durch diese Herausforderung gezeichnet sind. Deswegen sagen wir heute, daß wir diese Herausforderung akzeptieren. ...

Hiermit richten wir einen Appell im Namen der Volksrepublik Mosambik an unser Volk, auf daß es nicht wieder versklavt wird; unser Volk nicht wieder unterdrückt, kolonisiert, beleidigt und zerschmettert wird.

Männer, Frauen, Kinder, Arbeiter, alte Menschen, Bauern, Arbeiter der Plantagen: Die FRELIMO richtet erneut einen Appell zur Festigung unserer Unabhängigkeit an Euch. Wenn wir einen Beitrag für das zimbabwische Volk leisten wollen, wenn wir unser Vaterland konsolidieren wollen, wenn wir zu den freien Men-

unser Vaterland konsolidieren wollen,

len, wenn wir zu den freien Menschen gehören wollen, so ist es notwendig, daß wir in Zimbabwe einmarschieren und daß wir den Feind mit Entschlossenheit zerschlagen ... deswegen appellieren wir an die FPLM (bewaffneter Arm der FRELIMO) *damit sie sich sofort vorbereiten, um nach Zimbabwe zu marschieren.*

Wir möchten, daß es heute das letzte Mal ist, daß wir Protestdemonstrationen machen. Wir sind keine Leute, die nur „Slogans" schreien. Wir haben unsere Unabhängigkeit errungen, weil wir Opfer gebracht haben. Diese Freiheit, die wir haben, wurde uns nicht geschenkt. Diese Freiheit haben wir erobert. Und so wollen wir sie auch nicht verlieren. Laßt uns aus dem Blut unserer Helden Sand, Zement und Wasser machen ... laßt uns aus dem Blut unserer Opfer unsere Entschlossenheit machen".

Tatsächlich hat das eine Jahr Bestehen der VR Mosambik bereits deutlich werden lassen, daß – auf längere Sicht – ein relativ „friedliches" Nebeneinanderbestehen mit dem Rassistenstaat unmöglich ist.

Neben den zahlreichen militärischen Überfällen der Rassisten haben diese eine umfangreiche Sabotagetätigkeit gegen die Volksrepublik entwickelt und gerade auf wirtschaftlichem Sektor die ohnehin schwierige Lage Mosambiks durch ständige Anschläge enorm verschärft. Die zentralen industriellen Einrichtungen müssen heute Tag und Nacht von Genossen der Volksmilizen bewacht werden.

Die Wut der Rassisten auf die Volksrepublik richtet sich gegen die fast beispiellose Unterstützung des zimbabwischen Freiheitskampfes durch die FRELIMO, wie sie in der Ausbildung zehntausender Freiheitskämpfer in Mosambik, ihrer allseitigen materiellen Unterstützung und der Grenzschließung im März zum Ausdruck kommt.

Allein durch die Grenzschließung (mit der den Rassisten eine wichtige „Lebensader" – die Bahnlinie nach Maputo – abgeschnitten wurde) hat Mosambik für die Unterstützung der zimbabwischen Freiheitskämpfer enorme wirtschaftliche Nachteile in Kauf genommen.

S. Machel hat in seiner Rede mehrfach unterstrichen, daß ein Nachlassen der FRELIMO-Unterstützung für die Freiheitskämpfer – und als „Gegenleistung" eine Einstellung der rhodesischen Aggressionen gegen Mosambik – niemals ein Verhandlungsgegenstand sein könne.

In ihrer jünsten Ausgabe veröffentlicht die mosambikanische Massenzeitung „Tempo" zahlreiche Aussagen mosambikanischer Bürger und FRELIMO-Genossen, deren Tenor vom Sekretär der Dynamisierungsgruppe Mapai zusammengefaßt wird: **„Wir wollen Waffen, um uns verteidigen zu können. Und wir Mosambikaner müssen jetzt den Feind in seinem eigenen Land angreifen, sonst wird er weiterhin unsere Frauen und Kinder ermorden".**

Smith wird sich sehr überlegen müssen, ob er weiter ein Volk provo-

Smith wird sich sehr überlegen müssen, ob er weiter ein Volk provozieren will, zu dessen Erfahrungsschatz zehn Jahre Volksbefreiungskrieg gehört.

Afrika-Kommission



150.000 Menschen demonstrieren in Maputo gegen die Angriffe der rhodesischen Faschisten

Südafrika
„Wir kämpfen für unsere getöteten Brüder aus Soweto!"

Unter dieser Parole demonstrierten in der vergangenen Woche Tausende von Schwarzen im südafrikanischen Steinkohlerevier.

Ihre Demonstrationen richteten sich gegen die Apartheidpolitik allgemein und gegen die Einführung von noch schärferen Gesetzen zur „Inneren Sicherheit".

Diese Gesetze sehen u.a. *„die unbefristete Inhaftierung ohne Verurteilung von Personen vor, die die öffentliche Ordnung gefährden."*

Ebenso war der Protest Ausdruck über die elende Situation der schwarzen Arbeiterfamilien im Steinkohlerevier.

– Nachdem sehr viele Händler die Preise drastisch erhöht hatten, wurden ihre Geschäfte niedergebrannt.

Auch bei diesen Demonstrationen wurden von der faschistischen Polizei wieder zwei Farbige ermordet!

Neben diesen Kämpfen kam es auf einem Gelände einer Universität für Schwarze zu Studentenunruhen gegen die miserablen Ausbildungsbedingungen. *„Die Polizei trieb die Studenten mit Tränengas auseinander. Die Universität wurde geschlossen."*

Daß die Faschisten entschlossen sind, jeden Protest in Blut zu ersticken, machen ihre „Notstandsmaßnahmen" klar:

– Im gesamten Land herrscht Ausnahmezustand.

Jede – auch noch so kleine – Ansammlung ist verboten. Die Polizei und das Militär haben Schießbefehl!

Bei der Wiedereröffnung der Schulen in der RSA (sie waren nach dem Soweto-Massaker geschlossen worden), wurden die schwarzen Schüler von der Polizei zur Schule getrieben. *„Die Polizei überwachte den Schulbetrieb."* Trotzdem *„blieben zahlreiche Schüler den Schulen noch fern"*.

Eine Widerwärtigkeit besonderer Art stellt die Inhaftierung mehrerer hundert Kinder im Alter von 8 - 16 Jahren durch die Faschisten dar. Diese Kinder sollen als „Terroristen" vor Sondergerichte gestellt werden. Diese Sondergerichte haben die Aufgabe, die „Unruhestifter" von Soweto „exemplarisch zu bestrafen"! Man kann sich ausmalen, was die weißen Faschisten darunter verstehen.

Aus Protest gegen die Inhaftierung wurde dann auch in Soweto ein weißer Verwaltungsbeamter erschossen. Das kann nur der Anfang sein!

SOFORTIGE FREILASSUNG DER INHAFTIERTEN VON SOWETO

(nach „SZ" 17.7./20.7./„FR" 22.7./„NZZ", 17.7./23.7.76).

Afrika-Kommission



asien aktuell

Lockheed-Verhaftungen in Japan



Japanische Werktätige fordern die restlose Aufklärung des Lockheed-Skandals

In der japanischen Lockheed-Affäre sind die ersten Verhaftungen erfolgt. Es handelt sich dabei um zwei Vertreter der Handelsgesellschaft Marubeni, die vermutlich Bestechungsgelder der Firma Lockheed an japanische Regierungsbeamte weiterleitete, sechs Vertreter der japanischen Luftfahrtgesellschaft All Nippon Airways (ANA), die die Lockheed „Tristar"-Airbusse gekauft hatte, sowie zwei Männer, die dem rechtsradikalen Drahtzieher Yoshio Kodama nahestehen. Daß es überhaupt erst soweit kam, ist auf den massiven Druck der Bevölkerung nach einer vollständigen Aufklärung des Lockheed-Skandals zurückzuführen. Angesichts der bevorstehenden Unterhauswahlen war auch Regierungschef Miki bemüht, sich als Saubermann hinzustellen und das, was an Image seiner Partei noch zu retten war, zu retten.

In Untersuchungshaft genommen wurden:

Toshiharu Okubo (ehemaliger Direktor von Marubeni) am 22.6. wegen Falschaussage vor dem Parlament,

Hiroshi Itoh (ehemaliger Direktor von Marubeni) am 2.7. wegen Falschaussage vor dem Parlament,

Yuji Sawa (Direktor von ANA) am 22.6. wegen Devisenvergehen bei der Entgegennahme von Schmiergeldern,

Tadao Ueki (Leiter der Internationalen Abteilung bei ANA) am 22.6. wegen Devisenvergehen,

Hisayori Aoki (Chef-Rechnungsführer bei ANA) am 22.6. wegen Devisenvergehen,

Koichi Fujiwara (Geschäftsführer der ANA) am 7.7. wegen Devisenvergehen,

Tokuji Wakasa (Präsident der ANA) am 8.7. wegen Falschaussage und Devisenvergehen,

Naoji Watanabe (Vizepräsident bei ANA) am 9.7. wegen Falschaussage vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß,

Bunichi Mizutani (Firmenpräsident, mit Geschäftsverbindungen zu Kodama) am 29.6. wegen Steuerhinterziehung und

Tsuneo Tachikawa (enger Gehilfe von Kodama) am 2.7. wegen Erpressung.

Es ist inzwischen erwiesen, daß die ANA umgerechnet 1,3 Mio DM von Lockheed erhalten hat. Es wird aber vermutet, daß sie weitere 1,2 Mio DM angenommen hat. Marubeni hat insgesamt rund 5 Mio DM Lockheed-Zahlungen quittiert. Bei Kodama handelt es sich um eine Bestechungssumme in einer Gesamthöhe von ca. 14 Mio DM. Über diese drei Kanäle sollen Gelder an Regierungsbeamte geflossen sein. Die Verbindungen zur Regierungsebene sind zahlreich. So war Ithoh Verbindungsmann zwischen seiner Firma Marubeni, die die Vertretung der Lockheed-Interessen in Japan wahrnahm, und der japanischen Regierung. Wakasa und Sawa von der ANA sind aus der Bürokratie des japanischen Verkehrsministeriums hervorgegangen. Kodama zählt zu den exponiertesten Figuren des korrupten politischen Systems in Japan. Kodama, auch Meister „Kuromaku" (Drahtzieher) genannt, ermöglichte mit Hilfe seiner vielfältigen Beziehungen überhaupt erst den Kauf von Lockheed-Flugzeugen. Der nationale „Verteidigungsausschuß" zog im Juni 1959 seine Entscheidung, Grumman F-11 zu kaufen, zurück und bestellte noch im gleichen Jahr Lockheed F-104 („Ampo", Nr. 1/76)!

Trotz der zahlreichen Beweise über die Verwicklung von Politikern in den Lockheed-Skandal (wie z.B. dem Ex-Premier Tanaka) ist noch keinem der „hohen Tiere" auch nur ein Haar gekrümmt worden. Stattdessen versucht der parlamentarische Vertuschungsausschuß die Gemüter
ein Haar gekrümmt worden. Stattdessen versucht der parlamentarische Vertuschungsausschuß die Gemüter
zu beschwichtigen, indem er einige der Hilfsfiguren festnehmen läßt, wegen Falschaussage oder Devisenvergehen! Womöglich werden einige von den in Untersuchungshaft Sitzenden überhaupt nicht mehr verklagt werden können. Denn nach dem Gesetz verjährt in Japan eine Anklage auf Bestechung drei Jahre nach Begehen der Straftat. Da Itoh von Marubeni den Empfang von Bestechungszahlungen in Höhe von umgerechnet DM 850.000,- am 9.8.73 quittiert hat, muß die tatsächliche Entgegennahme von diesen Geldern bis zum 9.8.76 nachgewiesen werden, damit Itoh wegen Devisenvergehen und Erhalt von Bestechungsgeldern verurteilt werden kann. Im Falle Kodama, bei dem die Mittäterschaft am eindeutigsten nachzuweisen wäre und bei vielen anderen Schmiergeldgeiern, hüllt man sich in Schweigen und versucht, sie aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit zu halten.

Japan-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vietnam bietet diplomatische Beziehungen an

Nach Gründung der „Sozialistischen Republik Vietnam" (SRV) hat Vietnam neue außenpolitische Anstrengungen unternommen. In erster Linie geht es darum, die Beziehungen zu den südostasiatischen Nachbarländern zu normalisieren. Vietnam hat so den ASEAN-Staaten vier Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen genannt. So heißt es in einem Interview der „Vietnam News Agency" (VNA) vom 5.7.76 mit dem vietnamesischen Außenminister, Nguyen Duy Trinh: *„Für ihren Teil ist die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam vorbereitet, freundschaftliche und kooperative Beziehungen mit den Südostasiatischen Staaten in vielen Bereichen aufzunehmen und zu entwickeln – auf Grundlage der folgenden Bedingungen:*

1. Gegenseitige Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, keine aggressiven Akte, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Landes, Gleichheit, gegenseitiger Nutzen und friedliche Koexistenz.
2. Keinem fremden Land erlauben, sein Territorium als Basis für direkte oder indirekte Aggressionen und Interventionen gegen das andere Land oder irgend ein anderes Land in dieser Region zu nutzen.
3. Aufbau von freundlichen und gutnachbarlichen Beziehungen, wirtschaftlicher Kooperation und kultureller Austausch auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzen. Streitigkeiten zwischen den Ländern der Region sollen durch Verhandlungen mit dem Geist der Gleichheit, des gegenseitigen Verständnisses und Respekt geregelt werden.
4. Entwicklung von Kooperationen zwischen den Ländern der Region (...) für den Aufbau von Unabhängigkeit, Frieden und echter Neutralität in Südost-Asien, als Beitrag für den Frieden in der Welt." („Summary of World-Broadcasts", 6.7.).

Bedeutsam sind hierbei zwei Dinge, zum einen ist es die SRV, die die Bedingungen für diplomatische Beziehungen nennt (und deren Anerkennung als Voraussetzung macht). Bereits dadurch wird deutlich, daß es sich bei den außenpolitischen Aktivitäten Vietnams nicht darum handelt, um jeden Preis Beziehungen aufzunehmen. Durch die Bedingungen selber, insbesondere durch Punkt 2 und 4 wird deutlich, daß Vietnam hier einen Vorstoß unternimmt, der die weitere Isolierung der US-Imperiliasten in Südost-Asien zum Ziel hat. Denn immerhin müssen sich die ASEAN-Staaten wenigstens verbal von der US-Politik in Südost-Asien distanzieren und weitere Aggressionen gegen Indochina ebenfalls (verbal) ablehnen. Einhergehend damit unternimmt Vietnam ebenfalls Anstrengungen diese Dinge auch praktisch umzusetzen. So wurde Thailand wegen der ständigen Aggressionen gegen Laos zu Gesprächen aufgefordert und die Schließung der US-Stützpunkte in Thailand und Philippinen wird gefordert.

Niemand wird sich wohl die Illusion machen, daß sich dadurch etwas ändert am faschistischen Charakter Thailands, Indonesiens und der Philippinen. Am wenigsten die vietnamesischen Genossen, die allen Widerstandsbewegungen in diesen Ländern ihre solidarische Unterstützung zusagten.

Bisher wurden diplomatische Beziehungen auf obiger Grundlage mit den Philippinen vereinbart. Malaysia wurde ein eindeutiges Angebot für Gespräche gemacht. („SZ", 15.7.76).

Gleichzeitig zu diesen Aktivitäten hat die SRV angekündigt, daß sie im Herbst einen erneuten Aufnahmeantrag in die UNO einbringen werden – diese Aufnahme scheiterte bisher an den USA.

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Indonesien annektiert Ost-Timor „endgültig"



Mittlerweile hat Indonesien die bereits angekündigte Annektion Ost-Timors abgeschlossen. Das „Parlament" Indonesiens verabschiedete einen Gesetzentwurf zur Einverleibung Ost-Timors. Bereits zuvor wurde dies von der Marionettenregierung in Dili abgesegnet („SZ", 15.7.76).

Im Zusammenhang mit dieser Annektion enthüllte das ZK-Mitglied der Fretilin, Mari Alcatiri, in Angola eine neue Schweinerei der portugiesischen Regierung.

Nach seiner Aussage soll General Morais E. Silva dem Suharto-Regime zugesichert haben, daß – im Falle eines Wahlsieges von Eanes – Portugal die Annektion anerkennen werde!!!

Am Zeitpunkt der Annektion Ost-Timors wird noch einmal deutlich, daß die indonesischen Faschisten in Timor den Weg der USA in Indochina gehen werden. Ihre Verluste auf Ost-Timor sollen bereits mindestens 6.000 Soldaten betragen. Aus Timor werden Gefechte gemeldet, bei denen die indonesischen Faschisten jeweils mehrere Hundert Tote hinterließen.

(Nach „SWB"/BBC, 12.7. 76, Ost-Timor „Aktuelle Information" Nr. 5).

Indochina-Kommission

Thailand:
Auseinandersetzungen um illegale Radiostation in der Armee

Die faschistische thailändische Armee hat, wie kürzlich bekannt wurde, ein weites Netz von Radio-Stationen über das Land gezogen. Über diese Stationen wurde allerübelste faschistische Propaganda betrieben.

Durch Proteste und Nachforschungen kam heraus, daß lediglich eine Radiostation der Armee überhaupt eine Genehmigung hatte, daß weitere 29 illegal sendeten.

Offensichtlich aufgrund dieser Enthüllungen entwickelten sich breitere Proteste gegen diese Sender, und die Regierung wurde aufgefordert, diese zu schließen. Was sie prompt ablehnte....

Am 10. Juli demonstrierten daraufhin mehrere tausend Menschen vor dem Hauptquartier der „bewaffneten Radio-Division", um eine Schließung der Stationen zu erzwingen.

Die Armee reagierte mit den massivsten Drohungen, sowie mit dem Einsatz von Militär. Wörtlich hieß es, *„die bewaffnete Radio-Divsion wird keinen Kompromiß eingehen und wird geeignete Maßnahmen ergreifen: Gegenangriffe oder auch Eleminierungen (!)"* der Demonstranten. An anderer Stelle wurde erklärt, daß man *„kämpfen werde – hier bei der Station – bis diese Personen, der Abschaum der Menschheit, vernichtet sind"* !

Aufgrund dieser massiven Drohungen, die durchaus ernst gemeint waren, brachen die Demonstranten ihre Aktion ab – die Armee hatte sich erstmal durchgesetzt.

Deutlich wird an diesen Auseinandersetzungen, wie weit Thailand bereits unter Militärherrschaft steht. Neben den ca. 35 Provinzen, die unter Militärherrschaft stehen, ist die Armee praktisch überall präsent. Besonders die Existenz eines Radiostationennetzes, über das faschistische Propaganda verbreitet wird, hat in einem Land, in dem das Radio eines der wichtigsten Massenmedien ist, eine enorme Bedeutung.

Indochina-Kommission
KB /Gruppe Hamburg

BRD gewährt Indonesien Milliardenkredit!

In Djakarta, Indonesien, wurde kürzlich ein hochinteressantes Geschäft abgewickelt. Und zwar unterzeichneten ein gewisser *„Rachmat Saleh, Präsident der Bank Indonesia, J. E. Ismail von derselben Bank, Dr. Hans Otto Thierbach und Dr. Taubner von der Deutschen Bank sowie Repräsentanten der Commerz- und Dresdner Bank"* („SWB"/BBC, 14.7.) ein Kreditabkommen über 470 Millionen US-Dollar, das sind ca. 1,7 Mrd. DM!!

Das ganze soll zur Finanzierung des Cilegon Stahlwerkes dienen....

Dieser selbst für bundesrepublikanische Verhältnisse enorm hohe Kredit beweist mehr als vieles andere, wie stark der BRD-Imperialismus im faschistischen Indonesien engagiert ist. Indonesien ist bereits heute mit 4 Mrd. DM beim BRD-Imperialismus in der Kreide!

Daß mit dieser Kapitalspritze für Indonesiens Faschisten der Völkermord in Timor sowie die brutalste Unterdrückung des eigenen Volkes offen subventioniert wird, sollte man angesichts der „Freiheitsparolen" seitens der BRD-Politiker nicht vergessen!

SCHLUSS MIT DER UNTERSTÜTZUNG DER INDONESISCHEN FASCHISTEN DURCH DIE BRD!

Indochina-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



lateinamerika aktuell

Genosse Santucho im Kampf gefallen

„Argentinier zu den Waffen!"

Am 19. Juli ist der Generalsekretär der Revolutionären Arbeiterpartei, PRT, und Oberkommandierende der Revolutionären Volksarmee, ERP, im Kampf gefallen. In dem Gefecht, das in Villa Martelli, 50 km von Buenos Aires entfernt, stattfand, fielen neben Mario Roberto Santucho und weiteren ERP-Genossen auch Angehörige der konterrevolutionären Armee, darunter zwei Offiziere.

Genosse Santucho hat sein Leben der Gründung und Konsolidierung der revolutionären Organisation PRT/ERP gewidmet, die das argentinische Volk zu seiner Befreiung von Diktatur und Kapitalismus und zum Sieg des Sozialismus führen wird. In einem seiner letzten Aufrufe schrieb er: *„Der Geist von Che, von Negrito Fernandez und allen im Kampf gefallenen Genossen wird sich in den Reihen des Volkes multiplizieren. (...) Unsere Partei, unsere Guerillaarmee und sämtliche revolutionären, fortschrittlichen und patriotischen Kräfte werden ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie werden den Widerstand des Volkes organisieren und ermutigen, die Einheit der Arbeiter, des Volkes, der Patrioten vorantreiben, die breiten Massen organisieren, sämtliche Kampfmittel und -formen anwenden, unter Soldaten und Unteroffizieren politische Arbeit leisten, die feindlichen Offiziere vernichten und mit Energie und professionellem Geschick die politische und militärische Macht der Revolution aufbauen."* Der Aufruf schloß mit den Worten: **„Argentinier, zu den Waffen!"**

Am Freitag, den 30. Juli, findet eine Solidaritätsveranstaltung zum Tod des Genossen Santucho statt. Veranstalter ist die Revolutionäre Koordinationsjunta. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben.

Lateinamerika-Kommission

Argentinien

Bundesregierung setzt neue Hoffnungen ins faschistische Argentinien

In der ersten Julihälfte stattete Staatssekretär Moersch vom Bonner Auswärtigen Amt den drei Militärdiktaturen Argentinien, Uruguay und Chile einen Besuch ab (siehe AK 84). Aus Argentinien wußte er von sehr „nützlichen" Gesprächen mit Diktator Videla und anderen Militärs auf Regierungsposten zu berichten.

In der Frage der Gefangenenbehandlung: Das Vertrauen ausgesprochen

Moersch erkundigte sich nach dem Verbleib der beiden verhafteten westdeutschen Studenten Zieschank und Falk und gewann den Eindruck, daß die Junta in dieser Angelegenheit *„nichts verheimliche"*. Der Junta zufolge seien die beiden vor vier Monaten tatsächlich festgenommen, aber sofort wieder freigelassen worden. Seitdem seien sie verschwunden und möglicherweise verschleppt worden oder in den Untergrund gegangen. Daß die Bundesregierung sich mit dieser Auskunft zufriedengibt und damit der Junta die Entscheidung über Leben und Tod von Zieschank und Falk überläßt, ist nicht weiter verwunderlich, wenn man weiß, daß Bundeskanzler Schmidt zwar demagogisch nach ihrem Schicksal nachfragte, daß aber weder er noch SPD-Boß Brandt den Protestbrief der sieben europäischen Sozialdemokraten („Le Monde", 20.6.76) unterschrieben haben.

Todesstrafe, Parteienverbot, 20.000 politische Gefangene, Folter, Erschießungen „auf der Flucht" und staatliche Komplizenschaft mit faschistischen Todeskommandos sind für die sozialliberale Koalition nicht der Rede wert. Man hält sich lieber an die „Versicherungen" aller drei Diktatoren, eine „neue Demokratie" einführen zu wollen („FR", 16.7.76).

Anwalt der deutschen Kapitalinvestitionen

Moerschs wahrer Auftrag lautete nämlich anders. Er gab der *„Besorgnis über die Zukunft der deutschen Unternehmen in Argentinien"* Ausdruck („FR", 10.7.76). Es genügte seinen kapitalkräftigen Auftraggebern nicht, daß die Junta die Prozesse gegen Siemens und Dresdner Bank, die von der peronistischen Regierung in einem letzten Anflug von Wirtschaftsnationalismus eingeleitet worden waren, bereits Anfang Mai „vorübergehend" eingestellt hatte, *„um die volle Produktionskapazität der Unternehmen zu wahren"* („Chile-Nachrichten", 20.6.76). Sie wünschten noch vor dem neuen Investitionsgesetz eine sofortige und endgültige Lösung. Moersch versicherte der Junta, daß die *„deutschen Unternehmen an Investitionen in Argentinien interessiert"* seien und konnte auch einen beiderseitigen Wunsch nach einem Abkommen über technische Zusammenarbeit feststellen, dazu müsse aber auch „interne Stabilität" garantiert und das *„Vertrauen im Ausland wiederhergestellt"* werden.

Die Bundesregierung beteiligt sich an einem 900 Millionen DM-Kredit an Argentinien und ist kürzlich der „Lateinamerika-Bank" beigetreten! („FAZ", 14.7. und 15.7.76).

Komplize der verschärften Ausbeutung und Liquidierung der gewerkschaftlichen Rechte

Ein wichtiger Schritt dazu sei bereits mit dem Anti-Inflationsprogramm getan worden, das Moersch's volles Lob verdiente. Die wesentlichen Bestandteile dieses Programms sind drastische Lohnsenkungen, verschärfte Ausbeutung der argentinischen Arbeiter, Massenentlassungen, Streikverbot, Aufhebung aller Gewerkschaftsrechte und blutige Repression gegen die Arbeiter. Das ist genau das, was der westdeutsche Imperialismus will, was sein „Vertrauen" wiederherstellt.

Lateinamerika-Kommission



Santucho, Generalsekretär der PRT und Oberkommandant der ERP

Argentinische Gefängnisse

Zu Tode gefoltert

Ein Fall von vielen ist der von Juan Eliseo Ledesma, „Comandante Pedro" der ERP und Politbüromitglied der PRT. Am 8. Dezember 1975 von einem gemischten Polizei- und Heereskommando verhaftet, ist seither weder seine Verhaftung noch seine spätere Ermordung jemals zugegeben worden. Mithäftlinge, die Zeugen von Ledesmas Folter wurden, berichten:

„...Ich wurde sehr hart gefoltert: dreimal an Händen und Füßen aufgehängt (einmal acht Stunden lang), dazwischen ‚U-Boot' (d.h. Untertauschen des Kopfes unter Wasser bis knapp vor dem Ersticken), Stockschläge, Tritte, vorgetäuschte Erschießung, dreimal wurde mir etwas eingespritzt, wahrscheinlich Pentotal, denn ich fühlte mich wie in einer anderen Welt... Mani wurde vergewaltigt und hart geschlagen. Pepino hat bei der Folter den Verstand verloren. Carmen sagte keinen Ton, nicht einmal ihren Namen. Ana wurde auch lange gefoltert. Bei ‚Pedro' war es schlimmer als Folter, er wurde regelrecht zu Tode gemartert. Mit einem Loch im Bauch. Man sah die Gedärme rausquellen; er bat um Wasser und darum, daß sie ihn töten sollten. Sie boten ihm eine tödliche Spritze an, wenn er dafür redete...

Ich lag zerschlagen neben ihm am Boden und hörte, wie einer zu ihm sagte: ‚Also, Comandante Pedro, wir nehmen dir die Schnüre ab, wenn du uns alles von dem Brunnen in Tucuman, von den Entführungen erzählst...' Ich hörte auch, daß da noch ein Genosse mit einem orthopädischen Apparat am Bein, sowie die Frau von Asdrubal Santucho und eine Genossin mit einem Säugling war. Die haben sie alle fortgebracht..." (Zeuge Javier Villamarin).

„Als ich am zweiten Tag dorthin gebracht wurde, hörte ich jemand schreien: ‚Helfen Sie mir, ich kann das Bein nicht strecken!' Der Posten kommt und sagt: ‚Was ist los mit dir, Comandante Pedro?' und schlägt ihn auf den Kopf und fordert ihn auf, alles zu erzählen, was er weiß und sagt, sie hätten dann eine Spritze für ihn, die ihm die Schmerzen nehmen würde. Er dringt weiter in Pedro, er solle sprechen, und Pedro sagt: ‚ICH KANN NICHT.' Der Posten bindet ihm die Hände und Pedro schreit wieder. Da fingen wir anderen auch alle an zu schreien. Nach einer Weile legt der Posten ihn, wie er es will, auf die Seite. Nach einer Weile schreit Pedro wieder: ‚IHR HENKER, BRINGT MICH DOCH UM!' Mehrere Militärs kommen dazu und schlagen auf ihn ein. Etwas später verrutscht mir die Augenbinde, und ich kann Pedro sehen, nackt und von hinten, aus dem Bauch quoll ihm eine Masse, die aussah wie ein blutiger Ballon. Dann wurde ich woanders hingebracht, später aber wieder dahin zurück, wo Pedro immer noch schrie. Danach holten sie mich wieder, und ich konnte ihn nicht mehr hören..." (Zeuge Alejandro).

In Cordoba wütet die Repression besonders grausam. Die Gefängnisse sind dort überfüllt und zu Konzentrationslagern geworden. Am 1. Mai wurden in der dortigen Polizeidirektion drei Häftlinge, angeblich „auf der Flucht", erschossen. Im Gefängnis von Villa Devoto wurde eine Besucherin verhaftet, gefoltert und aufgefordert, sich in die Kommission für politische Gefangene zu infiltrieren und der Polizei als „Informantin" zu dienen, wenn sie wieder freigelassen werden wolle. Im Gefängnis von Cordoba gibt es seit dem Putsch keine Besuche mehr. Die Gefangenen bekommen nur noch alle drei Tage zu essen. Im April wurden die Zellen „geräumt"; seitdem besitzen die Gefangenen nur die Kleider, die sie auf dem Leib haben. Kein Arzt kommt ins Gefängnis, obwohl Infektionskrankheiten wie Hepatitis umgehen. Als das Schlimmste aber empfinden die Häftlinge, daß ständig Genossen und Genossinnen abgeholt werden, die nie wiederkommen und deren weiteres Schicksal unbekannt bleibt. (Angaben nach „Cosal", Juli 1976)

Lateinamerika-Kommission

Argentinien

Der faschistische Terror nimmt zu!

Anfang Juli leitete die faschistische Militärdiktatur Argentiniens eine neue Offensive gegen die Arbeiterklasse und insbesondere gegen die revolutionäre Linke ein.

In einer Ansprache sagte der neue Chef der argentinischen Bundespolizei, General Corbette: *„Sowohl unser gesetzmäßiges, als auch moralisches Verhalten führen uns (...) in den Bereich des revolutionären Krieges... Argentinien ist (...) ein weiterer Schauplatz der internationalen Subversion. In diesem schwierigen Krieg schließt sich die Polizei mit den Streit- und Sicherheitskräften zusammen, um eine einzige Operationseinheit zu bilden... Der Krieg, als extremste Situation für die Menschheit, erfordert (...) ebenso extremste (!) Lösungen"* („Monitordienst", 1.7.76).

Neben der Zentralisierung der bewaffneten Kräfte der Konterrevolution beschloß General Videla die Zentralisierung der argentinischen Geheimdienste – nach dem Vorbild der chilenischen DINA, einer Art Gestapo („Frankfurter Rundschau", 14.7. 1976).

In einem weiteren neuen Dekret der Junta sollen alle Personen „überprüft" werden, die *„den obersten nationalen Interessen zuwider gehandelt haben"* („Monitordienst", 25.6.76). Diese beschlossenen Maßnahmen führten zu wahren Steifzügen, in deren Verlauf viele Menschen verhaftet, verschleppt und gefoltert wurden. **Mittlerweile wird die Zahl der politischen Gefangenen auf 100.000 geschätzt!** („Chile-Nachrichten", 15.7.76). Laut „Süddeutsche Zeitung" kam es seitens der faschistischen Terrororganisation AAA zu einer zweiten Verschleppungsaktion uruguayischer und chilenischer Flüchtlinge (21.7.76). Über ihren Verbleib ist nichts bekannt. Als Antwort auf die Haftbedingungen befanden sich rund 1.000 politische Gefangene im Hungerstreik, der am 18.Juli nach 12-tägiger Dauer abgebrochen wurde („Frankfurter Rundschau", 15. und 19.7.76).

Des weiteren beschlossen die Faschisten, bei Polizisten„mord" automatisch die Todesstrafe zu verhängen („Frankfurter Rundschau", 15.7.76).

Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Junta sehen staatlich verordnete Lohn„erhöhungen" vor, begleitet von der Rücknahme sämtlicher von den Arbeitern erkämpften Rechte (Streikrecht, besondere Betriebsvereinbarungen usw.).

Lateinamerika-Kommission

Neuer Präsident in Uruguay

Mitte Juli wurde der 72-jährige Jurist Aparicio Mendez vom Nationalrat zum Präsidenten des Landes ernannt. Uruguays neuer Staatschef, Mitglied der reaktionären „Blanco"-Partei, war seit 1973 Präsident des Staatsrates, der in diesem Jahr an die Stelle des Parlaments trat.

Er tritt die Nachfolge an für den am 12. Juni abgesetzten Faschisten Brodaberry.

Während der einmonatigen Zwischenzeit hatte der Ex-Präsident Demichelli die Regierungsgeschäfte ausgeführt („Frankfurter Rundschau", 16.7.76).

Nach den Vorstellungen der Militärs soll Mendez fünf Jahre lang im Amt bleiben. Dann dürfen die beiden größten konservativen Parteien Uruguays, die „Colorados" (Rote Partei) und die „Blancos" (Weiße Partei) einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufstellen. Weitere fünf Jahre später sollen sie jeweils eigene Kandidaten aufstellen dürfen („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 16.7.76).

Wenn man bedenkt, daß diese einzigen „legalen" Parteien, die in den vergangenen Jahren kräftig von allen progressiven Kräften gesäubert wurden (siehe dazu AK 83), de facto aus Marionetten der faschistischen Militärs und des US-Imperialismus bestehen, so wird deutlich, daß die angestrebte Rückkehr zur demokratischen Regierungsform nichts anderes als eine Farce ist.

Lateinamerika-Kommission

Chile

Erster großer Streik nach dem Putsch

Im Juni dieses Jahres kam es zum ersten großen Streik der Kupferarbeiter von Chuquicamata, einer der größten Kupferminen im Norden Chiles! 6.000 Minenarbeiter beschlossen einen mehrtägigen Generalstreik in einer sehr wichtigen Industrie, denn 30% des exportierten Kupfers werden dort hergestellt. Die Kupferarbeiter, die eine Solidaritätsadresse der 10.000 Minenarbeiter der Mine „El Salvador" erhielten, streikten für die Anerkennung der Tarifverträge, die unter Allende vereinbart wurden. Ferner forderten die Arbeiter höhere Löhne. Dem Streik ging eine gute Organisierung voraus, wobei der Christdemokratische Gewerkschaftsführer – er hielt bedingungslos zur Junta – aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurde! Die Pinochet-Diktatur erfüllte einen großen Teil der Forderungen der Arbeiter („Rouge", 2.6.76).

Lateinamerika-Kommission

Verschwörung gegen die Arbeiterkommissionen

Der Übergang zur westlichen „Demokratie" wird auf dem Feld der Gewerkschaftsbewegung von der spanischen Oligarchie in ähnlicher Weise wie auf dem Gebiet der politischen Parteien verfolgt: hier wird den ehemals mit dem Regime eng verbundenen Politikern Gelegenheit gegeben, sich als „Demokraten" zu profilieren, der rechte und reformistische Flügel der Opposition darf unter fast legalen Bedingungen Agitation und Propaganda betreiben, während gleichzeitig die revisionistische und revolutionäre Linke und weitgehend auch die von ihr im wesentlichen geführte militante Massenbewegung terrorisiert werden. Auf gewerkschaftlichem Gebiet genießen solche Klein-„Gewerkschaften" wie UGT (sozialdemokratisch) und USO (ehemals katholische Bewegung) in Spanien eine Quasi-Legalität, dürfen Kongresse abhalten etc. Ganz im Gegensatz dazu werden die eigentlichen Kampforgane der spanischen Arbeiterklasse, die „Comisiones Obreras" (Arbeiterkommissionen) weiterhin verfolgt, führende Mitglieder verhaftet, Versammlungen verboten und von Bullen überfallen.

Die Halblegalität, die die bisher im Kampf fast bedeutungslosen rechten „Gewerkschaften" wie UGT und USO genießen, bietet dem internationalen Imperialismus eine gute Grundlage, diesen Kräften unter die Arme zu greifen, sie zu finanzieren und politisch auszurichten, um sie in das System imperialistisch gegängelter und von Geheimdiensten kontrollierter bürgerlicher Gewerkschaften einzugliedern.

Gleichzeitig wird von dieser Seite daran gegangen, mit verschiedensten Mitteln den Einfluß der „Comisiones Obreras" beim Aufbau der zukünftigen spanischen Einheitsgewerkschaft so gering wie möglich zu halten.

Die Beschlüsse des ersten nationalen Kongresses der „Comisiones Obreras" deuten darauf hin, daß die revisionistischen und reformistischen Mehrheitsströmungen innerhalb derselben eine solche Entwicklung begünstigen wollen, um einer angestrebten „Einheit" mit den Sozialdemokraten – auch auf parteipolitischer Ebene – näher zu kommen.

Der von der spanischen Regierung verbotene erste nationale Kongreß der „Comisiones Obreras", der für Ende Juni geplant war, fand am 11. Juli in geheimer Sitzung in Barcelona statt.

Statt der ursprünglich geplanten 2.000 Delegierten aus allen Teilen Spaniens waren nur 650 Arbeiter-Delegierte anwesend – angeblich waren die anderen aus „Sicherheitsgründen" nicht gekommen.

Auf dieser Versammlung gab es eine wichtige Abstimmung über die Frage der Bildung der Einheitsgewerkschaft. Eine Minderheitsfraktion von etwa 100 Delegierten forderte die sofortige Bildung einer gewerkschaftlichen Zentrale, die auch die kämpferischen Mitglieder der Mini-Gewerkschaften UGT und USO einschließt. Gegenüber der Presse erklärten die Vertreter dieser Fraktion – die in der Abstimmung unterlagen –:

„Auf die gewerkschaftlichen Freiheiten zu warten bedeutet, den verschiedenen gewerkschaftlichen Strömungen Zeit zur Entwicklung zu geben, um das zu erreichen, was sie in den Jahren der Arbeiterkämpfe nicht erreicht haben. Gerade heute ist das Regime an Pluralismus interessiert und die Mehrheit der Arbeiter, die sich noch nicht entschieden haben, werden sich in verschiedenen Organisationen zerstreuen. Gerade jetzt müssen wir diese Absicht zunichte machen, indem wir eine große Gewerkschaft aufbauen" („YA", 15.7.76).

Zu deutsch: Die linke (Minderheits-) Fraktion in den CCOO, die der revolutionären Linken nahesteht, orientiert auf den Zusammenschluß mit anderen (kleineren, sozialdemokratischen) Gewerkschaften unter den Bedingungen des jetzigen Kräfteverhältnisses, um den CCOO – und somit den klassenkämpferischen Fraktionen innerhalb der Arbeiterbewegung – einen optimalen Einfluß in einem neuen Gewerkschaftsverband einzuräumen, der ihr auch als der einzig wirklich kämpferischen Arbeiter-Massenorganisation zusteht. Zum zweiten wollen die linken CCOO-Fraktionen die Einheit zum jetzigen Zeitpunkt, um dem herrschenden System eine umfassend geeinte Kampffront entgegenzusetzen und die noch zwischen den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterbewegung stehenden Kräfte in die dann einheitliche Organisation und in den Kampf gegen den spanischen Faschismus einzubeziehen.

Demgegenüber streben die Sozialdemokraten zwar auch die „Einheit" in Worten und „im Prinzip" an, nicht aber zum jetzigen Zeitpunkt, sondern erst in der Zeit einer bürgerlichen Legalität, die sie brauchen, um in vollem Umfang ihre antikommunistische Hetze und Demagogie entwickeln zu können, auf deren Grundlage sie dann ihren Einfluß gegenüber Revisionisten und Revolutionären auch innerhalb der Arbeiterklasse zu erhöhen und verbreitern hoffen. Vorgespielt wurde dies letztlich alles in Portugal. Daß dies gleichfalls eine Abschwächung im aktuellen antifaschistischen Kampf bedeutet ist ein bestens bekanntes und wohlkalkuliertes weiteres Ergebnis des sozialdemokratischen Verhaltens.

Die Tatsache, daß sich auch die (PCE-nahe) Mehrheit der anwesenden Delegierten für die Bildung einer demokratischen Einheitsgewerkschaft erst nach Gewährung der demokratischen Freiheiten aussprach, bedeutet eben den bürgerlichen Kräften Konzessionen zu machen. Die ganze Politik der revisionistischen Partei PCE, die über erheblichen Einfluß in den „Comisiones Obreras" verfügt, hat keinen anderen Inhalt als diesen.

Wir wollen im folgenden einige der internationalen Kontakte aufführen, die die reformistischen „Gewerkschaften" Spaniens unterhalten und die das außerordentlich große Interesse der europäischen und US-amerikanischen Gewerkschaften an der Verhinderung einer demokratischen und kämpferischen Einheitsgewerkschaft in Spanien belegen.

Selbst eine in Frankreich häufig links vom revisionistisch beeinflußten CGT operierende Gewerkschaft wie die CFDT „bevorzugt" offenbar den Gedankenaustausch mit den nicht repräsentativen Klein-„Gewerkschaften" wie UGT und USO.

Zuletzt wurde der Besuch des US-Gewerkschaftsführers Leonard Woodcock, Präsident der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft (und natürlich hochdotierter CIA-Agent), in Madrid bekannt. Während seines viertägigen Aufenthaltes hatte er nur zu einigen Betriebsbesichtigungen (Chrysler, Madrid und Ford, Valencia), sowie zu Unterredungen mit führenden Vertretern von UGT und USO Zeit. Für ein Gespräch mit Vertretern der „Comisiones Obreras" (CCOO) reichte das Protokoll nicht („Cambio 16", 5.-11. 7.76). Welch Zufall ...

Der Generalsekretär des internationalen Gewerkschaftsverbandes „Weltarbeitsbund" (ehemals „Bund Christlicher Gewerkschaften") befand sich fast zur gleichen Zeit auf Einladung der baskischen STV („Solidarität baskischer Arbeiter" – ebenfalls eine rechte und einflußlose Pseudo-„Gewerkschaft") in Spanien.

Im Februar 76 berichtete die spanische Wochenzeitung „Cambio 16" („Das gewerkschaftliche Europa zu Besuch") über das Reisefieber europäischer Gewerkschaftsbosse. Einer der Generalsekretäre der französischen Gewerkschaft CFDT pflegte seine Kontakte mit UGT und USO und setzte sich für die Aufnahme der USO in den Europäischen Gewerkschaftsbund ein, dem die UGT bereits angehört. Der Metall-CFDT-Chef, Jaques Chereque, erklärte auf einer USO-Versammlung: *„Es gibt Augenblicke, wo die Einheitsfrage mit großem Enthusiasmus und Schnelligkeit gestellt wird, wie es uns nach der Befreiung passierte oder den Italienern, als sie mit dem Faschismus Schluß machten. Aber das Wichtige ist, daß diese Einheit auf einer soliden* (gemeint sozialdemokratischen) *Basis steht."* („Cambio 16", 16.-22. Febr. 76).

Zur selben Zeit hielt sich auch Eugen Loderer, Chef der IG-Metall, in Spanien auf, um seine Freunde von UGT und USO zu besuchen. Für ein Treffen mit Vertretern der „Comisiones Obreras" fand auch Loderer keine Zeit.

Auch die englischen Gewerkschaften (TUC) ließen sich nicht lumpen, und ihr Generalsekretär, Len Murray, sprach bei der UGT vor.

Über die Inhalte der Gespräche liegen natürlich keine genauen Informationen vor, aber es fällt nicht schwer, die Stoßrichtung zu erkennen: Mit dem Lippenbekenntnis zur Einheitsgewerkschaft die sozialdemokratischen und sonstigen Richtungsgewerkschaften materiell hochpäppeln und „reif" machen für die Übernahme staatstragender Funktion.

Daß die Spaltung der spanischen Gewerkschaftsbewegung von langer Hand angelegt und geplant ist, wird noch aus anderen Tatsachen deutlich. So fand Anfang '75 ein geheimes Treffen der verschiedenen spanischen Splittergewerkschaften in Paris statt. Es nahmen UGT, USO, STV, CNT (ehemals anarcho-syndikalistisch) und SOC (Katalonien) teil.

Dieses Treffen war von zwei internationalen Gewerkschaften einberufen worden: dem bereits erwähnten „Weltarbeitsbund" und dem scharf antikommunistischen „Internationalen Bund Freier Gewerkschaften" (IBFG – in seiner Spitze eine wichtige Schaltzentrale des CIA). Die UGT ist seit 1949 Mitglied des IBFG. STV und SOC sind dem „Weltarbeitsbund" angeschlossen (nach „Portugal-Spanien-Gruppe", Westberlin, Nov. 75).

All diese kleinen Pseudo-„Gewerkschafts"gruppen, die sich internationaler finanzieller und politischer Unterstützung erfreuen, können es wagen, den „Comisiones Obreras" vorzuwerfen, daß diese keine „richtige" Gewerkschaft seien, weil sie kein Statut und keine Mitgliedskarteien haben (s. AK 84). Sie spielen sich heute als die großen „Einheitsmacher" in Spanien auf nach dem Motto „ohne uns läuft nichts".

Die Arbeiterbewegung geht auf die Straße

Seit dem Inkrafttreten des neuen Versammlungsgesetzes ist es der Willkür der örtlichen Behörden überlassen, öffentliche Versammlungen und Demonstrationen zu genehmigen oder nicht.

So gibt es nach wie vor zahllose Fälle, in denen Anträge auf Demonstrationen und Kundgebungen abgelehnt werden (z.B. in Badajoz, Granada, Sevilla und Valladolid), in denen nicht genehmigte Versammlungen auseinandergeknüppelt und von den Bullen beschossen werden und in denen es zu Massenverhaftungen wie eh und je kommt. In den Zentren der spanischen Arbeiterbewegung allerdings ist die halbe Liberalisierung des Versammlungsrechts mit einer für bürgerliche Beobachter schockierenden Stärke sofort ausgenutzt worden.

Schon Ende Juni kam es in Granada (Andalusien) zu der seit Jahren größten Demonstration. Über 30.000 Menschen protestierten gegen das „teure Leben" und forderten Amnestie für alle politischen Gefangenen. Am 3.7. wurde in San Sebastian (Baskenland) von 60.000 Menschen der Protest gegen die fortgesetzten Übergriffe und Attentate faschistischer paramilitärischer Banden auf Geschäfte, Wohnungen und Versammlungsräume der Arbeiterbewegung und der ETA auf die Straße getragen. Am 4.7. gipfelte der von der katholischen Organisation „Pax Christi" veranstaltete Freiheitsmarsch für Katalonien, der auch von vielen Kräften der Linken unterstützt wurde, in einer Massenkundgebung im Zentrum von Barcelona.

Hier griff die Polizei wieder einmal an und verhaftete 200 Menschen, darunter zahlreiche Mitglieder der Solidaritätskommission von Barcelona, die kürzlich einen Erholungsaufenthalt für 100 Kinder verhafteter und ermordeter Antifaschisten in Frankreich veranstaltet hatte.

In der Woche vom 5. bis 11.7.76 gingen in allen spanischen Großstädten wohl insgesamt mehr als eine halbe Million Menschen auf die Straße, um für Amnestie der politischen Gefangenen, für demokratische Freiheiten und für die Wiedereinstellung entlassener Kollegen („amnistia laboral") einzutreten.

Am 7.7. demonstrierten in Vigo (Galicien) 10.000 Metaller. Am selben Tag beschlossen in Vitoria (Baskenland) über 1.000 Metaller, im Juli an jedem Montag zu streiken, um ihrer Forderung nach Freilassung der seit den Februarkämpfen in Vitoria noch immer inhaftierten Kollegen Nachdruck zu verleihen. Am 8.7. fand in Bilbao (Baskenland) die größte Demonstration Spaniens seit dem Ende der Republik vor vierzig Jahren statt: 150.000 bis 200.000 Menschen (fast die Hälfte der Einwohner) demonstrierten für Amnestie, Freiheit und Wiedereinstellung entlassener Arbeiter. Aufgerufen hatte die regionale „Kommission entlassener Arbeiter", die von zahlreichen Assoziationen von Verwandten inhaftierter Antifaschisten unterstützt wurde und sich auf die frischgegründete Gewerkschafts-Einheitsorganisation des Baskenlandes stützen konnte. (Bisher gab es im Baskenland neben einer mehr von den Revisionisten beeinflußten Koordination eine recht starke Arbeiterkommissions-Zentrale unter Führung der revolutionären Linken.)

An Parolen zitiert „Le Monde" (10.7.76): *„Ein einiges Volk wird niemals besiegt!", „Suarez, hör zu, das Baskenland ist im Kampf!"*, und – nach einer Schweigeminute, in der die Hunderttausende mit erhobenen Fäusten standen: *„Genossen von Vitoria, wir vergessen euch nicht!"* (Im Februar hatte die Polizei in der baskischen Stadt Vitoria mehrere Arbeiter niedergeschossen.)

Am selben Tag knüppelte die Polizei in dem Madrider Vorort Carabanchel eine Amnestie-Demonstration von 4.000 Menschen auseinander und schoß einen Mann in den Kopf und einen anderen in den Rücken; über 100 Menschen wurden verhaftet, darunter auch der Madrider Regionalchef der sozialdemokratischen PSOE. In der Nacht vom 9. auf den 10.7. erschoß die Guardia Civil im Anschluß an eine Amnestie-Demonstration in Santurce bei Bilbao (Baskenland) die Arbeiterin Begona Mancheca, eine 46-jährige Mutter von drei Kindern, und verhaftete vier Menschen. Am 10.7. kam es in Sabadell, einem Vorort von Barcelona (Katalonien), bei einer Gewerkschaftskundgebung zu erneuten Übergriffen der Polizei, die trotz heftiger Gegenwehr zahlreicher Teilnehmer mehrere Verhaftungen vornehmen konnte; zwölf Verletzte gehen auf das Konto der Bullen. Am 11.7. demonstrierten 40.000 Menschen in Valencia wiederum für Amnestie.

Am 12.7. versammelten sich in Santurce (Baskenland) über 60.000 Menschen zur Beerdigung der von der Guardia Civil ermordeten Arbeiterin Begona Mancheca, wobei die wiederum zahlreich aufmarschierten Bullen mit der Parole „begrüßt" wurden: *„Ihr Faschisten seid die Terroristen!"* („Le Monde", 14.7.76). An diesem Tag beschlossen die Belegschaften der größten Betriebe in Bilbao (u.a. das Babcock-Stahlwerk und die Werften) den Proteststreik gegen die faschistischen Polizeimorde.

Die inzwischen von der Regierung Suarez in Aussicht gestellte „bedingte Amnestie" wird diese Welle der spanischen Arbeiterbewegung nicht aufhalten können.

Spanien-Kommission



Massendemonstration in Madrid

Regierungserklärung von Suarez

Die Regierungserklärung des neuen spanischen Ministerpräsidenten vom 17.7. will die Kontinuität gegenüber der vorangegangenen „Reform"-Regierung zum Ausdruck bringen. Die einzige positive Neuerung, auf die sie sich festlegte, war die Ankündigung einer teilweisen Amnestie für den 25. Juli, die allerdings solche politischen Gefangenen ausschließt, die wegen „terroristischer" Vergehen angeklagt sind. Ausgeklammert bleiben also alle Genossen der baskischen ETA und der linksradikalen FRAP.

Nach Berechnungen der bürgerlichen Presse würden unter diese Amnestie ca. 350 Oppositionelle fallen. Die offizielle Gesamtzahl der politischen Gefangenen in Spanien, die nicht wegen „Terrorismus" angeklagt sind, wird derzeit mit lediglich 636 Menschen angegeben, was sicher erheblich untertrieben ist.

Die teilweise Amnestie muß als Zugeständnis an die immer breiter erhobene Forderung des spanischen Volkes nach Freilassung der politischen Gefangenen gesehen werden.

Adolfo Suarez sprach sich für den Dialog *„mit den politisch nahestehenden Gruppen und der Opposition"* aus.

In der Erklärung war von der „Aussöhnung" der Bürgerkriegsgegner die Rede, sowie von der „Souveränität des Volkes" und der *„Absicht, an der Herstellung eines demokratischen politischen Systems zu arbeiten, das auf den Menschenrechten, den Freiheiten, der politischen Gleichheit für alle demokratischen Gruppen basiert und einem realen Pluralismus"*. Außerdem wurde der *„Vielfalt der Völker, die die unauflösliche Einheit Spaniens bilden"*, größere Verwaltungsautonomie versprochen („Le Monde", 19.7.76). Die Projekte der vorhergehenden Regierung wurden bestätigt: das „Referendum" im Herbst und „allgemeine Wahlen" bis zum 30. Juni 1977. Bei dem Referendum geht es um eine Abstimmung für oder gegen Verfassungsänderungen, ganz allgemein, ohne diese näher zu benennen. Die Opposition hat zum Boykott dieser Scheinbefragung aufgerufen.

Offensichtlich hat die Suarez-Rede in den Reihen der Opportunisten und Reformisten der Opposition erneuten Anlaß zu optimistischen Spekulationen gegeben.

Während noch Sprecher der christdemokratischen „Opposition" in wohlgesetzten Worten die Rede des neuen Ministerpräsidenten sogar über Fernsehen würdigten, explodierten in Madrid und vielen anderen Städten Spaniens Bomben und Brandsätze. Vor allem Gebäude des faschistischen Syndikats und der Nationalen Bewegung wurden in mehreren Städten erheblich beschädigt. Am 18. Juli, dem Tag des reaktionären Putsches der Franco-Truppen gegen die zweite Spanische Republik, explodierten in Spanien etwa 27 Brandsätze, zu denen sich eine bisher unbekannte „Antifaschistische Gruppe 1. Oktober" in Flugblättern bekannte. Von verschiedener Seite wurden die Anschläge als „Provokationen" bezeichnet, um der Staatsgewalt erneute Handhabe für eine schärfere Repression der Linken zu geben.

Spanien-Kommission

Erfolg des Postler-Streik



Demonstrierende Postler in Bilbao

Am 5.7. traten die Postarbeiter und -angestellten von Barcelona (Katalonien) in den Streik, unter den Forderungen: 6.000 Pesetas Gehaltserhöhung, Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung und Organisierung, Anerkennung der gewählten Belegschaftsvertreter. Noch im Februar hatte das Regime den damaligen Streik der spanischen Postler durch „Dienstverpflichtung" (Unterstellung unter quasi militärisches Reglement) brechen können; diese Dienstverpflichtung war erst am 18. März wieder aufgehoben worden.

Kaum eine Woche nach den Postlern von Barcelona waren auch alle Postler in den 17 wichtigsten anderen Städten Spaniens in den Streik getreten, und bereits am 10.7. sah sich das Regime gezwungen, mit Zugeständnissen zu reagieren. Die Gehaltsforderung wurde zur Hälfte erfüllt, eine Verpflichtung, alle Repressalien gegen Streikteilnehmer zu unterlassen, wurde zugesagt, die gewählten Belegschaftsvertreter wurden anerkannt. Ferner wurden sechs seit Januar inhaftierte Kollegen freigelassen.

Parteien so legal wie es den Faschisten paßt

Am 9. Juni hatte das spanische Stände„parlament" (Cortes) das sogenannte Parteiengesetz verabschiedet, nach dem die bisher verbotenen politischen Vereinigungen beim Obersten Gerichtshof ihre Zulassung als Partei beantragen können. Dabei müssen sie den Nachweis erbringen, daß sie sich politisch auf die Werte und Institutionen des Faschisten-Staates, auf die faschistischen Grundgesetze, begründen. Für alle Parteien und Gruppen der illegalen Opposition bedeutet dies Parteiengesetz eine einzige Provokation, insofern sie erklärtermaßen den „demokratischen Bruch" (inzwischen den „vereinbarten demokratischen Bruch") mit den überkommenen faschistischen Institutionen anstreben. Das Gesetz bedeutet eine ständige Überwachung und Eingriffsmöglichkeiten von seiten der Regierung in die Aktivitäten oppositioneller Parteien.

Trotz dieses offensichtlichen Betrugsmanövers, hat die spanische Opposition, die weistestgehend in der „Coordinación Democrática" zusammengeschlossen ist, sich nicht zu einer entschiedenen Ablehnung dieser Farce eines Parteiengesetzes durchringen können. In einer Erklärung der „Demokratischen Koordination" vom 25.6. wird das Gesetz nur als „undemokratisch" und „diskriminierend" bezeichnet: *„Der diskriminierende Charakter des Gesetzes, durch das die Opposition gespalten werden soll, wird von allen an der Demokratischen Koordination Beteiligten scharf zurückgewiesen. Ebenso verurteilenswert ist, daß das Gesetz die Bindung an die ‚Grundgesetze' verlangt"* („Mundo Obrero", 30.6.76).

Eine klare Ablehnung des Gesetzes scheiterte an der Haltung der Sozial- und Christdemokraten. *„Die Tatsache, daß die PSOE* (Sozialdemokraten – AK) *sich die Möglichkeit offen gelassen hat, das Gesetz weiter zu studieren, hat uns in taktische Differenzen gebracht. Wir hätten gewünscht, daß das Dokument der Demokratischen Koordination klar zum Ausdruck gebracht hätte, daß alle Parteien es zurückweisen. Da die PSOE sich weigerte, haben wir das Dokument nicht unterschrieben"*, erklärte ein Sprecher der revolutionären Organisation „Movimiento Comunista" („Gaceta ilustrada". Nr. 1030/76), ebenfalls Mitglied in der „Coordinación Democrática". Die PSOE hat wiederholt erklärt, daß sie jeden sich bietenden „Freiheitsraum" ausnutzen werde, was nichts weiter heißt, als daß sie sich mit jedem Brocken, den die spanische Oligarchie als angebliche „Demokratiesierung" gnädig fallen läßt, zufrieden gibt und das Geschäft auf Kosten der revisionistischen Partei sowie der revolutionären Linken mit der Bourgeoisie machen möchte. Ähnlich wie die PSOE verhielten sich die christdemokratischen Gruppen; es ist zu erwarten, daß diese Gruppen ihre Zulassung als „Parteien" beantragen werden.

Nachdem das Ständeparlament – das noch genauso wie zu Francos Zeiten zusammengesetzt ist – das „Parteiengesetz" passieren ließ, wurden am 15. Juli noch die Strafrechts-Paragraphen geändert, die bisher jede politische Vereinigung verboten. Bei dieser Abstimmung fiel der Antrag des Justizausschusses durch, nach dem die Parteien nicht zugelassen werden sollen, *„die wegen ihres Ziels, ihres Programms, ihrer Handlungen oder irgendwelcher Umstände gegen die menschliche Freiheit und Würde verstoßen, sowie gegen den Parteien-Pluralismus als Mittel der politischen Beteiligung sind"*. Diese Formulierung hätte kein ausdrückliches Verbot der revisionistischen Partei beinhaltet, da diese sich ausdrücklich zum „Parteienpluralismus" bekennt. Stattdessen wurde eine Formulierung mit 240 gegen 198 Stimmen durchgesetzt, die alle Parteien verbietet, die einer *„internationalen Disziplin unterworfen sind und ein totalitäres Regime anstreben"*.

Dieser Passus richtet sich eindeutig gegen die „internationale kommunistische Verschwörung", da mag die spanische PCE noch so sehr ihre Liberalität und nationale Unabhängigkeit beteuern.

Bekanntlich wird ihnen das von seiten der Imperialisten (allen voran US- und BRD-Imperialismus) nicht „geglaubt", sondern als „geschickte Tarnung" dargestellt.

Bei der Abstimmung in den Cortes enthielt sich die gesamte neue Suarez-Regierung der Stimme. Es gibt das Gerücht, daß die Einsetzung der neuen Regierung in Verbindung mit dem Rücktritt der bekanntesten „Reform"-Minister (siehe AK84) auf eine Intervention des US-Imperialismus zurückzuführen ist, der unter allen Umständen eine Legalisierung der PCE verhindern wollte, für die sich bereits Teile der Fraga/Areilza-Regierung einsetzten. Die Suarez-Minister hatten es nicht nötig, im Ständeparlament selbst reaktionär vorzupreschen, diese Rolle übernahmen vier ultrarechte Cortes-Gruppen, die schlichtweg ein Verbot der PCE forderten.

Mit dem offenbar – zumindest vorerst – endgültigen Verbot der stärksten spanischen Arbeiterpartei, dürften sich die Differenzen innerhalb des großen Oppositions-Bündnisses bald verschärfen. Zumal wenn die PSOE und die Christdemokraten die Anerkennungsprozedur „erfolgreich" durchlaufen sollten, wird die Fassade der „antifaschistischen Einheit" aller Gruppen der Opposition sichtbare Risse erhalten.

Spanien-Kommission

O.R.T. gibt Eintritt in „Coordinación Democrática" bekannt

In ihrem Organ „En lucha" vom 3.7.76 gab die „Organización Revolucionaria de Trabajadores" – eine „gemäßigte" „ML"-Organisation mit relativ bedeutendem Einfluß innerhalb der spanischen Arbeiterbewegung – ihren Eintritt in das spanische Oppositionsbündnis, „Coordinacion Democratica" (CD), bekannt.

In der Erklärung des Zentralkomitees heißt es dazu:

„Das Zentral-Komitee von ORT war der Meinung, daß das der beste Weg war, damit sich CD klar für eine einheitliche demokratische Alternative entscheidet, in sie einzutreten. D.h. die ganze Kraft der Partei und der Massenorganisationen, die unseren Parolen folgen, einzusetzen, damit die Einheit der demokratischen Kräfte sich in den Dienst der unteilbaren und unaufschiebbaren Eroberung der Freiheit stellt".

ORT hält es für *„absolut kein absurdes Vorhaben"*, sich innerhalb der CD dafür einzusetzen, daß diese sich für ein Programm des Sturzes der Juan Carlos-Monarchie und der Bildung einer Konstituierenden Versammlung entscheidet. Eine Begründung, weshalb die „Demokratische Koordination" das bisher nicht getan hat, sondern sogar den „Pakt", bzw. den „paktierten Bruch" mit der Juan Carlos-Monarchie anstrebt, bleibt ORT allerdings schuldig.

Die Argumentation, daß Tausende von Arbeitern sich z.B. bei der Bildung der „Volksversammlung von Navarra" für den Sturz der Monarchie ausgesprochen haben und daher gute Chancen für eine Kursänderung der CD bestehen, geht an den Tatsachen vorbei. Weitergehende Forderungen der spanischen Arbeiterklasse haben sich bisher keineswegs in einer „Linkswendung" der „Koordination" niedergeschlagen.

Auch die außerordentlich breiten Massenkämpfe für Amnestie und Freiheit, zuletzt in der Woche vom 5. bis 11. Juli, sowie der Antritt der ersten Nach-Franco-Regierung, die von ORT sicher zu recht als besonders wichtige Schwäche und Zeichen der „inneren Fäulnis" des Faschismus interpretiert werden, haben die reformistische Opposition keineswegs zum „Zuschlagen" veranlaßt. Die Reformisten, einschließlich der Revisionisten, haben das Gesetz des Handelns klar der Juan Carlos–Regierung überlassen und beschränken sich in schändlicher Weise auf das kritische Kommentieren der Regierungsmaßnahmen.

ORT hatte am 9. April d.J. einen Offenen Brief an die CD geschrieben, in dem um eindeutige Antworten auf vier hauptsächliche Punkte gebeten wurde:

– Will die CD selbst die Verantwortung für eine Volksbefragung über Staats- und Regierungsform übernehmen oder ist sie bereit, das dem Franco-Zögling Juan Carlos zu überlassen;
– Entscheidet sich die CD eindeutig für eine Provisorische Regierung ohne Ausschlüsse und Bedingungen, die mit allen faschistischen Strukturen aufräumt;
– wird die CD die Massenaktionen, die diese Ziele verfolgen, vorbehaltlos unterstützen und anleiten;
– da die CD erklärt hat, daß sie sich nach dem Stattfinden allgemeiner Wahlen auflösen will, meint sie damit „allgemeine Wahlen", die von dieser oder einer ähnlichen Regierung durchgeführt werden?

Die „Coordinacion" hat, wie zu erwarten, auf diese Anfragen nicht geantwortet, jedenfalls nicht in Form eines Briefes an ORT. Sie hat allerdings in Gestalt ihrer konkreten Politik geantwortet. ORT hat offenbar im Ernst eine briefliche Antwort erwartet, denn das ZK schreibt:

„Bis zum Augenblick hat die CD diese Klärung nicht vollzogen. Man spürt noch (?) das Gewicht der schwankenden Kräfte, wo es eigentlich Zeit wird, die letzten Hindernisse wegzuräumen, die uns den Schritt in die Freiheit versperren".

Die sozial- und christdemokratischen Gruppen nach wie vor als lediglich „schwankende Kräfte" zu bezeichnen halten wir für ausgemachten Rechtsopportunismus, zumal diese Kräfte sich immer deutlicher zu einer Kollaboration mit der Juan Carlos-Regierung anschicken (siehe ihre Haltung zum „Parteiengesetz" – Artikel in diesem AK).

Wir möchten daran erinnern, daß ORT am 28. Oktober 75 mit der Begründung aus der damaligen „Demokratischen Konvergenz" (Zusammenschluß christ- und sozialdemokratischer Gruppen) austrat, daß diese zu keiner eindeutigen Verurteilung der Juan Carlos-Monarchie bereit sei. Der heutige Oppositionsblock ist es noch viel weniger – weder ohne noch mit ORT. Die spanische Arbeiterklasse mit der Illusion zu füttern, daß bei Eintritt von ORT womöglich eine konsequentere antifaschistische Politik von der „Demokratischen Koordination" zu erwarten wäre, halten wir für eine unehrliche Politik und eine erhebliche Überschätzung der eigenen politischen Kraft. Vielmehr ist zur Zeit offensichtlich, daß dem Einheits- und Vereinigungs„sog" der Opposition kaum eine Organisation widerstehen kann, ohne ins Abseits zu geraten. Daß es sich um einen „Einheitsstrudel" und nicht um eine klare kommunistische Politik der Aktionseinheit handelt, wird gerade an der mangelnden Kritik und Auseinandersetzung der revolutionären Organisationen mit den bürgerlichen und kollaborationsbereiten Strömungen innerhalb der Opposition deutlich.

Spanien-Kommission

Bericht eines Genossen aus England

Demonstrationen gegen Rassismus

Der Ausbruch rassistischer Gewalt hat in den letzten Wochen in England ein noch nie erlebtes Ausmaß angenommen. Zwei asiatische Jugendliche wurden von einem Mob weißer Jugendlicher erstochen, ein indischer Junge wurde auf die gleiche Weise inmitten von London-Southall, Englands größter farbiger Gemeinde, ermordet (s. AK 84). Aus ganz England und insbesondere aus London werden täglich Diskriminierungen, Angriffe und Überfälle auf farbige Menschen gemeldet. Vor diesem Hintergrund des rasch ansteigenden Rassismus und der zur Zeit im Parlament diskutierten Verschärfung des „Immigranten-Gesetzes" wurden am 4. und 11. Juli 76 zwei antirassistische Demonstrationen in London durchgeführt.

Die Demonstration vom 4. Juli, zu der ca. 4.000 Menschen gekommen waren, wurde von der „Indian Workers Association" organisiert und erhielt Unterstützung von den Gewerkschaften, „Labour Party", „Communist Party" (GB) und verschiedenen Einwanderungsorganisationen. „International Socialists" und „International Marxist Group" mobilisierten nur einen Teil ihrer Londoner Sektionen, da sie die politische Ausrichtung dieser Demonstration nicht unterstützen wollten.

In der Tat stand die 4. Juli-Demonstration eindeutig im Zeichen des Reformismus. Die „Indian Workers Assoc." orientiert sehr stark auf den parlamentarischen Weg und appelliert an den „guten Willen der Labour Regierung", keine weiteren Einwanderungskontrollen einzuführen und daran, daß Gesetze zum Schutz der schwarzen Bevölkerung nicht nur verabschiedet, sondern auch angewandt werden müßten.

Für die Demonstration am 11. Juli waren die Weichen anders gestellt. 8.000 Menschen waren dem Aufruf der „Indian Workers Association (Great Britain)" gefolgt, die im „Anti-Racialism National Demonstration Committee" praktisch die gesamte revolutionäre Linke Englands und die meisten revolutionär eingestellten Einwandererorganisationen versammeln konnte.

Die meistgerufenen Parolen waren: *„Die National Front ist eine Nazi Front – Zerschlagt die National Front"*, *„Black und White – Unite and fight"* (Schwarz und Weiß – im Kampf vereint) und *„Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch"*. Auch durch die Reden auf der Kundgebung erhielt die 11. Juli-Demonstration einen sehr klassenkämpferischen Charakter. Einige Redner sprachen von einem „historischen Datum", da sich zum ersten Mal in der Geschichte der englischen Einwanderer eine entschlosse-

„historischen Datum", da sich zum ersten Mal in der Geschichte der englischen Einwanderer eine entschlosse-

ne Kampfbereitschaft entwickelt habe und der „Wille zum Zurückschlagen" vorhanden sei. Am 16. Juni wurde nämlich ein „Indisches Verteidigungskomitee" in Southall/London gegründet, das sich die Selbstverteidigung der schwarzen Bevölkerung gegen Rassisten und Faschisten zur Aufgabe gemacht hat, da die Polizei sich nicht nur weigert, die schwarze Bevölkerung vor Übergriffen zu schützen, sondern sich selber aktiv an Schikanen beteiligt.

Zum Schluß der Demonstration kam es noch zu Provokationen der Faschisten und der Polizei: Faschistische Provokateure hatten einigen Demonstranten Plakate aus der Hand gerissen, bei den nachfolgenden Auseinandersetzungen verhaftete die Polizei mehrere Demonstranten, darunter drei indische Jugendliche und ließ die Provokateure unbehelligt. Die Demonstranten forderten daraufhin immer wieder die Freilassung ihrer Freunde und riefen: *„Die Polizei schützt die Faschisten"*.

Rassisten werden immer frecher

Wie ungestört die Faschisten und Rassisten in England agieren können, zeigt der Fall Robert Relf, der als Mitglied der „National Front" einen Brief an einen invaliden Einwanderer aus Afrika mit 13 Kindern schrieb, der in der „Sunday Times" vom 4.7.76 veröffentlicht wurde. In dem Brief heißt es u.a.: *„Du aufgedunsenes schwarzes Schwein meinst also, der Staat tut Dir keinen besonderen Gefallen, wenn er Dir 109 Pfund (DM 500,-) pro Woche Sozialhilfe bezahlt, damit Du auf Deinem stinkigen, großen, fetten Arsch sitzen kannst. Du meinst, er tut nur seine Pflicht. Nun, Du ekelhafter, geschlechtskranker schwarzer Abschaum, wenn ich das Sagen hätte, würde ich dem Staat und den anderen hart arbeitenden Engländern einen Gefallen tun und einen Strick um Deinen fetten schleimigen Hals legen und Dich am nächsten Laternenmast aufhängen... Die Zeit ist nah, wenn Ihr alle in Viehfrachter getrieben und in Eure von Krankheiten verpesteten Länder geschickt werdet, wo Ihr herkommt. Hoffentlich sind wir Dich bald los, Du stinkender fetter Bastard."* Unterschrift R.Relf. *„PS: „Komm wieder, Hitler, alles ist verziehen."*

Dieser Brief bringt Relf und seinen N.F. Vorsitzenden Tyndall durchaus nicht in Verlegenheit, im Gegenteil. Relf wird als Zugpferd und Starredner der N.F. bei Wahlveranstaltungen und N.F. Demonstrationen eingesetzt und Tyndall sagte in einem Interview, er sei stolz, Relf in seinen Reihen zu haben.

Rassismus erhält neue gesetzliche Grundlage

Rassismus erhält neue gesetzliche Grundlage

Derzeit werden im Parlament das „Rassenbeziehungs-Gesetz" und das „Einwanderungs-Gesetz" neu beraten. Die umstrittene Klausel 70 des „Rassenbeziehungs-Gesetzes" wurde in das „Gesetz zur öffentlichen Ordnung" gepackt, wonach die Verbreitung von Schriften und öffentliche Reden, die Rassenhaß erzeugen, verboten sind. Demgegenüber hatte die Opposition verlangt, daß *„jeder, der eine politische Ansicht in gutem gebildetem Englisch zum Ausdruck bringt, vor der Strafverfolgung sicher sein müsse"*, andernfalls wäre die traditionelle Redefreiheit des englischen Volkes beschnitten! Daß dies neue Gesetz nur auf dem Papier steht, zeigt das Vorgehen gegen den Vorsitzenden der National Party, Kingsley Read, der in seiner berüchtigten Londoner Rede den rassistischen Mord an einem indischen Jugendlichen mit den Worten kommentierte: *„Einer ist weg, es bleibt noch*

Mord an einem indischen Jugendlichen mit den Worten kommentierte: *„Einer ist weg, es bleibt noch*

eine Million!" Die Reaktion des Staatsapparats war Nichtstun, nicht einmal die Einleitung eines Verfahrens oder eine Warnung erfolgten.

Durch die Einwanderungsgesetzgebung soll Ausländern das Recht genommen werden, sich in England niederzulassen und in England ansässigen Commonwealth-Staatsangehörigen soll das Nachholen ihrer Angehörigen verboten werden. Verknüpft werden mit der Einwanderungserlaubnis soll in Zukunft die Arbeitserlaubnis, auf bestimmte Zeit und für einen bestimmten Arbeitgeber. D.h., die Einwanderer sind noch stärkerer Ausbeutung und Schikanen der Kapitalisten unterworfen, und sie haben kein Einspruchsrecht gegen Ausweisungen, die dem „öffentlichen Wohl" dienen.

Im britischen Parlament werden diese reaktionären Gesetze relativ reibungslos durchgezogen werden können, reichen doch ihre Befürworter bis in die Reihen der Labour Party. Die tägliche rassistenfreundliche Berichterstattung in den bürgerlichen Massenmedien trägt das ihre dazu bei, daß auch in der englischen weissen Bevölkerung ständig rassistische Ressentiments gegen Farbige geschürt werden.

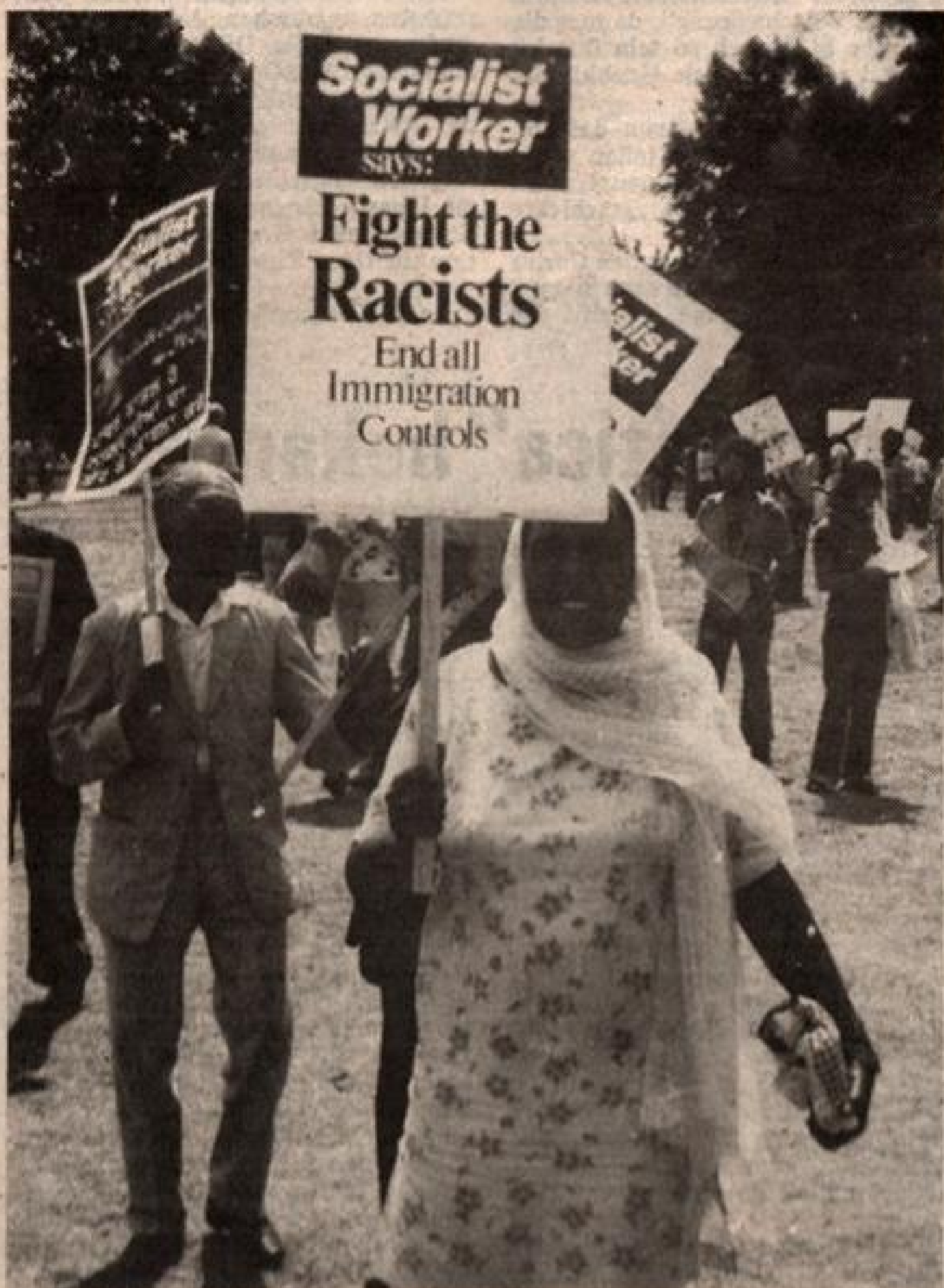
Die faschistischen Parteien haben sich die Unterstützung von Teilen der Bourgeoisie sichern können und verfügen über beträchtliche finanzielle Mittel. Sie haben z.B. in Fabriken und Arbeitsplätzen in ganz England Petitionen zur Unterstützung und Verteidigung des Nazi Robert Relf verteilt.

Allerdings gibt es unter den antifaschistischen Kräften, vor allem den indischen und west-indischen Gemeinden hoffnungsvolle Zeichen des Widerstandes und der Gegenwehr. In Zusammenarbeit mit ihren englischen Arbeitskollegen muß es gelingen, die Rassisten und Faschisten auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, wo sie hingehören.

Ein Genosse in England / England-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Häufig auf der Demonstration am 11. Juli getragenes Plakat: „Zerschlagt den Rassismus! Schwarze und weiße Arbeiter im Klassenkampf vereint!"



Eine Inderin in ihrer Landestracht: „Kampf den Rassisten. Schluß mit der Einwanderungsbeschränkung!"

Freispruch für Schlägerbullen

14 Gefängniswärter, die wegen Mißhandlung politischer Häftlinge Mitte Juli in Birmingham vor Gericht standen, sind trotz schwerer Belastung freigesprochen worden. Es handelt sich hierbei um ein Nachspiel des sog. Birminghamer Bombenprozesses: Am 21. November 74 explodierten zwei Bomben in zwei vollbesetzten Pubs (Bierlokale) in Birmingham, 21 Menschen wurden getötet, rund 200 z.T. schwer verletzt. Die Polizei hatte schnell eine Gruppe befreundeter Iren, die in Birmingham lebten, verhaftet und innerhalb ganz kurzer Zeit von jedem ein Geständnis über

Iren, die in Birmingham lebten, verhaftet und innerhalb ganz kurzer Zeit von jedem ein Geständnis über

die Tatbeteiligung. Ein gutes halbes Jahr später wurde den sechs Iren der Prozeß gemacht, sie wurden zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Im Prozeßverlauf kam raus, daß jeder der Angeklagten sein Geständnis zurücknahm. Jeder gab zu Protokoll, er sei durch Schläge, Drohungen gegen die eigene Familie bis hin zu Morddrohungen, Scheinexekutionen etc. zum Geständnis gezwungen worden. Daß die Verhafteten in der Tat kurz nach ihrer Festnahme brutal zusammengeschlagen worden sind, ging eindeutig aus den beiden Protokollen der ersten beiden Vernehmungen durch den Untersuchungsrichter hervor: am ersten Vernehmungstag waren „nur" bei einem der Häftlinge Spuren von Schlägen zu sehen, ein paar Tage später waren alle grün und blau geschlagen, mehreren fehlten Zähne, Platzwunden im Gesicht usw...

Gegen die Schlägerbullen kündigte der Richter nach der Verurteilung der Iren als Bombenmörder (an deren „Geständnissen" natürlich nicht gezweifelt wurde!) eine „unabhängige Untersuchung" der Vorwürfe gegen die Wärter an Jetzt – fast ein Jahr später: Freispruch!

Der „Guardian" schreibt am 16.7. trocken: *„Diese Entscheidung nach dem 6-wöchigen Prozeß ist deswegen bemerkenswert, weil nie bezweifelt worden ist, daß die sechs Iren, die wegen Mord an 21 Menschen verurteilt sind, im Winson Green Gefängnis zusammengeschlagen worden sind."*

Mit der dummdreisten Begründung „andere" (? !) als die 14 angeklagten Wärter hätten die Iren zusammengeschlagen, setzte sich der Richter über offensichtliche polizeistaatliche Übergriffe hinweg bzw. deckte diese durch Gerichtsbeschluß. Ein weiterer Hinweis darauf, wie es mit der vielgerühmten „Rechtsstaatlichkeit" Englands in Wahrheit bestellt ist!

England-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Frankreich
Französische Arbeiter greifen zunehmend zum Mittel der

Betriebsbesetzung

In Frankreich gibt es derzeit eine recht starke und verbreitete Streikbewegung gegen Rationalisierungen, Entlassungen und Werkstillegung. Anders als in der BRD, sind die französischen Arbeiter weniger bereit, sich die Krisenlasten von den Kapitalisten aufbürden zu lassen. Innerhalb dieser Streikbewegung wird immer häufiger zum Mittel der Betriebsbesetzung gegriffen, da „normale" Streiks gegen beabsichtigte Werks-Stillegung (bei vorheriger Ausschlachtung des Maschinenparks etc.) natürlich weitgehend wirkungslos bleiben müssen.

In der Streikausgabe der Zeitung „Parisien Libéré" wurde eine – nach Regionen gegliederte – Übersicht über derzeit stattfindende Arbeiterkämpfe gegen Massenentlassungen und Werksstillegungen veröffentlicht, die allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, da die derzeitige Streikbewegung stark zersplittert ist, was in der Natur dieser Kämpfe liegt. Wir selbst haben aus dieser Übersicht die von den Arbeitern und Angestellten besetzten Betriebe zusammengestellt:

Alpes Maritimes
- Artal (Kleidungsindustrie): 60 Kollegen, seit 6 Monaten besetzt.
- Renco (Metall), 100 Kollegen, seit zwei Monaten besetzt.
- Deltagraphiques (Druck): 100 Kollegen, seit drei Monaten besetzt.

Bouches-du-Rhone
- Griffet (Metall), 400 Kollegen, seit 18 Monaten besetzt. Dort wird vor allem Baumaterial hergestellt.

Drome
- Boulonneries Calibrées (Metall): 320 Kollegen sollten entlassen werden. Seit dem 1.März 76 besetzt.

Essone
- Helio-Cachan (Druck): 200 Kollegen, seit dem 2.Juli 1975 besetzt.

Finistère
- Trans-Océan (Kleidung): 200 Kollegen. Seit sechs Monaten besetzt.
- Donval (Leder): 250 Kollegen. Seit fünf Monaten besetzt.

Haute Garonne
- Donval (Leder): 250 Kollegen. Seit fünf Monaten besetzt.

Haute Garonne
- Papeteries de la Courtensourt (Papier) 250 Kollegen, seit Juli 75 im Kampf.

Haut-Rhin
- SKF (Metall): 1000 Kollegen, 98 Entlassungen. Seit mehreren Monaten im Kampf.

Ille-et-Vilaine
- Siccna (Metall): 350 Kollegen, seit mehr als einem Jahr besetzt.
- Rehault (Schuhindustrie): 800 Kollegen; der Betrieb ist seit über sechs Monaten besetzt.

Oise
- Sapla (Karton und Papier): 344 Entlassungen. Seit mehreren Wochen besetzt.

Pas de Calais
- Sopitec Plastique (Chemie): 350 Kollegen, seit dem 12.Juni besetzt.
- Béghin-Say-Sucreries (Lebensmittel): 3500 Entlassungen stehen bevor. Seit zwei Monaten besetzt.

Puy de Dome
- Amisol (Chemie): 271 Kollegen. Seit über 18 Monaten besetzt!
- Olier (Metall): 400 Kollegen, seit Juli 75 besetzt.

Rhone
- Amtec (Metall): 300 Entlassungen. Seit drei Monaten besetzt.

Seine Maritime
- IMRO (Druck): 150 Kollegen. Seit September 1975 besetzt. (Am 16.7. 76 von den Bullen erstmal geräumt!).

Seine-Saint-Denis
- Triton (Metall): 150 Kollegen. Seit 18 Monaten besetzt.
- Chaix (Druck): 900 Kollegen. Seit Dezember 1975 besetzt.
- Ideal-Standart (Metall): 1000 Kollegen. Seit 10 Monaten besetzt.
- Barthelay (Metall): 180 Kollegen, seit acht Monaten besetzt.

Val-de-Marne
- Serce Electrique (Metall): 300 Kollegen. Seit September 75 besetzt.
- Chaufour (Druck): 230 Kollegen. Seit Februar 75 besetzt.

Paris
- Parisien Libéré (Druck-Presse): 500 Kollegen, seit über einem Jahr besetzt.

IMRO von Bullen besetzt!

Am 16. Juli drangen um vier Uhr morgens 200 CRSler (Bereitschaftspolizei) in die seit September 1975 besetzte Druckerei IMRO (Rouen) ein.

Ordnungsgemäß war es auch der Betriebsbesitzer, der den Bullen die Türen offnete. Allerdings konnten die rund 20 Kolleginnen und Kollegen, die die Nachtwache hielten, rechtzeitig von der bevorstehenden Invasion informiert werden, so daß die Bullen weder Menschen noch Material in Beschlag nehmen konnten.

Da Flugblätter und Plakate schon seit langer Zeit für diese Gelegenheit fertig gedruckt waren, wurde die Nachricht sehr schnell stadtbekannt. So kam es schon am Vormittag zu Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Betrieben der Umgebung. Am Tag darauf erschien keine einzige Zeitung in der Stadt.

Am frühen Nachmittag fand eine Demonstration mit rund 300 Menschen vor dem nun von den Bullen besetzten Betrieb statt. Am Montag den 19. Juli wurde innerhalb der gesamten französischen Druckerbranche ein Solidaritätsstreik durchgeführt, wozu die CGT (die den Revisionisten nahestehende Gewerkschaft) aufgerufen hatte.

Der Kampf der 150 Kollegen von IMRO tritt jetzt in eine neue Phase, eine schwierigere Phase. Es ist abzusehen, daß die CGT-Führung alles dransetzen wird, den IMRO-Kampf zu beerdigen (dazu sollte auch wohl der nationale Streik am 19. Juli dienen). Schon jetzt versucht sie gegen einzelne IMRO-Kollegen eine Hetzkampagne zu eröffnen, die wir auch von den westdeutschen DGB-Fürhung gewohnt sind: „Radikale und Chaoten gehören raus aus der Gewerkschaft".

Allerdings haben die IMRO-Kollegen viele Pluspunkte auf ihrer Seite: die Klassensolidarität, die sie mit Hilfe verschiedener Initiativen zwischen Kollegen aus verschiedenen Betrieben der Stadt und Umgebung aufgebaut haben, und die Unterstützung vieler Menschen außerhalb der Betriebe.

So kamen an einem „Tag der Offenen Tür" am 12./13. Juni über 1.800 Menschen (Rouen hat rund 400.000 Einwohner) in den zu dieser Zeit noch von den Arbeitern besetzten Betrieb.

Zweifellos wird der Erfolg ihres Kampfes davon abhängen, ob es ihnen gelingt, eine breite und aktive Solidarität weiter auszubauen.

Nach den Berichten von IMRO-Kollegen.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Frankreich:
Koordinierung der Kämpfe

Am 6. Juni fand in Besançon ein Treffen von rund 20 Betriebsdelegationen statt, die alle im Kampf gegen die kapitalistische Krise stehen. Aufgerufen hatten die CFDT-Sektionen von Lip und Griffet (eine Lastwagen-Fabrik, die seit mehreren Monaten besetzt gehalten wird).

Diskutiert wurde der Aufbau einer ständigen Koordinierung der Arbeiterlinken: Ihre Rolle, ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften und zu den Parteien der Linken.

Einige Vertreter waren der Meinung, daß eine solche Koordinierung über den Betriebsbereich hinausgehen solle, und von vornherein Arbeitslosen- und Studentenkomitees und auch die verschiedenen Befreiungsbewegungen (zum Beispiel der Bretagne) zusammenfassen solle. Diese Koordinierung hätte demzufolge auf allen Ebenen Initiativen und Aktionen vorzuschlagen.

Die andere Position, die von der Mehrheit der CFDTler und der Genossen der PSU (Vereinigte sozialistische Partei) geteilt wurde, stellte sich nicht frontal gegen die oben genannte Vorstellung. Ihr Inhalt: Es geht nicht darum, heute Parallelstrukturen zu den Gewerkschaften zu bilden, sondern es geht darum, diejenigen Aufgaben wahrzunehmen, die die Gewerkschaften bislang nicht erfüllen. Ein konkreter Vorschlag war die Herstellung einer Broschüre zur Frage der Betriebsstillegungen, wo anhand von Erfahrungen anderer Betriebe die Fallen, die man vermeiden muß, dargestellt werden. Ein anderes Beispiel: Wenn ein Betrieb polizeilich geräumt wird, ist die gemeinsame Antwort der anderen besetzten Betriebe notwendig. Als zum Beispiel der Druckbetrieb Caron-Ozanne in Caen (Normandie) geräumt wurde (siehe AK 82), haben die Lip-Arbeiter in Besancon eine Protestversammlung vor dem Kommissariat der Stadt abgehalten.

Eine weitere Notwendigkeit ist die Herstellung eines funktionierenden Informationswesens, denn aufgrund der bürgerlichen Zensur und auch des Schweigens der Gewerkschaftsführungen, ist es unter anderem schwierig, eine genaue Zahl der seit längerem besetzten Betriebe anzugeben; noch komplizierter ist dann die Frage des Kontakts untereinander.

Die Lip-Kollegen schlugen vor, daß erst einmal regelmäßige Treffen stattfinden sollen, wo gewerkschaftlich organisierte Kollegen von ihrer Vollversammlung hindelegiert werden.

Das Sekretariat der Koordinierung wird von Lip getragen, die Zeitungen „Ouest-Licenciements" (von den Kollegen von Caron-Ozanne herausgegeben) und die Zeitung „Lip-Unité" (von den Lip-Kollegen) sollen im obengenannten Sinne erweitert werden.

Für den Sommer ist ein gemeinsames massives Eingreifen bei der jährlich stattfindenden „Tour de France" (Radrennen, dessen Förderer u.a. Amanry, der faschistische Herausgeber des „Parisien Liberé" ist) geplant.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

‚IMRO vivra! IMRO vaincra!'

(IMRO wird leben! IMRO wird siegen!)

Drei Tage, bevor IMRO von den Bullen besetzt und geräumt wurde, hat ein Arbeitergenosse dieses Betriebes einen Artikel für den ARBEITERKAMPF geschrieben, in dem er vor allem die Politik der Gewerkschaftsführungen von CGT und FFTL kritisierte. Wir drucken den Artikel im folgenden leichtgekürzt ab – und möchten gerade jetzt, nachdem die Polizei in den Betrieb eingedrungen ist, dazu auffordern,
Artikel im folgenden leichtgekürzt ab – und möchten gerade jetzt, nachdem die Polizei in den Betrieb eingedrungen ist, dazu auffordern,
daß an die am Schluß des Artikels angegebene Adresse Solidaritätsbriefe usw. geschickt werden.

Die Kollegen von IMRO haben selbst mehrfach ein Beispiel aktiver internationalistischer Solidarität gezeigt: Sie haben während des Druckerstreiks in unserem Land ein Solidaritätstelegramm an ihre westdeutschen Kampfgenossen geschickt; sie haben in ihrem Betrieb Unterschriften gesammelt, mit denen sie vor einigen Wochen gegen die willkürliche Verhaftung des Frankfurter Genossen Gerhard Strecker protestierten; sie haben in ihrem Betrieb eine Spendensammlung zur Unterstützung des chilenischen MIR durchgeführt, usw.

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Seit dem 29. September 1975 besetzen die Kollegen von IMRO (ROUEN) ihre Druckerei, für die Aufrechterhaltung ihrer Arbeitsplätze und die Wiedereröffnung ihres Betriebs.

Um das bestmögliche Kräfteverhältnis gegenüber den lokalen Kapitalisten herzustellen, haben wir verschiedene Initiativen ergriffen...

Eine der letzten war der „Tag der Offenen Tür" am 12. und 13. Juni. Für diesen Tag der Offenen Tür hatten wir verschiedene kämpferische Betriebe eingeladen (unter anderem LIP und den Druckbetrieb CARON-OZANNE), sowie verschiedene Organisationen wie den MIR, das Arbeitslosenkomitee der CGT, das American Indian Movement, das Anti-Apartheid-Komitee. Jeder sollte dort auch Stände machen.;

Das Ziel war für uns die Initiierung eines Erfahrungsaustausches und von Debatten, die den Taktiken der Gewerkschaftsführungen entgegenstehen. Die Gewerkschaftsführungen setzen auf die Isolierung der Kämpfe, und sie bieten als einzige Perspektive die Unterstüzung des gemeinsamen Regierungsprogramms der Vereinigten Linken (PC und PS).

Die Kämpfe, die heute stattfinden, werden sabotiert, und stattdessen auf 1978 und einen möglichen Wahlsieg gesetzt (1978 finden die nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich statt).

Im Rahmen dieser beiden Tage haben wir auch ein militantes kulturelles Programm zusammengestellt, mit der Beteiligung von Theatertruppen, von Sängergruppen, wie unter anderem dem ROTEN KAKTUS aus Flensburg.

Alles in allem war das ein großer Erfolg für unsere Öffentlichkeitsarbeit. Wir hatten auch das Exekutiv-Komitee der FFTL (Druckersektion der revisionistischen Gewerkschaft CGT) eingeladen, um öffentlich eine Auseinandersetzung über die Situation und die Kampftaktik in der Druckbranche zu führen. Damit wir, Arbeiter und Arbeiterinnen von IMRO, öffentlich unsere Differenzen zur Politik der Gewerkschaftsführung darlegen können. Aber statt einer Debatte gab es nur einen Sabotageversuch der Verantwortlichen der FFTL und der CGT.

Denn in der Tat wollten sie uns vorschreiben, wen wir bei einer solchen Angelegenheit einzuladen hätten, und sie forderten: „Entweder sie oder wir"!

Natürlich haben wir unsere Klassenwahl getroffen: Sie gehörten vor die Tür.

sie oder wir"!

Natürlich haben wir unsere Kl assenwahl getroffen: Sie gehörten vor die Tür.

Wir waren nicht bereit, ihre Verleumdungen zu dulden, die sie insbesondere dem MIR gegenüber äußerten:

Sie wagten zu sagen, der MIR sei verantwortlich für den Faschismus in Chile. *Darüberhinaus unterstellten sie uns, wir wollten eine CFDT-Sektion (die CFDT ist an sich die „rechtere" sozialdemokratische Gewerkschaft, in letzter Zeit hat sie sich in einigen Kämpfen wesentlich solidarischer verhalten als die revisionistische CGT, Anm. AK) bei Imro aufbauen, und erklärten uns, der LIP-Kampf sei ein reformistischer Kampf (!). Die Diskussion über die Situation in der Druckbranche fand also ohne sie statt...*

Die FFTL- und die CGT-Führung waren aber nicht willens, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Mehrere Male wurden wir seitdem zu ihnen hinbestellt. Dort wurde uns erzählt, unsere Funktionäre hätten den dringenden Wunsch, daß wir uns gemäß der Orientierung und dem Charakter der CGT zu verhalten hätten. Was uns vorgeworfen wird, ist: daß der Tag der Offenen Tür von ihnen selber hätte organisiert werden müssen, (das heißt, dann wären nur „ordentliche" CGT-Mitglieder reingekommen), daß wir die Politik der Gewerkschaftsführung ablehnen, das heißt, daß wir es ablehnen, unseren Kampf dem Gemeinsamen Regierungsprogramm unterzuordnen. Diese Probleme, mit denen wir nun konfrontiert sind, sind der Ausdruck einer jahrelangen Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaft, da unsere Kampfformen und Positionen (wir haben schon im Mai 68 unsere Maschinen für uns selber benutzt) sich schon seit langem im Gegensatz zur Politik der CGT-Führung bewegen.

Fazit: wir sind heute nicht nur der Repression der Bullen und Kapitalisten ausgesetzt, sondern auch der gewerkschaftlichen Repression! So versucht die CGT-Führung uns auch zu erpressen: uns wurde mitgeteilt, daß eine Unterstützung der Gewerkschaft im Falle der Bullenräumung davon abhängig sein wird, inwiefern wir dann auch ihre Politik akzeptieren!

eine Unterstützung der Gewerkschaft im Falle der Bullenräumung davon abhängig sein wird, inwiefern wir dann auch ihre Politik akzeptieren!

Begleitet wird dies von einer Verleumdungskampagne über unseren Kampf:

Die CGT-FFTL-Führung hat an alle Gewerkschaftssektionen der Region einen Brief verschickt, wo sie uns als „Unverantwortliche und Provokatorische Elemente" diffamiert!

Darauf haben wir mit Flugblättern reagiert, in Tausenden von Exemplaren, wo wir unsere Positionen darlegen; und auch mit Artikeln in der Presse von Organisationen, die uns tatsächlich unterstützen.

Am 22. Juli werden wir eine außerordentliche Sitzung unseres Gewerkschaftskomitees haben, wo über unseren Kampf und unsere Antwort auf eventuelle Gewerkschaftsausschlüsse beraten werden soll.

Wir werden eine Pressekonferenz durchführen, wo wir alle gewerkschaftlichen Sektionen einladen werden, die uns wirklich unterstützen, sowie die Kampfkomitees der Studenten und Schüler, Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Betrieben, sowie politische Organisationen. Auf dieser Pressekonferenz werden wir nicht nur die Schweinereien der Gewerkschaftsführung öffentlich entlarven, sondern auch versuchen, über unser weiteres Vorgehen eine gemeinsame Auseinandersetzung mit allen Anwesenden zu organisieren.

Unterstützungs- und Solidaritätsadressen können an folgende Adresse geschickt werden:

Beatrice Pauc
124, rue orde
F – 76000 Rouen

Ein Genosse von IMRO

Frankreich
Breiter Metaller-Streik in La Rochelle

Seit dem 21. April stehen sämtliche Metallbetriebe im bretonischen La Rochelle im Kampf.

Die erste Besetzung erfolgte bei Alsthom (Eisenbahn-Material) und dehnte sich innerhalb einer Woche auf weitere neun Metallbetriebe aus, darunter CIT Alcatel (elektrisches und elektronisches Material) und ACPR (Werften). Die Metaller haben eine gemeinsame Forderungsplattform ausgearbeitet:

- 150 Francs lineare Lohnerhöhung
- 2 % Verbesserung der Kaufkraft
- Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnverlust
- Rente mit 60 Jahren für die Männer, mit 55 Jahren für die Frauen
- Respektierung der gewerkschaftlichen Rechte
- Schluß mit der Verfolgung gewerkschaftlich organisierter Kollegen
- Monatlich eine bezahlte Stunde zur gewerkschaftlichen Information.

Bislang haben die Metallkapitalisten alle Forderungen der Kollegen abgelehnt; vom 24. Mai bis zum 2. Juni wurde zum Beispiel der Betrieb CIT von der Bereitschaftspolizei besetzt!

Die Lehrer von La Rochelle haben einen Tagesstreik zur Unterstützung der Kollegen durchgeführt. Innerhalb des öffentlichen Dienstes sind bislang 100.000 Francs für die streikenden Kollegen gesammelt worden (rund DM 50.000,–).

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Frankreich

Frankreich

Gefangenenrevolte in Lisieux

Am 5.Juli fand in Lisieux (Normandie) die erste Gefangenenrevolte in einem „centre de haute sécurité" statt: Diese „Sicherheitszentren" wurden nach verschiedenen Revolten im Sommer 1974 eingerichtet; heute existieren 10 solcher „Supergefängnisse" in Frankreich, wo laut Justizjargon die „gefährlichen Gefangenen" inhaftiert sind.

Die Gefangenen leben dort in Zellen von 2,50 x 3 Meter. Sogar die bürgerliche Zeitung „Le Figaro" schrieb: *„Die Gefangenen leben in richtigen Käfigen"*. Die Fensterscheiben lassen nicht einmal das Tageslicht durch, d.h. die Häftlinge können auch nicht das geringste aus ihrer Umwelt registrieren. Hinter den Fenstern ist ein doppelte Gitterreihe angebracht. Der Hof ist so klein gehalten, wie es nur geht – und darüber ist von Mauer zu Mauer ebenfalls ein Gitter gespannt: d.h. die Gefangenen sehen selbst im Hof den Himmel nur durch Gitter!

Und in diesem Supergefängnis von Lisieux sitzen ganze vier Gefangene: der eine sollte „normalerweise" 1975 rauskommen; der zweite soll dort noch 10 Jahre verbringen; ein weiterer hat lebenslänglich; und beim vierten Gefangenen ist sein Schicksal noch ungewiß.

Diese vier Gefangenen versuchten also am Morgen des 5 Juli zu fliehen, was ihnen allerdings nicht gelang. Stattdessen wurden sie von 250 (!!) CRSlern (dem BGS vergleichbar; Anm. AK-Red.) angegriffen. Die CRS-lern (dem BGS vergleichbar; um ein neues Gas zu erproben. Dieses Gas, auf der Basis von Chlorobenzene hergestellt, wurde schon in Vietnam von den nordamerikanischen GIs angewandt. Eine englische Untersuchungskommission kam damals zum Schluß, daß dieses Gas „schwere Atemstörungen, Lungenödeme" hervorruft – und bei hoher Dosis sogar tödlich sein kann.

Ein 14-jähriger französischer KB-Sympathisant

Frankreich
OCR (Revolution) zu den Präsidentschaftswahlen

1978 werden in Frankreich Präsidentschaftswahlen stattfinden. Ähnlich wie in Italien besteht die Bedeutung der Wahlen darin, daß es dem „Linksbündnis" (KPF und Sozialistische Partei) gelingen könnte, gegenüber den rechten und konservativen Parteien die Mehrheit zu erringen (bereits bei den letzten Wahlen fehlte nur ein Prozent!).

Sehr stark orientiert am Vorbild der gemeinsamen Liste „Democrazia Proletaria" in Italien, hat jetzt bereits die OCR (Révolution) in Frankreich die Diskussion um die Präsidentschaftswahlen begonnen. In einem Artikel der Zeitung „Révolution" vom 11.6. entwickelt Henri Maler, Mitglied des „Nationalen Büros" der OCR, dabei folgende Vorstellungen:

die Bildung einer Aktionseinheitsplattform der revolutionären Linken. Inhalt dieser Plattform soll sein: die Entwicklung einer gemeinsamen *„Gegenoffensive der Arbeiter gegen die Krise"*, die Zusammenfassung der *„antikapitalistischen Kämpfe"* und ihre Erweiterung auf *„alle Formen der sozialen und politischen Repression"* und der Kampf für die demokratischen Rechte der Werktätigen. *„Zentrales politisches Ziel ist die Zerschlagung des Giscard-Chirac-Regimes."*

Die Plattform soll eine „Minimalplattform" für eine Aktionseinheit sein, die es ermöglicht, daß *„jede Organisation, die einheitliche Listen unterstützt, ihre freie Meinungsäußerung behält"*. In diesem Sinne spricht Maler sich für *„Bewegungskandidaturen"* im Gegensatz zu *„Programmkandidaturen"* aus.

Ziel dabei soll es sein, ein breitestmögliches Bündnis der Arbeiterlinken und der „Avantgarde" zu erreichen. So sollen die Listen auch für unorganisierte Genossen offen sein, die in bestimmten Massenkämpfen eine Rolle gespielt haben.

„Was unserer Meinung nach das Wesentliche ist, ist der Bruch mit der Wahlroutine und das Vorantreiben der Aktionseinheit innerhalb der revolutionären Linken und innerhalb der Arbeiterlinken und der Massenavantgarde".

Für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen (dieser Wahlgang wird nötig, wenn keiner der Kandidaten über 50 % der Stimmen erhalten hat, in dem Wahlgang stehen sich die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen gegenüber) wird eine Stimmabgabe für das reformistische „Linksbündnis" vorgeschlagen, weil ein *„Wahlsieg des Linksbündnisses den Kampf für unsere wichtigsten Ziele begünstigen könnte ..."* Dabei darf auf keinen Fall scharfe Kritik am Reformismus und der Versöhnung mit Giscard und den bürgerlichen Kräften durch das „Linksbündnis" vernachlässigt werden.

(Zitate aus „Révolution" vom 11.6.).

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Westberlin

Noch so ein ‚hocherfreulicher Skandal'

Zum zweiten Mal sieht sich die „KVZ" des KBW genötigt, zu jenem *„hocherfreulichen Skandal"* („KVZ", 1. Juli), der sich kürzlich in Westberlin ereignete, Stellung zu nehmen. Und diesmal gleich über eine ganze Seite. Warum dieser ganze Eifer?

In Westberlin ist die KHG (Studentengruppe des KBW) ziemlich in Verruf geraten. Dort war an der FU („Freie Universität") im Juni der Präsident gewählt worden. Zur Wahl standen Baske, Mitglied einer rechtsradikalen „Notgemeinschaft" und der liberale Lämmert. Da für beide etwa gleiche Stimmenzahl zu erwarten war, schien es zeitweise so, als könnten die drei Vertreter der KHG im Konzil bei der Wahl den Ausschlag geben.

Die KHG wollte zwar nicht für Lämmert stimmen – mußte aber bei Diskussionen in den Seminaren feststellen, daß sie total isoliert war. Daraufhin erklärte die KHG ganz demokratisch, sie wolle sich der Entscheidung einer Vollversammlung unterwerfen. Mit 1.300 zu 200 Stimmen (lt. „KVZ", 1. Juli) wurde die KHG aufgefordert, für Lämmert zu stimmen. Die KHG versprach auch noch, diese Entscheidung zu akzeptieren – um dann am nächsten Tag zu erklären, sie wolle sich doch lieber der Stimme enthalten.

Über dieses Vorgehen herrschte in der demokratischen Studentenschaft Westberlins große Empörung. Dies veranlaßte die „KVZ" in ihrem ersten Verteidigungs-Artikel, dem *„hocherfreulichen Skandal"* (1. Juli). In diesem Artikel wurde nach dem Motto *„Alle Reaktionäre schäumen jetzt"* die demokratische Studentenschaft verhöhnt. Sie habe den KBW/KHG *„zu einer Schandtat zwingen"* wollen (Lämmert zu wählen), aber dieses *„reaktionäre Manöver"* sei vom KBW/KHG vereitelt worden. Insofern sei das *„Gezeter"* über das Verhalten des KBW/KHG *„hocherfreulich"*.

Da mit dieser dummdreisten Massen-Verhöhnung die Auseinanderset-

über das Verhalten des KBW/KHG *„hocherfreulich"*.

Da mit dieser dummdreisten Massen-Verhöhnung die Auseinanderset-zung über die Praktiken des KBW keineswegs zu beenden war, sondern eher neue Nahrung erhielt, sah sich die „KVZ" alsbald in der Ausgabe vom 22. Juli erneut veranlaßt, eine lange Verteidigungsrede zu halten.

Abgesehen von einer Steigerung der Massen-Beschimpfung (*„spuckende Revisionisten und schäumende Reaktionäre")* ist die Grundtendenz der Verteidigungsrede folgende: Die KHG habe sich gar nicht isoliert; vielmehr sei es so, daß der KB („Nord") den Massen *„seine eigenen bürgerlichen Anschauungen unterschoben"* habe. *„Ziemlich viele"* (?) Studenten hätten das Verhalten der KHG ganz richtig gefunden.

Wiederum „hocherfreulich"! Aber da mittlerweile offenbar sogar die „KVZ"-Leserschaft so mißtrauisch geworden ist, daß sie solche Behauptungen nicht mehr ohne Beweis glaubt, muß folglich auch noch ein Beweis her. Ihn liefern für die „KVZ" die Ergebnisse bei den Fachbereichratswahlen, die unmittelbar nach den geschilderten Vorfällen stattfanden. Das Verhalten der KHG habe *„ihr Vertrauen bei den Revolutionären eingebracht. Dieses Vertrauen hat sich sodann in den Wahlen zu den Fachbereichen ausgedrückt"* („KVZ", 22. Juli). Bei diesen Wahlen habe die KHG **„so um die 2000 Stimmen"** erhalten. – Klingt gut, aber stimmt leider überhaupt nicht!

Der KBW muß schon ganz schön arm dran sein, wenn er zur Rechtfertigung seines „hocherfreulichen Skandals" zum zweiten mal eine volle Seite der „KVZ" braucht, deren ganzer Sinn diesmal nur ein Spiel mit falschen Zahlen ist, das dem Leser beweisen soll: So isoliert sind wir gar nicht!...

Wie ist das mit den 2000 Stimmen? Die „KVZ" nennt ganz bewußt keine Ergebnisse in genauen Zahlen. Stattdessen stützt sie sich auf eine Formulierung im FU-Info, das vom Präsidialamt der FU herausgegeben wird und folglich *„revolutionärer Anschauung ..unverdächtig"* („KVZ") ist. Im FU-Info hieß es: *„Auf die K-Gruppen vereinigten sich ca. 23oo Stimmen, wobei sich zeigte, daß der KSV zu Gunsten der KHG allen Boden verloren hat"* (Der KSV ist die Studentengruppe der auch in Westberlin total auf den Hund gekommenen vaterländischen „KPD").

allen Boden verloren hat" (Der KSV ist die Studentengruppe der auch in Westberlin total auf den Hund gekommenen vaterländischen „KPD").

Die „KVZ" rechnet nun flugs von den 2300 Stimmen die 300 ab, die der KSV erhielt, und kommt damit auf ihre **„so um die 2000 Stimmen"**.

Der Trick dabei ist, daß das FU-Info keineswegs so verläßlich ist, wie der KBW vorgibt. Es hat nämlich der „Einfachheit" halber a l l e Listen, auf denen meist unter „ferner liefen" auch KHGler kandidierten, insgesamt den „K-Gruppen" zugechlagen. Daher das geradezu bombastische Ergebnis von **„so um die 2000 Stimmen"**, das sich die „KVZ" jetzt stolz zurechnet. Der KBW verschweigt, daß er überall dort, wo er nicht mit anderen Linken, wie z.B. den Spontis, auf einer Liste kandidierte, völlig abgebürstet wurde. Dazu drei Beispiele: Jura (Spontis 352, KHG 28, KSV 34) WiWis (Sponti/FB-Initiative 153, KHG 36, KSV 22) und OSI/Soziologie (OSI-Initiativgr. 287, KHG 53, KSV 24). Was die vom KBW „unterstützten" Listen von dieser Art „Wahlauswertung" halten, muß die „KVZ" selbst andeuten, wenn sie schreibt, daß *„die Liste von den Pharmazeuten (uns) recht bissig (schreibt), daß sie von einer Unterstützung durch die KHG nicht viel gespürt hätte bei den Wahlen und deswegen verwundert sei, sich in der „KVZ" als ‚von der KHG unterstützen Liste' wiederzufinden."*

Der politische Betrug mit den Wählerstimmen, die andere, linke Kandidaten erhalten haben, wird aber erst dann richtig deutlich, wenn man weiß, daß die vereinzelten KHG-Mitglieder auf den Initiativgruppenlisten nach dem Präsidentenwahl-skandal fast ausnahmslos aufgefordert wurden, sich von dem Verhalten der KHG zu distanzieren. In mindestens einem Fall (Liste „Aufrechter Gang" bei den Germanisten) wurde sogar öffentlich auf einer Wandzeitung dieser Liste gefordert, den KHG-Vertreter bei Nichtdistanzierung nachträglich von der Liste zu werfen. Insofern ist auch dieser neue Skandal in der „KVZ" „erfreulich"; er lehrt die demokratischen Studenten, wie der KBW sich in Aktionseinheiten verhält und wird dazu beitragen, die Isolierung dieser schädlichen Strömung voranzubringen. Der Beschimpfung als „Reaktionäre" können die linken Initiativgruppenmitglieder gelassen entgegensehen.

lichen Strömung voranzubringen. Der Beschimpfung als „Reaktionäre" können die linken Initiativgruppenmitglieder gelassen entgegensehen.

Selbst die wenigen Stimmen, die die KHG dort erhalten hat, wo sie als KHG zur Wahl stand, stammen fast ausnahmslos aus der KSV-Konkursmasse. Auch eine Art von „Massen"verankerung.

Arbeitsgruppe Studenten KB/Gruppe Hamburg



SPD lobt Juso-Hochschulgruppen

Unter der Überschrift „Vor alten Fehlern wird gewarnt" (!) wertet SPD-MdB Manfred Schmidt im „Vorwärts" vom 15. Juli die Studentenparlamentswahlen im Hinblick auf das Abschneiden der Juso-Hochschulgruppen aus. Sein bemerkenswertes Fazit lautet: *„In der Studentenpolitik hat die SPD* (!) *wieder Tritt gefaßt."* Es hätte eine *„bemerkenswerte Kräfteverschiebung an den deutschen Hochschulen"* zugunsten der Jusos bei *„gleichzeitigem Niedergang des SHB"* gegeben. Die Jusos seien jetzt zur *„stärksten politischen Kraft im studentischen Bereich geworden"*.

Diese Zufriedenheit wird insbesondere deshalb zur Schau gestellt, weil die SPD schon mit zwei Studentenorganisationen Schiffbruch erlitten hat. Der SDS entfernte sich mit der Radikalisierung der Studentenbewegung immer mehr von der Mutterpartei, der SHB geriet immer mehr ins Fahrwasser der DKP und hielt mit der Rechtsentwicklung der SPD nicht in genügendem Maße Schritt.

Deshalb wurde der dritte Versuch der SPD, in der Studentenschaft organisatorisch Fuß zu fassen, nicht als eigenständiger Studentenverband aufgebaut. Die Juso-Hochschulgruppen sind Teile der Partei, deren Führung *„vom Bundesvorstand der Jungsozialisten bestätigt wird"*. So hat sich die SPD-Führung von vornherein eine direkte Einflußmöglichkeit geschaffen. Der politische Kurs der Juso-Hochschulgruppen kann so genauso bestimmt werden, wie die Politik der Jusos insgesamt.

M. Schmidt betont ausdrücklich, daß die Jusos *„eine organisatorische Loslösung von der Gesamtpartei"* ablehnen, weil es in den Augen der Jusos *„nicht eine eigenständige, besonders avantgardistischen Theorie* (!!) *zu entwickeln gilt, sondern hochschulpolitische Vorstellungen eingebettet sein müssen in die Theorie-Diskussion und die praktische Arbeit der Gesamtpartei"* (!)

schulpolitische Vorstellungen eingebettet sein müssen in die Theorie-Diskussion und die praktische Arbeit der Gesamtpartei" (!)

Dieser Aufgabenbestimmung kamen die Jusos pflichtbewußt nach, als sie beispielsweise im VDS dafür sorgten, daß im Aufruf zum letzten Sternmarsch die reaktionäre Politik der SPD, obwohl Regierungspartei!, mit keinem Wort erwähnt wurde.

Warnung vor dem SHB

Da die gegenwärtige Situation an den Hochschulen ein Bündnis mit dem SHB und dem MSB noch nötig macht, da andernfalls die Einflußmöglichkeiten der Jusos im sozialdemokratischen Lager sinken würden, wird dieses von der SPD-Führung stillschweigend hingenommen. Gleichzeitig wird aber darauf gedrungen, daß die Jusos sich systematisch vom SHB absetzen, denn *„die programmatische Nähe* (des SHB) *zur DKP-Hochschulorganisation MSB-Spartakus macht den Jungsozialisten eine Mitarbeit in diesem einst als sozialdemokratischen Hochschulbund gegründeten Verband* **unmöglich."** Hier kündigt sich in bereits bekannter Weise ein neuer Unvereinbarkeitsbeschluß an.

Und auch diesen Part haben die Juso-Hochschulgruppen schon gelernt. Auf den VDS-Mitgliederversammlungen versuchten sie systematisch ein Bündnis mit SHB und MSB zu verhindern, während sie sich den weiter links stehenden Basisgruppen direkt aufdrängten. Schon daran wird deutlich, daß ihre eigentliche Absicht darin besteht, den Einfluß von SHB und MSB zu brechen, um deren sozialdemokratischen Anhang wieder direkt an die Parteizügel der SPD zu ketten. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie an den meisten Hochschulen gemeinsame Erklärungen mit dem SHB ablehnten, obwohl die „gewerkschaftliche Orientierung" als gemeinsame Grundlage besteht. Alleiniger Hinderungsgrund hierfür ist, daß der SHB nicht bereit war, die SPD als entscheidende Reformpartei anzuerkennen, sondern immer noch von einer sozialistischen Umwandlung träumt.

Schmidt warnt vor einem zu festen Bündnis mit dem SHB, denn eine solche Politik würde *„die Gefahr heraufbeschwören, daß die Juso-Hochschulgruppen sich verselbständigen und damit früheren Fehlentwicklungen* (!) *im Hochschulbereich wieder Vorschub geleistet wird."*

Sollten die Jusos unter dem Druck der Studenten zu Ansätzen fortschrittlicher Politik finden, wird die SPD auch mit ihnen in ihrem militanten

lungen (!) *im Hochschulbereich wieder Vorschub geleistet wird."*

Sollten die Jusos unter dem Druck der Studenten zu Ansätzen fortschrittlicher Politik finden, wird die SPD auch mit ihnen in ihrem militanten

Antikommunismus nicht milder umgehen. Noch allerdings, das macht dieser „Vorwärts"-Artikel deutlich, sind Schmidt, Brandt und Co. sehr mit „ihren" Jusos zufrieden – und sie haben allen Grund dazu.

Arbeitsgruppe Studenten KB/Hamburg

Kiel

KBW deckt vaterländische Spaltungsmanöver!

Zum 14. Juli hatte der Kieler PH-AStA (KBW) zu „Aktionseinheitsgesprächen gegen die Einstellungsgespräche des Landesschulamtes" (LSA) eingeladen.

Vorausgegangen waren aktuelle Einstellungsgespräche des LSA mit den Referendarsanwärtern Veronika Vollands und Lisa Tidemann, sie auf ihre „Verfassungstreue" hin zu prüfen. Beiden droht Berufsverbot!

„KB-Nord, Jusos, GEW-Studentengruppen, MSB und SB müssen vor die Tür gesetzt werden, da sie allesamt dem bürgerlichen Lager angehören". Mit diesem Spaltungsmanöver trumpften gleich zu Beginn der Gespräche „Rote Garde"/„KPD/ML" auf – mit Unterstützung vom vaterländischen KSV („KPD").

Bezeichnenderweise wurde daraufhin ein Antrag des KOMMUNISTISCHEN BUNDES, diese vaterländischen Spalter von weiteren Verhandlungen auszuschließen, vom KBW-AStA n i c h t behandelt!

Dennoch: Die „KPD/ML" verließ die Gespräche – allerdings einzig und allein, weil der KBW nicht die von den Vaterlandsverteidigern geforderte „Selbstkritik" leisten mochte, schon die Einladung an die besagten Gruppen sei ein Fehler gewesen.

Im folgenden setzte der KBW alles daran, die noch anwesenden Organisationen auf eine KBW-Spezial-Plattform zu zerren, die in der herkömmlichen KBW-Manier Illusionen über die gegenwärtig tatsächlich zu erreichenden Ziele schürt.

Unser Vorschlag einer gemeinsamen Veranstaltung gegen die Berufsverbote wurde n i c h t behandelt.

Stattdessen liebäugelte der KBW mit den noch anwesenden Vaterlandsverteidigern des KSV. Selbst ein Bekenntnis der Vaterlandsverteidiger, Berufsverbote gegen DKP-Mitglieder zu b e f ü r w o r t e n, „weil es keine Solidarität mit Reaktionären und Sozialfaschisten gibt", hinderte den KBW nicht daran, mit diesen Kräften weiterzukunkeln.

Nicht nur, daß der KBW hier offensichtliche Spalterprovokationen der Vaterlandsverteidiger bewußt d e c k t; der KBW ist es damit auch letztlich selber, der diese Spaltermanöver unter dem Deckmantel der „Aktionseinheit" bewußt betreibt!

Am Ende der Verhandlungen saßen KBW und KSV in trauter Eintracht a l l e i n am Tisch.

KB/Gruppe Kiel

CDU erhebt „Volksfront"-Vorwurf:

Jusos empört

Am 12.7. legten der CDU-Vorsitzende Kohl und der RCDS auf einer Pressekonferenz eine Dokumentation über *„den Vormarsch der Volksfront an deutschen* (gemeint westdeutschen) *Hochschulen"* vor („Welt", 13.7.). Gemeint sind ASten, die gemeinsam von Jusos und SHB, MSB oder kommunistischen Gruppen getragen werden.

Besonders herausgestrichen wurde dabei von Kohl, daß *„diese Aktionseinheiten von der SPD-Führung nicht nur geduldet, sondern oft sogar gefördert"* würden („Welt", 13.7.), während von den Jusos gleichzeitig Bündnisse mit dem CDU-Studentenverband, RCDS, abgelehnt würden. Das sieht Kohl als weiteren Beweis dafür, daß die *„Bürger der Bundesrepublik vor der grundsätzlichen Entscheidung ‚Freiheit statt Sozialismus' stehen."* („Welt", 13.7.). Die besondere „Gefahr für die Freiheit" wird für CDU und RCDS an der Uni jetzigen Situation würde diese *„von der Mehrheit der Wählerschaft an den Universitäten nicht verstanden."* („FR", 16.7.). Und der „Vorwärts" bringt es auf den Punkt: *„Und zweitens würden, ginge man dennoch eine solche Koalition ein, nur Links-Stimmen von den Jusos zu extremen Gruppen wandern, das demokratische Potential würde geschwächt"* (15.7.).

Natürlich weiß dies auch die CDU. Deshalb hat dieser Volksfront-Vorwurf auch eine doppelte Funktion. Zuerst einmal wird im Wahljahr so das Gespenst des Sozialismus an die Wand gemalt, wobei gleichzeitig die Jusos in die „linke" Ecke gestellt werden, um die Hoffnungen in eine linke SPD zu stärken, und zweitens werden die Jusos zu opportunistischen Abgrenzungen gezwungen. Daß dies bei der Juso-Führung kaum noch nötig ist, zeigen die ersten Reaktionen und die unverblümte Enthüllung



Bremen sichtbar, wo sich *„bei Wahlen zum Studentenparlament 88 % für verfassungsfeindliche kommunistische Organisationen"* aussprachen. Das ist für die CDU natürlich keine freie Entscheidung für den Kampf gegen die reaktionäre Formierung der Hochschule, denn *„die Volksfrontentwicklung, so betonte Kohl, nehme demokratischen Studenten die Hoffnung, eine verfassungsgemäße und freiheitliche Studenten- und Hochschulpolitik durchzusetzen."* (ebenda). Welche Freiheit diese Leute meinen, wird aus der gleichen Dokumentation deutlich: *„Als skandalös bezeichnete es die CDU, daß in Berlin* (gemeint Westberlin) *verfassungs-*
tation deutlich: *„Als skandalös bezeichnete es die CDU, daß in Berlin* (gemeint Westberlin) *verfassungs-*
feindliche Organisationen staatliche Räume in Anspruch nehmen..." (ebenda). Frei nach dem Motto: Kann schon die Wahl von Kommunisten und Sozialisten nicht verhindert werden, dann müssen ihre politischen Möglichkeiten durch Raumverbot, Aberkennung des Politischen Mandats, Prozessen usw. beschnitten werden.

Jusos und SPD weisen Vorwürfe entschieden zurück

Die vom RCDS vorgelegte Dokumentation *„bezeichneten die Juso-Hochschulgruppen ... als ‚diffamierend bis schludrig'"* („Welt", 16.7.). Gerade in einer Zeit, da die SPD-Regierung eifrig bemüht ist, in Italien eine Regierungsbeteiligung durch massive wirtschaftliche Erpressung zu verhindern, muß der Vorwurf, selbst Volksfrontpolitik zu betreiben, natürlich „diffamierend" wirken. Was denn an den unzweifelhaften Tatsachen so diffamierend ist, stellt denn auch die SPD sofort fest: *„Hingegen hat die Strategie der Juso-Hochschulgruppen, kommunistische Gruppierungen politisch zu bekämpfen, aber sie zu Mehrheitsbildung zu benutzen (!), als überaus erfolgreich erwiesen"* („Vorwärts", 15.7.).

Diffamierend finden es SPD und Jusos also, daß die CDU ihnen unterstellt, sie würden das gemeinsame Zusammengehen von Demokraten und Kommunisten gegen den Vormarsch der Reaktion befürworten und nicht genügend herausstreicht, daß dies nur geschieht, um den Einfluß der Kommunisten und Revisionisten zu brechen. So betonen sie denn auch folgerichtig, daß die Jusos in Wirklickeit die besseren Antikommunisten sind: *„Nicht der RCDS, sondern die Juso-Hochschulgruppen und der LHV hätten den Einfluß des DKP-Studentenverbandes MSB-Spartakus und maoistischer Gruppen im studentischen Dachverband verringert!"* („FR", 16.7.). So würde es bei dem grenzenlosen Opportunismus der Jusos sogar zu einer Koalition mit dem RCDS kommen, nur in der ihrer politischen Ziele bei diesen Bündnissen. Mit dieser Diskussion soll dieser Kurs jetzt auch bei der Basis durchgesetzt werden.

Bezeichnend auf die Angriffe der CDU und die Reaktion von SPD und Jusos reagiert auch der MSB-Spartakus. Der MSB-Vorsitzende, Steffen Lehndorff, schreibt in einem Kommentar in „die tat" vom 23.7., der SPD-Vorstand *„versuche, die Politik der Juso-Hochschlugruppen als besonders raffiniert eingefädelte rechtssozialdemokratische Strategie auszugeben". „Die Wahrheit über die ‚Volksfront' ist, ... (daß) sehr viele Studenten in ‚ihrem' Bereich einer großen Koalition aller Linkskräfte*
‚Volksfront' ist, ... (daß) sehr viele Studenten in ‚ihrem' Bereich einer großen Koalition aller Linkskräfte
den Vorzug geben".

Sicher ist, daß ein großer Teil der Jusos dieses Linksbündnis tatsächlich begrüßt. Das hat auch die SPD gemerkt, weshalb sie diese Bündnisse auch duldet. Hieraus aber zu schließen, daß von der Juso-Hochschulgruppe in jedem Fall ein Bündnis angestebt wird, ist absolut unsinnig. Vom MSB wird als Beweis für die wachsende Bereitschaft der Jusos zu einem Bündnis immer wieder die VDS angeführt. Sollte er aber schon vergessen haben, daß ein Bündnis in der VDS nur deshalb zustande kam, weil sich die Basisgruppen geweigert haben, ein Bündnis mit den Jusos unter Ausschluß des MSB zu schließen?

Sicher gibt es auch unter den Jusos noch Kräfte, die in ehrlicher Weise bemüht sind, mit anderen linken Gruppen zusammenzuarbeiten. Nicht übersehen werden kann allerdings, daß die Juso-Hochschulgruppen in den meisten Fällen aus Abspaltungen vom SHB entstanden sind, die Mitglieder sich also bewußt der SPD stärker zugewandt haben, als dies beim SHB der Fall ist. Deshalb können die Aussagen des SPD-Vorstandes nicht damit abgetan werden, sie versuche die Juso-Politik als etwas auszugeben, was sie nicht sei.

Auch die eindeutigen Stellungnahmen der Juso-Führung tut Steffen Lehndorff damit ab, *„daß es in Wahlkampfzeiten besonders schwer ist, manche Wahrheiten im Blick zu behalten."* Dieses Verhalten des MSB ist nur daraus zu erklären, daß sie im Interesse eines Bündnisses mit den Jusos die Kritik an der Juso-Führung fallen lassen und die von SPD und Juso-Führung unverschämt vorgetragene Zielsetzung einfach verleugnen. Mit diesem Vorgehen leisten sie der SPD-Führung Vorschub, da sie so die Studenten, die an einem ehrlichen Bündnis interessiert sind, über die wahren Absichten der SPD-Führung im unklaren lassen.

Grundeinheit PI SSB/Hamburg

Anmerkung zum Artikel über die SP-Wahlen in Hamburg (AK 84)

Bei den Studentenparlaments-Wahlen in Hamburg hat die „Liste Demokratischer Kampf" (KB-Sympathisanten) diesmal nur einen Sitz erhalten, während es im Semester zuvor sieben waren. Dies wird in AK 84 jedoch in einer Weise berichtet, die die Bedeutung des Ergebnisses stark verfälscht. Denn ohne genauere Angaben macht allein der Abfall von sieben auf einen Sitz natürlich den Eindruck einer ziemlichen Katastrophe – auch wenn man dann irgendwo nebenbei im Artikel erfährt, daß die Sitzverteilung nach einem höchst undemokratischen System erfolgt. Im gesamten Artikel fehlt die entscheidende Angabe (lag sie noch nicht vor?!), daß nämlich die „Liste Demokratischer Kampf" von 14,6 auf 12,7% gefallen ist, was die scheinbare Katastrophe doch wohl stark relativiert. So richtig es ist, einen derartigen Verlust zum Anlaß einer politischen Selbstbesinnung zu nehmen, so falsch wäre es doch andererseits, mit irrelevanten Zahlen (Verlust von sechs Sitzen) eine gar nicht geschehene Katastrophe vorzutäuschen oder womöglich gar selbst den Kopf zu verlieren, statt sich das reale Ausmaß des Verlustes richtig klar zu machen. Hierauf müßte zukünftig im Interesse einer verantwortungsvollen Berichterstattung stärker geachtet werden.

Der KBW hat natürlich, wie nicht anders zu erwarten, den Stimmenverlust der „Liste Demokratischer Kampf" mit einem Triumphgeheul begrüßt. KBW-Ortsfürst Rochlitz persönlich hat es sich nicht nehmen lassen, in der „KVZ"-Ortsbeilage (15.7.) dieses Geheul anzustimmen: Da habe der KB („Nord") nun *„die Quittung für seine Politik erhalten"*! Aber zum einen weiß jeder, der die Ergebnisse der letzten SP-Wahlen verfolgt hat, daß der KBW in vielen Orten weitaus krassere Stimmverluste hinnehmen mußte als jetzt die LDK in Hamburg. Und zum anderen fällt auf, daß die SSG (Studentenorganisation des KBW in Hamburg) auch bei diesen SP-Wahlen ihre Talfahrt fortgesetzt hat – von 4,3% ist sie auf 3,6% gefallen! Relativ ist ihr Rückgang sogar stärker als der der LDK!! Die LDK hat um 13% verloren, die SSG hingegen um 16,2% (Prozentsatz der vorigen Wahl = 100).

Unter solchen Umständen gehört schon eine gehörige Portion Frechheit oder ein kräftiger „Schuß" dazu, um über den Stimmenverlust der LDK zu triumphieren. Im Übrigen schreibt Rochlitz den Rückgang der SSG dem Umstand zu, daß der KBW im letzten Semester den KB („Nord") „geschont" habe! Diese „Selbstkritik" kündigt wohl für das kommende Semester ein noch wütenderes und hirnloseres Gegeifer des KBW an, was sich zweifellos auch im nächsten Wahlergebnis niederschlagen wird. Ob freilich nach den Wünschen des Rochlitz, bleibt abzuwarten.

Ein Genosse der AK-Redaktion

Rechte Provokation an der Uni Regensburg

Ein beliebtes Mittel der Reaktionäre, um zu Wahlkampfzeiten die Stimmung gegen links anzuheizen, ist das Vortäuschen von „kommunistischem Terror". Selten kann das so klar entlarvt werden, wie im Fall der Selbstentführung des Faschisten-Professors Rubin, die sofort der „Baader-Meinhof-Bande" zugeschoben wurde, während eines Landtag-Wahlkampfes.

Am 25.6. dieses Jahres erschien an der Uni Regensburg ein fotokopiertes Flugblatt mit dem Briefkopf des Uni-Präsidenten: *„Am Abend des 24.6.76 wurde der Student Martin Hobmeier, wissenschaftliche Hilfskraft im Fachbereich GGP, von hochschulpolitischen Andersdenkenden im Tiefgeschoß des Fachbereichsgebäudes mittels einer Flasche zusammengeschlagen und so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte...Die Universität erwartet von ihren Mitgliedern und allen an der Hochschule vertretenen Gruppierungen, daß sie sich öffentlich entschieden von diesen kriminellen Praktiken distanzieren und daran mitwirken, daß die Verantwortlichen gefaßt und diesen Umtrieben ein Ende gesetzt werden kann".*

(Der betroffene Martin Hobmeier gilt als Mitglied der SI (rechts vom RCDS) und Spitzel).

Die ganze Angelegenheit fällt ausgerechnet in den Wahlkampf um den studentischen Sprecherrat. Ohne den Anschein eines Beweises wurde nach dem Vorfall in der Tiefgarage (von dem auch keiner genau weiß, wie er wirklich verlaufen ist) von RCDS, Sprecherrat und dem Präsidenten eine maßlose Hetze gegen links gestartet. Mit folgender Begründung fordert die SI die Studenten auf, ihn zu wählen: *„Es muß deutlich gesagt werden, daß die Studenten keine willenlose Masse sind, in der Terroristen das Sagen haben".*

Der Zweck dieser Kumpanei zwischen Uni-Präsident und reaktionären Studentengruppen – unabhängig davon, ob die Geschichte ganz oder nur teilweise erfunden ist – liegt auf der Hand: Durch bewußte Erzeugung einer „Anti-Terror"-Hysterie sollen gerade die weniger aktiven Studenten massenhaft zur Stimmabgabe gegen links mobilisiert werden.

Daß gerade in Regensburg mit solchen Methoden gearbeitet wird, ist sicherlich kein Zufall: Der dortige RCDS kann auf eine lange Tradition der teilweise offenen Zusammenarbeit mit Faschisten zurückblicken. Bekannt wurde er auch durch ein Flugblatt, in dem von „linkem Ungeziefer" usw. die Rede war.

Studenten des KB/Gruppe Nürnberg

Aachen Linker AStA gewählt

Wie im AK 84 gemeldet, haben die Aachener Studenten nach drei Jahren reaktionärem RCDS/SLH-AStA wieder eine linke Mehrheit ins SP gewählt. Unterdessen wurde ein Mitglied des SHB (13 Sitze) zum neuen AStA-Vorsitzenden gewählt. Aufgrund der knappen Mehrheit von 31 : 29 gegen RCDS/SLH (=„alfa") wär dazu eine „große Koalition" aller anderen Gruppen, Basisgruppen (13), Juso/SHB (13), MSB (2), Ausländerkollektiv (1) und zwei weiteren Linken erforderlich. Dementsprechend trägt das neue AStA-Programm deutlich „Kompromißcharakter" und es lassen sich aus ihm keine Voraussagen über die Arbeitsfähigkeit dieses „breiten Bündnisses" ableiten.

Wie schwer es die linken BGler haben werden, hat gleich der MSB klargemacht. Sein vergleichsweise „bescheidenes" Ergebnis bei der Wahl steht in umgekehrten Verhältnis zu der Unverschämtheit, mit der er seine Rolle als „Zünglein an der Waage" ausschlachtet. „Wir wählen keinen AStA, in dem der MSB nicht durch einen Referenten vertreten ist" – mit dieser Erpressung ging der MSB in die Verhandlungen. Da der SHB diese Forderung (natürlich) unterstützte, sollten die BGler bei Ablehung dieser Erpressung als die bösen „Buhmänner" dastehen, die einen linken AStA scheitern lassen.

Da hierin die grundsätzliche Linie des MSB zum Ausdruck kommt, müssen sich die BGler schon jetzt auf weitere Erpressungsversuche vorbereiten. Die einzige Möglichkeit, dieser Politik entgegenzutreten, wird darin bestehen, über die Auseinandersetzungen im AStA eine ständige Öffentlichkeitsarbeit herzustellen, um den MSB zu zwingen, seine Politik vor den Studenten zu rechtfertigen und um damit die Möglichkeiten zu schaffen, dieser Politik bei den nächsten Wahlen eine eindeutige Abfuhr zu erteilen.

Es versteht sich von selbst, daß das Verhalten des MSB Wasser auf die Mühlen der Rechten ist, die darauf spekulieren, daß dieses heterogene Bündnis (wie in Bochum, vergl. Artikel dazu) platzt. Besonders widerlich sind dabei die politischen Anbiederungen des RCDS an die BGen, deren berechtigte Kritik am MSB aufgegriffen wird, um reaktionäre Hetze gegen den MSB und linke Kritik gleichzusetzen. Dabei darf natürlich auch nicht fehlen, daß sie schon immer vor dem MSB „gewarnt" haben. Sie, die sonst kübelweise die BGen überall als Verfassungsfeinde, „Revoluzzer" etc. diffamieren, behaupten nun auf einmal, sie seien ja genauso „engagiert" gegen „Arbeitslosigkeit, gegen rücksichtslose Konkurrenz (!) und gegen psychisches Elend (oho!), wie das die Basisgruppen für sich in Anspruch nehmen". (RCDS-Flugblatt vom 20.7.). Damit versucht der RCDS den grundlegenden Unterschied der Differenzen zwischen demokratischen Studenten und ihm als Vertreter der Reaktion in den Augen der Studenten zu verwischen. Eine Rechnung, die nicht aufgehen dürfte!

PH Freiburg / Wahlen KHG, MSB und RCDS verlieren

Die Wahlen zum Studentenrat an der PH-Freiburg endeten mit folgendem Ergebnis:

Fachschaftsvertreter	8 Sitze (–)
Fachgruppen	6 Sitze (–)
RCDS	3 Sitze (6)!
SHB	3 Sitze (3)
MSB	1 Sitz (2)!

Der RCDS hat somit die Hälfte seiner Sitze eingebüßt, obwohl er sich in den letzten Wochen besonders lautstark hervortat (Hetze gegen Streiks, Büchertische, Megaphoneinsatz, diverse „offene Briefe" an den großen Bruder in Stuttgart etc.). Die KHG (KBW-Studenten) besetzt vier der sechs Fachgruppensitze. Im letzten Semester hielt sie noch acht Sitze und stellte den AStA!

Der neue AStA an der PH wurde gebildet aus den Fachschaftsvertretern und SHB/MSB. Die Fachschaftsvertreter legten zur SR-Wahl erst gar kein Programm vor, wollten „für studentische Interessen eintreten", „vorrangig im Fachbereich arbeiten" und für „größtmöglichen Informationsfluß" sorgen. Angesichts dieser opportunistischen und fachbornierten Vorstellungen nimmt es nicht wunder, daß MSB/SHB, obwohl deutlich in der Minderheit, es schafften, dem AStA die „gewerkschaftliche Orientierung" aufzudrücken. So gibt es denn im AStA zwar die Referate „Druck", „Gewerkschaft", „Information", „Organisation" u. a. nicht aber Internationalismus („keine Leute für") und Frauenrefarat! Wen wundert's?

Freiburger Genossen

Chinas Außenpolitik – Noch weiter nach rechts

Daß sich die chinesische Außenpolitik nach dem Tode Tschou En-lai's, dem Sturz Deng Hsiao-ping's und der Machtergreifung Hua Guo-fengs noch weiter nach rechts orientiert hat, zeigt sich an vielen Beispielen. So, als sich kürzlich die chinesische Regierung weigerte, die Aufnahme der VR Angola in die UNO zu stützen, ebenso wie in der Weigerung, diplomatische Beziehungen zu diesem jungen afrikanischen Staat aufzunehmen – während die chinesische Regierung schändlicherweise solche Beziehungen zum chilenischen Faschisten-Regime unterhält. ... Die chinesische Regierung setzt im übrigen nicht nur ihre Greuelhetze gegen die VR Angola und die MPLA fort („barbarische Massaker", „eine Million Flüchtlinge" usw. usf.), betreibt nicht nur fortgesetzt ihre unverschämte Einmischung in die Angelegenheiten des angolanischen Volkes (indem sie die souveräne Regierung Angolas auffordert, die sowjetischen ‚Berater', Techniker usw. nach Hause zu schicken), sondern verhöhnt auch die antiimperialistischen Staaten Afrikas und die Befreiungsbewegungen der ganzen Welt, indem sie behauptet, die sowjetische Hilfe für die VR Angola sei „von allen für Gerechtigkeit eintretenden Menschen der Welt scharf verurteilt worden" (Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur „hsinhua", lt. „Peking Rundschau", 6.7.76).
Einige weitere Beispiele aus jüngerer Zeit für den Verrat der chinesischen Regierung am proletarischen Internationalismus sollen in diesem Artikel aufgezeigt werden.

Nahost – Chinas neues „Angola"?

In der Haltung der chinesischen Regierung zu den Klassenkämpfen im Libanon deutet sich die Tendenz an, ihre „Einschätzung" des angolanischen Bürgerkriegs jetzt auf den Nahen Osten zu übertragen.

Ein Artikel *„Stärkung der arabischen Einheit"* in der „Peking Rundschau" vom 6.7.76 verherrlicht in der schon bekannten Weise die „Einheit" zwischen reaktionären und fortschrittlichen Kräften im Nahen Osten. Es wird sogar behauptet, die Sowjetunion *„bezeichnet einige arabische Länder als ‚fortschrittliche' und verleumdet die anderen als ‚reaktionär'"*; sie *„schürt Mißtrauen"*; sie wolle *„die arabischen Länder gegeneinander ausspielen"* usw. Man erinnert sich an die entsprechenden Behauptungen, die Sowjetunion habe die angolanischen „Befreiungsbewegungen" FNLA und UNITA „verleumdet", sie habe zwischen den „drei Befreiungsbewegungen" Mißtrauen geschürt usw. usf.

Die chinesische Regierung hat bezeichnenderweise mit keinem Wort gegen die Aggression des syrischen Regimes im Libanon an der Seite der faschistischen Banden Stellung genommen. Statt dessen läßt sie den Kuhhandel der Regimes von Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien und Kuweit (Konferenz von Riad) auf dem Rücken des palästinensischen Volkes und der gesamten arabischen Massen zynisch als *„arabische Einheit"* und *„zuverlässige Garantie für den Sieg der gerechten arabischen Sache"* verherrlichen.

In bodenloser Verharmlosung dieses bürgerlichen Schachers und insbesondere der syrischen Aggression, die zu einem Blutbad unter den palästinensischen und libanesischen Massen geführt hat, das nur in den Massakern vom September 1970 eine Parallele findet, heißt es in der „Peking Rundschau" dazu weiter: *„Die jeweilige Situation in den arabischen Ländern ist unterschiedlich, und es ist nur natürlich, daß es unter ihnen verschiedene Ansichten über gewisse Probleme und unterschiedliche Herangehensweisen an gewisse Angelegenheiten* (welch widerliche Heuchelei der Sprache – geht es doch um nichts geringeres als den Massenmord am palästinensischen Volk !! – Anm.AK) *gibt. Es besteht jedoch zwischen den Ländern der gesamten Dritten Welt kein grundlegender Interessenkonflikt."* Das ist dasselbe Strickmuster, nach dem die chinesische Regierung ihre hanebüchenen Frechheiten zum angolanischen Freiheitskampf zusammenbraute. Wer vom Standpunkt des Klassenkampfes ausgeht, kann ohne weiteres begreifen, daß es auch in der „Dritten Welt" Klassenkampf gibt, daß es Klassen mit antagonistischen Widersprüchen gibt, und daß es selbstverständlich auch grundlegende Interessenskonflikte zwischen ihnen gibt. Was bedeutet es denn beispielsweise, die „Einheit" des palästinensischen Volkes mit seinen Schlächtern zu propagieren? Was bedeutet es, die „Einheit" des Volkes von Oman-Dhofar mit der einheimischen Unterdrückerklasse und mit dem sie gleichzeitig bekämpfenden faschistischen Schah-Regime zu propagieren? Das alles bedeutet, wie im Falle Angolas und heute im Libanon, daß man nicht zwischen den um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfenden Völkern der „Dritten Welt" einerseits und den bis zum Völkermord gehenden bürgerlichen Regimes andererseits unterscheidet, daß man nicht klassenmäßig und parteilich Stellung nimmt, sondern daß man sich letzten Endes auf die Seite der Reaktion und des Imperialismus schlägt, wie es die chinesische Regierung in ihren Kommentaren zum Bürgerkrieg in Angola tat und tut, und wie es sich jetzt auch für den Nahen Osten abzeichnet (nachdem schon die Annäherung Ägyptens an den Imperialismus von chinesischer Seite begrüßt wurde!).

Die „Peking Rundschau" bezeichnet in ihrem Artikel den Ausgang der Konferenz der Regimes von Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien und Kuweit als *„Erfolg"*. An diesem Erfolg verbluten jetzt hunderte und tausende Palästinenser und Libanesen.

Wir sehen jedoch voraus, daß die chinesischen Kommentare zum libanesischen Bürgerkrieg noch tiefer sinken werden!

Lateinamerika

Im Juni fand im faschistischen Chile die 6.Vollversammlung der OAS (Organisation der amerikanischen Staaten) statt. Bei den meisten dieser Staaten handelt es sich um faschistische und diktatorische, eng mit dem US-Imperialismus verbundene Regimes. Daher kommt der Beifall der „Peking Rundschau" für dieses Treffen nicht unerwartet: Angeblich wurden auf der Konferenz, die „beiden (!!!) Supermächte" verurteilt und die „nationale Unabhängigkeit und Sicherheit (?) verteidigt"!

Wer es nicht eh wußte, begreift es aus dem Kommentar der „Peking Rundschau" sehr schnell, daß in Wirklichkeit „besonders" die Sowjetunion angegriffen wurde, während von einer Verurteilung des US-Imperialismus gar nichts zu bemerken war. So registriert die „Peking Rundschau" erfreut, daß sich insbesondere die faschistischen Regimes von Brasilien, Argentinien und Uruguay auf der Konferenz *„tiefbesorgt und alarmiert über die in Angola mit Hilfe von Söldnertruppen durchgeführte bewaffnete Invasion der Sowjetunion"* zeigten und daß sie sich *„zusammenschließen"* und ihre *„regionale Verteidigung verstärken"* wollen. Dahinter verbirgt sich der strategische Plan des US-Imperialismus, unter dem Vorwand „Angola" eine gemeinsame Kriegsflotte Brasiliens, Argentiniens und Uruguays zur „Verteidigung" der imperialistischen Interessen im Südatlantik aufstellen zu lassen. Genauer gesagt soll in dieses imperialistische Projekt eines „Südatlantik-Pakts" auch das südafrikanische Rassistenregime einbezogen werden! (Siehe z.B. Ulrich Weißer: Sowjetische Flottenpolitik und atlantische Strategie, Beilage zu „Politik und Zeitgeschichte" vom 10.4.76). – So traurig es ist: Die ärgsten Faschisten können auf den Beifall der chinesischen Außenpolitiker rechnen, wenn sie gegen den „Sozialimperialismus" Stellung nehmen. Daß unter diesem Vorwand direkt die Globalstrategie des US-Imperialismus betrieben wird, scheint die chinesische Führung auch nicht zu stören. So wird denn auch lobend die *„Sorge"* der lateinamerikanischen Regimes *„über die Bedrohung der lateinamerikanischen Sicherheit durch die verstärkte Expansion und Infiltration* (!) *der Sowjetunion"* in der „Peking Rundschau" erwähnt. Zwar nennt die „PR" keine Namen, aber man weiß auch so, daß es natürlich die Schlächter Chiles, Brasiliens, Argentiniens und Uruguays waren, die sich die größte „Sorge" machten! ... Unter dem Vorwand dieser „Sorge" betreiben sie ihre verstärkte Anbindung an die politisch-militärische Globalstrategie des Imperialismus, forcierte Aufrüstung und immer wilderen faschistischen Terror!

In einem knappen Satz erfährt der Leser der „PR" zum Schluß, daß in einer Resolution *„von Chile und gewissen* (?!) *anderen lateinamerikanischen Ländern die Achtung der Menschenrechte"* gefordert worden sei. Zwar ist der Wert dieser Resolution sehr gering, aber die „PR" fällt sogar noch hinter die bürgerlichen Regimes Lateinamerikas zurück, indem sie schamhaft verschweigt, um welche „gewissen" Länder außer Chile es sich gehandelt hat. Daß abgesehen von dem lapidaren Hinweis auf die Resolution in der „PR" nichts über den faschistischen Terror in Chile und „gewissen anderen" Ländern Lateinamerikas zu lesen ist, versteht sich von selbst! ...

Australien – eine verdiente Ohrfeige

Ein Ereignis von einiger Bedeutung war im Juni der Besuch des australischen Ministerpräsidenten Fraser in Peking. Fraser, der der Konservativen Partei angehört, kam im letzten Dezember an die Regierung. Er hat gegenüber der bis dahin amtierenden Labour-Regierung eine außenpolitische Kursänderung eingeschlagen: Stärkere Wiederannäherung an den US-Imperialismus, Unterstützung des imperialistischen Flottenaufmarsches im Indischen Ozean und Pazifik, verstärkte Aufrüstung und Kriegshetze. All das brachte ihm zwangsläufig die besonderen Sympathien der chinesischen Außenpolitiker ein.

So erwähnte die „Remnin Ribao" („Volkszeitung") zum Beginn des Besuches von Fraser als positiv, daß die australische Regierung *„tiefe Sorge um den Frieden und die Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region"* gezeigt und die Sowjetunion als *„hauptsächliche Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in dieser Region"* angegriffen habe. Lobend hieß es weiter, die australische Regierung *„tritt für die Stärkung ihrer nationalen Verteidigungskräfte ein und befürwortet die Stärkung der gemeinsamen Verteidigung der ozeanischen Länder sowie die Förderung ihrer Beziehungen mit naheliegenden südostasiatischen Ländern"* (lt. „PR" vom 29.6.76).

Hierbei handelt es sich konkret gesagt zum einen um die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung im Rahmen des ANZUS-Paktes, in dem Australien, Neuseeland und ... die USA (!!!) zusammengeschlossen sind, und zum anderen um die „allseitige" Zusammenarbeit der australischen Regierung mit den Staaten des ASEAN-Paktes: Thailand, Singapur, Indonesien, Philippinen und Malaysia!!! Man braucht kein Kommunist zu sein, um ungefähr zu wissen, um was für eine „feine" Gesellschaft es sich da handelt. Fraser erwähnte in Peking auch unumwunden die *„einzigartige Beziehung"* Australiens zu den ASEAN-Ländern, der er *„große Bedeutung"* beimesse (lt. „PR"). Für die chinesische Führung fällt all das unter das erfreuliche Thema „Zusammenschluß gegen die Supermächte". Um was für einen Zusammenschluß es sich jedoch in Wirklichkeit handelt, zeigt vor allem die Einbindung Australiens in den vom US-Imperialismus dominierten ANZUS-Pakt und zeigt die Existenz US-amerikanischer Stützpunkte in Australien. Wenn Hua Guo-feng zu Fraser sagte: *„Wir beide* (!) *sind besorgt um die Sicherheit der asiatisch-pazifischen Region und bekämpfen die Hegemoniebestrebungen jedweden* (!) *Landes oder jedweder Gruppe von Ländern in dieser Region"* (lt. „PR"), so ist das nicht politische Dummheit, sondern ein entlarvendes Bekenntnis, wie die Hua-Clique es in Wirklichkeit mit dem Kampf gegen „beide (?) Supermächte" hält – nämlich ebenso wie Fraser & Co. – in W o r t e n gegen „b e i d e Supermächte", aber in Taten für die imperialistische Aufrüstung! Und das alles unter dem haarsträubenden, allen militärischen und politischen Fakten Hohn sprechenden Vorwand, daß die Sowjetunion die „Hauptgefahr" im Indischen Ozean und im Pazifik sei!

Wenn die chinesische Führung es wenigstens für einen Pfifferling ehrlich meinen würde mit dem Kampf gegen „b e i d e Supermächte", so hätte es doch wohl nahe gelegen, in den Kommentaren irgendein kritisches Wort über die militärische Zusammenarbeit Australiens mit dem US-Imperialismus zu verlieren. Aber nichts dergleichen.

Fraser freilich besaß nicht die gleiche diplomatische „Zurückhaltung": Kaum aus China zurück, versetzte er seinen Gastgebern eine verdiente Ohrfeige, indem er öffentlich bekundete, er habe während seines China-Besuchs u.a. auch *„einige Streitpunkte"* zur Sprache gebracht. Dabei nannte er die *„international inspirierte Subversion in südostasiatischen Ländern"* und *„Chinas Ansicht, daß Israel die Hauptschuld am Nahost-Konflikt trage"* (lt. „Welt" vom 25.6.76). Abgesehen davon, daß letzteres gar nicht stimmt (natürlich ist auch im Nahen Osten die Sowjetunion der „Hauptfeind" für die chinesische Außenpolitik), stellen Frasers öffentliche Äußerungen eine passende Quittung für die chinesische Politik der prinzipienlosen und kritiklosen Anpassung und Anbiederung an pro-imperialistische Staaten wie Australien dar.

Wer hatte etwas anderes erwartet?

Im AK 84 berichteten wir über den Prozeß gegen den jugoslawischen Kommunisten Vladimir (Vlado) Dapcevic vor einem Belgrader Gericht. Wegen des Vorwurfs, Gründer und Führer einer illegalen Kommunistischen Partei zu sein, wurde der Genosse zum Tode verurteilt; dieses Todesurteil wurde in 20 Jahre Haft umgewandelt.

Mit Beifall wurde dieses Urteil von der chinesischen Nachrichten-Agentur ‚hsinhua' aufgenommen. Hier der Wortlaut ihrer Meldung: **„Das Belgrader Kreisgericht verurteilte Vlado Dapcevic, den Rädelsführer einer prosowjetischen Clique, zu 20 Jahren Gefängnis. . . . Berichten aus verschiedenen Kreisen zufolge war Dapcevic ein berüchtigter Rädelsführer einer prosowjetischen Clique. Lange Zeit lebte er in der Sowjetunion"** (engl., 8.7.76).

Albanien

Darüber kann man schmunzeln ...

Seine Hoheit, König Leka, trotz jahrzehntelanger Abwesenheit immer noch „König Albaniens" von eigenen Gnaden, gab in New York feierlich bekannt, daß es in Albanien im vergangenen Jahr „zwischen August und Oktober" zu Guerilla-Operationen gekommen sei.

„Die Operationen", so der „König", „sind recht erfolgreich verlaufen". Sie seien ein „Versuch, eine Befreiungsbewegung in dem kommunistisch regierten Balkanstaat aufzubauen". Der Monarch bezeichnete die Aktion als den Versuch, „seinem" Volk eine andere Regierungsform „anzubieten" („NZ", 1.7.76).

Diese „Guerilla-Aktionen" sind sicherlich „ganz erfolgreich" abgelaufen.

Nur gemerkt haben die Albaner davon „leider" nischt. Trotzdem eine hübsche Anekdote, die den albanischen Arbeitern viel Tränen (vor Lachen) gekostet hat.

Auch die langfristigen Erfolgsaussichten der „königlichen Guerilla" beurteilen wir äußerst erfolgversprechend; hat doch das albanische Volk längst vergessen, welche „Verdienste" die königliche Regierungsform z.B. im Gesundheitswesen hatte. So verschluckte der königliche Hofstaat in Albanien ebenso viel Geld, wie „Seine Majestät" für das Gesundheitswesen in ganz Albanien ausspuckte.

Und genau diese „neue Regierungsform" wünschen sich beherzt alle Albaner, obwohl sie vor zwei Monaten mit 99,8% für eine neue revolutionäre, sozialistische Verfassung gestimmt haben, in der steht, daß Albanien ein „Land der Diktatur des Proletariats" ist.
Kaiser, König, Hosenscheißer!

KB/Gruppe Nürnberg

Angola — „Stalingrad" des KBW

„In Angola hat, zugleich mit den proimperialistischen ‚Befreiungsbewegungen' FNLA und UNITA, auch der KBW sein letztes Pulver verschossen. Bei seinen ungeordneten Rückzugsgefechten hat der KBW offenbar genauso den Kopf verloren wie die scharenweise türmenden Banden und ‚weissen' Söldner der FNLA und UNITA" —so kennzeichneten wir im AK 74 (16.2. 76) die Situation.

Damals war gerade der vom KBW wärmstens unterstützen Forderung der Imperialisten nach „Gleichberechtigung" und Beteiligung der FNLA und UNITA an der Regierung durch den politisch-militärischen Sieg der MPLA ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht worden. Damals äußerten wir noch die Erwartung, daß der KBW möglicherweise zumindest soviel politischen Verstand wie die Imperialisten selbst besitzen könnte, sich nach dem Sieg der MPLA erst einmal mit den Realitäten zu arrangieren.

Die KBW-Führung entschied sich – soll man es bedauern? – für den umgekehrten Weg: Verstärkte Hetze gegen die junge VR Angola und die MPLA, Preisgabe der These von der „Gleichberechtigung" der „drei Befreiungsbewegungen" zugunsten offener Parteinahme für die faschistischen Terrorbanden der FNLA und UNITA gegen die MPLA, Geschichtsfälschung und ‚Gehirnwäsche' in massivster Form, sowie schließlich putschistisches, kriminelles Vorgehen gegen alle, die sich der vom KBW verordneten „Gehirnwäsche" in Sachen Angola entziehen.

Nach Heidelberg — jetzt Putsch im KSA Hannover!

Ende Mai verübten die KBW-Mitglieder im Heidelberger KSA („Komitee Südliches Afrika") einen von der KBW-Führung angeordneten und direkt geleiteten frechen Putsch: Die fünf KBW-Mitglieder im KSA erklärten die anderen 19 Mitglieder für „ausgeschlossen". Sie plünderten das gesamte Archiv-, Büro- und Literaturmaterial des KSA, stahlen die Schlüssel zu den KSA-Räumen und zum Postfach des KSA und schließlich auch die gesammelten Spenden. Der KBW behauptete, die Mehrheit des KSA Heidelberg habe eine *„pro-imperialistische Haltung"* eingenommen und *„die Machenschaften der Sowjetunion beschönigt"*.

Tatsächlich war jedoch sogar die Mehrheit des Heidelberger KSA von der „Sozialimperialismus"-These ausgegangen, hatte sich jedoch geweigert die allerärgsten Verrücktheiten des KBW in Sachen Angola mitzumachen.

Nach Heidelberg hat der KBW jetzt Mitte Juli im KSA Hannover einen noch tollwütigeren Putsch unternommen: Zwei KBW—Mitglieder erklärten, daß die übrigen 14 Mitglieder des KSA „Reformisten und Sozialimperialisten" seien und daß sie die Plattform des KSA verlassen hätten. Sie weigerten sich, die auf den Namen einer KBWlerin laufenden Spendengelder herauszugeben.

Inzwischen hat der KBW öffentlich erklärt, daß e r das „richtige" KSA Hannover sei und die Arbeit „fortsetzen" werde.

Dem Putsch vorausgegangen war der Ausschluß der KBWlerin aus dem Komitee – sie hatte trotz Ermahnungen wiederholt in Veranstaltungen die Thesen des KBW als Meinung des KSA ausgegeben, hatte bei Straßenständen des KSA gleichfalls die KBW-Thesen unters Volk bringen wollen und Andersdenkende als „Feinde des Volkes" angepöbelt. Im Flugblatt des KBW zu dem Putsch liest sich das so: Die KSA-Mehrheit habe *„den antiimperialistischen Kräften"* (der KBWlerin!) *„das Maul verbieten"* wollen und habe sie aufgefordert, ihre KBW-Thesen zu Angola gefälligst als ihre Privatmeinung darzustellen, statt sie als Meinung des KSA auszugeben.

Die scheinheilige Empörung des KBW über derartige selbstverständliche demokratische Gepflogenheiten im Rahmen überparteilicher Komitees zeigt wieder einmal das perverse „Demokratie"-Verständnis des KBW.

Eigentlich müßte man eher den übertriebenen Liberalismus und die oft geradezu bodenlose Naivität mancher Leute kritisieren, die mit dem KBW in derartigen Komitees zusammenarbeiten. Denn an sich ist es natürlich überhaupt untragbar, daß eine Einzelperson beispielsweise auf Informationsständen die Meinung ihrer Organisation statt der Mehrheitsmeinung des Komitees vertritt – sogar dann, wenn sie diese – was der KBW aber sowieso generell ablehnt – als „Privatmeinung" kenntlich machen würde. Schon im Heidelberger KSA hatte sich die Mehrheit vor dem KBW-Putsch einer unserer Meinung nach nicht zu rechtfertigenden Großzügigkeit gegenüber dem KBW befleissigt, indem dessen Thesen wiederholt in Informationsschriften des Komitees als Minderheitsmeinung nachgedruckt wurden.

Dasselbe geschah im Afrika-Komitee Hamburg, wo der KBW gleichfalls in die Minderheit geriet. Auch in Hannover hat man offenbar – weit davon entfernt, der KBWlerin „das Maul zu verbieten" – dieser Frau allzulange erlaubt, unter dem Deckmantel des KSA die Thesen des KBW zu verbreiten. Der KBW würde doch n i e m a l s auf den Gedanken kommen, in einem von ihm majorisierten Komitee einer Minderheit das Recht auf Verbrei**tung ihrer Meinung zuzugestehen! Für** sich selbst hingegen nimmt er natürlich dieses „demokratische" Recht in Anspruch – und putscht zu gegebener Zeit, wenn es ihm ratsam erscheint.

Putsch — allgemeine taktische Linie der KBW-Zentrale

Nach dem Heidelberger KSA-Putsch gab es einige naive Menschen, die der Meinung waren, der KBW als Organisation habe damit vielleicht gar nichts zu tun; es handle sich vielleicht nur um den Alleingang einiger durchgedrehter KBWler.

Inzwischen ist durch Aussagen aus dem KBW selbst erwiesen, daß der Heidelberger Putsch vom ZK des KBW angeordnet und unmittelbar in der Durchführung geleitet wurde.

Außerdem hat das ZK des KBW an offizieller Stelle, nämlich in seinem „theoretischen (?) Organ", der „KuK", Juni-Ausgabe, die Orientierung auf solche Putsche als allgemeine Linie für den gesamten KBW ausgegeben.

„Kritisiert" wird an dem Heidelberger Putsch lediglich, daß er viel zu spät erfolgt sei : **„Die marxistisch-leninistische Fraktion"** (so nennt der KBW sich selbst) **„hat die Dinge viel zu lange auf sich zukommen lassen, hat den Angriff auf falsche Positionen viel zu lange gescheut"** („KuK").

Bei den total pervertierten Kommando-Strukturen und Hackordnungen innerhalb des KBW stellt dies nichts anderes dar als eine unverhüllte Aufforderung an die KBW-Ortsgruppen, mit ähnlichen Putschen nicht länger abzuwarten.

Die einzelnen KBW-Ortssekretäre sind mit dieser Aufforderung direkt unter Druck gesetzt, für den KBW **ungünstige Mehrheitsverhältnisse** in Komitees, wo KBWler mitarbeiten, keinen Moment länger zu respektieren, sondern unmittelbar alle Vorbereitungen für Putsch-Aktionen zu treffen (Sicherstellung der Gelder für den KBW, Diebstahl von Schlüsseln usw.). Ein KBW-Ortssekretär, der anders handelt, muß mit dem Vorwurf der KBW-Zentrale rechnen, er lasse *„sich das Maul verbieten"*, lasse sich *„von bürgerlichen Auffassungen in die Defensive drängen"* (‚KuK') usw. Diese „Schande", dermaßen öffentlich „bloßgestellt" zu werden, wird kein KBW-Ortsfürst riskieren wollen. Das heißt, daß in Zukunft mit weiteren Putschen des KBW zu rechnen ist. Die Grundlinien der ideologischen Rechtfertigung sind offenbar von der KBW-Zentrale verbindlich festgelegt worden: **„Eine konsequente, antiimperialistische Linie ist niemals eine Frage von Minderheits- oder Mehrheitsentscheidungen"**, heißt es wörtlich genau übereinstimmend in den Erklärungen der Ortsgruppen des KBW in Heidelberg und Hannnover zu ihren Putschen.

Mit anderen Worten: Die Thesen des KBW sind „richtig", daher braucht sich der KBW um demokratische Mehrheiten nicht zu kümern. Ist die Mehrheit gegen den KBW, dann vertritt sie „falsche" Auffassungen und muß mit a l l e n Mitteln bekämpft werden – einschließlich der kriminellen Praktiken von Putsch, Diebstahl und Verleumdung.

Dem KBW keinen Fußbreit!

Der KBW arbeitet immer noch in zahlreichen örtlichen ‚Komitees' zu verschiedensten Gebieten: Afrika, Chile, Nahost, § 218 u.a. Mit diesen Komitees ist es ihm zeitweise relativ gut gelungen, breitere Schichten von nicht im KBW organisierten Menschen zu beeinflussen und sie für die Interessen des KBW zu instrumentalisieren. Es ist schon makaber, wenn – wie in Hannover – ein oder zwei KBW-Mitglieder monatelang 14 unorganisierte Menschen in Atem halten, ihnen unfruchtbare "Diskussionen" aufzwingen, permanent ihre Thesen als Meinung des Komitees in die Öffentlichkeit tragen usw..

Dies, ebenso wie die Vorgänge in **vielen anderen Komitees, wo der KBW** mit einigen Einzelpersonen entscheidend den Ton angibt, ist nur zu erklären vor dem Hintergrund grenzenloser Gutgläubigkeit, politischer Unerfahrenheit und Naivität in breiten Teilen der demokratischen Bewegung. Die andere Seite dieser Naivität besteht leider darin, daß sich viele dieser ansich gutwilligen, aber politisch noch zu wenig bewußten Menschen irgendwann – angeekelt von soviel „Schlechtigkeit" – überhaupt vom politischen Kampf abwenden oder zumindest mit „den Kommunisten" absolut nichts mehr zu tun haben wollen. Da der KBW vorgibt, im Namen der „westdeutschen Kommunisten" zu sprechen, schlägt auf der Grundlage mangelnder politischer Bewußtheit der Bruch mit den Praktiken des KBW häufig um in prinzipielle "K-Gruppen"-Feindseligkeit.

Diesen Menschen ist klar zu sagen, **daß sie nicht Opfer „der Kom**munisten", sondern in erster Linie Opfer ihrer eigenen Naivität geworden sind. Ihnen ist außerdem zu sagen, daß die Praktiken des KBW nichts mit Kommunismus zu tun haben. Denn wir Kommunisten erwarten die Gewinnung der Massen für die sozialistische Revolution nicht von Putschen, sondern von unserer politischen Überzeugungsarbeit.

Was der KBW betreibt, hat hingegen eher zu tun beispielsweise mit den Methoden, mit denen die Gewerkschaftsführung den Ausschluß von unbequemem Kritikern betreibt, mit dem innerparteilichen Terror in der SPD. Es hat zu tun mit der gnadenlosen Diffamierung Andersdenkkender in der Springer-Presse. Es hat zu tun mit dem nazistischen ‚Gehirnwäsche'-Rezept des Dr. Goebbels: **„Man muß eine Lüge nur lange genug wiederholen, dann wird sie auch geglaubt!"**

Der Heidelberger Putsch des KBW hatte einigen Staub aufgewirbelt. Das bundesweite **„Organisationskomitee der Afrikakomitees" (OKA) hat ei**ne weitere Zusammenarbeit mit dem KBW abgelehnt, solange dieser keine Selbstkritik leistet.

Insgesamt läßt sich jedoch feststellen, daß der Putschismus des KBW in der demokratischen Bewegung allzu passiv aufgenommen wurde: Auf der einen Seite sehen sich viele Menschen in ihrer antikommunistischen Skepsis bestätigt („Was ist von den K-Gruppen auch schon anderes zu erwarten"), andererseits verhalten sie sich passiv gegenüber der politischen Aufgabe, jetzt offensiv die Isolierung des KBW zu betreiben.

In zahlreichen Komitees können KBWler nach wie vor ihr Unwesen treiben. Ein besonderer Ausdruck dieser Tatsache ist, daß in Hannover der KBWlerin sogar die Spendenkasse überlassen wurde. Eine ähnliche Situation herrscht heute auch noch in anderen örtlichen Afrika-Komitees oder wird derzeit vom KBW angestrebt.

Das SB hat in seiner Zeitung „links" (Juli/August), anknüpfend an den Heidelberger Putsch, geschrieben: **„KBW-Mitglieder arbeiten in zahlreichen Solidaritätsgruppen mit. Auf einer solchen Grundlage, wie sie die Heidelberger Ereignisse darstellen, ist eine Mitarbeit von KBWlern in überfraktionellen Internationalismusgruppen unmöglich. Die Gruppen sollten diese für sie gefährliche Entwicklung diskutieren und von ihren beim KBW organisierten Mitgliedern eine klare Distanzierung verlangen. Eine Möglichkeit für Gruppen, einem solchen ‚Putsch' auch organisatorisch vorzubeugen, bestände in der Gründung eines eingetragenen Vereins, bei dem peinlich genau darauf geachtet wird, daß alle regelmäßigen Mitarbeiter aufgenommen werden und die nicht mehr Aktiven aus dem Verein ausscheiden".**

Dieser Vorschlag scheint uns immerhin diskutierenswert. **Generell sind wir allerdings der Meinung, daß in allen Komitees, wo KBWler Minderheitspositionen vertreten und wo sie sich von der Putschismus-Linie ihrer Zentrale nicht öffentlich distanzieren wollen, mit ihnen ‚kurzer Prozeß' gemacht werden sollte – das heißt: Ausschluß aus dem Komitee!** Keinesfalls darf man zulassen, daß KBW-Mitglieder in den Komitees Schlüsselstellungen einnehmen (beispielsweise als Inhaber von Spendenkonten oder als Presseverantwortliche), daß sie Material stehlen können usw.. **Wer heute noch mit KBWlern zusammenarbeitet ohne ihnen zumindest ganz scharf auf die Finger zu sehen, der sollte sich nicht beschweren, wenn er in ein paar Wochen als Betrogener und Bestohlener dasteht!!**

Dies gilt keineswegs nur für Komitees der Afrika-Solidarität. Sondern dasselbe gilt unserer Meinung nach auch für Chile-Komitees, Nahost-Komitees, §218-Komitees usw., in denen KBWler beteiligt sind. Hierfür Beispiele:

- Der KBW wendet sich in der Chile-Solidarität offen gegen die Forderung „keine Umschuldungsverhandlungen mit der Junta" (‚KuK', Juni). Der KBW lobt die Weigerung der VR China, in ihrer Botschaft in Chile politisch Verfolgte aufzunehmen (gleichfalls ‚KuK', siehe auch Artikel in diesem AK).
- Zum Nahen Osten steht zu erwarten, daß sich der KBW demnächst auch auf diesem Gebiet die Thesen der chinesischen Führung zu eigen macht: Der „Sozialimperialismus" schürt als Hauptverantwortlicher den Bürgerkrieg im Libanon; „arabische Einheit", usw. (zu den neusten chinesischen Thesen siehe gleichfalls Artikel in diesem AK!).
- Die § 218-Komitees sollen wahrscheinlich in den kommenden Monaten intensiv für den Wahlkrampf des KBW eingespannt werden.

In allen diesen Fällen könnte der KBW in Versuchung geraten, seine Thesen und Pläne in den Komitees durchzusetzen. Und sollte sich zeigen, daß ihm „das Maul verboten" wird (d. h., daß er keine Mehrheit findet), so wird er zweifellos zu denselben Mitteln greifen wie in Heidelberg und Hannover. Wobei nach der in der ‚KuK' ausgegebenen Linie damit zu rechnen ist, daß der Druck auf die KBW-Ortsfürsten in dieser Richtung zunehmen wird und daß damit die ‚Schwelle' stark herabgesetzt ist, wo die KBW-Mitglieder in den diversen Komitees zu putschistischen Mitteln greifen.

Was sich derzeit zeigt, ist der Rückzug des KBW aus Bereichen der Massenarbeit, wo er zeitweise dank einer nicht ungeschickten Taktik über zahlreiche Komitees einen relativ großen Einfluß hatte.

Dieser Rückzug des KBW ist für die Entwicklung der demokratischen Bewegung insgesamt und der kommunistischen Bewegung insbesondere eine hocherfreuliche Sache. Allerdings muß verhütet werden, daß der KBW dabei mit seiner Taktik der „Verbrannten Erde" mehr Schaden anrichten kann als unbedingt nötig. Sowohl was die materielle Seite angeht (Ausplünderung der Komitees) als auch, was den politisch-ideologischen Schaden angeht.

Daher muß die putschistische Linie des KBW noch breiter bekannt gemacht werden. Überall muß versucht werden, auf der Linie „Isolierung der Putschisten" die demokratische Bewegung so breit wie möglich lich zur Verurteilung und aktiven Bekämpfung dieser Praktiken zusammenzuschließen. Es muß auch, soweit wie möglich, direkt an die unorganisierten Mitglieder von Komitees, in denen der KBW arbeitet, herangetreten werden, um sie zu warnen und gegebenenfalls mit ihnen Schritte zu beraten. Möglichkeiten für eine solche Kontaktaufnahme gibt es vielfältige, bei Info-Ständen, auf Veranstaltungen, bei den Komitee-Treffen usw.. KBW-Mitglieder müssen öffentlich und in Einzelgesprächen aufgefordert werden, die putschistische Linie ihrer Zentrale zu verurteilen. Die Gruppen des KOMMUNISTISCHEN BUNDES müssen noch mehr als bisher initiativ und führend die Entlarvung des KBW – in a l l e n Seiten seiner reaktionären Politik – vorantreiben und damit vor der demokratischen Öffentlichkeit ganz klar machen, daß die Praktiken des KBW mit kommunistischer Politik nichts zu tun haben, daß wir g e r a d e als Kommunisten derartige Praktiken am entschie-

Fortsetzung auf Seite 42

Schweine!

Welch schweinemäßige Gesinnung sich bei vielen KBW-Funktionären hinter den „linken" Phrasen verbirgt, wurde jüngst wieder am Beispiel Chile vorgeführt. Im Leitartikel (!) der Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf" (Juni 1976), offizielles „theoretisches Organ" (!!) des KBW, wird die chinesische **Regierung gelobt, weil sie sich weigert, in ihrer Botschaft in Chile politische Flüchtlinge aufzunehmen!** Denn, so wird behauptet, wer diese Haltung der VR China kritisiert, der will *„die Illusion verbreiten, . . . als wäre der Ausweg der chilenischen Arbeiterklasse und der chilenischen Volksmassen der Weg ins Ausland"*. – Und dreist wird daran die Frage geknüpft: **„Welcher westdeutsche Demokrat und Revolutionär käme in einer entsprechenden Situation im eigenen Land auf die Idee, die Antwort auf diese Situation im Gang nach Bonn und im Aufsuchen einer ausländischen Botschaft zu suchen?"**.

Manche Leute regt es auf, wenn wir derartige Aussagen als „schweinisch" bezeichnen. Ihnen wären zartere Ausdrücke lieber. Wir meinen allerdings, daß wir uns objektiv zu Komplizen solcher politisierenden Kleinbürger machen würden, wenn wir ihre Schweinereien mit Ausdrücken wie „Fehleinschätzung" oder „Irrtum" beschönigen würden. Denn wie soll man es sonst nennen, wenn sich ein politisierender Kleinbürger eines bürgerlich-demokratischen Landes nassforsch hinstellt, um den Revolutionären eines Landes, in dem Folter, Terror und Mord herrschen, zu erzählen, daß E R es (im Falle, daß es mal soweit kommen sollte) verschmähen würde, in eine ausländische Botschaft zu flüchten!?

Wir haben vollen Respekt vor den chilenischen Revolutionären und sind sicher, daß keiner von ihnen aus „Feigheit" eine ausländische Botschaft aufsucht, was außerdem auch immer mit Lebensgefahr verbunden ist. Aber für viele Revolutionäre, darunter auch einige führende Genossen des MIR, sind in den Monaten seit dem faschistischen Putsch ausländische Botschaften zur einzig möglichen lebensrettenden Zuflucht vor den faschistischen Mördern geworden. Ihnen allen fehlte anscheinend der „Mut", den der KBW-Prahlhansel eines Tages zeigen will, wenn es mal soweit kommen sollte. . .

Die Botschaften zahlreicher Staaten in Chile, darunter auch imperialistische Staaten wie Italien, haben den bedrängten chilenischen Antifaschisten ihre Tore nicht verschlossen. Hätten sie anders gehandelt, hätte es mit Sicherheit in den betreffenden Ländern Massenproteste internationalistischer Solidarität gegeben. Nur die chinesische Regierung zeigt auch hier ihren Verrat am proletarischen Internationalismus, indem sie sich in dieser Frage schlimmer verhält als manche imperialistischen Staaten, und den chilenischen Antifaschisten Asyl verweigert. Wer dies für Zufall hält, möge sich die Frage stellen lassen, wie er sich erklärt, daß beispielsweise die „Peking Bundschau" seit dem faschistischen Putsch k e i n e n Artikel über die Verfolgung und den Kampf der chilenischen Antifaschisten veröffentlicht hat?!

Daß der KBW sich an zentraler Stelle aufgerufen fühlt, sich in dieser Frage für die derzeitige chinesische Außenpolitik in die Bresche zu werfen, zeigt wieder einmal, wo diese selber stehen. Die chinesische Regierung selbst hat es aus gutem Grund bis heute verschmäht, ihre Asyl-Verweigerung vor der internationalen Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Welch Gelegenheit für die KBW-Führung, sich anstelle der chinesischen Außenpolitiker „mutig" in die Jauche zu hechten!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 41

densten bekämpfen. Denn gerade der wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus-Leninismus, ist überhaupt nicht auf derartige kriminelle Praktiken angewiesen, sondern hat alles von der politischen Ü b e r z e u g u n g s arbeit zu erhoffen, weil er nicht i r g e n d e i n e mit anderen konkurrierende Theorie ist, sondern den historischen Gesetzmäßigkeiten und den Interessen der breiten Volksmassen völlig entspricht.

„Gehirnwäsche" à la KBW

Der politisch-moralische Zerfall des KBW geht einher mit einer zunehmend massiveren ‚Gehirnwäsche' an den eigenen Mitgliedern. Das stärkste Beispiel ist die vom neuen KBW-Chefdemagoggen Hager im Goebbels-Stil betriebene ungeheuerliche Geschichtsfälschung über die Rolle der FNLA in Angola. Seit mehr als einem Jahrzehnt ist **bekannt und bewiesen, daß die FNLA eine Gründung des CIA ist; daß ihr Chef Holden Roberto ein CIA-Agent ist; daß die Ideologie der FNLA auf nacktem Antikommunismus beruht. Das alles ist in der gesamten internationalen antiimperialistischen Öffentlichkeit wohlbekannt,** wird von sämtlichen afrikanischen Befreiungsbewegungen vertreten und war vor einigen Jahren sogar in den Publikationen jener Gruppen nachzulesen, die später den KBW bildeten (insbesondere NRF Heidelberg).

Hager hat nun **erstmals** in der ‚KVZ' vom 10. Juni den beispiellosen Versuch unternommen, diese historischen Tatsachen über die FNLA als **„sozialimperialistische Legende"** abzutun, die über Jahre hinweg systematisch verbreitet worden sei, um die „sozialimperialistische Einmischung" in Angola vorzubereiten. Hager braucht diese totale ‚Gehirnwäsche', die nicht einmal bei den schlimmsten „ML"ern eine Parallele hat (dort hält man sich in Sachen Angola überhaupt viel klüger zurück als beim KBW!), um jetzt von der **„Gleichberechtigung der drei Befreiungsbewegungen" zur offenen Propaganda für die Terroakte der FNLA/UNITA-Banden gegen die VR Angola überzugehen.**

Um die dreiste Geschichtsfälschung jedem KBWler in den Kopf zu hämmern, muß sie jetzt so oft wie möglich wiederholt werden. So nutzt wiederum Hager die Gelegenheit, in der ‚KVZ' vom 15. Juli seine Behauptung zu wiederholen: *„Der sozialimperialistischen Macht, den revisionistischen Parteien ist es im Falle Angolas über Jahre hinweg gelungen, imperialistische Legendenbildung zu betreiben, eine der Befreiungsbewegungen Angolas als revolutionär zu propagieren, die beiden anderen als konterrevolutionär zu diffamieren. So haben sie Teile der Solidaritätsbewegung mit den Völkern Afrikas getäuscht und die bewaffnete Einmischung vorbereitet"!*

Wer erst einmal bereit ist,sich wider sein ganzes Wissen, wider jede politische Vernunft und entgegen den Erklärungen sämtlicher afrikanischer Befreiungsbewegungen den Hager'schen Dreck zu eigen zu machen, der wird letztlich auch bereit sein, jede andere Lüge, und sei sie noch so widersinnig und noch so widerwärtig, nachzubeten, wenn es von ihm verlangt wird. Das ist die tiefere Funktion der von Hager verordneten „Gehirnwäsche". Gearbeitet wird dabei mit dem unmoralischen Druck, eventuelle Zweifler in den eigenen Reihen als „in die Defensive gedrängt", „kleinbürgerlich" usw. fertigzumachen. Wer es gar wagen sollte, nur ganz simpel den Standpunkt der afrikanischen Befreiungsbewegungen **zu Angola wiederzugeben, muß damit** rechnen, der „Beschönigung des Sozialimperialismus" angeklagt zu werden. Daß unter solchen Bedingungen einerseits ehrliche Demokraten scharenweise aus dem Umfeld des KBW flüchten und daß sich andererseits im „harten" Kern des KBW selbst, immer mehr ein Tollhausklima entwickelt, ist nicht verwunderlich.

Zu diesem Klima gehört auch die Art, wie der KBW die Auseinandersetzung mit seinen Gegnern führt. Da werden Menschen, die einfach nur die MPLA unterstützen, als **„Sozialimperialisten"** angerotzt (Hannover); da werden Menschen, die die KBW-Lobhudeleien auf die FNLA ablehnen, als Feinde des angolanischen Volkes hingestellt (KBW Münster); da werden alle, die nicht mit dem KBW übereinstimmen, beschimpft als *„bürgerliche Kräfte"*, die *„den Kopf voller neokolonialistischer Ideen"* hätten und *„die zukünftigen Agenten der imperialistischen Bourgeoisie gegenüber den siegreichen Befreiungsbewegungungen darstellen"* würden („KuK") usw.

Es ist kaum vorstellbar, daß die KBW-Führung so verblendet sein kann, mit derart maßlosen Beschimpfungen und lächerlichsten Unterstellungen irgendeinen vernünftigen Menschen überzeugen zu wollen. So dienen auch diese hohlköpfigen Haßtiraden in allererster Linie der Ausrichtung der zusammenschmelzenden eigenen Reihen des KBW. Zu diesem Thema gehören auch die ebenso periodisch wie die Ufos und das Ungeheuer vom Loch Ness auftauchenden Geschichtchen des KBW über „sozialimperialistische" Stützpunkte in aller Welt, über die Stärke der sowjetischen Kriegsflotte usw. Es sei nur daran erinnert, daß der KBW schon vor über einem Jahr beispielsweise das Märchen verbreitete, im Indischen Ozean gebe es neun sowjetische Flottenstützpunkte. Obwohl wir schon damals diesen Schwachsinn Punkt für Punkt widerlegten (anhand von Darstellungen der bürgerlichen Presse!!), fiel dem KBW darauf nur ein, wir wollten **„den Sozialimperialismus beschönigen"**. Dieselbe Reaktion gab es, als wir etwas später die KBW-Geschichtchen über die Stärke der sowjetischen Kriegsflotte als bloße Nachbetung der allerschlimmsten imperialistischen Kriegshetze entlarvten.

So liegt es ganz auf der offiziellen „Linie", wenn beispielsweise kürzlich die Freiburger Studentengruppe des KBW nicht nur das Märchen von sowjetischen Stützpunkten in Somalia wiederholte (obwohl nicht nur die Regierung Somalias, sondern beispielsweise auch FRELIMO-Vorsitzender Samora Machel diese Lüge **schon längst zurückgewiesen haben!), es wurde nicht nur gläubig das imperialistische Märchen von einem sowjetischen Flottenstützpunkt in Guinea-Conakry nachgebetet,** sondern es wurde darüber hinaus – als schöpferische „Weiterentwicklung" – auch noch ein sowjetischer Flottenstützpunkt in Äthiopien völlig frei erfunden! (Flugblatt vom 8.7.76). Dabei ist es bekanntlich der US-Imperialismus (und der Zionismus), der in Äthiopien Stützpunkte unterhält. Das kann man sogar in jeder stinkbürgerlichen Zeitung nachlesen.

Auch hier wird die generelle Stoßrichtung sichtbar, die wissenschaftliche Analyse der Wirklichkeit zu ersetzen durch die Aufrichtung einer sektiererischen Schein-Welt, die mit Halbwahrheiten, Lügen, Geschichtsfälschungen usw. tapeziert ist. Wer dieses Rauschgift ständig einschlürft, wird über kurz oder lang für den politischen Kampf unbrauchbar sein, und oft wird er als bemitleidenswertes geistiges Wrack enden, wie es heute schon bei vielen KBW-Funktionären – aber auch bei manchen „einfachen" Mitgliedern – zu beobachten ist.

Der KBW stirbt – aber seine Fehler leben noch

Immer offensichtlicher ist, daß es mit dem KBW auch kräftemäßig rapide den Bach runter geht. Von dem breiten demokratischen Sympathisantenfeld, das er in seinen besten Zeiten um sich scharen konnte, ist kaum noch etwas zurückgeblieben. Wo sich der KBW noch nicht total isoliert hat, wird er zweifellos in Kürze dafür sorgen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Angola-Frage. Dazu kommt dann noch das allgemeine Übergehen des KBW zu den Methoden des Putschismus, **des blinden Um-sich-schlagens** und der Massen-Beschimpfung, Prügeleinsätze gegen politische Gegner usw., mit denen der KBW restlos dafür sorgt, daß er bei allen demokratischen Menschen verschissen hat.

So erfreulich insgesamt das rasante Abwirtschaften des KBW ist, so bedauerlich ist doch, daß sich dieses vorwiegend an einer N e b e n frage (Angola) und an Methoden des praktischen Vorgehens entzündet hat. Denn diese Fehler des KBW sind eher der kolossalen Dummheit seiner Führer (und möglicherweise auch dem Wirken eingeschleuster Provokateure?) zuzuschreiben, als daß sie sich unbedingt logisch aus der Entwicklung des KBW ergeben würden. Mit anderen Worten: Die gesamte politisch-ideologische Linie, mit der der KBW in den vergangenen Jahren zeitweise einen relativ breiten Einfluß erreichen konnte, steht bei seinem jetzigen **Zusammenbruch überhaupt nicht zur Diskussion. Zweifellos wäre es für die demokratische Bewegung** unseres Landes im allgemeinen und für die kommunistische Bewegung insbesondere fruchtbarer und nützlicher gewesen, wenn der Niedergang des KBW anhand seiner z e n t r a l e n politisch-ideologischen Positionen erfolgt wäre. Dazu rechnen wir zum einen den gesamten „Programm"-Schwindel des KBW, die inhaltliche Auseinandersetzung mit seiner revisionistischen Programmatik, die Auseinandersetzung mit der taktischen Anwendung seiner Forderungen („Sturz der Magistrate", „Wahl der Lehrer durch das Volk"). Dazu rechnen wir ferner die Auseinandersetzung um die Faschismus-Frage, die 1971/72 geführt wurde. Dazu gehört ebenso die Auseinandersetzung um die gesamte „Kampagnen"-Politik des KBW wie um die „Volksentscheid"-Parole im Kampf gegen den §218.

Zu allen diesen Fragen, zu denen wir immer wieder umfassend Stellung genommen haben, ist der KBW seinerzeit entweder überhaupt völlig der Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen oder aber er hat sich mit Zitatenfälschungen und albernen Unterstellungen begnügt – wie im Fall der Faschismus-Diskussion. Auch seine beliebte Methode, Behauptungen durch ständiges Wiederholen zu „beweisen" („Unsere Forderung ist gut, weil sie richtig ist") – wie im Fall des § 218 – trug nicht gerade zur inhaltlichen Klärung bei.

Insgesamt zeigt sich, daß der KBW einen relativen „Massen"einfluß hatte, solange er recht geschickt liberalistische Parolen mit pseudo-„rradikalem" Geschrei zu verbinden verstand. Diesen „Massen"einfluß hat der KBW im wesentlichen nicht etwa deshalb verloren, weil seine politisch-ideologische Linie auf breiter Basis als falsch erkannt worden wäre, sondern weil er aus eigener Dummheit seine frühere Linie weitgehend aufgegeben und statt dessen einen Amoklauf begonnen hat.

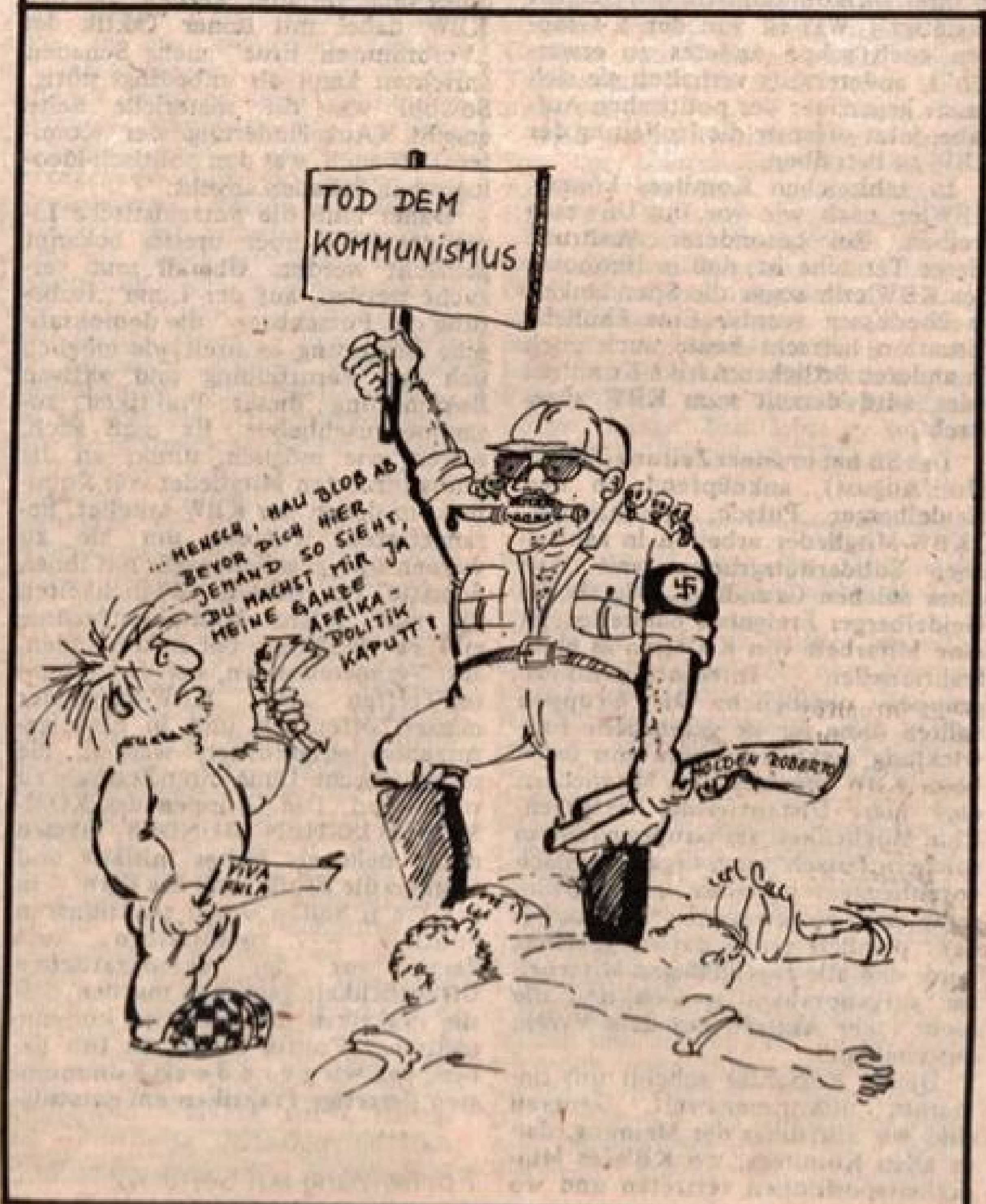
Insofern ist der jetzige Niedergang des KBW nur als beschränkter Erfolg zu werten. Die Auseinandersetzung mit der „links"-phraseologisch getarnten rechtsopportunistischen Linie, der der KBW seine explosionsartige Ausdehnung und seinen zeitweisen Einfluß verdankte, muß weitergeführt werden.

Eine „Befreiungsbewegung" nach dem Geschmack des KBW

Die vom KBW mit Geschichtsfälschung und Legendenbildung als „Befreiungsbewegung" glorifizierte FNLA führte heute unter dem Beifall des KBW mit den Resten ihrer Banden Terrorakte gegen die VR Angola durch.

Informationen aus erster Hand über die Ziele der FNLA lieferte schon vor mehr als einem Jahr FNLA-Boß Holden Roberto höchstpersönlich in einem Interview mit der CSU-freundlichen Illustrierten „Quick" (12.-18.6.75). Wir drucken hier den Text nach, um zusätzliches Material zur Enttarnung der KBW-Märchenerzähler und zur Ernüchterung der von ihnen vielleicht noch Betörten zu liefern.

Das Interview zeigt im Übrigen den Größenwahn, mit dem die FNLA noch vor einem Jahr die Lage in Angola betrachtete. Wäre es nach dem KBW gegangen, so müßte der blutgierige Antikommunist Holden Roberto heute in Angola Minister (mindestens!) einer „Regierung der nationalen Einheit" sein. Und F.J. Strauß hätte wahrscheinlich schon seinen ersten Staatsbesuch in Luanda hinter sich. Ja, sie dachten sich das schön, Holden und der KBW, aber sie machten zum Glück die Rechnung ohne die revolutionären Völker!



Angola-Befreier: Anklage gegen die Kommunisten

QUICK/Bonn. Der Präsident der angolanischen Befreiungsbewegung FNLA, Holden Roberto, hielt sich in der vergangenen Woche zu einem privaten Besuch in der Bundesrepublik auf. QUICK-Autor Armin K. Haas sprach mit ihm über die Lage in der portugiesischen Afrika-Kolonie. Angola soll im November selbständig werden.

QUICK: Herr Präsident, Sie haben sechzehn Jahre Freiheitskampf gegen die Portugiesen hinter sich. Werden Sie jetzt gegen Kommunisten sowjetischer Prägung weiterkämpfen müssen?

Roberto: Das ist wahrscheinlich. Wir haben zwar nach der Revolution in Portugal uns bereit erklärt, den Krieg zu beenden und freie Wahlen auszuschreiben, aber die von den Sowjets gestützten Machthaber in Lissabon halten sich nicht an diese Vereinbarungen.

QUICK: Wie groß ist der sowjet-kommunistische Einfluß in Angola?

Roberto: Wie immer ist es nur eine Minorität. Sie haben sich in der sogenannten MPLA-Bewegung zusammengeschlossen und versuchen, durch Volksmilizen und Stoßtrupps die Machtübernahme ohne Wahlen vorzubereiten.

QUICK: Bedeutet das einen neuen Bürgerkrieg?

Roberto: Ja, wenn es so weitergeht. Wir von der FNLA werden nicht zulassen, daß uns nach der alten Diktatur eine neue Diktatur Moskauer Prägung aufgezwungen wird. Am 10. Juli ist das letzte Gespräch mit der MPLA. Entweder sie stimmen der Abhaltung freier Wahlen im November dieses Jahres zu, oder wir gehen wieder in den Untergrund.

QUICK: Haben Sie genügend Waffen für eine solche Auseinandersetzung?

Roberto: Ich kann Ihnen zwar nicht sagen, woher wir die Waffen bekommen werden. Sie können jedoch sicher sein, daß wir bestens ausgerüstet mit modernstem Waffenmaterial in den Bürgerkrieg gehen würden.

QUICK: Woher beziehen die MPLA-Leute ihre Waffen?

Roberto: Ausschließlich aus Moskau. Die Sowjets haben Raketen, Panzer und schwere Waffen eingeschleust.

QUICK: Haben Sie bei Ihrem jetzigen Besuch in Deutschland auch mit der Bundesregierung gesprochen?

Roberto: Nein, nur mit einzelnen politischen Persönlichkeiten. Auch nach dem 25. April 1974, dem Tag der portugiesischen Revolution, hat die deutsche Bundesregierung keinerlei Sympathie oder Interesse für unsere Sache gezeigt. Wahrscheinlich mag sie unsere moskaufeindliche Haltung nicht.

Frankfurt

Maßlose Arroganz des KBW gegen die Befreiungsbewegungen Afrikas

Am 8. Juli führte der KBW in Frankfurt die zweite seiner angekündigten vier Veranstaltungen zur Bundestagswahl durch, wobei es darum ging, unter der Fahne der „Solidarität mit den Kämpfen der afrikanischen Völker" den ganzen reaktionären Schmus vom „K(r)ampf der Supermächte" und speziell vom „Sozialimperialismus" an den Mann zu bringen. Das Interesse, dem KBW beim x-ten Aufkochen seiner alten Socken zuzugucken, war allerdings nur relativ mäßig: Mit 300 Teilnehmern erreichte der KBW erneut nicht einmal den in seinem Rechenschaftsbericht für Frankfurt angegebenen Mitgliederstand von ca. 400.

In der Diskussion war der KBW mit der Frage konfrontiert, wie er es sich erklärt, daß sämtliche afrikanische Befreiungsbewegungen die vom KBW angefeindete MPLA unterstützen. Die KBW-ler machten einige Tänzchen („Wir mischen uns nicht in die Politik der Befreiungsbewegungen ein", „Es steht uns nicht zu, daran Kritik zu üben", „Wir dürfen nicht darüber urteilen, wer nun Befreiungsbewegung ist oder nicht"), bevor schließlich KBW-Ortsfürst Gerd Könen richtig zur Sache kam: Die afrikanischen Befreiungsorganisationen könnten eben die Gefährlichkeit des „Sozialimperialismus" gar nicht richtig beurteilen, weil ihnen die Erfahrung mit den „Sozialimperialisten" fehle!!

Dies soll Könen einmal direkt den afrikanischen Genossen erzählen, deren Befreiungsbewegungen in einem jahrzehntelangen Kampf erfahren haben, was Imperialismus heißt. Diese Genossen können allerdings unterscheiden, zwischen US-Waffen, mit denen ihre Völker abgeschlachtet werden, und den sowjetischen Waffen, mit denen sie den Schlächtern entgegentreten können. Den Genossen aber deshalb zu unterstellen, sie würden mangels Erfahrung (von der Klugscheißer wie Könen & Co. offenbar reichlich haben?) den „Sozialimperialismus" nicht richtig beurteilen, ist der Gipfel kleinbürgerlich-bornierter Vermessenheit.

Das Rennen um den begehrten Titel „Dümmster Ortssekretär des KBW" ist nach diesen vorlauten Ausführungen des Könen wieder offen.

Nach einem Bericht aus Frankfurt

Wichtige redaktionelle Anmerkung

Betrifft: Schlägermethoden des KBW

Es ist vielfach vorgekommen, daß Genossen unserer Organisation, die vor KBW-Veranstaltungen unsere Presse verkauften, von KBW-Funktionären bedroht und teilweise tätlich angegriffen wurden. Hierzu haben wir vor einiger Zeit einen „Offenen Brief" an die KBW-Zentrale gerichtet und um Abstellung derartiger schädlicher Praktiken gebeten. Dieser Brief ist bis heute unbeantwortet geblieben. Inzwischen ist vielerorts versucht worden, wenigstens Stellungnahmen der KBW-Ortsleitungen zu dem „Offenen Brief" einzuholen. Auch dieser Versuch blieb, soviel läßt sich schon feststellen, in der Regel unbeantwortet. Da wir im nächsten AK zusammenfassend hierüber berichten wollen, bitten wir die Ortsgruppen unserer Organisation darum, Berichte über Gespräche mit KBW-Funktionären etc. – soweit noch nicht geschehen – umgehend an die Redaktion zu schicken, ebenso wie andere eventuell bisher noch nicht weitergeleitete Informationen zu diesem Thema.

AK-Redaktion

Wahldiskussion

Die erste Phase der Diskussion im Kommunistischen Bund über das Eingreifen unserer Organisation in die Bundestagswahlen ist jetzt weitgehend abgeschlossen.

Diese Diskussion ist seit Anfang Juni in der gesamten Organisation geführt worden. Zugleich wurde versucht, diese Diskussion zentral und auf örtlicher Ebene auch nach außen zu tragen. Letzteres allerdings mit äußerst mäßigem „Erfolg". Es zeigte sich, daß von den linken Organisationen insgesamt nur die Trotzkisten (vor allem GIM, aber auch „Spartacus") entsprechend ihrer örtlichen Verankerung an Diskussionen interessiert waren. Interesse zeigten außerdem manche örtlichen Gruppen. Bei der GIM ist allerdings die Feststellung ihres Interesses an einer öffentlichen Diskussion insofern wieder abzuschwächen, da ihre Eigenkandidatur schon feststeht und von ihr überhaupt nicht mehr zur Diskussion gestellt wird. Das Interesse der GIM beschränkt sich von daher im wesentlichen darauf, ortsweise unsere Unterstützung für ihre Kandidatur, insbesondere auch Unterstützung für ihre Unterschriftensammlung zur Wahl-Zulassung, zu erhalten. Auch die Position des „Spartacus" steht nicht mehr zur Diskussion – sie werden der Kandidatur der GIM eine „kritische Unterstützung" geben.

Trotz dieser Einschränkung sind die Trotzkisten immerhin die einzigen, mit denen eine Diskussion in Gang kam, auch zu weiteren Themen. Die dabei gemachten Erfahrungen sind zwar nicht immer positiv, aber zweifelsohne lehrreich.

Enttäuscht hat uns hingegen insgesamt das Verhalten des SB, das wenig bereit war zur öffentlichen Auseinandersetzung (trotz vorheriger zentraler Ankündigung, die Wahldiskussion öffentlich führen zu wollen), und das sich auf örtlicher Ebene den vorgeschlagenen Diskussionen – teilweise trotz vorheriger Zusagen bzw. „halber" Zusagen – meist entzog. Dies scheint uns in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das SB im Inneren in der Frage der Wahltaktik so zerrissen ist, daß es keine verbindliche Diskussion führen und Festlegungen treffen kann – zumal das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit im SB möglicherweise schwer zu verwirklichen ist. Von Stimmabgabe für die DKP bis zu „fortschrittlichen" Kandidaten auch der SPD und FPD, von
möglicherweise schwer zu verwirklichen ist. Von Stimmabgabe für die DKP bis zu „fortschrittlichen" Kandidaten auch der SPD und FPD, von
Wahlboykott bis zur völligen Ablehnung überhaupt einer Wahldiskussion reicht das Spektrum im SB.

Der KBW verzichtete völlig auf eine zentrale Stellungnahme (was geheißen hätte: in der „KVZ") – jedoch kam es mancherorts zu inhaltslosen Anpinkeleien durch die KBW-Ortsfürsten (örtliche Stellungnahmen des KBW sind uns bisher aus Nürnberg, Karlsruhe und Kassel bekannt). Ansonsten zeigte sich, daß auch das Interesse der „unorganisierten" linken Öffentlichkeit an der Wahldiskussion sehr gering war. Wo öffentliche Diskussionsveranstaltungen zustande kamen (gemeinsam mit den Trotzkisten und teilweise mit örtlichen Gruppen), war die Teilnehmerzahl durchweg alles andere als berauschend.

Leute wie die KBW-Führer, die ihre Eigenkandidatur ohne jede Diskussion nach innen und außen als einsamen Entschluß präsentierten, werden diese „Mißerfolge" als Beweis werten, daß unser Vorschlag einer breiten öffentlichen Diskussion eben von vornherein falsch gewesen sei. Sie werden es als Beweis für die Richtigkeit ihres eigenen sektiererischen Vorgehens werten.

Wir teilen diese Einschätzung allerdings nicht. Zum einen bleibt unser Vorschlag einer breiten öffentlichen Diskussion richtig – unabhängig davon, ob er diesmal schon zu realisieren war. Den Gedanken, wichtige politische Entscheidungen, die die gesamte Linke betreffen, auch breit und öffentlich zu diskutieren, werden wir zukünftig sogar noch verstärkt propagieren.

Zum zweiten meinen wir, daß in dem „Mißerfolg" des Versuchs einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung zum Ausdruck kommt, daß größte Teile der Linken den Wahlen einfach ziemlich desinteressiert gegenüberstehen. Das kann sicher nicht von den KBW-Führern, die sich zu einem ganz massiven bundesweiten Wahlrummel mit ihrer Eigenkandidatur entschlossen haben, als Beweis für die Richtigkeit ihres Vorgehens umgemünzt werden.

Das zum Ausdruck gekommene weitgehende Desinteresse der linken Öffentlichkeit an einer breiten, öffentlichen Wahldiskussion entspringt wohl zum einen der resignativen Einsicht, daß – abgesehen davon, daß die bürgerlichen Wahlen natürlich eh ein Betrugsmanöver sind – auch sonst für die Linke bei den Wahlen nichts zu holen ist. Weder können die Linken damit rechnen, nach den Wahlen das Parlament als „Tribüne" des Klassenkampfes zu nutzen (weil sie diesmal überhaupt keine Aussicht haben, ins Parlament zu kommen), noch können sie wenigstens in dem Wahlergebnis einen Gradmesser für den Reifegrad der Klassenbewegung sehen. Denn wenn man die vielleicht 0,5 %, auf die die Linke insgesamt (DKP einschließlich) kommen könnte, als Gradmesser für den Reifegrad der Klassenbewegung sehen will, dann könnte man nur verzweifeln. Wir wissen aber, daß die antikapitalistische Bewegung durchaus stärker ist, als das Wahlergebnis es ausdrükken wird.

Auf der anderen Seite ist das Desinteresse an einer Wahldiskussion Ausdruck der Tatsache, daß sich größere Teile der Linken (speziell DKP und KBW) in Organisationen eingebunden haben, die automatisch das Denken für ihre Mitglieder erledigen. Die Mehrheit der Mitglieder von DKP und KBW wird also gar nicht erst auf den Gedanken kommen, ernsthaft über das Eingreifen in die Wahlen zu diskutieren, da diese Frage „oben" ja schon entschieden ist: Man ist die einzig „wahre" Organisation und wird „selbstverständlich" eigenständig kandidieren, ohne ein Bündnis oder zumindest eine offene Auseinandersetzung überhaupt in Erwägung zu ziehen. Über die Frage der Wahlen hinaus wird hier die Schwierigkeit deutlich, heute irgendeine für die gesamte Linke relevante Frage breit zu diskutieren. Ehrliche Diskussion und „Dialoge" zwischen linken Organisationen, wobei – ruhig auch mit polemischer Schärfe – überhaupt auf die Argumente der anderen Seite gehört und geantwortet wird, sind heute äußerst selten. Vor allem der KBW hat die Technik der bloßen Spiegelfechterei und rhetorischen Kapriolen total an der zur Diskussion stehenden Sache vorbei zur stupiden „Meisterschaft" entwickelt. In gewissem Unterschied dazu stehen die Diskussionen, zu denen es in den letzten Monaten auf örtlicher Ebene – aber auch in der zentralen Presse – mit den Trotzkisten gekommen ist; hin-
kussionen, zu denen es in den letzten Monaten auf örtlicher Ebene – aber auch in der zentralen Presse – mit den Trotzkisten gekommen ist; hin-
gegen gilt für das SB auch in dieser Hinsicht, daß wir einigermaßen enttäuscht sind von der zum Ausdruck gekommenen Scheu vor öffentlicher Auseinandersetzung, trotz aller Bekenntnisse gegen „Dogmatismus", „selbsternannte ZK's" usw.

Das Ergebnis unserer Wahldiskussion

In der Diskussionsgrundlage des LG des Kommunistischen Bundes (siehe AK 81) war vorgeschlagen worden, zu einer „linken" Stimmabgabe aufzurufen – das heißt, für eine der kandidierenden Organisationen links von der SPD, insbesondere also DKP und KBW. Die Frage der Eigenkandidatur an Orten, wo unsere Organisation schon eine gewisse Verankerung durch ihre Arbeit erreicht hat (insbesondere Hamburg), war noch offen gelassen worden. Die Empfehlung, DKP oder KBW zu wählen, sollte verbunden werden mit einer intensiven Auseinandersetzung, was uns als Kommunisten von diesen Organisationen trennt und warum wir es trotzdem für richtig halten, die Unzufriedenheit mit der SPD/FDP-Regierungspolitik in einer „linken" Stimmabgabe auszudrücken.

Die Diskussion in unserer Organisation hat gezeigt, daß der Vorschlag, den KBW zur Wahl zu empfehlen, auf breiteste Ablehnung und sogar Empörung gestoßen ist. Dazu ist zum einen selbstkritisch zu sagen, daß das LG den Grad der Abwirtschaftung und Isolierung des KBW im nationalen Maßstab unterschätzt hatte. Vor allem waren wir zunächst davon ausgegangen, daß der KBW noch über eine relativ breite Sympathisanten-Szene verfügt, mit der es zu diskutieren gilt. Es zeigte sich indessen, daß der KBW sich vielerorts schon von dieser Sympathisanten-Szene gelöst hat, die er in den vergangenen Jahren durch seine bürgerlich-liberale Linie (Wahl von diesem und jenem „durch das Volk" usw.) gewinnen konnte.

Zusätzlich kommt hinzu, daß sich gerade in den letzten Wochen, seit der Veröffentlichung der Diskussionsgrundlage des LG (Ende Mai) der Niedergang des KBW noch rasant beschleunigt hat – ein Faktor, der in diesem Umfang und Tempo nicht vorauszusehen war.

Vor allem muß man sehen, daß der KBW von der bloßen Verbreitung falscher politischer Ideen übergegangen ist zu massiven Provokationen, die Ausdruck der Tatsache sind, daß die KBW-Führung es bereits aufgegeben hat, ihre Ideen auf dem Wege der politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit durchzusetzen. Hier sind an erster Stelle die KBW-Putsche in den Afrika-Komitees von Heidelberg und Hannover zu nennen, dann aber auch das rotzfreche Auftreten des KBW anläßlich der Wahl des FU-Präsidenten in Westberlin. Zu erwähnen ist beispielsweise auch, daß der KBW hinsichtlich Angola die alte Linie der „drei gleichberechtigten Befreiungsbewegungen" verlassen hat und zu offener Propaganda für die pro-imperialistischen Terrorbanden der UNITA und mehr noch der FNLA übergegangen ist, womit er es tatsächlich fertiggebracht hat, sogar die vaterländische „KPD" noch von rechtsaußen zu überholen.

Vor diesem Hintergrund wäre es tatsächlich falsch, den KBW ausdrücklich zur Wahl zu empfehlen. Wir geben den zahlreichen Kritiken aus der Organisation recht, die hervorgehoben haben, daß dem KBW ein relativ „gutes" Abschneiden bei den Wahlen (das wäre schon ein Ergebnis um die 0,1 %!) nur dazu dienen würde, den Zerfall um einige Monate hinauszuzögern. Es ist sonnenklar, daß die KBW-Führung ein solches „gutes" Wahlergebnis unvermeidlich ummünzen würde in Zustimmung für ihre offen provokatorische, antikommunistische Linie, in Zustimmung für ihre putschistische Verachtung demokratischer Mehrheiten, in Zustimmung für ihre arrogante Ablehnung öffentlicher Auseinandersetzungen. **Daher wird jede Stimme für den KBW eine Stimme gegen den Kommunismus, gegen den Aufbau der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse, gegen solidarische Formen der Auseinandersetzung innerhalb der Linken und aller demokratischen Kräfte sein. Das LG vertritt angesichts der jüngsten Entwicklung des KBW ausdrücklich die Auffassung, daß innerhalb der Linken Klarheit darüber geschaffen werden muß, daß eine Stimme für den KBW objektiv als Stimme gegen den Kommunismus zu Buche schlagen wird. Diese**
eine Stimme für den KBW objektiv als Stimme gegen den Kommunismus zu Buche schlagen wird. Diese
Klarstellung mußte auch Gegenstand unserer Propaganda sein. Falsch wäre es hingegen, dies auch in die Massenarbeit aufzunehmen, da die Parole „Dem KBW keine Stimme!" nur dort richtig vermittelt werden kann, wo die Politik des KBW schon relativ gut bekannt ist. In der Massenarbeit wäre diese Parole direkt schädlich, da es lächerlich wäre, den Massen, die mit dem Kommunismus noch gar nicht viel im Sinn haben und die einzelnen Organisationen kaum auseinanderhalten können, zu erzählen, daß Stimmen für den KBW zugleich Stimmen gegen den Kommunismus sind. Dies hieße, wie Mao sagt, „Der Kuh auf der Laute vorspielen".

Die Auswertung der Wahldiskussion zeigt weiter, daß eine Wahlempfehlung für die DKP insgesamt eher für möglich gehalten wird als eine für den KBW. Hieran ist wohl soviel richtig, daß die DKP nicht in derselben Weise wie der KBW ihr Wahlergebnis als Zustimmung für ihre Politik ausschlachten wird. Zum einen befindet sich die DKP durchaus nicht wie der KBW in einer Phase des Niedergangs und Zerfalls; zum anderen ist zu erwarten, daß sie mehr als der KBW in der Lage sein wird, „Proteststimmen" auf sich zu ziehen. Andererseits wird aber auch die DKP-Führung sich letztlich nicht viel anders verhalten als die KBW-Führung – das heißt, sie wird ein relativ „gutes" Abschneiden (das hieße für sie die Stabilisierung ihres Ergebnisses von 1972 – 0,3 bis 0,4 %) benutzen, um ihre Linie als „erfolgreich" darzustellen. Daher stellen wir zur Diskussion, ob in der Propaganda nicht auch die Linie „Keine Stimme der DKP" auszugeben ist. (Für die Massenarbeit würde natürlich dasselbe gelten wie für den KBW).

Das Problem besteht in der BRD, verglichen mit entwickelteren Klassenkampfsituationen wie in Italien, Portugal oder auch Frankreich, in der ganz extremen Sektenblindheit vieler Organisationen, die es ganz unmöglich macht, überhaupt eine Diskussion zu führen. Gewalttätige Verhinderung von politischer Auseinandersetzung, putschistische Manöver, Verleumdung und Ignoranz statt öffentlicher Diskussion, kennzeichnen in großen Teilen die Situation der westdeutschen Linken. Dies macht nicht nur das Zustandekommen von Wahlabsprachen unmöglich, sondern macht auch die kritische Wahlempfehlung für andere Organisationen zu einem kaum zu lösenden Problem. Eine gewisse Ausnahme bildet lediglich die GIM, die immerhin überhaupt zur Auseinandersetzung bereit ist (wenn auch oft noch „mit Haken und Ösen"). Allerdings stellt sich da doch die Frage nach der Funktion einer Wahlunterstützung für eine in der Praxis derart bedeutungslose Gruppe.

Eigenkandidatur?

In der Hamburger Ortsgruppe ist, nachdem in den ersten Diskussionen diese Frage offengelassen worden war, inzwischen die Mehrheitsmeinung ganz klar für eine Eigenkandidatur unserer Organisation. Dabei wird davon ausgegangen, daß in Hamburg natürlich eine Wahlempfehlung für den KBW (der hier auf der Stufe des niedersten Idiotismus dahinvegetiert) oder die DKP (die kaum noch mit Aktivitäten an die Öffentlichkeit tritt) noch unmöglicher ist als anderswo. Zugleich wird davon ausgegangen, daß viele Sympathisanten unserer Organisation eine Eigenkandidatur des KB in Hamburg einfach „erwarten" und wir uns das auch „schuldig" sind.

Außer in Hamburg wurde die Frage einer Eigenkandidatur auch in Göttingen, Flensburg, Kiel und Lübeck mehr oder weniger massiv diskutiert.

Unter den schon geschilderten Bedingungen – weitgehendes Desinteresse der unorganisierten Linken an den Wahlen überhaupt, der „Unentschlossenheit" des SB, dem Festhalten des „Arbeiterbundes ..." an einer SPD-Wahlempfehlung, den sektiererischen Programm-Kandidaturen von KBW und GIM (sowie natürlich der DKP und „KPD") – meinen wir allerdings, daß eine Eigenkandidatur unserer Organisation von dem Wahl-Verhalten der Sektierer kaum noch zu unterscheiden wäre. Selbst bei Beschränkung einer Eigenkandidatur auf wenige Städte der BRD, in denen wir eine wirkliche Verankerung schon erreicht haben und wo der KB die dominierende Kraft innerhalb der Linken ist, würde unsere Wahlauf-
schon erreicht haben und wo der KB die dominierende Kraft innerhalb der Linken ist, würde unsere Wahlauf-
stellung auf Massenebene nichts anderes sein, als eine fünfte „Alternative" links von der SPD. Es wäre objektiv der Versuch, auch von unserer Seite aus, die Linke allgemein als vollkommen meschugge in den Augen solcher Wähler darzustellen, die aufgrund eigener Erfahrungen diesmal links der SPD wählen wollen.

Wir haben seinerzeit die Möglichkeit einer partiellen Eigenkandidatur im Rahmen und als Bestandteil einer gemeinsamen und abgesprochenen Initiative zumindest eines größeren Teils der Linken in die Diskussion gebracht, nicht aber als isolierte Aktion allein des KB. Mehr als eine solche isolierte Aktion würde aber das Aufstellen eigener Wahllisten beim momentanen Stand der Dinge nicht sein. Dies ist bedauerlich, läßt sich aber wohl für die Bundestagswahlen 1976 nicht mehr ändern.

Es ist in diesem Zusammenhang vorübergehend von mehreren Genossen so diskutiert worden, daß es auch unter diesen Bedingungen vor allem darauf ankäme, möglichst viele Proteststimmen links von der SPD zu organisieren und daß dies der KB – zumindest in einigen Städten – am Besten durch Eigenkandidatur erreichen könnte, daß wir also z.B. in Hamburg durch Eigenkandidatur gut und gern unsere 10.000 Wahlstimmen (= ein Prozent) zusammenbrächten, von denen aber ein Großteil bei Wahlempfehlung einer anderen Partei oder Empfehlung einer Wahlenthaltung („Wahlboykott") wieder verloren gehen würden.

Dieser Argumentation ist entgegenzuhalten, daß es uns von Anfang an nicht in erster Linie darauf ankam, „möglichst viele Proteststimmen" irgendwie zusammenzubekommen, sondern daß wir mit der von uns angestrebten Wahltaktik vor allem die – auf Wahlebene – weitverbreitete Vereinzelung und Resignation innerhalb der Linken durch eine gemeinsame und einheitliche Anstrengung aufbrechen wollten. Mit dieser Taktik sollten in erster Linie dem innerhalb der Linken allgemein verbreiteten selbstgefälligen Sektierertum und der lächerlichen Parteiladenpolitik gegengesteuert werden, der Gedanke an gemeinsames Handeln der Linken sollte gestärkt werden – auch über die Wahlen hinaus. Als ein weiteres Ergebnis dieser Taktik versprachen wir uns auch zahlenmäßig ein besseres Abschneiden bei den Wahlen, als es sonst für die Linke schon möglich wäre. Das heißt, daß wir davon ausgegangen sind – und dies jetzt auch noch so einschätzen – daß ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen mehr gebracht hätte, als eine schlichte Addition des Einflusses der einzelnen linken Organisationen. Durch das Verhalten der anderen linken Organisationen ist dieser Gedanke für diese Bundestagswahlen erst einmal „gestorben".

Daraus schlußfolgern wir aber nicht – gewissermaßen als „Trotzreaktion" – nun doch und allein und in jedem Fall selbst zu kandidieren, sondern wollen vor allem langfristig an der Ausarbeitung unseres nach wie vor richtigen Ansatzes einer gemeinsamen Politik der Linken zu bestimmten wichtigen Ereignissen weiterarbeiten und in der Öffentlichkeit daran auch weiter und verschärft die politische Auseinandersetzung führen. Wir wollen diesen goldrichtigen Weg nicht um das Linsengericht eines hübscheren Wahl-Abschneidens in einigen Städten verlassen.

Für uns heißt das zu diesen Bundestagswahlen, daß wir mit der Parole „Keine Stimme den bürgerlichen Parteien" auftreten und diese Parole auf Massenebene umfassend begründen werden. Wir werden propagieren, sich entweder der Stimme zu enthalten oder in irgendeiner Form eine „Proteststimme" abzugeben, was durch Ungültigmachen des Stimmzettels oder Stimmabgabe für eine der kandidierenden Organisationen links von der SPD geschehen kann.

Für die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen wird sich erneut die Frage eines Wahlbündnisses, eventuell örtlich auch einer Eigenkandidatur, stellen. Wir werden dann wieder versuchen, eine öffentliche Auseinandersetzung in Gang zu bringen, wobei wir darauf achten werden, daß damit zukünftig frühzeitiger begonnen wird, als zu diesen Bundestagswahlen.

LG des Kommunistischen Bundes und AK-Redaktion

LG des Kommunistischen Bundes und AK-Redaktion



Internationaler Aufruf der Revolutionären Volkspartei Äthiopiens

Stoppt die Repression durch die faschistische Militärjunta

Die Revolutionäre Volkspartei Äthiopiens (EPRP) hat am 10. Juli einen Aufruf *„an alle demokratischen Parteien, Organisationen und Kräfte"* veröffentlicht, *„entschieden die zunehmende Repression anzuklagen und zu verurteilen, die äthiopische Militärjunta gegen die Massen unternimmt". „Die Situation ist so kritisch, daß die EPRP die Möglichkeit einer massiven Repression gegen sie selbst und gegen alle oppositionellen Elemente für sehr drohend hält. Die EPRP hat durch ihre eigenen Verbindungen davon erfahren, daß die Junta und die sie unterstützenden reformistischen Intellektuellen beschlossen haben, gegen die EPRP vorzugehen und ‚ein für alle mal mit ihr Schluß zu machen' "*.

In der Erklärung werden sodann zahlreiche Beispiele der zunehmenden Repression beschrieben: Erschiessung und Einkerkerung von Arbeitern am 1. Mai in Addis Abeba und in anderen Orten; Verhaftung von 500 Menschen in Städten der Provinz Kaffa im Juni, wovon 40 auf der Stelle erschossen wurden; Erschiessung von Bauern, die sich weigerten, an dem „Marsch auf Eritrea" (ein gescheiterter Versuch zur Liquidierung der eritreischen Befreiungsbewegung) teilzunehmen; Verfolgung von Bauernführern wegen Beteiligung an Landbesetzungen und autonomen Verhaftungen von Feudalherren durch die Bauern; Repression gegen Studenten der „Zematch"-Bewegung (Studenten werden von der Junta zur Propagierung ihrer Demagogien vom „Äthiopischen (National!-) Sozialismus" aufs Land geschickt, sind dort aber häufig unbequeme Kritiker!); Repression gegen die Arbeiter, die die zerschlagene Gewerkschaft CELU wiederaufbauen wollen und weitere Beispiele.

In der Erklärung der EPRP heißt es dann weiter: *„Seit dem 1. Mai, als Arbeiter und Massen Äthiopiens zur Unterstützung der EPRP und gegen die Junta demonstrierten, ist die Repression in eine neue Phase eingetreten. Kein Tag vergeht ohne Verhaftungen und Morde durch die Junta ... In Äthiopien, das kann jeder sehen, herrscht die Junta durch Terror; es ist klar zu sehen, daß die Junta repressiv ist und daß sie im Widerspruch zur großen Mehrheit der äthiopischen Massen steht. Die Repression, die die Junta dank der Waffen und sonstigen Hilfe der US-Imperialisten ausübt, hat nur den Widerstand des Volkes verschärft ... Die EPRP ruft alle revolutionären und demokratischen Kräfte auf, ihre Stimme gegen die Repression in Äthiopien zu erheben; sie ruft alle diese Kräfte auf, konkrete und organisierte Aktionen zu unternehmen, um die repressive Junta zu entlarven und anzuklagen und um die EPRP und den Kampf der Äthiopischen Massen zu unterstützen...*

NIEDER MIT FASCHISTISCHER JUNTA, FEUDALISMUS UND IMPERIALISMUS!

STOPPT DIE REPRESSION IN ÄTHIOPIEN!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!"

Gim auf dem falschen Trip

Die trotzkistische GIM schießt seit einiger Zeit aus allen Rohren gegen den KB. Die GIM gibt vor, daß es ihr um eine Auseinandersetzung und Klärung von Standpunkten geht.

Dagegen spricht jedoch gegenwärtig eindeutig die Tatsache, daß sich die GIM bei ihrer Polemik in total prinzipienloser und auch ziemlich widerwärtiger Weise in die Widersprüche zwischen unserer Organisation und anderen Gruppierungen „hineinsetzt" und sich praktisch mit deren Angriffen gegen den KB identifiziert.

Hierzu einige Beispiele aus einem „Offenen Brief", den die GIM in Hamburg verbreiten läßt.

1. Beispiel. Uns wird vorgeworfen: „Ihr habt vor der Diskussion mit der DKP gekniffen"!! – Dieser Vorwurf bezieht sich darauf, daß wir die Beteiligung an einem von der DKP in Hamburg inszenierten „Streitgespräch" abgelehnt haben, wo die DKP sich von vornherein mehr als 80% der Redezeit und die gesamte Veranstaltungsführung gesichert hatte. Unsere Ablehnung haben wir – schon vor der Veranstaltung – umfassend begründet. Tatsache ist außerdem, daß wir der DKP in einem Offenen Brief vorgeschlagen haben, eine öffentliche Diskussion auf der Basis der G l e i c h b e r e c h t i g u n g (gleiche Redezeit, gemeinsame Planung und Leitung der Veranstaltung) durchzuführen. Auf dieses von uns dann sogar noch einmal wiederholte Angebot hat die DKP allerdings überhaupt nicht geantwortet. Demnach sollte eigentlich für jeden, der ehrlich an diese Sache herangeht, absolut klar sein, w e r hier vor der Auseinandersetzung „kneift". Daß die DKP unseren Vorschlag verschweigt und stattdessen lieber immer noch ganz frech verbreitet, der KB habe „gekniffen", wird niemand verwundern. Aber welche Ziele verfolgt die GIM, wenn sie die Lügen der DKP übernimmt und unsere Aufforderung an die DKP verschweigt?

2. Beispiel. Es wird uns vorgeworfen: „In fast allen Ausgaben des AK finden sich schlecht-polemische Artikel, die nicht auf den politischen Inhalt der Position des Gegners eingehen. Besonders (!) gegenüber dem KBW endet diese Diskussion in einer Steigerung von Kraftausdrücken". – Nach der DKP nimmt die GIM also auch den KBW gegen uns in Schutz – offenbar nach der prinzipienlosen Devise, daß gegen den Kommunistischen Bund auch der schmierigste Verbündete noch recht ist. Warum verschweigt die GIM, daß der KBW praktisch seit seinem Bestehen der Auseinandersetzung mit dem Kommunistischen Bund weitestgehend (von Ausnahmen abgesehen) ausgewichen ist, daß er stattdessen gegen uns permanent mit Lügen, Fälschungen und Unterstellungen arbeitet – wie wir im AK x-mal konkret nachgewiesen haben!? Warum schlägt sich die GIM, statt zu diesen ohne weiteres nachprüfbaren (!!) Tatsachen Stellung zu beziehen, lieber auf die Seite des KBW und tut so, als wären w i r es, die auf die Argumente (??!) des KBW nicht eingehen würden?!

3. Beispiel. Uns wird die Schuld gegeben, daß es in Hamburg nicht möglich war, eine Aktionseinheit mit dem KBW zum Vorster-Besuch einzugehen. Wir hätten *„den KBW wegen seiner (in Euren Augen) falschen Positionen zur Entwicklung in Südafrika faktisch per Abstimmung von den Verhandlungen ausgeschlossen."* Die GIM hält sich fein aus der Sache heraus, indem sie nicht zu den Widersprüchen Stellung nimmt, um die es gegangen ist. Es geht um nicht weniger, als um die Hetze des KBW gegen die VR Angola und gegen die MPLA sowie um seine Huldigungen für die pro-imperialistische FNLA. Der KBW verlangte die „Freiheit", diese Hetze auf der Demonstration und Kundgebung der Aktionseinheit vertreten zu dürfen. Das haben wir abgelehnt. Wie es andernfalls ausgesehen hätte, zeigte der KBW am Nachmittag vor der Demonstration, als einige seiner Vertreter wie die Irren mit Megaphonen durch die Uni rannten, um vor der Demonstration zu „warnen", **„auf der der KB die sozialimperialistische Besetzung Angolas feiern will"**.

Das Vorgehen der GIM läßt in diesen Fällen nur die Schlußfolgerung zu, daß man uns derzeit als „Hauptfeind" zu bekämpfen wünscht und daß die Trotzkisten sich nicht einmal scheuen, zu diesem Zweck total prinzipienlos die DKP und den KBW uns gegenüber als „Zeugen" anzurufen und in Schutz zu nehmen. **Ohne zu den p o l i t i s c h e n Inhalten der Auseinandersetzungen zwischen unserer Organisation einerseits und dem KBW und der DKP andererseits Stellung zu nehmen, soll dem KB der „schwarze Peter" für diese Auseinandersetzungen zugeschoben werden!**

Wir fordern die GIM hiermit auf, selbstkritisch zu dieser Form der Polemik gegen unsere Organisation Stellung zu beziehen. Die Mitglieder unserer Organisation rufen wir auf, die bestehenden Diskussionskontakte mit GIM-Genossen zu nutzen, um auf diese Schweinereien hinzuweisen, die eine solidarische Auseinandersetzung um die wirklichen Streitfragen gefährden.

Wahlen in Portugal

GIM auf dem Rückzug

Bei den Präsidentschaftswahlen in Portugal Ende Juni hatten die trotzkistischen Gruppen LCI und PRT die Kandidatur von Pato (PCP) unterstützt. Diese Kandidatur war von Anfang an als Frucht einer durch und durch opportunistischen Taktik erkennbar und richtete sich ausschließlich gegen die von der revolutionären Linken unterstützte Kandidatur Otelo de Carvalhos. Die Quittung: Pato bekam nur 7,58% (etwa halb soviel, wie die PCP bei den Parlamentswahlen im April bekommen hatte), Otelo bekam 16,52%. Dieses Ergebnis ist zugleich eine Niederlage des portugiesischen Trotzkismus, von dem insbesondere die LCI derzeit in einer tiefen Krise steckt.

Die GIM hatte sich vor den Wahlen als unkritische Nachbeterin der portugiesischen Trotzkisten erwiesen. Zuerst, indem sie die von den Trotzkisten aufgestellte eigene (!) Kandidatin Arlete als *„revolutionäre Arbeiterkandidatin"* und *„Kandidatur der Unabhängigkeit und der Arbeitereinheit"* (?!) anpries („was tun", 20.5. und 3.6.). Dann, nachdem Arlete von den Trotzkisten fallengelassen worden war (weil sie falsche Angaben über ihren Lebenslauf gemacht hatte), indem sie den Wahlaufruf der LCI zugunsten von Pato vorbehaltlos unterstützte. In diesem Aufruf hieß es: *„Das Zentralkomitee der LCI ruft zur Stimmabgabe für Octavio Pato auf, damit sich um den einzigen Kandidaten, der direkt mit der Arbeiterbewegung verbunden ist (?), ein Höchstmaß (!) an Arbeiterstimmen konzentriert; dadurch (!!) kann die heutige Opposition gegen Eanes morgen zur Vorbereitung der kommenden Entscheidungskämpfe der Arbeiterklasse schreiten"* („was tun", 24.6.).

Dieser ausdrücklich gegen Otelo's Kandidatur gerichtete Aufruf der LCI ging von der These aus, daß ein möglichst hoher Prozentsatz für die PCP die b e s t e n Voraussetzungen für den Kampf gegen die Reaktion bieten würde. Das stimmt zwar mit der Selbsteinschätzung der PCP überein (die nach den Wahlen den Wählern Otelo's vorjammerte: „Alles, was die Position unserer Partei schwächt, stärkt die Reaktion"), aber mit der Realität hat es nichts zu tun.

Man lege es uns bitte nicht n u r als Schadenfreude aus, wenn wir hier an die an den KB gerichteten Worte erinnern, mit denen in „was tun" der Abdruck des LCI-Wahlaufrufs zugunsten von Pato eingeleitet wurde: *„.... Lest die nachstehende Erklärung der LCI über ihre Haltung zur Kandidatur – die wir voll und ganz teilen* (!!) *– und denkt daran: Die Politik hat den Vorteil, daß nach bestimmter Zeit Richtiges und Falsches deutlich unterscheidbar wird"* („was tun", 24.6.).

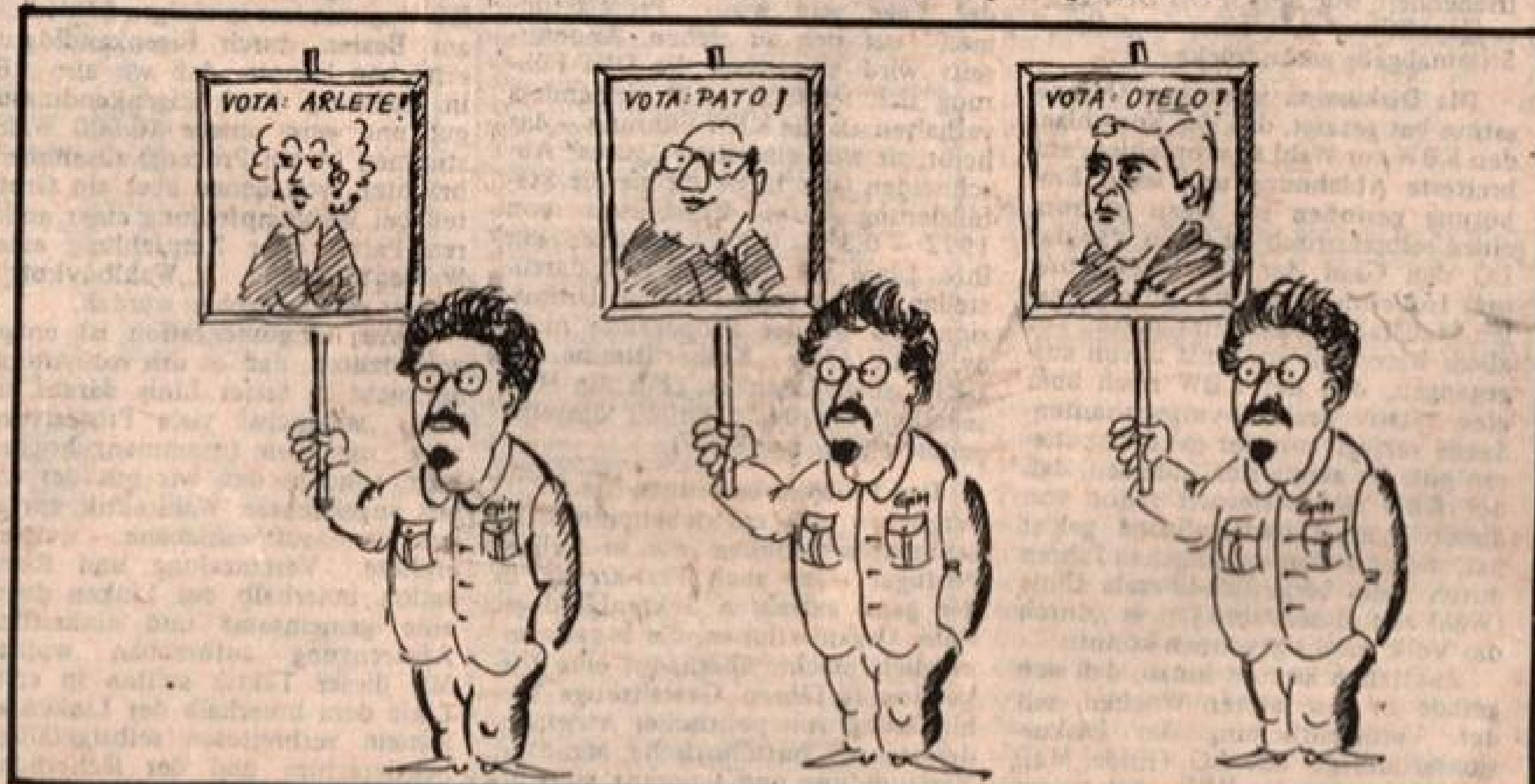
Wie wahr das ist, zeigte sich schneller und deutlicher, als der GIM lieb sein konnte. So ging denn die GIM in ihren ersten Wahlauswertungen („was tun", 1.7. und 8.7.) lieber mit keinem (!) Wort auf die von ihr kurz zuvor noch „voll und ganz" geteilte Wahltaktik der LCI ein. „was tun" vom 8.7. ging sogar soweit, in einer Zwischenüberschrift zu verkünden: *„Otelo – Einheit, Organisation und Mobilisierung des arbeitenden Volkes"*! In dem Artikel wird das Wahlergebnis korrekt als *„schwere Niederlage"* der PCP-Führung eingeschätzt, die den *„Preis für ihre Politik der Klassenzusammenarbeit"* habe zahlen müssen. Es wird richtig erwähnt, daß die PCP ihren Wahlkampf praktisch nur gegen Otelo geführt hat. Es wird zugegeben, daß sich um die Kandidatur Otelo's *„im wesentlichen die Mehrheit der radikalisiertesten Schichten der Industrie- und Landarbeiter"* gesammelt hat. „was tun" kommt auch um die Beobachtung nicht herum: *„Die Tatsache selbst, daß innerhalb von zwei Monaten eine derartige Umschichtung innerhalb des Wählerpotentials stattfindet, ist historisch ohne Beispiel"* (8.7.).

In der Tat! Und der Fehler von LCI und GIM bestand gerade darin, die Bedeutung dieses (voraussehbaren!) beispiellosen Vorgangs überhaupt nicht zu verstehen, sondern ihn womöglich noch durch den Wahlaufruf zugunsten Pato's abschwächen zu wollen. Diesem Fehler liegt zugrunde, daß LCI und GIM in völlig irrationaler Weise die Arbeiterbewegung mit der PCP (und PS) identifizieren, während sie sich gegenüber Bewegungen außerhalb der PCP (und PS) zunächst einmal blind oder sogar ablehnend verhalten.

Der Artikel in „was tun" scheint diesen Fehler etwas zu korrigieren, wenn auch ohne ein einziges Wort der Selbstkritik. Insofern ist diese Korrektur von vornherein nur halbherzig. Daß es sich aber letztlich überhaupt nicht um eine Korrektur handelt, sondern nur um eine vorübergehende opportunistische Anpassung an das Wahlergebnis – das zeigt der Schluß des Artikels in „was tun" vom 8.7. Ohne, wie gesagt, die Politik der LCI (und der GIM selbst!) ihrgendwie selbstkritisch zu erwähnen, wird nur gegen MES und UDP vom Leder gezogen, die die Kandidatur Otelo's unterstützt hatten. Dabei werden zwar (zu Recht) triumphalistische Aussagen dieser Organisationen nach den Wahlen kritisiert, aber doch offensichtlich nur, um zu verschweigen und davon abzulenken, daß diese beiden Organisationen im Wahlkampf eine insgesamt sehr positive Rolle gespielt und ausgezeichnete Arbeit geleistet haben, im Gegensatz zu der schändlichen Rolle der Trotzkisten. Leider kann „was tun" auch nicht darauf verzichten, ausgemacht dummes Zeug in seiner Polemik unterzubringen: So der Vorwurf, die UDP ziele auf ein Klassenbündnis mit der Bourgeoisie ab!!

Der wesentliche Punkt ist aber die Kritik von „was tun" an dem Projekt der portugiesischen revolutionären Linken, die GDUP's (Komitees zur Unterstützung der Kandidatur Otelo's) zu einer „Massenfront" zu konsolidieren. Dazu „was tun": *„Was immer jedoch die Unterschiede der Konzeptionen von UDP und MES sein mögen, gemeinsam ist ihnen die illusionäre Vorstellung, man könne n e b e n der reformistischen Arbeiterbewegung eine zweite, blitzsaubere ... aufbauen"*! Hier liegt offenbar wieder der Ansatz zugrunde, die portugiesische Arbeiterbewegung insgesamt mit der PCP (und der PS) zu identifizieren, und ihr gleich pauschal das Etikett „reformistisch" umzuhängen. Daß dieses Etikett auf große Teile der portugiesischen Arbeiterbewegung gar nicht ohne weiteres und uneingeschränkt zutrifft, scheint der GIM nicht klar. Tatsache ist eben, daß rund 50% der PCP-Wähler und auch etwa 10% der PS-Wähler für Otelo gestimmt haben und damit zum Ausdruck gebracht haben, daß man sie nicht einfach der „reformistischen Arbeiterbewegung" zurechnen kann. Das Bemühen der revolutionären Linken Portugals zielt in dieser Situation darauf ab, so weit wie möglich diesen „Einbruch" in die Basis der PCP (und PS) zu konsolidieren, also den aufgebrochenen Riß zwischen den reformistischen Führungen und Teilen der „Basis" nicht einfach wieder zuwachsen zu lassen, sondern ihn nach Möglichkeit zu festigen und auszuweiten. Gegen die Vorstellungen der revolutionären Linken Portugals läßt sich unserer Meinung nach im Detail manches einwenden, man kann auch den Erfolgsaussichten des Projekts mit einigen Gründen skeptisch gegenüberstehen. Aber diesen Versuch überhaupt zu unternehmen, ist unserer Meinung nach eine politische Pflicht und eine logische Schlußfolgerung der portugiesischen Revolutionäre nach den Wahlen vom 27. Juni.

Die GIM indessen bleibt offenbar fixiert auf das, was sie „reformistische Arbeiterbewegung" nennt. Jeder Versuch, hier einen Bruch zu erreichen und dann natürlich auch zu konsolidieren, wird mit Mißtrauen verfolgt. Die Trotzkisten bleiben damit in der Position des mürrischen Kommentators, der an die reformistischen Führungen „Aufforderungen" und Ratschläge richtet, und letztlich zu nichts anderem als zur Nachtrabpolitik fähig ist. Die Niederlage der PCP, die zugleich eine Niederlage der trotzkistischen Taktik ist, hat zweifellos die Krise des portugiesischen Trotzkismus noch verschärft: Während die LCI-Führung insgesamt auf einen immer engeren Annäherungskurs an die rechtsopportunistische PRT gegangen ist (die beispielsweise für eine PS-Alleinregierung in Portugal eintritt), haben sich große Teile der LCI – bis in die Führung hinein – von ihrer Organisation getrennt, angeblich rund 40% der LCI-Mitglieder. Und das schon vor den Wahlen! ...



„Arbeiterbund"

So kann man den Revisionismus nicht schlagen!

Konfrontiert mit zunehmenden Rückschlägen und Mißerfolgen in der praktischen Arbeit hat sich der vorwiegend in Südbayern wirkende „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" dafür entschieden, der kommunistischen Bewegung unseres Landes weitgehend den Rücken zu kehren und sich stattdessen stärker an die DKP zu halten, wo er derzeit das wichtigste Potential revolutionärer Kräfte vermutet. Es wurde sogar schon im „Arbeiterbund" eine Diskussion geführt, ob man nicht am besten mit Sack und Pack als „Fraktion" in die DKP eintreten sollte, um den vermuteten revolutionären Kräften auf diese Weise näher zu kommen.

Der „Arbeiterbund" mißt derzeit der „Auseinandersetzung" mit der DKP die größte Bedeutung bei. Dabei geht es ihm darum, durch taktische Kompromisse, durch Zurückhalten eigener Standpunkte, durch zähes Werben und Balzen („Der Feind steht rechts", „Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen" usw.), auch durch williges Einstecken von Arschtritten, irgendwie eine Bresche in die DKP zu schlagen, einzelne DKP-ler für „solidarische" Zwiegespräche zu interessieren und sich nach Möglichkeit in „Aktionseinheiten" mit der DKP hineinzumogeln.

Diese Taktik hat freilich ein bemerkenswertes Ergebnis: Nicht in der DKP, sondern im „Arbeiterbund" selbst beginnt es zu bröckeln, werden Mitglieder und Sympathisanten verunsichert. Man läßt sich von „solidarischen" (und völlig unverbindlichen) Zwiegesprächen mit DKP-lern umgarnen, macht seinerseits willige Zugeständnisse und stellt eigene Positionen in Frage. Das jüngste, am besten belegte Beispiel dafür ist ein unkommentiert abgedruckter Brief einer „Arbeiterbund"-Genossin in der „KAZ" vom 11. Juli. Die Genossin hatte das (unserer Ansicht nach eher zweifelhafte!) Vergnügen eines *„sehr solidarischen Gesprächs"* mit einem DKP-ler am Rande der von der DKP dominierten Bonner Abrüstungsdemonstration vom 22. Mai.
mit einem DKP-ler am Rande der von der DKP dominierten Bonner Abrüstungsdemonstration vom 22. Mai.
Was sie schildert, zeigt wie der „solidarische" DKP-ler voll in die Offensive geht und die Genossin an zahlreichen Punkten ins Wanken bringt. Gänzlich unkommentiert werden in dem abgedruckten Brief die „Argumente" des DKP-ler heruntergezählt: Die DKP konnte nicht so, wie sie wollte, weil auch Jusos usw. usf. mit dabei waren. Die (vom „Arbeiterbund" geforderte) Parole „Schluß mit der Aufrüstung der Bundeswehr" wäre von den Jusos usw. nicht akzeptiert worden. Der „Arbeiterbund" könne der DKP nicht Spaltung vorwerfen, denn hier seien doch um die DKP herum fast sämtliche „Friedenskräfte" versammelt, während der „Arbeiterbund" ganz allein dastehe ... usw.usf.

Alles alte Kamellen, aber stark genug, um AB-Genossen, die ganz mangelhaft politisch vorbereitet in derartige „solidarische Gespräche" geschickt werden, total zu verunsichern. Und die „KAZ"-Redaktion, wie gesagt, gibt nicht mal einen Kommentar dazu!

Der „Arbeiterbund" hatte sich *„mit einem großen Kontingent"* („KAZ") an der Bonner Demonstration beteiligt. Er hatte zu dem Aufruf der Organisatoren außerdem einen Alternativ-Entwurf vorgelegt und eine gemäßigte Kritik an dem Aufruf geübt. Da mußte sich die AB-Genossin von dem DKP-ler sagen lassen: *„Wer hat denn Euren Aufruf unterschrieben?"* – In der Tat, und bei der Genossin meldet sich gleich der Zweifel: *„ ... wäre es nicht wirkungsvoller gewesen, zu versuchen, sich im Bündnis (wo es ja auch örtliche Möglichkeiten gab) auseinanderzusetzen und unsere Schwerpunkte hineinzutragen?"* – Daß diese Frage total von Illusionen ausgeht, versteht wohl jeder, der sich an die „Abgrenzungsbeschlüsse" u.ä. der DKP ebenso wie der SPD erinnert!!

Die Genossin bezweifelt inzwischen außerdem, ob die Kritik des AB an den „Friedens"illusionen der Demonstrations-Veranstalter bezüglich der Konferenz von Helsinki berechtigt war: *„ ... für die schon oben aufgezählten Organisationen sind die Abrüstungsgespräche usw. wichtige Positionen in ihrer Politik für Frieden. Können wir eigentlich im Ernst verlangen (im Moment!), sie sollen davon ablassen, damit sich vielleicht noch ein oder zwei Zirkel an der Demo beteiligen?"* ... Man sieht, wohin die Anbiederung des AB an die DKP und die politische Unerfahrenheit seiner Mitglieder führen! Hier wird die Frage des Kampfes um Frieden nicht nach den Prinzipien von „richtig" und „falsch" angegangen, sondern als eine Ware behandelt, die man gegebenenfalls gegen die Teilnahme von soundsoviel Zirkeln eintauschen kann – wobei der AB bloß das Pech hat, daß er kaum etwas anbieten kann!

Der „Arbeiterbund" hat in dieser Sache von Anfang an den Fehler gemacht, daß er sich nur vordergründig mit bestimmten Forderungen und
Sache von Anfang an den Fehler gemacht, daß er sich nur vordergründig mit bestimmten Forderungen und
Aussagen der „Friedens"demonstration auseinandergesetzt hat, aber nicht mit deren politischem Hintergrund. Der nämlich darin besteht, daß diese Demonstration politisch von der DKP dominiert war und daß sie im Zusammenhang einer ganzen Reihe für dieses Jahr von den Revisionisten langfristig geplanten Initiativen steht. Der Arbeiterbund hat die Auseinandersetzung mit dem Sowjetrevisionismus vermieden, obwohl die außenpolitischen Interessen der Sowjetrevisionisten ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis und zur Kritik der DKP-Politik sind.

Der „Arbeiterbund" beschränkt sich heute weitestgehend auf eine abstrakte, „programmatische" Kritik an der DKP, unter Verzicht auf eine Kritik an DDR, SU usw., und weitestgehend auch unter Verzicht auf eine Entlarvung der DKP anhand ihrer konkreten Praxis. Selbstverständlich muß man sich a u c h mit der Programmatik der DKP auseinandersetzen und deren Revisionismus entlarven. Wir haben das schon 1971 getan, und der „Arbeiterbund" hielt das damals für überflüssig und beschimpfte uns ziemlich. Uns wurde vorgehalten, statt uns ausführlich mit dem DKP-Programm auseinanderzusetzen, sollten wir lieber schreiben, **„daß die DKP ... im internationalen Maßstab die Speerspitze des Sozialimperialismus in unserem Land ist"** (Zitat aus einem AB-Pamphlet gegen den Kommunistischen Bund, März 1972).

So wie damals die AB-Führung eine programmatische Auseinandersetzung mit der DKP für nebensächlich hält, so beschränkt sie sich heute umgekehrt weitgehend auf diese. Aber alle Erfahrung zeigt, daß man n u r auf der Ebene der Programmatik oder jedenfalls hauptseitig auf dieser Ebene die Revisionisten nicht ausreichend entlarven kann, weil bei ihnen Worte und Taten zwei total verschiedene Sachen sind.

Es kennzeichnet die Prinzipienlosigkeit und Anpassungsfähigkeit der „Arbeiterbund"-Führung, wenn sie heute vollständig vom „Sozialimperialismus" und von den Zusammenhängen zwischen DKP und Sowjetrevisionismus (sowie DDR-Revisionismus) schweigt. Offenbar würden derartige Aussagen heute das „Herankommen" des AB an die vermuteten revolutionären Kräfte in der DKP unmöglich machen.

Die AB-Führung betreibt mit dieser Taktik letztlich die Liquidierung ihrer eigenen Organisation. Da der AB sich beispielsweise weigert, öffentlich über solche alle Linken bewegenden Probleme wie den Krieg in Angola, die chinesische Außenpolitik usw. zu diskutieren und seine Mitglieder entsprechend politisch zu rüsten, stehen diese den Revisionisten meist recht wehrlos gegenüber. Dazu kommt offenbar noch eine grundlegendere, allgemeine Verunsicherung, wie der Brief der Genossin beweist. Im Grunde ist es doch makaber, sich als Kommunist (!) über-
cherung, wie der Brief der Genossin beweist. Im Grunde ist es doch makaber, sich als Kommunist (!) über-
haupt von einem Mitglied (und mag er noch so „solidarisch" tun oder es vielleicht sogar sein) einer Organisation durcheinanderbringen zu lassen, die mit einem klaren Spalter-Beschluß (These 41) j e d e Aktionseinheit mit Kommunisten generell ablehnt und deren Verantwortlichkeit somit völlig klar ist. Diese Konfusion – sicher nicht nur bei der einen Brief-Schreiberin in der „KAZ" – ist das traurige Ergebnis der taktischen Linie, an die DKP „ran" zu wollen, ohne die eigenen Mitglieder halbwegs auf diese Aufgabe vorbereitet zu haben, und ohne daß selbst die Führung wenigstens einigermaßen standfest in Prinzipienfragen wäre. Wenn der „Arbeiterbund" s o weitermacht, wird er kein „Baustein" für den Wiederaufbau der KPD, sondern höchstens noch ein Steinchen für den Aufbau der DKP werden!



Arbeiterkampf
VERLAG J. REENTS
2000 HAMBURG 13 RUTSCHBAHN 35

BESTELLT! **NEUERSCHEINUNGEN!**



Abdruck der Reden, die auf der Veranstaltung gehalten wurden und der Reden, die aus Zeitgründen auf der Veranstaltung selbst nicht mehr verlesen werden konnten.

Gegen diese Kampagne haben sich einige dem Anspruch nach antiimperialistische Organisationen in der BRD gestellt und aktiv dagegen gehetzt: KBW, DKP, „KPD/ML". Im Anhang der Broschüre werden einige Artikel aus den Zeitungen und Flugblättern dieser Organisationen dokumentiert.

Juni 76 ◯ DM 2,– 32 Seiten



Die Broschüre gibt ein Bild des libanesischen Klassenkrieges. Es folgt ein Interview mit einem Sprecher der Volksfront (PFLP), Beirut, welches eine klare Darstellung des revolutionären Prozesses im gesamten arabischen Raum gibt.

Preis 2,- DM ◯ 54 Seiten
reichhaltiges Anschauungsmaterial



Antifaschismus-Steckbrief Nr. 3, eine Enthüllung, die dazu beiträgt, die braunen Rattenfänger in Umweltschutzinitiativen zu entlarven. Besonders gut geeignet zur mündlichen Agitation und zum direkten Einsatz in solchen Initiativen.
Darüberhinaus ein wichtiges Lehrstück, wie geschickt sich heute die finstersten Faschisten als Radikal-Demokraten zu tarnen wissen.

Juni 76 DM -,50 ◯ 8 Seiten



Die Broschüre dokumentiert anhand von Beispielen aus Scheswig-Holstein
- die gute Zusammenarbeit von Staat und Justiz mit den Faschisten.
- Faschisten zu Frauenfragen.
- Ausbau des Polizeiwesens.

Mai 76 50 Seiten ◯ DM 2,–

Juni 76 DM -,50 8 Seiten
Mai 76 50 Seiten DM 2,–



Der Streik in der Druckindustrie im April/Mai '76 war einer der härtesten Arbeitskämpfe der letzten Jahre. Die Broschüre dokumentiert den Verlauf des Streiks, die zentralen Punkte der Auseinandersetzung und stellt unsere eigenen Aktivitäten ausführlich dar.

Juni '76 DM 2,50 ◯ 66 Seiten



Nachdruck der wesentlichen Artikel, die während der Zeit vom März '73 bis Mai '76 im ARBEITERKAMPF zur Auseinandersetzung in der GEW erschienen sind.

Mai '76 DM 3,– ◯ 100 Seiten

BROSCHÜREN

- **Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!** (1975) Broschüre der Frauengruppe des Kommunistischen Bundes. 82 Seiten — DM 5,00
- **Kampf der arbeitenden Frau in Portugal** (Sept. 75) 34 Seiten — DM 2,00
- **Weg mit dem § 218 Abtreibung – ja oder nein – das muß Sache der Frauen sein!** 40 Seiten, Format A 5 — DM 1,50
- **KBW am Scheideweg – Sozialismus oder Vaterlandsverteidigung** Nachdrucke von AK-Artikeln zur Auseinandersetzung mit dem KBW. 56 Seiten — DM 3,00
- **Palästina** (Feb. 74) Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung. 120 Seiten, Großformat — DM 6,00
- **Angola war nur der Anfang – KBW offen auf Seiten der Konterrevolution** 28 Seiten — DM 1,50
- **Wie der KBW der Bewegung gegen den §218 schadet** 16 Seiten — DM 0,30
- **Polizei in der BRD – keine staatlichen Mörder? Justiz legitimiert die Todeskommandos der Neuen Gestapo** (Sept. 75) Dokumentation zum Prozeß der Hamburger Polizeiführung gegen den Presseverantwortlichen des Kommunistischen Bundes. 89 Seiten, Großformat — DM 2,50
- **Inhaltsverzeichnis der ARBEITERKAMPF-Jahrgänge 1971 bis 74** (März 76) — DM 1,50

(Sept. 75)
Interview mit der PRT/ERP, Artikel zur Geschichte der PRT/ERP, Nach-

lernen
(März 76)
Die Broschüre informiert über die

Münster:

„Anti-Repressions-Bündnis" gebildet

In Zusammenhang mit dem Anti-Repressions-Kongreß und anderen Aktivitäten gegen die zunehmende Repression wurde in Münster das „Anti-Repressions-Bündnis" gebildet. Bisher arbeiten mit: Sozialistische Gruppe (SG-SB), Lateinamerikakommission, AK-Frik, GIM, Spartacus, SAG, Liberaler Hochschul-Verband (LHV), Sozialistische Hochschulorganisation (SHO), Sympathisanten des KB und einige freischwebende Spontis. Die sozialistische Basisgruppe Medizin diskutiert, ob sie auch dem Bündnis beitreten will

Zur Zeit werden im „Anti-Repressions-Bündnis" langatmige Diskussionen über ein Aktionsprogramm geführt, obwohl es an sich nicht schwer ist, so ein Aktionsprogramm zu formulieren. Behindert wurde in letzter Zeit die Diskussion durch folgende Dinge:

1. So kamen die Trotzkisten (SAG und „Spartacus") mit dem Vorschlag, für die nächste Zeit aus dem Anti-Repressions-Bündnis ein Karl-Heinz Roth-Komitee zu machen. Nun ist es nichts Verkehrtes, wenn so ein „ARB" Aktivitäten zu Karl-Heinz Roth unternimmt. Doch ein Beschränken darauf hätte unweigerlich zur Liquidierung des Bündnisses geführt. Interessant ist, daß die Trotzkisten schon ein Roth-Komitee haben, das aber in großen Schwierigkeiten steckt. Diese Schwierigkeiten wollten die Trotzkisten gerne dem „Anti-Repressions-Bündnis" aufhuken. Daraus wurde nichts.
2. Bei der Diskussion des Aktionsprogramms traten die SHO-Genossen reichlich liquidatorisch auf: An jedem Punkt zettelten sie ellenlange Diskussionen über Nebensächlichkeiten an, mit der Ausrede „die Begründungszusammenhänge wären nicht korrekt". Diese ganzen „Begründungszusammenhänge" haben allerdings mit einer konkreten Politik gegen die Repression wenig zu tun. Mit „Begründungszusammenhängen" meinen die Genossen von der SHO die Begründungszusammenhänge zu dem, was im „Kapital" von Marx steht. (Die SHO ist eine Studentenorganisation, die sich vorgenommen hat, in 2 1/2 Jahren alle drei Bände des „Kapital" durchzuarbeiten, um dann in die große Politik einsteigen zu können.)
3. Bei den bisherigen kleinen Aktionen, die vom Anti-Repressions-Bündnis durchgeführt wurden, war die Mobilisierung der einzelnen Gruppen unter aller Sau. Das betrifft vor allem die SG, die bei weitem nicht alle ihre Genossen und Sympathisanten mobilisiert hatte! Die SG ist total in die einzelnen Projektbereiche zersplittert. Das Plenum, auf dem die Entscheidungen gefällt werden sollen, ist ein derart unterschiedlich besetzter und unverbindlicher Haufen, was die Mobilisierungskraft, die die SG in Münster haben könnte, erheblich einschränkt.

Die wenigen GIM-Genossen, die es in Münster gibt, sind total mit ihrem „Wahlkampf" beschäftigt und für konkrete Aktionen zur Zeit nicht ansprechbar.

Im Übrigen wäre es ein schwerer politischer Fehler, wenn das Anti-Repressions-Bündnis in den Semesterferien Sommerpause einlegen würde. In den Semesterferien ist Wahlkampf. Eine bessere Möglichkeit, unter den Massen den Kampf gegen die Repression zu propagieren, gibt es kaum in der nächsten Zeit!

Das Anti-Repressions-Bündnis muß schnell wegkommen von dem unverbindlichen Theoretisieren und zu konkreten Aktionen und Veranstaltungen kommen, z.B. der Vorschlag, den die PSU an die westdeutsche Linke gemacht hat, sollte gut überlegt werden. Die Mitarbeit des LHV im Bündnis zeigt, daß es in Münster gute Möglichkeiten für die Schaffung einer Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialisten und Demokraten gibt. Das rasche, intensive Hineinarbeiten in die zahlreichen freischwebenden Gruppen und Komitees, die bereit sind, den demokratischen Abwehrkampf zu führen, wird mit entscheidend sein, ob das Anti-Repressions-Bündnis eine Perspektive hat oder nicht.

Ein KB-Genosse aus Münster

Zur Berichterstattung über den ‚Anti-Repressions-Kongress' des SB

Über den „Anti-Repressions-Kongreß" des SB zu Pfingsten hatte die der DKP nahestehende Presse wie üblich nur in Mini-Meldungen und in äußerst abfälligem Ton berichtet. Der DKP-eigenen „UZ" beispielsweise war der Kongreß ganze 20 Zeilen wert (sozusagen 1 Zeile auf je 1.000 Kongreß-Teilnehmer!). Nicht viel besser stand es in der „tat" und der „Deutschen Volkszeitung" (DVZ), die mit leicht verschobenen Akzenten gleichfalls die Politik der DKP vertreten.

Vergleichsweise ist zu berücksichtigen, daß der DKP Idioten-Meldungen in der Art von „Der beste UZ-Verkäufer im Bezirk" häufig 100 Zeilen (+ Foto) und mehr wert sind. Völlig irrelevante DKP-„Aktionen" (Überkleben eines Straßenschilds, Verleihung des „Roten Kuckucks" usw. usf.) werden bombastisch in der DKP-Presse ausgewalzt. Aber Massen-Aktionen, die von der DKP nicht dominiert werden, finden in der „UZ" und in der gesamten mit ihr gleichgeschalteten Presse überhaupt nicht oder nur in Mini-Meldungen statt.

Bei einigen Lesern der „DVZ",

überhaupt nicht oder nur in Mini-Meldungen statt.
Bei einigen Lesern der „DVZ"

hat dieses Vorgehen diesmal eine verärgerte Reaktion hervorgerufen. Diese Leser fühlten sich zu recht verscheißert und protestierten in Leserbriefen bei der „DVZ"-Redaktion. So kam es, daß die „DVZ" sich in der Ausgabe vom 8. Juli – und diesmal über fast eine Seite !!! – mit der Frage beschäftigen mußte: *„Haben wir ausreichend und korrekt informiert?"*

Diese Frage wurde letztlich mit grenzenloser Überheblichkeit bejaht: *„Hätten wir darum mehr mitteilen sollen? Unsere Leser sind mündig. Wir auch. Wir gestatteten uns ein Urteil über die Bedeutung und die Größenordnung des Kongresses".* – So einfach ist das also: Die „DVZ"-Redaktion hielt den SB-Kongreß unter Beteiligung von rund 20.000 Menschen für unbedeutender als beispielsweise eine Kranzniederlegung durch ein paar Antifaschisten (was regelmäßig groß berichtet wird). Darin drückt sich eben die „Mündigkeit" der Redaktion aus. Diese Leute sind genauso arrogant wie die Sprin-

keit" der Redaktion aus. Diese Leute sind genauso arrogant wie die Sprin-

ger-Schreiberlinge, die stets erklären: „Wem die BILD nicht gefällt, der braucht sie ja nicht zu lesen!" ...

Bemerkenswert ist immerhin, daß dieses freche Auftreten bei einigen „DVZ"-Lesern Widerspruch hervorgerufen und die Revisionisten zu einer Erwiderung gezwungen hat, die nunmehr weitaus umfangreicher ist (wie gesagt: fast eine Seite !!) als die ursprüngliche Mini-Meldung, mit der der Kongreß als *„neben den Ereignissen"* liegend (so die Überschrift der damaligen „DVZ"-Notiz) abgetan werden sollte.

Kritik haben wir allerdings auch an der Berichtserstattung des SB über den Anti-Repressions-Kongreß in der „links" vom Juli/August. Da wird seitenweise nachgedruckt, was Spontis, Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit, Oskar Negt, Elmar Altvater und die Feministinnen zu sagen hatten. Nicht zu finden ist dagegen die auf der Kongreß-Kundgebung vorgetragene Grußadresse des Kommunistischen Bundes. Dieser wird lediglich einmal im Bericht vom

Kommunistischen Bundes. Dieser wird lediglich einmal im Bericht vom

Kongreß nebenbei erwähnt, und zwar sehr possierlich als *„Kommunistischer Bund (vormals Nord)"*.

Uns ist es nicht darum zu tun, uns aus verletzter Eitelkeit über die Ignorierung unserer Grußadresse in der „links" zu beschweren. Vielmehr meinen wir, daß es hier um ein g r u n d s ä t z l i c h e s Problem der Politik des SB **ebenso wie einer korrekten sozialistischen Publizistik** geht. Denn hinter dem Vorgehen der „links"-Redaktion steckt doch offensichtlich die total elitäre Auffassung, daß die individuellen Aussagen einzelner **Persönlichkeiten** ein wichtigerer Beitrag seien als die Arbeit politischer **Organisationen**. Das ist keine Frage allein des KB, sondern ein prinzipieller Fehler im SB, der ebenso auch im Verhältnis zu anderen Organisationen begangen wird. Hierin drückt sich eine intellektualistische, massenferne Herangehensweise im SB aus, **die diskutiert und überwunden werden sollte.**

Lotta Continua beantwortet ‚Offenen Brief' des KB

„In der deutschen Linken gibt es nicht nur die RAF"

Die italienische kommunistische Organisation Lotta Continua hat in ihrer Zeitung vom 15. Juli den von uns vor einiger Zeit an sie gerichteten und im AK veröffentlichten „Offenen Brief" weitgehend abgedruckt und beantwortet. In unserem „Offenen Brief" hatten wir die Berichterstattung von LC über die Kämpfe in der BRD kritisiert, aus denen der Leser den Eindruck gewinnen kann, es gebe in der BRD außer der spontanen Arbeiterbewegung nur noch die „RAF". Auf diese Kritik hat LC jetzt in einer sehr solidarischen und zur Selbstkritik bereiten Weise geantwortet, wenn auch ihre Antwort noch einige Fragen offen läßt.

Wir haben für diesen AK aus Zeitgründen eine Übersetzung nicht mehr geschafft. **Wir werden aber im nächsten AK die Antwort von LC im Wortlaut und mit einem Kommentar abdrucken.**

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag: J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 15.500
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 461 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist ein Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enhalten.

„Aktionseinheits"-Politik des Spartacusbundes:

Vorwand zur Profilierung des eigenen Ladens

Mit Hinweis auf jüngste Polizeiübergriffe in Karlsruhe und die verschärfte Repression in der BRD insgesamt haben GIM-Sympathisantengruppe und „Spartacusbund" in Karlsruhe die „Organisationen der Arbeiterwegung" zu einem „Schutz- und Trutzbündnis" aufgerufen. Ziel sollte sein, daß die Linke der Repression gemeinsam entgegentritt und die „Möglichkeit einer offenen politischen Auseinandersetzung" verteidigt.

Da wir es für notwendig halten, eine breite Abwehrfront gegen Polizeiwillkür und Repression aufzubauen, haben wir diese Initiative zunächst begrüßt und sind diesem „Bündnis" beigetreten. Bereits bei der ersten gemeinsamen Veranstaltung – zum Thema „Innere Sicherheit – für wen?" – mußten wir jedoch die Erfahrung machen, daß für den „Spartacusbund" der Aufbau einer Abwehrfront offensichtlich nur ein Vorwand ist, um sich zu „profilieren".

So hat der „Spartacusbund" schon in der Stadt die Veranstaltung so angekündigt, als ob es nur seine „eigene" sei. Dementsprechend ihre Beiträge auf der Veranstaltung: Ziel der Veranstaltung sollte eigentlich sein, Stellung zu beziehen zur Aufrüstung von Staats- und Polizeiapparat, und zu diskutieren, was die Linke den Bürgerkriegsvorbereitungen von Kapitalisten und Staat entgegensetzt. Entgegen den Absprachen stand im Mittelpunkt der Beiträge des „Spartacusbund" jedoch, wie sich diese trotzkistische Organisation die Durchführung der „Revolution im Weltmaßstab" vorstellt, für welche der „4. Internationalen" (es gibt drei oder vier verschiedene!) sie dabei eintritt, und – das darf natürlich nicht fehlen – Gruselgeschichten über (gegen) die VR China und die „Stalinisten". Ihre Äußerungen zur BRD beschränkten sich im wesentlichen auf „Fälle", wo Mitglieder des „Spartacusbund" von der Repression betroffen sind.

Zur Diskussion standen dann Fragen wie die, ob die „KPD" und die „KPD/ML" „Organisationen der Arbeiterbewegung", die es zu verteidigen gilt (so der „Spartacusbund") sind oder nicht. Gegenüber der GIM, die in Karlsruhe unsere Position, daß „KPD" und -„ML" mit ihrer Linie der Vaterlandsverteidigung eine rechte Politik betreiben, teilt, versuchte sich der „Spartacusbund" sogar in offener Machtpolitik: Er wollte den Genossen das Recht streitig machen, mit diesem Standpunkt überhaupt für ihre Organisation zu sprechen.

Insgesamt hat es der „Spartacusbund" auf dieser Veranstaltung geschafft, eine gründliche Diskussion über den Kampf gegen die Repression zu verhindern.

Als wir dieses Vorgehen bei einer darauffolgenden Besprechung kritisierten und klarstellten, daß wir wegen des Schadens, der damit angerichtet wird, nicht bereit sind, auf s o l c h e r Grundlage weitere Veranstaltungen oder sonstige Aktivitäten gemeinsam mit dem „Spartacusbund" durchzuführen, ging dieser zu reinen Pöbeleien und Drohungen über: Unsere Kritik seien „freche Lügen", und: „Merk Dir gut, was Du sagst, das steht nämlich im nächsten Spartacus" (weiter so!!); und zur Vertreterin der GIM, die ebenfalls den „Spartacusbund" kritisierte: „Ich muß jetzt die GIM gegen Dich verteidigen ..., Du solltest die GIM nicht in der Öffentlichkeit diskreditieren".

Wir halten dergleichen keineswegs für „Ausrutscher", sondern für den Ausdruck einer politischen Linie, die der „Spartacusbund" in Karlsruhe auch schon beim Fahrpreiskampf und der Afrika-Solidarität – und von daher hätten wir eigentlich gewarnt sein sollen – gezeigt hat: „Aktionseinheit" in Worten, in der Praxis aber schädlichstes Sektierertum.

KB-Sympathisanten Karlsruhe

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.
Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Ab sofort haben wir ein neues Spendenkonto:
Konto H. Eckhoff, 4501 755 Dresdner Bank

Für MIR, Chile

H.J.L., Solingen	30,00
Chile-Veranstaltung in Aachen am 16.7.76 getragen von KB, CISNU, Lateinamerikagruppe und Basisgruppen	405,00
Betriebszelle Beiersdorf	464,00
Chile-Veranstaltung KB/Gruppe Mönchengladbach	347,00
Chile-Veranstaltung des KB in Kappeln/Schlei	167,00
KB-Veranstaltung in Wolfenbüttel am 25.6.76	7,10
Summe	1.420,10

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MIR auf DM 258.982,18

Für Frente Polisario, West Sahara

B.,KB/Gruppe Bremen	10,00
A.R., Hamburg	20,00
T.H., Dortmund-Barop	20,00
KB/Gruppe Stade	50,00
Summe	100,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf DM 20.417,97

Für ZANU, Zimbabwe

Filmveranstaltung des KB mit „Quemada" am 19.7.76 in Neustadt/Holstein	27,10
A.H., Bonn	40,00
P.M., Bonn	500,00
Sammlung SSB/GE Historiker, Hamburg	210,00
Vollversammlung FHS/Sozpäd., Hamburg	52,50
Summe	829,60

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die ZANU auf DM 25.482,82

Für MPLA, Angola

Angola-Veranstaltung des KB am 7.5.76 im Jugendzentrum Neustadt/Holstein	63,30

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die MPLA auf DM 147.324,66

Für SWAPO, Namibia

Filmveranstaltung des KB mit „Quemada" am 19.7.76 in Neustadt/Holstein	27,10
Sammlung SSB/GE Historiker, Hamburg	210,00
Vollversammlung FHS/Sozpäd., Hamburg	52,50
Summe	289,60

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die SWAPO auf DM 3.912,35

Für PFLP, Palästina

KB/Gruppe Frankfurt	165,00
S.D., Hamburg	20,00
Genossen aus Braunschweig, Sammlung auf Geburtstagsfeier	35,00
BO Altona, KB/Gruppe Hamburg	1.076,00
BO Altona, KB/Gruppe Hamburg	248,50
Summe	1.544,50

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die PFLP auf DM 31.521,68

Für ANC, Südafrika

M.Z., Hamburg	25,00
Südafrika-Veranstaltung von BDJ- und KB-Sympathisanten aus Pforzheim	49,10
Summe	74,10

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den ANC auf DM 214,10

Chile-Solidarität

Wir zitieren aus Berichten unserer Orts- und Sympathisanten-Gruppen:

Aachen

„Am 16. 7. führten wir in Aachen eine Chile-Solidaritätsveranstaltung mit Vertretern des MIR durch. Außer uns riefen zur Veranstaltung die CISNU, die Latein-Amerika-Gruppe und die Basisgruppen der Hochschule auf. Insgesamt war die Veranstaltung

uns riefen zur Veranstaltung die CISNU, die Latein-Amerika-Gruppe und die Basisgruppen der Hochschule auf. Insgesamt war die Veranstaltung

mit ca. 100 Teilnehmern (darunter viele Ausländer) für Aachener Verhältnisse gut besucht. Nach einem Film über Chile, der von den Anwesenden begeistert aufgenommen wurde, schilderten wir in zwei Referaten die Situation Chiles unter Allende und im Gegensatz dazu die elende Lage der Bevölkerung unter der faschistischen Junta, auch speziell die Situation der Frauen und ihre Teilnahme am Widerstandskampf. Besonderes Schwergewicht wurde dabei auf die Rolle des BRD-Imperialismus und seine Kumpanei mit der Pinochet-Mörderbande gelegt. Zwischen den Referaten wurde eine Spendensammlung für den MIR durchgeführt, die 405 DM einbrachte."

Mönchengladbach

„Zur Chile-Veranstaltung in Mönchengladbach am 25. 6. waren ca. 45 Leute erschienen. Nach dem einleitenden Referat zeigten wir den Film „Wenn das Volk erwacht."

Danach wurde ein kurzes Referat zur Rolle der Frau im antifaschistischen Kampf in Chile gehalten.

Zuletzt hielten die Genossen vom MIR ihr Referat.

Im Anschluß daran konnten Fragen an die MIR-Genossen gerichtet werden.

Der KBW-Ortssekretär versuchte uns zu beschimpfen, wir würden „dem MIR einen Bärendienst erweisen". Er wurde jedoch schnell abgeblockt.

Am Ende wurde noch etwas Musik gemacht.

Die Sammlung erbrachte 252 DM. Von uns wurden vorher noch ca. 88 DM gesammelt.

Am Büchertisch wurden für ca. 50 DM Zeitungen und Broschüren verkauft und einige neue Kontakte geknüpft.

Ein Hinweis am Ende, daß weitere Veranstaltungen zu aktuellen Themen wie Außenpolitik von China, Frauenfrage etc. geplant sind, fand Beifall."

Veranstaltungen zu aktuellen Themen wie Außenpolitik von China, Frauenfrage etc. geplant sind, fand Beifall."

Wuppertal

„Am 10. 7. führte das örtliche Chilekommitee ein Solidaritätsfest mit dem chilenischen Widerstand mit ca. 150 Teilnehmern durch. Das gesammelte Geld und die Erlöse aus Chilebasar, Essen und Trinken wurde über den MIR an die chilenischen Widerstandskommitees weitergeleitet.

Der Beitrag des Chilekommitees zeigte besonders die soziale Lage der Werktätigen und den gesteigerten faschistischen Terror auf. Er entlarvte die Rolle des BRD-Imperialismus in Chile, und die scheindemokratische „Lösung" der chilenischen Christdemokratie als reines Betrugsmanöver, das keine grundlegende Änderung für die Lage der Arbeiterklasse bedeuten würde. Die Widerstandszellen wurden als Schritt zur eigenständigen Organisierung der Arbeiterklasse propagiert. Der Sturz der Junta kann nur als ein Schritt zur sozialistischen Revolution begriffen werden.

Anwesende Genossen des Chilekommitees Kleve/Emmerich berichteten über den Bau eines Kupfergießdrahtwerkes in Emmerich. Dies Werk soll chilenisches Rohkupfer weiterverarbeiten. Mit 60 % ist daran die Norddeutsche Affinerie (Hamburg) beteiligt, mit 40 % die bankrotte chilenische staatliche Kupfergesellschaft, für die das Land Nordrhein-Westfalen die Bürgschaft übernommen hat(!).

Der Beitrag der GARM-Genossin aus Bochum zeigte besonders die Formen und Aktionen des Widerstands auf, für die das Geld benötigt wird.

Solidaritätsadressen des KB, des Freidenkerverbandes und der KG Wuppertal (KBW-Sympathisanten) wurden verlesen. Von einer „fortschrittlichen Rolle der Junta", „Drohung des Sozialimperialismus usw." war in dem Beitrag des KBW glücklicherweise nichts zu hören.

Neben dem Chile-Film traten auch eine Musikgruppe des Spanischen Zentrums Essen und die Musikgruppe des MIR – CONO SUR – auf."

eine Musikgruppe des Spanischen Zentrums Essen und die Musikgruppe des MIR – CONO SUR – auf."

Emmerich

„Am 10. 7. 76 fand in Emmerich nahe der holländischen Grenze eine Demonstration mit 50 – 60 Leuten gegen das dort errichtete Kupferdrahtwerk, an dem die chilenische Junta zu 40 % beteiligt ist, statt.

Zur Demonstration hatte das regionale Chile-Komitee aufgerufen, das aus SDAJ'lern und Falken besteht.

Gleich vor Beginn der Anfangskundgebung wurden Genossen, die für die Unterstützung des MIR demonstrieren wollten, von den Revis angepöbelt. Unseren Genossen wollte man den AK-Verkauf verbieten, mit der Begründung, dies würde ein „schädliches" Bild in der Bevölkerung ergeben und daß dies vom Komitee auch so beschlossen worden wäre. Wie sich in der Diskussion mit Falken später herausstellte, war das eine glatte Lüge.

Die Revis ließen mehrmals wilde Drohungen gegen uns los. Weil sie zahlenmäßig nicht stark genug waren, blieb es dabei. Nach der Demonstration durch die Innenstadt, wo man sich bemühte, die Bevölkerung über die Unterstützung der chilenischen Junta durch die BRD-Regierung zu informieren, wurde noch mit einigen Falken über die Vorgänge diskutiert.

Die schweinischen Praktiken der Revis wurden von den Falken, mit denen wir sprachen, einhellig verurteilt, wobei auch nochmals die chilenischen Kupferlieferungen an die DDR zur Sprache kamen."

Lügt der KB?

„Der KB lügt wie gedruckt", war einer Überschrift in der Trotzkisten-Zeitung „spartacus" (Juli '76) zu entnehmen. Man konnte da mit Erstaunen erfahren, **„daß der sonst sich so ‚ehrlich' gebende KB genauso wenig wie der KBW vor Fälschungen und Verdrehungen zurückschreckt"**.

Dieser starke Vorwurf bezog sich konkret auf die Berichterstattung im AK zum 1. Mai in Kiel. Im AK hatten wir geschrieben, daß an der 1.-Mai-Demonstration in Kiel zehn „Spartacus"-Trotzkisten mitmarschiert seien, während es in Wirklichkeit 15 waren. Wir hatten außerdem „verschwiegen", daß es sich um die Demonstration einer Aktionseinheit handelte, an der auch der „Spartacus" und die CISNU (iranische Studentenorganisation) beteiligt waren.

So weit, so gut. Man wird leicht begreifen (siehe auch redaktionelle Bemerkung im letzten AK), daß wir für unsere Berichterstattung auf die Informationen der Ortsgruppen angewiesen sind, die in diesem Fall f a l s c h waren. Wer die Berichterstattung im AK verfolgt, kann ohne weiteres feststellen, daß wir stets um vollständigste Korrektheit bemüht sind. Etwas anderes zu behaupten, gar zu unterstellen, im AK würde b e w u ß t „gelogen wie gedruckt", ist eine schlichte Unverschämtheit, die auf böse Absichten schließen läßt.

Nun kommt in diesem Fall allerdings noch ein weiterer Umstand hinzu: Die Kieler Ortsgruppe des „Spartacus" hatte der AK-Reaktion eine Richtigstellung geschickt. Diese wurde jedoch, mit der Aufforderung zur Stellungnahme, an die damals amtierende Kieler Ortsleitung des KB geschickt, wo sie „versackte". Die AK-Redaktion hat auf diese Weise von der Existenz der Richtigstellung erst durch den „spartacus"-Artikel erfahren.

Trotzdem meinen wir, daß sich der „spartacus" insgesamt erheblich im Ton vergriffen hat, diesen Vorfall so darzustellen, als würde der KB prinzipiell vor Fälschungen und Verdrehungen nicht zurückschrecken. Dafür könnte dieses e i n e Beispiel selbst im allerschlimmsten Fall kein ausreichender Beweis sein. Die „Spartacus"-Genossen sollen sich doch einmal ernsthaft die Frage stellen, welchen Gewinn es denn für uns brächte, die Existenz einer Aktionseinheit in einem Ort wie Kiel – zudem bei einer Demonstration, deren Ergebnis wir selbst als **„äußerst mager"** (AK 80) einschätzen, zu verschweigen?! Da wird doch beim „spartacus" die Absicht allzu deutlich, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen!

Dasselbe gilt, wenn in ihrem Brief die Kieler Ortsgruppe des „Spartacus" unter Berufung auf konkrete Vorfälle in Kiel am 1. Mai (verschiedene Verstöße gegen die Prinzipien der Aktionseinheit durch die damalige Ortsleitung des KB) gleich die pauschale Behauptung aufstellt, unsere Organisation sei nicht fähig, sich konsequent an die Prinzipien der Aktionseinheit zu halten.

Insgesamt soll offensichtlich ein örtlicher Vorfall maßlos aufgebauscht werden, um den Kommunistischen Bund als Organisation zu diffamieren. Diesen Versuch weisen wir entschieden zurück. Wir kritisieren das Verhalten der früheren Kieler Ortsleitung in dieser Sache, erwarten aber andererseits auch eine selbstkritische Zurücknahme der Vorwürfe im „spartacus".

Im Übrigen weist dieser Vorfall noch einmal auf die dringende Notwendigkeit hin, k o r r e k t e Informationen über Demonstrationen, Veranstaltungen usw. der Ortsgruppen an die Redaktion zu geben. Zum einen deshalb, weil der Leser darauf Anspruch hat und gerade bei nicht im KB organisierten Lesern vielfach der AK wegen seiner allgemein korrekten Berichterstattung geschätzt wird. Und zum anderen, um keine Gelegenheit zu demagogischen Vorwürfen gegen unsere Organisation zu geben.

AK-Redaktion

„Spanische Kultur m u ß heute antifaschistisch sein"
– Fest der spanischen Volkskultur in Gelsenkirchen am 31. Juli

Um Vorankündigung dieser Veranstaltung bat uns das „Komitee zur Unterstützung des Kampfes der Völker Spaniens" im KOMIC (selbstverwaltetes Jugendzentrum) in Gelsenkirchen

Angekündigt für dieses Fest ist:
– Der Flamenco-Gitarrist Andres Carmona. Er *„spielt und singt jenen Flamenco, der ein Ausdruck all der Leiden der arbeitenden Bevölkerung Andalusiens darstellt"* (aus dem Aufruf-Flugblatt):

„Das Land von Andalusien
besitzen vier Herren
sie nehmen die Früchte
und wir behalten den Schweiß!"

– Der Film „Ein Interview" (Uraufführung in der BRD). Der Film beschreibt das *„Leben der Maria Carmen Lopez, einer aus dem faschistischen Kerker befreiten spanischen Freiheitskämpferin"* (ebenda).
– Des weiteren Fotoausstellung, Wandzeitungen und Informationstische, spanische Musik, Tanz und Spiele.

Einlaß: ab 16.00 Uhr
Programm: ab 18.00 Uhr
Arminstraße /
Ecke Neumarktgasse

Die AK-Redaktion wünscht ein gutes Gelingen des Solidaritäts-Festes und eine Ermutigung im antifaschistischen Kampf ebenso wie beim praktizierten proletraischen Internationalismus.

Rechtsanwalt Croissant verhaftet

... und die traurige Rolle eines "Kronzeugen"

Am 16. Juli wurde der Stuttgarter Anwalt Klaus Croissant, der aus mehreren Prozessen gegen Linke (namentlich die Mitglieder der „RAF") bekannt ist, erneut verhaftet. Bereits Ende Juni letzten Jahres war Croissant einmal festgenommen worden – mußte jedoch wieder gegen Kaution entlassen werden, weil die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen („Unterstützung einer kriminellen Vereinigung") durch n i c h t s zu belegen waren.



Rechtsanwalt Croissant

Zwar verfügen die Staatsschützer, die Croissant nun zum zweiten Mal verhaftet haben, über keinerlei neue Argumente – jedoch ist es ihnen in den zurückliegenden Monaten gelungen, in Gerhard Müller (mutmaßliches ehemaliges „RAF"-Mitglied) einen „Kronzeugen" ihrer Anklage zu „gewinnen".

Mit Hilfe dieses präparierten „Zeugen" (der zu j e d e r Aussage bereit zu sein scheint) hoffen die Staatsschutzbehörden nicht nur Rechtsanwälte wie Klaus Croissant hinter Schloß und Riegel zu bringen, sondern mit derartigen Elementen soll es ihnen gelingen, den Stammheimer Prozeß (gegen Baader u.a.) von den ursprünglich geplanten vier Jahren auf kürzestem Wege abzuschließen.

Gleichzeitig mit der Verhaftung Croissants leitete die Staatsanwaltschaft ein Berufsverbot gegen ihn ein.

Die erneute Verhaftung Croissants war propagandistisch gut vorbereitet. Außer der nach Entebbe allgemein geschürten Terroristenhetze widmeten die „Stuttgarter Nachrichten" vom 12. Juli Croissants Anwaltsbüro noch einen Extra-Bericht unter dem vielsagenden Titel: *„Die Chefs des Anarcho-Untergrunds haben einen neuen Standort bezogen – Im Fadenkreuz der Terroristen: Stuttgart – Anschläge werden für die heiße Phase des Bundestagswahlkampfs befürchtet."*

In diesem Artikel heißt es dann gleich zu Beginn: *„Stuttgart ist in den vergangenen Wochen mehr und mehr zur heimlichen Hauptstadt der Terroristenscene geworden ... Die Rolle der Schaltstelle, die bis zum Frühjahr dem Büro des Hamburger Rechtsanwalts Groenewold zugeschrieben wurde, scheint jetzt die Kanzlei des Stuttgarter Anwalts Klaus Croissant übernommen zu haben. Einen Beweis für diese Annahme sehen die Ermittler – das Landesamt für Verfassungsschutz und die zuständigen Polizeidienststellen – in der Tatsache, daß im Büro Croissant plötzlich eine Reihe ‚neuer Mitarbeiter' aufgetaucht sei, die zuvor für Groenewold in Hamburg tätig gewesen sein sollen. Überhaupt gehe es in der Kanzlei ... ‚sehr lebhaft ein und aus'. Neben Akten würden auch Pakete von unterschiedlicher Größe hin- und hergeschleppt ..."*

Und um der Bevölkerung klarzumachen, was sie von „Terroristen" vom Schlag eines Croissant zu erwarten haben, kommt noch Alfred Stümper, Leiter der baden-württembergischen Polizeizentrale zu Wort. Stümper „prophezeit": *„Es wird Tote geben"*, in den Aktionen, die die „Terroristen" zum Bundestagswahlkampf planen.

Nach dieser propagandistischen Vorbereitung erfolgte die Verhaftung Croissants prompt vier Tage später. Croissant hatte am Morgen vor seiner Verhaftung noch einen Antrag gegen die ununterbrochene Beschattung durch Beamte der Staatsschutzbehörden gestellt, die er bereits wochen- und monatelang über sich hatte ergehen lassen müssen. Auf Schritt und Tritt waren ihm die Staatsschutzbullen dermaßen provokativ gefolgt, daß Croissant schon in vorangegangenen Wochen „mehr gefangen als frei" war.

Das „Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa", (IVK), mit Sektionen in Italien, der Schweiz, den Niederlanden, Frankreich und der BRD, protestierte in einer Pressemitteilung vom 12. Juli gegen den Hetzartikel in den „Stuttgarter Nachrichten" der das Ziel hatte *„eine neue Durchsuchungsaktion gegen meine Kanzlei sowie meine erneute Verhaftung in der Öffentlichkeit psychologisch vorzubereiten"*, so Croissant in der Erklärung des IVK.

In einer Presseerklärung der Sektion BRD des IVK heißt es zur erneuten Verhaftung Croissants, daß dadurch die Arbeit des IVK, das z.Z. vor allem die Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Todes von Ulrike Meinhof fordert, massiv behindert werden soll. Es war bekannt geworden, daß Croissant, der Nachlaßverwalter von Ulrike Meinhof, aufgrund neuer Erkenntnisse Strafanzeige wegen Mord an Ulrike stellen wollte. Außerdem sollten durch Croissants Verhaftung *„die gefälschten und erlogenen Aussagen des erst einer Gehirnwäsche unterzogenen, dann zum Kronzeugen aufgebauten Gerhard Müller glaubwürdiger gemacht werden"* (aus der Presseerklärung, vom 17.7.76).



Kronzeuge Müller bei seiner Verhaftung

„Kronzeuge" Müller – eine traurige Figur

Bundesrichter Prinzing und die Bundesstaatsanwaltschaft setzen im Stammheimer Prozeß inzwischen voll und ganz auf den neuen „Kronzeugen" Gerhard Müller. Müller, der zu Anfang dieses Jahres zu zehn Jahren Gefängnis wegen „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung", „Beihilfe zum Mord", „Urkundenfälschung" und „unerlaubten Waffenbesitzes" zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde, soll jetzt all die „Beweise" nachliefern, die bislang im Stammheimer Prozeß fehlen. Und schon schrieb die bürgerliche Presse, daß der Prozeß nun viel schneller als erwartet über die Bühne gehen kann, da ja nun alles klar sei ...

Gerhard Müller war 1972 zusammen mit Ulrike Meinhof verhaftet worden und saß dann in Hamburg im Untersuchungsgefängnis, weil der Hauptanklagepunkt gegen ihn der Mord an dem Hamburger Polizisten Norbert Schmid war. (Dieser Punkt wurde im Prozeß wegen mangelnder Beweise fallengelassen).

Durch strenge Einzelhaft, ständige Verhöre und wohl auch verlockende Angebote, wurde Müller allmählich „weichgeklopft". Im „Stern" vom 20.3.75 hieß es dann: „Einer packt aus". Müller sagte sich von der „RAF" los, kritisierte deren Aktionen und belastete einige RAF-Anwälte durch die Aussage, daß sie ein „Info-Netz" zwischen den politischen Gefangenen errichtet hätten. (Dieses „Info-Netz" diente dem Informationsaustausch, der den Gefangenen durch Zensur und sonstige Behinderungen verunmöglicht wurde und stellte somit eine der Aufgaben der Verteidiger dar.)

Im März '75 sagte Müller noch, er werde nicht den Denunzianten spielen, seine Absage von der „RAF" sei aus politischen Erwägungen geschehen. Diese hat er allerdings, – sicher auch aufgrund der Erpressung durch das Bundeskriminalamt, – schnell über Bord geworfen. Er hat inzwischen einen Anwalt, dem ihm das BKA „empfohlen" hat („FR", 16.7.76) und er lieferte jetzt in Stuttgart Stammheim all die Aussagen, die man von ihm „erwartete". Sicher wird er auch in den noch zu erwartenden Prozessen, v.a. gegen die Verteidiger der „RAF"-Gefangenen, seine Rolle als „Kronzeuge" noch öfter spielen. Inwieweit Müller davon profitiert, ist zweifelhaft:

– Durch mehrere Aussagen in Stammheim belastete er sich selbst.

– Margrit Schiller, die u.a. wegen „Beihilfe zum Mord" an dem Hamburger Polizisten Schmid im Untersuchungsgefängnis sitzt, hat eine Erklärung abgegeben, die besagt, daß Müller den Polizisten erschossen hat.

– Schon wegen dieser Aussage muß ein neues Verfahren gegen Müller eingeleitet werden. Seine Denunziantenrolle wird ihm dabei nicht viel eingebracht haben: Die Bourgeoisie liebt den Verrat, nicht den Verräter!

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Inhaltsverzeichnis

Offener Brief

Für das Verbot der NPD-Großkundgebung in Hamburg

Für Sonnabend, den 7. August 1976, hat die neofaschistische NPD in ihrem Mitteilungsblatt „Hamburger Nationaldemokraten" (Juni 1976) einen „unbedingten Paukenschlag für die Wahl" angekündigt. Folgende Aktionen sollen an diesem Tag in Hamburg stattfinden:

– zahlreiche NPD-Propagandastände in mehreren Stadtteilen.
– Am Nachmittag soll in der Festhalle von Planten und Blomen ein „Kongreß der nationalen Kräfte Europas" durchgeführt werden, wozu Sprecher verschiedener ausländischer Parteien angekündigt sind.
– Am Abend soll in der Festhalle eine öffentliche Großkundgebung mit der NPD-Spitze und den ausländischen Faschisten abgezogen werden.

Die NPD will damit ein „Signal des Wiederaufstiegs der norddeutschen Nationaldemokratie" setzen. Zu diesem Zweck sollen NPD-Faschisten aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Westberlin zusammengetrommelt werden. Als Redner sollen auftreten:

– Rechtsanwalt Mußgnug, Bundesvorsitzender der NPD.
– Dr. Frey, Vorsitzender der „Deutschen Volksunion" (DVU). Die DVU ist der Dachverband der militanten faschistischen Organisationen „Stahlhelm", „Wiking-Jugend", „Jugendbund Adler" und „Aktion Oder-Neiße". Frey ist außerdem Vorstandsmitglied der NPD und Herausgeber des größten neofaschistischen Hetzblattes der BRD, der „National-Zeitung".
– Emil Maier-Dorn, Vorstandsmitglied der NPD. Er war Mitglied der NSDAP seit dem 1.7.1930, SA-Führer, Leiter der Gauschulungsburg in Schwaben, Reichsschulungswart des „NS-Bundes Deutsche Technik", „Kraft-durch-Freude"-Gauwart; nach '45 führendes Mitglied der Deutschen Reichspartei (RP), die Nachfolgerin der als NSDAP-Nachfolgeorganisation verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) und Vorläuferin der NPD war.
– H.J. Sabrautzky, NPD-Chef in Hamburg, Leiter des berüchtigten NPD-Ordnerdienstes, der nach seinem Verbot 1972 seit 1974 als „Organisations- und Propagandatruppen" wieder aufgebaut wurde. Sabrautzky ist mitverantwortlich für die vor kurzem in Hamburg erfolgte Verurteilung eines Hamburger Antifaschisten.
– H. Feldt, NPD-Chef von Westberlin.

Darüber hinaus sollen neben diesem Großaufgebot an BRD-Faschistenführern „Redner der nationalen Parteien des Auslands" auftreten. Wen die NPD zu ihren ausländischen „nationalen" Freunden zählt, ist bekannt. Beispielsweise:

– Die MSI, die neofaschistische Partei Italiens, laut „National-Zeitung" (7.5.1976) eine Partei „gutbürgerlicher Demokraten". Bei den Wahlen in Italien kandidierte z.B. der Abgeordnete S. Saccuci für diese Partei, in Italien gesucht und inzwischen nach Spanien geflohen, nachdem er in einem Ort bei Rom an der Erschießung eines Antifaschisten beteiligt war. Schon 1970 war Saccuci an einem faschistischen Putschversuch beteiligt. 1975 wurde er verurteilt, weil er die verbotene, SA-ähnliche Terrororganisation „Ordine Nuovo" mitaufgebaut hatte („Guardian", 24.6.76). Auf das Konto von „Ordine Nuovo", die der MSI nahesteht, gehen unzählige Bombenanschläge und Terrorakte, z.B. 1969 auf vollbesetzte Züge in Italien, im selben Jahr ein Bombenanschlag auf die Landwirtschaftsbank in Mailand (16 Tote!), 1973 ein Bombenattentat im Schnellzug Turin-Rom, 1974 ein Anschlag auf eine Gewerkschaftsversammlung (sechs Tote, 80 Verletzte).
– Als weitere „gute Freunde" der NPD sind am 7.8. Vertreter der faschistischen und nationalistischen Parteien SVP (Südtirol) und NDP (Österreich) und mit ihnen verbundener Gruppen zu erwarten. Direkt oder indirekt verfügt die NPD über beständige Kontakte zu faschistischen Zirkeln in Chile, Brasilien, Argentinien, Österreich, Spanien und Schweden.
– Faschistische und rassistische Regimes wie die in Chile („National-Zeitung, 30.5.75, über die Pinochet-Herrschaft: *„Das chilenische Wunder: Aufstieg trotz furchtbaren Erbes"*), Rhodesien („NZ", 30.4.76: *„Rhodesien – Vorposten der Freiheit"*) und Südafrika („DWZ", 18.6.1976, zum Vorster-Besuch: *„Herzlich Willkommen in Deutschland"*) finden seit eh und je die Unterstützung der NPD. Für Faschisten des Auslands ist die NPD-Presse eine bereitwillige Plattform (siehe z.B. das Interview mit dem Alt-Falangisten und Franco Diplomaten J.G. Cano in „DWZ", 9.4.76).

Am 7.8. will sich die NPD mit Vertretern solcher internationaler Mörderbanden umgeben. Ihr angekündigter „Aktionstag" ist demnach keineswegs irgendeine demokratische Wahlveranstaltung, sondern stellt nichts anderes als den Versuch einer groß angelegten Provokation dar, bei der in- und ausländische Faschisten in massivster Weise die Blut- und Mordideologie des Faschismus verbreiten wollen.

Nicht zum ersten Mal will die NPD in Hamburg Fuß fassen:

– Bereits bei den Bundestagswahlen 1969 versuchte die NPD mit einem Großaufgebot eine Wahlveranstaltung in Planten und Blomen durchzuführen. Aufgrund breiter Mobilisierung zu einer antifaschistischen Demonstration gelang es den Faschisten nur mit Hilfe massivsten Polizeischutzes, zu ihrer Veranstaltung vorzudringen.
– 1972 versuchte die NPD im „Kaisersaal" in Hamburg-Eimsbüttel eine Großkundgebung durchzusetzen, wobei sie durch breite Mobilisierung (vor allem durch unsere Organisation) soweit behindert wurde, daß sie die Veranstaltung nicht durchführen konnten.

Bisher konnte die NPD in Hamburg also nicht zum Zuge kommen – was sich auch in den gesunkenen Wahlergebnissen und im Mitgliederschwund ausdrückt. Die Faschisten planen deshalb jetzt einen Großeinsatz nach dem Muster von Nazi-„Großkampftagen", bei denen die Faschisten versuchten, Gebiete und Stadtviertel, in denen sie keinen Fuß fassen konnten, durch massiven Terror zu „erobern".

Der Hamburger Senat, dessen SPD- und (besonders!) FDP-Führung sich so gern als fortschrittlich herausputzt, ist der geplanten Faschistenprovokation in keiner Weise entgegengetreten. Im Gegenteil hat die NPD die öffentlichen Räume in Planten und Blomen vermietet bekommen.

Das hat Tradition.

– So wollte im Mai '75 die SS-Nachfolgeorganisation HIAG in Hamburg eine Großveranstaltung durchführen und bekam dazu die Messehallen vermietet.
– Im November '75 konnte die Nazi-Tarnorganisation „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolph Heß", die hauptsächlich von der NPD und anderen Faschistenzirkeln organisiert und getragen wird, im Congreß Centrum Hamburg (CCH) eine Großveranstaltung durchführen.
– Am 17./18. Januar '76 konnten in Hamburg-St. Pauli 200 Faschisten (u.a. „Wiking-Jugend") aufmarschieren, eine Kundgebung im Nazi-Stil abhalten und anschließend eine Veranstaltung im CCH durchführen.

Angesichts dieser Erfahrungen fordern wir alle Demokraten und Antifaschisten und Kommunisten auf, das Verbot der geplanten NPD-Aktionen zu verlangen.

Insbesondere appellieren wir auch an ehrliche, antifaschistische Anhänger und Mitglieder von sozialdemokratischen Organisationen, von FDP und Jungdemokraten, der Gewerkschaften im DGB, der DKP und ihr nahestehender Organisationen und des VVN, diese Nazi-Provokationen nicht hinzunehmen und das Verbot in allen ihnen zugänglichen Mitgliederversammlungen, Vertretungsgremien, Publikationen usw. zu fordern.

Darüber hinaus fordern wir alle Demokraten auf, gemeinsame Schritte zu überlegen, wie dieser Forderung und dem Protest gegen die geplante NPD-Provokation der größtmögliche Nachdruck verliehen werden kann.

VERBOT DES „KONGRESS DER NATIONALEN KRÄFTE EUROPAS"!
VERBOT DER ÖFFENTLICHEN GROSSKUNDGEBUNG IN PLANTEN UN BLOMEN!
VERBOT DER NEOFASCHISTISCHEN PROPAGANDASTÄNDE UND UMZÜGE IN HAMBURG!
VERBOT ALLER ERSATZVERANSTALTUNGEN!

Kommunistischer Bund